



PROTOKOLL
24. PARTEITAG
DER CDU DEUTSCHLANDS

14. – 15. NOVEMBER 2011 | Leipziger MESSE

CDU

Protokoll

**24. Parteitag der CDU Deutschlands
14. – 15. November 2011, Leipzig**

INHALT	Seite
Eröffnung: Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, Vorsitzende der CDU Deutschlands	5
Wahl des Tagungspräsidiums	9
Beschlussfassung über die Tagesordnung	10
Bestätigung der Antragskommission	10
Wahl der Mandatsprüfungskommission	10
Wahl der Stimmzählkommission	11
Grußworte	11
■ Stanislaw Tillich, Ministerpräsident des Landes der CDU Sachsen	11
■ Burkhard Jung, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig	17
Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden	19
Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschland, Herman Gröhe MdB, Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Starkes Europa – gute Zukunft für Deutschland“	66
Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs	73
Bericht der Mandatsprüfungskommission	73
Grußwort des Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei, Dr. Wilfried Martens	74
Antrag des Bundesvorstandes „Starkes Europa – gute Zukunft für Deutschland“	77
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Dr. Werner Langen MdEP	82
Beratung und Beschlussfassung	116
Anträge zum Statut, zur Finanz- und Beitragsordnung und zur Geschäftsordnung der CDU	130
Beratung und Beschlussfassung	134
Sonstige Anträge	168

Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands, Vorlage des Rechenschaftsberichtes 2009 gem. § 23 Abs. 2 Parteigesetz, Dr. Helmut Linssen	196
Bericht der Rechnungsprüfer	201
Antrag des Bundesvorstandes „Bildungsrepublik Deutschland“, Einführung durch die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Prof. Dr. Annette Schavan MdB	203
Beratung und Beschlussfassung	247
Schlusswort der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB	263
ANHANG	
Beschlussprotokoll	266
Grußwort des Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union in Bayern, Ministerpräsident Horst Seehofer MdL	358
Rednerverzeichnis	362

Montag, 14. November 2011

Erste Plenarsitzung

(Beginn: 10.40 Uhr)

TAGESORDNUNGSPUNKT 1:

ERÖFFNUNG

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Liebe Delegierte! Liebe Gäste! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hiermit eröffne ich den 24. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und begrüße Sie alle ganz herzlich hier in Leipzig.

(Beifall)

Mein erster Gruß gilt zunächst Ihnen, den gewählten Delegierten aus den Orts-, Kreis- und Landesverbänden unserer Partei aus ganz Deutschland. Sie sind Vertreter für viele Hunderttausende Mitglieder. Herzlich willkommen hier in der Leipziger Messe!

Ich freue mich, den Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Herrn Burkhard Jung, auf unserem Parteitag begrüßen zu können. Wir werden im Anschluss sein Grußwort hören. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Manche werden sich erinnern: Bereits 1997 und 2003 haben wir unsere Parteitage in der Leipziger Messe durchgeführt. Wir sind auch in diesem Jahr wieder gerne Gast hier. Es ist schön, dass die Geschäftsführer, Herr Markus Geisenberger und Herr Buhl-Wagner, unseren Parteitag begleiten werden. Ich habe den Eindruck, wir werden uns hier recht wohlfühlen. Danke dafür!

(Beifall)

Liebe Freunde, ich begrüße ganz besonders den Landesvorsitzenden der Sächsischen Union, unseren Freund: Ministerpräsident Stanislaw Tillich.

(Beifall)

Der Freistaat Sachsen wird nunmehr seit über 20 Jahren erfolgreich durch die Christlich Demokratische Union regiert. Wir bedanken uns für den freundlichen Empfang in Leipzig im Freistaat Sachsen. Ich möchte an dieser Stelle auch ganz besonders die ehemaligen Ministerpräsidenten von Sachsen begrüßen: Herrn Professor Dr. Kurt Biedenkopf – herzlich willkommen, lieber Kurt! –

(Beifall)

und Herrn Professor Dr. Georg Milbradt. Herzlich willkommen, lieber Georg Milbradt!

(Beifall)

Für unsere bayerische Schwesterpartei, die CSU, wird ihr Vorsitzender Horst Seehofer auf unserem Sachsenabend zu uns sprechen. Aber ich begrüße jetzt schon einmal die weiteren Gäste der CSU, die heute schon den ganzen Tag auf unserem Parteitag sind. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ganz besonders begrüße ich in diesem Jahr den Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei, Herrn Dr. Wilfried Martens, und mit ihm die zahlreichen internationalen Gäste. Lieber Wilfried, danke, dass du wieder bei uns bist! Es ist uns eine große Ehre.

(Beifall)

Wir freuen uns nämlich über die internationalen Teilnehmer: viele Botschafter, Vertreter der Botschaften und des Diplomatischen Corps.

Die Repräsentanten unserer beiden großen Kirchen, Prälat Dr. Karl Jüsten und Prälat Dr. Felmberg, werden wieder an unserem Parteitag teilnehmen. Sie sind derzeit noch beim ökumenischen Gottesdienst anlässlich der Feier zum 50-jährigen Jubiläum des Bundesentwicklungsministeriums in Berlin, aber sie kommen später. Umso mehr möchten wir danken der Evangelisch-Lutherischen Kirche des Landes Sachsen und Herrn Jochen Bohl, dem Bischof von Dresden-Meißen, genauso wie Herrn Joachim Reinelt und dem Vorsitzenden des Kirchenvorstandes der Thomaskirche Leipzig, Herrn Pfarrer Christian Wolff, für den eindrucksvollen Gottesdienst in der Thomaskirche. Es war wunderschön.

(Beifall)

Wenn wir die Liedtexte wörtlich nehmen, die wir alle gesungen haben, dann haben wir schon eine gute Chance, den Weg durch diesen Parteitag zu finden.

Ich grüße die zahlreich vertretenen sozialen Verbände und begrüße stellvertretend den Präsidenten des Sozialverbands Deutschland e. V., Herrn Adolf Bauer.

(Beifall)

Stellvertretend für die vielen anwesenden Vertreter von Wirtschaftsorganisationen, Gewerkschaften und Verbänden möchte ich ganz herzlich den Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Herrn Dr. Dieter Hundt, und ihren Hauptgeschäftsführer Reinhard Göhner sowie den Vorsitzenden der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft, Herrn Frank Bsirske, begrüßen.

(Beifall)

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Herr Michael Sommer, wäre gerne zu unserem Parteitag gekommen.

(Zurufe: Oh!)

– Hören Sie erst einmal weiter zu! Er kann krankheitsbedingt heute nicht hier sein. Deshalb senden wir ihm herzliche Genesungswünsche.

(Beifall)

Wenn ich über Europa spreche – er gehört eigentlich zu uns; deshalb habe ich ihn eben gar nicht erwähnt –, begrüße ich natürlich auch unseren Kommissar in Brüssel: Günther Oettinger, herzlich willkommen!

(Beifall)

Mit besonderer Freude begrüße ich natürlich auch die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen. Sie werden in ihren Medien spannend von unserem Parteitag berichten. Herzlich willkommen!

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Delegierte! Liebe Gäste! Wir werden auf unserem Parteitag 2.000 Anträge beraten, insbesondere die Anträge „Starkes Europa – Gute Zukunft für Deutschland“ und „Bildungsrepublik Deutschland“. Ich lade Sie dazu ein. Wir haben arbeitsreiche, aber auch, so hoffe ich, spannende und ein bisschen fröhliche und entspannte Stunden vor uns.

Liebe Delegierte! Liebe Freunde! Es gehört zur guten Tradition, dass wir zu Beginn unseres Parteitages jener gedenken, die seit dem 23. Parteitag im November 2010 in Karlsruhe von uns gegangen sind.

(Die Anwesenden erheben sich)

Lassen Sie mich beginnen mit Josef Kürten, geboren am 20. März 1928, gestorben am 25. Dezember 2010. Er war seit 1952 Mitglied der CDU. Von 1959 bis 1999 gehörte er dem Kreisvorstand Düsseldorf an. 1979 bis 1984 war er Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Ich nenne Ingrid Roitzsch, geboren am 30. Juli 1940, gestorben am 31. Januar 2011. Sie gehörte seit 1970 der CDU an. Von 1971 bis 1994 war sie Mitglied des Kreisvorstandes Pinneberg und von 1981 bis 1994 Mitglied des Landesvorstands Schleswig-Holstein. Von 1978 bis 1980 wurde sie in den Kreistag Pinneberg als Abgeordnete gewählt. Von 1980 bis 1994 gehörte sie dem Deutschen Bundestag an und war zugleich Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Verteidigung von 1992 bis 1993.

Ich erinnere an Werner Remmers, geboren am 3. Dezember 1930, gestorben am 19. März 2011. Werner Remmers wurde 1957 Mitglied der CDU. Von 1976 bis 1990 hatte er den Vorsitz des Bezirksverbands Osnabrück-Emsland inne. Von 1967 bis 1994 gehörte er dem Niedersächsischen

Landtag an. Er war zugleich von 1982 bis 1986 Vorsitzender der Landtagsfraktion. Von 1976 bis 1982 war er Kultusminister und von 1986 bis 1990 Umweltminister des Landes Niedersachsen.

Wir denken an Yvonne Kempen, geboren am 9. Januar 1960, gestorben am 11. April 2011. Sie trat 1992 der CDU bei. Viele Jahre gehörte sie dem Landesvorstand der Frauen-Union Nordrhein-Westfalen und von 1997 bis 2001 dem Bundesvorstand der Frauen-Union an. Von 1998 bis 2002 war sie Mitglied des Bundesvorstands der CDU. In Meckenheim war sie von 1999 bis 2007 hauptamtliche Bürgermeisterin.

Ich nenne Reinhold Stanitzek, geboren am 1. August 1939, gestorben am 7. Juni 2011. Er war seit 1960 Mitglied der CDU, von 1970 bis 1974 Landesvorsitzender der Jungen Union in Hessen und gehörte über 25 Jahre dem Vorstand der CDU Hessen an. Von 1974 bis 1987 und von 1991 bis 1992 wurde er in den Hessischen Landtag gewählt. 1987 bis 1991 hatte er das Amt des Staatssekretärs im Hessischen Innenministerium inne. Viele Jahre war er Mitglied im Vorstand der Union der Vertriebenen in Hessen.

Wir erinnern an Edzard Blanke, geboren am 26. Mai 1935, gestorben am 1. Juli 2011. Er war seit 1964 Mitglied der CDU. Von 1970 bis 1994 gehörte er dem Niedersächsischen Landtag an und war von 1976 bis 1985 stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion. Von 1985 bis 1990 wurde er zum Präsidenten des Landtags in Niedersachsen und von 1990 bis 1994 zu dessen Vizepräsidenten gewählt. Von 1991 bis 1998 war er Landrat des Landkreises Celle.

Ich denke an Frank Dietrich, geboren am 3. Mai 1966, gestorben am 23. Juli 2011. Er trat 1984 der CDU bei. 1991 und 1992 war er Landesvorsitzender der Jungen Union Brandenburg. 1990 gehörte er als Abgeordneter der ersten frei gewählten Volkskammer an. Von 1990 bis 1994 war er Mitglied des Landtages Brandenburg und von 1994 bis 1998 Mitglied des Kreistages Spree-Neiße.

Ich nenne Udo Timm, geboren am 28. Juni 1941, gestorben am 20. August 2011. Er wurde 1990 Mitglied der CDU und war seit 1994 Mitglied des Kreistages Rügen. Von 1991 bis 1994 und von 2002 bis 2011 gehörte er dem Landtag Mecklenburg-Vorpommerns an.

Ich erinnere an Gertrud Szesny, geboren am 20. Februar 1920, gestorben am 15. September 2011. Sie gehörte 1945 zu den Gründungsmitgliedern der CDU Sachsen. Seit 1952 war sie Mitglied des ehemaligen Kreisverbandes Berlin-Wedding, dem heutigen Kreisverband Berlin-Mitte. Viele Jahre wurde sie in die Bezirksversammlung Wedding gewählt und war bis zuletzt Mitglied des Ortsvorstands Berlin-Wedding.

Wir gedenken Paul Mikats, geboren am 10. Dezember 1924, gestorben am 24. September 2011. Er war seit 1945 Mitglied der CDU. Von 1962 bis 1966 hatte er das Amt des Kultusministers des Landes Nordrhein-Westfalen inne. Von 1966 bis 1969 gehörte er dem Landtag von Nordrhein-Westfalen an und von 1969 bis 1987 dem Deutschen Bundestag. 1970 bis 1987 war er Mitglied des Kreisvorstands Düsseldorf.

Meine Damen und Herren, Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen erhoben. Ich bitte Sie um eine Minute des Schweigens. – Ich danke Ihnen.

Wir kommen nun zum TAGESORDNUNGSPUNKT 2:

WAHL DES TAGUNGSPRÄSIDIUMS

Der Vorschlag für das Tagungspräsidium liegt in Ihren Tagungsunterlagen. Das Abstimmen über das Tagungspräsidium erfolgt mit dem Zeigen der Stimmkarte.

Wer dafür ist, dass das Tagungspräsidium so besetzt ist, wie es geschrieben steht, der erhebt seine Stimmkarte; das muss noch ein bisschen geübt werden. – Enthaltungen? – Gegenprobe! – Das Ergebnis ist, so wie ich es gesehen habe, einstimmig. Ich danke für die Wahl des Tagungspräsidiums und bitte die gewählten Mitglieder, jetzt hier auf der Bühne Platz zu nehmen.

Zur Fortführung der Tagungsgeschäfte übergebe ich nun an den Tagungspräsidenten, den Landesvorsitzenden der Sächsischen Union, Herrn Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich.

(Beifall)

Stanislaw Tillich, Tagungspräsidium: Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Liebe Delegierte des 24. Bundesparteitages der CDU Deutschland hier in der Messehalle zu Leipzig. Ich darf mich im Namen des Tagungspräsidiums recht herzlich für die Wahl bedanken und möchte Ihnen versprechen, dass das Tagungspräsidium alles tun wird, damit ein reibungsloser, aber gleichzeitig auch inhaltsreicher und diskussionsreicher Bundesparteitag hier in Leipzig in den nächsten zwei Tagen stattfinden wird.

Ich möchte Ihnen zu Beginn des Parteitages einige zeitliche und organisatorische Hinweise für den Parteitag geben. Gemäß § 6 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung können Sachanträge von 30 stimmberechtigten Delegierten eingebracht werden. Wenn Sie einen solchen Antrag einbringen möchten, dann geben Sie diesen im Büro der Antragskommission ab.

Das Büro der Antragskommission befindet sich im ausgeschilderten Congress Center, Mehrzweckfläche 3. Damit diese Anträge auch ordnungsgemäß von der Antragskommission beraten werden können, muss der Parteitag eine Frist für deren Einbringung setzen. Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, den Antragsschluss auf 12 Uhr am heutigen Tage festzusetzen. Wenn Sie damit einverstanden sind, so bitte ich Sie um Ihr Kartenzeichen. Wer ist mit der Antragsfrist 12 Uhr heute einverstanden? – Stimmenthaltungen? – Links ist eine Stimmenthaltung. Gegenstimmen? – Bei einigen wenigen Gegenstimmen ist der Antragsschluss auf 12 Uhr festgesetzt.

Die Antragskommission wird sich unmittelbar im Anschluss an die Rede der Bundesvorsitzenden zu einer Sitzung im Sitzungsraum der Antragskommission – ich wiederhole es noch einmal –,

Mehrzweckfläche 3 hier im Congress Center, zusammenfinden. Die Mitteilung über den Beginn der Sitzung erfolgt nochmals rechtzeitig durch das Tagungspräsidium.

Ich möchte an dieser Stelle noch auf Folgendes hinweisen: Die Antragsbroschüren sind Ihnen fristgemäß zugesandt worden. Wer die Antragsbroschüre dennoch nicht bei sich hat, kann diese hier im Beratungssaal erhalten. An jeder der beiden Seiten des Beratungssaales sind zwei Tische aufgebaut, auf denen sich weitere Exemplare befinden.

Für die allgemeine Aussprache und die Aussprache zu den Anträgen bitte ich Sie, die Wortmeldezettel aus Ihren Tagungsunterlagen zu benutzen. Auf der von uns aus gesehenen rechten Seite vor der Bühne befindet sich eine Mitarbeiterin, die Ihre Wortmeldezettel entgegennimmt. Bitte füllen Sie diese vollständig aus mit Namen und Thema, und geben Sie an, welches der im Saal aufgestellten Mikrofone Sie dazu benutzen möchten.

Ich darf jetzt TAGESORDNUNGSPUNKT 3 aufrufen:

BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DIE TAGESORDNUNG

Die vorläufige Tagesordnung für diesen Parteitag wurde Ihnen mit der Einladung fristgemäß zugesandt. Sie liegt Ihnen nochmals in den ausgelegten Tagungsunterlagen vor. Wenn Sie mit dieser Tagesordnung einverstanden sind, so bitte ich Sie, dies mit der Stimmkarte anzuzeigen. Wer ist für die vorläufige Tagesordnung? – Gegenprobe! – Gibt es Stimmenthaltungen? – Ich kann keine sehen. Damit ist die Tagesordnung so beschlossen. Herzlichen Dank.

Ich darf TAGESORDNUNGSPUNKT 4 aufrufen:

BESTÄTIGUNG DER ANTRAGSKOMMISSION

Der Bundesvorstand hat gemäß § 10 Abs. 3 der Geschäftsordnung eine Antragskommission für den Parteitag bestellt. Die Namensliste liegt in Ihren Unterlagen vor. Wenn Sie diesem Vorschlag des Bundesvorstandes zustimmen möchten, dann bitte ich Sie jetzt um Ihr Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Ich kann keine sehen. Damit ist die Antragskommission so, wie vorgeschlagen, bestätigt.

Ich rufe jetzt TAGESORDNUNGSPUNKT 5 auf:

WAHL DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Der Bundesvorstand hat ebenfalls einen Vorschlag für die Mandatsprüfungskommission vorgelegt und bestätigt. Die Namensliste finden Sie gleichermaßen in Ihren Unterlagen. Wer diesem Vorschlag des Bundesvorstands seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um sein Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Ich kann keine sehen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Ich kann keine sehen. Damit ist die Mandatsprüfungskommission gewählt. Ich bitte die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission, sich nach dem Bericht der Vorsitzenden am Tisch

zur Abgabe der Wortmeldungen auf der von mir aus gesehenen rechten Seite vor der Bühne einzufinden.

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 6 auf:

WAHL DER STIMMZÄHLKOMMISSION

Es haben sich viele Damen und Herren bereit erklärt, für diesen Parteitag in der Stimmzählkommission mitzuarbeiten. Dafür meinen herzlichen Dank. Die Namen können Sie Ihren Tagungsunterlagen entnehmen.

Wer den vorgeschlagenen Persönlichkeiten zur Wahl der Stimmzählkommission seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Ich danke damit für die Bestätigung der Stimmzählkommission.

Die Mitglieder der Stimmzählkommission treffen sich ebenfalls nach dem Bericht der Vorsitzenden zu einer Vorbesprechung im Raum der Stimmzählkommission. Dieser Raum befindet sich im Bereich neben dem Plenarsaal auf der von uns aus gesehen linken Seite.

Ich darf jetzt die weitere Tagesleitung an meine Kollegin Frau Lieberknecht übergeben.

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir kommen jetzt zum TAGESORDNUNGSPUNKT 7:

GRUSSWORTE

Ich übergebe das Wort an den Vorsitzenden der CDU Sachsen, an Herrn Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich.

(Beifall)

Stanislaw Tillich: Sehr geehrte Frau Tagungspräsidentin! Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin und Bundesvorsitzende, liebe Angela! Liebe Parteitagsdelegierte! Sehr verehrte Ehrengäste! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herzlich willkommen in Leipzig! Herzlich willkommen im Freistaat Sachsen! Herzlich willkommen zum 24. Parteitag der CDU Deutschlands! Herzlich willkommen, liebe Angela Merkel!

(Beifall)

Leipzig steht wie kaum eine andere Stadt für unser wiedervereinigtes Deutschland. Am 9. Oktober 1989 demonstrierten hier Hunderttausende von Menschen für Freiheit und Demokratie. „Keine Gewalt“, war ihr Ruf. Von diesem freiheitlichen und friedlichen Willen dieser mutigen Menschen kapitulierte die SED-Führung, obwohl sie gewaltsam die Niederschlagung der Demonstranten bereits vorbereitet hatte. Liebe Freunde, es waren eben Mutbürger und keine Wutbürger, die den historischen Augenblick des Mauerfalls herbeigeführt haben.

(Beifall)

Die Menschen im Osten Deutschlands haben das Tor zur Freiheit für sich und für ein wiedervereinigtes Vaterland aufgestoßen. Die CDU Deutschlands und allen voran unser Bundeskanzler Helmut Kohl haben diese historische Chance erkannt und auch ergriffen.

(Beifall)

Nach 1991 nunmehr zum sechsten Mal findet ein Bundesparteitag der CDU Deutschlands bei uns im Freistaat Sachsen statt. Zum dritten Mal ist Leipzig Gastgeber. Stellvertretend für den Landesverband der Sächsischen Union freue ich mich, dass Sie alle unsere Gäste zum sechsten Mal in Sachsen sind.

Liebe Freunde, 21 Jahre seit der Wiedervereinigung sind ohne Wenn und Aber eine Erfolgsgeschichte für die gesamte Bundesrepublik, für das wiedervereinigte Deutschland. Diese Erfolgsgeschichte beruht auf einer unglaublichen Solidarität. Es wird in den Geschichtsbüchern stehen: Es gibt wohl keine Nation auf der Welt, wo ein Teil der Nation auf einen Teil seines Wohlstandes verzichtet hat, um einen anderen Teil, der sich das Tor zur Freiheit aufgestoßen hat, bei dem Wiederaufbau nach jahrzehntelanger Trennung zu unterstützen.

(Beifall)

Liebe Freunde, dafür meinen herzlichen Dank an diejenigen aus dem Westen, die uns dabei 22 Jahre unterstützt haben und die uns weiter unterstützen werden. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Diese Solidarität hat es möglich gemacht, dass Sie, wenn Sie durch Sachsen oder durch andere Bundesländer im Osten Deutschlands unterwegs sind, sehen können, wie sich Städte und Dörfer entwickelt haben, wie sie lebenswert geworden sind, wie eine leistungsfähige Infrastruktur entstanden ist und wie Umweltschäden als Hinterlassenschaft der DDR beseitigt worden sind. Dreck und Schadstoffe aus den alten Kohlekraftwerken gehören der Vergangenheit an. In den Braunkohletagebauen um Leipzig entsteht heute eine der größten künstlichen Seenlandschaften Europas. Aus einer Umweltaltlast entwickelt sich ein Naherholungsgebiet für die Menschen von Leipzig und für deren Gäste.

Viele Unternehmen sind hier in Leipzig und in Sachsen entstanden. Viele haben sich angesiedelt. Beispielhaft für Leipzig nenne ich BMW, Porsche und DHL. Im Umfeld haben sich Zulieferer und Dienstleister angesiedelt. Heute beherrschen sächsische Unternehmen zum Beispiel die komplette Technologie zur Herstellung von Elektroautos: von der Karosserie über die Batterie zur Leistungselektronik bis hin zur Software.

Sachsen ist wieder ein Industrieland, ja ein Hightechland geworden. Das, liebe Freunde, ist das Ergebnis einer guten Politik für Deutschland durch unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel und

durch unseren Bundeskanzler Helmut Kohl. Aber es ist auch eine Leistung der Menschen in diesem Land, und es ist vor allem eine Leistung derjenigen, die Fortschritt und Entwicklung letztendlich für sich als Chance gesehen haben, nachdem die Freiheit wiedergewonnen war.

Die Arbeitslosenquote in Sachsen liegt heute auf dem niedrigsten Stand seit 1991. Allein seit dem Jahre 2005 ist es gelungen, die Arbeitslosigkeit zu halbieren. Sicherlich, 9,4 Prozent Arbeitslosigkeit kann uns noch nicht zufriedenstellen. Aber die Richtung stimmt. Wir sind dankbar; denn die wirtschaftliche Freiheit hat den Unternehmen ermöglicht, sich erfolgreich zu entwickeln.

Liebe Freunde. Angesichts der 360.000 Unternehmer, die 1945 vor den Sowjets dieses Land verlassen haben, die nach dem Süden oder dem Westen Deutschlands gingen, werden Sie verstehen, dass Solidarität nicht nur in den vergangenen 20 Jahren notwendig war, sondern auch in den nächsten Jahren noch notwendig sein wird. Wir in Sachsen haben die Solidarität der Menschen aus den westlichen Bundesländern immer als Hilfe zur Selbsthilfe verstanden. Sparsames Haushalten und Vorrang für Investitionen waren und sind unsere Prämissen. So wünschen wir uns das auch überall in Deutschland und überall in Europa.

(Beifall)

Solides Haushalten, das heißt, das Anpassen der Ausgaben an die Einnahmen, das ist mit Sicherheit nicht immer nur bequem. Manchmal ist auch wenig populär; denn es heißt, nein zu manchen Wünschen zu sagen. Liebe Freunde, genau das ist der Punkt. Unsere Kinder und Enkel haben ohnehin schon weit mehr Lasten zu schultern, als uns lieb sein kann. Es ist unsere Verantwortung, ihnen nicht noch mehr aufzubürden. Wir in Sachsen reden nicht nur, wir handeln auch. Wir haben bei wegbrechenden Einnahmen die Ausgaben für 2011 und das kommende Jahr 2012 jeweils den Einnahmen angepasst, das heißt, die Ausgaben um 1 Milliarde Euro reduziert.

(Beifall)

Liebe Freunde – ja, wir muten den Menschen etwas zu, aber gleichwohl wissen die Menschen, dass es eben im Land nicht anders sein kann, als in jeder Familie. In jeder Familie ist es selbstverständlich, dass man nur das ausgeben kann, was man eingenommen hat. Das kann im politischen Leben nicht anders sein. Wir wissen, wir können nur das ausgeben, was erwirtschaftet worden ist. Kein Staat und keine Familie kann den Kindern und Enkeln vernünftiger erklären, warum man über seine Verhältnisse gelebt hat und die Lasten auf sie abgewälzt hat.

(Beifall)

Für uns geht es nicht um das Sparen um des Sparens willens, für uns ist das zutiefst gerechte Generationenpolitik. Heute die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich künftige Generationen genauso wie wir ihre Wünsche und ihre Vorstellungen realisieren können, ohne dass sie

eine Last zu tragen haben, die wir zu verantworten haben – das ist verantwortungsvolle Politik für heute und für morgen, so wie wir es in der Union für Deutschland und für Sachsen tun.

(Beifall)

Aber wir stellen uns auch weiteren Aufgaben. Diese haben nicht nur mit dem Thema des Bundesparteitags zu tun, sondern auch mit der Entwicklung nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa. Wir stellen uns der Verantwortung, dass unsere Bevölkerung im Freistaat Sachsen weniger wird. Bei einer sinkenden Bevölkerungszahl müssen wir die öffentlichen Strukturen anpassen. Das heißt, 20 Prozent weniger Bevölkerung im Vergleich zum Jahr 1990 erfordert die gleichen Konsequenzen in der öffentlichen Verwaltung. Sparsames Wirtschaften bedeutet, Prioritäten zu setzen, und zwar nicht nur in Infrastruktur und Wirtschaft, sondern vor allem in der Bildung. Sachsen war dieses Jahr nunmehr zum sechsten Mal auf Platz eins des Bildungsmonitors der Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“. Das ist ein Erfolg unserer Prioritätensetzung, ein Erfolg unserer klugen Politik in den letzten 22 Jahren bei uns im Freistaat Sachsen.

(Beifall)

Das ist zuallererst ein Erfolg – der Lehrer, der Schüler und der Eltern, aber es ist auch ein Ergebnis der umfangreichen Investitionen in Schulen und Hochschulen. Nicht zuletzt hat es sehr viel mit christlich-demokratischer, mit stabiler Bildungspolitik zu tun.

(Vereinzelt Beifall)

Keine Experimente über die Köpfe unserer Kinder hinweg. Keine ständigen Strukturdiskussionen und -änderungen, die Lehrer, Schüler und Eltern verunsichern. Verbesserungswürdiges im Detail haben wir angepackt, ohne das System, ohne die Struktur infrage zu stellen. Für uns, für die Sachsen, ist das selbstverständlich. Hier zeigt sich, was konservativ im besten Sinne heißt: Gutes bewahren und Schwächen ausmerzen.

(Beifall)

Neben dem Thema Bildung ist das Thema Europa eines der Schwerpunkte auf diesem Bundesparteitag. Ich habe mit größtem Respekt verfolgt, wie du, liebe Angela, gerade die schwierigen Verhandlungen zur Bewältigung der Schuldenkrise im Euro-Raum in den letzten Wochen geführt und auch gemeistert hast. Dafür unser aller herzlichen Dank.

(Beifall)

Ich weiß, es ist ein schmaler Grat, die europäische Einigung, die europäische Solidarität nicht infrage zu stellen, aber auf der anderen Seite auch die nicht aus der Verantwortung zu entlassen, die diese Krise verursacht oder mitverursacht haben. Die europäische Einigung ist ein Garant für Frieden und Stabilität auf unserem Kontinent. Die deutsche Wiedervereinigung ist

ein Kind Europas. Das sollten wir bei allen Diskussionen um Schuldenkrise und Rettungsschirm nie vergessen.

(Beifall)

Aber zum gemeinsamen Haus Europa gehört auch, dass jeder seine Verantwortung wahrnimmt. Solidarität, liebe Freunde, ist weiß Gott keine Einbahnstraße.

(Beifall)

Unser Leitantrag „Starkes Europa – Gute Zukunft für Deutschland“ kann und wird ein klares Signal senden. Die CDU steht für ein starkes Europa, die CDU steht für einen stabilen Euro, die CDU steht für gelebte Eigenverantwortung in und für Europa.

(Beifall)

Der Leitantrag ist die logische Fortsetzung unseres Beschlusses „Deutschland verändern“ auf dem Leipziger Parteitag 2003. Damals haben wir uns auf Freiheit und Verantwortung besonnen. Wir haben Reformen beschlossen, die unsere Volkswirtschaft in den letzten Jahren erfolgreich gemacht haben. Sie haben es ermöglicht, dass sich die Wirtschaft entwickelt. Sie haben ermöglicht, dass die Wirtschaft stärker denn je aus der Wirtschafts- und Finanzkrise hervorgegangen ist. Wir haben heute nicht nur in Sachsen, sondern in Deutschland die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 1991. Wir sollten uns darauf besinnen, daran anzuknüpfen.

(Beifall)

Ich freue mich, dass wir gemeinsam hier einen Bundesparteitag in Sachsen, in Leipzig, im Jahre 2011 haben, der sich mit den zwei Themen „Bildung“ und „Europa“ beschäftigt.

Wir haben in Sachsen auf den vergangenen Parteitagen zu Steuern und zur Gesundheitsvorsorge, zum Kündigungsschutz und zur Kinderbetreuung, zur Außenpolitik und zum Aufbau Ost beraten, nunmehr zur Bildung und zu Europa. Ich wünsche uns, dass dieser Bundesparteitag nicht nur spannende Diskussionen bringt, sondern auch ein klares Signal an die Menschen in Deutschland richtet, dass der Bundesparteitag den Menschen Orientierung gibt in einer Situation, in der der eine oder andere nach Orientierung sucht. Wir, die CDU Deutschlands, sind die einzige verbliebene Volkspartei. Demnach ist es an uns, den Menschen Orientierung zu geben, von den Arbeitnehmern bis zu den Arbeitgebern, von denjenigen, die auf Unterstützung des Staates angewiesen sind, bis zu den Leistungsträgern der Gesellschaft.

Liebe Freunde, ich habe heute die besondere Ehre, der Frau Bundeskanzlerin ein Geschenk zu übergeben. Bevor ich das tue, weise ich Sie darauf hin, dass wir als Landesverband Ihnen ein kleines Geschenk auf den Tisch gelegt haben, damit Sie Sachsen und Leipzig und diesen Bundesparteitag in guter Erinnerung behalten; dem einen oder anderen könnte das vielleicht

nach einer bestimmten Zeit schwerfallen. Zur guten Erinnerung dient der Memory-Stick, der auf den Plätzen liegt.

(Vereinzelt Beifall)

Aber jetzt zu unserer Parteivorsitzenden, zur Bundeskanzlerin. Liebe Angela, dir liegt ja die Bildungsrepublik besonders am Herzen. Deswegen wird es kein Geschenk für dich persönlich geben, sondern ein symbolisches Geschenk, das diese Bildungsrepublik an einem praktischen Beispiel wahr werden lassen soll. Ich hatte bereits erwähnt: Sachsen ist ein Hightechland. In Sachsen gibt es eine exzellente Bildung. Beides gehört zusammen. Deshalb freue ich mich, dass es uns gelungen ist, mit der Firma Globalfoundries – der weltweit größten Chipfabrik –, die am Standort Sachsen, am Standort Dresden produziert, einen Partner zu gewinnen, der anlässlich des Bundesparteitages einer Leipziger Schule ein Computerkabinett stiftet.

(Vereinzelt Beifall)

Dieses Computerkabinett besteht aus 15 Arbeitsplätzen. Die Arbeitsplätze sollen der Apollonia-von-Wiedenbach-Mittelschule in Leipzig übergeben werden. Symbolisch für dieses Computerkabinett steht ein Laptop, den ich der Bundeskanzlerin überreichen werde. Heute begrüße ich bei uns die Schulleiterin und drei Schülerinnen, die Schulleiterin Frau Sabine Dietrich und die Schüler Maria Richter, Axel Simny und Maximilian Ebenbeck.

(Beifall)

Herzlichen Dank an Globalfoundries!

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Da ich die ausgesprochene Erlaubnis des sächsischen Ministerpräsidenten habe, ist es mir möglich, einer Schule etwas zu schenken, ohne die föderalistischen Gegebenheiten zu verletzen.

(Beifall)

Stanislaw Tillich: Frau Bundeskanzlerin, so eine Art der Einmischung des Bundes in die Bildungspolitik ist uns sehr willkommen. Vielen Dank!

Ich wünsche dem Bundesparteitag einen erfolgreichen Verlauf und gebe das Wort nunmehr zurück an die Tagungsleiterin Frau Lieberknecht. – Danke schön.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke dem sächsischen Ministerpräsidenten, unserem Freund Stanislaw Tillich, für seinen Gruß an uns. Lieber Stanislaw Tillich, Sie präsentieren die erfolgreiche Bilanz eines stolzen Landes, des Freistaates Sachsen. Das haben wir gerne gehört, und auch das Geschenk war eine prima Idee.

Schon jetzt danke für die Gastfreundschaft des Landesverbandes. Wir freuen uns nicht zuletzt auf einen guten sächsischen Abend heute nach getaner Arbeit.

Ich darf weitere Ehrengäste bei uns begrüßen, und zwar aus unserer Schwesternpartei, der CSU, Gerda Hasselfeldt, die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Weiterhin darf ich unseren Freund Manfred Weber, stellvertretender EVP-Fraktionsvorsitzender im Europäischen Parlament. Herzlich willkommen, Manfred Weber!

(Beifall)

Jetzt möchten wir in den Grußworten weiter fortfahren. Ich darf um sein Grußwort den Oberbürgermeister der gastgebenden Stadt Leipzig, Herrn Burkhard Jung, bitten.

(Beifall)

Burkhard Jung: Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Lieber Herr Tillich! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Delegierten! Herzlich willkommen in Leipzig! Der Vorstand hat eine wunderbare Entscheidung getroffen. Sie haben das goldrichtig gemacht. Hier sind Sie gut aufgehoben. Ich kann Ihnen sagen: In Leipzig wird oft Wegweisendes entschieden, und vielleicht wird der Ort Sie in Ihren Entscheidungen beflügeln.

Ich freue mich auch als Aufsichtsratsvorsitzender der Messe, dass Sie hier sind. Schließlich brauchen wir auch dort ab und zu eine schwarze Zahl. Also seien Sie ganz herzlich willkommen.

(Beifall)

Ich habe mir überlegt: Was kann ich Ihnen sagen, was Sie nicht schon wissen? Ich könnte von der Messestadt Leipzig sprechen. Ich könnte von der Kultur- und Musikstadt sprechen, von Johann Sebastian Bach, Mendelssohn und Richard Wagner, dessen Geburtstag wir 2013 feiern, von Schumann und dem Gewandhaus-Orchester und 800 Jahre Thomanern. Ich könnte von der neuen Leipziger Schule sprechen. Ich könnte auch von der zweitältesten Universität und ihrer Bedeutung für die Stadtentwicklung oder von der friedlichen Revolution sprechen. Aber ich will nicht Eulen nach Athen tragen. Ich gehe davon aus, dass Sie um die Bedeutung dieser vier wesentlichen Assets für Leipzig wissen.

Ich möchte Ihnen kurz etwas zur wirtschaftlichen Situation sagen, damit Sie wissen, wo wir gerade stehen. Hamburg, München, Frankfurt, Leipzig, Düsseldorf – das ist nicht die Reihenfolge der Städte, in denen CDU-Parteitage stattfinden, sondern das war das Ranking des Wirtschaftsmagazins „Capital“ auf der Basis von wissenschaftlichen Studien, wo die Top Ten der Städte Deutschlands mit den größten wirtschaftlichen Entwicklungschancen genannt wurden. Leipzig

stand dort auf Platz vier der wirtschaftsdynamischsten Städte Deutschlands. Damit sind wir in diesem Ranking, das seit 2001 durchgeführt wird, um 45 Plätze gesprungen.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, das ist wirklich eine Sensation. Sie können sich vorstellen: Als Oberbürgermeister war ich stolz wie Bolle, dass das so diagnostiziert wurde. Wir haben in der Tat den größten Entwicklungssprung zurückgelegt, und die Prognose bis 2017 ist sehr, sehr ambitioniert und sehr optimistisch.

Der Blick zurück lässt das nicht gerade als selbstverständlich erscheinen. 2005 hatte Leipzig eine Arbeitslosigkeit von über 21 Prozent. Der Ministerpräsident hat es erwähnt: In diesem November werden wir zum ersten Mal eine 10 vor dem Komma haben. Das heißt, wir haben die Arbeitslosigkeit halbieren können.

(Beifall)

Aus einer schrumpfenden Stadt bis 1999 ist wieder eine wachsende Stadt geworden. In den letzten fünf Jahren hat Leipzig 25.000 neue Einwohnerinnen und Einwohner gewonnen. Wenn Sie es genau wissen wollen: 565.365 waren es zum Stichtag im letzten Monat. Das zeigt, dass hier Zukunft ist, dass hier etwas geht, dass Optimismus da ist und dass die Menschen sehr wohl wissen, dass wir in einer Gesamtsituation, die durchaus schwierig ist im demografischen Umfeld, in den Großstädten – in Dresden, in Leipzig, in Jena, in Potsdam – wachsende Städte erleben und eine andere Entwicklung verspüren.

Mit Stolz kann ich auf die Gründe zu sprechen kommen. Natürlich hat es damit zu tun, dass der Industriestandort wieder wachgeküsst worden ist. Nach der Entscheidung von Porsche 1999 sind andere Entscheidungen gefolgt. DHL, Amazon, DB Schenker, Deutsche Telekom, Schedel – um nur einige zu nennen – sind gekommen und haben den Industriestandort Leipzig wieder wachgeküsst. Mittlerweile wächst der Gürtel der Wirtschaftsansiedlungen weit über die Stadtgrenzen hinaus, meine Damen und Herren. Wir wissen, jeder Industriearbeitsplatz zieht etwa zwei oder drei andere Arbeitsplätze nach sich.

Moderne Industriepolitik ist ein wesentlicher Faktor, um unsere Region zukunftssicher zu machen. Zuwächse bedeuten hier Wertschöpfung direkt und letztlich auch in den Dienstleitungen. Deswegen meine ich: Wir alle sind gut beraten, immer wieder in Deutschland ein Bekenntnis zum Industriestandort Deutschland abzulegen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, aber als Oberbürgermeister einer ostdeutschen Großstadt bin ich gehalten, eine wichtige Zielmarke nicht aus den Augen zu verlieren. 2019 wird der Solidarpakt auslaufen. Bis dahin wollen wir auf eigenen Beinen stehen. Das wird nicht einfach, wie der

Bericht zur Deutschen Einheit vor einigen Tagen noch einmal deutlich machte. Demografischer Wandel, Fachkräftemangel, zerfallende Gemeinschaften und infrastrukturelle Defizite sind auch in diesem Teil Deutschlands zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung große Herausforderungen. Natürlich gehört zur Wahrheit, dass unser Steueraufkommen noch nicht dort ist, wo wir es dringend brauchen, dass die Haushaltsnettoeinkommen noch nicht dort sind, wo wir sie nötig brauchen. Ich finde es nach wie vor unerträglich, dass in meiner Stadt 16.000 Menschen 40 Stunden in der Woche arbeiten und dass trotzdem die Stadt Leipzig ihre Miete bezahlen muss.

Beides gehört zusammen. Wir krempeln die Ärmel hoch. Wir wollen es angehen. Wir wollen 2019 auf eigenen Füßen stehen. Sie sind in einer Stadt des Optimismus. Wir wollen wirtschaftlich weiter zulegen, den Abstand verringern und in den Wachstumsbranchen deutliche Impulse setzen für ein gemeinsames, wirtschaftlich starkes Deutschland.

Noch einmal: Willkommen in Leipzig! Willkommen in einer Stadt des Optimismus und der Freiheit!

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Ganz herzlichen Dank, Herr Oberbürgermeister Jung. – Leipzig ist dynamisch. Leipzig ist kraftvoll. Wir spüren es auf Schritt und Tritt in dieser Stadt. Da passt es, meine sehr verehrten Damen und Herren, gut, einen ganz besonderen Ehrengast zu begrüßen, einen Ehrengast, der im Ranking ganz oben steht, nämlich unseren Ehrengast Vitali Klitschko. Der Boxweltmeister ist hier bei uns. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ganz herzlichen Dank.

Mit dieser Botschaft von Dynamik, Kraft und Weltklasse übergebe ich an den Tagungspräsidenten Stanislaw Tillich. – Bitte, lieber Stanislaw Tillich.

Stanislaw Tillich, Tagungspräsident: Vielen Dank, liebe Frau Kollegin Lieberknecht. – Ich darf jetzt zu dem kommen, worauf der Bundesparteitag seit Tagen wartet, nämlich auf den Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands.

TAGESORDNUNGSPUNKT 8:

BERICHT DER VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS, AUSSPRACHE ZUM BERICHT DER VORSITZENDEN

Liebe Angela, du hast das Wort.

(Beifall)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Deutschland kann mehr, das war das Motto unseres Leipziger Parteitages des Jahres 2003. Wir hatten den Ehrgeiz, Deutschland in zehn Jahren wieder ganz nach vorne zu bringen, unter die drei besten Nationen Europas. Das war der Kernsatz des Antrages, den wir damals in Leipzig beschlossen haben. Heute, acht Jahre später, können wir sagen: Wir haben dieses Ziel erreicht.

(Beifall)

Deutschland kann mehr. Wir haben Deutschland wieder an die Spitze geführt. Wir sind nicht mehr Schlusslicht in Europa. Wir sind Stabilitätsanker in Europa. Wir sind die Wachstumslokomotive. Erinnern wir uns doch einmal: Gerhard Schröder hatte Deutschland 5 Millionen Arbeitslose hinterlassen. Wir haben den Trend gebrochen und die Zahl der Arbeitslosen auf unter 3 Millionen gesenkt. Noch nie hatten so viele Menschen Arbeit wie heute, und das ist gut so, liebe Freunde.

(Beifall)

In einigen Städten und Regionen haben wir heute in Deutschland Vollbeschäftigung. Das straft all jene Lügen, die uns für dieses Ziel immer wieder verspottet haben. Deshalb sage ich auch hier: Unter 3 Millionen Arbeitslose, das ist eine tolle Zahl, das ist ein tolles Resultat. Aber wir werden nicht ruhen, bevor wir nicht all den Menschen, die arbeiten können, Arbeit gegeben haben. Vollbeschäftigung bleibt unser Ziel für eine menschliche Gesellschaft.

(Beifall)

Das, was ich sage, heißt nichts anderes, als dass Deutschland wieder unter den drei besten Nationen Europas ist. Deutschland geht es so gut wie lange nicht mehr. Wir wissen, das ist ein Verdienst sehr vieler. Aber es ist auch ein Verdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Darauf können wir gemeinsam stolz sein. Wir haben unser Land vorangebracht.

(Beifall)

2003 hatten wir uns ein Ziel gesetzt. Jetzt, acht Jahre später, haben wir dieses Ziel erreicht, schneller als gedacht, obwohl die äußeren Rahmenbedingungen in den letzten Jahren immer schlechter geworden sind. Warum konnte uns das gelingen? Es konnte uns gelingen, weil wir schon damals, zu Oppositionszeiten, unsere Verantwortung für Deutschland ernst genommen haben; denn ohne die Unterstützung der Union gerade im Bundesrat hätte Bundeskanzler Schröder niemals wichtige Teile der Agenda 2010 durchsetzen können, niemals! Es konnte gelingen, weil wir seit Leipzig 2003 mal schneller, mal langsamer, aber immer wieder Schritt für Schritt wichtige Weichenstellungen vorgenommen haben: Rente mit 67, den Einstieg in die

Entkopplung der Gesundheitskosten von den Arbeitskosten, den für viele viel zu langsamen Einstieg in mehr Steuergerechtigkeit, die Konsolidierung des Haushalts sowie den Vorrang für Bildung und Forschung.

Wie war all das möglich? All das war nur möglich, weil wir, so groß die Herausforderungen, so rasant die Veränderungen, so widrig die Umstände auch waren, einen festen Kompass, ein festes Wertefundament haben. Dieser Kompass, liebe Freunde, leitet uns seit 65 Jahren. Seit 65 Jahren gibt er uns Halt und Orientierung.

(Beifall)

Dieser Kompass ist unveränderlich. Es sind unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Sie prägen das Gesellschaftsmodell der Sozialen Marktwirtschaft, ein Gesellschaftsmodell, mit dem ein Ausgleich zwischen Arbeit und Kapital, wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Gerechtigkeit gefunden werden kann. Diese Grundwerte prägen genauso unser Denken, unser Denken in Partnerschaften, in Bündnissen, in Bündnissen für unser außen- und sicherheitspolitisches Handeln, in der Allianz unserer Verbündeten und Partner in der Europäischen Union und in der transatlantischen Partnerschaft. Da sichern wir unsere Werte und unsere Art, zu leben. Nicht zuletzt, sondern – im Gegenteil – vorneweg und alles bestimmend für uns als Christlich Demokratische Union ist dabei unser christliches Menschenbild.

(Beifall)

Aus ihm, liebe Freunde, leiten wir ab, was die Würde des Menschen umfasst: Die Würde des Menschen, geboren und ungeboren, gesund, krank oder sterbend, diese Würde ist unveräußerlich.

(Beifall)

So machen wir seit 65 Jahren Politik aus Verantwortung vor Gott und den Menschen. „Voll Gottvertrauen wollen wir unseren Kindern und Enkeln eine glückliche Zukunft erschließen“, so heißt es im Gründungsaufwurf unserer Partei von 1945. Das macht das Wesen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands aus. Mit diesem Kompass dienen wir Deutschland als die große Volkspartei der Mitte.

(Beifall)

Liebe Freunde, das ist und das bleibt die Motivation, auch heute. Deshalb: Der Kompass ist unveränderlich, doch der Kontext, die Zeiten, in denen wir leben und arbeiten, die verändern sich, und zwar fortlaufend; ich sage: manchmal geradezu atemberaubend. Wenn wir allein auf dieses Jahr blicken: Die Veränderungen in Nordafrika, in Nahost. Menschen feierten zum Jahresbeginn auf dem Tahrir-Platz in Kairo. Es gab die ersten freien Wahlen in Tunesien. Gaddafi ist in Libyen gestürzt worden. Es gibt einen Aufstand in Syrien; das Land ist von der Arabischen Liga suspendiert. Im März dieses Jahres wurde Japan nach einem Erdbeben und einem Tsunami von einer

dramatischen Reaktorkatastrophe heimgesucht. Durch das Internet haben wir völlig neue Kommunikationsmöglichkeiten. Damit verbunden sind bahnbrechende Chancen. Vielleicht, nein, sicher ist das ein Umbruch so groß wie die Erfindung der Buchdruckerkunst.

Gleichzeitig, neben diesen Chancen sehen wir aber auch Bedrohungen: durch Straftaten, durch Industriespionage, durch Cyberattacken. Wir erleben immer wieder im Bereich der inneren Sicherheit Unvorstellbares. Gerade in diesen Tagen müssen wir vermuten, dass es schreckliche Gewalttaten aus dem Bereich des Rechtsextremismus gibt. Terrorismus im rechtsextremen Bereich, meine Damen und Herren, das ist eine Schande, das ist beschämend für Deutschland, und wir werden alles tun, um die Dinge aufzuklären und den Menschen gerecht zu werden.

(Beifall)

Wir erleben im Bereich der äußeren Sicherheit, dass all das, was wir über die Jahrzehnte des Kalten Krieges, der Abschreckung gelernt haben, heute keine Gültigkeit mehr hat. Wir haben asymmetrische Bedrohungen. Wir haben den internationalen Terrorismus. Wir müssen darauf reagieren. Wir sehen, dass China, Indien, Brasilien aufstreben. Mit ihrem Aufstieg verschieben sich natürlich die Kräfteverhältnisse weltweit. Chinas Wirtschaft ist im dritten Quartal um 9 Prozent gewachsen, und das war der niedrigste Wert in den letzten zwei Jahren. Es gibt heute eine internationale wirtschaftliche Verflechtung wie noch nie zuvor in der Geschichte der Menschheit.

Kommen wir zurück nach Deutschland: Wir sehen einen tiefgreifenden demografischen Wandel. Es gibt mehr Schüler mit Migrationshintergrund. Familien ziehen viel häufiger um. Vor allen Dingen leben in Deutschland aber immer weniger Menschen, die im Durchschnitt immer älter werden. In den kommenden zehn Jahren werden die Schülerzahlen in Deutschland um 30 Prozent sinken. Das geschieht in Deutschland vor einer Folie, die zeigt, dass weltweit genau die umgekehrte Tendenz festzustellen ist. Da passiert das Gegenteil: Die Weltbevölkerung nimmt weiter rasant zu. 1950, als unsere CDU fünf Jahre alt war, gab es 2,5 Milliarden Menschen auf der Welt. Heute sind wir sieben Milliarden. 1950 war mindestens jeder Fünfte auf der Welt ein Europäer. Heute ist es jeder 14., und es werden noch weniger werden. Sie alle, alle diese 7 Milliarden Menschen wollen natürlich – ich habe vom christlich-liberalen Menschenbild gesprochen – Nahrung, Gesundheit, Energie. Ich sage ganz offen: Befriedigende Antworten auf die Frage, wie wir das alles sichern und gleichzeitig unsere natürlichen Ressourcen und das Klima schützen wollen, haben wir noch nicht.

Wenn wir das alles auf uns wirken lassen – vom Tahrir-Platz über das Internet bis zu den sieben Milliarden Menschen –, dann wird klar – ich glaube, damit sage ich nicht zu viel –: Wir leben in Zeiten epochaler Veränderungen. Wer in einer solchen Zeit glauben würde, dass wegen der epochalen Veränderungen unser Wertefundament, unser Kompass nicht mehr gelten würde, der hätte nicht verstanden, welche Kraft dieser Kompass für die Christlich Demokratische Union entfaltet, wie er uns leitet und wie er uns führt.

(Beifall)

Liebe Freunde, wer umgekehrt in einer solchen Situation glauben würde, dass unser Kompass bedeutet, die Antworten für richtig zu halten, die vor 30 Jahren richtig waren, dass die Antworten von heute dieselben sind wie die vor 30 Jahren, dass die Antworten vor 30 Jahren dieselben sind wie vor 60 Jahren, der unterschätzt das Leben einer Volkspartei, der unterschätzt das, was die CDU immer stark gemacht hat. Wenn wir erfolgreich waren, dann haben wir es immer anders gemacht. Wie haben wir es gemacht? Als große Volkspartei der Mitte, schichten- und konfessionsübergreifend, ohne dogmatisches Ideologieverständnis, aber auf der Grundlage eines festen Kompasses haben wir immer wieder alte Antworten überprüft und neue gegeben, mit dem Sinn für die Realitäten des Lebens. Das macht die Stärke der CDU aus, liebe Freunde.

(Beifall)

Das macht – davon bin ich überzeugt – auch unsere Stärke für die Zukunft aus. Was heißt das konkret?

Erstens. Geschieht in einem Hochtechnologieland wie Japan ein Reaktorunfall, dessen Folgen ja im Grunde bis heute nicht ganz absehbar sind und der nach allen vorherigen Risikoannahmen, nach menschlichem Ermessen nicht hätte passieren dürfen, dann hat das Folgen für die Verlässlichkeit von Risikoannahmen im Bereich der Kernenergie. Man kann es auch anders sagen: Das Restrisiko hat mit der Katastrophe von Fukushima ein Gesicht bekommen. Und wenn das so ist, dann – der Überzeugung bin ich – müssen wir daraus die Konsequenzen ziehen. Die heißen: In Deutschland schneller als ursprünglich geplant die Energiewende einleiten.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich will noch einmal daran erinnern: Brückentechnologie war die Kernenergie für uns seit langem; festgeschrieben in unserem Grundsatzprogramm. Es ging also nicht mehr um das Ob des Umstiegs – wir wollten immer umsteigen in das Zeitalter der erneuerbaren Energien –, sondern um das Wie, um einen Umstieg mit Augenmaß. Da sage ich: Natürlich bleibt eine riesige Aufgabe, aber die Welt hat sich durch Fukushima verändert, und deshalb müssen wir schnell aussteigen. Deshalb müssen wir schnellstmöglich aussteigen. Ich sage aber auch: Die Arbeit ist damit, dass dies beschlossen wurde, nicht getan, sondern jetzt müssen wir auch zeigen, wie wir das machen. Da sage ich – das unterscheidet uns von allen anderen –: Wir sagen, wie wir es machen, und nicht, wogegen wir sind.

(Beifall)

Gegen alles zu sein, das mag der bequeme Weg sein. Gegen Speicherwerke, gegen neue Stromtrassen, gegen neue Kraftwerke, überhaupt gegen eine leistungsfähige Infrastruktur in Deutschland insgesamt, gegen Autobahnen, gegen moderne Bahnhöfe, gegen Breitbandver-

sorgung – gegen all das zu sein, können manche sich leisten. Die Christlich Demokratische Union wird dabei nicht mitmachen, liebe Freunde.

(Beifall)

Weil es uns gibt, wird nun endlich ein Endstück der Autobahn in Berlin mit einer Länge von 3,4 Kilometern gebaut. Das ist gut so, liebe Freunde: für eine moderne Großstadt, für eine Weltstadt wie Berlin. Danke schön dafür!

(Beifall)

Weil wir das Land sind, das dafür ist, dass Infrastrukturprojekte entstehen, wünschen wir unseren Freunden in Baden-Württemberg von diesem Leipziger Parteitag alles Gute für die Volksabstimmung über Stuttgart 21, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall)

Ich weise auf die Dialektik hin: Um Ja zu Stuttgart 21 zu sagen, muss man Nein sagen. Das ist dialektisch; aber ich glaube, das schaffen wir.

Liebe Freunde, mit einem Wort: Wir sind ein Land der großen Möglichkeiten. Das ist die Überzeugung der Christlich Demokratischen Union.

Zweitens. Wenn in Deutschland immer weniger und im Durchschnitt auch ältere Menschen leben, dann müssen wir daraus die notwendigen Konsequenzen ziehen. Wir können doch nicht einfach so tun, als ginge es noch um die Bevölkerung des Jahres 1950. Das hat Folgerungen für die Altersversorgung. Das hat bedeutet: Wir müssen uns für die Rente mit 67 entscheiden. Ich füge hinzu: Natürlich müssen wir dafür Sorge tragen, dass die Rente mit 67 nicht nur im Gesetzblatt steht, sondern dass die Menschen auch die Chance haben, bis zu diesem Lebensalter arbeiten zu können. Sonst versteht uns keiner. Auch das ist die Aufgabe der Christlich Demokratischen Union.

(Beifall)

Es nützt auch nichts, den Kopf in den Sand zu stecken. Wenn wir wollen – das ist unser Prinzip –, dass jeder Mensch die Gesundheitsversorgung bekommt, die er braucht, dann heißt das auf der anderen Seite, dass wir, im globalen Wettbewerb stehend, nicht die steigenden Gesundheitskosten an die Arbeitskosten koppeln können. Das heißt, wir brauchen eine Entkopplung. Darüber zu reden und das zu beschließen, war unsere Aufgabe. Wenn das so ist, zieht dies Folgerungen in der Pflege nach sich. Ich sage ausdrücklich: Wir haben jetzt einen ersten Schritt unternommen, uns besser um Demenzzranke zu kümmern. Die Krankheit Demenz ist für die ältere Generation die große Herausforderung der Zukunft. Davor können wir doch nicht die Augen verschließen und sagen: Beitragserhöhungen kommen für uns nicht infrage. – Gleichzeitig müs-

sen wir weiterschreiten – das geht langsam, aber Schritt für Schritt –, um auch der jungen Generation durch Kapitaldeckung die Sicherheit zu geben, dass die Pflege auf festen Füßen steht.

(Beifall)

Liebe Freunde, es muss auch veränderte Antworten auf die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit geben. Wir müssen Beruf und Familie enger und anders miteinander verzahnen. Denn unsere Überzeugung ist doch nach wie vor, dass die Familie der Kern unserer Gesellschaft ist, dass hier Werte vermittelt werden, dass hier Liebe gelebt wird, dass hier Zuneigung und Verantwortung lebenslang sind. Deshalb müssen die Familien geschützt werden. Deshalb müssen die Familien aber auch das Recht haben, ihre Entscheidung zu treffen, wie sie Beruf und Familie miteinander verbinden wollen.

(Beifall)

Wir haben schon Mitte der 80er-Jahre gesagt: Unser Familienbild ist das der Wahlfreiheit. Wir haben uns immer schwer damit getan, weil jeder eine andere Vorstellung davon hatte, wie Wahlfreiheit aussehen soll. Ich sage, es war richtig, dass wir vor einigen Jahren begonnen haben, die Zahl der Kinderbetreuungsplätze für unter Dreijährige auszubauen. Das war dringend notwendig, und wir haben noch viel zu tun, um dies zu schaffen, liebe Freunde.

(Beifall)

Aber es ist jetzt auch richtig, mit dem Betreuungsgeld den Eltern ein Zeichen zu geben, die sich entschieden haben, einige Jahre ihre Kinder zu Hause zu erziehen. Das ist Wahlfreiheit: Ausbau der Krippenbetreuung und gleichzeitig Unterstützung.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wenn die demografische Entwicklung unseres Landes ist, wie sie ist, dann wird das auch Folgen für das Bildungssystem haben. Ich weiß – ich habe das schon gesagt –, dass Schulpolitik Ländersache ist. Das ist richtig.

(Vereinzelt Beifall)

Das soll auch so bleiben, gar keine Frage. Wir haben genug im Bund zu tun. So ist es nicht. – Aber wichtig ist doch, liebe Freunde, dass eine große Volkspartei wie die Christlich Demokratische Union sprechfähig ist, dass wir unsere Prinzipien kennen, dass wir wissen, was wir wollen und was wir nicht wollen. Deshalb sage ich: Wir wollen keine Einheitsschule. Wir werden das Gymnasium erhalten. Das sind unsere Grundbedingungen, und dafür müssen wir kämpfen.

(Beifall)

Schauen Sie sich doch heute einmal die Koalitionsverhandlungen in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern an! Das Gymnasium wird keinesfalls von jeder Partei in Deutschland für richtig

gehalten. Wir bekennen uns ausdrücklich zum Gymnasium und gegen die Einheitsschule, liebe Freunde. Das ist es, was wir wollen.

(Beifall)

Wir wollen auch nicht einfach die Hauptschulen abschaffen. Damit das vollkommen klar ist: Da, wo es funktionierende gute Hauptschulen gibt, können und werden sie bestehen bleiben.

(Beifall)

Aber es lohnt sich auch hier nicht, den Kopf in den Sand zu stecken und so zu tun, als ob jeder Bürgermeister vor Ort, der die Wahl hat, sich für keine Schule und dafür weiter entfernt eine Hauptschule zu entscheiden, sich sofort für die Hauptschule entscheiden würde. Die Wahrheit ist: Viele möchten die Schule behalten, auch bei weniger Schülern. Deshalb müssen wir Mittel und Wege finden, wie wir Real- und Hauptschule unter einem Dach organisieren können, liebe Freunde. Das ist die Antwort auf 30 Prozent weniger Schüler.

(Beifall)

Wenn ich mir die PISA-Ergebnisse von Thüringen und Sachsen anschau, die von 1990 an ein Zweiwegemodell hatten, dann kann ich nicht sagen, dass das Abendland damit untergeht. Das sind vielmehr vernünftige Lösungen in Zeiten des demografischen Wandels, liebe Freunde.

(Beifall)

Das heißt also: Wir bringen mit unserem heutigen Konzept neue Herausforderungen und unsere Prinzipien in Einklang: exzellente Bildung, Leistungsgerechtigkeit, individuelle Förderung.

Wenn in Deutschland immer weniger und immer ältere Menschen leben, dann folgt daraus auch, dass wir der Wirtschaft Antworten auf die Frage nach qualifizierten Fachkräften geben müssen. Das ist überhaupt keine Frage. Ich sage ganz eindeutig: Wir haben noch fast 3 Millionen Arbeitslose. Es geht vor allem darum, ihnen Arbeit zu geben, wo immer das möglich ist. Wenn wir aber Fachkräfte brauchen und wenn wir im Übrigen die Erfahrung gemacht haben, dass der Run auf Deutschland in Bezug auf die qualifiziertesten Köpfe gar nicht so groß ist, wie wir es uns manchmal vorstellen, dann müssen wir die Bedingungen dafür schaffen, dass die Menschen, die bei uns arbeiten wollen und exzellent sind, auch bei uns arbeiten können und nicht woandershin in die Welt gehen. Auch das gehört zu einem erfolgreichen Land.

(Beifall)

Wenn sich die Dinge ändern – und sie ändern sich massiv, wenn Sie sich einmal anschauen, dass in den deutschen Großstädten die Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund bei der Einschulung zum Teil 50 Prozent und mehr erreicht –, dann ist das Thema Integration ein Kernthema, auf das wir richtige Antworten finden müssen und auch schon gefunden haben. Was wäre denn

ohne die CDU? Es gäbe keine Sprachtests in den Schulen und bei den Kleinkindern. Es gäbe keine Integrationskurse, wo die Sprache erlernt wird. Wir waren es, die gesagt haben: Sprache und Chancen in einem Land gehören zusammen. Wer hier lebt, muss auch unsere Sprache sprechen. – Das hat sich durchgesetzt, bei allen und parteiübergreifend.

(Beifall)

Drittens. Liebe Freunde, wenn wir feststellen, dass sich die Sicherheits- und Bedrohungslage seit dem Ende des Kalten Krieges völlig verändert hat, dann hat das natürlich auch Auswirkungen auf unsere Sicherheitsstruktur. Wenn wir im Übrigen feststellen, dass nur noch 13 Prozent der Jugendlichen eines Jahrgangs zur Bundeswehr gezogen wurden, dann hat das auch Auswirkungen auf die Wehrpflicht. Deswegen haben wir vergangenes Jahr darüber diskutiert. Ich sage ganz unumwunden: Das war nicht nur eine weitreichende Entscheidung; vielleicht war es die weitreichendste Entscheidung der christlich-liberalen Koalition. Die CDU hat natürlich immer für die Idee des Staatsbürgers in Uniform gestanden. Ich sage Ihnen: Wir werden das auch weiter tun.

Auch auf der Ebene der freiwilligen Armee nach der Aussetzung der Wehrpflicht ist die Idee des Staatsbürgers in Uniform keine Idee, die uns nicht mehr berührt. Wir werden die Reservisten stärken. Wir werden eine Bundeswehr haben, die weiter die Achtung und Unterstützung gerade der Christlich Demokratischen Union Deutschlands hat.

(Beifall)

Viertens. Wenn wir feststellen und es hautnah erleben, dass Globalisierung nicht mehr nur ein sperriges Wort für irgendwelche intellektuellen Debatten ist, sondern dass die Welt in einer Form dicht verbunden und vernetzt ist, dann hat auch das Auswirkungen. Dieser Tage blicken wir von Berlin, Tokio, Peking, London, New York und Neu-Delhi, in allen Metropolen der Welt tagein, tagaus auf eine Schuldenkrise, die auch andere Kontinente umfasst, zum Beispiel Amerika, die aber vor allen Dingen Europa erschüttert. Wir spüren, dass diese Schuldenkrise Auswirkungen auf die ganze Welt hat.

Damit, liebe Freunde, kommen wir zum Kern dessen, worum wir uns kümmern müssen und was uns beschäftigt. Was bedeutet diese Schuldenkrise eigentlich? Sie bedeutet doch nichts anderes, als dass wir Menschen zulasten unserer Zukunft leben, und das im Übrigen nicht nur im Bereich der Finanzen, sondern in vielen anderen Bereichen auch. Überall stoßen wir auf Verhaltensweisen, die auf Dauer nicht gut gehen können. Wir wissen das, und wir spüren es in dieser Zeit ganz besonders.

Überall stoßen wir auf ein Denken, das kein Morgen kennt: ökologisch, sozial, ökonomisch. Wir sehen eine globale Finanzwirtschaft, in der alles seinen Preis hat, aber immer weniger einen Wert. Alexander Rüstow, einer der Gründungsväter der Sozialen Marktwirtschaft, hat vor

Jahrzehnten formuliert, dass die Wirtschaft – ich füge hinzu: die Finanzwirtschaft ist ein Teil der Wirtschaft – Dienerin der Menschlichkeit zu sein hat.

Man mag es angesichts der dramatischen aktuellen Turbulenzen kaum noch aussprechen: die Finanzwirtschaft als Dienerin der Menschlichkeit. Aber nur, weil viele nicht mehr wissen, was das heißt, ist der Satz noch lange nicht falsch. Er ist heute genauso richtig wie am Anfang der Sozialen Marktwirtschaft. Er ist visionär, und auch für die Finanzwirtschaft gilt: Sie hat Dienerin der Menschlichkeit zu sein, wenn sie den Geboten der Sozialen Marktwirtschaft entsprechen will.

(Beifall)

Wir müssen es schaffen, dass dieser Satz ernst genommen wird. Die Wirtschaft und die Finanzwirtschaft müssen den Menschen dienen, nicht umgekehrt. Das heißt doch nichts anderes als das, was uns immer gelehrt hat: im Zweifel für den Menschen. Das muss bei jeder Entscheidung unser Handeln leiten. Im Zweifel für den Menschen, damit es gerecht zugeht: Genau das ist das Verständnis unseres christlichen Menschenbildes.

Aber seien wir doch ehrlich: Immer mehr Menschen – dem begegnen wir täglich – zweifeln daran, dass es nach diesen Prinzipien in der Globalisierung gerecht zugeht. Ich sage es ganz deutlich: Auch in Deutschland – man muss immer zuerst zu Hause anfangen – gibt es Unternehmen, die sich einen Wettbewerb um die niedrigsten Löhne liefern, statt einen Wettbewerb um die besten Köpfe und Ideen zu veranstalten.

(Beifall)

Es ist richtig: Es gibt Menschen, die zwei oder manchmal auch drei Jobs haben und am Ende trotzdem noch zu wenig in der Tasche haben, um vernünftig leben zu können. Das ist mit einer menschlichen Gesellschaft nicht vereinbar.

(Beifall)

Deshalb möchte ich ausdrücklich der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft danken, dass sie dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt hat.

Ich habe sechs Regionalkonferenzen gemacht, liebe Freunde. In all diesen Konferenzen hat nicht die CDA wieder einmal gesagt, was an den Arbeitsbedingungen schlecht ist, sondern in all diesen Konferenzen war spürbar, dass neben dem Thema des Euro die Arbeitsbedingungen ein Thema sind, das viele unserer Mitglieder umtreibt. Deshalb müssen wir darauf Antworten finden.

(Beifall)

Niemand von uns will einen flächendeckenden gesetzlichen, einheitlichen, politisch festgelegten Mindestlohn.

(Beifall)

Wir sind überzeugt, dass die Tarifautonomie als Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft ein wesentlicher Bestandteil ist und gestärkt werden muss.

(Beifall)

Aber, liebe Freunde, zur Realität gehört auch, dass heute längst nicht mehr so viele Beschäftigungsverhältnisse von der Tarifautonomie erfasst sind, wie das früher der Fall war. Jetzt können wir doch nicht einfach sagen: Weil die Tarifautonomie richtig ist, kümmern wir uns um das Ergebnis überhaupt nicht mehr. – Deshalb sagen wir: Wir wollen dort eine Lohnuntergrenze, wo es keine Tarifverträge gibt. Wir wollen nicht, dass Menschen ohne jeden rechtlichen Schutz leben. Da wir aber wollen, dass die Tarifautonomie gestärkt wird, orientieren wir uns an dem, was Branchentarifverträge, die allgemeinverbindlich erklärt wurden, aussagen und was heute gültig ist. Weil wir das nicht selber machen wollen, bitten wir die Tarifpartner, genau dies vorzunehmen: Jedem eine Richtung, eine Orientierung, damit man weiß, wo die Lohnuntergrenze ist, aber nicht politisch definiert, sondern von den Tarifpartnern auf der Grundlage bestehender Tarifverträge festgelegt. Das ist unsere Haltung, und diese Haltung ist richtig.

(Beifall)

Damit – ich hoffe, Herr Hundt sieht es genauso – stärken wir die Tarifautonomie, liebe Freunde. Damit nehmen wir sie aber auch in die Pflicht. Denn wir können nicht weggucken und sagen: „Wenn das an vielen Stellen nicht mehr passiert, dann interessiert es uns nicht“, sondern dann müssen wir handeln, auch politisch handeln, aber nicht auf Feldern, von denen wir nichts verstehen; wir müssen vielmehr diejenigen, die etwas davon verstehen, ermutigen, selber zu handeln. So gehen wir dabei vor, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Als es nach dem Zweiten Weltkrieg darum ging, Deutschland wieder aufzubauen, hat sich die CDU für eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung stark gemacht, die eine Alternative zum Marxismus, aber auch – ich zitiere – „zur Versumpfung des Kapitalismus“ sein sollte. So hat Walter Eucken das damals ausgedrückt. Es geht also um eine Wirtschaftsordnung, die den Menschen dient und nicht zulasten unserer Zukunft geht. Weil wir heute global vernetzt sind, müssen wir es schaffen – so groß die Aufgabe auch aussehen mag –, die Werte und Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft weltweit zu verankern: für Gerechtigkeit und für Nachhaltigkeit.

(Beifall)

Jedes Jahr bestimmen Wissenschaftler einen sogenannten Earth-Overshoot-Day, das heißt, einen Tag, an dem die Menschen alle regenerativen Ressourcen verbraucht haben, die unsere Erde pro Jahr zur Verfügung hat. Seit 1987 wird dieser Tag gemessen. 1987 war es der 19. Dezember. In diesem Jahr war es der 27. September. Seit diesem Jahr leben wir auf der Welt von der Substanz.

Das steht für das Denken, das kein Morgen kennt. Wir wissen, dass dieses Denken falsch ist. Jeder von uns weiß das. Aber warum fällt es uns so unglaublich schwer, dieses Wissen auch in Handeln umzusetzen? Darauf geben Forscher der Columbia-Universität in New York einen spannenden Hinweis. Sie sagen nämlich: Für ein anderes Handeln braucht der Mensch nicht nur die Einsicht, sondern immer auch einen Anlass. Oft ist das ein unerfreulicher Anlass. Das ist vielleicht das Erfreuliche am Unerfreulichen: dass dieser Anlass die Möglichkeit zur Umkehr sein kann.

Was haben wir seit 2008 erlebt? Wir haben eine Bankenkrise erlebt. Wir haben die Wirtschaft gestützt. Wir haben einen Wirtschaftseinbruch von fünf Prozent gehabt. Wir haben anschließend eine Staatsschuldenkrise erlebt. Wenn uns das alles nicht genug ist, die Schuldenkrise in Europa als Anlass zu sehen, unser Leben anders zu gestalten, dann werden wir die Zukunft nicht bauen können. Deshalb müssen wir diesen Anlass beim Schopfe packen!

(Beifall)

Lassen Sie uns diese Krise deshalb als Entscheidung verstehen – das ist auch die Bedeutung des Wortes „Krise“ –, als eine Entscheidung zu einem Wendepunkt in der Art, wie wir unsere Politik gestalten: für Europa und für Deutschland, wie es das Motto unseres Parteitages ist.

Genau in dieser Lage führt uns wieder unser Kompass, unser Wertefundament. Für die CDU ging es immer darum, ein vereintes Europa zu schaffen, und zwar ein Europa, das den Menschen dient, sodass wir nach Jahrhunderten fürchterlichen Blutvergießens in Frieden und Freiheit leben können. Das war der Urgedanke nach dem Zweiten Weltkrieg.

Ich frage Sie: Wo können wir diesen Gedanken besser ermessen als hier in Leipzig? Hier steht das Völkerschlachtdenkmal. Hier hat halb Europa vor 200 Jahren Krieg gegeneinander geführt; zigtausende Menschen haben ihr Leben verloren. Hier steht das Schillerhaus. Hier begann Friedrich Schiller die „Ode an die Freude“ zu schreiben, die von Ludwig van Beethoven vertont wurde und die heute unsere Europahymne ist. Hier in Leipzig war 1989 das Zentrum der friedlichen Revolution. Hier haben die Montagsdemonstrationen begonnen. Die Menschen der DDR haben nicht nur die Mauer zum Einsturz gebracht, sondern auch den Eisernen Vorhang in Europa gemeinsam mit vielen anderen heruntergerissen.

Die friedliche Revolution, sie gehört heute unauslöschlich zur Identität unseres Landes und zur Identität Europas. Ich füge hinzu: Sie gehört auch unauslöschlich zur Identität der CDU, der Christlich Demokratischen Union; denn wie keine zweite Partei hat die CDU an die deutsche Einheit in Frieden und Freiheit geglaubt, liebe Freunde.

(Beifall)

All das macht doch deutlich: Es war ein langer Weg, damit Europa in Frieden und Freiheit leben kann. Das Verdienst der Generation von Konrad Adenauer war es, dieses Europa aufzubauen.

Das Verdienst der Generation von Helmut Kohl war es, die Einheit unseres Vaterlandes zu vollenden und den Kalten Krieg zu überwinden. Helmut Kohl hat uns dabei immer wieder gesagt – er hat recht –: Die Einheit Deutschlands und Europas sind zwei Seiten einer Medaille.

(Beifall)

Diese Maxime gilt unverändert, aber der Auftrag unserer Generation ist es jetzt, die Wirtschafts- und Währungsunion in Europa zu vollenden und eine Politische Union Schritt für Schritt zu schaffen;

(Vereinzelt Beifall)

denn, liebe Freunde, der Euro ist weit mehr als eine Währung. Er ist das Symbol der europäischen Einigung. Er ist inzwischen das Symbol für ein halbes Jahrhundert Frieden, Freiheit und Wohlstand geworden. Das ist alles andere als selbstverständlich. Das merken wir, wenn wir uns Entwicklungen anderswo vor Augen führen. Deshalb sage ich auch immer wieder: Scheitert der Euro, dann scheitert Europa. Das wollen und werden wir verhindern, liebe Freunde. Dafür arbeiten wir, weil es ein so großes historisches Projekt ist –

(Beifall)

für Europa, für Deutschland. Wenn es Europa nicht gut geht – das ist die Wahrheit –, geht es auch Deutschland auf Dauer nicht gut. Wir brauchen Europa, damit es Deutschland gut geht. Wir brauchen Europa, weil wir Europäer im globalen Konzert nur gemeinsam eine Stimme haben. Wir brauchen Europa, weil es die Grundlage unseres Wohlstands ist. 60 Prozent unserer Exporte gehen in die Europäische Nation. Neun Millionen Arbeitsplätze hängen allein davon ab. Wir brauchen Europa, weil wir nur gemeinsam unsere Werte verteidigen und schützen können. Allein, mit gut ein Prozent der Weltbevölkerung, richten wir in dieser Welt wenig aus.

Dennoch – das ist die harte Wahrheit zur Zeit dieses Parteitages –: Europa ist heute in einer der schwersten Stunden, vielleicht in der schwersten Stunde seit dem Zweiten Weltkrieg. Für uns muss nur klar sein: Davon dürfen wir uns nicht entmutigen lassen. Wir haben es geschafft, 2008 die Finanzkrise zu überwinden, und zwar genau nach dem Motto: Deutschland wird gestärkt aus dieser Krise herauskommen. – Jetzt müssen wir es schaffen, dass Europa stärker aus seiner heutigen Krise herauskommt, als es in sie hineingegangen ist.

Ich habe vor ein paar Tagen, am 9. November, an einer Konferenz mit dem Titel „Falling Walls Conference“, also „Mauerfälle-Konferenz“, teilgenommen. Wissenschaftler aus aller Welt haben am 9. November dieses Jahres darüber diskutiert: Was sind die nächsten Durchbrüche? Wo müssen als Nächstes Mauern auf der Welt fallen, damit wir die Zukunft gestalten können, ähnlich wie es am 9. November 1989 war? Um im Bild dieser Konferenz zu bleiben: Für Europa ist genau ein solcher Durchbruch in eine neue Phase notwendig. Es ist Zeit für einen Durchbruch zu einem neuen Europa.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir diesen Durchbruch zu einem neuen Europa wagen, dann müssen wir über den Tag hinaus denken. Indem wir die Schuldenprobleme dauerhaft überwinden – nur dadurch! –, können wir zeigen, dass unser Kontinent es schaffen kann, nicht weiter zulasten der Zukunft zu leben.

Ich sage: Jede Generation hat ihre politische Herausforderung. Jede politische Generation muss immer wieder neu unter Beweis stellen, dass sie auf der Grundlage des Wertefundaments die richtigen Antworten zu den heutigen Realitäten gibt. Die historische Bewährungsprobe unserer Generation ist es, zu zeigen, dass unser Kontinent, unser Europa, es schaffen kann, den Augenblick der Krise zu einer Wende zum Guten zu nutzen: für ein Denken an das Morgen und für ein Denken an die Menschen.

Was bedeutet das? Wir brauchen einen Rettungsschirm, um den Euro zusammenzuhalten, um Mauern zu errichten, wenn es zum Beispiel in Griechenland um eine Umschuldung geht, um sozusagen die Stabilität unserer Währung als Ganzes zu sichern. Aber parallel dazu brauchen wir – das war immer unser Ansatz – eine Verbesserung der Haushaltsführung in vielen europäischen Ländern. Gleichzeitig brauchen wir die Bereitschaft dieser Länder, mehr für ihre Wettbewerbsfähigkeit zu tun. Das sind wieder zwei Seiten ein und derselben Medaille. Liebe Freunde, das haben wir immer und immer wieder gesagt.

Gleichzeitig spüren wir, dass etwas in Europa noch unvollendet ist. Die Entscheidung für den Euro, das war eine wegweisende Entscheidung. Aber nicht umsonst hat man damals davon gesprochen, dass wir eine Politische Union brauchen. Was heißt das für uns heute? Für uns heute heißt das: Wir müssen die Struktur der Europäischen Union weiterentwickeln; das heißt: nicht weniger Europa, sondern das heißt: mehr Europa; das heißt: Europa so aufzubauen, dass der Euro eine Zukunft hat, liebe Freunde.

(Beifall)

Es ist im Grunde erstaunlich gewesen, dass sowohl die Märkte als auch die Politik zehn Jahre lang nichts von dem bemerkt haben wollen, was da im Euro-Raum los war. Jahrelang war es möglich, Schulden zu machen, ohne Sanktionen der Märkte, ohne Sanktionen im Rahmen des Stabilitätspaktes. Länder wurden in die Euro-Zone aufgenommen, obwohl doch wahrscheinlich ziemlich viele ahnten, dass sie die Voraussetzungen dafür nicht erfüllten. Ausgerechnet ein Land wie Deutschland hat damals selbst den Stabilitäts- und Wachstumspakt verletzt und ihn dann auch noch verändert und abgeschwächt. Das war unter Rot-Grün so, meine Damen und Herren, und das hat der Sache nicht geholfen.

(Beifall)

Diejenigen, die das verursacht haben oder mit verursacht haben – ich will mal gerecht sein –, sagen jetzt: Weil wir den Stabilitätspakt abgeschwächt haben, weil wir ihn selbst nicht erfüllt

haben, müssen wir jetzt die Vergemeinschaftung der Schulden betreiben und sofort Euro-Bonds einführen. – Dazu kann ich nur sagen: Das wird uns nicht in eine vernünftige Zukunft Europas, eines Europas, das an morgen denkt, führen.

Aber wir müssen in die Zukunft blicken. Die Lehre aus all diesen Fehlern, Versäumnissen und Lebenslügen heißt: Wir brauchen ein neues Verständnis unserer gemeinsamen Verantwortung in und für Europa. Wahr ist doch: Bislang haben wir uns in der europäischen Familie nicht entscheiden können, ob wir als Familienmitglieder verantwortungsbewusst handeln, wenn wir uns um die Belange der anderen Familienmitglieder nicht kümmern, oder ob wir verantwortungsvoll handeln, wenn wir uns einmischen.

Heute erleben wir etwas, das wir so stark noch nicht erlebt haben, aber in Zeiten dieser Krise ist es natürlich so: Irische Sorgen sind slowakische Sorgen, griechische Sorgen sind niederländische Sorgen, spanische Sorgen sind deutsche Sorgen. Es sind unsere aller Sorgen, Sorgen aller 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Das heißt nichts anderes, als dass unsere Verantwortung eben nicht mehr an den Grenzen unserer Länder endet, sondern dass unsere Verantwortung darüber hinaus geht. Man kann es auch so sagen: Wir alle sind Teil einer europäischen Innenpolitik. Wir fangen jetzt erst an, zu verstehen, was das für unser Denken und Handeln jeden Tag bedeutet. Es kann sich daraus etwas Gutes entwickeln, wenn wir auf dem Weg zu einer gemeinsamen europäischen Innenpolitik zu einer wirklichen gemeinsamen europäischen Verantwortung finden.

Genau dafür steht unser Denken von Solidarität und Eigenverantwortung: Helfen, aber gleichzeitig die Erwartung äußern, dass jeder seine Hausaufgaben macht. Die geltenden Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts wurden etwa 60-mal nicht eingehalten. Passiert ist nichts. Liebe Freunde, wie oft wollen wir das noch erleben? Deshalb sage ich: Wir wollen, dass es automatische Sanktionsmechanismen gibt, dass es, wenn jemand die europäischen Verträge in Form des Stabilitäts- und Wachstumspakts verletzt, wirklich Durchgriffsrechte gibt, dass es ein Klagerecht beim Europäischen Gerichtshof gegen solche Staaten gibt, dass dies nicht belanglos bleibt, sondern dass wir diese Schwächen des Lissaboner Vertrages dahingehend verändern, dass es gemeinsame Verantwortung gibt.

(Beifall)

Liebe Freunde, ein Weiteres: Wir brauchen mehr klare Regeln für die Finanzmärkte. Die Finanzmärkte und die Banken waren sicherlich nicht die alleinigen Ursachen – ich habe über die Ursache gesprochen –, aber sie waren Brandbeschleuniger der Krise. Wir haben Gier erlebt, wir haben Zockerei erlebt, wir haben Kasino-Kapitalismus erlebt. Das alles ist das Gegenteil von sozialer Marktwirtschaft.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb ist soziale Marktwirtschaft immer die Notwendigkeit, Leitplanken zu setzen, Regeln zu

setzen, in deren Rahmen die Märkte arbeiten können. Wir dürfen nicht nachlassen, dies immer wieder einzufordern, auch wenn es global nicht ganz einfach durchzusetzen ist.

(Beifall)

Dazu gehört das Verbot von Leerverkäufen. Wie sind wir gescholten worden, als wir es alleine gemacht haben. Jetzt macht es schon ganz Europa. Dazu gehört die Einführung einer Bankenabgabe. Wir sagen ausdrücklich in unserem Antrag – wir haben uns diese Entscheidung nicht leicht gemacht –: Wir brauchen eine Finanzmarkttransaktionssteuer, und wenn es global, wenn es in ganz Europa nicht geht, dann zumindest im Euro-Raum, damit dieser Raum seine Verantwortung für die Zukunft zeigt, liebe Freunde.

(Beifall)

Das Schwierige an der Krise, in der wir heute stehen, ist, dass sie nicht über Nacht entstanden ist, sondern dass sie das Ergebnis von jahrzehntelangen Verfehlungen ist. Warum ist das schwierig? Solch eine Krise kann man nicht mit einem Paukenschlag, nicht mit einem Befreiungsschlag überwinden. Vielmehr haben wir einen langen anstrengenden Weg vor uns, für den wir im Übrigen weltweit noch viel werden werben müssen. Ich sage: Unser Europa ist jede Mühe und jede Anstrengung wert, ein Europa des Friedens, der Freiheit, des Wohlstands, ein Europa, das den Menschen dient. Dieses Europa ist eine Schicksalsgemeinschaft in der globalen Welt. Deshalb ist jetzt der Augenblick zu handeln. Deshalb ist jetzt der Augenblick voranzuschreiten. Deshalb heißt es: Wir müssen zu Hause das tun, was notwendig ist, und gemeinsam in Europa die Werte, die uns wertvoll sind, verteidigen.

Liebe Freunde, manchmal fragen wir uns, ob wir das schaffen können. Ich sage: Warum sollen wir nicht eine große Herausforderung meistern müssen? Wir haben es in der Geschichte der Christlich Demokratischen Union immer wieder geschafft. Die Währungsreform 1948, die Einführung der sozialen Marktwirtschaft, die Westbindung, der NATO-Doppelbeschluss, die Vollendung der deutschen Einheit, die Vollendung der europäischen Einigung – das alles sind Aufgaben, bei denen es in der Vergangenheit immer erfolgreich gelungen ist. Das sieht im Rückblick leicht aus, man hätte aber viele Fehler machen können. So schließt sich der Kreis. Warum haben wir das geschafft? Wir haben es geschafft, weil wir immer die Kraft und die Fähigkeit hatten, in einer sich manchmal ganz schleichend, sich manchmal geradezu atemberaubend schnell verändernden Welt die notwendigen neuen Antworten zu finden. Wir haben es geschafft, weil wir unseren Kompass aus unseren Werten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität haben, weil wir unseren Kompass mit dem christlichen Menschenbild haben.

Dass das nicht immer einfach ist, spüren wir im Augenblick jeden Tag. Über die vergangenen Monate, diese Tage und Wochen, können wir, glaube ich, gemeinsam sagen: Sie gehören zu den anspruchsvollsten, die wir seit Jahren erlebt haben. Es sagt sich immer so leicht: Wir betreten

Neuland. Das ist wahr. Aber wenn wir Neuland betreten, müssen wir dies immer in dem Bewusstsein tun, dass das Wohl der Menschen unser Maßstab ist, dass das Wohl unseres Landes und das Schicksal unseres Landes uns anvertraut sind. Das haben die politischen Generationen vor uns erlebt, und nun erleben wir es. Deshalb ist es an uns, nicht an Rückschlägen oder Niederlagen zu verzweifeln oder uns entmutigen zu lassen.

Wir haben in diesem Jahr Rückschläge und Niederlagen erlebt. Ich sage Hamburg, ich sage Bremen, und ich sage Baden-Württemberg. In Baden-Württemberg haben wir nach fast 60 Jahren die Regierungsverantwortung verloren. Es ist an uns, jetzt die richtigen Lehren daraus zu ziehen und mit neuer Kraft loszulegen. Ich sage: Die Bundes-CDU wird gemeinsam mit den Freunden in Baden-Württemberg genau daran arbeiten. Lieber Thomas Strobl, viel Kraft, viel Gemeinsamkeit, viel Aufbruch! Baden-Württemberg braucht eine gute Zukunft, und diese ist nicht ohne die CDU zu denken.

(Beifall)

Genauso ist es an uns, aus den Erfolgen Kraft zu schöpfen. In Sachsen-Anhalt mit Reiner Haseloff an der Spitze und in Mecklenburg-Vorpommern haben die Menschen gesagt: Wir wollen die CDU in Regierungsverantwortung sehen. In Rheinland-Pfalz macht Julia Klöckner einen super Job. Mach Kurt Beck weiter die Hölle heiß, liebe Julia, das braucht er, und das brauchen wir! Das sind gute Taten.

(Beifall)

Liebe Freunde, wer hätte noch vor wenigen Wochen auch nur einen Pfifferling auf Frank Henkel, auf unsere Berliner Freunde gegeben? Jetzt ist Rot-Rot Vergangenheit. Macht etwas daraus in Berlin in der Regierungsverantwortung. Wir wünschen euch allen Erfolg!

(Beifall)

Das, liebe Freunde, macht uns Mut für die wichtige Landtagswahl in Schleswig-Holstein im kommenden Jahr. Das, was Peter Harry Carstensen aufgebaut hat, das soll Jost de Jager gemeinsam mit der ganzen CDU fortsetzen können. Lieber Jost de Jager, liebe Freunde in Schleswig-Holstein, kämpft! Wir kämpfen mit euch. Wir brauchen einen Erfolg in Schleswig-Holstein!

(Beifall)

Liebe Freunde, ich mache mir keine Illusionen und sage es ganz unumwunden: Ohne die Unterstützung so vieler könnten wir das, was uns fordert, nicht bewerkstelligen. Auch die nächsten Tage, Wochen und Monate werden uns fordern. Das ist so in dieser Zeit. Ich kann sie namentlich alle gar nicht erwähnen: Volker Kauder, Hermann Gröhe, Horst Seehofer, Gerda Hasselfeldt, die Wahlkämpfer in den Ländern, das Präsidium und der Bundesvorstand, das Konrad-Adenauer-Haus, die Landes-, Bezirks- und Kreisvorsitzenden, die Ortsvorsitzenden, die

Mitglieder der Bundesregierung und der Bundestagsfraktion sowie die Ministerpräsidenten. Eigentlich müsste ich jedem ausführlich danken. Weil die Zeiten so schwierig sind, ist es wichtig, dass wir uns untereinander verstehen.

Ich sage Ihnen ganz offen: In diesen schwierigen Zeiten, in denen wir jeden Tag ungewohnte Entscheidungen zu treffen haben, ist es für mich von allergrößter Wichtigkeit, die Vorsitzende einer Partei zu sein, die hinter mir steht und die aufgrund vieler Erfolge in der Vergangenheit einen Kompass hat. Dieser Kompass führt und leitet uns auch bei schwierigen Entscheidungen und Situationen, wie wir sie heute haben. Dieser Kompass zeigt uns, wie wir den richtigen Weg finden, den vor uns noch keiner gegangen ist.

Liebe Freunde, es ist keine kleine Aufgabe, wenn wir den Durchbruch für ein neues Europa schaffen wollen. Wir haben aber keine andere Wahl. Wir müssen bereit sind, diese Aufgabe anzunehmen und neue Wege zu gehen, wir müssen bereit sind, unsere Art zu leben, zu ändern und zu sagen: Wie wir unsere Schuldenbremse ins Grundgesetz geschrieben haben, so müssen wir sie nicht nur jetzt mühselig bei jeder Haushaltsberatung erfüllen, sondern wir müssen innerlich davon überzeugt sein, dass wir damit ein zukunftsfähiges Leben ermöglichen. Die Christlich Demokratische Union hat die Aufgabe, einen solchen Weg den Menschen aufzuzeigen, damit sie weiter in Wohlstand leben können. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall)

Genau dies hat viele vor uns angetrieben. Deshalb ist es wichtig, dass wir von diesem Parteitag das gemeinsame Signal aussenden: Wir verzagen nicht, wir jammern nicht, wir nörgeln nicht, sondern wir wissen, dass wir eine Aufgabe haben. Wenn wir diese Aufgabe erfüllen, wenn wir zukunftsfähig sind, wenn wir an das Morgen denken und wenn wir es damit ernst meinen, den Menschen zu dienen, dann wird die Christlich Demokratische Union die große Volkspartei der Mitte bleiben. Das möchte ich, und zwar mit Ihnen gemeinsam. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall)

Stanislaw Tillich, Tagungspräsidium: Liebe Frau Bundesvorsitzende, liebe Angela Merkel, der Beifall hat es deutlich gemacht – ich habe es nicht zu Unrecht versprochen –: Darauf hat die Partei gewartet. Du hast uns heute deutlich gemacht, was wir als CDU Deutschlands, als einzige verbliebende Volkspartei, in den letzten Jahren erreicht haben. Du hast uns gezeigt, was und wie wir etwas verbessern können und auf welche Fragen die Menschen Antworten von uns erwarten können und auch bekommen werden. Liebe Angela Merkel, herzlichen Dank für deinen Bericht. – Ich darf die Tagungsleitung an die Kollegin Julia Klöckner weiterreichen.

Julia Klöckner, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich sehr herzlich. – Es liegen bisher zwölf Wortmeldungen vor für die Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden. Ich darf die ersten drei

Redner nennen, und ich nenne auch das Mikrofon, von dem aus sie sprechen möchten. Ich habe die Bitte, dass sich die folgenden zwei Redner bereithalten. Als Erster hat sich Dr. Lehmann-Brauns aus dem Kreisverband Berlin gemeldet. Danach folgt Eugen Abler aus dem Kreisverband Ravensburg und danach Frederik Ferreau vom RCDS. Diese sprechen vom Podium aus.

Ich darf jetzt noch die Mitglieder der Antragskommission bitten, sich zur Sitzung der Antragskommission zu begeben. Die Sitzung beginnt in zehn Minuten und findet im Sitzungsraum im ausgeschilderten Kongresscenter auf der Mehrzweckfläche 3 statt.

Jetzt darf ich Herrn Dr. Lehmann-Brauns ans Mikrofon bitten.

Dr. Uwe Lehmann-Brauns: Vielen Dank, verehrtes Präsidium. – Es ist nach einer so großen Rede einer erfolgreichen Vorsitzenden nicht einfach zu sprechen, aber es ist dennoch eine angenehme Sache. Ich habe aus der Froschperspektive nur zwei Anmerkungen zu machen.

Eine Bitte habe ich an uns alle: Schluss mit der Kakophonie aus den Reihen der CDU gegenüber der eigenen Bundesregierung. Der Streit um den richtigen Weg gehört auf Parteitage wie diesen, auf Konferenzen, auf Regionalkonferenzen und auf Foren. Sobald aber eine Entscheidung gefallen ist und Gegenstand der Regierungspolitik wurde, darf es keinen innerparteilichen Streit und keine Eitelkeiten geben.

Es geht mir auch nicht darum, ob Herr Lammert zum Beispiel das Recht hat, dem Dissenter im Bundestag das Wort zu erteilen. Mir geht es vielmehr um die Binnenverantwortung des Dissenters selbst; denn wir alle wissen: Kritik aus den eigenen Reihen an der eigenen Regierung drückt auf das Politbarometer, verdeckt die Erfolge der Regierung und verunsichert uns einfache Mitglieder sowie die Wähler der Union. Selbst die Dissenter haben davon nicht allzu viel, deshalb: Schluss mit der Gauweilerei! Politik ist abwechslungsreich genug.

(Beifall)

Zweitens. Ich bin sehr froh über den Paradigmenwechsel in dieser Bundesregierung, vor allem in Sachen Energiewende und Mindestlohn. Ich bin vor allem Norbert Röttgen sehr dankbar, dass er glaubwürdig und überzeugend die Energiewende eingeleitet hat und vertritt. Dahinter steckt viel mehr als Fachpolitik. Ihm ist es auch gelungen, eine Gesellschaftspolitik aus dem Geist der Union zu entwerfen, die unseren humanen Ansatz mit den Erfordernissen dieser Epoche verbindet. Über Vergleichbares verfügt keine andere Partei. Diese Dynamik ist ansteckend und wird uns weitertragen.

Entsprechendes gilt für die Wende in Richtung Mindestlohn. Klar, wir alle haben die Argumente gegen ihn parat, aber wir fühlen uns nicht wohl dabei. Die Schwächsten, die nicht durch Tarifverträge geschützt sind, mit einem Taschengeldlohn allein zu lassen: Wir sind keine Ableger des BDI, sondern die Volkspartei der Mitte; wir sind keine Ein-Wert-Partei. Wir vereinbaren so-

ziale Gerechtigkeit mit Wirtschaftswachstum, Patriotismus, mit Europa, Industrieansiedlung und Umweltschutz. Wir dienen mehreren Werten gleichzeitig. Auch deshalb ist es falsch, von einer Sozialdemokratisierung der Union zu sprechen.

(Beifall)

Da wären noch die ehrenwerten Gentlemen von der Mach-mit-Gruppe, die ihr Mütchen mal wieder mit einem Medienlamento kühlen. Sie verstehen die sich rasch verändernde Welt und ihre neuen Herausforderungen nicht mehr. Daran ist nicht die Partei schuld, sondern ihr Mangel an Partizipation. Ich hoffe, sie werden den Mut finden, sich hier in Leipzig zu äußern und ihre Thesen auf den Prüfstand zu stellen; denn sonst bliebe der Verdacht einer wichtigtuerschen Sektierergruppe.

(Vereinzelt Beifall)

Zurück zum Paradigmenwechsel, der im Übrigen nicht von oben kommt, sondern aus der Mitte der Gesellschaft. Hier wurde er nur aufgenommen. Wir danken der Kanzlerin und ihren Mitdenkern, dass sie diese Rezeption geleistet hat. Dafür verdient sie unser aller Dank.

(Beifall)

Es ist lange her, dass wir den Zeitgeist mitbestimmen konnten, so wie jetzt in der Europa- und Energiepolitik. Für diese neue Dynamik bin ich dankbar, ich habe sie lange genug entbehrt. – Vielen Dank.

(Beifall)

Julia Klöckner, Tagungspräsidium: Ganz herzlichen Dank. – Ich darf jetzt Herrn Eugen Abler ans Mikrofon bitten.

Eugen Abler: Frau Präsidentin! Frau Bundeskanzlerin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst ganz herzlichen Dank unserer Bundeskanzlerin für diese richtungsweisende Rede. Erlauben Sie mir dennoch einige Anmerkungen. Ich knüpfe zunächst an die Ausführungen zur Euro-Rettung an. Natürlich darf in einer Schicksalsgemeinschaft Solidarität kein Lippenbekenntnis sein. Es darf aber keine Solidarität zu jedem Preis geben.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist erschütternd, dass einzelne EU-Staaten die festgelegten und allgemeinen Stabilitätskriterien ignorieren. Mit dem Rettungsschirm sollen nun alle in Seenot geratenen Länder gerettet werden. Das wird nicht gelingen. Im Übrigen müssen wir auch an die Retter denken und dürfen sie nicht gefährden. Wer wie Griechenland mit gefälschten Bilanzen den Zugang zum Euro findet und weit über seine Verhältnisse lebt, muss auch die Konsequenzen tragen. Das heißt, ein Ausscheiden aus dem Euro wäre auch ein deutliches Signal an andere hoch verschuldete

Staaten. Verhindern wir eine Vergemeinschaftung der Schulden. Auch der normale Bürger ist für sein Tun verantwortlich. Entdecken wir die politische Selbstverantwortung neu. Klopfen wir verantwortungslosen Staatenlenkern kräftig auf die Finger, und halten wir selbst die Verträge ein, die wir unterschreiben. Machen wir es nicht, wie es unsere frühere Regierung gemacht hat.

Als Mann der Basis bin ich mit vielen Menschen zunehmend um den Zustand unserer Partei besorgt. Verlorene Landtagswahlen vor allem die Niederlage in Baden-Württemberg tun uns weh. Was sich von seinem Ursprung wegbewegt, ist dem Untergang geweiht, heißt eine alte Weisheit. Wenn in unserer Partei, die das C im Namen hat, das christliche Menschenbild nicht mehr klar erkennbar ist, verlieren wir unsere Glaubwürdigkeit, weil, so Erwin Teufel, in einem berühmten Interview – ich zitiere, das C für christlich steht, und das muss man an Inhalten erkennen, es ist unser Kompass, Inbegriff für Werte, Überzeugungen, Haltungen.

Die CDU war lange Zeit die Partei der Konservativen. Diese sind mittlerweile weitgehend heimatlos geworden.

(Vereinzelt Beifall)

Sie, Frau Bundeskanzlerin, haben die CDU auf einen Modernisierungskurs geführt. Wir sind aber stark beliebig geworden und unterscheiden uns kaum mehr von anderen Parteien. Wir haben damit unsere Stammwähler verprellt und laufen dem Flugsand der Wechselwähler hinterher.

(Vereinzelt Beifall)

Diese wählen im Zweifelsfall lieber das Original als die Kopie. Generell gilt: Wer den Zeitgeist heiratet, kann schnell Witwe werden. Deshalb brauchen wir eine Schärfung des Profils mit einer Rückbesinnung auf christliche Werte. Für mich heißt das auch: Die CDU muss stärker als eigenständige Kraft erkennbar sein und nicht als verlängerter Arm der Bundesregierung.

Ohne Visionen geht ein Volk zugrunde. Deshalb brauchen wir Ziele und einen klaren Weg dorthin. Frau Bundeskanzlerin, wohin führen Sie uns? Wo ist Ihre Vision für Deutschland?

Drei wichtige Punkte: 26 Milliarden Euro neue Schulden in einer Phase absoluter Hochkonjunktur sind alles andere als solide. Neue Schulden machen ist nicht sparen und hat nichts mit den Grundsätzen der schwäbischen Hausfrau zu tun. Diese würde nämlich nicht mehr ausgeben als sie einnimmt. Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen.

Zur Familienpolitik noch eine Anmerkung: Eltern mit Kindern brauchen mehr Unterstützung. Das von der Union eingeführte Elterngeld wird nur ein Jahr gewährt und ist an das letzte Nettoeinkommen gekoppelt. Das bedeutet: Eine Mutter, die als Kassiererin im Supermarkt arbeitet, erhält etwa 600 Euro und eine Akademikerin bis zu 1.800 Euro.

Mütter mit dem geringsten Einkommen erhalten den niedrigsten Betrag. Wir sollten alle Kinder gleich behandeln; denn sonst entsteht eine große Ungerechtigkeit, die wir zu vertreten haben.

Honorieren wir die Erziehungsarbeit in den Familien stärker. Investitionen in Familien wären besser als Milliarden in Krippenplätze.

Stichwort Lebensschutz: Der Schutz des menschlichen Lebens von der Zeugung bis zum natürlichen Tod muss höchste Priorität bei einer Partei haben, die sich christlich nennt. Die hohe Zahl der Tötungen im Mutterleib bleibt eine erschütternde Tatsache. Sie bedroht unsere Gesellschaft existenziell. Jedes Kind ist ein Geschenk Gottes. Die ungeborenen Kinder sind die Schwächsten in unserer Gesellschaft. Deshalb verdienen sie unsere uneingeschränkte Solidarität. Wo bleibt unsere Glaubwürdigkeit für die Zukunft, wenn höchste Gremien der Union zu diesem Thema schweigen? Deshalb fordere ich die Regierung zu einer Kampagne für eine Kultur des Lebens auf.

Meine Damen und Herren, 2003 war Leipzig ein Symbol für Aufbruch und Mut zu großen Reformen. Davon ist leider nicht allzu viel übrig geblieben. Wir müssen uns erneuern. Werden wir wieder die Partei der kleinen Leute und des Mittelstandes! Die einfachen Leute sind immer in der Mehrheit. Gewinnen wir das Vertrauen der Bürger neu, und denken wir verantwortlich an das Morgen! – Ich danke Ihnen.

(Vereinzelt Beifall)

Julia Klöckner, Tagungspräsidium: Ich darf nun vom RCDS Frederik Ferreau nach vorne bitten. Dann kommt die Ministerpräsidentin des Saarlandes, Annegret Kramp-Karrenbauer.

Frederik Ferreau: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Es überrascht Sie sicherlich nicht, dass ein Vertreter der Studenten innerhalb der christdemokratischen Familie sich zur Bildungspolitik zu Wort meldet. Während wir hier in Leipzig über die Bildungspolitik im Leitantrag diskutieren, bereiten unsere Freunde vom linken politischen Spektrum wieder einmal einen Bildungsstreit vor, was ja sehr innovativ ist. Noch innovativer ist, dass sie das mit der aktuellen Occupy-Bewegung koppeln wollen. Das Ganze läuft dann unter dem überaus innovativen Titel „Occupy-Hochschule“.

Ich möchte das deswegen an dieser Stelle ansprechen, weil wir Ähnliches auch vor zwei Jahren, 2009, erlebt haben. Uns als Studenten hat damals manchmal etwas irritiert, dass man zum Teil auch vonseiten der Union sehr viel Verständnis für diese Art von Protest vernommen hat. Wir haben Verständnis für berechtigte Kritik. Aber ich sage auch ganz klar: Wir als junge Studenten innerhalb der christdemokratischen Familie haben kein Verständnis für Hörsaalbesetzungen, und wir haben kein Verständnis für die Verwüstung von Universitäten. Dafür sollte es auch kein Verständnis von der CDU insgesamt geben.

(Beifall)

Lassen Sie uns auf diesen neuen Bildungsstreit vielmehr mit unseren Prinzipien in der Bildungspolitik reagieren: Chancengerechtigkeit für alle statt Gleichmacherei, Mut zum Fortschritt, Mut

zu mehr Leistungsbereitschaft statt einer irgendwie gearteten Gemütlichkeit gekoppelt mit Staatsgläubigkeit bis hin zu einer Art – so nenne ich es einmal – Neobiedermeierzeit, die unser Land manchmal ein bisschen befällt. Das können wir uns angesichts der internationalen Globalisierung und des Aufstehens von großen Nationen wie China, Indien usw. nicht mehr leisten. Wir müssen Leistung zeigen. Wir müssen leistungsbereit sein. Wir müssen die Freude an der Leistung stärken. Lassen Sie uns dafür gemeinsam eintreten, und lassen Sie uns von diesem Parteitag ein deutliches Signal dafür senden, dass die CDU bereit und gewillt ist, in der Bildungspolitik die Lufthoheit zurückzuerobern. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Julia Klöckner, Tagungspräsidium: Annegret Kramp-Karrenbauer hat das Wort. Bitte bereithalten: Stefan Rabel, danach Kreisverband Saar.

Annegret Kramp-Karrenbauer: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Vorredner hat eben davon gesprochen, dass Leipzig 2003 der Parteitag einer Partei war, die mit großem Mut an Reformen herangegangen ist. Ich sage ganz deutlich: Leipzig 2011 ist der Parteitag einer Partei, die den Mut hat, in einer schwierigen historischen Situation in Europa und in Deutschland historische Verantwortung zu übernehmen und sich den Herausforderungen zu stellen,

(Vereinzelt Beifall)

die den Mut hat, nicht den einfachen Weg zu gehen, indem sie nur nostalgisch zurückblickt, sondern Führung zu übernehmen und den Menschen Antworten zu den Problemen von heute zu geben, und die dies auf der Grundlage und im Koordinatensystem ihrer eigenen Werte tut.

Ich will das an zwei Beispielen deutlich machen. Das erste Beispiel ist das Thema Lohnuntergrenze und Mindestlohn. Wir sind wie keine andere Partei in Deutschland die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Wir stehen ganz persönlich aus unserer Geschichte, aus unserer Tradition heraus für dieses System. Wir spüren – das war bei den Regionalkonferenzen mit Händen zu greifen –, dass immer mehr unserer eigenen Mitglieder mit Blick auf das, was sich an Missbrauch abzeichnet, fragen: Wie ist es mit unseren Werten vereinbar, wie ist es mit unserem christlichen Menschenbild vereinbar, dass es Menschen in Deutschland gibt, die Vollzeit arbeiten, aber alleine davon nicht leben können, dass es Unternehmen gibt, die zulasten derjenigen, die ordentlich bezahlte Arbeitsplätze bieten, den Preiswettbewerb nach unten treiben, und dass es Unternehmen gibt, die eine Arbeitsteilung vornehmen, indem sie einen Hungerlohn zahlen und den Staat für die Existenz der Menschen sorgen lassen? Das ist nicht das, was wir unter Sozialer Marktwirtschaft verstehen.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, wenn wir nicht wollen – und wir können kein Interesse daran haben –, dass daraus eine Systemfrage wird, dann müssen wir auf diesen offenkundigen

Missbrauch Stellung reagieren. Wir dürfen nicht – und das tun wir auch nicht – in der Form reagieren wie die Linken und die SPD, die mit einem politisch gesetzten Mindestlohn den Eindruck erwecken, dass man damit alle Probleme aus der Welt schaffen kann. Wir sagen klipp und klar: Wir haben eine vernünftige Tradition mit der Tarifautonomie, und diese berücksichtigen wir bei unseren Lösungen weiterhin.

(Vereinzelt Beifall)

Der zweite Bereich, der deutlich macht, dass wir mutig voranschreiten, ist der Bereich Europa. Natürlich gibt es angesichts der Staatsschuldenkrise in Europa und der schwierigen Bewältigung dieser Krise, die nicht von heute auf morgen, sondern nur Schritt für Schritt zu schaffen ist, viele Menschen, die eher einen europaskeptischen Reflex haben, die sagen: Wir brauchen weniger Europa; wir wollen wieder mehr nationales Bekenntnis. – Aber genau dies ist die Stunde, dem Reflex nicht nachzugeben, sondern deutlich zu machen: Wer Europa sichern will, der muss gerade jetzt mehr Europa wagen. Das ist die Grundaussage unseres Antrages und ein wichtiges Signal dieses Parteitag.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, ich komme aus einem Land, das wie wohl kein anderes deutsches Bundesland am eigenen Leib, in der eigenen Geschichte gespürt und erfahren hat, wie es ist, wenn Europa nicht funktioniert, wenn sich Deutsche und Franzosen unversöhnlich gegenüberstehen, und wie man als Region davon profitieren kann, wenn Europa funktioniert. Deswegen ist das unsere historische Verantwortung. Das ist es, was uns von den anderen Parteien in Deutschland unterscheidet. Das ist unser Markenkern. Denn immer dann, wenn es darauf ankam, hat die CDU zu dieser historischen Verantwortung gestanden. Wir sind nicht davon abgewichen, an der deutschen Einheit festzuhalten, als andere Parteien schon längst auf dem Weg zur doppelten Staatsbürgerschaft waren. Wir haben Anfang der 80er-Jahre für den NATO-Doppelbeschluss gekämpft, der die Grundlage für diese Entwicklung in Europa gelegt hat. Wir stehen heute zu Europa, in einer Zeit, in der andere Parteien sich auf einen ganz anderen Weg machen, liebe Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist das Signal, das von diesem Parteitag ausgeht. Es macht deutlich, dass es eine führende Kraft in der Bundesrepublik Deutschland gibt: Das war, ist und wird die CDU bleiben. – Vielen Dank.

(Beifall)

Julia Klöckner, Tagungspräsidium: Danke, Frau Kramp-Karrenbauer. – Ich darf Stefan Rabel zum Mikrofon bitten. Danach bitte bereithalten: Herr Professor Dr. Wolfgang Reinhart aus Baden-Württemberg.

Stefan Rabel: Liebe Parteifreunde! Liebe Angela Merkel! Mein Name ist Stefan Rabel. Ich komme vom Ortsverband Heidstock. Im Oktober 2008 wurde in einer Ortsvorstandssitzung die Idee geboren, etwas zu tun, um die Bedeutung der deutschen Sprache zu stärken. Die Idee war, einen Antrag zu formulieren, nach dem die deutsche Sprache im Grundgesetz verankert werden soll. Ich hatte den Auftrag, den Antrag zu formulieren. Er ging dann an den CDU-Stadtverbandsvorstand; das ist die CDU Völklingen.

Dort wurde der Antrag einstimmig angenommen. Vom Stadtverband ging der Antrag an den Kreisverband. Auch unser Kreisverband Saarbrücken-Land hat diesen Antrag einstimmig angenommen. Unterstützt wurde unser Antrag auch vom Landesvorstand der saarländischen CDU, damals noch unter Führung von Peter Müller. Wir haben den Antrag dann an die Bundespartei geschickt, damit er auf dem Bundesparteitag beraten und dann natürlich – aus unserer Sicht wünschenswert – beschlossen wird. Beim Bundesparteitag 2008 wurde der Antrag gestellt. Er wurde diskutiert und dann beschlossen, zwar entgegen der Parteitagsregie, aber dafür mit einer riesigen Mehrheit.

(Vereinzelt Beifall)

Seitdem, liebe Parteifreunde, sind zumindest mir keine Aktivitäten bekannt geworden, die das Ziel hatten, diesen Antrag umzusetzen. Sollte es tatsächlich so sein, dass keine Aktivitäten unternommen wurden, wäre das aus meiner Sicht eine unglaubliche Missachtung des Parteitages.

(Vereinzelt Beifall)

Wir hatten in der vergangenen Woche – genauso wie jeden Monat eine Sitzung unseres Ortsvorstandes. Ich wurde gefragt, was eigentlich aus unserem Antrag geworden sei. Ich habe versprochen, diese Frage hier und heute an die Bundesvorsitzende zu richten. Am Ende dieser Woche, am Freitag, werden wir einen Stadtverbandsdelegiertentag bei uns zu Hause haben. Auch dort wird mir sicherlich diese Frage gestellt werden.

Liebe Bundesvorsitzende, ich hätte gerne eine Antwort auf meine Frage, was aus unserem Antrag, die deutsche Sprache im Grundgesetz zu verankern, geworden ist. Ich hätte gerne eine Antwort, die ich in meinen Ortsverband, meinen Stadtverband und meinen Kreisverband mitnehmen kann. Liebe Angela Merkel, ich überbringe lieber gute Nachrichten als schlechte. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Julia Klöckner, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich. Antworten wird es sicherlich immer geben.

Ich darf jetzt Herrn Prof. Dr. Wolfgang Reinhart an das Mikrofon auf der Bühne bitten. Danach folgt Jost de Jager aus dem Kreisverband Eckernförde zum Thema Schleswig-Holstein.

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart: Frau Bundesvorsitzende! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Deutschland kann mehr, das war vor acht Jahren hier in Leipzig unser Motto. Heute muss unser Motto lauten: Auch die CDU kann mehr. – Warum sage ich das? Wir haben am Wochenende die Zahlen der Forschungsgruppe Wahlen bekommen. Danach gibt es ein entscheidendes Thema, das die Menschen vor allen anderen bewegt. Die Staatsschuldenkrise und der Euro stehen im Mittelpunkt. Jeder Zweite sagt: Von der Lösung dieser Krise hängt alles ab, was Vertrauen, Sicherheit und Zukunft angeht.

Ich bin davon überzeugt – das sehen wir nun: Diese Zeiten bergen nicht nur Risiken, sondern bieten auch Chancen für Regierung und Regierungschefin. Warum sage ich das? Ich bin davon überzeugt, dass die Bewältigung dieser Krise die große Chance für den Sieg bei der Bundestagswahl 2013 bietet. Aber dazu gehört, dass wir die Menschen draußen überzeugen. Wie können wir Sie überzeugen? Wir können Sie überzeugen – das ist meine erste Forderung –, indem wir eine Kommunikationsoffensive starten zu den Fragen: Woher kommen wir? Wo stehen wir, und wohin wollen wir? Die Antwort auf die letzte Frage müssen wir auf breiter Grundlage geben. Es darf keine Salamischeiben und kein „Hott und Hü“ geben. Wir haben bereits 2008 begonnen, den richtigen Weg einzuschlagen. Deutschland und die Regierungschefin, die in dieser Sache eine gute Figur macht, haben jetzt die Chance, im Hinblick auf das, was auf uns zukommt, die richtigen Weichen zu stellen.

Der Kommissionpräsident Jacques Delors hat einmal gesagt: Europa ist wie ein Fahrrad: Entweder es bewegt sich vorwärts, oder es fällt um. – Wir müssen uns vorwärts bewegen. Wenn wir uns aber vorwärts bewegen, müssen wir die Menschen mitnehmen. Dazu gehören Positionen. Eine Position ist – das sage ich als jemand, der aus einem Weinland kommt: Wir wollen keinen Cuvée. Beim Wein gibt es nur selten einen Cuvée. Er wird nur gut, wenn ein besserer Wein hinzugeschnitten wird. Aber wir wollen keinen Zinscuvée mit Euro-Bonds in Europa, weil dann die Gefahr besteht, dass das Gute verschlechtert wird. Rot-Grün will Euro-Bonds. Ich danke der Kanzlerin, dass sie sich dagegen positioniert hat. Wir müssen das den Menschen sagen. Wir wollen keinen Zinscuvée mit Euro-Bonds in Europa.

(Vereinzelt Beifall)

Das Zweite ist: In diesen Tagen hat der Sachverständigenvorsitzende Professor Franz zu Recht darauf hingewiesen, dass wir keine Monetarisierung der Staatsschulden via Europäischer Zentralbank wollen. Die Europäische Zentralbank hat eine klare Aufgabe, und das ist das Wahren der Geldstabilität. Deshalb darf es die von anderen geforderte Monetarisierung über die EZB nicht geben.

Ich möchte einen dritten Punkt ansprechen, der mich besorgt. Der folgende, oft wiederholte Satz, ist sicherlich wahr: Scheitert der Euro, dann scheitert Europa. – Aber ich halte diesen Satz für zu eng. Ich habe die Sorge, dass wir so die Euro-Skepsis verstärken. Warum sage ich das? –

Europa ist viel mehr als der Euro. Wir werden in den nächsten Tagen genau darüber sprechen. Wir müssen diesen Leuchtturm Europa in der ganzen Breite und Faszination und Stärke darstellen, neben dem griechischen Geist, dem römischen Recht und dem Ein-Gott-Glauben. Wir müssen auch die Aufklärung, die Dichter und Denker sowie all das, was wir auf dem Binnenmarkt erreicht haben, herausstellen. Europa ist mehr als eine Freihandelszone. Wir dürfen nicht vermitteln, dass dann, wenn der Euro scheitert, Europa scheitert. Nein, wir müssen Visionen und positive Botschaften vermitteln und den Menschen das Gefühl geben, dass sie auf einem guten Weg geleitet werden.

(Vereinzelt Beifall)

Das sage ich deshalb, weil ich glaube, dass wir an einer Zeitenwende stehen, wo es darum geht, dass die Menschen Vertrauen gewinnen und dass sie mit ihren Ängsten und Sorgen abgeholt werden. Ich glaube, es gibt in Europa nur eine starke Kraft, die das kann. Das ist die deutsche Bundeskanzlerin. Deshalb möchte ich meinen Eingangssatz wiederholen: Frau Bundesvorsitzende, starten Sie eine Kommunikationsoffensive, damit die Menschen draußen verstehen, wo wir stehen und wohin wir gehen, wenn es um die Lösung der Staatsschuldenkrise geht. Es handelt sich nicht um eine Euro-Krise, sondern um eine Staatsschuldenkrise. Deshalb sind wir gefordert, alles zu tun – darin bestehen Chancen und Risiken –, den Menschen das klarzumachen, sodass sie wieder Vertrauen gewinnen. Dann werden auch wir gewinnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Julia Klöckner, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich. – Jetzt hat das Wort Jost de Jager, danach der Ministerpräsident von Hessen, Volker Bouffier.

(Beifall)

Jost de Jager: Frau Tagungspräsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In Schleswig-Holstein bereiten wir uns in der Tat auf die Landtagswahl am 6. Mai 2012 vor. Das ist eine sehr wichtige Wahl für uns in Schleswig-Holstein, weil es um sehr viel geht. Es ist eine wichtige Wahl für uns in Deutschland, weil es auch um die Frage geht, ob es uns gelingt, in einem schwierigen Umfeld die politische Führung zu behaupten und politische Verantwortung übertragen zu bekommen. Bei dieser Wahl geht es um mehr als nur um die Fragen der Landespolitik. Es geht auch um die Frage, inwieweit wir als Volkspartei der Mitte die prägende Kraft in Deutschland bleiben.

Die CDU Deutschlands kann sich auf die CDU Schleswig-Holstein verlassen. Die Landtagswahlen bei uns waren schon immer umkämpft. Aber die letzten Male hat es geklappt.

(Beifall)

2005 haben wir unter der Führung von Peter-Harry Carstensen die CDU aus der Opposition in die Regierung geführt, wenige Monate bevor es auch im Bund gelungen ist. 2009 haben wir am

gleichen Tag, an dem die Bundestagswahl stattfand, die Grundlage in Schleswig-Holstein für eine schwarz-gelbe Regierung gelegt.

2012 treten wir an mit dem festen Vorsatz und dem politischen Ziel, die mit Abstand stärkste Kraft in Schleswig-Holstein zu werden und damit den Ministerpräsidenten zu stellen.

(Beifall)

Ich sage es ganz deutlich: Ich will Ministerpräsident von Schleswig-Holstein werden,

(Vereinzelt Beifall)

weil wir seit 2005 zeigen, dass wir in der Lage sind, Verantwortung für das Land zu übernehmen. Im Jahr 2005 lag Mehltau über Schleswig-Holstein. Wir waren hochverschuldet, wichtige Straßenbauprojekte konnten nicht auf den Weg gebracht werden, und wir hatten eine verheerend hohe Arbeitslosigkeit. Die Landesregierung – das verbindet sich vor allem mit dem Namen unseres Ministerpräsidenten und unseres Finanzministers, Rainer Wiegard – hat sich der Haushaltskonsolidierung angenommen. Wir haben einen Sparhaushalt auf den Weg gebracht, und wir haben als erste Landesregierung, als erstes Konsolidierungsland tatsächlich ernst gemacht mit der Sanierung des Haushalts.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben ernst gemacht mit dem Bau wichtiger Straßen. Straßen wie die A 20, über die 2005 nur geredet wurde, kann man heute befahren. Wir haben auch ernst gemacht mit dem Abbau der Arbeitslosigkeit: Von ehemals 160.000 Arbeitslosen sind wir auf unter 96.000 Arbeitslose runtergekommen. Das sind Erfolge, die natürlich weitgehend von den Betrieben und Unternehmen in Schleswig-Holstein erreicht wurden. Dies wurde aber flankiert von einer Wirtschaftspolitik, die das unterstützt hat.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wollen die Verantwortung wieder übertragen bekommen, um diesen Kurs fortsetzen zu können und nicht zulassen zu müssen, dass eine rot-grüne Regierung in Schleswig-Holstein an die Macht kommt, die den Straßenbau verhindert und uns zurückführt zu alten Verschuldungsraten. Wenn Sie die Ausgabenvorschläge der SPD zusammenrechnen, kommen Sie auf 300 Millionen Euro zusätzliche Ausgaben pro Jahr, ohne dass es Einsparvorschläge gibt. Wenn Sie wissen, dass der Spitzenkandidat der SPD in Schleswig-Holstein der ehemalige Sprecher von Oskar Lafontaine ist, dann wissen Sie, warum das so ist.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben insofern eine klare landespolitische Agenda. Frau Bundeskanzlerin, Sie können sich auf uns aber auch verlassen, wenn es um das Thema Energiewende geht. Wir sehen die

Energiewende als die Jahrhundertchance des Nordens in Deutschland an. Wir wollen an dieser Energiewende partizipieren. Sie wird ohne Schleswig-Holstein nicht funktionieren. Wir wollen die Herzkammer dieser Energiewende werden, weil wir glauben, dass sie Arbeitsplätze in Regionen in Schleswig-Holstein schafft, in denen wir sonst kaum Arbeitsplätze haben. Das ist ein klares Bekenntnis zur Energiewende!

(Vereinzelt Beifall)

Wir geben übrigens auch ein klares Bekenntnis zu der Schulpolitik ab, die wir morgen auf diesem Parteitag beschließen wollen; denn das Land Schleswig-Holstein hat seit 2007 ein Schulgesetz, nach dem es de facto die Zweigliedrigkeit gibt: das Gymnasium auf der einen Seite und die regionale Gemeinschaftsschule auf der anderen Seite. Die Akzeptanz dieser Schulstruktur ist groß. Deshalb sage ich, wenn ich darauf angesprochen werde, dass die CDU im Moment eine Kehrtwende vornimmt, dass ich einen anderen Eindruck habe. Ich bin der Auffassung, die CDU gibt die richtigen Antworten für eine geänderte gesellschaftliche Realität. Mein Eindruck ist: Wir geben diese Antworten manchmal zu spät und selten zu früh. Wenn das Signal dieses Parteitags in Leipzig darin besteht, dass deutlich gemacht wird, dass wir die Volkspartei der Mitte sind, die auch Antworten für die Fragen der Zukunft hat, dann ist das starker Rückenwind für das, was wir in Schleswig-Holstein vorhaben. – Vielen Dank.

(Beifall)

Julia Klöckner, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, lieber Jost de Jager. – Wir wünschen den Schleswig-Holsteinern, die mit großem Engagement, Enthusiasmus und Freue dabei sind, viel Erfolg. In ihrer Mitte sitzt ihr Ministerpräsident, Peter Harry Carstensen. Es schickt sich ein Nachfolger an, der das allemal verdient hat – herzlichen Dank! – Ich darf nun jemanden bitten, der das, was Jost de Jager noch werden wird, schon ist, nämlich Volker Bouffier, Ministerpräsident.

Volker Bouffier: Liebe Freunde! Lieber Jost de Jager, herzlichen Glückwunsch zu der Rede. Ich möchte möglichst bald sagen: Herzlich willkommen im Kreise der Kollegen der Union als Ministerpräsident, um die großartige Arbeit von Peter Harry Carstensen fortzuführen. Wir werden alles tun, was wir können, um euch bei eurem Wahlkampf zu unterstützen. Die Wahl in Schleswig-Holstein ist in erster Linie wichtig für Schleswig-Holstein, aber sie ist auch wichtig für ganz Deutschland. Deshalb könnt ihr euch auf unsere Solidarität verlassen, liebe Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Dieser Leipziger Parteitag muss ein Parteitag der Geschlossenheit werden, er muss ein Parteitag der Zuversicht sein, und er muss ein Parteitag sein, an dem die Unionsmitglieder, die Unionswähler und die Unionsfreunde wieder stolz sein können auf die Union. Ich sage das bewusst: stolz auf uns als Union!

Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Unsere Bundesvorsitzende hat ein wenig zurückhaltend formuliert, wie die Situation in Deutschland aussieht. Meine Damen und Herren, Deutschland wird in der ganzen Welt bewundert. Überall schaut man auf uns. Jetzt denken wir uns einmal einen kleinen Moment, wir hätten hier 5 Millionen Arbeitslose, die Unternehmen würden klagen, dass die Auftragsbücher leer wären, wir hätten, wie in Spanien, 20 Prozent Arbeitslosigkeit, bei jungen Menschen sogar 50 Prozent Arbeitslosigkeit. Was glauben Sie, was hier los wäre? Lieber Herr Bsirske, Kompliment, dass Sie so treu dabei sind. Was würde ver.di denn machen mit dieser Bundesregierung bei einer solchen Lage? Sie wären doch ganz vorne dabei und würden uns in Grund und Boden schimpfen, in dem Fall sogar zu Recht. Aber, meine Damen und Herren, wenn es so gut läuft, wie es bei uns läuft, wenn die ganze Welt uns bewundert, dann ist das das Ergebnis der Arbeit vieler, dann hat das aber auch eine Menge zu tun mit unserer Politik. Diese Politik in Deutschland wird im Wesentlichen von der Union und von Angela Merkel geprägt. Darauf können wir stolz sein, liebe Freunde!

(Beifall)

Wenn wir das nicht selbst sagen, wer tut es denn dann? Man muss sich einmal vorstellen, wo wir stehen. Wir stehen hervorragend da, haben aber eine Lala-Stimmung, eine Mollstimmung. Wir gefallen uns dabei, dass wir in tausend Einzelheiten darüber diskutieren, was uns alles nicht so gut gefällt. Ja, da könnte ich auch mitmachen. Aber glaubt irgendeiner, dass unsere Partei ermutigt wird durch eine Diskussion über all die kleinen Dinge, die einem nicht gefallen? Unsere Parteimitglieder haben im letzten Jahr eine Menge mitgenommen. Eine Partei ist gestresst, wenn sie innerhalb kürzester Zeit viele Grundentscheidungen treffen muss. Es wäre doch töricht, wenn wir das nicht ansprechen würden. Das Entscheidende ist aber, dass wir der Partei klarmachen können, dass wir einen Kompass haben. Das hat Angela Merkel heute Morgen sehr deutlich gesagt. Klar, auch ich würde mir wünschen, wir könnten das auch in der Regierungspolitik noch klarer konturieren.

(Vereinzelt Beifall)

Gelegentlich muss der eine oder andere aber erkennen: Wir haben eine Koalition. Ich will ausdrücklich würdigen, was am letzten Sonntag beschlossen wurde. Meine Damen und Herren, das Wichtigste sind die Einigungs- und die Handlungsfähigkeit dieser Koalition. Das gilt für die beiden Unionskräfte, und das gilt für die FDP: Wir werden nicht attraktiver, wenn wir uns permanent gegenseitig und wechselseitig unterstellen, dass wir dem anderen nichts gönnen. Wir haben eine Koalition, und wenn wir es richtig machen, haben wir auch die Kraft, als Koalition wieder erfolgreich zu sein. Dann haben wir auch die Kraft, als Union unsere Position so deutlich zu markieren, dass unsere eigenen Mitglieder erstens wissen, was wir wollen, zweitens wissen, warum wir was tun, und drittens durchaus stolz sein können auf das, was wir tun. Liebe Freunde, deshalb muss dieser Parteitag ein Parteitag der Geschlossenheit, der

Zuversicht und des Stolzes sein, nie der Überheblichkeit, aber wir müssen sagen: Da, wo Deutschland heute steht, stünde es nicht, wenn wir es nicht maßgeblich gestaltet hätten und auch heute gestalten würden. Deshalb, liebe Freunde: Dank an Angela Merkel und die, die die Verantwortung tragen!

(Beifall)

Ich will einen weiteren Punkt ansprechen: Es macht schon einen Unterschied, ob wir regieren oder SPD und Grüne. SPD und Grüne haben eine unbändige Glaubenskraft an die Allmacht staatlicher Gestaltung: umfassende Betreuung des Menschen möglichst durch den Staat, vorgegeben durch politische und möglichst viel bürokratische Organisation drum herum; nach dem berühmte Motto: Die Jungen ins Jugendzentrum, die Alten ins Altenzentrum und die dazwischen ins Begegnungszentrum, und das alles staatlich betreut.

Meine Damen und Herren, das ist nicht unsere Vorstellung einer lebenswerten und lebenswerten Gesellschaft. Das wollen wir nicht.

(Beifall)

Angela Merkel hat darauf hingewiesen: Unser Kompass ist die Soziale Marktwirtschaft. Das ist richtig, und vielleicht müssen wir wieder öfter darüber reden. Wir setzen nicht auf den allumfassenden betreuenden Staat. Wir setzen in unserem Weltbild zunächst einmal auf das Individuum, auf den Einzelnen. Wir setzen auf seine Bereitschaft, wir setzen auf seine Kraft und seine Kreativität. Wir wollen Chancen eröffnen, und wir setzen auf Solidarität, Solidarität mit denen, die nicht in der Lage sind, diese Chancen aus eigener Kraft wahrzunehmen.

Meine lieben Freunde, wenn Solidarität mehr sein soll als eine Worthülse und wenn Solidarität mehr sein soll als die Verteilung des Mangels, dann braucht Solidarität Leistung und Erfolg. Deshalb haben wir uns immer zu Leistung und Erfolg bekannt. Leistung und Erfolg sind Grundlage auch für den gesellschaftlichen Erfolg. Das ist es, was uns von anderen unterscheidet. Diejenigen, die nur verteilen wollen, was da ist, in der Regel über Neid, meist mit viel Bürokratie und – noch viel schlimmer – mit Ideologie, die haben in der Gesellschaft und in der Geschichte immer das schlechtere Ende genommen. Am Anfang haben sie verteilt, anschließend haben sie festgestellt, dass es nie gerecht hat.

(Vereinzelt Beifall)

Dann haben sie den Menschen erklärt, andere seien schuld. Aber gewonnen haben die Menschen dadurch nichts. Deshalb ist ein System der Freiheit, das auf den Einzelnen und seine Kreativität setzt und Solidarität lebt, unsere Grundlage, und genau das ist es, was uns von anderen unterscheidet, liebe Freunde.

(Beifall)

An den drei großen Punkten dieses Parteitages kann man wunderbar deklinieren, was das bedeutet. Was wollen wir für ein Europa? Dieses Europa, das mehr ist als Finanztechnologie, das ein Jahrhundert- und Friedensprojekt ist, dieses Europa zu erhalten und fortzuentwickeln – nicht, weil wir den Griechen helfen wollen, auch –, ist vor allen Dingen unser eigenes Interesse. Niemand mehr als Deutschland hat von dem vereinigten Europa profitiert. Wir wären heute nicht in Leipzig, liebe Freunde; denn ohne das vereinigte Europa hätte es das vereinigte Deutschland nicht gegeben. Daran muss man einmal erinnern.

(Vereinzelt Beifall)

Aber wenn wir sagen, dass Solidarität und Solidität zusammengehören, dann ist das, was ich eben erklärt habe, auch für Europa maßgebend. Wir setzen darauf, dass Schuldenstaaten zunächst einmal selbst etwas tun; dann helfen wir ihnen. Das unterscheidet uns wieder von anderen. Ich finde es fabelhaft, dass die Opposition durch die Lande zieht und uns vorwirft, wir hätten keinen Kompass. Liebe Freunde, das kann doch nicht wahr sein! Diejenigen, die uns von Anfang an erklärt haben, wir sollten die europäischen Schulden in einen Topf werfen, damit diejenigen, die viele Schulden gemacht haben, sich nicht mehr anstrengen müssen – Stichwort: Euro-Bonds –, sind doch nicht diejenigen, denen wir Europa überlassen dürfen.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, wir haben diesen Kompass: Solidität, eigene Anstrengungen und Solidarität. Was Soziale Marktwirtschaft in unserer Gesellschaft bedeuten muss, bedeutet es aber auch in einem größeren Zusammenhang, nämlich wie wir in Europa miteinander umgehen.

Eine letzte Bemerkung, liebe Freunde. Wir werden heute noch über das Thema Lohnuntergrenzen sprechen. Es ist ein Gebot der Menschlichkeit, der Solidarität, dass jeder Mensch ein Einkommen hat, von dem er leben kann, und es ist ein Gebot der Klugheit, dass wir die Gesetze der Ökonomie dabei nicht außer Acht lassen. Deshalb haben wir uns gegen die politische Festsetzung des Lohns entschieden. Eine politische Festsetzung des Lohnes führt immer dazu, dass man auch politisch die Arbeit festsetzen muss und auch politisch festsetzen muss, unabhängig von der ökonomischen Entwicklung, was man am Schluss gesellschaftlich haben will. Dies ist nicht unsere Vorstellung. Wir wollen nicht, dass der Deutsche Bundestag am Ende vor Wahlen im Wettbewerb aller Fraktionen sich mit dem höchsten am zu zahlenden Betrag auseinandersetzt, egal was das praktisch bedeutet. Wir setzen auch hier auf die Subsidiarität, auf den Einzelnen, auf die Verbände und auf die Tarifautonomie.

Da schließt sich dann der Kreis, genauso wie in der Bildungspolitik. Der naive Glaube, dass alles vom Staat geregelt werden kann, überfordert den Staat. Unser Weltbild, unser christliches Menschenbild verlangt, dass wir den Einzelnen ernst nehmen. Menschen sind unterschiedlich,

und da sie unterschiedlich sind, darf man sie nicht eine Kiste packen und erklären, dies sei die einzig wahre Lösung. Eine Kiste hieße dann eben Einheitsschule. Das wollen wir nicht. Wer Menschen ernst nimmt, wer Menschen als Individuum eine Chance geben will, der muss auch Vielfalt in der Bildung ermöglichen. Das bedeutet Ja zum Gymnasium, aber noch viel mehr.

Liebe Freunde, diese Union hat auf diesem Parteitag alle Chancen, dass wir geschlossen, optimistisch, zuversichtlich und stolz als Union Leipzig verlassen und unsere Aufgaben angehen. Wenn wir das intelligent und geschickt machen – und das werden wir tun, davon bin ich überzeugt –, dann werden unsere Mitglieder und unsere Wähler wieder besser verstehen, warum wir was tun. Dann werden wir nicht nur in Umfragen, sondern auch in Wahlen wieder besser dastehen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Julia Klöckner, Tagungspräsidium: Danke, Volker Bouffier. – Ich darf jetzt den Bundesverteidigungsminister, Herrn de Maizière, ans Mikrofon bitten. Danach hält sich bitte Herr Dr. Josef Schlarmann bereit.

Thomas de Maizière: Frau Bundeskanzlerin! Frau Tagungspräsidentin! Liebe Freundinnen und Freunde! Es läge natürlich nahe, wenn ich etwas zur Neuausrichtung der Bundeswehr sagen würde. Das will ich aber nicht tun, obwohl mich dieses Thema, wie Sie sich denken können, im letzten halben Jahr ziemlich intensiv beschäftigt hat und auch weiter beschäftigen wird. Ich möchte mich an dieser Stelle gerne für die konstruktive Begleitung der bisherigen Schritte in der Union, aber auch in der Öffentlichkeit sehr herzlich bedanken.

Ich möchte etwas anderes sagen. Ich möchte etwas zu den Themen Konservatismus und Profil sagen. Wir haben vorhin in einem Debattenbeitrag gehört: Als Konservativer ist man in der CDU leider heimatlos geworden. – Ich teile diese Auffassung nicht.

(Beifall)

Ich will zunächst etwas zum Begriff Profil sagen. Manchmal habe ich den Eindruck, dass diejenigen, die sich dazu äußern, glauben, man habe dann ein besonders gutes Profil, wenn man gegen die Mehrheit der Bevölkerung arbeitet. Ich teile auch diese Auffassung nicht, obwohl wir in wichtigen Fragen durch politische Führung einen Kurs fahren, der der Mehrheit der Bevölkerung nicht so lieb ist. Wir sind in Afghanistan, und die Mehrheit der Bevölkerung sagt, da sollten wir lieber nicht sein. Wir retten den Euro. Dazu sagt – zumindest zwischendurch – ein erheblicher Teil der Bevölkerung, wir sollten das lieber nicht tun. Wir haben die Rente mit 67 eingeführt. Es gibt stabile Umfragemehrheiten gegen die Rente mit 67. Wir haben den Zusatzbeitrag in der Gesundheitspolitik eingeführt. Also ein Werbeknüller ist der Zusatzbeitrag nicht. Es kann doch keiner so tun, als hätten wir nicht Themen, die wir für richtig halten, wo die Mehrheit der Bevölkerung sagt: Nee, das finden wir eigentlich nicht. – Ich finde, Profil haben

heißt, dass man eine Meinung hat, dass man um diese Meinung kämpft, dass man um Überzeugung dafür wirbt und schließlich um Mehrheiten dafür ringt. Das heißt für mich: Profil haben. Es heißt für mich nicht, einfach nur gegen Mehrheiten zu sein.

(Beifall)

Jetzt zum Begriff des Konservatismus. Für mich ist ein Konservativer nicht jemand, der eine bestimmte Position vertritt, der für einen bestimmten Inhalt steht, sondern derjenige, der eine bestimmte Haltung hat und sich auch danach verhält. Ein Konservativer ist in gewisser Weise bescheiden. Ein Konservativer trompetet nicht so durch die Gegend wie manche, die sich für konservativ halten. So schätze ich das ein.

(Vereinzelt Beifall)

Ich glaube auch, dass ein Konservativer zunächst Ansprüche an sich selbst stellt und erst dann an andere. Leider – das muss ich sagen – sind Konservative oft ein bisschen skeptisch gegenüber der Zukunft; darauf komme ich am Schluss zurück. Vor allem aber streiten Konservative um Werte und nicht um Instrumente, und wir streiten um Instrumente und verwechseln sie mit Werten. Ich will das an fünf Beispielen kurz deutlich machen.

Erstens: Wehrpflicht. Die Wehrpflicht – wir haben darum gerungen, ich erst recht – ist ein Instrument und kein Wert. Der Wert ist, einen Dienst für unser Land zu tun. Das ist ein Wert!

Wir haben eine neue Kernbotschaft der Bundeswehr entwickelt: „Wir dienen Deutschland.“ Sie haben das gehört. Als wir das diskutiert haben, haben viele gefragt: Was soll denn dieser konservative Zopf? Dann haben wir intern eine Umfrage gemacht. 60 Prozent der Bevölkerung haben gesagt: Der Slogan gefällt uns. – Dann haben viele gesagt: Bei den jungen Leuten ist das bestimmt anders. Das ist etwas für die Alten.

Dann haben bei den jungen Leuten unter 30 nachgefragt: Da war der Wert höher. 70 Prozent finden das Kernmotto für die Bundeswehr „Wir dienen Deutschland.“ gut. Das ist konservativ im besten Sinne des Wortes.

Zweiter Punkt: Schulstruktur und Hauptschule. Die Hauptschule bzw. die Schulstruktur ist kein Wert, sondern ein Instrument. Die Bundeskanzlerin hat an Werner Remmers erinnert, der in diesem Jahr gestorben ist. Werner Remmers hat einst zur Schulpolitik der CDU Folgendes gesagt: „Wir sind für das gegliederte Schulwesen, und mein Kind kommt auf Gymnasium.“ Das ist ein Stück weit eine Art Lebenslüge von uns. Was ist aber der Wert der Bildungspolitik? Das ist weder die Hauptschule noch die Schulstruktur, sondern die Erziehung. Dass Bildung mehr ist als Ausbildung, dass wir Kopfnoten haben und Leistung belohnen wollen, und dass Bildung dazu beiträgt, den sozialen Aufstieg zu schaffen: Das ist eine konservative und zukunftsweisende Position, aber nicht die Frage, ob es die Hauptschule gibt.

(Beifall)

Dritter Punkt: die Kernkraft. Auch Kernkraft ist ein Instrument. Gnade Gott, dass Kernkraft das Markenprofil der CDU oder eine zutiefst konservative Position wäre. Die gibt es ja auch noch gar nicht so lange. Was nämlich ist konservativ? Sich kümmern um Nachhaltigkeit, verantwortlich mit Risikobeherrschung umgehen und die Bewahrung der Schöpfung. Das ist eine konservative Position.

Selbst der Euro ist nur ein Instrument; er ist kein Wert an sich. Der Wert ist die Stabilität Europas und der Währung, der Abbau der Verschuldung und die Solidarität mit Schwachen unter bestimmten Auflagen. Das ist der Wert von Europapolitik, nicht der Euro als solcher.

Hören wir also auf mit dem, was manche tun: ihre eigene Position mit der der CDU gleichzusetzen, und wenn die CDU sich anders entscheidet, zu sagen: Die CDU hat kein Profil mehr. Das höre ich oft.

Hören wir auf damit, nur aus der Sehnsucht nach der Vergangenheit zu leben! Es gibt keinen Weg zurück in die Vergangenheit.

Ich glaube auch, dass wir aufhören müssen, Instrumente und Werte zu verwechseln. Ich habe dazu einiges gesagt. Volker Bouffier hat zu Recht gesagt, wir sollten aufhören, unser Licht unter den Scheffel zu stellen. Ja, die Zeiten sind unsicher. Aber sie sind auch offen.

Wir haben heute in der Thomaskirche ein Lied gesungen, das ich zum Schluss zitieren will. Die Melodie stammt aus dem Jahr 1535 und der Text aus dem Jahr 1989. Das war ein besonderes Jahr für Deutschland. Darin heißt es sinngemäß – das ist für mich eine Position, die man als christlichen und ich füge gerne hinzu: liberalen Konservatismus bezeichnen kann –: Vertraut den neuen Wegen; habt kein Misstrauen in die neuen Wege. Der Text, den wir alle, die da waren, gesungen haben, lautet:

Vertraut den neuen Wegen
und wandert in die Zeit
Wer aufbricht, der kann hoffen
Die Tore stehen offen
Das Land ist hell und weit.

Das sollte die Haltung sein, mit der wir Politik machen.

(Beifall)

Julia Klöckner, Tagungspräsidium: Lieber Thomas de Maizière, herzlichen Dank für diese

grundsätzlichen Worte und die Einordnung, was heute konservativ heißt und was Zukunft gestalten bedeutet!

Weil es einige Nachfragen gab, möchte ich einen kurzen Zwischenstand geben, wie viele Wortmeldungen es noch zur Aussprache gibt. Es liegen fünf Wortmeldungen vor: Gleich kommen Dr. Josef Schlarmann, Julia Klöckner, Oswald Metzger. Dann sprechen zusammen Herr Lerch und Herr Kanitz und Herr Dr. Harald Noack. Das wäre es dann zur Orientierung zur allgemeinen Aussprache.

Ich darf jetzt Herrn Dr. Josef Schlarmann ans Mikrofon bitten. Er hat die Bühne angegeben.

Dr. Josef Schlarmann: Sehr verehrtes Präsidium! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Delegierte! Es wird Sie sicherlich nicht überraschen, dass ich auf diesem Parteitag einige Worte zum Mittelstand sage. Das Wort Mittelstand ist bisher nicht vorgekommen. Wir haben auch bisher nicht die Wörter mittelständischer Unternehmer oder Familienunternehmer gehört. Wir haben auch bisher nichts von den vielen motivierten Mitarbeitern gehört, die in den Unternehmen und Betrieben dafür sorgen, dass die deutsche Wirtschaft dort steht, wo sie in der Tat steht. Sie ist glänzend aufgestellt.

Eine internationale Untersuchung hat gerade bestätigt, dass die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat. Wir stehen international an der fünften Stelle.

Das ist der Grund, warum wir eine Beschäftigungssituation haben, die wir seit Dekaden nicht mehr kannten und warum unsere Exporte so dastehen wie jetzt und international zu einem Problem zu werden drohen. Das ist auch der Grund, warum unser Finanzminister sich erfreulicherweise über wachsende Steuereinnahmen freuen kann. Diese Steuereinnahmen tragen entscheidend dazu bei, dass die Staatsverschuldung deutlich unter den Maastricht-Kriterien liegt.

Aber jetzt frage ich – auch das ist eine Frage, die wir auf dem Parteitag stellen müssen : Warum überträgt sich diese wirtschaftliche Stärke nicht auf die Zustimmung zur Partei? Wir stehen vor schwierigen Landtagswahlen. Ich wünsche allen, die sich zur Wahl zum zukünftigen Ministerpräsidenten stellen, dass sie erfolgreich abschneiden und Politik im Sinne der Union machen können. Aber dazu gehört zunächst einmal, dass sie die erforderliche Mehrheit und Zustimmung bei den Wählern finden. Wir wissen: Dort bewegt sich seit vielen Monaten nichts mehr. 40 plus x ist Geschichte. Wir bewegen uns knapp über 30 Prozent. Jeder weiß: Wer sich in diesem Bereich tummelt, kann ohne einen Koalitionspartner nicht Regierungschef werden. Das ist das Problem: die Vermengung von Koalitionsmöglichkeiten mit einem klaren Auftrag der Partei, Wahlen zu gewinnen.

Wir müssen auch hier die Frage stellen und dürfen sie nicht unbeantwortet lassen: Woran liegt das? Ich will Ihnen nur ein paar Eindrücke der Mittelständler wiedergeben, die dazu beitragen,

dass wir als Wirtschaftspartei – wir sind nicht nur eine Wirtschaftspartei, aber wir waren immer die Partei mit Wirtschaftskompetenz – nicht mehr wahrgenommen werden.

Die Wortbeiträge auf diesem Podium heute sind dafür ein unmittelbarer Beleg und bestätigen diesen Eindruck. Das hat auch damit zu tun, dass wir eine Mindestlohndebatte angestoßen haben, die völlig überflüssig war. Wir haben uns vor drei oder vier Jahren über die Frage des Mindestlohns verständigt und eine schlüssige Lösung gefunden. Dort, wo es Tarifverträge gibt, gilt das Entsendegesetz. Dort, wo es keine erforderliche Tarifbindung gibt, gibt es das Mindestarbeitsbedingungengesetz. Das heißt, wir haben komplett und flächendeckend das Thema Lohnuntergrenze geregelt, und dann wird eine Debatte angefangen, die wir wahltaktisch nicht gewinnen können. Das war ein strategischer Fehler. Ich sage ganz offen: Ich bin mit dem Ergebnis sehr zufrieden, aber nicht, weil wir das Thema noch einmal aufgewärmt haben, sondern weil wir eine Lösung gefunden haben, die in Deutschland differenzierte Lösungen ermöglicht.

Die Kanzlerin hat recht, wenn sie sagt: Deutschland ist sehr unterschiedlich. Die Uckermark und Stuttgart sind wirtschaftlich nicht zu vergleichen. Dort können wir nicht mit einem einheitlichen Mindestlohn arbeiten, sondern wir brauchen differenzierte Lohnuntergrenzen nach Branchen, Tätigkeiten und Regionen. Genau das ist der Kompromiss, den wir gefunden haben, um diese Kuh vom Eis zu bringen. Aber wir hätten die Kuh nicht aufs Eis schicken dürfen.

(Beifall)

Ich möchte noch einen weiteren Punkt ansprechen. Warum ist Deutschland so stark? Deutschland ist so stark, weil wir eine international überdurchschnittliche Industriedichte aufweisen. Der Industriearbeitsplatz in Deutschland mit den angelehnten Dienstleistungen macht ein Drittel des deutschen Sozialprodukts aus. Wir sind den Irrweg der Angelsachsen nicht gegangen, die sich auf die Finanzwirtschaft gestürzt haben. Wir haben vor allem im Mittelstand die Handarbeit, die Produktion und die Manufaktur.

Das ist das Verdienst der Mittelständler und ihrer Mitarbeiter. In einer schwierigen Phase, als wir international als das Schlusslicht der Wirtschaft galten, haben die an diesem konservativen Wirtschaftsstil festgehalten. Das ist der Grund dafür, dass wir besser durch die Krise gekommen sind.

(Teilweise Beifall)

Aber diese Industrie braucht – ich sage es einmal so – zuverlässige Energie. Jetzt fragen Sie einmal in den Bereichen, die energieintensiv arbeiten, ob man weiß, wohin die Reise geht! Da ist große Unsicherheit.

Ich sage Ihnen nur ein Beispiel: Die Eisenhütten haben durch die Energiewende Mehrkosten, im schlimmsten Fall von 1,5 Milliarden Euro, zu tragen. Das ist just das, was diese Industrie jährlich

an Investitionen tätig. Wenn Sie sich einmal vorstellen, dass der Worst Case stattfindet, dann werden 1,5 Milliarden Euro, die eigentlich für Investitionen vorgesehen sind, für Kosten verbraucht und stehen für die Zukunft nicht mehr zur Verfügung. Ich frage die Versammlung hier: Haben wir darauf eine Antwort? Wir haben eine schnelle Antwort gefunden mit dem Ausstieg aus der Atomkraft – das tragen wir mit –, aber die Folgeantwort sind wir noch schuldig.

(Vereinzelt Beifall)

Entscheidend ist die Wirtschaft. Entscheidend ist nicht, ob wir meinen, wir hätten ein Konzept, um die Energiewende darzustellen. Nein, wir müssen die Wirtschaft und die Verbraucher fragen, ob sie das auch so sehen. Wir müssen fragen: Wie kommt ihr mit der Energiewende zurecht? Da sind viele Fragen offen, vor allem im industriellen Mittelstand bis hin zu den großen Betrieben. Das ist auch ein Grund dafür, dass man sagt: Die Union ist nicht mehr die Partei der Wirtschaft. Sie stürzt uns möglicherweise in ein Abenteuer, von dem wir nicht wissen, wie es ausgeht.

Ein Weiteres will ich erwähnen. Das hat mit Europa zu tun. Ich will die Stationen von Europa gar nicht nennen. Aber eines steht seit dem letzten Wochenende fest: Die Rettungsschirme, so wie sie konzipiert sind, können nie die Lösung sein.

(Vereinzelt Beifall)

Die Rettungsschirme selbst sind zum Problemfall geworden. Hier ist es in der Tat so, dass die Politik nicht die Probleme löst, sondern die Politik ist das Problem.

Jetzt haben wir eine Riesenaufgabe zu lösen. Wenn die Rettungsschirme nicht funktionieren, bleibt letztendlich die Europäische Zentralbank als letzte Instanz übrig, um für die Zahlungsfähigkeit der Südländer zu sorgen. Man ist massiv und intensiv dabei, diese Geldquelle anzuzapfen. Dann haben wir das Problem, das wir nie wollten. Wir wollten, dass die EZB die Stellung der deutschen Notenbank einnimmt. Aber wir wollten sie nie zum Finanzier der Staatsfinanzen, der Staatsschulden machen.

(Vereinzelt Beifall)

Genau auf diesem Wege sind wir zurzeit. Welche Antwort geben wir in unserem europapolitischen Papier? Ich habe darauf keine Antwort gefunden.

Deshalb ist dieser Parteitag in Leipzig nicht das Ende, nicht der Aufbruch, sondern er ist der Anfang für eine breite Diskussion, die wir führen müssen, um die Probleme zu lösen, die für Deutschland und für den deutschen Mittelstand elementar sind. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Stanislaw Tillich, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich bei Herrn Schlarmann und darf jetzt Julia Klöckner ankündigen, die Vorsitzende des Landesverbands Rheinland-Pfalz. Es bereitet sich vor Oswald Metzger. – Julia, du hast das Wort.

Julia Klöckner: Ganz herzlichen Dank. – Liebe Delegierte! Liebe Parteifreunde und Gäste! Sehr geehrter Herr Schlarman, ich habe in der Rede der Bundeskanzlerin und Bundesvorsitzenden vorhin sehr wohl die Worte gehört: Wirtschaft, Unternehmer, Arbeitsplatzsicherung. Vor allem habe ich gehört, dass die Wirtschaft brummt. Das geht nur mit Unternehmern. Das geht nur mit dem Mittelstand. Das geht nur mit den Tarifvertragsparteien. Die haben gemeinsam kluge Entscheidungen getroffen. Deshalb bin ich froh, dass wir weiterhin die Partei des Mittelstands, aber auch weiterhin die Partei der vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind.

(Beifall)

Ich persönlich bin nicht deshalb in die CDU eingetreten, weil es eine strukturkonservative Partei ist; ich bin in die CDU eingetreten, weil sie an der Spitze des Fortschritts steht und stand. Wir müssen uns immer wieder modernisieren, wenn wir von der Zeit nicht überholt werden wollen, aber wir wissen, was unsere Werte sind, also: wertkonservativ, aber nicht strukturkonservativ. Was nutzen Strukturen, wenn die Werte nicht mehr stimmen?

(Teilweise Beifall)

Aus diesem Grunde möchte ich etwas vorwegnehmen – die Debatte zum Mindestlohn wird noch kommen: Ich teile das Bild von der Kuh auf dem Eis nicht. Natürlich haben wir Gesetze – Arbeitnehmer-Entsendegesetz, Mindestarbeitsbedingungengesetz, Gesetz gegen sittenwidrige Löhne –, nur: Was helfen Gesetze, wenn sie keinen durchschlagenden Erfolg haben?

(Vereinzelt Beifall)

Was hilft es, wenn wir eine Schublade mit diesen Gesetzen haben, die aber abgeschlossen ist, weil ein Arbeitnehmer im geringqualifizierten Bereich nicht vor Gericht zieht und sagt: „Wir haben sittenwidrige Löhne“, weil er Angst hat, seinen Arbeitsplatz zu verlieren, wenn er nicht auf Augenhöhe mit dem steht, der ihm etwas anbietet?

Deshalb lasst uns diese Schublade aufschließen, aber nicht die komplette Kommode abschaffen! Das heißt, wir brauchen die Soziale Marktwirtschaft, wir brauchen Tarifautonomie. Für mich ist es jetzt nicht so, dass die Kuh vom Eis ist, sondern: Wir haben einen Anker geworfen, weil wir schon früh in See gestochen sind. Helmut Kohl und Norbert Blüm haben nämlich den ersten Branchenmindestlohn eingeführt, nämlich für die Baubranche, und er ist weiterentwickelt worden.

Rot-Grün übrigens, die jetzt in der Opposition einen flächendeckenden gesetzlichen Einheitsmindestlohn fordern, sind in ihrer rot-grünen Zeit, als sie dran waren, weder branchenspezifisch tätig geworden, noch haben sie gesetzliche Mindestlöhne eingeführt. Was ich weiß, ist, dass der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Herr Beck, seinem Wachpersonal 5,35 Euro gezahlt hat. Da ist es mir doch so lieber: Wir machen uns Gedanken darüber, wie es umsetzbar ist, anstatt irgendwelche Wunschträume zu haben, die nicht umgesetzt werden können.

(Beifall)

Das hat etwas mit Ehrlichkeit zu tun. Das hat etwas damit zu tun, dass wir gemeinsam als Volkspartei tätig sind. Wir sind keine Klientelpartei. Wir haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei uns. Ich komme aus Rheinland-Pfalz. Ich weiß, dass bei uns an der Grenze zu Luxemburg die Löhne bei rund 10,16 Euro liegen, in Polen bei etwa 1,85 Euro. Also brauchen wir aus meiner Sicht die Möglichkeit, regionale Unterschiede zu machen.

Ich sehe es nicht als Manko, dass wir uns mit dem Thema Mindestlohn oder mit dem Thema Lohnuntergrenze – mir ist es auch ganz gleich, wie das Kind heißt – beschäftigen. Es geht darum, dass Löhne nicht ins Unendliche fallen, dass nicht schwarze Schafe alle anderen, die sich ordentlich verhalten, mit in den Abgrund ziehen, was das Image anbelangt, dass es Spaß macht, hier zu arbeiten, dass man weiß: Die CDU ist an der Seite der Unternehmerinnen und Unternehmer, aber auch an der Seite derer, die jeden Tag aufstehen und eben nicht zu Hause bleiben.

Lasst uns weiterhin der Partei der Leistungsgerechtigkeit sein! Dazu, sehr geehrter Herr Schlarmann, finde ich den Weg gerade richtig. Warum so defensiv? Gehen wir doch mit Mut ran! Was MIT und CDA im Vorfeld geleistet haben, ist wegweisend. Deshalb ist es keine Kuh auf dem Eis, sondern es ist ein fester Anker, der in den Wellen Halt gibt. – Danke schön.

(Beifall)

Stanislaw Tillich, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Julia. So sieht lebhaftige Diskussion aus. – Jetzt hat das Wort Oswald Metzger. Es bereiten sich vor, für die junge Generation, Herr Lerch und Herr Kanitz.

Oswald Metzger: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich stehe hier in Leipzig als jemand, der vor acht Jahren als damals grüner Politiker vom Leipziger Parteitag den persönlichen Aufbruch mitgenommen hat, dass in dieser Volkspartei marktwirtschaftliche Positionen sehr wohl sozusagen einen wichtigen Klang haben. Dieser Klang bestand für mich damals in den Entscheidungen zur Steuerstrukturreform.

(Vereinzelt Beifall)

Viele von Ihnen, die damals dabei waren, wissen noch, wie Friedrich Merz beklatscht wurde. Dieser Klang bestand in der Entscheidung für die Gesundheitsprämie, wohl wissend, dass die Demografie unsere Gesellschaft herausfordert und die Kosten der Sozialsysteme in die Höhe treibt.

Als jemand, der vor dreieinhalb Jahren vor der Zäsur stand, eine Partei zu verlassen und ein Mandat niederzulegen – da nehme ich den Verteidigungsminister mit seinem wirklich beeindruckenden Konservatismusstandpunkt ernst: man muss Ansprüche an sich selber stellen, bevor man Ansprüche an andere stellt –, und in die CDU gekommen ist, merke ich, wie schwer es

für uns als Christdemokraten in dieser sich verändernden Welt geworden ist, unsere Werte gegenüber der Bevölkerung argumentativ zu vertreten.

Es ist leicht, uns hier beim Parteitag auf die Schultern zu klopfen oder Geschlossenheit einzufordern oder stehenden Applaus für die Reden von Parteivorsitzenden zu geben. Aber es ist etwas anderes, zu Hause am Infostand mit Kolleginnen und Kollegen über Mindestlöhne zu diskutieren. Mittelständler sowie Unternehmerinnen und Unternehmer sagen: Zu mir kommen die Kunden ins Geschäft mit der Handkamera, fotografieren die Produkte. Ich weiß genau, dass sie anschließend nach Hause gehen und im Internet irgendwo auf der Welt die Produkte möglichst billig bestellen.

Zu Hause möchte man einen hohen Mindestlohn, auch wenn man gering qualifiziert ist, aber man ist Schnäppchenjäger.

(Vereinzelt Beifall)

Das passt auch nicht zusammen. So eine Diskussion kann man doch in einer Volkspartei führen, auch mit den Wählerinnen und Wählern.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn ich die Kanzlerin höre, die sagt: „Wir machen notfalls die Finanztransaktionssteuer im Euro-Raum“, sage ich: Ja, super, dann haben wir eine Placebo-Steuer. Was glauben Sie, wie viele steuerbare Umsätze von der Börse in Frankfurt nach London gehen werden, weil die Engländer nicht mitmachen? Das ist ein Placebo zur Volksberuhigung; das wird dem Fiskus kaum Geld bringen. Wie das funktioniert, sehen Sie, wenn Sie die Briten anschauen. Die Briten haben nach 2008, sozusagen auf dem Höhepunkt der Finanzkrise, eine Sondersteuer für die Boni ihrer Investmentbanker in der Londoner City beschlossen. Wissen Sie, mit welchem Ergebnis? Ein Jahr später wurden über 90 Prozent der Boni, die in England verdient wurden, in Singapur versteuert. Das ist eine ganz einfache Nummer, das ist Placebo-Politik. Das sollte man oft ansprechen. Die Wirklichkeit ist eine andere als die, die man sich auf Parteitag zurechtlegt.

(Vereinzelt Beifall)

Ein letzter Punkt. Ich möchte nur ein paar Schlaglichter nennen. Ich hoffe, man darf hier nachdenklich diskutieren, auch wenn man Geschlossenheit einfordert; denn Überzeugungskraft lebt von der Auseinandersetzung und dem Austausch von Argumenten.

(Vereinzelt Beifall)

Das Betreuungsgeld wurde in der Koalitionsrunde beschlossen. Jetzt einmal Hand aufs Herz: Das ist im Wesentlichen ein Anliegen der Christlich-Sozialen Union und nur in Teilen der Union. Wir beschließen ein Betreuungsgeld als Barleistung. Zu Hause am Bildschirm, wenn politische

Diskussion stattfindet, sitzen Menschen – viele übrigens aus der Mittelschicht der Gesellschaft –, die als Arbeitnehmer wie Unternehmer wissen, dass sie über ihre Steuern praktisch zusätzliche Leistungen bezahlen. Wir führen eine neue bare Sozialleistung zu einem Zeitpunkt ein, wo wir als Deutsche den anderen europäischen Partnern wegen der Euro-Hilfe Sparauflagen machen, über die Sie alle das Etikett „neoliberal“ setzen könnten, wenn Sie so wollen. Ich mache mir diesen Begriff ausdrücklich nicht zu eigen; er ist auch bei uns zum Schimpfwort verkommen. Wir verlangen von den anderen europäischen Staaten: Macht eure Hausaufgaben, gebt auf Dauer nicht mehr aus, als ihr einnehmt, und wir in Deutschland schaffen als konservativ-liberale Regierung eine neue Sozialleistung, die Steuermittel kostet, obwohl wir noch keine ausgeglichenen Haushalte haben. Für mich passt das überhaupt nicht zusammen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich möchte nicht einmal das sozialpolitische Argument anführen. Schauen Sie sich in den sozialen Brennpunkten in Jena und Erfurt die Situation an, die sich in Thüringen ergeben hat, als das Landesbetreuungsgeld eingeführt wurde. Genau die Familien im Sozialhilfebezug, die ihre Kinder vorher in Kitas hatten, haben ihre Kinder dort abgemeldet, weil sie 150 Euro zusätzlich vom thüringischen Staat bekommen haben. Das hatte das Ergebnis, dass diese Kinder – zumindest in Teilen – weniger Chancen hatten, wenn sie schulreif wurden, weil sie von ihren Eltern zu Hause nicht die erforderliche Förderung erfahren haben, die sie vorher in der Kita hatten, zum Beispiel Feinmotorik zu lernen, einmal pro Tag eine vernünftige Mahlzeit zu bekommen und vielleicht auch deutsche Sprache zu beherrschen. Über so etwas muss man als Politiker offen diskutieren. Das hat nichts mit einer verlogenen linken Diskussion zu tun, mit einer Diskussion darüber, dass es sich hier um eine Herdprämie handelt. Bei Gott nicht!

(Vereinzelt Beifall)

Schlusspunkt. Ich bin nicht da, um den eigenen Laden madig zu machen. Ich kann Ihnen, wenn Sie so wollen, das politische Pflichtprogramm für einen Christdemokraten auf einem Parteitag nennen: Hau auf die Konkurrenz ein, dann bekommst du Beifall. Sei nicht zu nachdenklich, das will man nicht hören – so verstehe ich politische Arbeit in einer Partei nicht. Mir fällt es leicht, die Steuerpolitik, der Sozialdemokraten, der Grünen und erst recht der Linkspartei zu attackieren. Wenn wir es nicht glaubwürdig schaffen, die Bevölkerung auf einen recht schwierigen Weg auch in unserem reichen Deutschland in den nächsten Jahren einzustellen, dann werden mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit diejenigen ans Ruder kommen, die eine höhere Einkommensteuer wollen, die eine Vermögensteuer wollen, die eine höhere Erbschaftsteuer wollen, die sozusagen überall auf staatlicher Ebene abkassieren wollen. Das ist nicht mein Modell. Mein Modell ist, generationengerechte Fiskalpolitik in einer marktwirtschaftlichen Gesellschaft zu machen. In einem reichen demokratischen Land beinhaltet dies, unseren Bürgerinnen und Bürgern die Wahrheit zu sagen: Auf Dauer kann kein Staat mehr ausgeben, als er einnimmt.

(Vereinzelt Beifall)

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an Ludwig Erhard; damit schließe ich auch. Er sagte 1958 in Bonn am Rhein auf einer Wahlveranstaltung: Alle Wohltaten, die wir Politikerinnen und Politiker euch Bürgern und Bürgerinnen versprechen, müsst ihr zunächst selber erwirtschaften.

(Teilweise Beifall)

Stanislaw Tillich, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Oswald Metzger. – Ich rufe jetzt Herrn Lerch und Herrn Kanitz aus den Kreisverbänden Bonn und Dortmund auf die Bühne. Es bereitet sich vor Dr. Harald Noack aus Niedersachsen.

Philipp Lerch: Frau Bundesvorsitzende! Liebes Tagungspräsidium! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Steffen und ich haben uns entschieden, einen gemeinsamen Wortbeitrag zu machen, weil wir uns zum gleichen Thema melden wollten und weil wir in Nordrhein-Westfalen die jüngsten Kreisvorsitzenden sind. Uns bewegt die Sorge um die politischen und finanziellen Spielräume der zukünftigen Generation. Deshalb haben wir bei den Ausführungen der Bundesvorsitzenden sehr aufmerksam zugehört und mit besonderer Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen, dass sie von einem Wendepunkt der Schuldenkrise gesprochen hat. Das wollen wir gerne ernst nehmen.

Es darf bei diesen Wendepunkten gerade in dieser Frage nicht bei Lippenbekenntnissen bleiben, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das fängt vor Ort in der Kommunalpolitik an. Die Generation, die einmal die klassische Kommunalpolitik, die klassische Parkbank vor Ort bezahlen muss, kann diese im doppelten Sinne gar nicht mehr besitzen, weil die Parkbank schon verrottet sein wird, wenn Zins und Zinseszins getilgt werden müssen. Deswegen haben wir kaum mehr Spielräume; daran müssen und wollen wir arbeiten.

Die CDU muss sich als Kernprofil geben, diese Hypotheken zukünftiger Generationen mit allen Mitteln, die dafür zur Verfügung stehen, ernsthaft und nachweislich abzubauen. Es ist doch ein Skandal, dass mittlerweile in Nordrhein-Westfalen ein Kind mit etwa 25.000 Euro Verschuldung zur Welt kommt. Es hat noch keinen Fuß auf unsere Erde gestellt, da ist es auch schon bis über die Halskrause verschuldet, da ziehen wir ihm schon das letzte Hemd aus. Das geht nicht. Deshalb haben wir drei ganz konkrete Fragen.

Erstens: Passen sechs Milliarden Euro Steuerentlastungen wirklich in diese Zeit, in diese politische Landschaft, auch in die europapolitische Landschaft?

(Vereinzelt Beifall)

Zweitens: Wie kalt muss uns die Steuerprogression wirklich erwischen, dass wir sie zunächst korrigieren, und zwar vordringlich, bevor wir die Auflagen der Schuldenbremse einhalten?

Drittens: Sind es die wenigen Euro Steuerentlastungen, die nachher pro Kopf dabei herauspringen, wirklich wert, dass wir im Jahr 2012 bei sprudelnden Steuereinnahmen noch mehr Schulden aufnehmen, als wir in 2011 aufgenommen haben?

(Vereinzelt Beifall)

Wir wollen uns ganz konkret dafür aussprechen, dass das nicht so bleibt und dass wir diese Kernkompetenzen ernst nehmen, dass wir Schulden tilgen, nicht mit dem Würgegriff, mit der Würgeschlange, sondern als Zukunftsinvestition, die sich auszahlt, die Spaß macht und uns als Christlich Demokratische Union ausmacht. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Steffen Kanitz: Frau Vorsitzende! Liebe Freunde! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Anknüpfend daran: Wir diskutieren seit den vergangenen Wochen und Monaten ganz viel und sehr intensiv über das Profil, über den Markenkern der Union. Es ist gut, weil es zeigt, dass wir eine lebendige Volkspartei sind, die sich auf Basis der Veränderungen, die es in der Gesellschaft gibt, eine neue programmatische Ausrichtung gibt. Das ist notwendig. Es ist gerade auch deutlich geworden, dass dies im besten Sinne als konservativ verstanden wird. Konservativ heißt ja eben nicht, im Gestern stehen zu bleiben, sondern ganz konkret das Bewährte in die Gestaltung der Zukunft mitzunehmen. Das ist immer Position der Union gewesen. Damit haben wir viele Wahlen gewonnen.

Das Thema Haushalt und Finanzen ist die Kernkompetenz der Union. Das gilt im Übrigen auch und gerade in Nordrhein-Westfalen. Wir haben die Schuldenkönigin Hannelore Kraft, die jetzt, um ihre Wahlgeschenke zu finanzieren, bei sprudelnden Steuermehreinnahmen von drei Milliarden Euro vier Milliarden Euro neue Schulden aufnimmt. Wer, wenn nicht wir, liebe Freundinnen und Freunde, kann beim Thema Haushalt und Finanzen punkten, Aspekte nach vorne bringen und deutlich machen, dass wir für die Zukunft stehen, dass wir für zukünftige Generationen Politik betreiben?

Insofern ist unsere herzliche Aufforderung und Bitte: Wenn wir über eine Kommunikationsstrategie reden, dann lasst uns das Thema Haushalt und Finanzen ganz nach vorne bringen. Wir glauben, dass das vor dem Hintergrund Griechenland ein ganz relevanter Punkt wird. Das bewegt unsere Wähler, das verstehen unsere Leute. Es ist das Markenzeichen der Union, dass wir mit der Zukunft umgehen, wie sich das junge Generationen wünschen. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Stanislaw Tillich, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich für den Diskussionsbeitrag der beiden Vertreter der jungen Generation. – Jetzt hat das Wort Dr. Harald Noack. Ich darf Frau Ingrid Sehrbrock bitten, sich auf ihren Wortbeitrag vorzubereiten. Frau Sehrbrock, ich möchte Sie als

stellvertretende DGB-Vorsitzende als Ehrengast des Bundesparteitages begrüßen. Mit Ihrer Wortmeldung sind Sie mir zuvorgekommen. Seien Sie uns herzlich willkommen.

(Beifall)

Dr. Harald Noack: Zwei Schlüsselwörter im Bericht unserer Bundesvorsitzenden waren „Anlass“ und „Kompass“. Beides kann aber nur eine Komponente in der Arbeit einer Volkspartei wie der CDU sein. Kompass und Anlass bedeuten Reaktion auf auftretende Veränderungen, bedeuten Erkennen und dann entsprechendes Anlegen eines Kompasses. Polynesische Seefahrer haben den pazifischen Raum besiedelt ohne einen solchen Kompass, aber mit dem Gespür für Wellen, Wind und Wassertemperatur. Genau dieses Gespür für Veränderungen in der Gesellschaft ist notwendig, damit die CDU ihre Rolle als Volkspartei auch künftig erfolgreich ausfüllen kann.

Es kommt nicht nur darauf an, dass wir auf einen gegebenen Anlass reagieren, sondern wir müssen ein Gespür für sich anbahnende Veränderungen in der Gesellschaft entwickeln. Die Frage der Hauptschule, die Frage von Lohnuntergrenzen und die Frage der Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund waren in der Bundesrepublik Deutschland schon seit vielen Jahren bekannt. Wir haben erst jetzt angemessen darauf reagiert. Für uns ist es wichtig, dass wir ein Gespür für diese Veränderungen entwickeln.

Wir in Niedersachsen sind aufgrund der Erfahrungen in den großen Städten dabei, diese Sensoren zu schärfen und zu versuchen, dass wir möglichst frühzeitig solche Veränderungen entdecken. Wir müssen nicht nur einen Kompass anlegen, sondern wir müssen uns die Erfahrungen der vielen Mitglieder unserer Volkspartei zunutze machen, um diese Sensoren zu aktivieren, die aufzeigen, wie sich unsere Gesellschaft verändert.

Ich darf uns also auffordern, nicht nur reaktiv zu sein und nicht nur auf Anlässe zu reagieren und dann einen Kompass anzulegen. Ich fordere vielmehr die Mitglieder auf, anbahnende Veränderungen in der Gesellschaft zu spüren, darüber in den Gemeinde- und Ortsverbänden zu diskutieren und nach oben zu geben. Wenn wir das machen, sind wir meiner Meinung nach unschlagbar. Hierzu rufe ich uns auf. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Stanislaw Tillich, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich bei Herrn Noack. – Frau Sehrbrock, Sie haben jetzt das Wort vom Rednerpult aus.

Ingrid Sehrbrock: Liebe Parteifreunde! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es gut, dass wir uns in der Partei die Zeit genommen haben und uns die Zeit nehmen, auch über ein Thema zu reden, was der CDU immer schwergefallen ist, nämlich über das Thema Mindestlöhne. Nachdem Herr Schlarmann hier eine flammende Rede gehalten hat, habe ich mich doch bemüht gefühlt, aus der Sicht der Gewerkschaften und aus der Sicht der CDA ein paar Sätze dazu zu sagen.

Wir haben es uns übrigens als CDA nicht leicht gemacht – das muss man deutlich sagen –, eine solche Position vorzuschlagen, wie sie in der Antragsbroschüre steht. Es gibt Modifikationen durch eine Arbeitsgruppe dazu, die gemeinsam eine etwas veränderte Position vorgeschlagen hat. Wir haben es uns also nicht leicht gemacht bei der CDA.

Ich kann mich gut daran erinnern, dass wir schon Jahre darüber diskutiert haben. Ich kann mich auch an mindestens zwei Bundestagungen erinnern, auf denen ein solcher Antrag an den Bundesvorstand der CDA verwiesen wurde, damit dort geprüft wird, ob wir einen gesetzlichen Mindestlohn beantragen können. Wir haben also lange darüber diskutiert, bevor wir der Auffassung waren, dass man hier Handlungsbedarf für die Politik hat.

Wir haben die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt beobachtet. Ja, es gibt Verwerfungen gerade auch im Osten, wo Menschen noch sehr viel häufiger bereit sind, für zum Teil unanständige Löhne zu arbeiten, um ja nicht arbeitslos zu sein. Es gibt sogar Kammern – das hat mir kürzlich jemand berichtet –, die ihre Mitglieder darauf hinweisen, dass Löhne bis zu einem Drittel unterschritten werden können und erst dann sittenwidrig sind. Wenn so etwas vorkommt – wir kennen viele andere Beispiele aus dem Niedriglohnbereich –, dann denke ich, dass auch die Politik handeln und dass sie einen Rahmen setzen muss, damit unanständige Löhne in diesem Land in Zukunft nicht mehr üblich sind.

(Teilweise Beifall)

Damit keine Missverständnisse aufkommen: Auch für die Gewerkschaften ist das Thema Mindestlöhne viele Jahre lang nicht das Lieblingsprojekt gewesen. Ich kann mich daran erinnern, dass wir im Jahr 2002 beim Deutschen Gewerkschaftsbund zum ersten Mal über Mindestlöhne gesprochen haben. Damals konnten wir uns nicht einigen. Es gab eine Gewerkschaft, die dafür war. Eine zweite Gewerkschaft hat einen Mindestlohn unterstützt, und die anderen wollten sich nicht richtig festlegen oder sie waren dagegen. Wir haben beim Deutschen Gewerkschaftsbund vier Jahre gebraucht, bis wir auf eine gemeinsame Position gekommen sind. Auch da ist also keine leichtfertige Positionierung vorgenommen worden. Erst nach ganz hartem Ringen wurde eine Position erreicht.

Tatsache ist auch – das will ich hier sagen, um den Handlungsbedarf ein wenig deutlich zu machen –: Immer mehr Unternehmen haben sich als Mitglieder aus Arbeitgeberverbänden verabschiedet. Auch das muss man zur Kenntnis nehmen. Andere sind so genannte OT-Mitglieder, also Mitglieder ohne Tarifbindung. Das heißt: Wenn Tarifverträge abgeschlossen werden, dann gelten sie nicht für diejenigen Mitglieder, die eine OT-Mitgliedschaft haben. Selbst wenn die Gewerkschaften so stark wären, wie sie sein wollen, können sie dann, wenn auf der Arbeitgeberseite OT-Mitglieder vorhanden sind oder es gar keine Mitglieder mehr gibt – auch diese Tendenz gibt es ja –, keine Tariflöhne durchsetzen.

Ist ein Niedriglohn eine Chance für die Betroffenen oder ein Problem? Ich will dazu auf eine Studie zurückkommen, die das Institut der deutschen Wirtschaft vorgestellt hat: Ein Viertel der Beschäftigten steigt auf, so besagt die Studie. Es spricht nun gerade nicht für ein Erfolgsrezept, wenn drei Viertel nicht aus dem Niedriglohnbereich herausfinden. Daher sollte man sich die Sache noch einmal sehr genau anschauen. Das Ergebnis kann für eine Arbeitnehmerorganisation auch deshalb nicht zufriedenstellend sein, weil in diesem Niedriglohnbereich nicht die Geringqualifizierten tätig sind. Vielmehr haben über 70 Prozent derjenigen, die im Niedriglohnbereich arbeiten, eine abgeschlossene Ausbildung. Was man also einmal ursprünglich beabsichtigt hatte, nämlich über den Niedriglohnbereich Geringqualifizierte in den Arbeitsmarkt zu integrieren, ist nicht geschehen.

Lassen Sie mich noch ein Beispiel anführen, das in den letzten Tagen durch die Medien gegangen ist. Wenn beispielsweise eine Webdesignerin oder ein promovierter Historiker in einem Callcenter arbeitet, spricht das zwar für deren Flexibilität, aber spätestens dann, wenn ich sie beschäftigen will, frage ich mich, was sie von ihrer ursprünglichen Qualifikation haben, wenn sie fünf Jahre in einem Callcenter gearbeitet haben. Deshalb ist das keine Lösung. Wir müssen die Menschen entsprechend ihrer Qualifikation beschäftigen und entsprechend bezahlen.

(Teilweise Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, Wettbewerbsvorteile über Löhne, von denen Menschen nicht leben können, sind kein erfolversprechendes Konzept, schon gar nicht in Zeiten des drohenden Fachkräftemangels. Auch mit Kombilöhnen, die der Steuerzahler aufstockt, ist später bei der Rente nichts gewonnen. Das zahlen wir nämlich als Steuerzahler. Die CDU war und ist die Partei der Ordnungspolitik. Wir haben es heute noch einmal von der Kanzlerin gehört. Seit der Finanzkrise reden wir auch häufiger darüber und fordern das von der Politik wieder ein.

Wenn Tarifpartner nicht in der Lage sind, Entgelte zu vereinbaren, die die Existenz der Menschen sichern, ist eine Korrektur im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft erforderlich. Hier herrscht Unordnung. Ich finde, hier muss Ordnung geschaffen werden. Deshalb sollten Sie dieses Anliegen in der Form, wie es gestern von einer Arbeitsgruppe erarbeitet worden ist, unterstützen. Ich wünsche mir jedenfalls eine breite Unterstützung für dieses Anliegen. Ich weiß, dass ein Großteil der Parteimitglieder dahinter steht und ebenso ein Großteil der Öffentlichkeit in dieser Republik. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Stanislaw Tillich, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Sehrbrock. – Das war die letzte mir offiziell vorliegende Wortmeldung zur Diskussion und zur Aussprache. Gibt es noch weitere Diskussionswünsche? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich mich für die Beiträge der einzelnen Redner in der Diskussion recht herzlich für eine sehr konstruktive Aussprache bedanken.

Damit möchte ich zum nächsten TAGESORDNUNGSPUNKT überleiten. Bevor ich das tue, möchte ich weitere Ehrengäste des heutigen Tages begrüßen, zum einen den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Herrn Hellmut Königshaus, und den Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Herrn Werner Langen. Herzlich willkommen.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir kommen jetzt zum TAGESORDNUNGSPUNKT 9:

BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS DER CDU DEUTSCHLANDS,
EINFÜHRUNG IN DEN ANTRAG DES BUNDESVORSTANDES
„STARKES EUROPA – GUTE ZUKUNFT FÜR DEUTSCHLAND“

Ich gebe das Wort an unseren Generalsekretär Hermann Gröhe.

Hermann Gröhe, Generalsekretär der CDU: Herr Präsident! Liebe Angela Merkel! Liebe Freundinnen! Liebe Freunde! Die Stadt Leipzig steht in besonderer Weise für die friedliche Revolution, für den Freiheitswillen der Menschen in der ehemaligen DDR. Die Stadt Leipzig ist aber auch ein guter Ort, um über Europa zu diskutieren und europapolitische Entscheidungen zu treffen; denn sie gehören zusammen: Die Friedensgebete in der Nikolaikirche und an so vielen anderen Orten in der ehemaligen DDR, das schriftstellerische und das politische Wirken von Vaclav Havel, die Predigten von Johannes Paul II. und die durch sie inspirierten Reden des Arbeiterführers Lech Walesa sowie das mutige Volk der Ungarn, das zuerst den Eisernen Vorhang durchschnitten hat. Das alles ist Europa.

(Beifall)

Diese Menschen und diese Ereignisse stehen für das, was Europa ausmacht: die großartige Idee der Freiheit, der Menschenwürde, eine menschliche Gesellschaft. Seit ihrer Gründung ist die CDU für diese Ideale konsequent eingetreten. Deshalb lehnen wir jeden Extremismus entschieden ab. Die jetzt offenbar gewordenen rechtsextremistischen Verbrechen verurteilen wir auf das Schärfste. Wir sagen dem braunen Terror den entschiedenen Kampf an, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Die friedliche Revolution konnte auch deshalb Erfolg haben, weil die CDU stets an der deutschen Einheit festgehalten hat. Wir standen zum Wiedervereinigungsgebot unserer Verfassung. In gleicher Weise stehen wir zum Auftrag unseres Grundgesetzes, Deutschland möge – ich zitiere – „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt dienen“. Wir sind die deutsche Europapartei.

(Beifall)

Wir nehmen die Sorgen und die kritischen Anfragen der Menschen ernst, wenn es um augen-

blickliche Entwicklungen in Europa geht. Ja, wir stellen uns diesen Fragen. Aber antieuropäischen Stimmungsmachern und den groben Vereinfachern treten wir in aller Klarheit entgegen.

(Beifall)

Denn gerade Deutschland hat diesem Europa viel zu verdanken. Manches davon ist uns so selbstverständlich geworden, dass wir kaum noch daran denken. Für junge Leute in Deutschland ist Krieg im Herzen Europas gar nicht mehr vorstellbar. Welch ein Segen, Welch ein Erfolg der europäischen Idee. Doch schon auf dem Balkan sehen wir: Auch in Europa gibt es noch heute die Alternative zwischen gewaltbareitem Nationalismus und europäischer Integration. Europa ist und bleibt ein großartiges Friedensprojekt, und doch geht es heute um noch mehr. Es geht darum, ob wir unsere Art zu leben, zu arbeiten und zu wirtschaften, global verankern und behaupten können. Es geht darum, ob wir unsere gemeinsame europäische Überzeugung von freier Demokratie und pluralistischer Gesellschaft, von Sozialer Marktwirtschaft und nachhaltigem Wirtschaften behaupten und damit einen starken Beitrag weltweit zur Meisterung großer Herausforderungen leisten können.

Europa – das ist gerade heute ein großes Zivilisationsprojekt, und viele Menschen in aller Welt richten ihre Hoffnungen auf dieses Europa. Ja, verlieren wir nicht an nationaler Souveränität, wenn wir Europa stärken? Diese Frage, meine ich, führt in die Irre; denn in einer Welt mit über 7 Milliarden Menschen, in der sich die wirtschaftlichen und politischen Gewichte verschieben, stellt sich die Frage ganz anders. In ganz wichtigen Politikfeldern können wir Souveränität nur gemeinsam wahrnehmen oder nicht. Wir stärken unser Gewicht durch gemeinsames Handeln. Das ist die angemessene Antwort auf die Souveränitätsfrage im Zeitalter der Globalisierung. Ein starkes Europa und ein starkes Deutschland gehören für uns untrennbar zusammen.

(Beifall)

Nehmen wir nur die Regulierung der Finanzmärkte. Hier stößt nationales Handeln schnell an Grenzen, ist häufig die Euro-Zone gleichsam die kleinste Einheit für wirksames Handeln, ringen wir um gemeinsame europäische Positionen, um diese dann international durchsetzen zu können.

Unser Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft. Zu ihr gehört ein starker Ordnungsrahmen. Doch noch immer gibt es nicht zuletzt in den USA und in Großbritannien die Illusion, ungebremste Finanzmärkte stärken die wirtschaftliche Entwicklung. Dabei erleben wir doch, welche zerstörerischen, ja selbstzerstörerischen Kräfte ungebremste Finanzmärkte haben können. Das muss ein Ende haben. Die Wirtschaft muss den Menschen dienen.

(Beifall)

Deshalb treten wir für die notwendigen Regulierungen und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ein. Dabei wollen wir eine Vorreiterrolle der Euro-Zone. Aber regelt Europa nicht zu viel? Auch in unseren Reihen wird in der Tat diese Frage gestellt. Wer in mächtigen Politik-

feldern mehr Europa fordert, tut gut daran, zu betonen, dass er es mit dem Gedanken der Subsidiarität ernst meint. Wir haben in Deutschland gute Erfahrungen mit einer dezentralen politischen Ordnung, mit kommunaler Selbstverwaltung und starken Ländern. Wir wollen ein starkes Europa, das seine Stärke und seine Akzeptanz daraus gewinnt, dass es sich auf seine zentralen Aufgaben konzentriert. Wir brauchen, um im Bild zu bleiben, starke Leitplanken, aber weniger Verkehrsschilder. Wir brauchen verbindliche Verabredungen zum Wohle aller, aber weniger Regulierungswut im Detail. Unser Ziel ist die politischen Union Europas.

(Beifall)

Die nächste Etappe auf diesem Weg ist die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion. So bewältigen wir die Schuldenkrise, und so ziehen wir die richtigen Lehren aus ihr. Ja, aber warum geht es dann nur schrittweise voran? Wir alle kennen diese Frage, den Wunsch nach einer schnellen und umfassenden Regelung. Doch diese ist nicht zu haben, geht es doch um die Korrektur einer jahrzehntelangen Fehlentwicklung.

Die Staaten Europas – mit Blick auf die USA kann man wohl sagen: die westlichen Demokratien insgesamt – müssen aufhören, durch massive Verschuldung auf Kosten der Zukunft zu leben. Die Risiken des Lebens auf Pump sind überdeutlich geworden. Die Lage in Griechenland hat den Blick in den Abgrund gezeigt. Entschiedenheit und Besonnenheit sind gefragt.

Wer einen hohen Berg erklimmt, tut gut daran, gemeinschaftlich zu handeln, Schritt für Schritt zu gehen und jeden Schritt abzusichern. Wer dem Ruf „Schnell, schnell!“ folgt, der landet schnell im Abgrund.

Ich bin froh, dass unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel entschieden und besonnen handelt. Ihrer politischen Führung in dieser Krise vertrauen die Menschen in unserem Land und in Europa. Viel Erfolg weiterhin auf diesem Weg!

(Beifall)

Klare Prinzipien leiten dabei unsere gemeinsame Politik. Wir packen das Übel an der Wurzel und beenden die Politik übermäßiger Verschuldung in Europa. Wir stärken die Wettbewerbsfähigkeit gerade der schwächeren Euro-Staaten. Wir bekennen uns zur Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und zur klaren Trennung von Geld- und Finanzpolitik. Denn mit der Druckerpresse lassen sich Verschuldensprobleme nicht lösen. Mit unserer Politik der konsequenten Haushaltskonsolidierung im eigenen Land und der Schuldenbremse im Grundgesetz gehen wir mit gutem Beispiel voran. Wir fordern eine Schuldenbremse in jedem Euro-Staat. Es gibt bemerkenswerte Fortschritte auf diesem Weg.

Die SPD, liebe Freundinnen und Freunde, hat nichts begriffen. Erst vor wenigen Wochen hat die Parteilinke wörtlich erklärt – Zitat -: „Die Schuldenbremse ist ein Angriff auf die Handlungs-

fähigkeit des Staates.“ Zocken auf Kosten kommender Generationen, das ist das Politikkonzept der SPD. Wer so verantwortungslos handelt, der sitzt auf den Bänken der Opposition gerade richtig. Mit diesen Schuldenmachern ist kein Staat zu machen.

(Vereinzelt Beifall)

Wer so redet, hat kein Recht, groß von Sparsamkeit zu reden, wenn wir den Bürgerinnen und Bürgern mit der Anhebung des Grundfreibetrages und dem Abbau der kalten Progression etwas geben, was ihnen zusteht, und inflationsbedingte Steuererhöhungen vermeiden. Die dagegen von Herrn Gabriel angekündigte Klage ist nichts anderes als ein Prozess gegen die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, liebe Freundinnen und Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben den Stabilitäts- und Wachstumspakt gestärkt und setzen diesen Weg fort. Rot-Grün hat viermal gegen die Defizitgrenze des Maastrichter Vertrages verstoßen und anschließend seine Regeln aufgeweicht. Mit dieser verantwortungslosen Politik und der Aufnahme Griechenlands in die Euro-Zone haben sie maßgeblich zur jetzt zutage getretenen gefährlichen Schuldenkrise beigetragen. Wir haben die europäischen Stabilitätsregeln deutlich verstärkt und wollen diesen Weg durch eine Verankerung dieser Regelung in den vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union konsequent fortsetzen. Wir stehen für europäische Solidarität, die wirklich hilft. Deshalb wollen wir keinen Schuldenclub. Wir wollen eine Stabilitätsunion, liebe Freundinnen und Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wissen um den Nutzen des europäischen Binnenmarkts für unser Land und um den Euro und seinen Nutzen. 40 Prozent unserer Exporte gehen in die Euro-Zone. Der Euro stärkt unsere Wirtschaft und die politische Stabilität in Europa. Deshalb haben wir mit der EFSF einen Rettungsschirm für den Euro gespannt, einen Rettungsschirm aber auch für den kleinen Sparer, der sein Geld in Pensionsfonds oder Lebensversicherungen angelegt hat. Wir stärken den Euro auch, um das Ersparte der Menschen in unserem Land zu schützen.

Wir haben erfolgreich durchgesetzt, dass europäische Solidarität und konsequente eigene Anstrengung stets zusammengehören müssen. Wie wichtig das ist, zeigen die jüngsten Entwicklungen nicht zuletzt in Griechenland. Das Prinzip „Hilfe und Gegenleistung gehören zusammen“ wird auch den dauerhaften Stabilitätsmechanismus, den sogenannten ESM, prägen. Zugleich wird es mit den Instrumenten dieses ESM die Möglichkeit geben, überschuldete Staaten in kontrollierbaren Schritten zu sanieren. Mit den von uns vorgeschlagenen Vertragsänderungen wollen wir dies weiter verstärken. Wenn Hilfen des ESM und die damit zwingend verbundenen eigenen Anstrengungen nicht ausreichen, wird dem entsprechenden Staat in einem geordneten Verfahren zur planmäßigen Entschuldung ein EU-Staatskommissar an die Seite gestellt, der die Umsetzung der erforderlichen Restrukturierungsmaßnahmen sicherstellt.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, wir haben die Kraft, Europa gestärkt aus der Krise zu führen. Denn wir haben es in unserem Land gezeigt: Deutschland geht es heute so gut wie lange nicht. Das ist der entscheidende Maßstab für unsere Politik.

(Vereinzelt Beifall)

Als Rot-Grün regierte, betitelte die britische Zeitung „Economist“ einen Artikel über Deutschland: „Der kranke Mann Europas“. Heute bewundert man in vielen Teilen der Welt die wiedererlangte Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Die wirtschaftliche und politische Stärke unseres Landes setzt auf seine politische Führung. Darauf können wir wahrlich gemeinsam stolz sein, liebe Freundinnen, liebe Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Ich freue mich auf eine intensive Diskussion über unsere Leitantrag „Starkes Europa – gute Zukunft für Deutschland“. Intensive Diskussionen zeichnen eine lebendige Volkspartei aus. Der CDU geht es um Positionen; der SPD geht es eher um Posten. Bei der SPD setzen sich die Kandidaten in Positur, am liebsten in Talkshows oder bei der Präsentation eigener Bücher, mal mit, mal ohne Schachspiel. Wenn dieses Kandidatencasting von Herrn Gabriel moderne Parteiarbeit sein soll, dann wenden sich die Menschen zu Recht erschreckt davon ab. Parteiarbeit zum Wohle unseres Landes sieht wahrlich anders aus, liebe Freundinnen, liebe Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Bei den Grünen geht es eher einmal um die Sache, meistens um die Sache, gegen die man gerade ist. Doch wer vor allen Dingen von Antistimmungen lebt, scheitert schnell an der Wirklichkeit – und sei es an 3,2 Kilometern Stadtautobahn in Berlin. Nun ist der Katzenjammer bei den Hauptstadtgrünen groß. Sie sind so zerstritten, dass sie jetzt sogar offiziell eingeräumt haben, dass sie einen Schlichter brauchen. Aus der Dagegenpartei ist eine Jeder-gegen-jeden-Partei geworden. Da ist es gut, dass die Union in Berlin Verantwortung für die Hauptstadt übernimmt, dass Vernunft wieder eine Chance hat, liebe Freunde!

(Beifall)

Lieber Frank Henkel, wir wünschen alles Gute auf den letzten Metern zum Koalitionsvertrag und dann viel Erfolg bei der Arbeit für eine gute Zukunft Berlins.

(Vereinzelt Beifall)

Mit Euch, lieber Frank, freuen wir uns darüber, dass die Dunkelroten aus der Regierung geflogen sind. Wer SED-Unrecht schönredet und Mauer und Schießbefehl relativiert, der gehört in die Opposition.

(Beifall)

Nach dem Geburtstagsgruß von Löttsch und Ernst für den Genossen Castro reisen die beiden wahrscheinlich demnächst nach Nordkorea, um dort ein Geburtstagsständchen für Kim Jong Il zu singen. Mich wundert es jedenfalls nicht, wenn wir sie demnächst in Pjöngjang sehen, liebe Freunde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ja, wir hatten in diesem Jahr auch schmerzhaft Niederlagen zu verdauen. Wir haben lebhaft darüber diskutiert, wie wir die CDU wieder stärker machen können. Wir haben das auf sechs Regionalkonferenzen mit über 7.000 aktiven Mitgliedern unserer Partei diskutiert. Mich hat beeindruckt, wie auch sehr kritische Anmerkungen geprägt waren von der Leidenschaft für unsere Union, für die Politik und unsere Grundüberzeugungen. Es sind diese aktiven Mitglieder, ihre Ideen, ihre Mitarbeit, ihre Verankerung in unserer Gesellschaft, die unseren Charakter als Volkspartei ausmachen. Deshalb stellen wir diese aktiven Mitglieder in den Mittelpunkt unserer neuen Neumitgliederwerbaktion. Schauen Sie sich beim Eingang dieses Messebereiches die starken Plakate dieser Aktion an. Es sind zwölf aktive Frauen und Männer in der CDU, zwölf starke Gründe, in unserer Volkspartei mitzuarbeiten.

(Beifall)

Wir wollen die Arbeit unserer Aktiven vor Ort bestmöglich unterstützen. Deshalb haben wir eine Organisationsanalyse der Kreisgeschäftsstellen durchgeführt und gefragt, wie wir unser Serviceangebot weiterentwickeln sollen. Wir haben den Mitgliedern zusätzliche Beteiligungsmöglichkeiten geboten. Wir haben beispielsweise erstmalig im Rahmen der Erarbeitung dieser Leittrträge den Mitgliedern die Gelegenheit gegeben, im Internet Vorschläge für unsere bildungspolitische und unsere europapolitische Beschlussfassung zu machen.

Über 500 Anregungen zur Bildungspolitik und über 100 Anregungen zur Europapolitik zeigen, dass dieses zusätzliche Angebot, mitzuarbeiten, angenommen wird. Was gibt es Wertvolleres, Lohnenderes, als unter der Überschrift „Bildungsrepublik Deutschland“ darüber zu diskutieren und daran zu arbeiten, was wir alles dafür tun können, Kindern und Jugendlichen beste Chancen auf Bildung zu ermöglichen. Wir müssen für jedes Kind die beste Ausbildung erreichen.

Unsere bewährten Grundsätze sind dabei klar. Wir stehen für ein leistungsorientiertes, ein differenziertes und ein durchlässiges Schulsystem. Linke Pläne für eine Einheitsschule lehnen wir entschieden ab. So etwas gibt es mit uns nicht.

(Beifall)

Wir stehen für die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung. Ein hochqualifizierter Ausbildungsabschluss ist uns genauso viel wert wie das Abitur. Wir setzen auf frühkindliche Förderung, die Stärkung der Familien und auf lebenslanges Lernen. Mit diesen Grund-

überzeugungen wollen wir das nächste Jahrzehnt gestalten, die vor uns liegenden Aufgaben im Bereich der Bildungspolitik meistern: die dramatisch sinkenden Schülerzahlen, die Herausforderungen einer besseren Integration von Kindern aus Zuwandererfamilien sowie die wachsende Internationalisierung unserer Wissensgesellschaft. Wer könnte das besser als die CDU, die in zahlreichen nationalen und internationalen Vergleichsstudien eindrucksvoll ihre bildungspolitische Kompetenz unter Beweis gestellt hat? Wir sind die Partei für exzellente Bildungschancen in diesem Land.

(Beifall)

Meine Damen! Meine Herren! Um die Anwendung bewährter Grundsätze auf neue Herausforderungen, um Kompass und Kontext geht es auch bei der Netzpolitik. Wie bringen wir den Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung, Marktwirtschaft und rechtlichen Ordnungsrahmen im Internet zur Geltung? Wie gewährleisten wir Freiheit und Sicherheit, den Schutz der Privatsphäre und die innere Sicherheit? Wie gleichen wir unterschiedliche Interessen fair aus? Ein erster Bericht des von mir eingesetzten Arbeitskreises „Netzpolitik“ liegt auf diesem Parteitag vor. Er zeigt, dass wir uns diesen Fragen stellen. Ja, wir werden dazu noch manche strittige Diskussion in den eigenen Reihen führen. Aber ich bin sicher: Wir werden auch auf diesem wichtigen Politikfeld zu guten Ergebnissen kommen. Es geht um Grundsatztreue und Modernität.

Um die Grundsatztreue ist es übrigens bei den „Piraten“ nicht so weit bestellt. Die reden zwar andauernd von Transparenz, haben aber nun angekündigt, ihren Server nach Island auszulagern. Das ist Stimmungsmache gegen einen freiheitlichen Rechtsstaat. Es gilt aber: Wer nichts zu befürchten hat, hat auch nichts zu verbergen, liebe Freundinnen und liebe Freunde.

(Beifall)

Bereits während unserer Regionalkonferenzen konnte man erleben, wie sehr unsere Mitglieder das Thema „gerechter Lohn“ umtreibt. Für eine christlich geprägte Volkspartei gilt, dass in einer angemessenen Entlohnung der Wert der Arbeit zum Ausdruck kommen muss. Wer Vollzeit arbeitet, muss wenigstens so viel verdienen, dass er das Existenzminimum bestreiten kann. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit liebe Freundinnen, liebe Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Intensiv haben wir dabei in den letzten Wochen darüber geredet, was dies für eine Lohnuntergrenze in einer sozialen Marktwirtschaft bedeutet. Mehr und mehr wurden dabei wichtige Gemeinsamkeiten sichtbar. Wir wollen keine weißen Flecken auf der Tarifvertragslandkarte, bei denen beliebig niedrige Löhne gezahlt werden. Wir wollen genauso wenig einen politischen Mindestlohn, festgelegt im Streit der Parteien, sondern wir wollen eine von den Tarifparteien, von Gewerkschaften und Arbeitgebern, festgelegte Lohnuntergrenze. Darin sind sich alle Anträge, die zu diesem Parteitag eingereicht wurden, einig. Diese Gemeinsamkeiten haben es

uns nun ermöglicht, eine gemeinsame Position zu finden. Grundlage ist dabei das Vertrauen in die Tarifparteien, in Gewerkschaften und Arbeitgeber, dass sie sozialverträgliche und wirtschaftlich vernünftige Lösungen für eine Lohnuntergrenze finden werden. Wir schützen damit auch verantwortungsbewusste Arbeitgeber vor fragwürdiger Konkurrenz, die mit unanständigen Dumpinglöhnen Wettbewerbsvorteile herauschlagen will.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, dieser Parteitag wird über wichtige Fragen der Zukunftsfähigkeit und des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft diskutieren und entscheiden. Viele Menschen in unserem Land, ja in Europa schauen deshalb auf die Debatten in Leipzig während unseres Parteitages. Wir alle spüren, welche Erwartungen auf uns liegen, welche Verantwortung wir haben. Arbeiten wir mit ganzer Kraft für politische Lösungen, die den Menschen dienen, für Europa, für Deutschland. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde, im Namen des Parteitages danke ich unserem Generalsekretär Hermann Gröhe sehr herzlich für seinen Bericht und für die Einführung in den europapolitischen Leit Antrag.

Wir kommen jetzt zur Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs. Die Aussprache zum Antrag des Bundesvorstandes zur Europapolitik erfolgt später unter TAGESORDNUNGSPUNKT 15. Jetzt geht es ausschließlich um die Aussprache zum Bericht von Hermann Gröhe. – Uns hier oben im Tagungspräsidium liegen keine Wortmeldungen vor. Dann können wir diesen TAGESORDNUNGSPUNKT verlassen.

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 14 auf:

BERICHT DER MANDATSPRÜGUNGSKOMMISSION

Den Bericht der Mandatsprüfungskommission wird Herr Stephan Lechner, der Landesgeschäftsführer der CDU Sachsen, geben. – Bitte sehr.

Stephan Lechner: Liebe Delegierte! Liebe Gäste! Sehr verehrte Damen und Herren! Ich freue mich, Ihnen heute den Bericht geben zu dürfen. Wir sind dankbar, dass wir als sächsische Union immer wieder bei der Vorbereitung von Parteitagen helfen und ein ganz kleines Stückchen zum Gelingen der Parteitage beitragen dürfen.

(Beifall)

– Sächsischer Applaus.

Nun zum Bericht der Mandatsprüfungskommission. Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft. Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weni-

ger als 24 Monate im Amt sind. Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1.001 vollstimmberechtigten Delegierten. Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission sind für den 24. Parteitag 1.001 Delegierte stimmberechtigt. Von den 1.001 Delegierten waren um 14.30 Uhr 972 Delegierte anwesend. Der 24. Parteitag ist somit beschlussfähig.

Ich wünsche dem Parteitag eindeutige, kluge Beschlüsse. Glück auf!

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Liebe Delegierte, wir kommen zurück zu Punkt 7. Wir freuen uns, dass wir jetzt auf unserem Parteitag einen der Väter des modernen Europas hören dürfen, den langjährigen Ministerpräsidenten von Belgien und aktuellen Präsidenten der Europäischen Volkspartei, unseren Freund Wilfried Martens.

(Beifall)

Dr. Wilfried Martens: Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, liebe Angela Merkel! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Danke, dass ich heute zu Ihnen sprechen darf. Ich denke, wir alle wissen, wie ernst die Lage ist: Europa steckt in der tiefsten Krise seit Jahrzehnten. Ich kann Ihnen versichern: Europa blickt auf Deutschland, die Welt blickt auf Deutschland; denn ich und wir alle glauben: Der Schlüssel zur Lösung der europäischen Schuldenkrise liegt in Deutschland. Lassen Sie mich erklären, warum: Deutschland hat seine Wirtschaft in den vergangenen Jahren sehr erfolgreich reformiert. Das waren schmerzhaft Reformen. Die Deutschen haben auf Lohnerhöhungen verzichtet. Sie gehen später in Rente. Sie haben begonnen, die öffentlichen Schulden abzubauen. Ich weiß, dass das ein sehr anstrengender Prozess war und ist, aber Sie haben Ihre Wirtschaft wieder konkurrenzfähig und exportstark gemacht, liebe Freunde. Deswegen ist Deutschland heute das Modell für ganz Europa. Das kann man gar nicht oft genug sagen.

(Vereinzelt Beifall)

Aus diesem Erfolg, aus dieser Modellfunktion resultiert eine besondere Verantwortung. Mit anderen Worten: Ihr Erfolg, liebe Freunde, war nur möglich durch die europäische Integration und durch den Euro. Der Euro hat enorme Vorteile für alle, also auch für Deutschland gebracht: niedrige Transaktionskosten, mehr Planungssicherheit für Unternehmen auf dem EU-Binnenmarkt, vor allem aber Preisstabilität. Der Euro ist härter als die D-Mark jemals war,

(Vereinzelt Beifall)

und er hat die Europäische Union starkgemacht in der Welt.

Aber heute ist der Euro in Gefahr; denn wir haben alle Fehler gemacht – manche von uns mehr als andere –: Wir haben alle zu viele Schulden gemacht – manche von uns mehr als andere –, und viele haben sich zu wenig um ihre Konkurrenzfähigkeit gekümmert. Vor allem aber wissen wir

heute: Eine gemeinsame Währung ohne wirtschaftspolitische Koordinierung und ohne klare Mechanismen für Haushaltsdisziplin ergibt keinen Sinn. Das war ein Versäumnis von 1998, und wir müssen es korrigieren.

Gleichzeitig glaube ich: Wir können stolz sein auf die Europäische Zentralbank in Frankfurt. CDU und CSU haben darauf bestanden, dass die Zentralbank unabhängig agiert und vor allem der Währungsstabilität verpflichtet ist. Das war absolut richtig. Heute ist aber auch richtig, dass die Zentralbank Staatsanleihen kauft, um den Markt zu stabilisieren; denn außergewöhnliche Zeiten verlangen außergewöhnliche Maßnahmen, und ohne die Aktionen der Zentralbank wäre die Krise längst weiter eskaliert.

Mir ist klar, dass die CDU heute so intensiv wie selten zuvor über Europa und den Euro diskutiert. Dabei fühlen sich viele Deutsche von anderen Europäern missverstanden. Liebe Freunde, ich kann mir vorstellen, wie sich das anfühlt. 1982 habe ich als belgischer Premierminister harte Sparmaßnahmen durchsetzen müssen. Ich wusste, dass es Proteste geben würde. In den Straßen Brüssels wurden sogar Puppen mit der Aufschrift „Wilfried Martens“ verbrannt. Aber ich war damals überzeugt, und heute weiß ich, dass ich das Richtige getan habe. Drei Jahre danach haben wir die Parlamentswahlen gewonnen.

(Vereinzelt Beifall)

So glaube ich auch, dass Sie heute das Richtige entscheiden, auch wenn es nicht allen gleich gefällt. Sie sagen zu Recht: Ein starkes Europa garantiert eine gute Zukunft für Deutschland.

Was wir also heute brauchen, ist eine Rückbesinnung auf drei zentrale Werte unserer politischen Familie, der Europäischen Volkspartei: Solidarität, Subsidiarität und Nachhaltigkeit. Solidarität ist so alt wie die Menschheit. Der Begriff bedeutet nicht nur, dass der Starke dem Schwachen hilft, sondern auch, dass der Schwache selbst versucht, aus der Krise herauszukommen.

(Vereinzelt Beifall)

Also brauchen wir nicht nur den Europäischen Stabilitätsfonds, sondern auch Sparpolitik und Reformen in den Krisenländern.

(Vereinzelt Beifall)

Subsidiarität ist eine Spezialität unserer politischen Familie, abgeleitet aus der christlichen Soziallehre. Alle Probleme sollen auf der niedrigstmöglichen Ebene gelöst werden, also so nah wie möglich am Menschen. In unserer Krise heißt das: Wir müssen unsere Wirtschaftspolitik besser koordinieren und die Disziplin stärken. Aber wir wollen keinen EU-Superstaat, der alles regelt. Wir wollen Bürokratie weiter abbauen, damit unsere kleinen und mittleren Unternehmen wieder ihre zentrale Rolle spielen können.

Liebe Freunde, schließlich Nachhaltigkeit, das Prinzip, dass wir bei allem, was wir tun und entscheiden, an die Zukunft denken. Normalerweise bezieht sich dieser Begriff auf die Umweltpolitik. Ich glaube aber: Er ist auch sehr wichtig für die Lösung der Schuldenkrise. Das heißt heute: Wir müssen unsere Schulden abbauen, die Finanzmärkte besser regeln, unsere Wirtschaftspolitik stärker koordinieren, unsere Ökonomien modernisieren, und vor allem müssen wir länger und härter arbeiten. Nur dann haben wir eine Chance, die europäische Soziale Marktwirtschaft krisenfest zu machen, Europas Rolle in der Welt zu stärken und unseren Kindern und Enkeln die Chance zu erhalten, die wir selbst hatten.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, 2007, in der Erklärung zum Jubiläum der Römischen Verträge, hat Angela Merkel einen wunderschönen Anfangssatz gefunden. Sie sagte:

Wir Europäer sind zu unserem Glück vereint.

Das hat eine doppelte Bedeutung: Erstens sollen wir alle glücklich sein, dass wir das vereinte Europa aufgebaut haben, aber zweitens: Dieses Glück haben wir nur mit vereinten Kräften erreichen können.

Wir werden auch nur mit vereinten Kräften die Krise meistern. Ich freue mich darauf, diese Aufgabe anzugehen, gemeinsam mit Angela Merkel und Wolfgang Schäuble und mit Ihnen allen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Lieber Wilfried Martens, der Parteitag dankt Ihnen für Ihre Rede und für Ihre Treue zu unserer CDU. Es gehört seit vielen Jahren zur guten Praxis in der CDU Deutschlands, dass der Präsident der Europäischen Volkspartei bei uns ist und zu uns spricht. Danke für alles, was Sie für Europa gemacht haben!

Ich darf mit Ihnen begrüßen den Vizegeneralsekretär der Europäischen Volkspartei, Christian Kremer, Brenda Furniere und den Generalsekretär der IDU, Eirik Moen, unsere spanischen Freunde Jaime Mayor Oreja und Iñigo Méndez de Vigo. Ich darf meiner Freude Ausdruck verleihen, dass der frühere Präsident des Europäischen Parlaments und Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Hans-Gert Pöttering, unter uns ist und auch gleich zu uns sprechen wird. Herzlich Willkommen, Hans-Gert Pöttering!

(Beifall)

Auch der kluge und standfeste Vorsitzende der deutschen CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament in der EVP-Fraktion ist bei uns und wird zu uns sprechen. Herzlich Willkommen in unserer Mitte!

(Vereinzelt Beifall)

Wir sind in Europa stark vertreten, und das freut mich sehr.

Ich übergebe nun das Wort an David McAllister.

David McAllister, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir kommen zu TAGESORDNUNGSPUNKT 15:

ANTRAG DES BUNDESVORSTANDES
„STARKES EUROPA – GUTE ZUKUNFT FÜR DEUTSCHLAND“

Der Generalsekretär hat vorhin im Rahmen seines Berichts die Einführung vorgenommen.

Ich eröffne hiermit die allgemeine Aussprache. Als Erstes hat sich Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering zu Wort gemeldet. Anschließend hält sich Heinz-Gerd Lenssen aus Delmenhorst bereit.

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Lieber David McAllister! Liebe Freundinnen und Freunde! Ich möchte gerne drei Bemerkungen machen:

Erstens. In einer Zeit der Unsicherheit, der Ungewissheit, wo man mit Informationen überschüttet wird und es jeden Tag einen neuen Skandal, neue Aufreglichkeiten gibt, ist es gut, dass man sich an der Frage orientiert, wo man herkommt, wo wir heute sind und wohin wir wollen. Gestatten Sie mir als jemanden, der das Privileg hat, seit 1979 ununterbrochen, seit der ersten Direktwahl, dem Europäischen Parlament anzugehören, uns daran zu erinnern, Welch gewaltigen großen Fortschritt wir erreicht haben. Wenn im Jahre 1979 jemand vorhergesagt hätte, Deutschland werde am 3. Oktober 1990 vereint und drei Staaten, die von der Sowjetunion okkupiert sind, Estland, Lettland und Litauen, und die Warschauer-Pakt-Staaten, Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei und Ungarn werden am 1. Mai 2007 – das ist noch nicht lange her – Mitglied der Wertegemeinschaft der Europäischen Union, dann hätten wir gesagt: Das ist eine Vision. Das ist ein Traum. Das ist eine große Hoffnung, die aber in unserer Lebenszeit nicht Wirklichkeit werden wird. – Es ist Wirklichkeit geworden, weil wir gemeinsame Werte haben – mit Polen, mit Solidarnosc, mit allen Europäern. Lassen Sie uns auch heute von Herzen darüber freuen, dass wir in der Europäischen Union, in dieser Wertegemeinschaft vereint sind.

(Beifall)

Ich möchte eine zweite Bemerkung machen. Ich sehe mit großer Sorge, wie in der veröffentlichten Meinung in Deutschland der Eindruck erweckt wird, als seien nur wir, die Deutschen, immer diejenigen, die etwas zur europäischen Gemeinschaft, zur Europäischen Union beitragen. 2010 führte Deutschland mehr Waren in die Niederlande als nach China aus, mehr nach Frankreich als in die USA, mehr nach Polen als nach Russland, mehr nach Spanien als nach Brasilien, mehr nach Ungarn als nach Indien. Allein im ersten Vierteljahr dieses Jahres, liebe Freunde, hatten wir im

Verhältnis zu unseren Partnern in der Europäischen Union einen Handelsbilanzüberschuss von 33 Milliarden Euro. Wir haben in die Slowakei 30 Prozent mehr exportiert, nach Polen 26 Prozent, in die Tschechische Republik 23 Prozent. Betrachten Sie das einmal aus der Sicht der Länder, die ein Handelsbilanzdefizit haben! Das sind Zahlen, die belegen, dass Deutschland der große wirtschaftliche Profiteur ist.

Jetzt erleben wir viele Talkshows. Man wundert sich, wer sich dort alles äußert. Frühere Präsidenten von führenden Wirtschaftsverbänden, empfehlen uns, einen Nord-Euro und einen Süd-Euro zu schaffen. Wenn man dann einmal nachfragt, wozu Frankreich gehören soll, dann bekommt man die Antwort: Frankreich soll zum Süd-Euro gehören. Meine Damen und Herren, wer Deutschland und Frankreich trennt, der hat die europäische Geschichte nicht verstanden. Deswegen müssen wir diesen Leuten, die so reden, mit allem Widerstand entgegenreten.

(Beifall)

Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung machen. Es ist ja gleichsam meine Pflicht, als Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, Konrad Adenauer zu zitieren. Er hat 1954 im griechischen Rundfunk gesagt:

Deutschlands Standort ist Europa, nicht ein Europa, das etwa unter deutscher Vorherrschaft stünde, sondern ein Europa, in dem Deutschland gleichberechtigt mit den anderen europäischen Nationen an der gemeinsamen Aufgabe mitarbeitet.

So weit Konrad Adenauer. Lassen Sie mich mit meinen eigenen Worten etwas hinzufügen – ich sage das als leidenschaftlicher Europäer –: Aber nur Europäer zu sein, das reicht nicht. Heimat, Vaterland und Europa, das gehört zusammen.

(Vereinzelt Beifall)

Wer nur seine Heimat sieht, liebe Freunde, der wird sie nicht schützen. Wer das eigene Land, die eigene Nation über alle Nationen stellt, der wird zum Nationalisten, und Nationalismus führt zum Krieg. Wer nur als Europäer empfindet, der hat keine Wurzeln. Deswegen lassen Sie uns die Partei bleiben, die wir immer waren: die Kommunalpartei, die Deutschlandpartei, die Europapartei für die Heimat, für Deutschland, unser Vaterland, und für die Europäische Union. Damit wir unsere Verantwortung in der Welt wahrnehmen, bleiben wir diese geschlossene, diese große Partei, die Deutschland mit geeint hat mit Helmut Kohl und die heute an der Seite unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel steht. Dann werden wir, wenn es um die schwierigen Entscheidungen für Europa geht, als Christlich Demokratische Union eine gute Zukunft haben und unser Land im 21. Jahrhundert. – Vielen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Hans-Gert Pöttering. – Es spricht jetzt Heinz-Gerd Lenssen aus Delmenhorst. Als Nächste hält sich Frau Doris Pack bereit.

Heinz-Gerd Lessen: Herr Tagungspräsident! Frau Bundeskanzlerin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir haben als Ergänzung zum Leitantrag des Bundesvorstandes „Starkes Europa – Gute Zukunft für Deutschland“ einen Initiativantrag gestellt. Wir möchten gerne, dass in den Antrag nach Zeile 445 Folgendes eingefügt wird, was ich gleich noch erläutern möchte:

„Wir setzen uns dafür ein, auf Grundlage der Bilanzierungsregeln IFRS ein europäisches Regelsystem zu schaffen, welches wieder zu einer Langfristigkeit der Geschäftsmodelle der Banken und Finanzdienstleister führt.“

Das korrespondiert auch mit den Forderungen von Frau Dr. Merkel, klare Regeln zu schaffen. Diese in ganz Europa verbindlichen Regeln sind auf Vorschlag der Kommission vom Europäischen Parlament zu beschließen. Weiterhin soll eingefügt werden:

„Ratings alleine dürfen nicht maßgeblich für die Strukturierung von Portfolios sein. Wir treten dafür ein, in den Banken/Finanzdienstleistungsunternehmen wieder Kreditkompetenz aufzubauen.“

Hintergrund ist Folgendes: Wir haben in Stuttgart und in Karlsruhe die Anträge gestellt – im Erledigungsbericht ist Entsprechendes nachzulesen –: Die IFRS sind auf Beschluss von Rat und Europäischem Parlament auf Vorschlag der Kommission eingeführt worden, und zwar im Jahre 2007. Die Regeln macht – das wird in diesem Erledigungsbericht kritisiert – ein sogenanntes IFRS-Board in London, ein privatrechtlich und parlamentarisch nicht verantwortliches, aber mit faktischer Gesetzgebungskompetenz ausgestattetes Gremium. Diese dort gefundenen Regeln werden durchgeleitet und werden in Europa und in Deutschland Bilanzrecht.

Das Europäische Parlament kritisiert seinen unzureichenden Einfluss darauf, hat das aber seinerzeit mit beschlossen. Die gewünschte Übereinstimmung mit den amerikanischen Regeln ist nicht gelungen und hat dadurch, so der Bericht, zu Intransparenzen und Turbulenzen geführt.

Das Ganze führt auch zu Eigenkapitalproblemen bei den Banken. Wenn Aktiva künstlich hoch bewertet werden und die Passiva, die dann als Gewinn dort gegengerechnet werden und erscheinen, ausgeschüttet werden und die Aktiva wieder zusammenschmilzt, dann fehlt es auf einmal den Banken an Eigenkapital.

Wir müssen dahinkommen, einen neuen Beschluss von Rat und Europäischem Parlament zu erreichen, dass wir die IFRS 2011 oder 2012 bekommen. Ich bitte Frau Dr. Merkel, sich mit ihrer ganzen Kraft dafür einzusetzen. Die IFRS bleiben wegen ihrer Transparenz und internationalen Vergleichbarkeit die Grundlage für europäisches Bilanzrecht. Aber die Verbesserungen und Änderungen, die auf Vorschlag einer bei der Kommission angesiedelten Fachabteilung gemacht werden müssen, gehören ins Europäische Parlament. Das heißt, wir müssen mit diesen nachgebesserten, verbesserten Regeln weg von dem kurzfristigen amerikanischen Shareholder Value

wieder zurück zu einer langfristigen Betrachtung kommen, das heißt zur Substanzbildung in unseren Banken und Versicherungsunternehmen kommen.

Ergänzend zu den Ratings: Wir haben gerade vor kurzem das große Problem gehabt, dass ganz aus Versehen Frankreich von Standard & Poor´s durch einen Fehler abgestuft wurde. Wir haben seinerzeit bei der Errichtung der EZB die Ratings der Agenturen als zwingend für die Beleihung von Wertpapieren in die Statuten aufgenommen. Auch national sind aufgrund von Regularien Ratings bei der Struktur von Portfolios in Banken und Versicherungen maßgeblich. Ein genauer Blick auf die Haftung dieser Ratingagenturen zeigt, dass es Zeitungen sind; denn sie beziehen sich haftungsmäßig auf das amerikanische Presserecht. Sie vertreten nur Meinungen, aber keine Anlageempfehlungen. Außerdem sind diese Agenturen mittelbar oder unmittelbar nur im Einfluss von Verlagen angloamerikanischer Finanzinvestoren. Moody´s hat zum Beispiel einen Großinvestor namens Warren Buffett. Er ist nicht persönlich engagiert, sondern über einen seiner Fonds. Standard & Poor´s gehört dem Verlag McGraw-Hill. Somit ist die Objektivität dieser Ratingurteile zumindest kritisch zu sehen oder teilweise sogar infrage zu stellen. Wir fragen in Deutschland schließlich auch nicht als einziges Kriterium das Handelsblatt oder die Wirtschaftswoche: Geben wir einem Unternehmen oder einem Staat einen Kredit? – Das kann nicht sein.

Wir müssen zu Änderungen der Statuten der EZB kommen und hier wie auch in den Banken und den Finanzdienstleistungsinstituten eigene Kreditkompetenz aufbauen. Wir müssen in Deutschland unsere Regularien ändern und in den Banken eigene Rankingabteilungen bzw. Ratingabteilungen dergestalt aufbauen, wie wir sie auch schon für unseren inländischen Mittelstand haben. Die Verantwortung muss zurück in die Führungsetagen der Banken. Es darf nicht nur auf das Rating geguckt und das Geld herausgeschoben werden. Häkchenmacher brauchen wir nicht.

Meine Damen und Herren, vielen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Danke, Herr Linssen. – Jetzt spricht unsere Europaabgeordnete Doris Pack. Als Nächstes hält sich bereit Herr Werner Langen.

Doris Pack: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nichts wiederholen, was schon von meinen Vorrednern sehr gut gesagt wurde und dem ich zustimme. Ich will jetzt nicht unterscheiden, wem ich zustimme und wem nicht. Aber ich möchte meiner wachsenden Sorge über die Nachlässigkeit und oft sogar Verächtlichmachung im Umgang mit der Europäischen Union Ausdruck geben.

Die Europäische Union ist das Ergebnis einer Vision weniger nach den Kriegen in Europa. Sie gingen nicht zum Arzt, wie es ein gefeierter Altkanzler forderte; sie machten. Diese Vision wurde Wirklichkeit und hat uns die längste Zeit des Friedens und des Wohlstandes beschert. Darüber wurde heute schon sehr oft gesprochen.

Wir sind zum Teil Opfer dieses Erfolges. Ich wünschte mir sehr, dass Sie alle, wo immer Sie das Wort Europa in den Mund nehmen, auch über diese Erfolge redeten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Politiker aller Ebenen haben die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, diese Union nicht vor die Hunde der Populisten gehen zu lassen.

(Beifall)

Es ist die Zukunft meiner Kinder, Ihrer Kinder, meiner Enkelkinder und der Ihrigen, dass wir das nicht aufs Spiel setzen. Wenn die Union sich weiterentwickeln muss, müssen wir sie dabei unterstützen. Wir müssen sie für die nächste Generation stabilisieren.

Wir müssen in diesen Tagen sehr viel Solidarität zeigen. Herr Pöttering hat darauf hingewiesen, dass wir die Solidarität nicht zum Nulltarif geben. Wir sind die großen Nutznießer der Erweiterung und der Europäischen Union. Aber, meine Damen und Herren, alles, was wir jetzt finanziell schultern, ist nichts im Vergleich zu den Verlusten in den letzten Jahrhunderten und zu dem, was uns blühen würde, wenn diese Europäische Union scheiterte.

Unsere Verantwortung für die nächste Generation erfordert aber vor allen Dingen auch Investitionen in Bildung und Fortbildung unserer Kinder. Um diese zu gewährleisten, müssen wir aber Lehrer aus- und fortbilden und sie in die Lage versetzen, diese Europäische Union selbst zu verstehen und dann in die Herzen ihrer Schüler einzupflanzen.

Meine Damen und Herren, diese Europäische Union ist kein Fremdkörper. Das wurde vorhin schon von Hans-Geert Pöttering gesagt. Bürger dieser Europäischen Union haben ein Dreifaches: Sie sind Bürger ihrer Stadt, ihrer Gemeinde, ihres Landes, und sie sind Bürger ihrer Nation und der Europäischen Union.

Ich habe als junges Mädchen auch auf die vereinigten Staaten von Europa gehofft. Nach langen Jahren politischer Arbeit weiß ich, dass das weder machbar noch wünschenswert ist. Lasst uns aber einen funktionierenden Staatenverbund aufbauen, in dem die Euro-Zone eine gemeinsame Fiskal- und Wirtschaftspolitik betreibt und der in der Europäischen Kommission die Instrumente erhält, um präventiv und auch begleitend einzugreifen.

Meine Damen und Herren, ich unterstütze sehr die Vorhaben von Frau Merkel, dass sie nämlich dem Europäischen Gerichtshof hier mehr Macht geben möchte. Das war übrigens ein Vorschlag der Europäischen Volkspartei beim Konvent, der aber auch damals von Deutschland nicht angenommen wurde.

Meine Damen und Herren, es kommt mir vor, als wären die Beamten der Europäischen Kommission für viele von Ihnen Bewohner eines fremden Sternes. Aber die Beamten der

Europäischen Kommission sind dazu da, darüber zu wachen, dass das, was wir im Europäischen Parlament und mit dem Rat zusammen erarbeiten, auch umgesetzt wird. Wenn jetzt davon die Rede ist, dass wir Europa vertiefen und stärken müssen, dann möchte ich darauf hinweisen, dass es nicht die intergouvernementale Methode sein darf, nach der wir arbeiten. Wir brauchen die Methode Jean Monnets; wir brauchen die Gemeinschaftsmethode. Ansonsten würden wir immer nur den kleinsten gemeinsamen Nenner nationaler Regierungen finden. Das hat uns bis heute nicht zum Erfolg geführt.

Liebe Freunde, wer seine Verantwortung seinen Kindern und Enkelkindern Europa gegenüber übernehmen will, der muss dieses Europa unterstützen und versuchen, ihm einen Stabilitätscharakter zu geben. Alle Instrumente, die wir dafür brauchen, müssen uns gegeben werden.

Wenn wir diesen Europa-Antrag heute als Antrag der CDU hier verabschieden, haben wir, glaube ich, ein gutes Gerüst, auf dem wir arbeiten können. Ich darf Sie alle auffordern: Packen wir es an!

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Als Nächstes spricht Werner Langen zu uns, der damit gleichzeitig seinen Bericht als Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament abgibt. Lieber Werner, du hast das Wort.

Dr. Werner Langen: Herr Tagungspräsident! Liebe Frau Merkel! Lieber Herr Gröhe! Liebe Delegierte! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich zuerst im Namen der Europagruppe der CDU/CSU dafür bedanken, dass unsere Partei beschlossen hat, das Europa-Thema zu einem Schwerpunkt dieses Parteitags zu machen.

(Vereinzelt Beifall)

Gerade in den letzten Monaten ist in den Augen der Menschen in Deutschland Europa immer mehr in den Fokus geraten. Es gibt eine zunehmende Zahl von Menschen, die kritisch auf die Entwicklung Europas und des Euro blicken, aber es gibt auch eine wachsende Zahl von Menschen in Deutschland, die der Bundeskanzlerin zutrauen, dass sie diese Krise aktiv bewältigen kann.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb ist es richtig, dass wir uns unserer europäischen Grundüberzeugungen vergewissern und den Weg der CDU als führende Europa-Partei bekräftigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die europäische Einigung – auch daran darf man in einer Grundsatzdebatte erinnern – hat erheblichen Anteil daran, dass wir Deutsche seit Jahrzehnten ein Maß an Frieden, Freiheit, Wohlstand und sozialer Sicherheit wie niemals zuvor in

unserer Geschichte erleben können. Als größter Staat mitten in Europa mit neun Nachbarn und einer wechselvollen Geschichte leben wir heute mit unseren Nachbarn seit langem in einer Friedens- und Rechtsgemeinschaft zusammen. Das Vertrauen, das uns gegenüber aus der Europäischen Union erwachsen ist, hat Deutschlands Einheit erst möglich gemacht; die Bundeskanzlerin hat darauf hingewiesen.

Unsere eigene Geschichte lehrt uns, dass es im deutschen Interesse ist, Europa nicht infrage zu stellen und unsere Verantwortung offensiv wahrzunehmen. Für ein Land, das wie unser Land wesentlich vom Export lebt, bringen Binnenmarkt und gemeinsame europäische Währung großen wirtschaftlichen Nutzen, der die Kosten der EU-Mitgliedschaft weit übersteigt. Eines der verhängnisvollsten Worte von Helmut Schmidt war, dass Deutschland der Zahlmeister Europas sei, wodurch eine Verengung auf den Nettotransfer erzielt wurde, der der Bedeutung Europas für die deutsche Entwicklung in keiner Weise gerecht wird.

(Vereinzelt Beifall)

Nur gemeinsam haben wir Europäer in einer globalisierten Welt mit aufstrebenden Schwellenländern und wachsender Bevölkerung die notwendige Größe, um angesichts der globalen Machtverschiebungen in Wirtschaft und Politik bestehen zu können. Selbst ein Land mit über 80 Millionen Einwohnern kann eine menschenwürdige Ordnung und eine Balance von Freiheit und Gerechtigkeit unter den Bedingungen der Globalisierung nicht allein verwirklichen. Kaum eine der großen Herausforderungen wie die Bewältigung der Finanzmarktkrise, die Bekämpfung der Armut, Klimawandel, Wohlstandsmigration, Energieversorgungssicherheit, aber auch die Sicherung unseres eigenen Wohlstands und unseres sozialen Netzes kann von einem einzelnen europäischen Nationalstaat heute noch bewältigt werden.

Es geht in Europa auch darum, politische Handlungsmacht gegenüber den ausufernden Finanzmärkten zurückzugewinnen. Ich sage auch das ganz klar: Demokratie braucht Zeit, braucht Überzeugungsarbeit, braucht Mehrheiten, braucht die Rückendeckung der Menschen, während an den Finanzmärkten Hunderte von Milliarden Dollar und Euro täglich in Sekundenschnelle um die Welt geschickt werden auf der Suche nach minimalen Zins- und Renditeunterschieden. Es geht dabei nicht nur um Bürgschaften und Rettungsschirme, sondern längst auch darum, ob die Finanzbranche sich endlich wieder stärker an der Realwirtschaft und an den Bedürfnissen der Konsumenten, des Mittelstands, der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, der Familien und der Rentner orientiert, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall)

Europa ist aber nicht nur ein gemeinsamer Binnenmarkt, sondern auch eine Wertegemeinschaft, die sich am christlichen Menschenbild orientiert, und eine Rechtsgemeinschaft auf der Grundlage der Verträge verbunden mit einem gemeinsamen Souveränitätsverzicht aller

Mitgliedstaaten zugunsten der Europäischen Union. Grundlage der EU sind – Doris Pack hat darauf hingewiesen – starke Institutionen und die Gemeinschaftsmethode bei der Gesetzgebung. Deshalb möchte ich meinen Debattenbeitrag und den Bericht der CDU/CSU-Europa-Abgeordneten auch nutzen, um auf die Substanz und einige Probleme der europäischen Willensbildung hinzuweisen.

Ich möchte aber vor allen Dingen der Parteiführung, insbesondere der Parteivorsitzenden und dem Generalsekretär, dafür danken, dass diese wichtige Debatte heute nicht wie üblich kurz vor einer Europawahl begonnen wird, sondern zweieinhalb Jahre nach der Europawahl in einer für Europa schwierigen Phase und in einer gemeinsamen Aufbruchstimmung sowie der Überzeugung, dass wir mehr Europa brauchen.

Zweieinhalb Jahre nach der Europawahl und zwei Jahre nach dem Lissabonner Vertrag befindet sich die EU in einer Vertrauenskrise und, wenn man so will, auch in einer konstitutionellen Krise. „Gemeinschaftsmethode oder Intergouvernementalmethode“, was ist der richtige Weg? Diese Frage haben sich viele in Europa in den letzten Monaten gestellt. Die Europäischen Verträge – darauf möchte ich hinweisen – sind das Ergebnis eines freiwilligen Souveränitätsverzichts aller 27 Mitgliedstaaten und nicht irgendein unverbindliches Rechtsgebilde. Ich sage das in Anbetracht der beiden letzten Urteile des Bundesverfassungsgerichts. So wie die Mehrheit der Richter – auch in der vorigen Woche in der Frage der 5-Prozent-Hürde – die europapolitische, die demokratische Substanz Europas bewertet, fehlt es offensichtlich erheblich an Informationen.

(Vereinzelt Beifall)

Im Europäischen Parlament als direktgewählter Vertretung der 27 Mitgliedstaaten – ich nenne das Entscheidungsverfahren, das Mitentscheidungsverfahren zwischen Parlament und Rat, im Rat Entscheidungen mit doppelter Mehrheit, nämlich Mehrheit der Mitgliedstaaten und mindestens 65 Prozent der Bevölkerung, im Europäischen Parlament Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit – gibt es mehr demokratische Substanz als bei den demokratischen Entscheidungen in einigen großen und wichtigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Ich sage das ganz offensiv: Wir haben keinen Grund, uns vom Verfassungsgericht mangelnde demokratische Durchsetzungskraft bescheinigen zu lassen.

(Vereinzelt Beifall)

Die Begründung für das Urteil des Verfassungsgerichts zum Lissabon-Vertrag – die Wahlkreise seien nicht gleich groß – ist nach meiner Überzeugung an den Haaren herbeigezogen. Oder kann sich jemand vorstellen, dass ein Mitgliedstaat wie Luxemburg oder Malta oder Zypern mit einem halben oder einem Abgeordneten in einem repräsentativen Parlament vertreten wäre? Müssen wir als Deutsche, wenn wir schon der wichtigste und größte Staat sind, nicht vielmehr Wert darauf legen, dass kleine Staaten in Europa sich in diesem großen Europa wiederfinden?

Ich meine, wir haben keinen Grund, uns zu verstecken. Für alle vorgeschlagenen Vertragsänderungen – einige sind in den Anträgen enthalten – muss eines gelten: Es darf keinen Zweifel an der Vertragstreue Deutschlands geben.

(Vereinzelt Beifall)

Ob das die Europäische Zentralbank ist, die unabhängig ist, deren Satzung man nicht ändern kann ohne Vertragsänderung und ohne Zweifel an dem Willen der Deutschen, zu dieser Unabhängigkeit zu stehen, ob es der vorgeschlagene Austritt aus der Währungsunion ist oder ob es die von Rot-Grün, von Schröder und Fischer, versäumte Überprüfbarkeit der Stabilitäts- und Wachstumskriterien durch den Europäischen Gerichtshof ist:

In all diesen Fällen müssen wir als Deutsche nicht nur Wert darauf legen, dass wir der Motor Europas bleiben, sondern auch darauf, dass wir uns an die europäischen Verträge halten.

(Vereinzelt Beifall)

Europa muss aber auch das Leitbild der sozialen Marktwirtschaft leben. Das heißt, Freiheit und Verantwortung, Leistungsbereitschaft und Solidarität, Wettbewerb und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen. Die Staaten und Europa insgesamt müssen die Rahmenbedingungen setzen und kontrollieren. Am Finanzmarkt – ich sage das ganz deutlich – sind die Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft zerstört oder zumindest nachhaltig gestört worden. Wenn man an die Bonuszahlungen denkt, wo die Frage der Risikobewertung in den Hintergrund tritt, wenn man ungeheure Vermögen anhäufen kann, ohne eigenes Risiko zu tragen, und wenn der bekannte Chef einer deutschen Großbank in der Besoldungsstruktur seines Unternehmens erst an Platz 104 steht, dann geht es nicht um Neid und Missgunst, sondern um die Grundlagen der Gerechtigkeit in einer sozialen Marktwirtschaft. Wenn wir das nicht aufhebeln, dann werden wir die Probleme am Finanzmarkt nicht bewältigen können.

(Teilweise Beifall)

Gier und Angst haben bestimmt. Eben ist über die Bilanzierungsregeln gesprochen worden. Natürlich kann man, wenn man in Deutschland Basel II umsetzt und die USA sich in ihren Eigenkapitalvorschriften nicht daran halten, sagen: Das ist deren Sache. Tatsache war aber, dass die Amerikaner ihre Bilanzierungsregeln geändert haben. Sie haben die Verrechenbarkeit der Bankenforderungen durch das sogenannte Netting ermöglicht. Am Ende, am 15. September 2008, am Tag der Lehman-Pleite, waren nur 1,26 Prozent aller Innerbankenverpflichtungen in den Bilanzen der amerikanischen Großbanken erkennbar. Deshalb ist es notwendig, dass wir mit Eigenkapital, dass wir mit europäischer Kontrolle, dass wir mit vielen Maßnahmen, so wie sie die Bundesregierung umgesetzt hat und weiter auf der Agenda hat, nicht nur den Finanzmarkt entschleunigen, sondern ihn auch in die Rolle zurückführen, die er haben muss: Dienstleister für die Realwirtschaft, für Arbeitsplätze, für die Menschen in diesem Land und für ein vernünftiges Miteinander.

(Teilweise Beifall)

Ich will keinen Zweifel daran lassen, dass die aktuelle Krise der Verschuldung in einigen Mitgliedstaaten von diesen Staaten selbst angepackt werden muss; erlauben Sie mir, das zu sagen. Es gibt in Europa in den letzten zehn Jahren einen roten Faden. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt war richtig, auch wenn er nicht eingehalten wurde, in Deutschland zuerst von Rot-Grün. Sie sehen, Italien ist in vielen Bereichen eine Ausnahme. Gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt haben überwiegend sozialdemokratisch und sozialistisch geführte Regierungen verstoßen: Portugal, Spanien und Griechenland

(Vereinzelt Beifall)

innerhalb der Euro-Zone, Ungarn, Litauen und Großbritannien außerhalb der Euro-Zone. Deshalb ist es notwendig, dass wir die Verantwortung der Mitgliedstaaten ernst nehmen. Schulden machen ist nicht sanktioniert worden, weder von den Märkten noch von der Europäischen Kommission. Ich sage auch ganz klar: Viele dieser Fehlentwicklungen konnten nur passieren, weil die Europäische Kommission in ihrer Aufgabenstellung, die Verträge und deren Umsetzung zu kontrollieren, in einigen Staaten total versagt hat; dies gilt auch bezüglich der Umsetzung der Kommissions- und Strukturpolitik.

(Vereinzelt Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Leitantrag greift nicht nur die Probleme der Euro-Länder auf, sondern fordert auch eine schrittweise Vertiefung der Europäischen Union. Die Idee der Vereinigten Staaten von Europa angelehnt an die Vereinigten Staaten von Amerika ist im Augenblick keine realistische Perspektive. Es geht um die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion, einen europäischen Währungsfonds und die Vertiefung der Europäischen Union. Das, was in den vergangenen Jahren, als die Mauer und der Eisernen Vorhang gefallen waren, als die Menschen Mitglied der Europäischen Union werden wollten, an Vertiefung nicht möglich, nicht mehrheitsfähig war – die Geschichte hat uns zwischen Vertiefung und Erweiterung keine Wahl gelassen; wir müssen beides gleichzeitig anstreben –, muss jetzt nachgeholt werden.

(Vereinzelt Beifall)

Dazu gehört nach dem Antrag die Direktwahl eines europäischen Präsidenten, die Einrichtung eines Zweikammersystems, ein Initiativrecht für Parlament und Rat. Ich will es am Finanzmarkt deutlich machen: In der letzten Legislaturperiode des Europäischen Parlaments haben wir 14-mal mit qualifizierter Mehrheit die Europäische Kommission, den Binnenmarktkommissar McCreevy, aufgefordert, Vorschläge für die Finanzmarktregulierung zu machen. Erst am 19. März 2009, als die Krise schon auf dem Höhepunkt war, wurden die ersten Vorschläge gemacht. Wir fordern ein Initiativrecht für Parlament und Rat. Wir glauben, dass die europäischen Institutionen gemeinsam ihre Aufgaben wahrnehmen können.

(Vereinzelt Beifall)

In den letzten Jahren haben wir häufig über Bürokratie diskutiert. Lassen Sie mich dazu eine kurze Anmerkung machen. Die Europaabgeordneten von CDU und CSU stehen immer in einem Widerspruch. Sie sehen, dass europäische Richtlinien und Verordnungen möglichst wenig Bürokratie enthalten. Aber wir haben in Deutschland einen Bürokratieaufschlag, der der föderalen Struktur geschuldet ist. Ich sage deutlich: Es nutzt nichts, wenn alle politischen Ebenen mit dem Finger nach Europa zeigen, wenn sie selbst nicht den Mut haben, sich der eigenen Verantwortung für ihre Taten zu stellen.

(Teilweise Beifall)

Deshalb glaube ich, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Die deutsch-französische Zusammenarbeit bleibt der Motor der Europäischen Union. Wir brauchen starke Institutionen und ein starkes Europa. Zu Europa gibt es keine Alternative, wenn wir Frieden und Freiheit, Wohlstand und soziale Sicherheit, Demokratie und Menschenrechte auch in Zeiten der Globalisierung sichern wollen. Lassen Sie uns deshalb selbstbewusst und entschlossen Europa voranbringen; denn es nutzt uns Deutschen. Niemand sonst als die CDU hat den Mut und die Kraft, nationales Selbstbewusstsein und europäische Perspektiven in Einklang zu bringen. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Lieber Werner Langen, vielen Dank für den engagierten Wortbeitrag und für den Bericht aus der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament. – Es spricht als nächstes Thomas Mann aus dem Landesverband Hessen. Es hält sich bereit Herr Axel Voss, MdEP.

In der Zwischenzeit möchte ich einen weiteren Ehrengast auf unserem Bundesparteitag begrüßen. Wir begrüßen sehr herzlich den Generalsekretär der Christlich-Sozialen Union, Herrn Alexander Dobrindt. Lieber Alexander, herzlich willkommen bei der Schwester.

(Beifall)

Thomas Mann: Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde! Wie europäisch ist die CDU von heute? Ist sie noch die Partei von Helmut Kohl, der mit Frankreich immer gemeinsame Sache machte und stets die Kleinen einbezogen hat? Das Duo Merkel und Sarkozy geht voran, und, liebe Angela, fast immer im gleichen Takt. Diese Fähigkeit zu führen, hat der Europäischen Union extrem geholfen. Ich wünschte mir zwar noch ein bisschen mehr Mitnahme der kleineren Nachbarstaaten und des gelegentlich nörgelnden Jean-Claude Juncker, aber wichtig dabei ist, dass wir darauf aufmerksam machen: Ohne Solidität gibt es keine Solidarität. Wenn die Rettungsschirme immer größer werden sollen oder wenn gar mit den Währungsreserven der Deutschen Bundesbank jongliert wird, dann ist die Kernbotschaft eine falsche. Dann heißt es bei den Mitgliedstaaten:

Wir werden sowieso gerettet, und wir brauchen keine Reformen. – Die Griechen sollten einmal von den Iren lernen. Diese haben ihre Hausaufgaben gemacht. Es ist absolut gerechtfertigt, den Griechen dann keine Gelder zu geben, wenn sie keine Regierung haben, wenn wir feststellen müssen, dass es keine Reformen gibt, und wenn keine Mehrheit im Volk vorhanden ist. Die Linke hätte die Gelder gerne längst gegeben. Das machen wir nicht.

Ja, Deutschland führt mit Angela Merkel an der Spitze. Aber es führt die Menschen nicht an der Nase herum. Das haben jetzt viele gecheckt. Angela Merkel ist wieder auf Platz 1 der Beliebtheitskala. Das schmeichelt sicherlich. Es ist absolut gerechtfertigt; denn sie hat zur Stabilität im Euro-Raum beigetragen. Sie hat dafür gesorgt, dass wir endlich einen Schuldenschnitt bei den Banken haben. Sie hat dafür gesorgt, dass Schuldenbremsen in den Verfassungen der anderen Mitgliedstaaten verankert worden sind. Das war sehr harte Überzeugungsarbeit und hat sicherlich ein SMS-Marathon erforderlich gemacht.

Wir haben in Europa eine ganze Menge beschlossen. Hans-Gert Pöttering hat auf die Grundvision hingewiesen. Kollege Langen hat deutlich gemacht, was wir unternommen haben. Wir haben im Krisenausschuss ein paar Punkte beschlossen, die konkret verstanden werden können. Die Ratingagenturen müssen endlich für ihre Bewertungen haften. Die Hedgefonds müssen zertifiziert werden. Erst dann dürfen sie aktiv sein. Die Finanztransaktionsteuer, deren Einführung 2014 vom Kommissionspräsidenten Barroso angekündigt wurde, müssen wir durchziehen, auch wenn Großbritannien da noch boykottiert. Von Euro-Bonds, die eine Transferunion darstellen können, wollen wir überhaupt nichts wissen. Der Sixpack ist zustande gekommen mit dem Europäischen Parlament, mit der Kommission und dem Rat, und zwar in Form eines Kompromisses. Das ist die Grundlage, damit der Stabilitäts- und Wachstumspakt endlich eingehalten und befolgt wird.

Völlig zu Recht hat Angela Merkel gegen großen Widerstand immer wieder gesagt: Im Frühwarnsystem müssen wir Entscheidungen treffen, und die Mitgliedstaaten müssen sich daran halten. – Man kann nicht sagen, dass nur wir Deutsche daran arbeiten müssen und das ganze System füttern sollten. Ich fand heute Ihr Plädoyer, Angela Merkel, exzellent, mit dem Sie deutlich gemacht haben, wie die Einzelstufen für mehr Europa und nicht für weniger Europa aussehen. So erkennt man: Ein Mehr an Europa liegt im deutschen Interesse; denn damit können endlich mehr gemeinsame europäische Entscheidungen getroffen werden.

Ich freue mich, dass wir in Leipzig die Gelegenheit genutzt haben, über das Thema Europa in aller Breite zu reden. Volker Bouffier, wir hatten damals in Alsfeld in Hessen eine Regionalkonferenz, an der 1.500 Bürgerinnen und Bürger teilgenommen haben. 50 Redner kamen ohne Zeitbegrenzung zu Wort. Wir haben endlich einmal die Möglichkeit genutzt, viele Argumente so auszutauschen, dass man wusste, worum es ging.

Verlieren wir nie den Kompass – das war die Kernaussage von Angela Merkel heute. Das bedeutet: Orientierung an Werten, Europatruhe, Internationalisierung der Sozialen Marktwirtschaft.

Lassen wir uns gemeinsam zu Wort kommen und hören wir hin! Wir dürfen nicht weghören. Unsere Verantwortungsträger in Berlin hören hin und gehen nicht einfach nur zur Weltpresse; denn sie gehen zu uns, zu den Delegierten. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Mann. – Es spricht Herr Axel Voss, MdEP. Ihm folgt Hermann Reul aus Nordrhein-Westfalen.

Axel Voss: Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir lebten immer in der Gewissheit, dass die europäische Integration weiter voranschreiten würde. Wir lebten auch immer in der Gewissheit, dass das europäische Projekt unumkehrbar sein würde. Beides scheint in den letzten Jahren und auch seit dieser Krise ins Wanken zu geraten.

Wir teilen alle die Erkenntnis, dass Deutschland seine Chancen und seine Zukunft in der Welt nur in einem geeinten Europa wahren kann. Wir teilen auch die Erkenntnis, dass wir Europa, die EU, brauchen, weil unsere Wettbewerbsfähigkeit und unser Wohlstand davon abhängen. Deshalb darf es keine große Verunsicherung und Skepsis über die Hilfsmaßnahmen für überschuldete Euro-Länder geben.

Die Frage ist dabei längst nicht mehr, ob wir hier vollkommen unbeschadet aus der Krise hervorgehen. Dazu ist die gegenseitige Abhängigkeit in einem globalisierten Finanzmarkt zu weit vorangeschritten. Die Frage ist doch: Wie können wir es schaffen, einen noch größeren Schaden durch unkontrolliert eintretende Folgewirkungen eines potenziellen Zusammenbruchs eines Staates zu verhindern? Hier hilft nur, Rahmenbedingungen zu schaffen, die selbst Extremsituationen kontrollierbar und beherrschbar machen.

Wir brauchen die konsequente Wiedereinführung der Stabilitätskriterien und deren glaubwürdige Anwendung. Wir brauchen die vorsichtige Gläubigerbeteiligung sowie die Unabhängigkeit der Zentralbank. Für die Zukunft brauchen wir eine handlungsfähigere EU und die schon oft angesprochene Gemeinschaftsmethode mit einer entsprechenden europäischen Kontrolle, und zwar dort, wo es gemeinschaftliche Probleme gibt. Denn an der Stelle ist der Einzelstaat machtlos. Für die Zukunft brauchen wir aber auch zumindest die Verringerung der Neuverschuldung in allen Staaten. Selbst wenn ich die Schwierigkeiten im Bundeshaushalt nicht im Detail kenne: Eine glaubwürdige Reduzierung der Neuverschuldung wäre sehr wünschenswert. Vielleicht ist selbst das im Moment nicht ausreichend.

Die Entlastung der jungen Generation von Schulden entscheidet darüber, ob sie die gleichen Lebenschancen haben werden wie wir. Das sollte uns leiten. Wir sind letztlich mehr oder weniger alle von der europäischen Einigung überzeugt. Diese Gewissheit sollten wir heute eindeutig unter Beweis stellen und unseren Bürgerinnen und Bürgern mehr Orientierung bieten.

Der vorliegende Antrag gibt Orientierung und enthält vieles von dem, was uns voranbringt. Deshalb bitte ich um breite Zustimmung. Wir müssen alle zusammenhalten oder jedes unserer Länder scheitert allein. Nichts würde zum Beispiel China mehr Spaß machen als ein Europa, das sich so verhält, wie es sich Europaskeptiker vorstellen. Die Euro- und Europaskepsis wird weiter wachsen, wenn wir nicht beherzter zur Sache gehen. Wir müssen da durch, und wir werden es schaffen. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Voss. – Es spricht der Europaabgeordnete Herbert Reul, ebenfalls MdEP aus Nordrhein-Westfalen. Dann hat Peter Liese das Wort.

Herbert Reul: Herr Tagungspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist außerordentlich gut, dass wir über europäische Politik diskutieren. Es ist überhaupt gut, auf einem Parteitag der CDU zu diskutieren. Das war in den letzten Jahren nicht bei jedem Thema der Fall. Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an die energiepolitische Wende. Es gab also schon einige Punkte, über die wir mehr hätten reden können.

Ich bin sehr froh, dass wir heute intensiv über die Europafrage reden. Damit nutzen wir die Chance, offen miteinander zu diskutieren. Ich befürchte, dass die Hinweise darauf, dass Europa eine Erfolgsgeschichte ist, dass wir seit Jahrzehnten keinen Krieg in Europa hatten und dass Wohlstand in Europa eingekehrt ist, als Antwort in der aktuellen Debatte nicht ausreichen. Denn das ist zwar alles hundertprozentig richtig, aber meine Sorge ist, dass wir damit die Menschen nicht mitnehmen. Wir erwarten nämlich von den Bürgerinnen und Bürgern – das hat Angela Merkel vorhin vorgetragen – ein Ja zu mehr Europa. Das werden wir aber nur erreichen, wenn wir eine offene, kritische und ehrliche Debatte führen, in der angesprochen wird, was schiefgelaufen ist. Diese Debatte darf nicht zu einer Gesundbeterei führen. Man kann nicht pauschal von einer Rettung des Abendlandes reden. Die Diskussion muss schon differenzierter sein.

Die Wahrheit ist, dass diese Wochen gezeigt haben, dass wir in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, genau wie Angela Merkel vorgetragen hat, dringend ein Mehr an europäischer Zuständigkeit brauchen. Dieses Mehr an europäischer Zuständigkeit werden wir aber nur erreichen, wenn wir sagen, an welchen Stellen Europa über das Ziel hinausgeschossen ist, wo wir Fehler gemacht haben, wo wir übertrieben haben und wo wir viel zu viel und viel zu detailliert geregelt haben. Auch das ist nämlich passiert. Man kann nicht davon sprechen, dass das Verbot der Glühbirne eine Erfolgsgeschichte europäischer Politik war. Ich habe eher den Eindruck, dass dieses Verbot den Menschen auf den Keks geht.

(Beifall)

Das hat nicht dazu beigetragen, europäische Zuständigkeiten zu organisieren. Deswegen muss man sorgfältig hingucken. Im Moment diskutieren wir zum Beispiel in Europa über Energie-

effizienz. Das ist ein extrem wichtiges Thema, aber es besteht die Gefahr, dass wir wieder in 27 Einzelpunkten genau regeln, wer wann welches Licht ausmacht und welche Waschmaschine laufen lassen muss. Das bringt nichts.

(Beifall)

Deshalb: Wenn wir Europa wollen, wenn wir dort mehr Europa wollen, wo wir es brauchen, müssen wir genauso sagen, an welchen Stellen wir Europa ein Stück zurücknehmen. Wir müssen den Menschen sagen: Da brauchen wir mehr Europa, und da brauchen wir weniger Europa. Europa ist ein Riesenzukunftsprojekt, und es ist unser Projekt. Deshalb brauchen wir eine offene ehrliche Debatte mit viel Schwung nach vorn. Die Rede von Angela Merkel hat mir extrem gut gefallen, auch das möchte ich einmal sagen. – Danke.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herbert Reul. – Jetzt spricht Peter Liese. Markus Pieper hält sich bereit.

Peter Liese: Vielen Dank, Herr Tagungspräsident. – Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Einen Satz von Angela Merkel sollten wir uns alle hinter die Ohren schreiben und an praktischen Beispielen ausbuchstabieren: Mehr Europa, weil es gut für uns ist. Wir haben schon viel über die Finanzmärkte gesprochen, und ich möchte nicht alles wiederholen. Ich möchte nur ein Beispiel nennen, Frau Merkel hatte es angesprochen. Deutschland hat vor einiger Zeit die ungedeckten Leerverkäufe verboten. Das heißt, man soll nicht auf die Pleite von Staaten oder auf die Pleite von Unternehmen wetten können. Das war eine richtige Entscheidung, sie war aber nur Stückwerk, solange sie Deutschland allein getroffen hat.

Die Bundesregierung, Wolfgang Schäuble, Angela Merkel und unsere Kollegen im zuständigen Ausschuss des Europäischen Parlaments haben es geschafft, dass wir sie europaweit verbinden. Wir werden das diese Woche in Straßburg beschließen. Mein Appell an alle anwesenden Journalisten lautet: Bitte schreiben Sie darüber. Mehr Europa hilft uns, die Finanzkrise besser zu bewältigen.

Mein zweiter Punkt. Wir sagen zu Recht, Rot-Grün hat den Stabilitätspakt gebrochen. In einem Punkt haben auch wir als CDU ein bisschen Mitverantwortung, aber die Hauptverantwortung liegt bei Herrn Eichel, der in 2004 Finanzminister war, als zum ersten Mal der Verdacht aufkam, dass Griechenland seine Statistiken fälscht. Daraufhin hat Herr Eichel gesagt: Wir wollen trotzdem keine Kompetenz des Europäischen Statistikamtes, Eurostat, ungeschönte Zahlen auf den Tisch zu legen. Deutschland hat also Griechenland geholfen, seine Zahlen zu verschleiern. Mehr Europa, mehr Kompetenzen für Eurostat hätte uns geholfen, diese Krise viel früher in den Griff zu bekommen. Mehr Europa wäre gut für uns gewesen.

(Beifall)

Ein weiteres Thema, das ich kurz ansprechen möchte, ist die Energiewende. Ja, viele tun sich noch schwer, und vielleicht hätten wir intensiver diskutieren können. Vielleicht finden wir ja Gelegenheit, im Laufe dieses Parteitags noch etwas intensiver darüber zu reden. Ich glaube, unterm Strich hat die Bundesregierung, haben Angela Merkel und Norbert Röttgen, eine richtige Entscheidung getroffen, aber es stehen noch viele Aufgaben vor uns.

Die Menschen machen sich natürlich Sorgen über den Anstieg der Preise. Wir haben jetzt schon eine Umlage für die erneuerbaren Energien, die EEG-Umlage von 3,5 Cent pro Kilowattstunde. Wir brauchen neue Netze, neue Speicherkraftwerke und Reservekraftwerke. Deswegen finde ich es sehr wichtig, dass die Bundesregierung in den Konzepten für die Energiewende schon im letzten Jahr und auch in diesem Jahr gesagt hat: Bevor wir alternative Energien ausbauen, wollen wir schauen, wo wir sparen können. Energieeffizienz ist ein wichtiges deutsches Ziel. Wir wollen 20 Prozent bis 2020 einsparen. Für den Strom, den wir nicht benötigen, brauchen wir weder Netze noch Speicherkraftwerke, noch Reservekraftwerke.

Deswegen ist es sehr wichtig, dass wir uns dieses Ziel gesetzt haben. Aber wir können es besser umsetzen, wenn wir es gemeinsam mit unseren Partnern in Europa tun; denn dadurch sinken die Kosten und die Produkte werden günstiger, wenn sich Europa gemeinsam in diese Richtung bewegt. Die Industrie, die in diesem Bereich in Deutschland sehr stark ist, kann europaweit davon profitieren. Deswegen ist es richtig, dass Angela Merkel dieses Ziel 20 Prozent Energieeffizienz schon 2007 in die europäische Debatte eingeführt hat und dass unser Kommissar Günther Oettinger jetzt einen Vorschlag zur Präzisierung macht.

Man kann natürlich über die Details reden. Auch ich glaube, dass noch nicht das letzte Wort gesprochen worden ist. Daran müssen wir arbeiten. Ich glaube aber, dass es ein falscher Ansatz unseres Bundeswirtschaftsministers, der nicht unserer Partei angehört, ist, wenn er immer nur sagt, was er nicht will. Hinter den Kulissen hört man: Vielleicht ist das deutsche Ziel ja gar nicht ernst gemeint, und deswegen kann man sich in Europa nicht festlegen. Die nächste Wende in der Energiepolitik können wir uns nicht erlauben. Wir können es uns nicht erlauben, die Ziele, die wir im Sommer beschlossen haben, jetzt schon nicht mehr ernst zu nehmen und deshalb in Europa nicht zu vertreten.

Unser Umweltminister, der unserer Partei angehört, kämpft in die richtige Richtung. Ich bitte alle Mitglieder der Bundesregierung, Norbert Röttgen an dieser Stelle zu unterstützen. Auch hier kann mehr Europa, wenn es richtig gemacht ist, gut für uns sein, weil dann die Kosten sinken.

(Beifall)

Mein letzter Punkt, den ich kurz ansprechen möchte. Wir reden zu Recht viel über Geld. Der Euro ist ein zentrales Problem und hat uns in eine schwierige Situation gebracht, was die Staats-

schulden angeht. Aber Europa ist nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft. Wir werden auch – das wollte die CDU immer – zusehends eine Wertegemeinschaft. Der Schutz des Lebens beispielsweise ist ein Wert, den die CDU immer vertreten hat und den wir auch in Europa vertreten.

Beim letzten Mal haben wir sehr über die Präimplantationsdiagnostik gerungen. Bei einem früheren Parteitag haben wir um die Forschung an embryonalen Stammzellen gerungen. Dabei waren wir uns immer einig, dass der menschliche Embryo keine bloße Sache ist und dass er geschützt werden muss. Deswegen war es für viele, auch für mich, sehr schockierend, dass ausgerechnet ein deutscher Forscher beim Europäischen Gerichtshof das Recht einklagen wollte, nicht nur Zellen, die aus Embryonen gewonnen wurden, sondern auch den menschlichen Embryo selbst, ein menschliches Lebewesen in der Frühphase der Entwicklung, patentieren zu lassen. Ich finde es sehr gut, dass der Europäische Gerichtshof glasklar gesagt hat: Das geht nicht. Wir sind keine reine Wirtschaftsgemeinschaft, wir sind eine Wertegemeinschaft. Man kann menschliches Leben nicht patentieren lassen.

(Beifall)

Es waren christdemokratische Abgeordnete, die entsprechende Formulierungen in die Richtlinie eingebracht haben, und wir sehen jetzt, dass das ganz konkrete Folgen hat. Am 30. dieses Monats erwarten wir eine Entscheidung der Kommission über die Finanzierung der Forschung, dabei geht es um die europäischen Mittel zur Unterstützung der Forschung. Frau Schavan hat es geschafft, dass hier ethische Grenzen eingezogen wurden. Daran müssen wir weiter arbeiten. Es soll nicht so sein, dass das, was wir nach langem Ringen, auch parteiinternem Ringen, in Deutschland als ethische Grenze beschlossen haben, dadurch unterhöhlt wird, dass gemeinsames europäisches Geld ausgegeben wird für Dinge, die wir nach langen Diskussionen als nicht akzeptabel ansehen. In diesem Sinne wollen wir uns auch für eine Europäische Union der Werte und nicht nur für eine Wirtschaftsunion weiter einsetzen. – Herzlichen Dank.

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Liese. – Es spricht jetzt Markus Pieper, und Frau Marion Walsmann, die Europaministerin von Thüringen, hält sich bereit.

Markus Pieper: Herzlichen Dank, Herr Tagungspräsident. – Frau Vorsitzende! Ich bin seit sieben Jahren im Europäischen Parlament und habe des Öfteren ziemlich undankbare Aufgaben, so etwa bei den Themen Energieeffizienzrichtlinie oder Bodenschutzrichtlinie. Das sind die Themen, die bei Ihnen zu Hause so richtig für Begeisterung sorgen. Ich denke, dass in dem Leit Antrag, der heute zu verabschieden ist, alles richtig beschrieben ist, was die zusätzlichen Kompetenzen für Europa in Sachen Wirtschaftsregierung, in Sachen Euro-Stabilität betrifft. Hier sind wir als CDU auf einem sehr guten Weg.

Wenn wir aber an vielen Stellen mehr europäische Kompetenzen fordern und auch den Verlust von nationaler Souveränität einfordern, dann müssen wir als Europapartei CDU auch eine

grundsätzliche Aufgabenkritik an den bisherigen Aufgaben der Europäischen Union zulassen. Ich will Ihnen das beispielhaft benennen: Immer dann, wenn sich ein Thema gut für die Menschen anhört, fühlen wir uns in Europa automatisch zuständig.

Antidiskriminierung, Bodenschutz, Mutterschutz, Frauenquoten in Unternehmen, das sind keine europäischen Aufgaben. Dafür existiert das klassische Subsidiaritätsprinzip.

(Vereinzelt Beifall)

Insofern möchte ich eine Formulierung im Änderungsantrag sehr unterstützen, nämlich die Forderung von einigen Kreisverbänden, auch der Mittelstandsvereinigung, nach einem unabhängigen Normenkontrollrat, der gleich am Anfang europäischer Gesetzgebung die gelbe oder die rote Karte zeigt, nach dem Motto: Dafür seid ihr zuständig, und dafür nicht. – Ich denke, das ist eine begründbare, wegweisende Forderung, die für mehr Akzeptanz der europäischen Idee sorgen kann.

Meine Damen und Herren, bei der Glühlampe war die Europäische Union stark. In Nordafrika haben wir uns blamiert. Dieser Eindruck muss sich umdrehen. Wenn das geschieht, ist die Europäische Union auf dem richtigen Weg, und dann können wir sie auch im Herzen mehr mittragen. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Markus Pieper. – Es spricht Frau Ministerin Walsmann. Dann ist Herr Klaus-Peter Willsch, MdB aus Hessen, an der Reihe.

Marion Walsmann: Verehrtes Präsidium! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Delegierte! Der uns vorliegende Antrag „Starkes Europa – Gute Zukunft für Deutschland“ ist wegweisend, und zwar in mehrfacher Hinsicht: Er zeigt, wo wir Europa stärken wollen. Wir brauchen mehr Europa, wenn wir unseren ökonomischen und monetären Verflechtungen mit angemessenen politischen Strukturen begegnen wollen. Europa braucht aber auch eine solide Basis, Mitgliedstaaten und Regionen, die ihrer Verantwortung für eine Union gerecht werden, in der wir voneinander abhängig und miteinander solidarisch sind.

Wir müssen allerdings zukünftig stärker differenzieren, wo wir mehr und wo wir weniger Europa brauchen. Heute sieht die Praxisvielfalt so aus, dass die Europäische Union ihre Kompetenzen maximal ausschöpft. Ich glaube, jedem von Ihnen fallen Beispiele ein, wo europäische Regelungen nicht oder nur in geringerem Ausmaß erforderlich sind, etwa zum Salzgehalt in Backwaren oder zur Lösung von Verkehrsproblemen in Innenstädten, an denen wir vor Ort näher dran sind. Verantwortung von oben und von unten sollte dazu führen, dass Europa nur dort eingreift, wo es wirklich notwendig ist.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen ist es wichtig und richtig, dass der vorliegende Antrag das Subsidiaritätsprinzip mehrfach hervorhebt. Es muss auch weiterhin der Rahmen für die weitere Übertragung von Kompetenzen an die Europäische Union bleiben. Das Grundprinzip dafür, das Subsidiaritätsprinzip, hat mit dem Vertrag von Lissabon deutlich an Gewicht gewonnen. In den Landesregierungen, aber auch in den Landtagen hat das sogenannte Subsidiaritätsfrühwarnsystem dazu beigetragen, dass wir Europa zunehmend von unten denken. Wir prüfen zuerst den uns möglichen Beitrag zur Verwirklichung europäischer Ziele, bevor wir die Europäische Union in die Pflicht nehmen.

Ich bin überzeugt, dass der Dialog der Europäischen Union mit den nationalen Parlamenten dazu beitragen wird, eine Subsidiaritätskultur und damit auch eine neue Rechtskultur innerhalb der Europäischen Union zu verankern. Wir müssen dazu kommen, die Spielräume neu zu denken, uns mit den Spielräumen auseinanderzusetzen und diese Frage ganz offen zu deklinieren. Die Verordnungsvorschläge zur Reform der europäischen Kohäsionspolitik oder der Gemeinsamen Agrarpolitik zeigen derzeit leider noch eine andere Handschrift. Hier sehe ich noch weitreichenden Änderungsbedarf, damit neuer Verwaltungsaufwand nicht die Attraktivität und Akzeptanz einer sinnvollen EU-Förderung und – Forderung untergräbt.

Meine Damen und Herren, europäische Ziele müssen da, wo es notwendig ist, durch Institutionen gesichert sein. Der uns vorliegende Antrag enthält deswegen politische Vorschläge zur Absicherung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Harmonisierte Strukturen müssen aber auch zukünftig Platz für unterschiedliche politische Lösungen lassen. Einheitsrezepte, zum Beispiel bei der Umsetzung der Wachstums- und Beschäftigungsstrategie „Europa 2020“ darf es nicht geben. Erfolgreiche nationale Lösungen wie in Deutschland das duale Berufsbildungssystem oder das System mittelstandsfreundlicher Sparkassen und Genossenschaftsbanken dürfen nicht dem Zeitgeist geopfert werden. Eine neue Rechtskultur setzt daher auch ein Verständnis der Europäischen Union für die strukturelle Wirkung nationaler ökonomischer und gesellschaftlicher Traditionen voraus.

Abschließend möchte ich ein Wort zu dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur 5-Prozent-Sperrklausel sagen. Ich teile die abweichende Auffassung der Richter Di Fabio und Mellinshoff, dass die 5-Prozent-Klausel gemessen an ihrer Eingriffsintensität sachlich gerechtfertigt ist, um für das deutsche Kontingent eine zu weitgehende Zersplitterung der im Europaparlament vertretenen politischen Parteien zu verhindern. Deutschland wird zukünftig im Europäischen Parlament politisch fragmentierter vertreten sein. Dies wird die Willensbildung innerhalb der europäischen Legislative erschweren, aber auch das Gewicht der deutschen Vertretung in den Fraktionen des Europäischen Parlaments verringern. Ich hätte mir vom Bundesverfassungsgericht ein Urteil gewünscht, das mehr die Handlungsfähigkeit des Europäischen Parlaments in den Vordergrund

stellt. Denn für die Zukunft braucht Europa nicht nur die notwendigen Kompetenzen; es muss auch handlungsfähig sein, um diese Kompetenzen ausschöpfen zu können. Auch daran sollten wir denken, wenn wir über eine Reform der europäischen Verträge diskutieren.

Meine Damen und Herren, das Subsidiaritätsprinzip und ein starker institutioneller Rahmen sind elementar für die Zukunft der Europäischen Union. Der uns vorliegende Antrag erkennt das an. Deshalb werden ich, aber auch unsere Thüringer Freunde diesem Antrag zustimmen. – Danke.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Verehrte Marion Walsmann, vielen Dank. – Es spricht jetzt Klaus-Peter Willsch, anschließend Wolfgang Schäuble.

Klaus-Peter Willsch: Herr Präsident! Herr Finanzminister! Liebe Mandats-, Amts- und Ehrenträger! Liebe Delegierte! Ich bin für Europa, und ich bin für den Euro, aber ich bin gegen Rettungsschirme. Ich möchte Ihnen das kurz begründen. Wir haben als Kreisverband Rheingau-Taunus dazu auch einige Anträge gestellt.

Ich bin im Wesentlichen aus drei Gründen gegen Rettungsschirme: Erstens ist der Weg ökonomisch falsch. Zweitens stellt der Weg ein Risiko für unsere Kinder und Enkel dar, das in seiner Höhe nicht darstellbar und untragbar ist. Drittens bricht dieser Weg ein Versprechen, das wir den Menschen bei der Einführung des Euro gegeben haben. Lassen Sie mich kurz auf die drei Punkte eingehen.

Warum ist der Weg ökonomisch falsch? Wir haben bei uns die Schuldenbremse ins Grundgesetz eingeführt. In Hessen haben wir sie per Volksabstimmung in unsere Landesverfassung gebracht, weil das in Hessen der einzige Weg ist, die Verfassung zu ändern. Wir haben aktiv Wahlkampf dafür gemacht. Wir haben den Menschen erklärt, dass wir das machen, weil wir uns selbst nicht hundertprozentig trauen, ob wir vor Wahlen immer der Versuchung widerstehen können, doch noch Geld auszugeben. Das ist die Logik, die hinter der Schuldenbremse steckt. Aber was machen wir nun in Europa? Exakt das Gegenteil. Die Schuldenbremse ist ein Ansatz, um legale Verschuldungsmöglichkeiten strikt eingrenzen zu können; sonst erreichen wir keine haushaltsmäßige Ordnung. Auf europäischer Ebene machen wir das Gegenteil. Wir erhöhen die legalen Verschuldungsmöglichkeiten in geradezu atemberaubendem Tempo. Das ist falsch.

Ich weiß nicht, wer im BMF den richtigen Zins ausrechnet. Aber ich weiß ganz gewiss, dass hohe Zinsen das einzig wirksame Mittel gegen übermäßige Verschuldung sind. Was machen wir mit EFSF, Griechenlandhilfe usw.? Wir subventionieren die Zinsen herunter, damit weiterhin Schulden gemacht werden können. Das ist ökonomisch falsch, weil wir die Marktpreiswirkung der Zinsen ausschalten.

Wenn es um Ansteckungsgefahren geht, wird immer der Zusammenbruch von Lehman angeführt. Aber man muss schon ähnliche Sachverhalte miteinander vergleichen und darf nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Lehman stellt ein Ereignis dar, das wirklich über Nacht gekommen ist. Einen Tag vor dem Zusammenbruch war Lehman noch mit Triple-A geratet. Die Kreditwürdigkeit war also vorzüglich. Aber im Fall Griechenland redet seit 15 oder 18 Monaten die ganze Fachwelt über nichts anderes als darüber, wie der Bankrott eines solchen Landes abgewickelt werden kann. Daher kann man doch nicht so tun, als ob es sich auch hier um ein Ereignis mit exogener Schockwirkung handelte, das über Nacht über uns kommt. Ein Bankrott Griechenlands ist machbar und möglich. Das ist der einzige Weg, der den Griechen helfen wird.

Zum Thema Risiko. Die ungedeckten Leerverkäufe haben wir verboten. Aber hier gehen wir ungedeckte Bürgschaften ein.

(Teilweise Beifall)

Wir haben das Geld ja nicht. Wir stellen Geld ins Fenster. Laut Haushaltsplan beträgt die Neuverschuldung für das nächste Jahr 26 Milliarden Euro; das ist eine nennenswerte Größenordnung. Trotz eigener Neuverschuldung gehen wir immer größere Bürgschaften in einem atemberaubenden Tempo ein. Wir leihen uns das Geld von unseren Kindern und Enkeln; denn wir haben es nicht. Jeder weiß aus seinem Privatleben, dass Bürgschaften eine ziemlich riskante Sache sind.

(Teilweise Beifall)

Das Risiko nimmt in hohem Tempo zu. Ich rede dabei nur von dem deutschen Anteil. Letztes Jahr ging es erst um 22 Milliarden Euro für Griechenland. Dann wurde die Summe quasi am nächsten Tag mit dem Rettungsschirm EFSF auf 123 Milliarden Euro erhöht. Dann war das nicht genug. Auf einmal wurde gegen Italien und andere Länder spekuliert. Daraufhin musste die EFSF ertüchtigt werden. Nun sind wir bei 211 Milliarden Euro. Gleich danach wurde gesagt, dass das gehebelt werden müsse, damit wir auf eine Billion Euro kommen. Wo soll das denn enden? Wenn wir die Fantasie der Märkte ständig beflügeln, wird es keine Ruhe geben. Sie werden immer mehr Geld im Fenster verlangen. Dieser Weg führt uns nicht zum Ziel.

Wir haben den Deutschen versprochen, als wir die D-Mark abschafften und den Euro einführten, dass es kein Einstehen für die Schulden anderer Staaten geben wird. „No bail out“ heißt das auf Neudeutsch. Dieses Versprechen ist gebrochen. Es gibt inzwischen mehrere Länder, denen wir ihre ausufernden Staatsdefizite finanzieren. Das ist das Gegenteil von dem, was wir zugesagt haben.

Ein weiterer Punkt, den wir zugesagt haben, ist: Wir werden die EZB nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank bauen. – Deshalb steht in den Verträgen, dass die Europäische Zentralbank keine Staatsdefizite finanzieren darf. Wenn sie das täte, hieße das, Staatsdefizite mit der Notenpresse zu finanzieren. Das wäre der falsche Weg. Aber genau den gehen wir. Bislang hat

die EZB Aufkäufe im Volumen von 180 Milliarden bis 185 Milliarden Euro auf dem Sekundärmarkt getätigt. Manche mögen dem entgegenhalten, sie zeichne immerhin nicht auf dem Primärmarkt. Aber dass die EZB auf dem Sekundärmarkt aktiv ist, hat nur einen Sinn: Es wird versucht, die Zinsen wieder zu senken, Verschuldung zu erleichtern und die Maschine weiterlaufen zu lassen. Das halte ich für falsch.

(Teilweise Beifall)

Es gab auch einen ökonomischen Grund, warum wir hier ursprünglich eine Sperre eingebaut haben. Wenn man Volkswirtschaften unterschiedlicher Wettbewerbsfähigkeit in einem Währungsraum zusammenfasst, wie wir das beim Euro getan haben, dann ist es nicht mehr möglich, auf Disparitäten und unterschiedliche Entwicklungen bei der Wettbewerbsfähigkeit mit Anpassungen der Wechselkurse zu reagieren. Deshalb muss man solide wirtschaften, um nicht in eine solche Lage zu kommen. Wenn man an die Zukunft denkt – dazu haben wir einige Anträge unter der Überschrift „Euro 2.0“ gestellt –, dann muss man zur Kenntnis nehmen, dass die Annahmen, von denen wir ausgegangen sind, als wir den Euro einführten, nicht eingetreten sind. Damals gab es die sogenannte Konvergenztheorie. Danach sollten sich die Volkswirtschaften aufeinander zu bewegen, wenn sie erst einmal in einem Währungsraum sind. Das ist aber nicht eingetreten.

Die Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit sind größer geworden. Deshalb müssen wir die Frage, wer alles zum Euro-Raum gehören soll, undogmatisch sehen. Das ist eine ökonomische Frage. Eine Währungsunion muss allen ihren Gliedern nutzen. Es darf nicht sein, dass eine starke Währung einem nicht wettbewerbsfähigen Land wie ein Mühlstein um den Hals hängt. Damit hätte das betroffene Land keine Chance, sich zu entwickeln. Dass dieses Tabu nun spätestens durch den Auftritt unserer Bundeskanzlerin und des französischen Staatspräsidenten angesichts der Chaostage in Griechenland aufgehoben worden ist, ist ein gutes und hoffnungsvolles Zeichen. Ich halte nichts davon, allen eine Währung aufzuzwingen, egal ob sie nutzt oder nicht. Wir können nicht jedem unsere Art, zu leben, aufdrängen.

Wenn wir die weitreichenden Fragen – soll es mit einer Wirtschaftsregierung oder einer Fiskalunion weitergehen? – beantworten wollen, dann müssen wir jetzt zu Beginn der Verhandlungen, wenn wir das bis Ende 2012 erledigen wollen, die Weichen richtig stellen. Wie ist es um die Gewichtung der Stimmen im EZB-Rat bestellt? Es kann doch nicht sein, dass dort jedes Land eine Stimme hat und dass es nicht nach dem Gewicht der nationalen Volkswirtschaften geht. Wie soll eine Wirtschaftsregierung in Europa parlamentarisch kontrolliert werden? Das kann doch nicht das Parlament der 27 machen, wenn es um 17, 16 oder 15 Euro-Länder geht. Ich weiß ja nicht, wie viele Länder sich letztlich dazu entscheiden, in der Währungsunion zu bleiben. Dafür muss es ein neues Parlament geben. Dieses muss in der Tat anders zusammengesetzt sein als das heutige Europäische Parlament. Ich glaube nicht, dass es richtig ist, dass ein luxembur-

gischer Abgeordneter für 80.000 Luxemburger und ein deutscher für 800.000 Deutsche zuständig ist. Das hat mit dem Grundsatz „one man, one vote“ nichts zu tun. Ein Parlament, das Haushaltsverantwortung trägt, muss anders zusammengesetzt sein.

(Teilweise Beifall)

Es ist wichtig, im Zusammenhang über diese Fragen zu diskutieren. Dass wir das heute auf dem Parteitag tun, freut mich. Ich freue mich noch mehr, wenn möglichst viele die Anträge des Kreisverbandes Main-Taunus unterstützen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Teilweise Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Klaus-Peter Willsch. – Es spricht nun Wolfgang Schäuble. Danach halten sich Elmar Brok und Professor Dr. Otto Wulff bereit.

Dr. Wolfgang Schäuble: Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreunde! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist gut – da will ich Klaus-Peter Willsch ausdrücklich zustimmen –, dass wir über die Fragen reden, die viele Menschen in unserem Land Sorgen bereiten. Wir als christliche Demokraten sind für ein starkes Europa. Wir wissen, dass wir ohne ein starkes, handlungsfähiges Europa nicht erreicht hätten, was wir erreicht haben, dass wir dieses Glück der vergangenen 60 Jahre seit dem Zweiten Weltkrieg vor allem dem entschlossenen Vorangehen auf dem Weg in die europäische Einigung zu verdanken haben. Aber das alles reicht nicht aus, um die Fragen zu beantworten, die nicht nur Klaus-Peter Willsch stellt, sondern viele Menschen in unserer Bevölkerung stellen. Deswegen will ich auf ein paar Punkte, die er angesprochen hat, eingehen. Ich will gleich hinzufügen: Ich empfehle Ihnen, die Anträge des Kreisverbandes abzulehnen.

(Beifall)

Aber so weit sind wir noch nicht. Wir treten später in die Einzelberatung der Anträge ein.

Liebe Freunde, wir haben uns aus guten Gründen in den 60er-Jahren entschieden, eine gemeinsame Währung in Europa zu schaffen. Wir wollten den erreichten Stand der wirtschaftlichen Integration festigen und zugleich die Wettbewerbsfähigkeit aller Volkswirtschaften in Europa stärken. Eine gemeinsame Währung stellt andere Anforderungen an die Wettbewerbsfähigkeit jeder Volkswirtschaft. Das war der Grund, warum wir uns für die europäische Währungsunion entschieden haben. Wir haben zur Bedingung gemacht, dass die europäische Währung so stabil ist wie die D-Mark, dass die Europäische Zentralbank so unabhängig sein muss wie die Bundesbank und dass es – genauso wenig wie bei der Bundesbank – keine Staatsfinanzierung durch die Notenbank geben darf; denn das wollten die Menschen nicht. Andere stimmten einer europäischen Währung zu, weil sie das Vorbild der Bundesbank und der D-Mark auf Europa übertragen wollten. Das haben wir zur Grundlage gemacht. Dabei sind wir auch geblieben. Die Behauptung, wir seien davon abgegangen, ist falsch, auch wenn sie von Klaus-Peter Willsch und anderen im-

mer wieder wiederholt wird. Es gibt keine Staatsfinanzierung durch die Notenbank. Die Notenbank operiert auf den Sekundärmärkten genauso wie die Bundesbank. Das macht sie – eigentlich haben wir, insbesondere die Finanzminister nicht, das nicht zu kommentieren, weil die Notenbank unabhängig ist – in ihrer geldpolitischen Verantwortung, um kurzfristige Auswirkungen der Entwicklungen auf den Märkten nicht auf den Bankensektor durchschlagen zu lassen.

Wenn wir bei den Banken durch Abschreibungsnotwendigkeiten Instabilitäten bekämen, dann wäre der Euro als Ganzes gefährdet. Zur Verteidigung des Euros als Ganzes brauchen wir ein Instrument. Weil wir nicht die Notenbank dafür nehmen wollten, haben wir den EFSF gegründet, als eine Übergangslösung, als einen Rettungsschirm. Dessen Summe ist auch nicht größer geworden. Das gehört auch zu den Behauptungen, die durch Wiederholung nicht richtig werden. Wir haben vom ersten Tag an gesagt, in der Nacht vom 10. Mai des vergangenen Jahres: 440 Milliarden Euro plus 60 Milliarden Euro aus dem Sonderfonds der Europäischen Union und noch einmal die Hälfte davon, also ein Drittel der Gesamtsumme, vom Internationalen Währungsfonds. Diese Summe ist nicht erhöht worden.

Von dieser Summe, von den 440 Milliarden Euro, sind inzwischen 43,7 Milliarden Euro für die Programme für Irland und Portugal belegt. Diese Programme funktionieren, weil sie verbunden sind. Wir geben Irland und Portugal Kredite, damit sie sich Zeit verschaffen können, ihren Haushalt so zu sanieren und ihre Wirtschaft wieder so wettbewerbsfähig zu machen, dass sie sich wieder zu erträglichen Bedingungen an den Finanzmärkten finanzieren können. Dafür bekommen sie Kredite, die wir verbürgen. Die Bedingung dafür ist, dass sie klare Anpassungsmaßnahmen in ihren Ländern durchführen, die vierteljährlich, vor der Auszahlung jeder Tranche, kontrolliert und überwacht werden. Portugal und Irland sind auf dem Weg. Das zeigt die Systematik dieses Rettungsschirms: Solidarität, gerade weil wir nicht die Notenbank wollen. Das funktioniert.

Griechenland ist ein Sonderfall. Für Griechenland haben wir ein anderes Instrument. Das war noch vor dem EFSF. Wir haben Kredite gewährt, die jedes europäische Mitgliedsland Griechenland zu entsprechenden Anteilen gewährt hat. Wir brauchen ein neues Programm für Griechenland. Das wird verhandelt. Das ist wahr. Das wird nach dem Rettungsschirm sein. Dann muss Griechenland noch ganz andere Anpassungsmaßnahmen durchführen; auch das ist klar. Deswegen ist das eine schwierige Entscheidung in Griechenland. Deswegen gibt es in Griechenland viele innenpolitische Debatten darüber. Wir haben klargemacht: Das ist Hilfe zur Selbsthilfe. Griechenland muss die bitteren Entscheidungen treffen, und Griechenland muss am Ende selbst entscheiden, ob es die Lasten tragen kann und tragen will. Wenn Griechenland dazu bereit ist, dann helfen wir, damit Griechenland die notwendige Zeit bekommt. Aber es bleibt Hilfe zur Selbsthilfe.

Liebe Freunde, das ist das eine. Das andere ist: Wenn wir eine gemeinsame Währung wollen, müssen wir sie auch verteidigen. Wenn wir nicht wollen, dass die Europäische Zentralbank im Gegensatz zu den Zentralbanken in anderen Ländern unbegrenzt finanziert, was den Weg in eine weniger stabile Europäische Währungsunion bedeuten würde – das ist die Alternative; mit dieser Auffassung stehen wir als Europäer in der Welt relativ alleine, und selbst in Europa sind nicht alle unsere Auffassung –, müssen wir dafür sorgen – das ist unsere Verantwortung –, dass die europäische Währung stark bleibt und die Europäische Union eine Stabilitätsunion bleibt.

Wozu schaffen wir denn Europa? Wir sagen alle: In einer globalisierten Welt brauchen wir ein starkes, handlungsfähiges Europa, damit wir unsere Vorstellungen, wie sich die Welt entwickeln soll und wie sie sich nicht entwickeln soll, verwirklichen können. Das kann keiner alleine. Die Bundeskanzlerin hat das in ihrer großen Rede gesagt. Das müssen wir gemeinsam machen. Wir machen zusammen nicht einmal 10 Prozent der Weltbevölkerung aus. Natürlich wollen wir in dieser Welt des 21. Jahrhunderts Stabilität und nicht Inflation; denn Inflation ist die größte soziale Ungerechtigkeit. Die große Christlich Demokratische Union steht für soziale Gerechtigkeit, und soziale Gerechtigkeit fängt mit Stabilität an. Inflation beutet immer Ausbeutung der Schwächeren; das kann man gerade in Griechenland erleben.

(Beifall)

Liebe Freunde, wenn man außerhalb unseres Landes ist und andere dafür kritisiert, dass sie sich nicht an die Regeln halten, dann wird man gelegentlich daran erinnert, dass zuerst und am meisten Deutschland und Frankreich gegen den Stabilitätspakt verstoßen haben.

(Vereinzelt Beifall)

Dann wird gesagt: Wenn sich die Großen nicht daran halten, brauchen sie die Kleinen nicht zu belehren. Deswegen ist es wichtig, dass wir, seit Angela Merkel Bundeskanzlerin ist, dafür gesorgt haben, dass wir zu den Verpflichtungen des Europäischen Stabilitätspaktes stehen. Wir sind der Anker des Stabilitätspaktes in Europa, und wir müssen das auch in der Zukunft sein. Das ist unsere Verantwortung, wenn wir für unser Modell eintreten wollen und wenn wir nicht wollen, dass wir am Ende eine Inflationsgemeinschaft werden.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir das wollen, dann müssen wir auch bereit sein, die notwendige Solidarität zu leisten. Nur zu sagen, was wir nicht wollen, so geht Europa nicht.

Dann kommt das Zweite. Es wird einem manchmal schwindelig, wenn man sich anschaut, wie sich die Welt beschleunigt hat. Die neuen Kommunikationstechnologien, die sich fast zeitgleich, parallel zum Fall des Eisernen Vorhangs entwickelt haben, wirken sich auf die Finanzmärkte aus. All die klugen Leute, die jetzt alles schon immer besser gewusst haben – ob sie nun Professoren

sind oder nicht; das nützt mir nichts –, haben vor Lehman Brothers nichts vorhergesehen, sondern sie haben immer mehr Liquidität gepumpt. Wir haben alle mitgemacht, übrigens auch CDU und CSU. Deregulierung für den Finanzstandort Deutschland wurde gefordert. Je weniger Regulierung, umso besser. Am Schluss hatten wir keine Regulierung für die Finanzmärkte, und sie haben sich selber zerstört. Wir brauchen mehr Regulierung,

(Vereinzelt Beifall)

– weil Freiheit nur gelingt, wenn es auch Regeln gibt, wenn es Grenzen gibt und wenn Regeln durchgesetzt werden.

(Beifall)

Das andere ist: Wir haben nicht zu wenig Liquidität in der Welt, sondern zu viel. Wir schaffen immer neue Blasen. Deswegen müssen die Defizite reduziert werden.

Eine gemeinsame Finanzpolitik konnten wir in den 90er-Jahren nicht erreichen. Aber in Europa sind wir seit den 50er-Jahren oft Schritte vorangegangen und haben dabei gesagt: Den nächsten Schritt schaffen wir später, wenn wir ihn nicht gleich schaffen. Sonst hätten wir in Europa nie etwas erreicht. Und jetzt müssen wir die politische Union bauen, die wir in den 90er-Jahren nicht erreicht haben. Das heißt *fiscalo di ordre*. Das heißt mehr Europa, und das heißt, regeln, dass in Europa die vereinbarten Grenzen für die Finanzpolitik der Mitgliedstaaten eingehalten und durchgesetzt werden, ob es einem Mitgliedstaat passt oder nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Das gilt dann auch für uns. Wir können in Europa keine Regeln einführen, die nur für andere gelten. Sie gelten auch für uns. Dazu müssen wir bereit sein. Das steht im Antragsentwurf des Bundesvorstands: mehr Europa für ein starkes Europa. Das ist die Voraussetzung, und das ist die Entscheidung, vor der wir stehen.

Liebe Freunde, wenn wir ein starkes Europa wollen, und wenn wir wollen, dass dieses Europa für Stabilität steht, dann müssen wir diesem Europa jetzt die Strukturen geben, die es in die Lage versetzen, neben einer gemeinsamen Geldpolitik auch die Regeln und den Rahmen für eine gemeinsame Finanzpolitik einzuführen und durchzusetzen. Das wird allen Ländern in Europa helfen, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und eine wirtschaftlich bessere Grundlage zu erreichen. Aber sie werden zum Teil eine schwierige Phase durchmachen müssen. Dabei müssen wir ihnen helfen. Das ist europäische Solidarität.

Das sind unsere Vorstellungen davon, wie Europa für Wohlstand und soziale Sicherheit dafür sorgen kann. Da in Europa die Bevölkerung langsamer wächst als auf anderen Kontinenten, müssen wir mehr als andere für Nachhaltigkeit eintreten. Weil wir für Nachhaltigkeit sind, müssen wir für Stabilität eintreten. Wenn wir jetzt sagen: „Das eine passt uns nicht, und das andere

passt uns nicht, und im Übrigen sind wir natürlich für Europa“, dann, liebe Freunde, versagen wir vor der Geschichte.

(Beifall)

Es geht darum, nicht nur im Grundsatz für Europa zu sein, sondern darum, die richtigen Entscheidungen zu treffen und dafür zu sorgen, dass wir für unsere Überzeugungen auch andere in Europa gewinnen. Ja, natürlich müssen wir mit anderen zusammenarbeiten. Mit Frankreich zusammen haben wir eine Führungsverantwortung in Europa. Aber wir sind 27 in Europa, und wir sind 17 in der Euro-Zone. Wir haben gesagt: Wir werden keinen rauswerfen, keinen rausdrängen. Wer die Last nicht selber tragen kann, muss selbst für sich entscheiden.

Wir wollen Solidarität mit allen. Wenn wir Führungsstärke ausüben wollen, dann müssen wir andere überzeugen, und dazu müssen wir eine glaubwürdige Politik machen. Das hat die Union ausgezeichnet. Dafür, liebe Freunde, werbe ich. Deswegen werbe ich dafür, dass wir diesen Antrag zum Anlass nehmen, klarzumachen: Die CDU ist und bleibt die große Europapartei, und ein gelingendes Europa ist das Beste, was wir für die Zukunft unseres Landes und der Menschen in Europa leisten können. – Herzlichen Dank.

(Starker Beifall – die Delegierten erheben sich)

David McAllister, Tagungspräsidium: Lieber Wolfgang Schäuble, vielen Dank für diese klaren und wegweisenden Worte. Der spontane stehende Beifall der Mitglieder des Bundesparteitages hat gezeigt, wie wichtig und wie richtig diese Worte waren. Ganz herzlichen Dank für Ihr ganz besonderes Engagement!

(Beifall)

Es spricht nun zu uns Elmar Brok, danach Prof. Dr. Otto Wulff.

Elmar Brok: Herr Präsident! Frau Parteivorsitzende! Liebe Parteifreunde! Ich weiß nicht, ob es eine Bürde oder eine Ehre ist, nach Wolfgang Schäuble zu sprechen, wahrscheinlich beides.

Die europäischen Nationalstaaten haben nur noch eine Vergangenheit,
aber keine Zukunft.

Das hat 1952 Konrad Adenauer gesagt. Ich glaube, dass dieser Satz in einer gewissen Weise heute mehr denn je gilt; denn die großen Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen, Fragen des Klimawandels und der Energiesicherheit, die sozialen und handelspolitischen Fragen der Globalisierung, Migration und manches mehr, sind nicht mehr durch einen europäischen Nationalstaat alleine zu bewältigen. Wir sehen, dass sich in dieser Finanzkrise die Gewichte dieser Welt dramatisch verändern und insbesondere nach Asien oder Länder wie Brasilien ziehen. Wir haben nur eine Chance, Wohlstand und soziale Sicherheit zu bewahren und in Frieden zu le-

ben, wenn es uns gelingt, als Europäer gemeinsam aufzutreten. Die Europäer mit acht Prozent der Weltbevölkerung haben noch 30 Prozent des Weltvermögens. Dies wird mit der Bevölkerung dramatisch abnehmen. Wir haben nur die Chance, unsere soziale Sicherheit und unseren Wohlstand in gewissem Umfang zu bewahren, wenn wir unsere Interessen gemeinsam wahrnehmen, indem wir unsere Souveränität nicht abgeben, sondern poolen und deutlich machen, dass wir gemeinsam die Kraft haben, als größte Handelsmacht in dieser Welt eine Rolle zu spielen und auch im Bereich der Entwicklungspolitik tätig sind. 60 Prozent der Entwicklungshilfe dieser Welt wird von der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten geleistet. Das heißt, eine gerechte Welt zu schaffen, ist in unserem ureigensten Interesse.

Ein Land, das ein Drittel seiner Wertschöpfung durch den Export erwirtschaftet, ist das letzte Land, das auf eine Weltoffenheit verzichten kann. Wir können uns nicht auf Deutschland zurückziehen, weil dies katastrophale ökonomische und soziale Konsequenzen hätte. Das, was wir gegenwärtig diskutieren, ist natürlich eine Staatsschuldenkrise. Wir alle haben in den letzten Jahrzehnten zu viel Geld ausgegeben. Es reicht nicht, dass wir intern, hier bei uns, Instrumente wie die Schuldenbremse einsetzen. Es braucht auch eine Verstärkung der Mechanismen der Europäischen Union, damit man sich an die Regeln hält. Ich habe, Klaus-Peter Willsch, manchmal das Gefühl, du verweigerst die Zustimmung den Instrumenten, die dazu dienen sollen, die Ziele zu erreichen, die du proklamierst.

(Vereinzelt Beifall)

Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Ich nenne nur das Europäische Semester, die Kontrollen nationaler Haushalte, die Möglichkeit, jetzt einen Stabilitätspakt anzuwenden, der sehr viel schärfer ist und quasi einen Automatismus bedeutet. Übrigens hat das Europäische Parlament gegen die nationalen Regierungen durchgesetzt, dass jetzt eine stärkere Kontrolle der Einhaltung der Stabilitätskriterien erfolgt. Du solltest einmal überlegen, welche Arbeit das Europäische Parlament leistet. Deine Bemerkung habe ich als außerordentlich unfair betrachtet.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, das kann es aber nicht allein sein. Wir diskutieren zu viel nur über Sparen. Wir müssen durch Strukturveränderungen und einen besseren Einsatz der Strukturfondsmittel, wie es die Bundeskanzlerin gesagt hat, Perspektiven des Wachstums eröffnen. Wer nicht auf Wachstum setzt, zeigt den Menschen keine Zukunft, zeigt nicht das Licht am Ende des Tunnels. Ich glaube, Sparen, Strukturveränderungen und Wachstum gehören zusammen, damit wir ein Bild für unsere Zukunft haben, in der wir bestehen können.

Es ist auch der Finanzmarkt. Von 1996 bis 2007 haben fast alle Euro-Länder ihr Staatsdefizit abgebaut – sogar Italien um 20 Prozentpunkte –, nur drei Länder nicht: Frankreich, Deutschland – durch Rot-Grün – und Griechenland. Wir müssen versuchen, wieder in die Situation zu kommen,

dass die Schulden zurückgezahlt werden können. Das ist nicht chancenlos, wie sich zeigt. Wir sind in der heutigen Situation, weil 2008 durch die Finanzkrise, durch das Kasino, die Staatsdefizite größer geworden sind; denn wir mussten die Banken rauskaufen, weil sie, wie wir gelernt haben, systemisch sind und weil wir Konjunkturprogramme aufgelegt haben. Das hat uns 20 Prozentpunkte gekostet. Irland zum Beispiel hatte noch 2007 ein Staatsdefizit von 25 Prozent. Nur weil sie drei Banken herausgekauft haben, beträgt es jetzt 100 Prozent. Ich glaube, wir sollten deutlich machen, dass auch hier Verantwortung besteht. Soziale Marktwirtschaft bedeutet, dass der Markt der beste Weg ist, die knappen Ressourcen erfolgreich zur Schaffung von Werten einzusetzen. Nicht erst seit Karl Marx wissen wir, dass Märkte, die nicht reguliert sind, sich selbst zerstören. Das haben schon Ludwig Erhard und Konrad Adenauer gewusst, als sie die Wettbewerbsordnung in der Europäischen Union bzw. in der Bundesrepublik Deutschland durchsetzten. Es gäbe keinen Mittelstand. Er wäre zerstört durch die Märkte, wenn es nicht eine Ordnung gäbe, die wir Soziale Marktwirtschaft nennen.

(Vereinzelt Beifall)

Aus diesem Grunde meine ich, dass wir, wie die Bundeskanzlerin sagt, einen internationalen Ordnungsrahmen für eine Soziale Marktwirtschaft brauchen. Wenn die Finanzmärkte nicht mehr national sind, sondern europäisch und weltweit, brauchen wir auch europäische und weltweite Regeln, wenn wir nicht zum Gejagten dieser Finanzmärkte werden wollen, die sekunden-schnell das Geld verzocken, das andere erarbeitet haben.

(Vereinzelt Beifall)

Dazu gehören auch die Ratingagenturen. Ich habe früher große Achtung vor all diesen Institutionen gehabt. Aber wenn ich sehe, dass man sich mal eben um 55 Milliarden Euro bei einer Bank verrechnet, und wenn ich höre, dass die Ratingagenturen Lehman Brothers noch vor dem Zusammenbruch mit Triple A bewertet haben, wie du sagtest, Klaus-Peter Willsch, und Griechenland jetzt hinter Ruanda geratet haben, dann habe ich den Eindruck, dass diese Institutionen nicht Frühwarner sind, sondern Krisenverstärker. Ich glaube, das dürfen wir uns nicht gefallen lassen.

(Vereinzelt Beifall)

Es kann nicht sein, dass 28-jährige Analysten, die noch nie einen Betrieb von innen gesehen haben, darüber entscheiden, welche Länder, Unternehmen und Arbeitsplätze überleben. Das hat mit Sozialer Marktwirtschaft nichts zu tun. Das müssen wir, glaube ich, deutlich sagen.

(Beifall)

Aber lassen Sie mich noch eines sagen. Es wurde das Risiko für unsere Kinder angesprochen. Bismarck hat einmal gesagt:

Deutschland ist zu klein für die Vorherrschaft und zu groß für die Balance.

Ich glaube, dass das heute noch mehr gilt. Immer wenn wir Deutschen meinten, Vorherrschaft ausüben zu müssen, ist das für Deutschland und Europa furchtbar ausgegangen. Wir haben zwei furchtbare Beispiele dafür im letzten Jahrhundert.

Wir sollten auch jetzt, wo wir wirtschaftlich so stark sind, nicht der Versuchung erliegen, zu glauben, dass daraus der Anspruch auf Vorherrschaft in Europa resultiert. Denn dies geht immer zu unseren Lasten aus.

Wenn Herr Professor Henkel mit Deutschland, Österreich, den Beneluxländern und Finnland zusammen einen Nord-Euro machen will, dann sage ich Ihnen: Keines dieser Länder wird in diesen Nord-Euro hineingehen, weil sie sich nicht der deutschen Dominanz ausliefern werden. Es ist völlig unhistorisch, wie dieser Herr denkt.

(Beifall)

Es geht nur, weil Deutschland und Frankreich sich balancieren und sich die Kleinen wohlfühlen und geschützt fühlen. Deswegen müssen wir auch die Polen sehr viel stärker mit einbeziehen, um die Balance herzustellen.

Die Weisheit Bismarcks, die in der Politik von Kohl, Merkel und Adenauer zum Ausdruck kommt, muss die tragende Säule sein, statt 20 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung so zu tun, als hätten wir wieder dicke Arme.

Wir müssen sehen, dass diese Balance die Schicksalsfrage Deutschlands in der Mitte dieses Kontinents ist. Wenn wir diese Politik nicht vorantreiben, werden wir sehr schnell wieder isoliert sein. Deutschland war historisch gesehen bis 1871 Schlachtfeld und Schachbrett der anderen, weil wir ungeeint waren. Als es Bismarck und damit die Klugheit dieses Staatsmannes nicht mehr gab, kamen die furchtbaren Ereignisse.

Die Europapolitik hat jetzt den verbindlichen und dauerhaften Rahmen gegeben, dass dieses Deutschland seinen Platz in diesem Europa findet und deswegen unsere Nachbarn 1990 ohne Scheu sagten: Dieses so geartete Deutschland ist reif für die deutsche Einheit und somit Mitglied der Nationen Europas.

Lasst uns das jetzt in dieser Krise nicht kaputt machen! Denkt an unsere Kinder! Dies zu zerstören, würde wirklich bedeuten, ein großes Risiko für unsere Kinder einzugehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Elmar Brok. – Das Wort hat der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Professor Otto Wulff. Anschließend spricht zu uns Erika Steinbach.

Prof. Dr. Otto Wulff: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freundinnen und Freunde! Ich spreche hier nicht, zunächst jedenfalls, in meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Senioren-Union, sondern als ein stolzes Mitglied einer Partei, der ich fast 60 Jahre angehöre. Ich bin der Meinung, dass jetzt Gelegenheit besteht, dass wir ein wenig mehr darüber nachdenken: Wie hat Europa in der Geschichte unserer Partei unser Land und uns selbst geprägt? Was hat unsere Partei mitgetan, um dieses Europa zu prägen und lebendig zu machen?

Meine Freundinnen und Freunde, wir vergessen zu leicht – Kollege Martens hat es angesprochen –: Vor 65 Jahren, als mein Vater die CDU mit gründete, stand dieses Land vor einem totalen Trümmerhaufen: Millionen Gefallene, Millionen Gefolterte und Verkrüppelte, Millionen auf der Flucht, 15 Millionen Menschen, die in zwei Drittel eines Reichsgebietes hineinkamen, was 80 Prozent seiner industriellen Produktionsstätten und 80 Prozent seines Wohnraumes verloren hatte.

Dieses Land hat nicht aufgegeben. Als ich vor fast 60 Jahren Mitglied der Partei wurde, wurden wir fasziniert von einer Partei, die eine Vision hatte. Diese Vision war Europa.

Ich weiß noch, dass ich als junger Schüler noch vor der Währungsreform zwei Tage mit dem Fahrrad in die nassen Wiesen um Saint Croix fuhr, in Zelten übernachtete und begeistert war, nach dem Krieg mit Holländern, Belgiern, Franzosen und Italienern zusammen zu sein. Wir hatten eine Partei, die CDU, die dieses Europa wollte, und wir wollten es leidenschaftlich mit.

Meine Freundinnen und Freunde, dann begann das Leben dieser stolzen und großartigen Partei, der erfolgreichsten Partei Deutschlands nach dem Krieg, ja, der auch erfolgreichsten europäischen Partei, die wir nach dem Krieg gehabt haben. Damals begann unser Aufstieg: Montanunion, Euratom, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die NATO und die Einbindung der freien Völker im Kampf um die Freiheit.

Meine Damen und Herren, bitte vergessen Sie nicht, dass alle diese Optionen, die die Union umgesetzt hat – Montanunion, Euratom, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, NATO –, gegen den Willen der damaligen Opposition zustande gekommen sind. Uns wurde vorgeworfen, wir würden die deutsche Einheit verraten; wir würden Europa für immer trennen. Nein, die Union war die große Partei für die Freiheit, die die Freiheit immer vor die Einheit gestellt hat und deshalb auch die Einheit in Freiheit und die Begradigung Europas letzten Endes mit dieser Politik verfolgen konnte. Was könnte uns stolzer machen als die Geschichte der Union und Europas?

(Beifall)

Meine Freundinnen und Freunde, ich verlange von meiner Partei wieder etwas mehr Selbstbewusstsein, weniger Jammern und Selbstzweifel und auch weniger Unterlegenheitsgefühle. Was wir jetzt brauchen, ist auch ein Eintreten für eine Politik, die traditionell mit der Partei für Europa, der Union, zu tun hat. Warum vergessen wir das eigentlich?

Ich sehe die vielen Parteitage vor mir. Die meisten, die ich damals erlebt habe, sind schon lange tot. Aber wie sie für Europa gestritten haben und wie man mit Konrad Adenauer auch bei den Wahlen die Schlachten geschlagen hat: Das war eine Zeit, die die Union stolz machen kann.

Als mittlerweile einer der älteren Herren dieser Partei sage ich Ihnen ganz offen: Wenn es mir noch einigermaßen gut geht, freue ich mich jetzt schon wieder auf die kommenden Wahlkämpfe, in denen wir unsere Position klarmachen können. Wir sind nicht das geringere Übel; wir sind die bessere Partei. Das müssen wir uns wieder sagen!

(Beifall)

Meine Freundinnen und Freunde, was Volksabstimmungen anbelangt, habe ich so meine Probleme. Der Verzicht auf Volksabstimmungen bedeutet nicht gleichzeitig den Verzicht auf Demokratie. Aber manchmal hat der Verzicht auf eine Volksabstimmung auch etwas mit politischer und demokratischer Klugheit zu tun, und der wollen wir uns widmen.

(Beifall)

Meine Freundinnen und Freunde, mir kam es zunächst darauf an, das Augenmerk auf die Vergangenheit zu richten, an die wir uns erinnern sollten, wie auch an alle diejenigen, die für diese Union gekämpft haben. Wir sollten nicht vergessen – damit habe ich mich literarisch beschäftigt –: Der Geist der Union, wo die Vision von Europa geboren wurde, geschah auch vor dem Blutgericht Freislers, geschah auch bei den Visionären des 20. Juli, und sie wurde von denen vertreten, die unter Ulbricht, Mielke und Hilde Benjamin damals in den Folterkellern der SED saßen. Ich lasse mir von den Nachfolgern einer solchen Partei nichts sagen und vorsagen, was Europa gut tut. Sie sollten erst ihre eigene Vergangenheit bedenken.

(Beifall)

Schließlich, liebe Freundinnen und Freunde – das sage ich jetzt auch als Chef der Senioren-Union –: Ich weiß, dass sich Angela Merkel nicht in die Rolle einer Krisenmanagerin gedrängt hat.

Das hat sie nicht getan. Aber sie steht jetzt in einer Verantwortung für Europa, und wir, die Union, stehen mit in dieser Verantwortung, wenn wir Europapartei – das sind wir – bleiben wollen.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn das so ist, dann wollen wir sie jetzt in der Arbeit unterstützen – mit vollem Engagement, mit Leidenschaft und auch mit Freude.

(Vereinzelt Beifall)

Ich sage das auch als Mitglied einer Familie, in der mehr als die Hälfte Franzosen sind.

Diese Politik wird Europa helfen. Europa hat den Deutschen, uns, am meisten geholfen. Wenn sie Europa geholfen hat, dann – gestatten Sie mir auch diese Bemerkung – hilft sie auch – das

sage ich als überzeugter deutscher Patriot – und insbesondere meinem geliebten deutschen Vaterland. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Otto Wulff. – Es spricht jetzt zu uns die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach. Anschließend hält sich bereit Professor Milbradt aus dem Landesverband Sachsen.

Erika Steinbach: Liebe Delegierte! Liebe Freunde! Die letzten Monate haben auf eine gnadenlose Art und Weise Defizite der Europäischen Union offengelegt, wie wir sie uns nicht haben vorstellen können. Die Bewältigung dieser Probleme hat eine Kraftanstrengung erfordert, auch seitens der Bundeskanzlerin, wozu ich nur eines sagen kann: Wenn ich jetzt einen Hut aufhätte, würde ich diesen Hut ziehen. Liebe Angela Merkel, es war gigantisch, was Sie geleistet haben.

(Beifall)

Was wir feststellen müssen, ist, dass Kriterien in der Europäischen Union oft genug ignoriert worden sind, schon bei der Aufnahme, dass Spielregeln innerhalb der Europäischen Union nicht eingehalten worden sind. Auch das müssen wir erkennen: Das war nicht die Schuld der Länder, die wir aufgenommen haben, die Mitglied in der Währungsunion geworden sind; das war die Verantwortung derer, die schon drin waren und die seinerzeit die Entscheidung zu treffen hatten. Man ist oftmals leichtfertig darüber hinweggegangen. Insbesondere was die Frage Griechenland anbelangt, war das ein Verschulden der rot-grünen Bundesregierung seinerzeit.

Wir brauchen aber eine Union, in der die Spielregeln eingehalten werden. Wir brauchen eine Union, in der dort, wo erkennbar noch Lücken vorhanden sind, das Regelwerk ausgeweitet und intensiviert wird. Es muss dann auch wirklich eingehalten werden.

Eines möchte ich aber auch sagen: Wir brauchen nicht mehr Europäische Union, sondern wir brauchen ganz einfach ein faires Miteinander.

(Vereinzelt Beifall)

Wir brauchen mehr Europa. – Dieser Satz ist ein sehr sybillinischer Satz. Viele beziehen ihn ausschließlich auf die jetzige Situation der Finanzkrise. Aber dieser Satz beinhaltet sehr viel mehr. Ist damit gemeint, wie man aus CDU-Mund hören konnte: die Vereinigten Staaten von Europa? Lieber Werner Langen, Sie haben gesagt: keine Vereinigten Staaten von Europa – kurze Pause – noch nicht.

Dazu muss ich sagen: Wenn das alles sich dahinter verbirgt, dann müssen wir das gründlich behandeln. Seit Monaten reden wir in dramatischer Weise ausschließlich vom Geld, weil uns nichts anderes übrig bleibt. Aber, liebe Freunde, der Mensch lebt nicht vom Geld allein. Die

Europäische Union und wir Europäer insgesamt – das sind mehr Menschen als diejenigen innerhalb der Europäischen Union; das ist auch Russland, das ist die Ukraine; aber sie alle sind nicht gemeint, wenn wir von Europa im Sinne der Europäischen Union sprechen – leben auf dem Fundament des christlichen Abendlandes. Wenn wir uns für die Europäische Union keine kulturellen Grenzen setzen, wenn wir darauf nicht achten, dann – davon bin ich zutiefst überzeugt – wird es früher oder später zum Ende dieser Europäischen Union führen.

(Vereinzelt Beifall)

Unser Leitsatz steht groß angeschrieben: Für Europa. Für Deutschland. – Meine Reihenfolge ist eine andere. Zunächst einmal sage ich: Für Deutschland. Weil ich für Deutschland bin, deshalb bin ich für eine gut geführte Europäische Union, die uns dann auch hilft. Das ist ein Miteinander, ein Geben und ein Nehmen. – Vielen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Erika Steinbach. – Jetzt hat das Wort Georg Milbradt.

Prof. Dr. Georg Milbradt: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beschwören Europa, und wir sind sicher, dass Europa unsere Zukunft ist; das ist unbestritten. Die Frage des Weges und der Mittel darf aber diskutiert werden. Thomas de Maizière hat es meines Erachtens sehr klar gesagt: Der Euro ist nicht das Ziel, sondern das Mittel, das Instrument. Die Frage, die man stellen muss, lautet: Ist er in der jeweiligen Situation das richtige Instrument, insbesondere wenn man sich die Regelungen innerhalb der Euro-Zone ansieht? Wenn wir über die Frage „Wie lösen wir diese Krise? Wie kommen wir in Europa weiter?“ reden, ist es wichtig, wie ein Arzt zunächst einmal die Diagnose zu stellen. Ich teile die Diagnose, die hier teilweise gemacht worden ist, nur zum Teil. Der Euro ist der Grund der Krise. Nicht der Euro ist in der Krise, sondern durch den Euro wurde die Krise hervorgerufen, weil durch die Reduzierung der Zinsdifferenzen in den Peripheriestaaten ein Anreiz bestand, die Verschuldung, und zwar nicht nur die öffentliche Verschuldung, sondern auch die private Verschuldung, zu erhöhen. Das ist der eigentliche Punkt. Ohne den Euro hätte es diese Schuldenkrise gar nicht gegeben, weil die Staaten gar kein Geld bekommen hätten.

(Teilweise Beifall)

Nur durch die Mechanismen innerhalb der Euro-Zone war das möglich, nämlich durch den großen Kapitalmarkt und die implizite Garantie: Staatsschulden sind sicher. Damit war klar, dass es kein Risiko gibt, außer vielleicht ein paar Basispunkten, die man noch abkassieren kann, die einige auch abkassiert haben. Wir haben die Blasen, die da waren, überhaupt nicht diskutiert. In Irland hat die irische Nationalbank schon im Jahr 2002 gewarnt. Die irische Regierung hat das Gegenteil getan. Auf europäischer Ebene ist das überhaupt nicht zur Kenntnis genommen wor-

den. Es ist eben nicht nur das Versagen von Rot-Grün, sondern es ist auch das Versagen von europäischen Institutionen, das uns dahin gebracht hat.

(Teilweise Beifall)

Das Zweite in diesem Zusammenhang ist: Wir haben zum Euro nicht die Regeln, die es zum Beispiel in Amerika gibt, wo mehrere regionale Zentralbanken miteinander kooperieren. Wir haben noch nicht einmal Amerika kopiert, sondern wir haben eine Möglichkeit geschaffen, wie jedes Land über seine nationale Notenbank Geld schöpfen kann. Das passiert auch in großem Maß. Das ist nicht nur das Thema der Rettungsschirme. Die letzte Zahl der Bundesbank bedeutet: Die Bundesbank hat dem Euro-System 470 Milliarden Euro geliehen, damit die nationalen Zentralbanken in diesen Ländern das Geld an ihre nationalen Banken geben können, die dafür Staatspapiere und teilweise Schrottkredite aufgekauft haben. Das ist die Situation.

(Teilweise Beifall)

Wir reden über ganz andere Dimensionen. Bevor wir uns nicht über die Ursache der Krise eingängig sind, ist die Frage, ob die Therapie richtig ist, möglicherweise gar nicht zu beantworten. Natürlich müssen die Staatsdefizite reduziert werden, aber die Staatsdefizite allein sind gar nicht das Problem. Das Problem ist die fehlende Wettbewerbsfähigkeit.

In den Ländern, über die wir reden, sind die Löhne und Preise teilweise um 40 Prozent stärker gestiegen als in Deutschland. Wenn wir die Staatskredite herunterbekommen – ich hoffe, dass dies klappt; sicher bin ich nicht –, haben wir das Problem der Wettbewerbsfähigkeit nicht gelöst. Lieber Herr Brok, in der Wirtschaftsgeschichte ist noch nie die Frage der Wettbewerbsfähigkeit durch mehr Schulden, sprich durch Wachstum, gelöst worden, sondern nur durch Schrumpfen.

(Vereinzelt Beifall)

Nehmen wir als Beispiel Griechenland. Hier reden wir über notwendige Preis- und Lohnsenkungen in einer Größenordnung von 30 bis 40 Prozent. Davon ist bezogen auf die Wettbewerbsfähigkeit bisher null erreicht worden. In Portugal haben wir ebenfalls null erreicht. In Italien steigen die Preise. Es gibt keine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. Einzig und allein Irland hat die Wettbewerbsfähigkeit hergestellt; Irland hatte aber nie ein großes außenwirtschaftliches Problem. Für Irland war es relativ einfach, weil die irische Regierung, ohne dass die Europäer etwas gesagt haben, schon im Jahr 2008 freiwillig die ersten Maßnahmen ergriffen hat. Die Iren sind nur in Schwierigkeiten gekommen, weil sie – aus ihrer Sicht – unseligerweise den Banken Garantien gegeben haben, und zwar nicht für die Sparguthaben, wie es unsere Bundeskanzlerin damals getan hat, sondern Irland hat auch die ganzen Bankbilanzen garantiert und damit die Schrottkredite der irischen Banken auf dem Immobilienmarkt übernehmen müssen. Das ist der Grund für die irische Krise.

Deswegen müssen wir uns überlegen, ob diese Strategie wirklich funktioniert. Ich habe erhebliche Zweifel daran, dass es gelingt, in den nächsten Jahren in Griechenland die Löhne und Preise um 20 bis 30 Prozent – von 40 Prozent möchte ich gar nicht reden – zu senken. Was aber passiert, wenn sie nicht gesenkt werden? Die einzige Antwort ist: Dann können sie nicht im Euro-Raum bleiben. Deswegen finde ich es richtig, dass die Möglichkeit aufgenommen wird, dass jemand aus der Euro-Zone austritt.

(Teilweise Beifall)

Im Übrigen ist die Frage, ob man dann freiwillig oder nicht freiwillig austritt, relativ einfach. Im selben Augenblick, in dem Griechenland keinen Kredit mehr bekommt und keine Euros mehr drucken kann, ist es gezwungen, aus der Währungsunion auszutreten. Das heißt, die Frage wird daran beantwortet, ob die Bedingungen oder Erwartungen, die wir an Griechenland richten, erfüllt werden. Ich habe meine Zweifel, dass sie erfüllt werden. Die letzten Zahlen der Europäischen Kommission bezüglich Griechenland sind noch viel schlechter als die Zahlen, die beim letzten Rettungspaket für Griechenland zugrunde gelegt wurden. Wir bekommen praktisch alle drei Monate, teilweise alle sechs Wochen immer schlechtere Zahlen. Jetzt fängt auch Portugal an und sagt: Die Zahlen sind bei uns viel schlechter, wir brauchen eine Nachverhandlung. – Das ist die Diskussion. Deswegen müssen wir über Alternativen nachdenken. Wenn wir nur denken, dass der Euro gleich Europa ist, dann werden wir nicht weiterkommen.

(Teilweise Beifall)

Der Euro ist eine gute Sache, wenn nur die Länder den Euro haben, die dazu in der Lage sind – das ist ein objektives Kriterium – und willens sind; dies hängt mit den politischen Institutionen und den Gewerkschaftsstrukturen in diesen Ländern zusammen. Ich habe gelernt, dass das Motto der Europäischen Union heißt: *In varietate concordia*, in der Vielfalt die Einheit. Dies steht als Gegensatz zum Motto der USA: *E pluribus unum*, aus Vielem eins. Wir sind kein Melting Pot, sondern Europa wird auch in Zukunft durch Subsidiarität, durch Unterschiedlichkeit leben. Im ökonomischen Bereich bedeutet dies, dass, wenn ein bestimmtes Maß der Unterschiedlichkeit überschritten wird, keine Währungsunion möglich ist.

(Vereinzelt Beifall)

Ich möchte Ihnen eine Weisheit, die bekannt war und ist, nennen. Man hat gehofft, dass es zur Konvergenz kommt. Das Gegenteil ist eingetreten. Die europäischen Staaten im Euro sind im Jahre 2011 wirtschaftspolitisch weiter voneinander entfernt, als sie 1999 oder 1998 – im Falle Griechenland 2002 –, also bei ihrem Eintritt in die Währungsunion, waren. Das ist die Realität.

(Vereinzelt Beifall)

Die Hoffnungen wurden alle nicht erfüllt. Wir können ja hoffen, aber wir müssen auch in der Lage sein, zu überprüfen, ob das, was wir erwartet haben, auch eingetreten ist und wie wir in Zukunft das Eintreten garantieren können.

(Vereinzelt Beifall)

Noch etwas zum Thema Griechenland: Ich glaube, einige von Ihnen wissen, dass es eine große Währungsunion gegeben hat – im Übrigen sind alle großen Währungsunionen der Geschichte gescheitert –: die sogenannte Lateinische Münzunion. Mitglieder waren Frankreich, Italien, Belgien, die Schweiz und Griechenland. Diese Währungsunion ist im Jahre 1908 durch den Rausschmiss Griechenlands faktisch beendet worden, weil Griechenland auch in der Lateinischen Münzunion nicht in der Lage war, die Bilanzen zu halten. Daher ist diese Währungsunion vor dem Ersten Weltkrieg formell aufgelöst worden.

Das heißt, wir müssen uns, wenn wir über Europa reden, auch mit der Geschichte befassen, und zwar nicht nur mit der europäischen Einigungsgeschichte, sondern auch mit den Vorteilen und Gefahren von Währungsunionen. Eine Währungsunion ist nicht per se etwas Gutes. Eine Währungsunion ist dann etwas Gutes, wenn die Länder homogen sind.

(Teilweise Beifall)

Sie sind Gift, wenn die Länder inhomogen sind. Deswegen ist eine Währungsunion, die zwischen inhomogenen Staaten geschlossen wird, wo es keinen Konvergenzprozess gibt, nicht gut für Europa, sondern bringt die europäischen Länder gegeneinander auf, weil die wirtschaftlichen Interessen immer stärker werden. Deswegen sind die Fragen zum Euro und zu Europa sehr differenziert zu beantworten.

Der nächste Punkt, den ich gerne erwähnen möchte, betrifft die Marktwirtschaft. Natürlich gehört zur Marktwirtschaft, dass derjenigen, der Geschäfte abschließt, auch für sie haftet. Das ist die beste Regulierung, die es gibt.

(Vereinzelt Beifall)

Natürlich braucht man auch andere Regulierungen, aber wenn man die Haftung – aus welchen Gründen auch immer – relativiert, zerstört man die Marktwirtschaft und macht Kasinokapitalismus.

(Vereinzelt Beifall)

Kasinokapitalismus heißt auf gut Deutsch: Ich wette, und wenn ich gewinne, bekomme ich das Geld, und wenn ich verliere, zahlt es der Staat. Das ist das Problem. Solange ich nicht die Haftung durchsetze, und zwar nicht nur die von Staaten, sondern die von Banken, wird es nicht funktionieren. Das heißt, das pleitegehen von Banken und Staaten ist fundamental für das Wirken eines solchen Mechanismus. Wenn Sie diesen ausschalten, gibt es nur noch politische Mechanismen, und diese werden nicht funktionieren.

(Vereinzelt Beifall)

Im Falle der Banken möchte ich auf eines hinweisen. Es wird immer gesagt, man solle die Banken beteiligen. Der Normalfall in unserer Wirtschaftsordnung ist, dass der Gläubiger zahlt.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn ein Handwerker seinen Kredit bei der Bank nicht zurückzahlen kann, wird auch nicht gesagt: Der Staat muss an den Verlusten beteiligt werden. Die Bank ist zu 100 Prozent beteiligt, und niemand käme auf die Idee, dass der Staat dieses übernimmt. Deswegen müssen wir die Dinge wieder auf den Punkt bringen. Die Haftung ist der Normalfall, und die Hilfe ist die Ausnahme.

(Teilweise Beifall)

Es geht nicht darum, die Beteiligung der Banken einmal zu prüfen. Nein, sie muss zu 100 Prozent da sein, und nur in besonderen Fällen, die man vorher definiert, kann man etwas anderes machen; denn sonst wird man von den Banken erpresst. Wir haben doch gesehen, dass wir Angst vor den Banken haben, wenn diese sagen: Wenn wir pleitegehen, dann geht ihr alle mit. Wir haben Angst, dass Griechenland Pleite geht. Das ist doch absurd. Dann bestimmt doch nicht mehr der Gläubiger über den Schuldner, sondern der Gläubiger hat Angst vor dem Schuldner. Aus der Situation kommt dann der Schuldner gut heraus.

Das erinnert mich an einen Witz aus dem alten Wien: Treffen sich zwei Kaufleute, sagt der eine zum anderen: Ich schlafe so schlecht. – Da fragt der andere: Warum? – Der eine antwortet: Ich habe einen Wechsel laufen, der in der nächsten Woche platzt, und ich weiß nicht, wie ich das Geld beschaffen soll. – Da sagt der andere: Du Dummkopf, sag das doch dem Gläubiger, dann schläft der schlecht und du gut.

(Vereinzelt Beifall)

Wir dürfen nicht in eine solche Situation kommen. Das heißt, Plan B, dass zur Not jemand pleitegehen kann und die Solidarität beendet wird, muss offen sein. Wenn ich ihn ausschließe, habe ich keinerlei Verhandlungsmöglichkeit.

Ein nächster Punkt. Von einer EZB nach dem Vorbild der Bundesbank sind wir meilenweit entfernt.

(Vereinzelt Beifall)

Es gibt in der EZB zwar dieselben Regeln wie in der Bundesbank, aber es gibt in der Bundesbank andere Menschen mit anderen Kulturen. Ich war im Mai letzten Jahres, als das große Rettungspaket, also der EFSF, beschlossen wurde, in Italien. Dort stand in der „Il Corriere della Sera“, also einem ernstzunehmenden Blatt: Endlich ist die alte Bundesbank tot.

Das heißt, man hat natürlich auch andere Vorstellungen über die Zentralbankpolitik.

Das, was der von mir sehr verehrte Herr Schäuble sagt, hat mit Geldpolitik meines Erachtens relativ wenig zu tun. Wenn ich für Hunderte von Milliarden Staatsanleihen aufkaufe, um den Zinsanstieg für Staatsanleihen zu reduzieren, dann mache ich das doch nicht, um die Banken zu scho-

nen, sondern um den Finanzministern in diesen Ländern zu helfen, dass sie nicht so hohe Zinsen zahlen müssen. Das heißt also, man macht genau das Gegenteil von dem, was notwendig ist.

(Teilweise Beifall)

Sie konnten es ja selbst sehen: Als Herr Draghi den Herrn Trichet bearbeitet hat, griechische Staatsanleihen zu kaufen, und als dann der Zinssatz nur ein bisschen herunterging, hat Herr Berlusconi sofort das Sparpaket wieder aufgeschnürt. Herr Berlusconi ist doch nicht durch die Europäer, also sozusagen durch Klassenkeile von den Staats- und Regierungschefs, zur Raison gekommen, sondern nur durch die Drohung der Märkte. Das ist das Einzige, was hilft. Wenn ich dieses Instrument ausbaue, wird es nicht funktionieren. Deswegen ist die Frage, wie es mit der EZB weitergeht, ganz entscheidend.

Ich habe einen ganz anderen Eindruck. Es wird ständig über die Big Bazooka, über die große Panzerfaust, geschrieben, die das Problem lösen kann. Jeder weiß, dass durch die Hebelung des EFSF bestenfalls eine Billion Euro zusammenkommen. Außerdem sind die Chinesen zu den Bedingungen gar nicht bereit, eine zu zahlen; denn die Versicherung, die in diesem System enthalten ist, ist ihnen zu klein ausgelegt. Im Falle von Griechenland braucht man drei Billionen Euro. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Bundesregierung in den Deutschen Bundestag mit der Aussage geht, dass eine Verfünfachung bis Verzehnfachung der Schirme notwendig wäre. Man wird vielmehr ganz einfach sagen: Bitte EZB, kaufe! Das wird das Ergebnis sein.

Dass es bisher noch nicht zu einer Inflation gekommen ist, hängt ganz einfach damit zusammen, dass die EZB und die Notenbanken zwar wie verrückt Geld drucken, die Bundesbank aber eine andere Politik verfolgt. Sie stampft nämlich das Geld, das von der EZB und im Süden gedruckt wird, wieder ein. Mittlerweile sind wir in einer Situation, dass das deutsche Bankensystem netto der Bundesbank und der EZB Kredit gibt. Das ist eine völlig anomale Situation; das hat es in der Welt noch nie gegeben. Normalerweise leiht die Notenbank den Geschäftsbanken Geld. In Deutschland sind wir schon zu dieser anomalen Situation gekommen. Angesichts dieser Tatsache muss es erlaubt sein, über den bisherigen Weg und über die Details nachzudenken.

(Teilweise Beifall)

Eines will ich hier ganz offen sagen: Ich glaube nicht an die Weisheit der Politiker, insbesondere wenn es die Kollegen sind. Erster Punkt: Solange der Ecofin-Rat die wesentliche Steuerung in diesem System ist, wird es nicht funktionieren. Zweiter Punkt: Wenn wir eine europäische Regierung haben, kann sie nicht nur auf die Fiskal-Union beschränkt sein; denn sie muss auch das Thema Lohnfindung abdecken. Wenn die Löhne weiter wachsen wie in Italien und in Griechenland, dann wird es nicht funktionieren. Dann können Sie die Staatsschulden begrenzen, wie Sie wollen: Das Problem bleibt bestehen. Das heißt also, die Europäische Union, von der wir reden, ist keine Fiskal-Union. Das wäre viel zu kurz gegriffen. Es muss eine volle Integration geben.

Im Übrigen will ich zur Fiskal-Union noch Folgendes sagen: Was wollen Sie denn in Griechenland machen? Sie können einen Kommissar dorthin schicken, der feststellt, dass bestimmte Dinge nicht gemacht wurden. Die logische Konsequenz wäre das, was ich als Finanzminister in Sachsen gemacht habe, wenn ein Bürgermeister aus der Spur ging: Absetzung des Bürgermeisters und Absetzung des Rates. Das ist notwendig, um die entsprechenden Maßnahmen durchzusetzen.

(Teilweise Beifall)

Bei allen europäischen Visionen, die ich mit meinen Vorrednern teile, sehe ich aber nicht, wie wir im Augenblick und auf absehbare Zeit eine freigewählte Regierung und ein freigewähltes Parlament durch einen Kommissar aus Brüssel, am besten durch einen deutschen, ersetzen können. Selbst wenn wir es täten, müssten wir uns fragen: Wer macht denn die Verwaltung? Das geht doch überhaupt nicht. Deswegen ist unsere Vorstellung über ein Mehr an Europa in Teilen richtig, aber nur in Teilen. Es ist leider nicht die Lösung des Problems.

(Teilweise Beifall)

In varietate concordia: Wir müssen ein Europa haben, in dem es einen unterschiedlichen Status gibt. Denn die Engländer und auch ein Teil der skandinavischen Länder würden etwas anderes nie mitmachen. Wir werden immer ein Europa unterschiedlicher Geometrie haben, um ein Wort von Schäuble aus den 90er-Jahren zu gebrauchen. Nur wenn wir diese unterschiedliche Geometrie haben, wird Europa ein Erfolg sein. Ohne ein Kerneuropa ist das, was der Parteitag hier beschließt, nicht zu machen. Zu glauben, man könne das für die 27 Mitgliedsländer und für die Beitrittskandidaten – ich nenne Kroatien, Albanien, Bosnien-Herzegowina, den Kosovo und Serbien – machen, halte ich für völlig undenkbar, zumindest auf absehbare Zeit. Deswegen wäre ein Mehr an Bescheidenheit in dieser Frage wirklich sinnvoll. Dann kommt man auch zu einem vernünftigen Europa. Dies gelingt aber nicht durch Träumerei, sondern nur durch Realitätssinn und natürlich mit Visionen. Visionen sind richtig, aber sie müssen auf der Realität aufbauen und nicht im Wolkenkuckucksheim begründet sein.

(Teilweise Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Danke, Georg Milbradt. – Das war nach unserem Kenntnisstand hier oben im Tagungspräsidium die letzte Wortmeldung zur allgemeinen Aussprache zu unserem europapolitischen Leitantrag. Nun übergebe ich die Leitung des Parteitages an Peter Hintze.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Wir kommen jetzt zur Beratung des Antrages D, also des Antrages zur Europapolitik. Wer der Beratung folgen möchte, muss sich jetzt einen kurzen Moment konzentrieren, weil es zwei Unterlagen gibt, die wir parallel betrachten.

Sie finden den Antrag D und nahezu alle Voten der Antragskommission in dem Band II der Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission. Das ist die erste Unterlage, die Sie brauchen. Die zweite Unterlage, die Sie brauchen, ist die Sammlung der Initiativanträge und weiterer Sachanträge, die heute verteilt wurde.

Ich will Ihnen noch kurz, bevor wir in die einzelnen Punkte einsteigen, sagen, was die Antragskommission am heutigen Tag neu entschieden hat. So kommen wir im Verlaufe der Beratung mit den Texten klar. In der heute verteilten Sammlung der Initiativanträge und weiterer Sachanträge gibt es drei Voten, die für den Europaantrag insgesamt von Bedeutung sind.

Die erste Änderung betrifft den Initiativantrag C 110 der Kollegen Lenssen, Holzenkamp und weiterer Delegierter. Dabei geht es um die Bilanzierungsregeln. Dieser Initiativantrag hat heute der Antragskommission vorgelegen und ist in einer erweiterten Form zur Annahme empfohlen. Sie finden diesen Antrag auf Seite 13 der Sammlung der Initiativanträge. Er wird also an der entsprechenden Stelle, so wie es die Antragskommission vorschlägt, in den Antrag übernommen. Das ist die erste Änderung.

Bei der zweiten Änderung geht es um das Stimmengewicht in der EZB. Diesen Antrag finden Sie auf Seite 20 in der Sammlung der Initiativanträge. Hier hat die Antragskommission ihr Votum dahin gehend abgeändert, dass wegen der besonderen Sensibilität dieses Themas heute nicht abschließend entschieden werden soll, sondern dem Bundesvorstand für die weitere Beratung übergeben werden soll. Damit ist das Votum der Antragskommission in der Sammlung der Anträge, Band II, in diesem Punkt verändert.

Die dritte Änderung betrifft den freiwilligen Austritt aus dem Euro. Hier ist auf Anregung unserer Kollegen aus dem Europäischen Parlament – die Antragskommission schlägt ja eine solche freiwillige Austrittsmöglichkeit vor – noch einmal ein ausdrücklicher Verweis auf den Lissabonner Vertrag und auf die Regeln des Austritts aus der Europäischen Union selbst angeführt worden, der im Analogieschluss in Zukunft auch als Möglichkeit für den Austritt aus der Euro-Zone bei gleichzeitiger Beibehaltung der EU-Mitgliedschaft gelten soll. Diese Änderung finden Sie auf Seite 22 des heute verteilten Bandes der Sammlung der Initiativanträge sowie der letzten Empfehlungen der Antragskommission.

Die Anträge zur Ziffer 22, also zum EZB-Stimmengewicht, finden Sie, wenn Sie hinterher darüber diskutieren wollen, in der ursprünglichen Sammlung der Anträge in Band II. Das ist auch die Gliederung, nach der wir jetzt vorgehen werden.

Sind die Sachverhalte denjenigen, die an dieser Debatte besonders interessiert sind, insoweit klar? Ich rufe gleich die einzelnen Punkte auf. – Ich erfahre keinen Widerspruch, zum Teil eine etwas zurückhaltende Zustimmung.

Ich mache jetzt folgenden Vorschlag. Wir haben heute eine klare und gute Einführung durch den Generalsekretär Hermann Gröhe in den Gesamtantrag gehört. Gerade haben wir eine sehr gute

Debatte über das Pro und Contra des grundsätzlichen Sachverhalts geführt. Es liegen jetzt zu einigen Anträgen Wortmeldungen vor. Die ersten Wortmeldungen beziehen sich auf Ziffer 22. Ich frage Sie deshalb, ob es zu den Ziffern 1 bis 21 – Sie finden sie in der Sammlung der Anträge jeweils in der rechten Spalte unter den Empfehlungen der Antragskommission – Ihrerseits Wortmeldungen gibt. Diese müssten jetzt erfolgen. Es liegt uns eine Reihe von Wortmeldungen zu den Ziffern 22, 23, 24 und 32 vor. Ich frage noch einmal: Möchte jemand zu den Ziffern 1 bis 21 das Wort? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir jetzt ab.

Wer den Ziffern 1 bis 21 in der Vorlage der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es dazu Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Gibt es Enthaltungen? – Bei vier Enthaltungen sind die Ziffern 1 bis 21 beschlossen.

Wir kommen zur Ziffer 22 und zum Antrag D 125. Diesen finden Sie auf Seite 40 des Bandes II der Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission. Dazu spricht Dr. Holger Rautschek.

Dr. Holger Rautschek: Sehr geehrtes Tagungspräsidium! Meine Damen und Herren! Ich möchte gern zum Antrag D 125 sprechen. Ich bitte Sie, diesen Antrag nicht abzulehnen, wie von der Antragskommission vorgeschlagen, sondern ihm zuzustimmen. In Art. 123 des Lissabon-Vertrags ist es verboten, dass die EZB unmittelbar Staatsanleihen ankauft. Selbst wenn die EZB das jetzt mittelbar gemacht hat, sind dasselbe Ziel und derselbe Effekt damit erreicht. Ich denke, wir sollten dieses Vorgehen nicht nachträglich sanktionieren. Deswegen bitte ich Sie, diesem Antrag D 125, dass die entsprechenden Passagen gestrichen werden, zuzustimmen.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission der Generalsekretär Hermann Gröhe.

Hermann Gröhe, Antragskommission: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich verweise auf die Empfehlung der Antragskommission, aus der zweierlei deutlich wird. Erstens: Wir wollen, dass in Zukunft diese Möglichkeiten nicht mehr eine Aufgabe der EZB sind, sondern durch den Rettungsschirm wahrgenommen werden. Wir wollen genau dort zu einer sauberen Trennung kommen. Wir sagen aber ausdrücklich aus Respekt vor der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank, dass dieses Verhalten in der Vergangenheit erforderlich war, dass es jetzt aber durch neue Möglichkeiten zu einer sauberen Trennung zwischen Geld- und Finanzpolitik kommen wird. Das ist eine angemessenere Antwort als einerseits die Unabhängigkeit der Zentralbank zu beschwören und andererseits eine massive Kritik hinterherzuschicken. In der Zukunftsperspektive sind wir einig. Deshalb, glaube ich, wäre es gut, wenn wir dem Votum der Antragskommission folgen.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Kollege Milbradt und Kollege Langen.

Prof. Dr. Georg Milbradt: Lieber Kollege Gröhe, wenn man die EZB auffordert, die Verträge einzuhalten, ist das kein Eingriff in ihre Unabhängigkeit, sondern die Aufforderung, dass die EZB endlich ihre Unabhängigkeit wahrnimmt und sich nicht weiter als Fiskalagent der Finanzminister geriert.

Mein zweiter Punkt. Herr Gröhe, ich würde ja das andere nach dem Motto „Vergangenheit ist vergangen, darüber brauchen wir nicht groß zu reden“ zubilligen. Es steht allerdings in dem Antrag, den Sie unterstützt haben, dass der Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB beendet werden soll. Wörtlich heißt es weiter: „Sie sind nur noch als letztes Mittel akzeptabel ...“. Damit öffne ich die Tür doch wieder.

(Vereinzelt Beifall)

Natürlich müssen Sie diese Tür öffnen, wenn Sie wie im Falle Italiens die große Panzerfaust raus holen wollen. Das heißt, wenn Sie ernst meinen, was Sie sagen, dann muss dieser Satz gestrichen werden. Dann kann man zustimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Jetzt hat der Kollege Langen das Wort.

Dr. Werner Langen: Ich möchte Herrn Milbradt ausdrücklich widersprechen. Seit 1997 gibt es in der Satzung der Europäischen Zentralbank den Abs. 2 des Art. 18. Dort steht: Die Europäische Zentralbank kann Staatsanleihen, Wertpapiere und verbrieft Papiere auf dem Sekundärmarkt aus geldpolitischen Gründen aufkaufen. Sie hat nicht mehr getan, als ihre Satzung von 1997 wahrzunehmen. Ich glaube, es war richtig und notwendig, weil die Geschwindigkeit der Märkte sich von der Geschwindigkeit demokratischer Entscheidungsstrukturen unterscheidet.

Es bleibt auch in Zukunft notwendig. Wer sich an die Geschichte der DM erinnert, der weiß, dass Finanzminister Theo Waigel noch 1992, als es darum ging, die Staaten für den Euro fit zu machen, über Nacht dem französischen Staat 50 Milliarden DM zur Verfügung gestellt hat, und zwar aus Gründen der Geldmarktstabilisierung. Hinzu kommt, was Herr Milbradt gerade über Herrn Draghi gesagt hat. Ich war schon länger der Überzeugung, dass Herr Draghi eine gute Wahl ist. Wenn man den Donnerstag der letzten Woche verfolgt hat, dann konnte man feststellen, der neue Präsident der Europäischen Zentralbank hat an diesem Tag nicht interveniert und die italienischen Zinsen sind dramatisch gestiegen. Erst Donnerstabend gab es die Bereitschaft zum notwendigen politischen Umschwung. Insofern ist die Form der Antragskommission an der Realität orientiert, sachlich gerechtfertigt und für die Zukunft notwendig. – Danke schön.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Wir kommen zur Abstimmung über den Punkt. Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um sein Stimmzeichen.

Wer stimmt gegen das Votum der Antragskommission? – Wer enthält sich? – Bei einer beträchtlichen Anzahl an Gegenstimmen und fünf Enthaltungen ist das Votum der Antragskommission angenommen.

Weitere Anträge zur Ziffer 22 werden jetzt von Michael Stübgen begründet, der zum Antrag D 128 – Sie finden ihn auf Seite 41 des Antragsbands II – redet, und Jürgen Hardt, der zum Antrag D 135 redet. Michael Stübgen, bitte.

Michael Stübgen: Ich nehme Stellung zum Antrag des Landesvorstandes Brandenburg. Die Antragskommission schlägt in Zeile 398 f. folgende Formulierung vor: Nicht zuletzt wegen fehlender Weisungs- und Durchgriffsrechte auf überschuldete Staaten lehnen wir die Einführung von Eurobonds strikt ab. – Das ist ein völlig richtiger Satz. Bedauerlicherweise ist dem Satz „Wir lehnen Eurobonds strikt ab“ ein Halbsatz vorangestellt, der nach unserer Einschätzung unsere Position eher verunklart, als dass er deutlich macht, was wir nicht wollen.

Warum wollen wir keine Eurobonds? Es ist klar: Eurobonds, wie auch immer sie strukturiert werden, würden eine Haftungsunion in Europa installieren. Wir hätten dann den Länderfinanzausgleich, wir hätten dann den Bail-out, faktisch und unverrückbar. Es hat sich nichts an den Gründen dafür geändert, warum wir schon beim Maastrichter Vertrag darauf gedrungen haben, dass wir keinen Bail-out in der Europäischen Union erlauben wollen. Wir wollen keine Eurobonds, weil wir bei Einrichtung der Eurobonds, anders als uns einige klarmachen wollen, es nicht schaffen würden, das durchzuhalten, was Wolfgang Schäuble gegen härtesten Widerstand bei dem bisherigen Rettungsschirm durchgesetzt hat, nämlich, dass die Euro-Länder nach eingelegtem Kapital und nach ihrer Wirtschaftskraft, das heißt pro rata, haften.

Bei Euro-Bonds würden wir zwangsläufig zur gesamtschuldnerischen Haftung kommen, das heißt, jeder haftet für alles, vor allem diejenigen, die noch etwas haben.

Der wichtigste Grund, warum wir keine Euro-Bonds wollen, ist: Das, was wir ursprünglich gegen harte Widerstände durchgesetzt haben, nämlich die strikte Konditionalität der Hilfsleistung, wird nicht funktionieren. Wie wichtig diese strikte Konditionalität ist, konnten wir in Griechenland gerade in den letzten drei Wochen beobachten. Zunächst hat Griechenland die Schuldentragfähigkeit verloren. Daraufhin hat die Euro-Gruppe auf einem Sondergipfel mit nachhaltigsten Kraftanstrengungen ein zweites Griechenland-Paket mit massiver Gläubigerbeteiligung geschnürt. Der damalige Ministerpräsident Papandreou glaubte, die sechste Tranche in Höhe von 8 Milliarden Euro sicher zu bekommen, und erklärte einen Tag später der überraschten Weltöffentlichkeit, ein Referendum durchführen zu wollen. Das politische Kalkül war deutlich: Er wollte seine schwindende Machtbasis wiederherstellen. Allerdings hätte Griechenland dann drei Monate lang keine Anstrengungen unternommen, seine eigene Haushalts- und Finanzpolitik in den Griff zu bekommen. Als klar war, dass die 8 Milliarden Euro nicht gezahlt werden, schon gar nicht unter diesen Bedingungen, ging alles ganz schnell. Inzwischen bemüht sich Griechenland unter einer Übergangsregierung, die Reform voranzutreiben.

Ich glaube, es ist sehr wichtig, dass wir an der strikten Konditionalität festhalten. Deshalb sollte unsere Position klar sein: Wir sind strikt gegen Euro-Bonds.

(Teilweise Beifall)

Ich bitte darum, unseren Antrag zu unterstützen, der im Übrigen inhaltlich identisch mit dem Antrag des Landesvorstandes Baden-Württemberg ist. – Danke schön.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission spricht jetzt der Generalsekretär Hermann Gröhe.

Hermann Gröhe, Antragskommission: Liebe Freundinnen, liebe Freunde, Kollege Stübgen hat in Sonderheit das Thema Konditionalität hervorgehoben. Das durchzieht den ganzen Antragstext. Es ist völlig selbstverständlich: Solidarität und überprüfbare Eigenleistung gehören zusammen. Wir hatten in dem Ursprungstext zum Thema Euro-Bonds, zu dem es mehrere Änderungsanträge gibt, erklärt: Aufgrund fehlender Durchgriffs- und Weisungsrechte lehnen wir Euro-Bonds strikt ab. Das ist in der Tat von dem einen oder anderen Antragsteller nicht als Begründung verstanden worden. Deswegen hat die Antragskommission jetzt vorgeschlagen: Nicht zuletzt wegen fehlender Durchgriffsrechte etc. lehnen wir strikt ab. – Damit wollen wir den Zusammenhang von Haftung und Verantwortung betonen, aber auch das Missverständnis ausräumen, damit seien gleichzeitig Möglichkeiten für Euro-Bonds angedeutet. Ich halte es für richtig, dass wir unser Nein begründen. Wenn wir dem Vorschlag des Kollegen Stübgen folgen, gibt es nur noch die Erklärung: Wir lehnen die Euro-Bonds strikt ab. – Wenn man der Antragskommission folgt, weiß man, warum wir das tun. Deshalb bitte ich um Ihre Zustimmung.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank. – Ich lasse abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, wie der Generalsekretär es vorgetragen hat, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Ich erbitte die Gegenstimmen. – Enthaltungen? – Bei einigen wenigen Enthaltungen und etwa einem Viertel Gegenstimmen ist der Antrag der Antragskommission angenommen.

(Teilweise Beifall)

Jetzt meldet sich Kollege Hardt zum Antrag D 135.

Jürgen Hardt: Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreunde! Ich rede als der Kreisvorsitzende des antragstellenden Kreisverbandes Wuppertal für den Antrag D 135; Sie finden ihn auf S. 43 der Antragssammlung Band II. In diesem Antrag schlagen wir vor, dass das Verfahren über die Abstimmung im EZB-Rat zukünftig geändert wird. Im EZB-Rat gilt heute bei den 23 Mitgliedern

– 17 Zentralbankgouverneure, darunter der Präsident der Deutschen Bundesbank Herr Weidmann, und sechs Direktoren – das Prinzip: One man, one boat. Das bedeutet, die Stimme des Zentralbankgouverneurs von Malta oder von Zypern hat im Zentralbankrat das gleiche Gewicht wie die des deutschen Zentralbankchefs. Ich finde auch vor dem Hintergrund, dass wir beim ESM, dem Europäischen Stabilitätsmechanismus, eine ganz klare Stimmengewichtung haben werden – dort werden ja die Gouverneure entsprechend der Einlage abstimmen –, dass wir ebenso im EZB-Rat ein stärkeres Gewicht der Staaten haben müssen, die mehr zu der gemeinsamen Volkswirtschaft beitragen. Ich glaube, es täte der EZB gut, wenn die Stimme von Herrn Weidmann, dem Präsidenten der Deutschen Bundesbank, ein stärkeres Gewicht hätte als heute. Ich plädiere deshalb dafür, diesen Antrag anzunehmen.

Die Antragskommission hat am vergangenen Montag empfohlen, den Antrag anzunehmen. Vor wenigen Stunden hat die Antragskommission nun entschieden, den Antrag an den Bundesvorstand zu überweisen. Ich finde das Votum vom vergangenen Montag richtig.

(Teilweise Beifall)

Ich finde, dass wir hier als vertragstreue und europatreue Union durchaus an dem Punkt angekommen sind, wo wir auf den Tisch legen sollten, was wir am Primärrecht der Europäischen Union ändern wollen, was wir für änderungsbedürftig halten. Ich habe auch die Bundeskanzlerin heute Morgen so verstanden, dass sie sich klar für eine Vertragsänderung ausspricht. Wer, wenn nicht wir hier und wenn nicht Deutschland, sollte zum jetzigen Zeitpunkt der gegenwärtigen Diskussion im Vorfeld einer möglichen Vertragsänderung das auf den Tisch legen, was wir für richtig halten? Deswegen wäre es gut, wenn dieser Parteitag den Antrag D 135 so, wie ursprünglich von der Antragskommission empfohlen, annähme. Wir könnten damit ein klares Signal setzen, dass wir ein stärkeres Gewicht der deutschen Stabilitätskultur in der Europäischen Zentralbank wollen. – Danke schön.

(Teilweise Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Der Kollege Hardt hat den Sachverhalt richtig vorgetragen. Wir haben heute in der Antragskommission noch einmal in Ruhe darüber gesprochen, nachdem wir uns gestern Abend im Bundesvorstand darüber ausgetauscht haben. Wir waren uns einig, dass das ein sehr wichtiges Thema ist, aber auch ein Thema, bei dem das Gebot der Klugheit eine gewisse Sensibilität verlangt. Wir stehen jetzt vor der Frage, was wir wie in Europa angehen wollen. Deswegen haben wir uns darauf geeinigt, das Thema im Bundesvorstand weiter zu beraten, statt es jetzt an die Kolleginnen und Kollegen in anderen Mitgliedstaaten weiterzureichen. Es war auch ein Herzensanliegen unserer Bundeskanzlerin, dass wir mit diesem Thema so sensibel umgehen. Das hat die Antragskommission heute einstimmig überzeugt. Meine Bitte ist, dass wir diesem Votum hier folgen.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen kann, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei sieben Enthaltungen und einer beträchtlichen Zahl von Gegenstimmen ist dem Votum der Antragskommission gefolgt worden. Ich bedanke mich.

Ich rufe jetzt die Ziffer 22 insgesamt in der von uns festgestellten Form auf. Wer der Ziffer 22 in der festgestellten Form zustimmt, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei sechs Enthaltungen und circa 22 Gegenstimmen ist das so beschlossen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

– Es können auch 23 Gegenstimmen gewesen sein; da bitte ich um Nachsicht.

Wir rufen die Ziffer 23 auf. Hier hat sich der Kollege Ulf Thiele zum Antrag D 141 gemeldet. Diesen Antrag finden Sie in der Antragsmappe II auf S. 45.

Ulf Thiele: Herr Präsident! Liebe Freunde! Ich spreche zum Antrag D 141. Denn der Leitantrag „Starkes Europa – Gute Zukunft für Deutschland“ ist der Entwurf einer klaren und vor allen Dingen besseren Architektur der europäischen Finanzmarkt- und Geldpolitik. Die Struktur des deutschen Finanzmarktes unterscheidet sich aber erheblich von der Struktur aller anderen Finanzmärkte in Europa. Darum haben wir als Niedersachsen uns das Dreisäulensystem unserer deutschen Bankwirtschaft vorgenommen und darum gebeten, das in diesen Antrag einzufügen.

Denn Deutschland hat mit insgesamt 2.100 Geldinstituten einen wesentlichen Schwerpunkt bei den Sparkassen – davon gibt es ungefähr 450 – und bei den Genossenschaftsbanken; davon gibt es 1.250 in Deutschland. Der wesentliche Teil unserer Banken sind echte Mittelstandsbanken. Auch viele Privatbanken gehören zu diesem Sektor. Während wir uns in Deutschland darüber freuen, dass in diesen Bereichen nach 1930 ein sehr stabiles, funktionsfähiges Einlagensicherungssystem aufgebaut wurde, kämpfen viele andere europäische Länder im Moment darum, ihre großen, sehr stark konzentrierten Banken durch diese Finanzkrise zu bekommen.

Da wir wissen, dass die Europäische Kommission schon mehrfach versucht hat – genauso wie jetzt im Rahmen von Basel III –, dass Drei-Säulen-Modell des deutschen Finanzmarktwesens mindestens auszuhöhlen und Ansätze für eine Privatisierung zu finden, sind wir der Auffassung, dass wir als Christdemokraten hierauf ein besonderes Augenmerk legen sollten.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, viele von uns sind mindestens in einem Organ einer Sparkasse oder einer Genossenschaftsbank vertreten und kennen daher die ständigen Diskussionen mit Bankenvorständen über die Frage, wie man mit bürokratischen Auflagen umgehen und die Existenzberechtigung unseres Bankenwesens mit sehr bedeutenden Mittelstandsbanken verteidigen sollte. Die entscheidende Frage lautet, ob zukünftig Anteile an Sparkassen und

Genossenschaftsbanken handelbar sind. Meine Freunde, nachdem wir festgestellt haben, dass die Europäische Kommission wiederholt den Versuch unternommen hat, dieses System auszuhöhlen – zuletzt die Kommissarin Neelie Kroes, die 2009, mitten in der Finanz- und Wirtschaftskrise, gesagt hat, das deutsche System sei überholt, und Veränderungen verlangt hat; danach wollte man einen weiteren Anlauf über die Basel-III-Linie unternehmen; heute hat der Bundesverband öffentlicher Banken ausdrücklich davor gewarnt, dass die aktuellen Pläne zur Änderung des deutschen Kreditwesengesetzes in der Folge von Basel III dazu führen können, dass wesentliche Bestandteile unseres Finanzmarktes so nicht aufrechtzuerhalten sind, insbesondere das Drei-Säulen-Modell keine Berücksichtigung mehr in den allgemein geltenden Finanzmarktrichtlinien der Europäischen Kommission finden kann, haben wir diesen Antrag gestellt, um insbesondere ein klares Signal der CDU Deutschlands für unsere Sparkassen und Genossenschaftsbanken zu geben.

(Beifall)

Nun gibt es einen ähnlichen Antrag der Mittelstandsvereinigung, den Antrag C 16 bei den Sachanträgen. Die Antragskommission hat zuerst die Ablehnung unseres Antrages zum Leitantrag empfohlen. Inzwischen kommen aber Signale, man denke darüber nach, unseren Antrag gemeinsam mit dem Antrag C 16 zu behandeln und dann in die weitere Gremienarbeit einzubringen. Wir haben uns nach kurzer Rücksprache dafür entschieden, liebe Freunde, dem zuzustimmen. Aber ich bitte die Antragskommission herzlich, beide Anträge nicht nur an die EVP-Fraktion zu überweisen, die möglicherweise unter dem Aspekt anderer internationaler Bankensysteme anders beraten wird. Vielmehr sollten sich auch der Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion dieser beiden Anträge explizit annehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir gehen davon aus, dass es für uns Deutsche besonders wichtig ist, dass die Interessen der Genossenschaftsbanken und der Sparkassen berücksichtigt werden. Unter dieser Voraussetzung wären wir mit einem entsprechenden Votum einverstanden. – Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Das war ja schon mal ein echtes Friedensangebot. – Jetzt spricht Werner Langen, und dann für die Antragskommission der Kollege Presser.

Dr. Werner Langen: Herr Präsident! Ich habe keine Einwände dagegen, dass der Antrag überwiesen wird und dass so das Ganze gelöst wird. Aber sachlich ist zu erwähnen, dass Basel III eine Vereinigung von Bankenaufsichtern und Zentralbankpräsidenten ist, angelehnt an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel, und dass die Vorschläge, die dort erarbeitet werden, noch umgesetzt werden müssen. Wir haben bereits die Basel-II-Richtlinie mit einer Mittelstandskomponente verabschiedet. Aber sie ist bis heute nicht in Großbritannien umge-

setzt worden. Die Basel-II-Richtlinie, initiiert nach der Asienkrise Ende der 90er-Jahre, ist auch in den USA nicht umgesetzt worden.

Unser Ziel ist es, im Europäischen Parlament im Mitentscheidungsverfahren die Bedingungen bei der Umsetzung von Basel III so zu gestalten, dass das deutsche Bankensystem voll funktionsfähig bleibt. Neelie Kroes ist eine Kommissarin der Zeitgeschichte. Sie hat nicht mehr so viel Einfluss wie früher und hat keine Erfolge bei der Änderung des deutschen Bankensystems zu verzeichnen. Richtig ist aber auch – da möchte ich Herrn Milbradt widersprechen –: Es waren nicht nur irische Banken, die in Irland eine Finanzmarktkrise verursacht haben, sondern es waren auch Tochterbanken deutscher Landesbanken.

(Vereinzelt Beifall)

Die größten finanziellen Probleme hatten nicht die Privatbanken, die Sparkassen oder die Genossenschaftsbanken, sondern die Töchter der Landesbanken.

(Vereinzelt Beifall)

Nicht jede Intervention in Brüssel ist deshalb falsch, weil in Deutschland falsch argumentiert wird.

Ich schlage vor, den Antrag zu überweisen, aber nicht mit der Begründung, dass die EVP das möglicherweise nicht regelt. Wir haben das geregelt und sind fest entschlossen, die Struktur des deutschen Bankensystems im Mitentscheidungsverfahren zu erhalten. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank. – Es war wichtig, den europarechtlichen Kontext dieser Vorschriften ins Bewusstsein zu rücken. Nun spricht für die Antragskommission der Kollege Presser.

Jürgen Presser, Antragskommission: Liebe Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Ich kann bestätigen, was Herr Thiele gesagt hat. Wir werden unser Votum, bezogen auf den Antrag D 141, ändern. Ich kann ihm auch inhaltlich folgen. Er ist hier nicht berücksichtigt worden, weil wir uns im Vorfeld darauf verständigt hatten, keine sehr technischen Anträge zum Leitantrag einzubringen. Es ist richtig, dass es mit C 16 der MIT einen inhaltlich vergleichbaren Antrag gibt. Wir stehen mit diesem Antrag – das sage ich als Mitglied der MIT in der Antragskommission – voll dahinter. Ohne Mittelstandsbanken ist es nicht möglich, den deutschen Mittelstand ausreichend zu finanzieren. Ohne eine ausreichende Finanzierung des deutschen Mittelstandes setzen wir unseren Wohlstand und Arbeitsplätze aufs Spiel; das kann nicht sein. Deswegen sollten die entsprechenden Gremien dies beraten und nachhaltig durchsetzen. Ich freue mich über das, was Herr Langen gesagt hat. Wir beantragen in Abänderung des bisherigen Votums, den Antrag D 141 zusammen mit C 16 zu behandeln und beide Anträge an die EVP-Fraktion – das ist eine Bestätigung und eine Ermutigung für die Arbeit, Herr Langen – und an die Bundestagsfraktion sowie an den CDU-Bundesvorstand zu überweisen. – Danke schön.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Danke sehr. – Ich hatte den Antragsteller eben so verstanden, dass er damit einverstanden ist. – Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Stimmzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Bei sechs Gegenstimmen und zwei Enthaltungen ist das so beschlossen.

Wir kommen jetzt zum Antrag D 149 auf Seite 48. Hier geht es um die Frage, ob wir die Transaktionsteuer jetzt einführen sollen oder ob wir uns dann an den Finanzplatz London binden und uns von ihm abhängig machen. Zu dem Antrag spricht der Kollege Peter Beuth vom Landesverband Hessen, der den Antrag D 149 vertritt.

Peter Beuth: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte Sie auf den Antrag D 149 aufmerksam machen. Ich spreche für den Antrag D 149. Ich spreche damit auch für die Finanztransaktionsteuer. Dieser Antrag D 149 sieht vor, dass wir diese Finanztransaktionsteuer nur einführen, wenn wir den Finanzplatz London mit dabei haben. Ich will das ganz kurz begründen. Ich will Ihnen aber auch zurufen: Nach unserer Überzeugung liegt das nicht nur im hessischen Interesse, sondern im deutschen Interesse. Wir haben am Finanzplatz Frankfurt 70.000 Menschen, die als Mitarbeiter einen nennenswerten und wichtigen Beitrag für den Wohlstand in unserem Land leisten, für die Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft, aber eben auch mit den erwirtschafteten Steuereinnahmen insgesamt eine profitable Arbeit für alle in allen Bundesländern leisten. Deswegen möchte ich Sie darauf hinweisen, dass wir gut beraten sind, uns zu überlegen, ob wir einen Wettbewerbsnachteil auslösen, wenn wir eine Finanztransaktionsteuer im Zweifel, wenn es uns nicht gelingen sollte, sie in Europa zu verankern, auf den Euro-Raum begrenzen.

Meine Damen und Herren, Frankfurt ist der dreizehntgrößte Finanzplatz in der Welt. London ist der größte Finanzplatz in der Welt. In der Sekunde, in der im Euro-Raum eine solche Steuer existiert – Frankfurt wäre davon betroffen –, würde es zu Ausweichreaktionen kommen, die am Ende nur London nützen und Frankfurt schaden würden. Deswegen, meine Damen und Herren, möchte ich Sie sehr herzlich bitten, unserem Antrag zuzustimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist keine Frage von diplomatischer oder politischer Taktiererei, über die wir hier, auf dem Bundesparteitag, zu entscheiden haben. London wird sich von der Androhung, dass wir im Zweifel in der Euro-Zone eine solche Steuer einführen, sicherlich nicht beeindrucken lassen. Nein, natürlich nicht; denn London hätte einen ganz unmittelbaren Vorteil davon. Deswegen unsere herzliche Bitte, dass Sie unserem Antrag zustimmen.

Es gibt ein Beispiel aus den 80er-Jahren: Damals ist die Börsenumsatzsteuer in Schweden eingeführt worden. Diese Börsenumsatzsteuer hat dazu geführt, dass das Handelsvolumen an der schwedischen Börse in den ersten Wochen nennenswert eingebrochen ist. Am Ende wurden fast

50 Prozent der schwedischen Werte nicht mehr in Schweden, sondern an anderen Finanzplätzen, insbesondere in London, gehandelt.

Ich will nicht so weit gehen, wie Oswald Metzger vorhin in der Aussprache, der von einer Placebopolitik gesprochen hat. Aber wir sollten aufpassen, dass wir nicht eine Politik machen, die dazu führt, dass wir eine Finanztransaktionsteuer im Euro-Raum einführen, die am Ende ausschließlich London nutzt. Wir würden dann nicht nur die Steuereinnahmen aus der Finanztransaktionsteuer nicht haben, sondern, wenn es zu dieser Ausweichbewegung kommt, würden wir auch Steuereinnahmen, die wir im Moment haben, verlieren. Deswegen meine herzliche Bitte, unserem Antrag zuzustimmen. Das ist nicht nur im Interesse der Stadt Frankfurt und der 70.000 Mitarbeiter, das ist nicht nur im Interesse des Landes Hessen, sondern das liegt im gesamtdeutschen Interesse. Insofern bitte ich um Zustimmung. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Frage ist sehr gründlich bedacht worden. Wir hatten am Freitag eine Konferenz in London. Ich kann Ihnen sagen, dass man im London sehr genau auf die Euro-Zone schaut. Natürlich diskutiert auch die britische Bevölkerung über diese Frage. Sie fängt an, zu sagen: Die Finanztransaktionsteuer ist erstens ein wichtiges Mittel gegen den Hochfrequenzhandel und die nicht mehr in den Griff zu bekommenen Volatilitäten, und die Finanztransaktionsteuer ist zweitens ein Mittel zur Herstellung von Gerechtigkeit, weil dieser Handel der einzige auf der Welt ist, der steuerfrei ist. Wenn Sie mit Lebensmitteln handeln, müssen Sie Steuern zahlen. Davon hängen der Hunger und die Gesundheit von Menschen ab. Wenn Sie mit Geld oder solchen Produkten handeln, zahlen Sie nichts.

Wir werden die Finanztransaktionsteuer nur einführen können, wenn eine große Bereitschaft unter den Völkern Europas besteht, sie zu realisieren. Wenn wir England mitteilen: „Wir verzichten darauf, wenn ihr das nicht wollt“, werden wir sie nie kriegen. Den Drive, um das, was unsere hessischen Freunde wollen, zu erreichen, und zwar mit London, bekommen wir nur, wenn wir sagen: Wir sind entschlossen, das zu machen. Deswegen darf ich Sie herzlich bitten, dem Votum der Antragskommission zu folgen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich lasse darüber abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei neun Enthaltungen und einer beträchtlichen Anzahl von Gegenstimmen ist das so beschlossen.

(Vereinzelt Beifall – Vereinzelt Widerspruch)

– Ich möchte dazu ganz kurz sagen: Die Hessen haben gute Argumente vorgebracht. Sie haben ihre Stimmen geschlossen abgegeben. Aber ungefähr drei Viertel des Saales haben der Antragskommission zugestimmt. Das kann man von hier oben eindeutig sehen.

(Vereinzelt Beifall Zuruf)

– Der hessische Ministerpräsident reduziert auf zwei Drittel. Ich bin ein großzügiger Mensch. Im Protokoll erfassen wir: zwei Drittel Zustimmung.

Ich rufe die Anträge D 204 und D 208 zu Ziffer 32 auf. Die Anträge finden Sie auf den Seiten 63 und 64/65. Dazu spricht der Kollege Werner Jostmeier.

Werner Jostmeier: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Die Zielsetzung des Antrages D 204 tragen wir nachhaltig mit. Ich habe nur die Bitte, dass wir uns überlegen, wie Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit am besten gewahrt werden können. Die Beispiele, die vorhin von Peter Liese und Markus Pieper vorgebracht wurden, treffen zu. Liebe Freunde, ich frage mich und ich frage Sie: Wollen und brauchen wir dazu eine neue zusätzliche Behörde? Brauchen wir dazu eine Bürokratie? Wenn Sie den neuen Text auf der Seite 63 rechts ansehen, dann stellen Sie fest, dass die Schaffung eines neuen EU-Normenkontrollrates gefordert wird.

Wir haben dank Helmut Kohl und Theo Waigel seit dem Vertrag von Maastricht, den AdR, den Ausschuss der Regionen. Der Ausschuss der Regionen in Brüssel ist bestückt mit Vertreterinnen und Vertretern der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, also mit Landräten, Bürgermeistern, polnischen Wojewoden, französischen Vertretern der Departements usw. Dort ist der Sachverstand versammelt, wenn ich das so sagen darf, wenn es um die Wahrung von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit geht.

Als wir im Jahr 2007 die EU-Ratspräsidentschaft innehatten – dank Bundeskanzlerin Merkel –, ist der AdR im Vertrag von Lissabon wesentlich gestärkt worden. Der AdR ist in seiner verfassungsrechtlichen Stellung gestärkt worden. Im Verfassungsvertrag steht, dass der AdR Hüter der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit sein soll. Deshalb, liebe Freunde, meine ganz herzliche Bitte – diese Bitte trage ich in Abstimmung mit dem Präsidenten des Hessischen Landtags, Herrn Kartmann, der auch Vorsitzender der deutschen CDU-Gruppe im AdR ist, vor: Ja zu dem Antrag D 204, aber bitte den Satz, in dem eine neue Bürokratie gefordert wird, in dem ein EU-Normenkontrollrat gefordert wird, streichen. Bitte Ja zu dem Antrag D 208 des Kreisverbandes Coesfeld, zwei Seiten weiter. Wir weisen darauf hin, dass der AdR diese Funktion, wenn man ihm die entsprechenden Kompetenzen gibt, basisnah übernehmen kann. – Herzlichen Dank.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Hermann Gröhe für die Antragskommission.

Hermann Gröhe, Antragskommission: Lieber Kollege Jostmeier, ich glaube, wir müssen hier unterscheiden. Bezüglich des Themas Subsidiarität ist die wertvolle Arbeit des Ausschusses der Regionen zu Recht gewürdigt worden. Da gibt es die Möglichkeit der Subsidiaritätsklage und anderes mehr. Deswegen habe ich auch Verständnis, wenn man der Einrichtung eines

Subsidiaritätsrates in dieser Zuständigkeit kritisch gegenübersteht. Deswegen folgt die Antragskommission diesem Vorschlag nicht.

Beim Normenkontrollrat geht es nicht um eine neue Behörde. Es geht um das, was wir auf Bundesebene seit einigen Jahren mit großem Erfolg machen, nämlich darum, dass dem Gesetzgeber von unabhängiger Seite eine Schätzung der Bürokratiekosten an die Hand gegeben wird. Herr Ludewig war zu Beginn dieser Veranstaltung hier. Er könnte berichten, wie hilfreich Empfehlungen des unabhängigen Normenkontrollrates für die Gesetzgebung des Bundes sind. Eckart von Klaeden ist im Kanzleramt dafür zuständig.

Das ist ein kleiner Kreis, der dem Parlament aber wichtige Impulse für die Arbeit gibt.

Auf europäischer Ebene haben wir die Arbeitsgruppe von Edmund Stoiber, die genau in diesem Sinne arbeitet, die aber nicht diese institutionelle Unabhängigkeit hat, die wir dem Normenkontrollrat in Deutschland aufgrund der guten Erfahrungen einräumen. Deswegen bitte ich, hier zu trennen. Zum Thema Subsidiarität ist viel institutionell geschehen und verankert. Deswegen bedarf es in der Tat keiner neuen Behörde. Die Arbeit aber, die Edmund Stoiber und seine hochrangig besetzte Gruppe zum Bürokratieabbau leistet, sollten wir auf solide Füße stellen, wie es in Deutschland beim Normenkontrollrat der Fall ist. Deswegen bitte ich Sie um Ihre Zustimmung zum Votum der Antragskommission.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank. Es geht beim Votum der Antragskommission um mehr Transparenz und um das Managen von ziemlich großer Komplexität. Ich glaube, dass dieser Wunsch auch beim Ausschuss der Regionen und in den einzelnen Mitgliedstaaten stark ist. Unser Normenkontrollrat ist da ein gutes Vorbild.

Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einer beträchtlichen Anzahl von Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist dies angenommen.

Damit sind wir am Schluss der Einzelberatungen. Wir kommen jetzt dazu, unserem Europaantrag, dem Antrag zu dem kostbarsten Erbe, das uns die Mütter und Väter der CDU hinterlassen haben, nämlich die Integration Europas weiter voranzubringen, eine möglichst breite Zustimmung zu geben. Wer dem Europaantrag in der in der Einzelberatung festgestellten Form zustimmt, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Neun Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Zehn Enthaltungen. Bei neun Gegenstimmen und zehn Enthaltungen von uns tausend Delegierten haben wir den Antrag zu Europa beschlossen.

(Beifall)

Danke, Hermann Gröhe, der diesen Antrag mit der Europakommission für diesen Parteitag vorbereitet und uns vorgelegt hat, und allen, die in dieser Kommission mitgearbeitet haben. Ich

danke aber auch dem Parteitag, dass er in einem hohen Maß an Mitmachbereitschaft und Präsenz diesen Beratungen und den Diskussionsteilnehmern viele Stunden gefolgt ist. Recht herzlichen Dank!

Ich übergebe das Wort an Ulla Heinen.

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Peter Hintze, dass du uns so hervorragend durch die zahlreichen Anträge zur Abstimmung geführt hast.

Wir kommen jetzt zu TAGESORDNUNGSPUNKT 17:

ANTRÄGE ZUM STATUT, ZUR FINANZ- UND BEITRAGSORDNUNG
UND ZUR GESCHÄFTSORDNUNG DER CDU

Ich mache darauf aufmerksam, dass wir nach diesen neun Anträgen unter TAGESORDNUNGSPUNKT 18 zur Beratung der sonstigen Anträge kommen werden. Der erste Antrag, der dazu aufgerufen wird, bezieht sich auf das Thema Mindestlohn und Lohnuntergrenzen. Das sage ich nur für Ihre zeitliche Planung, damit jeder Bescheid weiß.

Wir kommen nun zu den Anträgen zur Änderung des Statuts, der Finanz- und Beitragsordnung und der Geschäftsordnung der CDU. Das sind die Anträge B 1 bis B 9 auf den Seiten 411 bis 415 in der dicken Antragsbroschüre.

Zunächst muss ich etwas kurz erläutern: Sie können sich vielleicht daran erinnern, dass wir auf unserem letzten Parteitag in Karlsruhe auch drei Anträge zur Änderung des Statuts an den Bundesvorstand überwiesen haben. Dies geschah aus Zeitgründen, weil wir Dienstagvormittag eine engagierte PID-Debatte geführt haben. Der Bundesvorstand hat nun beschlossen, dass die Anträge heute noch einmal zur Abstimmung gestellt werden. Es handelt sich um die Anträge B 4, B 6 und B 8 in der Antragsbroschüre, wobei sich der Antrag B 8 erledigt hat, weil der Antragsteller mit Antrag B 9 eine modifizierte Fassung vorgelegt hat.

Ich rufe jetzt den Antrag B 1 des Bundesvorstandes auf. Sie finden ihn auf Seite 413. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag anzunehmen. Wird dazu das Wort gewünscht. – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist dies einstimmig angenommen worden.

Ich rufe Antrag B 2 des Bundesvorstandes auf. Sie finden ihn auf Seite 413 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt auch hier, den Antrag anzunehmen. Wird dazu das Wort gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann ist dies angenommen.

Ich rufe den Antrag B 3 der Jungen Union auf. Sie finden diesen Antrag auf Seite 413. Die Antragskommission empfiehlt hier, den Antrag abzulehnen. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Ja, dazu wird das Wort gewünscht.

Tom Zeller: Frau Präsidentin! Liebe Freundinnen! Liebe Freunde! Mein Name ist Tom Zeller. Ich bin stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Union. Ich möchte kurz für diesen Antrag der Jungen Union sprechen. Die Antragskommission besteht sicherlich aus lauter klugen und weisen Politikern,

(Vereinzelt Beifall)

die auch eine sehr gute Entscheidung getroffen haben. In diesem einen kleinen Fall aber glaube ich, dass wir hier als Bundesparteitag das Signal senden sollten, das wir unsere Parteibasis, die jeden Tag die Arbeit macht, ernst nehmen. Deshalb sind wir als Junge Union dafür, die Quoren für die Einberufung des Bundesparteitags zu senken. Auf der anderen Seite sollten wir festschreiben, dass wir jährlich diesen wunderbaren Kongress abhalten und – das ist der nächste Satzungsänderungsantrag, der der Freunde der CDU Baden-Württembergs – die entscheidenden Weichenstellungen, die wir als CDU treffen, nämlich die Koalitionsvereinbarungen, gemeinsam auf dem Bundesparteitag verabschieden.

(Vereinzelt Beifall)

In diesem Sinne bitte ich, dem Votum der Antragskommission ausnahmsweise nicht zu folgen, sondern der Basis das Signal zu senden, dass wir sie ernst nehmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Zeller. – Für die Antragskommission spricht jetzt der Generalsekretär.

Hermann Gröhe, Generalsekretär der CDU: Liebe Freundinnen! Liebe Freunde! Die Voten der Antragskommission in Statutfragen sind, wenn Sie so wollen, ein Paket. Wir haben gerade den Beschluss gefasst, den Bundesausschuss der CDU Deutschlands deutlich zu vergrößern, um unseren kleinen Parteitag flexibler und gleichzeitig stärker in den Gliederungen der Partei zu verankern. Das haben Sie heute mit dem Antrag B 1 des Bundesvorstandes beschlossen.

Wir haben, was die Größe des Bundesparteitags und – ohne dem Bericht des Schatzmeisters vorgeifen zu wollen – auch, was das Volumen des Parteitags angeht, den größten Parteitag aller bundesdeutschen demokratischen Parteien. Ich glaube, es ist sinnvoll, sowohl im Hinblick auf die Frage, wann wie eine Koalitionsvereinbarung ansteht, wie lange sie verhandelt werden kann und wann man entscheidet, der Parteiführung bzw. den Verhandlungsführern in der Fraktion das Maß an Flexibilität zu geben, das erforderlich ist. Wir tagen im Regelfall jährlich. Wir stärken den Bundesausschuss. Ich bitte aber, davon Abstand zu nehmen, einen Bundes-

parteitag dieser Größenordnung davon abhängig zu machen, dass 15 von unseren weit über 300 Kreisverbänden eine solche Veranstaltung mit all den Folgen einberufen können.

Da ich natürlich den Antragsteller, die Junge Union, wertschätze, habe ich mir erlaubt, im Statut der Jungen Union nachzusehen. Es bedarf dort eines Drittels der Bundesländer – das ist eine noch anspruchsvollere Hürde –, um zu einem wunderbaren Deutschlandtag zusammenzukommen.

Deswegen haben wir, glaube ich, eine faire Ausbalancierung in unserem eigenen Statut gefunden und den Bundesausschuss gestärkt, flexibel gemacht und mit Mitwirkungsmöglichkeiten für alle Gliederungen der Partei ausgestattet. Ich bitte um das Zustimmungsvotum der Antragskommission.

(Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Hermann Gröhe, für diesen klaren Überblick über die Situation der Gesamtpartei.

Ich lasse jetzt über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenstimmen, bitte! – Enthaltungen? – Eine klare Mehrheit für die Empfehlungen der Antragskommission.

Ich rufe den Antrag B 4 des Landesverbandes Baden-Württemberg auf. Sie finden ihn auf den Seiten 413 und 414. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag abzulehnen. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Ja.

Steffen Bilger: Liebe Delegierte! Wenn wir uns fragen, was die Ursachen für viele unserer Schwierigkeiten in dieser Koalition sind, dann müssen wir uns eingestehen, dass vieles mit dem Koalitionsvertrag zusammenhängt, der vielleicht doch etwas schnell abgeschlossen und vielleicht auch zu wenig diskutiert wurde. Deshalb stellen wir diesen Antrag, dass das Ergebnis von Koalitionsverhandlungen beim Bundesparteitag diskutiert und beschlossen werden soll. Ich denke, das wäre auch ein klares Zeichen, dass wir mitentscheiden dürfen, was bei Koalitionsverhandlungen herauskommt. Deswegen bitte ich um Unterstützung für diesen Antrag.

(Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission Hermann Gröhe, bitte.

Hermann Gröhe, Antragskommission: Liebe Freunde, gerade wenn man das Argument des Kollegen Bilger ernst nimmt, dass eine Situation bei Koalitionsverhandlungen entstehen kann, in der es darum geht, ob wir noch eine Woche mehr brauchen, weil dann das Ergebnis besser ist, dann brauchen Sie das Maß an Flexibilität, nicht mit Vorlauf von Monaten in Erwartung des Ausgangs der Bundestagswahl oder analog dazu der Landtagswahlen schon etwas zu terminieren. Dann brauchen Sie die Bereitschaft, in den Verhandlungen zu sehen, wann Sie ein gutes

Ergebnis geschafft haben, und dann kurzfristig ein handlungsfähiges Gremium einzuberufen. Deswegen haben wir heute den Bundesausschuss gestärkt und vergrößert. Ich bitte Sie: Erhalten Sie auch zukünftig in Verhandlungen, gerade damit man nicht unter falschen Zeitdruck gerät, diese Flexibilität!

(Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Hermann Gröhe.

Ich lasse jetzt über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer der Antragskommission und dem Appell des Generalsekretärs folgt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Es ist angenommen.

(Zurufe: Was?)

Das Votum der Antragskommission ist angenommen. Es gab eine starke Gruppe auch inmitten des Parteitags für das Votum der Antragskommission. Herzlichen Dank!

Ich rufe den Antrag B 5 des Landesverbandes Berlin auf. Sie finden ihn auf Seite 414. Die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag an den Generalsekretär zu überweisen. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer dagegen ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer sich enthält, ebenfalls. – Damit ist die Beschlussempfehlung so angenommen.

Ich rufe den Antrag B 6 der CDU in Niedersachsen auf, Seite 414 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag in der Fassung der Antragskommission anzunehmen. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist für die Beschlussempfehlung der Antragskommission? Ich bitte um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Klar angenommen.

Ich rufe den Antrag B 7 des Kreisverbandes Nordfriesland auf, Seite 415 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag abzulehnen. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über diesen Antrag abstimmen. Wer der Beschlussempfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer dagegen ist, den bitte ich ebenfalls um das Handzeichen. – Wer enthält sich? – Damit ist er klar angenommen.

Ich rufe jetzt den Antrag B 9 des Kreisverbandes Rhein-Sieg-Kreis auf. Zu B 9 gehört B 8 – ich habe vorhin schon etwas dazu gesagt – auf Seite 415 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag B 9 an den Generalsekretär zu überweisen und den Antrag B 8 als erledigt zu betrachten. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung abstimmen. Wer für die Empfehlung der Antrags-

kommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Damit ist die Beschlussempfehlung so angenommen.

Ich bedanke mich ganz herzlich für die Beratung der Anträge zum Statut.

Wir kommen jetzt zum schon erwarteten TAGESORDNUNGSPUNKT 18:

SONSTIGE ANTRÄGE BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG

Sie finden die sonstigen Anträge – das ist in etwa so, wie vorhin beim Europaantrag – zum einen in der dicken Antragsbroschüre mit den Empfehlungen der Antragskommission, und zwar ab Seite 419, und zum anderen in dem dünneren Band III der Sammlung der Anträge. Alle Anträge, die wir jetzt behandeln, sind mit dem Buchstaben C gekennzeichnet.

Ich rufe jetzt den Antrag C 1 der CDA und weiterer Antragsteller zum Thema Arbeitsmarktpolitik, insbesondere zur Einführung einer Lohnuntergrenze, auf Seite 419 auf. Es sind zu diesem Thema – das haben wir auch schon breit diskutiert – einige Initiativanträge eingegangen. Die Antragskommission hat in ihrer heutigen Sitzung noch einmal ausführlich dazu beraten. Der Bundesvorstand hat sich in seiner gestrigen Sitzung ebenfalls ausführlich mit dem Thema befasst.

Die Antragskommission hat heute beschlossen, ihr Votum noch einmal zu ändern, und empfiehlt Ihnen nunmehr, den Initiativantrag C 102 der Delegierten Strobl, Tillich, Klöckner, Bouffier und weiterer Delegierter sowie den Initiativantrag C 103 der Delegierten Schlamann, Mißfelder, Fuchs und weiterer Delegierter zusammen mit den Anträgen C 1 und den zahlreichen Anträgen, die zusätzlich zum Thema Lohnuntergrenze und Mindestlohn eingegangen sind, zu behandeln. Welche Anträge das sind, finden Sie sowohl in der dicken Antragsmappe als auch in der Sammlung der Anträge, Band III.

Die Antragskommission hat jetzt alle Anträge einschließlich der Initiativanträge in der Fassung der Antragskommission von C 102 zusammengefasst. Die neu vorgelegte Fassung können Sie in dem dünnen Band III unter der Ziffer 102 auf den Seiten 7 bis 9 lesen, der Ihnen als Tischvorlage vorliegt.

Die neue Fassung unterscheidet sich von der bisherigen Empfehlung der Antragskommission durch eine teilweise geänderte Ziffer 2, die nunmehr wie folgt lautet – ich möchte sie Ihnen gerne kurz vorlesen –:

Die CDU hält es für notwendig, eine allgemeine verbindliche Lohnuntergrenze in den Bereichen einzuführen, in denen ein tarifvertraglich festgelegter Lohn nicht existiert.

Die Lohnuntergrenze wird durch eine Kommission der Tarifpartner festgelegt und soll sich an den für allgemein verbindlich erklärten tariflich vereinbarten Lohnuntergrenzen orientieren.

Die Festlegung von Einzelheiten und weiteren Differenzierungen obliegt der Kommission. Wir wollen eine durch Tarifpartner bestimmte und damit marktwirtschaftlich organisierte Lohnuntergrenze und keinenpolitischen Mindestlohn.

So lautet jetzt die Empfehlung. Die neue Formulierung von Ziffer 2 finden Sie in dem dritten Band der Anträge. Mit Annahme dieses Antrags werden, rein formal, alle anderen Anträge zur Lohnuntergrenze erledigt.

Es liegt schon eine Liste mit einer ganzen Reihe von Wortmeldungen vor. Zur Einführung in das Thema und die Beschlussempfehlungen der Antragskommission gebe ich Generalsekretär Hermann Gröhe das Wort.

Hermann Gröhe, Generalsekretär der CDU: Liebe Freundinnen! Liebe Freunde! Wir haben das Thema heute bereits im Bericht der Vorsitzenden, in meinen Ausführungen und in den allgemeinen Aussprachen erlebt. Was macht die CDU als Volkspartei stark? Dass wir soziale Verantwortung und wirtschaftliche Vernunft zusammenhalten, dass bei uns die Anliegen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Mittelständlerinnen und Mittelständler, der Wirtschaft in gleicher Weise gut aufgehoben sind, dass wir glauben, dass das Ordnungsprinzip der Sozialen Marktwirtschaft die Antwort ist, wenn es darum geht, Konflikte nicht im Gegeneinander, sondern im Miteinander in gemeinsamer Verantwortung zu lösen!

Ich finde, was wir in den letzten Wochen an Diskussionen in der Partei erlebt haben, angestoßen durch die Freunde der Sozialausschüsse, der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, aufgegriffen in ganz vielen Diskussionen in den Regionalverbänden, dann in Vereinigungen, etwa der Mittelstandsvereinigung, der Jungen Union, in Landesverbänden, zeigt, dass wir uns auf den Weg gemacht haben, das Thema zu diskutieren: Gibt es Anlass, unsere Position weiterzuentwickeln im Hinblick auf das, was ich vorhin die weißen Flecken auf der Tarifvertragslandkarte genannt habe?

Alle Anträge, die zu diesem Thema eingegangen sind, besagen: Es darf nicht sein, dass weiße Flecken die Möglichkeit geben, gleichsam beliebig niedrige Löhne zu zahlen; vielmehr brauchen wir eine allgemeine verbindliche Untergrenze. Alle Anträge besagen: Das gehört nicht ins Parlament, nicht in den Streit der Fraktionen, sondern das vertrauen wir den Tarifparteien an. Wir glauben, dass Gewerkschaften und Arbeitgeber die Richtigen sind, wirtschaftlich vernünftige und sozialverträgliche Lösungen zu finden. Deswegen, so meine ich, war das ein eindrucksvolles Beispiel für eine gute Diskussionskultur.

Ich will mich bei den Antragstellern, auch bei den Antragstellern von Initiativanträgen, bedanken, die uns schon in den letzten Tagen ihre Entwürfe zugesandt haben nach dem Motto: Seht euch das an! Können wir da etwas zusammenführen? – Das gab die Entscheidung, zu sagen: Wir

brauchen diese Untergrenze in dem Bereich, wo es keine Tarifverträge gibt. Aber wie sie gestaltet wird, das vertrauen wir einer Kommission an, die über Einzelheiten und Differenzierung entscheiden soll. Das wollen wir nicht zur eigenen Sache machen, sondern den Auftrag erteilen, sie in die Pflicht nehmen, damit es aufhört, dass beliebig niedrige Löhne möglich sind.

Ich verweise darauf, dass die Empfehlung der Antragskommission auch zu dem Punkt „Equal Pay bei der Zeitarbeit“ etwas sagt und auf die entsprechende Kommission hinweist, die die Tarifpartner gebildet haben mit dem Ziel, zu einem vernünftigen Ergebnis und zu einem verantwortlichen Umgang mit dem Thema der befristeten Arbeitsplätze zu kommen.

Ich glaube, gerade angesichts des Umstandes, dass wir noch überzeugen müssen – in unserer Gesellschaft, in unserer Koalition, bei den geschätzten Tarifpartnern –, ist es gut, wenn wir in dieser Diskussion ein starkes Votum zustande bringen. Die Tatsache, dass wir uns mit vielen Antragstellern auf einen Text verständigen konnten und dass ihn die Antragskommission heute einstimmig zur Annahme empfiehlt, stimmt mich optimistisch. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung.

(Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Hermann Gröhe. – Jetzt hat das Wort der Vorsitzende der CDA, Karl-Josef Laumann. Danach bitte Ministerpräsident Reiner Haseloff und Ministerin Ursula von der Leyen.

Karl-Josef Laumann: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich möchte als derjenige, der zusammen mit der CDA die Verantwortung dafür hat, dass wir auf diesem Parteitag auch über Arbeitsmarktpolitik reden, Ihnen gegenüber gern begründen, warum wir das für notwendig halten.

Wir alle gemeinsam haben bislang die Position vertreten, dass die Lohnfindung ausschließlich bei den Tarifvertragsparteien liegen soll und dass wir der Frage des Lohndumpings dadurch begegnen wollen, dass wir Tarifverträge da, wo sie eine geringe Bindungswirkung haben, für allgemeinverbindlich erklären oder dass wir Branchen ins Entsendegesetz aufnehmen.

Diese Politik hat die Regierung von Angela Merkel in einem großen Umfang betrieben. In diesen Jahren sind für rund vier Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Tarifverträge durch die Bundesarbeitsministerin auf Bundesebene für allgemeinverbindlich erklärt worden. Sie wirken dann in diesen Branchen wie ein gesetzlicher Mindestlohn, weil das einklagbar ist.

Wir müssen aber feststellen, dass es auch Branchen gibt, wo wir keine Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklären können. Das sind vor allen Dingen die Branchen, wo es keine Tarifverträge gibt. Das ist logisch. Wo es nichts gibt, kann man nichts für allgemeinverbindlich erklären. Das sind aber auch Branchen, wo es Tarifverträge gibt, die aber nicht von 50 Prozent der Arbeitgeber angewendet werden. Auch dann kann man sie nicht für allgemeinverbindlich erklären.

Ich will hier ein Beispiel nennen. Ich habe in meiner Zeit als Arbeitsminister in Nordrhein-Westfalen mit Zustimmung von zuständiger Gewerkschaft und DEHOGA den Tarifvertrag im Gaststättenbereich für allgemeinverbindlich erklärt. Die Systemgastronomie hat dagegen geklagt und gewonnen, weil die DEHOGA nicht 50 Prozent der Betriebe in Nordrhein-Westfalen repräsentiert; es wird zum Beispiel jede Pizzeria mitgerechnet.

Da muss man sich die Frage stellen: Was macht man? Will man sagen: „Das ist ein Bereich, wo es eben so sein kann, wie es will; da findet keine Lohnfindung mehr statt“? Oder will man das Problem angehen?

Vor zwei Jahren hat der Deutsche Bundestag das Mindestarbeitsbedingungengesetz reformiert, weil wir schon damals gesagt haben: Da, wo es keine Tarifverträge gibt, wollen wir mit diesem Gesetz sozialen Verwerfungen bei den Löhnen begegnen. – Dieses Gesetz gibt es jetzt zwei Jahre, und es hat in diesen zwei Jahren kein einziges Problem gelöst. Das ist die Wahrheit.

Deswegen musste ich sagen – auch die Stimmung in der Arbeitnehmerschaft ist so –: Was nützt uns eine solche Gesetzesleiche? In den zwei Jahren hätte man dieses Gesetz da, wo es die Probleme gibt, anwenden können, aber das hat niemand gemacht. Dafür gibt es im Übrigen mehrere Verantwortliche; ich will mir ersparen, das hier heute aufzuzählen. Beide Tarifvertragsparteien haben etwas damit zu tun, dass es nicht funktioniert hat.

Dann haben wir in der CDA gesagt: Wir wollen, dass wir zu einer allgemeinen verbindlichen Lohnuntergrenze kommen. Ich will freimütig zugeben, dass wir das Wort „Lohnuntergrenze“ deswegen gewählt haben, weil wir das Wort „Mindestlohn“ nicht in den Mund nehmen wollten, weil es Unterschiede in der Begrifflichkeit geben muss. Von Anfang haben wir in der CDA gesagt – darüber haben wir in der Partei eine völlige Übereinstimmung –: Die Höhe dieses Lohnes wird nicht von der Politik festgelegt, sondern von den Tarifvertragsparteien.

(Beifall)

Es hat nie etwas anderes in der Antragslage der CDA gegeben, weil ich nämlich nicht will, dass wir Landtags- und Bundestagswahlkämpfe führen und uns mit den Kommunisten über die Frage auseinandersetzen müssen: Wie hoch sind die Mindestlöhne? Kommunisten verstehen von Löhnen und von Wirtschaft nichts.

(Beifall)

Im Übrigen: In allen Ländern, wo die regiert haben, waren die Löhne so tief, dass die Leute wirklich nicht davon leben konnten –

(Vereinzelt Beifall)

außer für die Funktionäre; da waren sie gut.

Aber die Tarifvertragsparteien haben auch die Verantwortung. Sie haben in unserer Sozialen Marktwirtschaft, auch grundgesetzlich garantiert, eine ganz besondere Stellung bei der Lohnfindung. Ich meine, die müssen sie ausfüllen. Wenn sie das nicht tun, ist das Arbeitsverweigerung; das muss man so deutlich sagen.

(Teilweise Beifall)

Der zweite Punkt ist: Wir haben dann als CDA gefragt: Wenn es eine solche Kommission gibt, woran muss die sich orientieren? Wenn man das erste Mal zusammenkommt, muss man sich an irgendetwas orientieren. Wenn man etwas schon jahrelang macht, wird man sich immer an dem orientieren, was man vorher gemacht hat. Da haben wir gesagt: Die sollen sich an dem Tarifvertrag der Zeitarbeit orientieren. Das haben wir damals deswegen gesagt – wir haben uns dabei auch etwas gedacht –, weil im Juni, als wir mit der Kampagne angefangen haben, gerade ein Tarifvertrag in der Zeitarbeit zwischen den DGB-Gewerkschaften und allen Arbeitgeberverbänden der Zeitarbeit über einen Mindestlohn in der Zeitarbeit geschlossen worden ist, und zwar in Ostdeutschland von knapp sieben Euro, bei uns in Westdeutschland von knapp acht Euro.

Ich habe gedacht: Die Zeitarbeit gibt es eben nicht nur in der Industrie, nicht nur im Handel, sondern überall, sie ist branchenübergreifend und daher ein vernünftiger Anhaltspunkt. Wir wollen mit diesen Lohnuntergrenzen sicherstellen – das ist mir ein hohes Anliegen –, dass der Wettbewerb zwischen den Unternehmen in unserem Land nicht darüber stattfindet, wer den billigsten Arbeitnehmer findet, sondern dass der Wettbewerb über die Fragen von Qualität, Innovation, Vertrauen und Zuverlässigkeit stattfindet. Das sind die Dinge, die unser Land voranbringen, nicht die Frage, wer den billigsten Arbeitnehmer findet.

(Teilweise Beifall)

Deswegen haben wir landauf, landab in der CDU für die Idee geworben, die Position unserer Partei, so finde ich, zu erweitern und jetzt über die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen zu sagen: Sie sollen auch die Branchen umfassen, in denen wir nicht allgemein und verbindlich erklären können. Deswegen muss eine allgemeine und verbindliche Lohnuntergrenze her.

Warum haben wir gestern Abend den Kompromiss geschlossen? Ich finde, das muss man erklären. Viele sind ja zu diesem Parteitag gefahren, weil in der Arbeitsmarktpolitik etwas los ist, über das sie entscheiden wollen. Es ist so: Wir haben gestern Abend nach der Präsidiumssitzung gesagt, lasst uns noch einmal zusammensetzen und über die Fragen reden. In vielen Gruppen der Partei wurden Diskussionen geführt. Aus meiner Sicht ist es so: Für mich ist ganz wichtig, dass in diesem Beschluss steht: Es gibt eine allgemeine und verbindliche Lohnuntergrenze.

(Vereinzelt Beifall)

Das wird, so sehe ich das, am Ende des Tages eine Zahl sein. Dies wird dann in der Regel in vielen Branchen und Bereichen in Deutschland die Lohnuntergrenze sein. Sie werden fragen:

Warum steht die Zeitarbeit nicht mehr darin? Das steht auch heute in vielen Zeitungen. Bei diesem Kompromiss wurde argumentiert – das kann man nicht ganz von der Hand weisen; das ist auch mir klar –: Die Zeitarbeit in Deutschland ist eine Branche mit rund 1 Million Menschen. Willst du diese Branche, die sowieso schwierig organisiert ist, dem gesamten Druck der Regelung im Niedriglohnbereich aussetzen? Das war das Gegenargument. Dies muss man sehen. Da hat Thomas Strobl gesagt: Kannst du denn nicht damit leben, dass wir statt der Zeitarbeitsbranche dort hineinschreiben, dass wir als Orientierung für diese Kommission die für allgemein verbindlich erklärten Tarifverträge nehmen? Ich fand, dass ich keinen Verrat begangen habe, als ich zugestimmt habe; denn die meisten für allgemein verbindlich erklärten Tarifverträge sehen höhere Löhne vor als die der Zeitarbeit.

(Teilweise Beifall)

Aus meiner Sicht konnte ich daher schlecht Nein sagen; das müssen Sie verstehen.

(Teilweise Heiterkeit)

Deswegen habe ich gesagt: Na ja, das ist gar nicht so schlecht. Aber, wie es immer im Leben ist, gibt es in dieser Vereinbarung einen dritten Punkt. Dieser lautet, dass die Kommission Differenzierungen und Einzeländerungen dieses allgemeinen und verbindlichen Mindestlohns vornehmen kann. Ich will Ihnen ganz offen sagen: Dies hätte ich nicht gerne darin gehabt. Wenn ich es alleine geschrieben hätte, würde es nicht darin stehen. Aber so ist es nun einmal. Ich glaube, dass es in Ordnung ist, wenn wir das so festlegen. So müssen wir in der CDU uns erst gar nicht darüber streiten, wo die Differenzierungen sind und wie viele es sind. Das liegt dann bei der Kommission und nicht bei uns in der Partei oder in der Bundestagsfraktion oder in der Bundesregierung. Ich glaube, dass eine solche Kommission damit vernünftig umgehen wird.

Jetzt werden Sie sagen, dass wir darüber auch hätten abstimmen können. Sie wissen, dass ich von einem Bauernhof komme. Es gibt manchmal einen Punkt, an dem man sagen muss: Jetzt binde ich den Sack zu. Ich fand, dieser Punkt war erreicht.

(Beifall)

Also haben wir das dann gemacht.

Ich will heute noch etwas Grundsätzliches dazu sagen, das mir wichtig ist, auch bei meiner Arbeit als CDA-Vorsitzender. Es gibt sehr viel im Bundesgesetzblatt in Deutschland, worauf meine Vereinigung stolz ist, zum Beispiel dass alle Mitbestimmungsgesetze die Unterschrift eines CDU-Arbeitsministers tragen,

(Teilweise Beifall)

– zum Beispiel, dass alle wichtigen Gesetze zu unserer sozialen Sicherung die Unterschrift eines CDU-Arbeitsministers tragen.

(Teilweise Beifall)

Im Bundesgesetzblatt steht eine ganze Menge, auf das wir Christlich-Sozialen stolz sein können. Dies kam immer dann ins Bundesgesetzblatt, wenn die CDU regiert hat; sonst haben wir nichts ins Bundesgesetzblatt bekommen. Auch das ist die Wahrheit. All diese Gesetze, auf die wir stolz sind, stehen im Bundesgesetzblatt, weil am Ende alle Mitglieder der Mittelstandsvereinigung im Deutschen Bundestag mitgestimmt haben.

(Vereinzelt Beifall)

Umgekehrt ist es so, dass vieles im Bundesgesetzblatt, auf das die Mittelstandsunion stolz ist, immer nur dann ins Bundesgesetzblatt gekommen ist, wenn wir eine Mehrheit hatten, aber auch immer nur dann, wenn die CDA-Abgeordneten mit abgestimmt haben.

Ich finde, die Tatsache, dass ich die Ausnahmen akzeptiere, ist vielleicht ein Beitrag – das ist der strategisch entscheidende Punkt –, dass wir uns jetzt gemeinsam in der Bundesregierung und in der Bundestagsfraktion anstrengen, dass das, was wir heute beschließen, nicht nur eine Weiterentwicklung der Parteiprogrammatik der CDU ist; denn das hilft den Leuten noch nicht. Es muss noch in dieser Wahlperiode, wenn es mit dem Koalitionspartner zu vereinbaren ist, zu einer Gesetzgebung werden, die wirklich dazu führt, dass es in der Bundesrepublik Deutschland keine Löhne mehr gibt, für die man sich schämen muss.

(Beifall)

Ich möchte noch etwas sagen. Die Debatte hat es auch in vielen Zeitungen gegeben; mir war immer bewusst, dass dies der gefährlichste Teil ist. Jetzt werden einige schreiben, dass die CDU die Wehrpflicht abgeschafft hat. Sie wissen, dass wir auf dem letzten Bundesparteitag in Karlsruhe darüber debattiert haben. Man wird schreiben, dass die CDU die Wende bei der Atomenergie gemacht hat. Jetzt geht die CDU auch noch hin und ändert ihre Position bei den Mindestlöhnen. Hierzu will ich sagen: Ich bin jetzt über 35 Jahre Mitglied der CDU; ich bin noch als Lehrling beigetreten. Ich glaube, dass CDU-Politik nie eine Lohnentwicklung zum Ziel hatte, bei der Leute, die keine Handicaps haben, von ihrer Hände Arbeit nicht mehr leben können. Erwerbsarbeit hat auch damit zu tun, dass man den Lebensunterhalt damit verdient.

(Beifall)

Ich habe es immer so gesehen; schon mein Vater hat es immer so gesehen. Ich komme aus einer Familie, in der es nie Sozialdemokraten gab. Meine Vorfahren waren höchstens in der Zentrums- partei. Unser Papa sagte immer: Die SPD kann versprechen, was sie will, wir Laumanns sind un- bestechlich, wir wählen CDU.

(Heiterkeit und Beifall)

Ganz entscheidend ist: Der Spruch, dass sich Arbeit lohnen muss, dass ein Mensch, der fleißig ist, auch auf einen grünen Zweig kommen muss, wie man bei uns im Münsterland sagt, war bei

der CDU nie auf eine Gruppe der Arbeitnehmer beschränkt, sondern damit haben wir alle fleißigen Menschen in diesem Land gemeint. Das muss auch so bleiben!

(Beifall)

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich bin sehr zufrieden. Ich freue mich darüber, dass wir das heute beschließen. Ich bitte, in diesen Beschluss nicht alles Mögliche hineinzudeuteln. Die Regel ist ein allgemeiner verbindlicher Mindestlohn. Wenn das die Regel ist, gibt es davon Ausnahmen. Ich persönlich hoffe, dass die Tarifvertragsparteien in dieser Kommission wirklich zu Ergebnissen kommen. Ansonsten wird mir noch etwas einfallen, wie wir Sie zwingen, zu Ergebnissen zu kommen. – In diesem Sinne: schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Karl-Josef Laumann, für diese hervorragende Rede und für die klaren Worte, die zeigen, um was es hier geht. Du hast alle Seiten in deine Rede mit einbezogen. Dafür einen ganz besonders herzlichen Dank.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich mache Ihnen jetzt einen vielleicht ungewöhnlichen Vorschlag. Karl-Josef Laumann hat hervorragend dargestellt, um was es heute Abend geht. In Absprache mit den Kolleginnen und Kollegen auf dem Podium möchte ich Sie fragen, ob wir jetzt nicht über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen wollen.

(Beifall)

Mir liegen weitere 24 Wortmeldungen vor. Wenn diese Rednerinnen und Redner bereit wären, ihre Wortbeiträge zurückzuziehen, könnten wir ein klares Votum für den Beschluss zu den Lohnuntergrenzen geben. Sind Sie mit diesem Verfahren einverstanden?

(Teilweise Beifall – Zurufe: Nein!)

Wer ist für meinen Vorschlag, jetzt mit der Abstimmung zu beginnen? – Wegen der Unruhe, die es gibt, gehen wir – auch die Vorsitzende ist dieser Meinung – in der Rednerliste weiter.

(Beifall)

Ich rufe daher den Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff, auf. Bitte schön.

Dr. Reiner Haseloff: Verehrte Tagungspräsidentin! Liebe Freundinnen und Freunde! Wenn man jetzt eine zu lange Rede hält, wird man sicherlich vom Parteitag erschlagen.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen möchte ich es ganz kurz machen. Karl-Josef Laumann hat mir in vielen Punkten aus der Seele gesprochen. Ich möchte aber zwei, drei Dinge in Erinnerung rufen.

Wir hatten in diesem Jahr sieben Landtagswahlen und sind aus diesen Landtagswahlen nur mit einem Ministerpräsidenten hervorgegangen. Ich sage Ihnen: In Sachsen-Anhalt wären wir auch in der Opposition, wenn wir es nicht geschafft hätten, das Thema Mindestlohn und Lohnuntergrenze aus Sicht der CDU vernünftig und verständlich für den Wähler darzustellen. So konnten wir den sehr starken Auseinandersetzungen in diesem sozialen Spannungsfeld entgegenzutreten. Es ist uns gelungen – und das, ohne dass wir uns irgendwo verbiegen mussten –, ein Angebot zu formulieren, in dem die Tarifautonomie akzeptiert wird und in dem die Grundsätze der CDU, im Wesentlichen durch Norbert Blüm entwickelt, auf der Tagesordnung stehen.

Ich glaube, dass das, was Karl-Josef Laumann für die CDA vorgestellt hat, was der Landesverband Nordrhein-Westfalen weiter modifiziert hat und was viele hier so sehen wie wir in Sachsen-Anhalt, eine Geschäftsgrundlage für die CDU Deutschlands und, Herr Schlarman, auch für die MIT sein kann. Ich sage Ihnen das deswegen, weil wir die Kuh nicht aufs Eis geschoben haben, sondern weil die Kuh dort schon steht. Wenn wir sie nicht herunterholen, dann werden wir in den nächsten Wahlkämpfen, auch bei der Bundestagswahl, von den Linken getrieben. Das braucht sich die CDU von denen nicht gefallen zu lassen.

(Vereinzelt Beifall)

An dieser Stelle noch eine Sensibilisierung: Gestern haben wir in einer kleinen Runde nach der Präsidiumssitzung einen Kompromiss gefunden, mit dem Wirtschaftsrat und MIT durchaus gut leben können. Wir haben in gewisser Weise einige Unschärfen im Sinne von Gestaltungsmöglichkeit für die beauftragten Tarifpartner zugelassen. Das war so gewollt, um in dieser großen Volkspartei alle wesentlichen Kräfte zusammenzuhalten. Wir wissen aber, dass am Ende des Tages irgendwo eine Zahl bzw. Zahlen stehen müssen. Als ostdeutscher Ministerpräsident geht es mir um Folgendes: Bei aller Tarifautonomie darf es nie mehr so sein, dass es einen Automatismus gibt, dass die alte Mauer, die DDR-Grenze, sich in Tarifverträgen und in Mindestlohnfestlegungen niederschlägt. Das muss nach 21 Jahren zu Ende sein.

(Teilweise Beifall)

Deswegen bin ich für Differenzierung und für das, was wir gestern ausgehandelt haben. Das sollte die Marschrichtung für die weitere Politik sein. Es kann Differenzierung geben; es muss branchenbezogen gearbeitet werden. Aber es darf nie so sein, dass wir die Teilung Deutschlands nach 21 Jahren im Tarifsysteem fortschreiben. Deswegen setze ich großes Vertrauen in die Tarifpartner, die aus diesem politischen Auftrag etwas machen könnten. Darin liegt auch die Chance, Herr Bsirske und liebe Kolleginnen und Kollegen von den Gewerkschaften, dass die Gewerkschaften im 21. Jahrhundert noch eine wesentliche Rolle im Tarifgefüge und auch bei der

Lohnfindung spielen können und sich da nicht vom Staat ablösen lassen müssen. In diesem Sinne bin ich für Zustimmung zu diesem Antrag. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Reiner Haseloff. – Jetzt spricht Ursula von der Leyen, danach Volker Bouffier.

Dr. Ursula von der Leyen: Frau Tagungspräsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich dir, lieber Karl-Josef, zwei Gedanken sagen. Erstens. Ich danke dir von Herzen dafür, dass du diesen Antrag in dieser Form begleitet hast. Liebe Freundinnen und Freunde, wenn Beharrlichkeit einen Namen hat, dann ist es der von Karl-Josef Laumann. Karl-Josef, wir danken dir, dass du so stur und beharrlich geblieben bist.

(Beifall)

Zweitens. Ich habe vorhin die ganze Zeit gedacht: Wenn ich einmal 35 Jahre Mitglied in der CDU bin, dann hoffe ich, dass ich solch eine Statur wie Karl-Josef Laumann habe.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir haben einen klugen Antrag entwickelt. Ich danke allen Beteiligten, die gestern Abend zusammengesessen haben. Ich möchte, dass wir diesen klugen Antrag ganz offensiv nach außen vertreten. Die CDU Deutschlands sagt im ersten Satz: Wir halten es für notwendig, eine allgemeine, verbindliche Lohnuntergrenze da einzuführen, wo Menschen ohne Tarifverträge arbeiten müssen. – Liebe Freundinnen und Freunde, wir sprechen von Menschen, die für wenige Euro in der Stunde arbeiten. Wenn uns der Satz von Ludwig Erhard „Wohlstand für alle“ heute noch wichtig ist – mir ist er wichtig –, wenn wir heute wissen, dass er im Grundsatz nicht mehr stimmt, wenn wir heute davon ausgehen, dass es eine Frage der Gerechtigkeit ist, dass jemand, der Vollzeit fleißig arbeitet und der eben nicht aufs Amt gehen will, am Ende des Monats von seinem Lohn leben kann, dann ist es an der Zeit zu sagen: „Wohlstand für alle“ ist nach wie vor unser Ziel. Aber wir müssen vielleicht neue Mittel und Instrumente finden, um dieses Ziel gemeinsam zu erreichen.

Die Lohnuntergrenze ist ein solches Mittel. Ein Mindestlohn ist weder eine Katastrophe noch ein Allheilmittel. Ein Mindestlohn ist schlicht und einfach ein Instrument. Aber dieses Instrument muss man richtig ausgestalten.

Deshalb sagen wir eindeutig in Abgrenzung zu den Linken: Wir wollen den Mindestlohn nicht politisieren, wir wollen den Mindestlohn marktwirtschaftlich organisieren. Dafür stehen wir als Partei der Sozialen Marktwirtschaft ein.

(Beifall)

Es gibt drei gute Gründe, diesen Schritt jetzt zu tun.

Erstens: Die Tarifbindung nimmt ab. Es steht keiner mehr auf für die Leute, die in diesen tariffreien Zonen arbeiten.

Zweitens: Wenn wir uns die letzten zehn Jahre anschauen, stellen wir fest, dass die oberen und mittleren Einkommen gestiegen sind. Die Einkommen ganz unten aber, liebe Freundinnen und Freunde, sind auf gleicher Höhe geblieben oder sogar real gesunken. Das kann uns als CDU nicht kalt lassen.

Drittens, Karl-Josef hat es schon gesagt: Ich habe ganz hohen Respekt vor dem fleißigen Mittelstand, dem Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Ich habe aber kein Verständnis für die Arbeitgeber – es sind wenige, aber es gibt sie –, die ihr Geschäftsmodell auf Billiglöhnen aufbauen, sodass die Beschäftigten zum Amt gehen und aufstocken müssen. Das heißt, der Steuerzahler ergänzt das Geschäftsmodell dieser Arbeitgeber. Wir möchten, dass der Mittelstand in Deutschland, Made in Germany, sich den Wettbewerb über Qualität, aber nicht über Billiglöhne liefert. Auch dafür stehen wir.

(Beifall)

Deshalb ist es für uns so wichtig, dass wir den Mindestlohn richtig gestalten. Es kommt darauf an, dass wir diese Lohnuntergrenze nicht im Konflikt einführen, sondern im Konsens. Ich glaube, das ist für die Menschen besser, aber das ist auch für die Wirtschaft besser. Wir wollen eine Kommission für Deutschland. Wenn wir es ernst damit meinen, dass nicht die Politik die Löhne aushandelt, dass sie sich nicht einmischt, dann muss auch bei der Lohnuntergrenze gelten, dass diese Kommission weisungsunabhängig ist, dass die Politik nicht die Verhandlungen vorschreibt, dass wir uns nicht in die Festlegung der Lohnhöhe einmischen und dass diese Kommission frei ist, wenn sie es für richtig hält und es begründet, Differenzierungen auszumachen.

Für mich ist entscheidend, dass diejenigen, die Experten in eigener Sache sind, nämlich die Arbeitgeber und die Gewerkschaften, ihre Unterschrift für Deutschland darunter setzen. Deshalb glaube ich, dass das Modell, das wir heute vorschlagen, der richtige Weg ist. Wir haben heute beim gemeinsamen ökumenischen Gottesdienst in der Kirche einen Choral gesungen, der eine tolle erste Zeile hatte: 'Brich' auf zu neuen Wegen. – Ich glaube, das könnte das Motto für uns heute sein.

(Beifall)

Ich möchte gern, dass von diesem Bundesparteitag das Signal ausgeht: Deutschland spielt seine marktwirtschaftliche Stärke aus, Deutschland wird sozialer, und Deutschland wird gerechter. Deshalb stehen wir geschlossen hinter diesem Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank unserer Bundesarbeitsministerin. – Jetzt spricht der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier.

Volker Bouffier: Liebe verehrte Präsidentin! Liebe Parteifreunde! Nach diesem fulminanten Vortrag unseres Freundes Laumann hätten wir eigentlich Schluss machen können, jetzt diskutieren wir.

(Beifall)

Gut, dann will ich auch die Chance nutzen, den Antrag „Gerechter Lohn für gute Arbeit“ zu erläutern, den die Landesverbände Hessen, Baden-Württemberg, Sachsen und Rheinland-Pfalz gestellt haben. Ich will dafür werben, dass wir diesen Antrag, wie jetzt von der Antragskommission vorgeschlagen, für erledigt erklären und dem neuen Text, den uns die Antragskommission jetzt empfiehlt, zustimmen. Ich glaube, das ist eine gute Grundlage. Es ist eine Grundlage, hinter der wir alle stehen können.

Ich habe mich im Vorfeld dieses Parteitages klar geäußert. Ich wollte nicht, dass es eine politische Lohnfindung gibt. Darüber sind wir uns einig. Ich wollte nicht, dass wir eine Anbindung an den Zeitarbeitslohn bekommen, weil das aus meiner Sicht ökonomisch falsch wäre. Damit würden wir die Zeitarbeitsbranche völlig überfordern. Wir würden – das muss man sich einmal vorstellen – einem Tarifbereich aufladen, den für ganz Deutschland geltenden Lohn zu finden. Das wäre für die Branche falsch und in der Sache falsch. Wir, die wir diesen Antrag gestellt haben, wollten, dass wir Unterschiede dort, wo sie in der Sache begründet sind, nicht politisch wegbeschließen. Das findet sich jetzt alles unter dem Stichwort „Differenzierungen“ wieder. Das soll nicht die Politik entscheiden, sondern die Tarifpartner.

Das ist im Wesentlichen der Inhalt des neuen gemeinsamen Vorschlags. Ich finde, er kommt uns genau recht. Die CDU hat nie in Zweifel gestellt, jedenfalls soweit ich mich erinnern kann, dass sie gegen Lohndumping ist. Wir haben uns immer für faire und gerechte Löhne eingesetzt. Dabei geht es um die Frage, welchen Weg man dort, wo das nicht möglich ist, wählen muss, um zu besseren Ergebnissen zu kommen. Ich will klarmachen, was uns von den anderen unterscheidet. Es kann nicht sein, dass im Deutschen Bundestag im Wettbewerb aller Parteien, möglichst noch vor irgendeiner Wahl, eine Summe ausgerufen wird, die quer durch Deutschland gelten soll. Das wäre eine Bankrotterklärung gegenüber jeder ökonomischen Vernunft.

(Beifall)

Nach unserem Menschenbild hat jeder Anspruch auf ein Einkommen, das es ihm gestattet, ein vernünftiges Leben zu führen. Wenn er das durch eigene Arbeit kann, ist das prima. Wenn er das nicht kann, dann hat er Anspruch auf unsere Solidarität. Schauen wir uns an, worüber wir reden: Es gibt in Deutschland etwa 1,2 Millionen Aufstocker. Das sind Menschen, die arbeiten und entsprechende Zuschüsse erhalten. Davon sind 300.000 Vollzeitbeschäftigte. In Deutschland arbeiten über 30 Millionen Menschen in Vollzeit. Wenn wir diese beiden Zahlen in Relation setzen, dann ist es einfach falsch, von einem Massenphänomen der Lohndrückerei zu sprechen.

(Vereinzelt Beifall)

Das stimmt nicht. Trotzdem nehmen wir das Thema ernst. Ich lege aber Wert darauf, dass wir ein Thema, das großen Symbolgehalt hat, nüchtern dorthin einordnen, wo es hingehört. Mit einer Lohnuntergrenze werden Sie nur ganz wenige erreichen, die aus der Notwendigkeit der staatlichen zusätzlichen Hilfestellung herauskommen. Das könnte ich im Einzelnen erklären, will ich aber jetzt nicht tun.

Deshalb bleibt für mich: Dieser Parteitag führt zu dem Ergebnis, dass wir klarmachen, dass wir für jeden einen fairen Lohn wollen. Wir wollen nicht als Politik Abschied von der Ökonomie und den Tatsachen nehmen. Tatsache ist, dass bei uns in Frankfurt am Main in bestimmten Branchen ein höherer Lohn gezahlt werden kann als in anderen Regionen dieses Landes. Ich will niemandem einen hohen Lohn versprechen, der in der Branche, in der er arbeitet, oder in der Region, in der er lebt, nicht gezahlt werden kann, wenn der Arbeitgeber auf Dauer wettbewerbsfähig bleiben will.

(Beifall)

Ökonomie ist keine Sache des Glaubens oder des Wollens. Vielmehr gibt es dazu ein paar Grundlagen. Dem Gebot der Solidarität, für jeden, der arbeitet, einen fairen Lohn zu erzielen, steht das Gebot der Vernunft gegenüber, dass wir die Ökonomie nicht ausblenden.

Karl-Josef hat es gut zusammengefasst. Wenn er mit diesem gemeinsamen Vorschlag einiggeht, dann können das auch die Antragsteller des Antrags „Gerechter Lohn für gute Arbeit“. Deshalb werbe ich für diesen gemeinsamen Text. Er steht der CDU sehr gut an und macht deutlich: Wir wollen etwas anderes als unsere politische Konkurrenz.

Wenn man auf 60 Jahre Bundesrepublik Deutschland zurückschaut, dann stellt man fest: Das Erfolgsmodell Soziale Marktwirtschaft war immer dann ganz besonders erfolgreich, wenn es eine wichtige Grundtugend beachtet hat. Diese Grundtugend war: Lohnfindung ist nicht Sache der Politik, sondern der Tarifpartner. Das steht jetzt hier, und das ist richtig. – Vielen Dank.

(Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium. Herzlichen Dank, Volker Bouffier. – Jetzt spricht Julia Klöckner und danach Monica Wüllner.

Julia Klöckner: Sehr geehrte Gäste! Liebe Parteifreunde! Macht die CDU eine Kehrtwende, wenn wir jetzt von Mindestlohn reden? Nein, die CDU macht keine Kehrtwende. Wir entwickeln vielmehr das weiter, was unter der CDU nach dem Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft branchenspezifisch eingeführt worden ist. Ich weiß, dass einige hier sitzen, die extreme Bauchschmerzen damit haben.

(Teilweise Beifall)

Ich weiß das deshalb, weil wir in Rheinland-Pfalz sehr intensiv darüber verhandelt und einen Kompromiss gefunden haben. Die CDA hat diese Debatte in meinem Landesverband intensiv angestoßen. Ich bin dankbar, dass CDA und MIT gemeinsam einen Vorschlag gemacht haben. Ich bin auch dankbar, dass die befreundeten Verbände – es sind natürlich alle Landesverbände befreundet – Hessen, Baden-Württemberg und auch Sachsen bei diesem Antrag mitgemacht haben.

Wir sind deshalb zu diesem Antrag gekommen, weil uns zwei Dinge wichtig sind: erstens die Tarifautonomie. Wir wollen keine von politischen Parteien aus der Atmosphäre heraus gesetzten Einheitsmindestlöhne. Zweitens war uns in Rheinland-Pfalz wichtig, dass es regionale Unterschiede beim Mindestlohn geben muss; denn unser Land liegt einerseits an der Grenze zu Luxemburg, wo der Mindestlohn bei etwa 10,16 Euro liegt, und andererseits an der Grenze zu Polen, wo der Mindestlohn bei etwa 1,85 Euro liegt, weshalb gerade den Freunden aus den neuen Bundesländern der regionale Unterschied wichtig war. Das war für uns, auch für unsere Wirtschaftspolitiker, ein wichtiger Ansatz.

Gestern haben wir uns zusammengesetzt. Unser Hauptanliegen ist, wie Volker Bouffier gesagt hat, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber dort von der Lohnuntergrenze oder vom Mindestlohn – wie auch immer das Kind heißt, das ist egal – abweichen können, wo sie der Meinung sind, dass das notwendig ist, damit Arbeitsplätze bestehen bleiben. Dass das möglich ist, sieht der neue Kompromiss vor. Das ist auch ein wichtiges Zeichen für all diejenigen, die aus der wirtschaftspolitischen Sichtweise heraus Wert auf die Feststellung gelegt haben, dass kein Mindestlohn hilfreich ist, wenn der dazugehörige Arbeitsplatz verschwunden ist. Aus diesem Grund halte ich den Kompromiss, den wir gestern Abend gefunden haben – jeder hat etwas zugestehen müssen; sonst wäre es kein Kompromiss –, für richtig. Deshalb sagen auch die vier Landesverbände, die den weitergehenden Vorschlag gemacht haben: Unser Vorschlag geht in dem neuen Vorschlag auf. Lassen Sie uns diesem Antrag gemeinsam zustimmen. Unsere Ordnungspolitik bleibt bestehen: Es gibt keinen Einheitsmindestlohn, sondern die Tarifparteien werden den Mindestlohn gemeinsam bestimmen.

Abschließend will ich noch etwas sagen, was nachher sicherlich auch noch von weiteren Vertretern gesagt werden wird: Ja, wir haben das Mindestarbeitsbedingengesetz. Ja, wir haben eine Regelung gegen sittenwidrige Löhne. Ja, wir haben das Arbeitnehmer-Entsendegesetz. Aber wir wissen auch, dass diese Regelungen ein stumpfes Schwert sind. Wo kein Kläger, da kein Richter. Derjenige, der 3,50 Euro pro Stunde verdient, ist meistens nicht die Person, die sich mit dem Arbeitgeber anlegt und wegen sittenwidriger Löhne vor Gericht zieht. Wir müssen als Christdemokraten an der Seite derer stehen, die schwach sind, die unsere Stimme und unsere Hilfe brauchen.

(Vereinzelt Beifall)

Auf der anderen Seite müssen wir darauf achten, dass nicht die schwarzen Schafe in der Wirtschaft das Image von allen Unternehmern kaputtmachen.

Deswegen ist unser Weg der richtige. Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen. Die Rheinland-Pfälzer sind dabei, und deshalb hoffe ich sehr, Sie auch. – Danke schön.

(Teilweise Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Julia Klöckner. – Jetzt kommt Monica Wüllner, danach Karl-Ernst Müller, dann Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht.

Monica Wüllner: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich bin Mitglied der Christlichen Gewerkschaft Metall, einer Gewerkschaft für die Branche der Metall- und Elektroindustrie, deren ideologische Grundlage das christliche Menschenbild ist. Als Gewerkschafterin war ich immer dagegen, einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Denn es ist ureigenste Aufgabe der Tarifparteien, Mindestlöhne für ihre Branchen auszuhandeln.

(Teilweise Beifall)

Wir diskutieren derzeit aber nicht über die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, sondern über die Einführung einer allgemeinen Lohnuntergrenze. Das ist nun einmal etwas anderes. Lohnuntergrenzen werden von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden bereits heute in einer Vielzahl von Branchen vereinbart, aber eben nicht in allen. Es gibt viele Branchen, in denen Gewerkschaften keine soziale Mächtigkeit besitzen. Genau dort gibt es immer noch viele Einstiegsgehälter unter fünf Euro. Das wiederum führt dazu, dass Menschen, die den ganzen Tag arbeiten, von dem, was sie verdienen, nicht leben können. Was passiert dann? Der Staat stockt auf, etwa zehn Milliarden Euro jährlich, Tendenz steigend. Dazu kommt, dass diese Leute sich keinen Rentenanspruch aufbauen können, mit dem sie im Alter leben können. Was passiert nun? Der Staat stockt wieder auf. Das muss endlich ein Ende haben. Es kann nicht sein, dass mittlerweile 22,7 Prozent der Vollzeitbeschäftigten im Niedriglohnsektor arbeiten und unter 1.800 Euro brutto verdienen. Was von einem Bruttoeinkommen von unter 1.800 Euro übrig bleibt, können Sie sich vorstellen, und dass man davon keine Familie ernähren kann, erst recht.

Eine Lohnuntergrenze sorgt aber nicht nur dafür, dass Arbeitnehmer in die Lage versetzt werden, sich und ihre Familien ohne Zuzahlung des Staates zu ernähren. Sie schützt auch viele Betriebe vor Niedriglohnkonkurrenz. Viele Arbeitgeber würden ihre Mitarbeiter gerne besser bezahlen, können sich das aber nicht leisten, weil der Mitbewerber nur Dumpinggehälter zahlt. Außerdem wird immer wieder das Argument angebracht, durch eine Lohnuntergrenze würden Arbeitsplätze vernichtet. Das stimmt aber nicht. In den Branchen, in denen diese bereits eingeführt wur-

de, beispielsweise im Wach- und Sicherheitsgewerbe, wurden gerade keine Arbeitsplätze abgebaut. Es kann doch nicht sein, dass wir einen zunehmenden Reallohnverlust haben und der Staat immer mehr zuzahlen muss. Von Arbeit muss man leben und einen ordentlichen Rentenanspruch aufbauen können. Es nützt niemandem, weder Arbeitnehmern noch Arbeitgebern noch der Gesellschaft insgesamt, wenn der Staat an die zehn Milliarden Euro jährlich an Aufstockungen zahlen muss. Das geht dann entweder zulasten der Steuerzahler oder zulasten des Staatshaushaltes. Höhere Steuern will niemand, und weitere Schulden kann sich unser Land in Zukunft nicht leisten. Deshalb brauchen wir einen neuen arbeitspolitischen Ordnungsrahmen, der dafür sorgt, dass Erwerbstätigkeit in allen Branchen angemessen bezahlt wird.

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, seit Einführung der rot-grünen Hartz-Gesetze hat sich die Politik zunehmend vom Lohnabstandsgebot verabschiedet. Mittlerweile arbeiten rund 4,6 Millionen Vollzeitbeschäftigte im Niedriglohnsektor. Immer mehr Arbeitnehmer müssen sich ihren Verdienst und ihre Rente vom Staat aufstocken lassen. Das hält unser Sozialsystem nicht mehr lange aus. Wer den ganzen Tag arbeitet, muss mehr in der Tasche haben als der, der nicht arbeitet. Leistung muss sich lohnen. Das entspricht dem christlichen Menschenbild und damit ureigenster CDU-Meinung. Um dies zu garantieren, brauchen wir die allgemeine Lohnuntergrenze, und wir brauchen heute eine möglichst große Zustimmung zu dem nun vorliegenden Antrag. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Frau Wüllner. – Jetzt Karl-Ernst Müller, danach Christine Lieberknecht und Joachim Pfeiffer.

Karl-Ernst Müller: So viele Sachsen haben heute noch nicht gesprochen, meine Damen und Herren. Sie können gerne zum Abendessen gehen. Aber wer hat, als ich den Antrag eingereicht habe, heute hier zu sprechen, gedacht, dass sich das Blatt beim Thema Lohn so schnell wenden würde?

Sehr geehrte Frau Tagungspräsidentin! Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sofern Sie mich hören! Liebe Parteifreunde! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, dass ich am Anfang emotional werde. Für mich geht heute ein Traum in Erfüllung. Groß geworden hinter dem Eisernen Vorhang, hatte ich zumindest seit 1973 ein gutes Westfernsehbild. Ich habe mich immer für Politik interessiert und mir damals insgeheim gewünscht, einmal vor dem Bundestag oder vor einem Parteitag sprechen zu können. Dieser Traum geht heute für mich in Erfüllung.

(Beifall)

Danke schön. – Allerdings ist das, was ich Ihnen damals gesagt hätte, längst nicht mehr das, was ich Ihnen heute sage und sagen muss.

Dass wir uns richtig verstehen: Ich stehe grundsätzlich zum Mittelstand. In dem Gasthaus in Glaubitz bei Riesa, in dem ich für meinen Vater Bier holte, hing der Spruch – er gehört zu den guten Sprüchen, die mich im Leben geprägt haben –: Nur durch Arbeit, früh und hart, kann dein Werk geraten. Der Neider sieht nur das Blumenbeet, aber nicht den Spaten.

(Vereinzelt Beifall)

Ich stehe aber nicht zu denen, die meinen, die Wirtschaft zu tragen, und zu unehrlich verdientem Reichtum kommen. Obwohl der CDA-Vorsitzende im Prinzip alles vorweg genommen hat, bin ich trotzdem an das Rednerpult getreten, weil ich zwei Themen zusammenfassen möchte. Es geht um die Lösung der Probleme bei der Lohnfindung und die Anträge der CDA zur Pflege. Welchen Titel man den Dingen auch immer gibt, ich wiederhole kurz: Wir haben uns gegen Dumpinglöhne ausgesprochen. Ich vertrete auch die Meinung meiner politischen Freunde in Sachsen, die mich gebeten haben, heute an das Rednerpult zu treten. Mehr will ich gar nicht sagen.

Wir müssen aber auch die Schwarzarbeit im Blick behalten. Ihre Bekämpfung gehört ebenfalls zur Lohnpolitik. Da ich selbst in diesem Bereich tätig war, bitte ich darum, zu bedenken: Die Bekämpfung der Schwarzarbeit gehört in eine Hand und nicht in viele Hände.

(Vereinzelt Beifall)

Zur Lohnpolitik gehört aber auch die Zahlungsmoral. Bei Vergaben und Auftragserteilungen kann manches nicht so weitergehen wie bisher. Noch etwas zum Lohn: Wann wird es bei Löhnen und Gehältern Gleichheit zwischen Ost und West geben? Das fragen viele im Osten.

(Vereinzelt Beifall)

Ich komme zum Thema Pflege. Die Fortentwicklung der Pflegeversicherung müssen wir voranbringen. Dabei geht es auch um die gesellschaftliche Wertschätzung der Pflege, auch in der Familie. Der Pflegebedürftigkeitsbegriff muss weiterentwickelt werden. Es muss eine Entbürokratisierung und einen Kampf gegen die Kommerzialisierung im Pflegebereich geben. Tun Sie, die Sie Einfluss in der Politik haben, bitte etwas für die Reduzierung der Zahl der Krankenkassen und gegen die unerträglichen materiellen Differenzen bei den Pflegeheimen. Die Pflege von Menschen sollte besser bezahlt werden. Die Pflegekosten sind auch deshalb so hoch, weil ungesunde Nahrungsmittel der Lebensmittelindustrie krank machen und wir die Bekämpfung der Folgen nicht finanzieren können.

Liebe Parteifreunde, ich bin seit 22 Jahren Mitglied dieser Partei, der CDU, und das auch deshalb, weil Menschen wie Rainer Barzel und Franz Josef Strauß die Voraussetzung dafür geschaffen haben, dass wir im Osten Deutschlands die Freiheit bekommen haben. Ich erwarte von dieser Partei, dass sie an die Arbeitnehmer denkt und ins Gesicht springende Probleme anpackt und sich nicht nach den Wahlen einfach nur die Wunden leckt. Eine gute Gesellschaft zeichnet sich durch ihren Umgang mit den Schwachen und den Schwächsten aus.

Bei dieser Gelegenheit gestatten Sie mir ein Wort in eigener Sache. Ich traue mich manchmal gar nicht mehr, an Rednerpulte in Deutschland zu treten und über die „Misstände“ in Deutschland zu sprechen, seitdem ich in die Ukraine fahre. Ich habe eine Initiative gestartet, die den Bau eines Spielplatzes in einem ukrainischen Dorf, in dem 240 Kinder leben, zum Ziel hat. Auf meinem Platz steht ein kleines gelbes Schwein. Wenn jeder Abgeordnete 50 Cent dort hineinwerfen würde, wäre der Spielplatz in der Nähe von Wladimir Wolynsk so gut wie finanziert. Es ist schade, dass Vitali nicht mehr da ist. Mit dem hätte ich heute gerne noch gesprochen.

Ich nehme zum Schluss Bezug auf den ökumenischen Gottesdienst heute Morgen, der sehr erfreulich war. Dort ist gesungen worden: Wachtet auf! Evangelische Gesangbücher, die schon vor der Zeit der Wiedervereinigung gedruckt wurden, enthielten das Lied: Wach auf, wach auf, du deutsches Land! – In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Müller. Sie sollten zeigen, wo Sie sitzen, damit jeder, der will, etwas spenden kann.

Bevor die Ministerpräsidentin des Freistaates Thüringen das Wort hat, stellt Markus Kitz einen Geschäftsordnungsantrag. – Bitte.

Markus Kitz: Frau Tagungspräsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, dieses Thema haben wir hinlänglich diskutiert. Wir kennen alle Argumente.

(Vereinzelt Beifall)

Ich beantrage, die Gesprächsrunde zu diesem Thema zu beenden und zur Abstimmung über den Antrag zu kommen. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank für diesen Geschäftsordnungsantrag. – Ich lasse über diesen abstimmen. Wer für diesen Geschäftsordnungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist gegen diesen Geschäftsordnungsantrag? – Damit ist diesem Geschäftsordnungsantrag entsprochen.

Wir kommen sofort zur Abstimmung, liebe Freunde. Es gab dazu schon einige Redebeiträge. Ich hatte Ihnen schon vorgetragen, dass wir über die Empfehlung der Antragskommission, C 102, Sammlung der Initiativanträge, Band III, abstimmen wollen. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer enthält sich? – Wer ist gegen diese Beschlussempfehlung? – Bei neun Gegenstimmen und acht Enthaltungen ist der Antrag in der Fassung der Antragskommission angenommen worden. Herzlichen Dank für dieses überzeugende Votum, liebe Freunde.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir fahren mit der Antragsberatung fort. Ich rufe den Antrag C 2 der CDA auf Seite 421 in Band II der Sammlung der Anträge auf. Karl-Ernst Müller, der letzte Redner in der vorangegangenen Debatte, hat seinen Standpunkt zu diesem Antrag bereits vorgetragen. Weitere Wortmeldungen liegen mir hierzu nicht vor. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 2 zusammen mit den Anträgen C 10, C 38, C 61, C 77 und C 79 zu behandeln. Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge an die Bundestagsfraktion und den Bundesausschuss Arbeit und Sozialpolitik zu überweisen. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist so angenommen.

Liebe Freunde, ich rufe jetzt den Antrag C 3 der Frauen-Union, Sammlung der Anträge, Seite 424, bzw. Sammlung der Initiativanträge, Band III, auf den Seiten 5 bis 7, auf. Zu dem Antrag C 3 gehört auch noch der Antrag C 105 des Kreisverbandes Schwarzwald-Baar in der Sammlung der Initiativanträge, Band III, auf den Seiten 10 und 11. Die Antragskommission schlägt Ihnen hierzu ein neues Votum vor. Beide Anträge sollen an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion überwiesen werden, mit dem Ziel, über die Beschlüsse des Koalitionsausschusses vom 6. November 2011 hinaus die Anerkennung von Erziehungsleistungen in der Rente auf der Grundlage des Beschlusses des 17. Parteitages im Jahr 2003 weiter zu verbessern.

Hierzu liegt eine Reihe von Wortmeldungen vor. Als Erste hat das Wort Bettina Wiesmann aus Hessen, anschließend Frau Professor Böhmer, Vorsitzende der Frauen-Union, und Ingrid Fischbach. – Frau Wiesmann.

Bettina Wiesmann: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Als Sprecherin der familienpolitischen Sprecher und Sprecherinnen der Unionslandtagsfraktionen in diesem Jahr bin ich der Frauen-Union dankbar für ihren Antrag zum Betreuungsgeld. Ich will wenige grundsätzliche Bemerkungen dazu machen und dann vor allen Dingen auf die Ausgestaltung dieses wichtigen Vorhabens zu sprechen kommen; denn ich glaube, dass wir Christdemokraten gerade hier eine besondere Verantwortung haben. Christlich-demokratische Familienpolitik zielt auf dreierlei: Wahlfreiheit, Kindeswohl und elterliche Verantwortung.

Wahlfreiheit ist heute schon angeklungen. Wir Christdemokraten stehen für die Freiheit, selbst über das eigene Lebensmodell zu entscheiden. Wir sehen es deshalb als unsere Aufgabe, Spielräume für Familien zu erhalten oder neu zu schaffen. Deshalb investieren wir mit Überzeugung Milliarden in den Ausbau der Infrastruktur und die Verbesserung der Qualität der frühkindlichen Bildung in unserem Land. Wir wollen aber nicht ein Lebensmodell privilegieren oder gegen andere ausspielen, sondern auch die ermutigen, die jenseits des ersten Lebensjahres ihres Kindes einen hohen zeitlichen Eigenbeitrag zur Kindererziehung leisten wollen.

Kindeswohl – das ist das zweite Ziel, das wir verfolgen – heißt: Bindung zuerst. Wir wissen aus der Bindungsforschung, dass die Bildungsfähigkeit von Kindern in hohem Maße von der emotionalen Stabilität in den ersten Lebensjahren abhängt.

(Vereinzelt Beifall)

Diese geht mit festen Bindungen an elterliche oder elternähnliche Bezugspersonen einher.

Schließlich die elterliche Verantwortung: Dass manche Familien Unterstützung benötigen, um ihrer Erziehungsverantwortung gerecht werden zu können, ist unbestritten. Deshalb stärken wir Christdemokraten, wo wir in Verantwortung stehen, familienunterstützende Maßnahmen, zum Beispiel Familienhebammen, Familienzentren oder die aufsuchende Elternarbeit der Jugendhilfe. Die allermeisten Eltern jedoch leisten auch ohne diese Unterstützung großartige Erziehungsarbeit und sind die besten Experten.

(Vereinzelt Beifall)

Sie verdienen Vertrauen, nicht Misstrauen, Ermutigung, nicht Bevormundung. Die Idee des Betreuungsgeldes hat all dies im Blick, die Wahlfreiheit der Familien, das Kindeswohl und die elterliche Verantwortung. Es ist ein großartiges Zeichen der Unterstützung und Anerkennung für Familien, dass die Koalition trotz extremer Sparzwänge beschlossen hat, dieses Vorhaben jetzt in die Tat umzusetzen. Was aber folgt aus unseren Motiven für die Ausgestaltung des Betreuungsgeldes? Drei Punkte:

Erstens. Familien sollen selbst entscheiden, wie ihr Familienbudget am besten verwendet wird. Sie können das auch. Das geht mit Bargeld am besten. In diesem Punkt kann der Antrag der Frauen-Union, der ansonsten sehr viel Richtiges enthält, meines Erachtens nicht überzeugen.

(Vereinzelt Beifall)

Dem Antrag C 105 hingegen sollte in diesen Punkten gefolgt werden.

Zweitens. Das entscheidende Kriterium für den Leistungsbezug sollte wie beim Elterngeld die Teilzeiterwerbstätigkeit sein. Die Frage der Kita-Nutzung hingegen sollte keine Rolle spielen. Wir wollen keine Frontstellung zwischen Eltern, die Kita-Angebote nutzen, und solchen, die andere Lösungen wählen. Übrigens dürfen auch Elterngeldbezieher ihr Kind in die Kita schicken. Wie passt das zum Kita-Ausschluss beim Betreuungsgeld? Ich fürchte, gar nicht. Auch die Differenzierung zwischen Krippe – kein Betreuungsgeld beziehbar – und Tagespflege – da soll Betreuungsgeld beziehbar sein – scheint mir schwierig zu sein. Wir sollten das lieber von der anderen Seite her denken und signalisieren: Wer seine Erwerbstätigkeit für eine weitere Zeitspanne einschränkt oder sie erst später wieder aufnehmen möchte, dem wollen wir helfen, das zu tun. Das können wir, indem wir das Familienbudget aufbessern.

(Vereinzelt Beifall)

Drittens. Eltern sollten wählen können, ob sie 150 Euro monatlich im zweiten und dritten Lebensjahr ihres Kindes oder 300 Euro nur im fragileren zweiten Lebensjahr ihres Kindes erhalten wollen. Dies verstärkt den Anreiz, in der Phase, die für die Kinder am sensibelsten ist. Für die Erziehenden wird der Rückweg in die Vollzeitarbeit dadurch kürzer.

Zum Schluss: Der Koalitionsbeschluss vom 30. Oktober 2011 ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, an dem wir nicht rütteln sollten. Hinsichtlich der Ausgestaltung sollten wir an das Elterngeld anknüpfen: in bar auszahlen, auf den Kita-Ausschluss verzichten, eine Teilzeiterwerbstätigkeit zulassen, auf ALG-II-Bezug anrechnen, eine Option auf eine ein- oder zweijährige Nutzungsdauer vorsehen und vielleicht auch noch eine Väterkomponente einbauen. Folgerichtig wäre es, die neue Leistung Elterngeld II zu nennen, wie wir es in Hessen schon vorgeschlagen haben. Dies wäre ein kluger Kompromiss, bei dem die Bildungschancen bedacht, Handlungsspielräume der Familien erweitert und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Blick behalten würde. Dies würde die CDU als Familienpartei noch fester dort verankern, wo sie hingehört, in der Mitte der Gesellschaft. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Frau Wiesmann. – Als Nächste hat das Wort Professor Böhmer als Vorsitzende der Frauen-Union.

Prof. Dr. Maria Böhmer: Sehr geehrte Frau Tagungspräsidentin! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Wir – das sage ich für die gesamte Union und ganz besonders für die Frauen-Union – wollen, dass Familie gelebt wird, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wirklich gelingt und dass Mutter und Vater Zeit für ihre Kinder haben und in ihrem Beruf vorankommen. Wir sagen aus vollen Herzen deshalb Ja zur besseren Anerkennung der Erziehungsarbeit. Mütter, die ihre Kinder erzogen haben und dafür im Beruf kürzer getreten sind, haben viel zu lange das Nachsehen gehabt.

(Vereinzelt Beifall)

Die niedrigen Renten von Müttern sind der traurige Beleg dafür. Vor diesem Hintergrund haben wir uns in der Frauen-Union den Vorschlag zum Betreuungsgeld sehr genau angeschaut. Wir haben die Mitglieder der Frauen-Union befragt. Wir haben nicht nur im Bundesvorstand und den Landesvorständen beraten, sondern wir haben auch die Kreisverbände gefragt: Was denkt ihr über den Vorschlag eines Betreuungsgeldes? Im vergangenen Jahr bekamen wir die Rückmeldungen: Die überwältigende Mehrheit der Mitglieder der Frauen-Union hat gesagt: Wir wollen keine Barauszahlung.

(Beifall)

Wir sind aber nicht bei diesem Satz stehen geblieben. Wir haben Alternativen zur Barauszahlung entwickelt. Die entscheidende Frage für uns war: Wem soll das Betreuungsgeld zugutekommen, den Kindern oder denjenigen, die Erziehungsarbeit leisten, den Müttern oder auch Vätern? Wir wollen, dass die jungen Mütter dieses Geld konkret für sich nutzen können, für ihr berufliches Fortkommen, wenn sie wieder einsteigen in den Beruf, für ihre Altersvorsorge, sei es im Rahmen der gesetzlichen oder der Riester-Rente; kurz gesagt: für ihre Zukunft. Deshalb haben wir diese Vorschläge in dem Antrag, der Ihnen vorliegt, zusammengefasst.

Wir haben viel Zuspruch dafür bekommen. Am vorletzten Sonntag ist aber im Koalitionsausschuss eine Entscheidung gefallen: Das Betreuungsgeld ist beschlossen worden, und es soll als Barleistung ausgezahlt werden.

(Vereinzelt Beifall)

Jetzt müssen wir uns fragen: Wie gehen wir mit diesen Beschlüssen um? Wir wissen, dass ein Paket geschnürt worden ist. Angesichts dieser neuer Beschlusslage möchte ich Ihnen drei Punkte, die für uns in der Frauen-Union wichtig sind, übermitteln.

Erstens. Es ist für uns in der Union ein wichtiges Anliegen, dass die frühen Hilfen Kindern wirklich zugutekommen. Die frühkindliche Bildung, die frühe Erziehung, das ist eine Ergänzung – das sage ich bewusst – und kein Ersatz, keine Wertung gegenüber der Leistung, die in der Familie erbracht wird; denn wir sind der tiefen Überzeugung: Erziehung und Bildung fallen im Elternhaus an. Aber wir brauchen die Ergänzung um die frühen Hilfen, und es dürfen keine Fehlanreize gesetzt werden.

(Beifall)

Die vereinbarte Regelung darf nicht zum Nachteil der Kinder wirken. Ich denke zum Beispiel an Kinder aus Migrantenfamilien. Wir haben immer wieder dafür geworben und wir haben viel dafür getan, dass die Sprachförderung vorankommt. Das darf jetzt nicht ausgebremst werden, das muss weitergehen.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb ist es so wichtig, dass wir diesen Ansatz im Blick haben, auch angesichts des Beschlusses des Koalitionsausschusses, dass das Betreuungsgeld umgesetzt werden soll.

Zweitens. Für die Frauen-Union ist es unverzichtbar, dass es zur Verbesserung bei der eigenständigen Rente von Frauen kommt.

(Vereinzelt Beifall)

Es sind vor allem die Mütter, die ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen oder reduzieren. Das bedeutet massive Einschnitte beim Entgelt und später bei der Alterssicherung. Wenn wir von

Wahlfreiheit sprechen, dann setzt das voraus, dass eine Lebensleistung keine massiven Nachteile nach sich zieht.

(Vereinzelt Beifall)

Das war für uns in der Frauen-Union die Motivation, 2003 auf dem Bundesparteitag, der auch damals hier in Leipzig stattfand, dafür zu kämpfen, dass die Partei den Beschluss fasst, die Kindererziehungszeiten aufzuwerten – zwei Jahre mehr für Kinder, die vor 1992 geboren worden sind –, damit die Benachteiligungen ausgeglichen werden, die gerade diese Generation von Frauen erfahren hat.

(Beifall)

Wir haben auch gesagt, dass wir insgesamt bei der Rente ansetzen wollen.

Warum sage ich das jetzt, wo wir über das Betreuungsgeld sprechen? Ich sage dies, weil wir uns beim Betreuungsgeld auch von dem Gedanken haben leiten lassen: „Was können wir für die Altersvorsorge tun?“ und weil wir gesehen haben, dass der Beschluss, den wir hier 2003 gefasst haben, bis heute nicht umgesetzt ist. In der Koalitionsvereinbarung ist die Prüfung der Erziehungsleistungen mit Blick auf die Rente verankert. Bisher ist aber auch hier nichts geschehen. Deshalb sage ich: Das darf nicht so bleiben. Wir dürfen die Mütter und Väter an dieser Stelle, wenn es um die Altersvorsorge geht, nicht alleinlassen.

(Beifall)

Damit komme ich zum dritten Punkt. Wir haben gestern sehr intensiv in der Frauen-Union darüber beraten, wie wir mit der neuen Situation umgehen. Angesichts der Skepsis, von der ich Ihnen berichtet habe, und beim Blick auf die Leistungen, die den Müttern und Vätern zugutekommen sollen, haben wir gesagt: Die Frauen-Union trägt die Empfehlung der Antragskommission für eine Überweisung an die Bundestagsfraktion mit, wenn es dann dazu kommt, dass die Beschlüsse zur Höherbewertung der Kindererziehungszeiten, die wir 2003 auf dem Bundesparteitag in Leipzig gefasst haben, umgesetzt werden, und zwar jetzt.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sind der Meinung, dass wir hier ein Paket vor uns haben: das Betreuungsgeld, zwischen den Koalitionspartnern vereinbart, der gesetzlich fixierte Ausbau der Kinderbetreuung für die unter Dreijährigen, der bis 2013 umgesetzt sein soll, und die Aufbesserung der Rente, wie wir es vorgesehen haben und wie es der Bundesparteitag beschlossen hat. Unter dieser Maßgabe, festgehalten in der neuen Empfehlung der Antragskommission – und gestern Abend von unserer Bundesvorsitzenden Angela Merkel sowie dem Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder zugesagt, dass sich die Bundestagsfraktion jetzt an die Umsetzung macht –, sage ich für die Frauen-Union: Wir stimmen der Überweisung mit dem Ziel einer Besserstellung mit Blick auf die Rente zu. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Maria Böhmer. – Ingrid Fischbach redet von Mikrofon eins aus, danach folgt Siegfried Kauder.

Ingrid Fischbach: Meine lieben Parteifreundinnen und Parteifreunde! Die Frauen-Union NRW hält von dem zurzeit diskutierten Betreuungsgeld sehr wenig.

(Vereinzelt Beifall)

Wir glauben, dass es nicht ausgegoren ist, dass es die falschen Anreize setzt. Deswegen können wir es nicht mittragen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sehen aber die Zwänge aufgrund des Koalitionsvertrages. Deswegen haben wir gesagt: Wir tragen dies mit unter der Prämisse, dass deutlich wird, dass Kindererziehung eine Leistung ist, die anerkannt werden muss, und sich auch im Rentenrecht niederschlagen muss. Deswegen können wir nicht dort stehenbleiben, wo Heiner Geißler uns einmal hingeführt hat, sondern wir müssen weitermachen. Deswegen ist es dringend notwendig, dass die Kindererziehungszeiten im Rentenrecht weiter ausgebaut werden. Das ist unser großer Wunsch; das haben wir auch vorgetragen.

(Vereinzelt Beifall)

Die Bundeskanzlerin und der Fraktionsvorsitzende haben hier Unterstützung zugesagt. Ich kann als stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion nur zusagen, dass wir zügig an die Umsetzung der Beschlüsse von 2003 gehen, um den Müttern deutlich zu machen: Ihr habt euch auf uns verlassen, und wenn ihr euch auf uns verlasst, dann seid ihr nicht verlassen. Wir werden das umsetzen, und wir werden die Erziehungsleistungen der Mütter, die sie erbracht haben, honorieren. Deswegen bitte ich um Zustimmung zur Empfehlung der Antragskommission, dass der Antrag der Frauen-Union an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion überwiesen wird mit dem Zusatz des zügigen Ausbaus der Kindererziehungszeiten im Rentenrecht. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Ingrid Fischbach. – Jetzt folgt Siegfried Kauder, danach Ministerin Kristina Schröder.

Siegfried Kauder: Meine Damen und Herren! Ich spreche auch im Namen der Frauen des CDU-Kreisverbandes Schwarzwald-Baar. Wir verstehen nicht, wie man auf die Idee kommen kann, einer Frau zu misstrauen, zu glauben, sie könne mit Geld nicht umgehen.

(Beifall)

Warum bekommt sie kein Bargeld? Wir brauchen Frauen nicht zu gängeln. Sie wissen, dass sie das Geld für sich oder für die Kinder einzusetzen haben, und sie tun das auch.

Meine Damen und Herren, welches Menschenbild steckt denn dahinter, wenn ich sage, dass ich Frauen kein Geld in die Hand geben kann? Sie können einen Haushalt führen. Sie können mit dem Geld in der Haushaltskasse umgehen. Nur mit dem Geld, das sie für die Betreuung bekommen, können sie nicht haushalten? Ich bin der Meinung, so können wir nicht nach außen hin auftreten. Was sollen denn die Mütter denken, denen wir sagen: „Euch kann man kein Geld zur Verfügung stellen; das muss in Sachleistungen umgesetzt werden“? Deswegen sage ich: Die Frauen bekommen das Geld bar. Das findet die Unterstützung der Frauen des CDU-Kreisverbandes Schwarzwald-Baar.

(Vereinzelt Beifall)

Ich verstehe auch nicht, was es da an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überwiesen gibt. Es entsteht der Eindruck, dass wir etwas beschließen und die Fraktion müsse es nur umsetzen. Dann wäre es ja auch in Ordnung. Man will aber etwas anderes. Man sagt: Wir können das heute selbst nicht entscheiden. – Wir sind der Souverän. Wir sind ein Parteitag. Wir können eine Vorgabe machen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir können sagen: Wir wollen das so. Die Bundestagsfraktion kann dann selbst entscheiden, ob sie es umsetzt. Deswegen beantragen wir, über den Antrag zu entscheiden.

(Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Siegfried Kauder. – Jetzt Ministerin Kristina Schröder, bitte.

Dr. Kristina Schröder: Liebe Delegierte! Die Debatte um das Betreuungsgeld ist fast immer eine sehr emotionale Debatte. Warum ist das so? Das ist deswegen so, weil das Betreuungsgeld an etwas rührt, was für uns alle existenziell ist, nämlich die Familie, genauer die Frage: Wie organisieren wir unser Familienleben? Wie teile ich mit meinem Partner die Arbeit auf? Wer geht wann in den Beruf zurück? – Das sind Fragen, die für uns alle, für jeden Einzelnen große Bedeutung haben. Das sind aber auch Fragen, um die es in Deutschland eine unglaublich ideologische und verkrampte Debatte gibt.

(Vereinzelt Beifall)

Da kann man als Frau eigentlich nur zu dem Fazit kommen: Wie man es macht, macht man es falsch.

Wenn man sagt, man bleibt zu Hause und widmet sich für einige Jahre der Erziehung der Kinder, dann ist man das Heimchen am Herd. Wenn man sagt, man will jetzt eine Zeit lang Karriere machen, und auf Familie verzichtet, dann ist man die egoistische Karrierefrau. Wenn man sagt, man

will beides miteinander vereinbaren, dann ist man je nach Blickwinkel entweder die Latte-Macchiato-Mutter oder die Rabenmutter.

Mit diesen ideologischen Debatten muss jetzt erst einmal Schluss sein. Wir müssen damit Schluss machen, Frauen zu erzählen, dass sie das falsche Leben führen.

(Beifall)

Deshalb ist das für mich jetzt der erste wichtige Auftrag bei der Ausgestaltung des Betreuungsgeldes: damit wirklich Wahlfreiheit zu ermöglichen und zusammen mit den anderen familienpolitischen Leistungen dafür zu sorgen, dass es keine Parteinahme für ein bestimmtes Familienmodell gibt. Denn wir sind die einzige Partei, die es mit der Wahlfreiheit wirklich ernst meint.

(Beifall)

Wir fragen: Was wollen die Familien? Die Antwort kann nur heißen: Vielfalt in der Familienförderung. Denn wir haben auch keine Einheitsfamilie.

(Beifall)

Die Opposition hingegen sagt: Die Politik weiß besser, was für Familien gut ist. Mit diesem Anmaßenden und Gouvernantenhaften muss Schluss sein, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Deswegen ist für mich ein wichtiges Fazit bei der Ausgestaltung des Betreuungsgeldes: Wir dürfen berufstätige Frauen nicht gegen Hausfrauen ausspielen.

(Beifall)

Deshalb muss innerhalb des Betreuungsgeldes auch Berufstätigkeit möglich sein, meine Damen und Herren.

Ein zweiter Punkt ist mir bei der Ausgestaltung wichtig. Vom Betreuungsgeld muss das Signal ausgehen: Alle Eltern verdienen Wertschätzung und Anerkennung, unabhängig davon, wie sie ihr Familienleben organisieren. Wenn aber alle Eltern diese Unterstützung verdienen, unabhängig davon, wie sie in den ersten drei Lebensjahren die Betreuung organisieren, dann ist die logische Folge, dass es auch bei der Alterssicherung keine allzu großen Unterschiede geben darf. Denn auch das ist dann eine Frage der Gerechtigkeit und des Respekts vor der Lebensleistung der Eltern in Deutschland.

(Beifall)

Deswegen bitte ich Sie, der Maßgabe zu dem Antrag der Frauen-Union, wie Maria Böhmer ihn eben vorgetragen hat, zuzustimmen. Denn in der Tat gehört beides zusammen: Wahlfreiheit für

Familien mit kleinen Kindern ist nur dann wirklich realisiert, wenn man auch im Alter mit dieser Entscheidung nicht im Stich gelassen wird, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Ein dritter Punkt ist mir bei der Ausgestaltung wichtig. Keine Kita, keine Tagesmutter, keine Nanny kann Familie ersetzen.

(Beifall)

Was Familien Kindern fürs Leben mitgeben, kann man nicht delegieren. Die meisten Familien würden ihr letztes Hemd für die Entwicklung ihrer Kinder geben. Deswegen ist es beschämend und anmaßend, wenn Rot-Rot-Grün den Eltern die gute Förderung ihrer eigenen Kinder nicht zutraut.

(Beifall)

Es gibt zwar Familien, bei denen es für die Kinder besser ist, wenn sie so früh wie möglich in einer Kita gefördert werden, aber das ist eine Minderheit. Ja, es ist richtig: Für diese Minderheit dürfen wir keine Fehlanreize setzen. Das wird die Aufgabe bei der Ausgestaltung des Betreuungsgeldes sein. Die Lösung kann aber nicht sein, alle Familien in Deutschland unter Generalverdacht zu stellen.

(Beifall)

Genau das tut Rot-Rot-Grün. Ich möchte Ihnen dafür ein Beispiel nennen. Herr Oppermann, der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, hat vor drei Tagen getwittert – ich zitiere –: „Eure Fernhalteprämie gefährdet das Wohl vieler Kinder und entspricht einem Familienbild von vorgestern.“ Meine Damen und Herren, mit so einer Aussage beleidigt die SPD zwei Drittel der Familien in Deutschland.

(Beifall)

Denn zwei Drittel der Familien in Deutschland betreuen in den ersten drei Jahren ihre Kinder zu Hause selbst. Will die SPD etwa sagen, dass diese Familien ihren Kindern schaden? Zwei Drittel der Familien betreuen ihre Kinder selbst. Will die SPD diesen Familien sagen, sie leben im Vorgestern, weil sie sich um ihre Kleinstkinder kümmern? Will die SPD ernsthaft sagen, dass zwei Drittel der Eltern in Deutschland nicht fähig sind, ihren einjährigen oder zweijährigen Kindern Bildung zu vermitteln, und dass dies eine Institution besser kann?

Allein, dass Rot-Rot-Grün von Fernhalteprämie spricht – so falsch der Begriff ist –, entlarvt sehr viel. Denn das macht ganz deutlich, wo Rot-Rot-Grün den Lebensmittelpunkt von Kindern sieht: in der Familie zumindest nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Deshalb ist auch klar: Die Anerkennung von Betreuung in der Familie ist kein Gegensatz zum Ausbau der Kitas und der Tagespflege. Beides gehört zusammen. Deshalb gibt es 2013 einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz, an dem nicht gerüttelt wird. Deshalb wird 2013 auch das Betreuungsgeld kommen. Das ist ein großes Projekt. Jetzt kommt es darauf an, es zum Wohle der Familien zu gestalten. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Kristina Schröder. – Als Nächste hat Dr. Marion Gierden-Jülich aus NRW das Wort, dann Michael Panse und Lisa Winkelmeier-Becker.

Dr. Marion Gierden-Jülich: Frau Tagungspräsidenten! Meine sehr geehrten Damen und Herren Delegierte! Wahlfreiheit und Anerkennung von Familienarbeit – das war und ist der Markenkern der Union. So haben wir einst das Erziehungsgeld auf den Weg gebracht. Es wurde Müttern gewährt, die vorher erwerbstätig waren, und Müttern, die vorher nicht erwerbstätig waren. So ist es bis heute geblieben. Wir haben begonnen, Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung anzuerkennen, um die Erziehungsleistungen, die überwiegend von Frauen erbracht werden, zu honorieren.

Ich denke, der Antrag der Frauen-Union, für den ich hier in die Bresche springe, formuliert einige sehr gute Ansätze, die es wert sind, bei der Umsetzung des Themas Betreuungsgeld in Betracht gezogen zu werden. Es geht um eine nicht geringe Summe, die wir investieren. Es geht um 2 Milliarden Euro, und es geht um die Frage, wie wir dieses Geld im Sinne der Nachhaltigkeit für die Erziehungsleistungen von Frauen verorten.

Ich glaube, man sollte es sich nicht so einfach machen, zu sagen: Wir schütten die Summe x aus, und dann macht frau damit, was sie möchte. – Ich glaube, wir sollten schon genau hinschauen, wie wir mit diesem Instrument am Ende Erziehungsleistung in der Familie und im Lebensverlauf von Frauen absichern können.

Wir marschieren zurzeit mit Siebenmeilenstiefeln auf eine neue Debatte um Altersarmut von Frauen zu, deren Lebensleistung dadurch geprägt war, dass sie Kinder erzogen und Eltern gepflegt haben. Sie haben dafür in Kauf genommen, dass sie gebrochene Erwerbsbiografien haben und in Teilzeit gearbeitet haben, und stehen am Ende ihres Lebens mit Kleinstrenten da. Das ist heute schon greifbar. Ich glaube, deshalb sollte der Akzent darauf liegen.

Deshalb bin ich sehr dankbar, dass – für meine Begriffe etwas spät, aber immerhin noch nicht zu spät – der Antrag aus dem Jahr 2003 aufgegriffen wird. Ich erwarte von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dass sie dieses Thema nicht nach dem Motto „Schauen wir mal und prüfen ein bisschen; dann wird es die Bundesregierung schon richten“ behandelt. Ich erwarte, dass alle

Optionen um das Thema Betreuungsgeld herum sorgfältig und ernsthaft auf ihre Nachhaltigkeit für die Frauen in unserem Land geprüft werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Marion Gierden-Jülich. – Michael Panse, Lisa Winkelmeier-Becker und Anna Schrade.

Michael Panse: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Freundinnen! Liebe Freunde! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich aus Thüringen komme und weil, wann immer wir in den letzten Tagen und Wochen über das Betreuungsgeld diskutiert haben, Thüringen als Beispiel herangezogen wird. Wir in Thüringen – das will ich betonen – haben seit 2006 eine ganze Menge Erfahrung mit diesem Thema. In Thüringen wurde 2006 das Landeserziehungsgeld eingeführt, und zwar in einer ähnlichen Form wie das, über das wir heute als Betreuungsgeld im Bund diskutieren. Insofern nehme ich für mich und für uns in Anspruch, dass wir durchaus kompetent in eigener Sache zu dem Thema reden können.

Ich habe mich als Zweites zu Wort gemeldet, weil, wann immer wir über das Betreuungsgeld diskutieren, negative Zahlen und Befürchtungen in den Raum gestellt werden. Es sind die gleichen Argumente, die wir in den letzten Jahren in Thüringen gehört haben, und das schürt die gleichen Ängste und die gleichen Unsicherheiten. Sie beschreiben uns die Prognose: Zahlreiche Kinder werden aus den Kindertageseinrichtungen herausgenommen oder werden gar nicht erst in die Einrichtungen gebracht. Oswald Metzger hat heute früh Befürchtungen genannt und dazu Zahlen zitiert. Ich will ausdrücklich sagen: Das ist falsch. Es ist nicht so, wie es Oswald Metzger heute am Beispiel von Erfurt und Jena zu skizzieren meinte.

(Teilweise Beifall)

Als wir das Landeserziehungsgeld eingeführt haben, haben wir lediglich im ersten Jahr erlebt, dass weniger Kinder in eine Einrichtung gegangen sind. Das war im ersten Jahr, als der Anteil von damals 79,3 Prozent – wohlgemerkt: 79,3 Prozent der Kinder zwischen zwei und drei Jahren – auf 73,6 Prozent gesunken ist. Aber seitdem ist bis zum heutigen Tag der Anteil kontinuierlich gestiegen. In Thüringen gehen heute über 80 Prozent der Kinder in der Altersklasse der Zwei- bis Dreijährigen und 54 Prozent der Kinder im Alter zwischen ein und zwei Jahren in eine Kindertageseinrichtung; Letzteres ist die Altersklasse, über die wir hier miteinander reden.

Ich will das deswegen voranstellen, weil für mich sehr wichtig ist, dass Eltern tatsächlich eine Wahloption haben. Ich glaube, das eint uns alle, wenn wir darüber reden. Damit Eltern diese Wahloption ausüben können, müssen sie zunächst einmal die Chance haben, einen Betreuungsplatz in einer Einrichtung zu bekommen.

Aber – das füge ich an – wir haben nicht ohne Grund im Jahr 2007 in Hannover in unser Grundsatzprogramm hineingeschrieben: Wir wollen ein Betreuungsgeld. Wir wollen das Betreuungsgeld – so haben wir es damals genannt – als echte Wahlfreiheit, die es Eltern ermög-

licht, für sich zu entscheiden, lieber einen Betreuungsplatz oder lieber das Betreuungsgeld in Anspruch zu nehmen.

Wir haben in Thüringen auch für die Frage, die vorhin diskutiert wurde, nämlich „Zahlung auch bei Erwerbstätigkeit oder nicht?“, einen Ansatz gefunden. In Thüringen können Sie Ihr Kind bis zu fünf Stunden in eine Kindertageseinrichtung bringen und haben trotzdem den Anspruch auf das Betreuungsgeld. Ich glaube, das wäre ein Kompromissvorschlag, eine Idee, die in der Diskussion durchaus berücksichtigt werden sollte.

(Teilweise Beifall)

Wenn wir über unser Grundsatzprogramm reden, gilt: Wir haben einen Auftrag. Wir reden über Glaubwürdigkeit, Glaubwürdigkeit gegenüber Familien. Wenn wir heute Beschlüsse fassen, wollen die Eltern, dass wir sie morgen auch umsetzen – und das zu Recht; denn Eltern – das ist schon gesagt worden – erwarten von uns nicht Misstrauen, Verunsicherung oder Diskreditierung, wie es im politischen Raum, zumindest in den Medien, so oft dargestellt wird; sie wollen Vertrauen, Ermutigung, Förderung und Unterstützung. Genau darum werbe ich.

Deswegen werbe ich für das Betreuungsgeld – darüber sind wir dann doch auseinander – als Barleistung, und zwar – das möchte ich im Gegensatz zu meinen vielen Vorrednern hinzufügen – als Barleistung für Mütter oder Väter.

(Teilweise Beifall)

Bis jetzt wird die Diskussion viel zu oft auf die Mütter als Empfänger von Leistungen reduziert. Ich weise auf Folgendes hin: Wenn wir an dieser Stelle modern denken wollen, werden wir die Väter nicht aus der Verantwortung herauslassen.

(Teilweise Beifall)

Das ist aber auch der Grund dafür, dass ich mich gegen eine Passage im Antrag der Frauen-Union, im Antrag C 3, wende, in der steht, dass eine Barleistung ausgeschlossen ist. Das ist für mich etwas, womit Eltern oder Familien bevormundet werden. Das gilt auch für die Formulierung „Fehlanreize“. Ich sehe solche Fehlanreize nicht. Ich kann für Thüringen sprechen. Wir haben die Zahlen. Wir haben die Belege dafür. Ich lade Sie genauso wie Oswald Metzger herzlich ein, zu uns nach Thüringen zu kommen und dort die Ergebnisse mit uns zu diskutieren. Ich werbe jetzt anknüpfend an unser Grundsatzprogramm sehr wohl für ein klares Bekenntnis für das Betreuungsgeld, und zwar für das Betreuungsgeld als Barleistung; denn das sollen Eltern in Verantwortung für ihre Kinder selbst entscheiden dürfen, so wie es unser Grundgesetz vorsieht. – Vielen Dank.

(Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Michael Panse. – Lisa Winkelmeier-Becker, Anna Schrade und Kai Wegner.

Elisabeth Winkelmeier-Becker: Liebe Parteifreunde! Liebe Parteifreundinnen! Jeder, der hier steht, und jeder, der Politik mit gestaltet, bringt eigene Erfahrungen mit, bringt seine Biografie mit. Ganz besonders in Fragen der Familienpolitik hat jeder von seinen Erfahrungen etwas beizutragen. Deshalb will ich an den Anfang das stellen, was ich an Erfahrungen und Biografie mitbringe.

Ich bin Mutter von drei Kindern. Ich habe für diese Kinder auf einen Gutteil meiner beruflichen Karriere verzichtet. Ich habe einige Jahre ausgesetzt, um sie selber zu erziehen – es gab damals auch keine großen Alternativen; das ist schon ein bisschen länger her –, und ich habe das auch mit Überzeugung gemacht. Ich habe mich sehr gern um die Kinder gekümmert. Ich kann wirklich schätzen, was Frauen, Eltern, auch Väter, in dieser Situation leisten. Ich möchte auch, dass das in unserem Lande gelebt werden kann, dass sich niemand rechtfertigen muss, der sich für diese Art der Familienaufgabenaufteilung entscheidet. Trotzdem bin ich skeptisch gegenüber dem Betreuungsgeld.

(Teilweise Beifall)

Wir wollen Wahlfreiheit für die Familien in Deutschland. Das steht nach meiner Überzeugung wirklich zu Recht obendrüber. Es hat der Staat überhaupt nicht hineinzureden in der Frage, ob 20 Prozent oder 40 Prozent oder 60 Prozent der Eltern sich dafür entscheiden, ihr Kind auch schon im zweiten und dritten Lebensjahr in die Kita zu schicken. Aber haben wir nicht Wahlfreiheit erst einmal dadurch herzustellen, dass wir die Betreuungsplätze schaffen, und müssen wir nicht auch daran erinnern, welche Leistungen es für diejenigen gibt, die das andere Modell leben? Wir haben die beitragsfreie Mitversicherung in der Krankenversicherung. Wir haben die Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rente, die drei Jahre. Da wollen wir unser Licht doch nicht unter den Scheffel stellen. Das sind essenzielle Leistungen für Familien, die sich für diese Aufgabenteilung entscheiden.

Wird dieses Gleichgewicht dadurch infrage gestellt, dass wir Kitaplätze zur Verfügung stellen, die natürlich auch subventioniert werden? Wenn das der entscheidende Maßstab ist, dann stellen wir nicht das Honorieren der Erziehungsleistung in den Mittelpunkt, sondern den Verzicht auf die Inanspruchnahme von Infrastruktur. Wollen wir denn demnächst demjenigen, der eine Studiemöglichkeit nicht wahrnimmt, auch einen Ausgleich bezahlen? Das ist doch ein etwas schräger Gedanke, zumal dann, wenn eine kommunale Infrastruktur nicht in Anspruch genommen wird und dafür ein Bundesbetreuungsgeld gezahlt werden soll. Darüber müssen wir nachdenken.

Wir kommen in ganz schwierige Abgrenzungsprobleme, etwa dann, wenn das doppelverdienende Elternpaar sich die private Betreuung leisten kann und dafür Betreuungsgeld bekommt, aber die junge Mutter, die noch in der Ausbildung steckt und darauf angewiesen ist, zumindest halbtags die Betreuung in Anspruch zu nehmen, dieses Geld nicht bekommt. Ich glaube, wir haben da keinen Nachholbedarf für diejenigen, die sich für diesen Weg entscheiden, und ich sehe es deshalb sehr skeptisch, dass wir da etwas drauflegen wollen.

Einen weiteren Punkt möchte ich einbringen. Ich bin nicht nur Mutter, sondern ich bin vor meinem Eintritt in die Politik auch als Familienrichterin tätig gewesen. Ich habe da auch solche Familien kennengelernt, für die das Betreuungsgeld der falsche Anreiz wäre. Deshalb mein Plädoyer: Lassen Sie uns das Betreuungsgeld noch einmal in der Fraktion gut diskutieren und darüber nachdenken! Lassen Sie uns eine Lösung finden, die die falschen Anreize ausschaltet, die wirklich den Familien und den Kindern zugutekommt, die darauf angewiesen sind. – Danke schön.

(Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Lisa Winkelmeier-Becker. – Ich rufe die beiden letzten Redner auf: Anna Schrade und Kai Wegner.

Anna Schrade: Zum Betreuungsgeld gehört die Wahlfreiheit. Dazu gehört aber auch, dass die Verwendung dieser Mittel von den Eltern selbst bestimmt wird. Es wäre ein katastrophales Signal der Familienpolitik, wenn wir dieses ablehnen und nur als Rentenleistung oder in einer anderen Form, in der es nicht bar ausgezahlt wird, festlegen.

(Vereinzelt Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Ich rufe Kai Wegner auf. Bitte.

Kai Wegner: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Freundinnen und Freunde! Das Betreuungsgeld ist ein wichtiges Thema, das uns in den letzten Wochen medial begleitet hat. Wir haben auch schon in der Fraktion eine sehr emotionale Diskussion darüber geführt. Ich will an dieser Stelle klarstellen, liebe Freundinnen und Freunde: Wer das Betreuungsgeld kritisch sieht, wer die Barauszahlung des Betreuungsgeldes kritisch sieht, der hat nichts gegen den Schutz der Familie, im Gegenteil.

(Vereinzelt Beifall)

Ich sehe diese Barauszahlung des Betreuungsgeldes kritisch. Aber glauben Sie mir: Ich stehe sehr für eine starke Familienpolitik. Ich bin uneingeschränkt für den Schutz von Ehe und Familie. Ich bin uneingeschränkt für die Wahlfreiheit der Eltern, aber bzw. und ich habe großen Respekt vor Eltern, vor Mütter und Väter, die Arbeit und Familie, Beruf und Erziehung zusammenbringen. Ich habe genauso großen Respekt vor Eltern, die sagen: Ich behalte mein Kind zu Hause und kümmere mich in den ersten Jahren um meine Kinder oder mein Kind. Auch vor diesen Eltern habe ich großen Respekt, weil ich das Thema Wahlfreiheit absolut wichtig finde.

(Vereinzelt Beifall)

Die Sorge, von der Lisa Winkelmeier-Becker sprach, teile ich. Ich glaube, dass wir mit dem Betreuungsgeld falsche Anreize setzen und dadurch gerade die Kinder nicht von frühkindlicher Erziehung profitieren, die wir so dringend in den entsprechenden Einrichtungen haben möchten.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen bitte ich Sie, der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen, den Antrag der Frauen-Union in die Fraktionen weiterzuleiten. Ich glaube, wir müssen bei dieser Entscheidung nicht nur das wichtige Thema Familienpolitik im Blick haben. Liebe Frau Ministerin, die Union ist in der Tat die einzig wirkliche Familienpartei in dieser Republik, und diesen Schneid lassen wir uns von Rot-Rot-Grün in den Debatten nicht abkaufen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen bei dieser Debatte das Wohl des Kindes im Auge haben. In großen Städten, in urbanen Zentren ist es oftmals so, dass frühkindliche Einrichtungen der einzige Ort sind, wo einige Kinder ein warmes Mittagessen bekommen. Das sind die Orte, wo Kinder Teilhabe erleben, spielen und Zuneigung spüren, die sie sonst in ihren Familien vielleicht nicht bekommen. Ich habe die Sorge, dass wir mit diesem Betreuungsgeld falsche Anreize setzen. Deswegen bitte ich Sie: Stimmen Sie dem Vorschlag der Antragskommission mit Blick auf die Kinder, aber auch auf starke Familien zu, liebe Freundinnen und Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Kai Wegner. – Rita Pawelski, Vorsitzende der Gruppe der Frauen, hat sich noch gemeldet. Rita.

Rita Pawelski: Frau Tagungspräsidentin! Meine Damen und Herren! Mein Name ist Rita Pawelski, ich bin Sprecherin der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wir haben uns im März letzten Jahres sehr ausführlich mit dem Thema Betreuungsgeld beschäftigt. Wir hatten mehrere Termine, zum Beispiel waren Frau Haderthauer und Vertreter aus Hamburg und Thüringen, wo es schon ein Betreuungsgeld oder Ähnliches gibt, in der Gruppe. Ich muss sagen, dass mir das Thüringer Modell gut gefällt; denn dieses Modell ermöglicht der Mutter Berufstätigkeit und dem Kind, fünf Stunden am Tag in einer Betreuung zu sein. Wenn ich das Thüringer Modell anschau, denke ich, dass wir da gar nicht so weit auseinander sind.

Ich sage deutlich, was wir nicht wollen: Wir wollen nicht, dass kleine Babys vom ersten Tag an zehn oder zwölf Stunden in eine fremde Betreuung gegeben werden, wenn es nicht unbedingt notwendig ist.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wollen eine echte Wahlfreiheit. Dazu gehört, dass wir genügend Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren anbieten. Wir haben ein Gesetz dazu beschlossen. Ich habe große Sorge, dass dieses Gesetz nicht bis 2013 umgesetzt wird. Wenn ich mir die Zahlen aus den einzelnen Ländern anschau – gerade NRW, rot-regiert –, dann weiß ich, dass wir dort noch einen harten Weg vor uns haben. Zur Wahlfreiheit gehört, dass wir eine Betreuung ermöglichen.

Wir als Gruppe der Frauen haben gesagt: Für die Elternteile, die zu Hause bleiben, wollen wir etwas tun, das nachhaltig ist. Eine Möglichkeit ist eine Einzahlung in eine Riester- oder Rürup-Rente oder in eine kapitalgedeckte Pflegeversicherung. Eine andere Möglichkeit ist, dass der Vater oder die Mutter einen Gutschein bekommt, um beim Wiedereinstieg in den Beruf einen qualitativ hochwertigen Kurs mitmachen zu können. Das ist richtige Wahlfreiheit; diese wollen wir.

Was wollen unsere Kolleginnen und Kollegen der CSU? Sie sagen – ich hoffe, ich habe den heutigen Pressebericht richtig gelesen und verstanden –: Es spielt gar keine Rolle, ob ein Elternteil zu Hause bleibt. Sie können beide arbeiten gehen. Wichtig ist nur, dass das Kind nicht in eine staatlich subventionierte Betreuung kommt. Wohin das Kind kommt, ob zu einer Tagesmutter, zu einer Tante, zu einem Onkel oder Nachbarn, ist egal, es darf nur nicht in eine staatliche subventionierte Betreuung kommen. Damit habe ich Probleme.

Mit unserem Antrag wollen wir die Eltern, die zu Hause bleiben, um ihr Kind zu betreuen, unterstützen; denn es ist uns nicht egal, was anschließend passiert.

Es gibt jetzt einen Kompromissvorschlag der Frauen-Union, den ich unterstütze. Damit können wir die Diskussion in die Fraktion hineintragen. Dort werden wir sehr gründlich und sehr klug diskutieren. Wir sollten keine falschen Anreize setzen. Wir sollten die Mütter und Väter unterstützen, die bei ihren Kindern zu Hause bleiben. Wir sollten auch nicht das Geld wahllos dorthin geben, wo es vielleicht nicht hingehört.

Darum bitte ich Sie herzlich: Unterstützen Sie den Änderungsantrag der Frauen-Union! Ich bin fest davon überzeugt, dass das zum Wohle unserer Kinder ist. So viele Kinder haben wir leider nicht mehr. – Herzlichen Dank.

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Rita Pawelski. Damit sind wir am Ende der Wortbeiträge.

Ich komme jetzt zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission für die beiden Anträge, die ich Ihnen vorhin vorgetragen habe. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer dagegen ist, den bitte ich ebenfalls um das Kartenzeichen. – Wer enthält sich? – Damit ist die Beschlussempfehlung der Antragskommission bei 20 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen angenommen. Ich danke Ihnen ganz herzlich. Ich übergebe jetzt die Tagungsleitung an den Herrn Ministerpräsidenten Tillich.

Stanislaw Tillich, Tagungspräsidium: Liebe Ursula Heinen-Esser, herzlichen Dank für die Führung durch die komplizierten Beratungen zu den einzelnen Anträgen.

Liebe Unionsfreunde, wir haben den ersten Tag des 24. Bundesparteitages so gut wie abgeschlossen. Ich darf Sie jetzt recht herzlich zum Sachsen-Abend in die Glashalle der Leipziger Messe einladen. Wie heute früh angekündigt: In Sachsen wird erst hart gearbeitet und anschließend prächtig gefeiert.

Wir setzen unsere Beratungen morgen früh pünktlich um 9 Uhr fort. Ich bitte Sie, dann hier wieder anwesend zu sein.

(Schluss: 20.00 Uhr)

Dienstag, 15. November 2011

Zweite Plenarsitzung

(Beginn: 9.11 Uhr)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Liebe Freunde! Ich eröffne die zweite Plenarsitzung unseres 24. Bundesparteitages und wünsche uns allen einen guten konstruktiven Verlauf.

Zunächst möchte ich aber Franz-Josef Möllenberg, den Vorsitzenden der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, begrüßen. Herzlich willkommen Franz-Josef Möllenberg hier bei uns, bei der CDU.

(Beifall)

Liebe Freunde, wenn Sie einverstanden sind, rufen wir jetzt die von gestern Abend noch übrig gebliebenen sonstigen Anträge auf. Anschließend werden wir zum Tagesordnungspunkt **BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU/CSU-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG** kommen. Können wir so verfahren? – Ich sehe keinen Widerspruch.

Ich rufe **TAGESORDNUNGSPUNKT 18** auf:

SONSTIGE ANTRÄGE

Ich mache folgenden Vorschlag: Mir liegen Wortmeldungen zu den Anträgen C 53, C 67, C 106 vor. Ich rufe jetzt nacheinander die Anträge auf. Falls es keine Wortmeldungen gibt, können wir über die Beschlussempfehlungen der Antragskommission zu diesen Anträgen vielleicht gemeinsam befinden. Wenn Sie damit einverstanden sind, würde ich jetzt loslegen? – Ich beginne:

Antrag C 4 der Jungen Union zum Thema „13. August“. Antrag C 5 der Jungen Union zum Thema „Tragen von Symbolen der DDR“. Antrag C 6 der Jungen Union zum Thema „Bundeswehr“. Antrag C 7 der Jungen Union zum Thema „Eurobonds“. Antrag C 8 der Jungen Union zum Thema „Kerntechnische Kompetenz“. Antrag C 9 der Jungen Union zum Thema „Vereinfachung des deutschen Steuersystems“.

Antrag C 11 der Mittelstandsvereinigung zum Thema „Impulse für eine nachhaltige Arbeitsmarktpolitik“. Aus diesem Antrag hatten wir gestern die Ziffer 6 beim Thema „Lohnuntergrenzen“ mitberaten. Ich stelle die Frage: Gibt es hierzu noch einmal gesonderte Wortmeldungen? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Antrag C 12 der Mittelstandsvereinigung zum Thema „Steuerliche Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen in Wohngebäuden“. Antrag C 13 der Mittelstandsvereinigung zum Thema „Energiesubventionen zurückfahren“.

Antrag C 15 der Mittelstandsvereinigung zum Thema „Konsequente Haushaltskonsolidierung“.
Antrag C 16 der Mittelstandsvereinigung zum Thema „Basel III“.

Antrag C 17 der Senioren-Union zum Thema „Gesetzliches Verbot von gewerbsmäßiger Vermittlung von Gelegenheiten zur Selbsttötung“. Antrag C 18 der Senioren-Union zum Thema „Kostenfreie Nutzung von Liegenschaften und IT-Technik an Bahnhöfen und Flughäfen durch Bundespolizei“. Antrag C 19 der Senioren-Union zum Thema „Gedenkstätten zur Erinnerung an die Verbrechen der DDR-Diktatur“. Antrag C 20 der Senioren-Union zum Thema „Bestrafung von Gewalt gegen Polizisten“. Antrag C 21 der Senioren-Union zum Thema „Organisationspolitisches Grundsatzprogramm“. Antrag C 22 der Senioren-Union zum Thema „Taschengeld für Heimbewohner“. Antrag C 23 der Senioren-Union zum Thema „Grundsicherung“. Antrag C 25 der Senioren-Union zum Thema „Widerstand im Nationalsozialismus“.

Antrag C 27 des Landesverbandes Berlin. Wir empfehlen, diesen Antrag, anders als gestern in der Antragskommission besprochen, gemeinsam mit dem Bildungsantrag – C 68 – zu behandeln. Antrag C 29 des Landesverbandes Bremen zum Thema „Fahrradhelmpflicht“. Antrag C 30 des LV CDU in Niedersachsen zum Thema „Mietnomadentum“. Antrag C 31 des LV CDU in Niedersachsen zum Thema „Mietrechtsänderungsgesetz“. Antrag C 32 des gleichen Landesverbandes zum Thema „Kündigungsschutz“. Antrag C 33 zum Thema „Lohnnebenkostenzuschuss bei Seeleuten“. Antrag C 34 zum Thema „Einführung von Rettungskarten in Pkws“. Antrag C 35 zum Thema „Digitales Beschlusskontrollsystem“.

Antrag C 42 des Landesverbandes Sachsen. Antrag C 43 des LV Sachsen. Antrag C 44 des LV Sachsen.

Antrag C 50 zum Thema „Rekommunalisierung und Konzentration auf das Kerngeschäft“.

Über diese Anträge werden wir gleich zusammen beraten.

Ich bin gerade darauf hingewiesen worden, dass sich jemand zum Antrag C 11 zu Wort gemeldet hat. Ich bitte denjenigen, jetzt das Wort zu ergreifen. Es geht um den Antrag der Mittelstandsvereinigung zum Thema „Arbeitsmarktpolitik“.

Friedhelm Koch: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Wir haben beim Antrag C 11 den Tatbestand, dass die Empfehlung der Antragskommission sehr stark von dem abweicht, was die Mittelstandsvereinigung im Detail vorschlägt. Es ist doch so: Es gibt Parteitagsbeschlüsse, die in praktische Politik umgesetzt werden. Deswegen möchte ich jetzt weniger auf die Details eingehen als vielmehr auf die Frage, in welchem Geist wir diese Fragen angehen. Denken wir im Stil der SPD über einen Arbeitnehmer? Betrachten wir ihn als ein zu betreuendes Objekt?

Sie wissen, dass die Sozialpolitik der SPD uns in große Schwierigkeiten in unseren Sozialsystemen gebracht hat, weil wir inzwischen alle zu Betreuende geworden sind. Der Arbeits-

markt wird sich in ganz dramatischer Weise ändern. Draußen liegt an einem Stand die „Wirtschaftswoche“ aus. Darin können Sie die Entwicklung ablesen: Nicht mehr die Arbeitnehmer stellen sich bei den Unternehmen vor, sondern die Unternehmen stellen sich bei den Arbeitnehmern vor. Insofern fehlte mir zum Beispiel bei der Prinzenproklamation gestern – das war ein toller Auftritt von Herrn Laumann – in dem Antrag zum Niedriglohnsektor ein wenig der Plural. Wir müssen flexibler sein. Wir müssen den Betrieben die Möglichkeit geben, auf die Anforderungen der Zukunft flexibler zu reagieren. Ein ganz wichtiges Anliegen dabei ist, dass nicht alles über einen Kamm geschoren wird, wenn in der Zeit der Knappheit von Arbeits- und Fachkräften demnächst Betriebsräte Lösungen gemeinsam mit den Unternehmen finden. Dort kommen schließlich erwachsene Menschen zusammen. Kurt Biedenkopf hat schon vor Jahren geschildert, dass der Arbeitnehmer schon lange kein Betreuungsobjekt mehr ist, sondern jemand, der für sich selber Einkaufsgenossenschaften organisiert, der seine Zukunft sehr intensiv plant, der im Internet unterwegs ist, der nichts mehr von dem paternalistischen Ansatz vergangener Jahre auf sich bezieht. Wenn wir solche Lösungen in den Betrieben haben, lasst uns im Plural denken! Ein Ziel dieser Partei sollte sein, dass Dinge, die in Betrieben beschlossen werden, ob es Überstunden- oder Entlohnungsmodelle sind, wenn die Betriebsräte einverstanden sind, nicht von der IG-Metall-Zentrale oder anderen konterkariert werden können. Ansonsten werden wir in Zeiten des Fachkräftemangels nie unter erwachsenen Menschen zu erwachsenen Lösungen kommen.

Also lasst uns hier den Geist des Plurals pflegen. Lasst uns den Betreuungsgedanken vergessen. Lasst uns in die Zukunft schauen. Dann sind wir auf dem richtigen Wege. Ansonsten werden wir nichts anderes als eine Kopie der SPD sein. Darum bitte ich bei allem, was wir hier zu beraten haben. – Ich danke Ihnen fürs Zuhören heute Morgen.

(Teilweise Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Koch. – Für die Antragskommission spricht Peter Beuth.

Peter Beuth, Antragskommission: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, dass die Antragskommission die Vorstellungen der Mittelstandsvereinigung sehr gut aufgegriffen hat. Vor allen Dingen sind wir mit wohlgesetzten Worten darauf eingegangen, dass wir mit den Instrumenten, die wir als CDU im Prinzip zu verantworten haben, in den letzten drei Jahren nach der schwersten Krise dieses Landes für eine Arbeitsmarktpolitik gesorgt haben, die dazu geführt hat, dass die Zahl der Arbeitslosen von fünf auf drei Millionen gesunken ist. Ich finde, es ist gut, wenn wir das in den Anträgen, die sich mit Arbeitsmarktpolitik beschäftigen, noch einmal deutlich machen. Das ist nämlich unsere politische Leistung.

(Teilweise Beifall)

Wir haben in der Antragskommission die wesentlichen Punkte der Mittelstandsvereinigung aufgenommen, gerade die Frage der Flexibilisierung. Ich bitte aber um Verständnis: Wir haben hier ja keine Gesetzestexte vorzulegen, die sehr detailliert auf alle möglichen Eventualitäten eingehen müssen. Deswegen haben wir es in der Antragskommission ein wenig gröber gemacht. Ich bitte, das zu akzeptieren.

Darüber hinaus haben wir das Thema Lohnuntergrenze gestern miteinander besprochen. Das musste in diesem Antrag nicht mehr aufgegriffen werden. Ich mache Sie auf einen weiteren Antrag, C 42, aufmerksam, der sich ein bisschen detaillierter mit der Frage der Vorrangprüfung bei den Zuwanderern beschäftigt. Insofern, glaube ich, können wir hier dem Votum der Antragskommission folgen, ohne dass wir damit die Vorstellungen der MIT völlig konterkarieren. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Peter Beuth. – Ich lasse dann über die Beschlussempfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei fünf Gegenstimmen und einigen wenigen Enthaltungen ist die Beschlussempfehlung der Antragskommission zu C 11 angenommen worden.

Wir haben jetzt noch über die Beschlussempfehlung der Antragskommission zu den Anträgen C 4 bis C 50 zu befinden, die ich gerade aufgerufen habe. Wer der Beschlussempfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen dazu? – Enthaltungen? – Dann sind die Anträge in der Beschlussempfehlung der Antragskommission jeweils so angenommen worden.

Ich rufe jetzt noch einen Antrag auf, den Antrag C 53 des Bezirksverbandes Südwestfalen zur Energiewende. Die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag gemeinsam mit dem Antrag C 67 des Kreisverbandes Freiburg und dem Initiativantrag C 106 der Delegierten Schüle, Jung und Mende zu behandeln. Ich habe dazu einige Redner auf der Rednerliste, nämlich Peter Liese, Klaus Schüle und Andreas Jung. Ich schlage vor, dass Peter Liese den Anfang macht.

Dr. Peter Liese: Frau Tagungspräsidentin! Ich möchte zunächst einmal zum Formalen sagen, dass wir uns darauf verständigt haben, den Antrag C 53 und den Antrag C 67 zugunsten des Antrags C 106 des Landesverbandes Baden-Württemberg zurückzuziehen. Dieser Antrag liegt hier zwar nur als Initiativantrag vor, er wurde aber auf dem Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg einstimmig angenommen. Deswegen denken wir, dass das die Beratungsgrundlage sein sollte. Wenn der Parteitag also einverstanden ist, C 106 zu unterstützen, sind die beiden anderen Anträge zurückgezogen.

Allen drei Antragstellern geht es im Kern um das gleiche Anliegen, das ich kurz in drei Punkten erläutern will:

Die CDU Deutschlands begrüßt die Entscheidung zum Ausstieg aus der Kernenergie und zum Einstieg in erneuerbare Energien. Der Einstieg ist sicherlich wichtiger als der Ausstieg.

Wir wollen, dass erneuerbare Energien und Energieeffizienz Gewinnerthemen sind. Wir wollen uns kraftvoll engagieren und nicht verschämt sagen: Das müssen wir machen. – Die Partei soll zeigen, dass sie auch dahinter steht. Wir wollen – das ist der wesentliche Punkt, dass diese Politik so weit wie möglich nicht an den Grenzen Halt macht; denn die Risiken beispielsweise der Kernenergie sind nicht auf ein Land begrenzt. Die Freunde aus Baden-Württemberg haben konkrete Anliegen, wenn es um grenznahe Kraftwerke geht. Wir wollen Kommissar Oettinger unterstützen, der erste Schritte getan hat. Wir wollen erneuerbare Energien und Energieeffizienz europaweit voranbringen, weil das die Kosten senkt. Viele Menschen haben schließlich die Sorge, dass das alles zu teuer wird. Wenn wir gemeinsam mit unseren Partnern in Europa diesen Weg beschreiten, dann wird es nicht so teuer wie dann, wenn wir es alleine machen. Deshalb bitte ich um Unterstützung für den Antrag C 106. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Dr. Peter Liese. – Nun hat Klaus Schüle das Wort.

Klaus Schüle: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Delegierte! Peter Liese hat den Grundsatz des Antrages auf den Punkt gebracht. Mir geht es aus Sicht der Baden-Württemberger und insbesondere der Freiburger um die Kernkraftwerke, die direkt an den Grenzen zu Deutschland liegen. Das ist nicht nur für Baden-Württemberg oder Südbaden, sondern generell für Deutschland ein wichtiges Thema. Es gibt eine Reihe von Kernkraftwerken, die direkt an unseren Grenzen liegen. Ich möchte das am Beispiel von Fessenheim deutlich machen. Es liegt nur wenige hundert Meter von der deutschen Grenze entfernt. Im Radius von 25 Kilometer befinden sich 450.000 Einwohner, darunter 220.000 Einwohner der Stadt Freiburg.

Auf europäischer Ebene werden EU-Stresstests durchgeführt, deren Ergebnisse bis Ende dieses Jahres vorliegen werden. In diesen Stresstests sind Hochwasserschutz, Erdbebenrisiken und vieles mehr berücksichtigt. Aber einige wesentliche Punkte, auf die die deutsche Reaktor-Sicherheitskommission achtet, werden nicht berücksichtigt, zum Beispiel die sogenannten zivilisatorischen Unfälle wie Flugzeugabstürze und Terrorangriffe. Nun sagen die Bevölkerung und die CDU in der Region: Es kann nicht sein, dass die Sicherheit der deutschen Bevölkerung im Rest Deutschlands höher ist als in den Grenzregionen. Deswegen verlangen wir, von unseren Nachbarländern die Einhaltung unserer Maßstäbe einzufordern. Das soll in geeigneter diplomatischer Form geschehen. Aber im Kern muss deutlich gemacht werden: Wir wollen für unsere Bevölkerung in den Grenzregionen die gleichen Sicherheitsstandards wie im Rest Deutschlands.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sollten diesen Antrag nicht überweisen, sondern darüber in der Sache abstimmen. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Jetzt Andreas Jung, bitte.

Andreas Jung: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich schließe mich den Ausführungen meiner beiden Vorredner an und will kurz deutlich machen, worum es uns in diesem Antrag geht. Es geht um zwei Punkte. Wir haben im Sommer mit großer Mehrheit und in großem Konsens in Bundestag und Bundesrat eine neue Energiepolitik beschlossen. Wir hatten im Sommer nicht die Gelegenheit, dies auf einem Parteitag zu beschließen. Wir wollen, dass das jetzt nachgeholt wird. Wir wollen, dass deutlich gemacht wird: Die CDU Deutschlands steht hinter dieser Politik und unterstützt das, was gestern die Bundeskanzlerin in ihrer Rede begründet hat. Wir wollen erneuerbare Energien und Energieeffizienz zum Gewinnerthema, zum Thema der CDU machen. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt betrifft die europäische, die internationale Dimension. Wir wissen, dass Risiken nicht an Grenzen Halt machen. Deshalb ist unser Anliegen, bei unseren europäischen Partnern für die Neubewertung des Restrisikos und für unsere neue Politik zu werben. Wir wissen, dass wir niemanden zwingen können. Man muss es auf diplomatischem Weg tun. Das wollen wir genauso machen wie in vielen anderen Bereichen, beispielsweise bei der Rückführung der Verschuldung. Wir haben einen Weg eingeschlagen, den wir gemeinsam mit unseren europäischen Partnern gehen wollen. Wir glauben, dass es wichtig ist, dass wir uns als Bundesparteitag mit diesem Thema auseinandersetzen. Das ist nicht nur eine Sache der Bundestagsfraktion, die sich damit bereits sehr intensiv befasst hat.

Ich bitte in diesem Fall darum, nicht dem Votum der Antragskommission zu folgen. Wir brauchen hier ein starkes Signal und eine starke Botschaft der CDU. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Andreas Jung. – Für die Antragskommission spricht jetzt Maria Flachsbarth.

Dr. Maria Flachsbarth, Antragskommission: Frau Präsidentin! Die Antragskommission hat die Anträge selbstverständlich sehr sorgfältig gelesen und auch sehr sorgfältig dem Petition der Antragsteller zugehört. Wir sind zu der Entscheidung gekommen, unser Votum zu ändern und auf Annahme zu plädieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Maria Flachsbarth. – Auch der Bundesumweltminister ist einverstanden.

Die Antragslage ist folgende: C 53 und C 67 sind zugunsten von C 106 zurückgezogen. Die Antragskommission empfiehlt nicht mehr Überweisung, sondern Annahme. Ich lasse jetzt über diese Beschlussempfehlung abstimmen. Wer für die Annahme des Antrags C 106 ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist gegen die Annahme von C 106? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag C 106 angenommen. – Herzlichen Dank dafür.

(Vereinzelt Beifall)

Ich übergebe das Tagungspräsidium an den Präsidenten. – Bitte schön.

Jost de Jager, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Ursula Heinen-Esser, für die Führung durch die Abstimmungen über die Anträge. – Liebe Unionsfreunde, ich hoffe, Sie haben sich gestern Abend beim Sachsenabend wohlgefühlt.

(Beifall)

Einer unter uns konnte an dem gestrigen Abend nicht teilnehmen, weil er sich für den heutigen Vormittag schonen wollte und schonen musste. Wir werden es in TAGESORDNUNGSPUNKT 10 gleich hören. Es ist der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Volker Kauder. – Volker. Wir sind ganz gespannt auf den

BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU/CSU-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG.

(Beifall)

Volker Kauder: Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Ich konnte mich gestern auf dem Sachsen-Abend nicht so richtig austoben, weil meine Stimme mir einige Schwierigkeiten bereitete. Ich habe auf ein Rezept meiner Frau zurückgegriffen und hoffe, dass es heute einigermaßen geht, sodass ich den Bericht der Bundestagfraktion von CDU und CSU im Deutschen Bundestag abgeben kann.

Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Dieser Parteitag steht unter dem Schwerpunktthema „Für Europa. Für Deutschland.“ Wir haben gestern in der Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel gespürt, dass wir uns in einer besonderen Situation befinden. Ja, man kann sogar sagen, dass wir uns in Europa gewissermaßen in einer Zeitenwende befinden. Wir, die wir aktuell in der Verantwortung stehen – Sie als Delegierte auf diesem Parteitag und wir, die wir für eine begrenzte Zeit hauptberuflich in der Politik sind –, spüren, dass wir dieses Europa in eine neue Zeit führen müssen. Wir müssen aus Europa, das bisher die Antwort auf die Geschichte des vergangenen Jahrhunderts war, jetzt ein Europa machen, das die Antwort auf Fragen der Zukunft ist. Meine Generation wurde geprägt von der Vision, dass wir ein einiges Europa brauchen, damit Frieden in Europa herrscht: Nie wieder Krieg in Europa! Nie wieder in einer Generation all das zusammenschlagen, was Generationen zuvor erwirtschaftet haben. Heute dürfen wir sagen: Es war ganz entscheidend, dass Unionspolitiker in Deutschland dieses Europa

damals vorangetrieben haben. Manch anderer aus anderen Parteien hat dieses Europa so nicht gewollt, sondern bekämpft. Wir können heute sagen: Die erste Antwort, die wir für Europa gegeben haben – nie wieder Krieg! Frieden in Europa! –, hat gesessen. Darauf dürfen wir alle miteinander stolz sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Aus der Überzeugung heraus, dass Europa die richtige Antwort auf die damalige Zeit und die damaligen Herausforderungen war, machen wir uns nun an die Arbeit, Europa als Antwort auf die jetzigen Herausforderungen zu gestalten. Wir spüren ganz genau, dass es darauf ankommt, dass dieses Europa zusammenbleibt, dass dieses Europa stark bleibt. Angela Merkel hat recht, wenn sie formuliert: Gerade in dieser schwierigen Zeit wäre es verhängnisvoll, wenn wir die Botschaft aussenden würden, dass sich einige in Europa isolieren müssen. Nein, die Antwort muss sein: Wir brauchen mehr Europa, ein stärkeres Europa und ein wirtschafts- und finanzpolitisch besseres Europa, als wir es in der Vergangenheit hatten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall)

Dafür schaffen wir die Voraussetzungen. Ich kann mich noch sehr gut an die Zeit erinnern – viele von Ihnen auch –, weil es gar nicht so lange her ist, als aus der Finanz- und Wirtschaftskrise die Schuldenkrise in Europa wurde. Was da alles gesagt wurde, sowohl von unseren europäischen Freunden als auch hier in Deutschland: Die Deutschen würden blockieren, sie seien nicht solidarisch. Die Opposition im Deutschen Bundestag hat geschrien, die Vergemeinschaftung der Schulden sei der einzige Weg, um Europa voranzubringen und Probleme zu lösen. Angela Merkel, unterstützt von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hat gesagt: Wir sind solidarisch, aber wir müssen erkennen, dass sich in diesem Europa etwas ändern muss, dass es nicht so weitergehen kann wie bisher. Es kann nicht sein, dass einige so leben, wie sie es für richtig halten, und sich darauf verlassen, dass andere, die hart arbeiten, die Konsequenzen dafür übernehmen. Deswegen war unser Satz: Wir sind solidarisch, aber nur bei Gegenleistungen. Es muss sich etwas ändern in Europa.

Was sehen wir jetzt, wenige Monate danach? Auf einmal wird in Europa deutsch gesprochen, nicht hinsichtlich der Sprache, aber hinsichtlich der Akzeptanz der Instrumente, für die Angela Merkel so lange und dann erfolgreich gekämpft hat.

(Vereinzelt Beifall)

Als wir zum ersten Mal in Europa verlangt haben, dass eine Schuldenbremse eingeführt wird, haben die Franzosen dieses Wort gar nicht aussprechen wollen; viele andere auch nicht. Fragt man heute den französischen Präsidenten, ob er den Begriff der Schuldenbremse kennt, dann sagt er sehr elegant, wie Franzosen es formulieren, er kenne den Begriff als die goldene Regel, nach der Europa leben muss. Welch großartiger Erfolg, dass das erkannt worden ist. Natürlich

wehren wir uns gegen die Spekulanten – dazu sage ich nachher noch etwas –, Ausgangspunkt der Krise sind aber nicht die Spekulanten, sondern die Tatsache, dass wir uns in Europa nicht an die Haushaltsdisziplin gehalten haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Wenn die Jungen in unserer Partei und in unserer Fraktion davon reden, dass mehr Nachhaltigkeit Einzug halten muss, gerade im Hinblick auf die demografische Veränderung, dann haben sie völlig recht. Es ist aber auch klar: Noch so viel Nachhaltigkeit in der Pflegeversicherung oder noch so viel Nachhaltigkeit in der Krankenversicherung löst kein einziges Problem, wenn die Nachhaltigkeit nicht bei unserer Haushaltsdisziplin einzieht.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb ist es richtig, dass wir in Europa jetzt sagen: Wir müssen uns darauf besinnen. Eine Erkenntnis in dieser Zeitenwende ist, dass wir mit der Schuldenpolitik so nicht weitermachen können. Es ist das zentrale Ergebnis der letzten Gipfel in Brüssel, dass dies akzeptiert worden ist und man dies einseht.

Dafür ist nach wie vor Voraussetzung, dass wir keine Vergemeinschaftung der Schulden in Europa vornehmen, dass wir keine Euro-Bonds einführen; denn die funktionieren nach dem Motto: Es ist völlig wurscht, ob ich spare oder nicht. Denn nur solange es einige wenige gibt, vor allem in Deutschland, die sich an die Disziplin halten und alles bezahlen können, funktioniert die Sache. Deswegen ist es richtig, dass wir sagen: Wir brauchen die Schuldenbremse, Haushaltsdisziplin, und wir brauchen auch stärkere Kontrollen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin wirklich froh, dass damals durchgesetzt wurde, dass nicht die Europäische Kommission allein die Überprüfungen durchführt, sondern der IWF völlig unabhängig von politischen Erkenntnissen und Diskussionen, die man vermeintlich führen muss, dafür sorgt, dass die Regierungen die Haushaltsdisziplin einhalten. Ich glaube, dass wir auf einem guten Weg sind.

Jetzt brauchen wir noch einige kleinere Vertragsänderungen, um Europa als Antwort für die Zukunft festmachen zu können. Dazu gehört beispielsweise ein weitgehender Automatismus: Wer gegen die Regeln in Europa verstößt, gegen den müssen automatisch, ohne politische Entscheidungen, entsprechende Sanktionen verhängt werden.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir haben erlebt, als wir in Deutschland über 5 Millionen Arbeitslose und kein Wachstum mehr hatten, dass eine deutsche Bundesregierung, geführt von der SPD unter Gerhard Schröder, nach Brüssel gereist ist und gesagt hat: Wir können die Stabilitätskriterien nicht einhalten, und wir wollen das auch gar nicht. Wir wollen uns vor allem von niemandem dafür rügen lassen. – Dann ist der Stabilitätsmechanismus aufgeweicht worden. Es war ein ent-

scheidender Fehler in Europa, dass man die Grundregel „Stabilität steht vor allem anderen“ aufgehoben hat. Dafür gibt es Verantwortliche, und das waren die Sozialdemokraten und die Grünen in damaliger Regierungsverantwortung.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Zeitenwende und die Veränderung der europäischen Gewichtungungen macht sich auch daran fest, dass wir heute alle wissen: Wir dürfen Finanzmärkte nicht unkontrolliert laufen lassen. In Deutschland ist der wirtschaftliche Aufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg nur durch eine klare Aufgabenteilung möglich gewesen, indem nämlich die Finanzwirtschaft, die Banken, zur Wirtschaft gesagt haben: Fangt an und produziert! Schafft Arbeitsplätze! Wir finanzieren eure Aktivitäten. – Wenn wir erst hätten warten müssen, bis unsere mittelständische Wirtschaft Eigenkapital aufgebaut hätte, um richtig einzusteigen, hätten wir dieses Wirtschaftswunder nicht erlebt. Diese klare Aufgabenteilung, dass die Banken der Realwirtschaft helfen und sie unterstützen, ist etwas, ja sogar mächtig ins Wanken geraten. In dem Augenblick, wo Banken und Finanzmärkte beschlossen haben, mit eigenen Produkten selber Geld zu verdienen, hat die Gier Einzug gehalten. Das dürfen wir nicht zulassen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir brauchen eine Regulierung, damit die Finanzmärkte wieder eine dienende Funktion haben.

(Beifall)

Wir können uns auch noch mehr vorstellen, als wir bislang gemacht haben. Es wird immer der Vorwurf erhoben: Ihr habt keine Konsequenzen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise gezogen. Ihr habt ja gar nichts gemacht. – Wir haben unter Federführung unseres Finanzministers Wolfgang Schäuble eine ganze Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht. Wie sind wir als letzte finanzpolitische Provinz verlacht worden, als Wolfgang Schäuble die ungedeckten Leerverkäufe verboten hat! Was gab es damals für ein Gelächter! Wie sind wir angeschaut worden, als wir ein Verbraucherschutzgesetz verabschiedet und gesagt haben: Es muss ein Protokoll über die Beratung angefertigt werden. Die Beratung muss entsprechend qualifiziert erfolgen. – Wir haben auch gesagt – was gab es da für einen Aufstand, dass wir dafür sorgen müssen, dass, wenn es einmal schiefliegt, was passieren kann in einer Sozialen Marktwirtschaft, nicht immer in erster Linie der Steuerzahler zur Kasse gebeten wird, sondern dass die Banken und Finanzinstitute selber ihren Beitrag leisten. Deswegen haben wir eine Bankenabgabe eingeführt. Was ist dazu alles gesagt worden! Aber es hat sich als richtig erwiesen. In Europa setzt sich immer mehr durch, dass das, was Wolfgang Schäuble zur Regulierung der Finanzmärkte in Deutschland gemacht hat und was er gesagt hat, was folgen muss, akzeptiert wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin auch der Meinung, dass wir eine Finanztransaktionsteuer auf bestimmte Produkte brauchen, die von den Finanzmärkten angeboten werden. Jede Kaffeemaschine wird mit einem Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent belegt. Dann

müssen auch zwar nicht alle, lieber Herr Krautscheid, aber doch einige Finanzmarktprodukte, die am Markt gehandelt werden und bei denen es ausschließlich darum geht, dass damit selber Geld verdient wird, ebenfalls mit einer Finanztransaktionsteuer belegt werden.

(Beifall)

Dass dies die Briten nicht wollen, kann ich aus deren Sicht verstehen. Wenn knapp 30 Prozent des Bruttoinlandsproduktes mit Finanzmarktgeschäften in der Londoner City erwirtschaftet wird, kann man verstehen, dass gesagt wird: Wir wollen selber eine Steuer darauf erheben und nicht noch zusätzlich eine europaweite. Ich muss aber bei allem Verständnis sagen: Die Briten sind zwar nicht Mitglied der Währungsunion; aber sie sind Mitglied in Europa, und sie tragen auch eine Verantwortung für das Gelingen Europas. Nur den eigenen Vorteil suchen zu wollen und nicht bereit zu sein, sich einzubringen, das können wir den Briten nicht durchgehen lassen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Deswegen teile ich die Auffassung von Wolfgang Schäuble: Wenn die Transaktionsteuer nicht in ganz Europa durchgesetzt werden kann, dann müssen wir versuchen, sie in der Euro-Zone einzuführen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese sehr bewegten Zeiten, die wir gerade in Europa erleben, zeigen eines klar und deutlich: dass wir an unseren Grundsätzen und Prinzipien festhalten müssen. Dies gilt vor allem auch, wenn es um die Erweiterung der EU, um die Erweiterung der Euro-Zone geht. Ein Problem – nicht alle – ist auch dadurch entstanden, dass man gegen den Willen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die damals in der Opposition war, die Griechen in die Währungsunion aufgenommen hat. Das war neben dem Verstoß gegen den Stabilitätspakt der zweite schwere Fehler, den Rot-Grün in ihrer Regierungszeit europapolitisch gemacht hat.

(Vereinzelt Beifall)

Damals ist nach dem Motto argumentiert worden: Griechenland ist so klein. Das spielt keine Rolle, hat damals die Regierungskoalition gesagt. Es hieß, man könne doch die Wiege der Demokratie nicht einfach aus der Euro-Zone ausschließen. Es sei also politisch notwendig, die Griechen in die Euro-Zone aufzunehmen. Mit dieser Entscheidung hat man im Zweifel weder den Griechen noch Europa einen wirklichen Dienst erwiesen.

Warum sage ich das? Ich sage das, weil wir weitere Verfahren zur Aufnahme in die EU haben, wo auch schon wieder von einigen gesagt wird, man müsse da eine politische Entscheidung treffen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Europa ist nicht nur ein Währungsraum. Europa ist nicht nur ein einheitlicher Wirtschaftsraum. Europa ist auch eine Wertegemeinschaft. Wir in Europa sind von der christlich-jüdischen Tradition geprägt. Wir haben Werte wie Freiheit und

Demokratie. Wer zu Europa gehören will, muss diese Werte erfüllen. Da kann es keinen politischen Kompromiss geben. Deswegen sage ich: Die Türkei hat noch eine Menge Aufgaben vor sich, wenn sie wirklich zu Europa gehören will.

Ich kann es nicht akzeptieren, wenn der türkische Ministerpräsident Erdogan nach Deutschland kommt und uns Vorhaltungen macht, wie wenig die Integration geglückt ist. Wer so mit religiösen Minderheiten umgeht wie diese Regierung in der Türkei, braucht anderen keine Vorschriften über Integration zu machen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Es geht nicht um irgendeinen Wert. Das zentrale Menschenrecht ist die Freiheit der Religionsausübung. Sich frei zu seinem Glauben zu bekennen oder auch sich zu keinem Glauben zu bekennen, hat nämlich mehr mit der Existenz des Einzelnen zu tun, als manche glauben, die meinen, Menschenrechte und Religionsfreiheit gehören nicht zusammen.

Ich sage auch in vielen Diskussionen in Kommunen, wenn es um die Frage geht, ob wir Moscheebauten zulassen dürfen, immer wieder klar und deutlich: Ja selbstverständlich, meine lieben Parteifreundinnen und Parteifreunde. Wer für Religionsfreiheit eintritt wie wir, tritt auch dafür ein, dass jeder sein Gotteshaus bauen kann. Das ist überhaupt kein Problem. Aber ich würde Herrn Erdogan am liebsten zurufen: So wie die Türken und andere hier ihre Religionshäuser bauen dürfen, erwarten wir, dass die Christen in der Türkei ihre Kirchen bauen dürfen.

(Beifall)

Da darf es keine Kompromisse geben, liebe Freundinnen und Freunde.

Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion verlangen – unterstützt von unseren Freunden aus Frankreich und Österreich; in dieser Woche haben wir noch alle Fraktionsvorsitzenden aus den 27 europäischen Mitgliedstaaten bei uns zu Gast in Berlin; inzwischen gibt es dafür eine breite Unterstützung –, dass in den Verhandlungen mit der Türkei nicht Kapitel um Kapitel eröffnet und wieder geschlossen wird, wenn es um Wirtschaft und vieles andere geht, ohne dass die zentrale Frage „Wie haltet ihr es mit den Menschenrechten?“ jetzt endlich auch auf den Tisch kommt.

(Beifall)

Europa nicht mehr nur als Antwort auf die Geschichte, sondern als Antwort auf die Zukunft: Das bedeutet auch, dass wir uns bewusst sind, was die Herausforderungen der Zeit sind. Wir stehen in einem unglaublichen Wettbewerb um Chancen und Zukunftsperspektiven weltweit. Unsere Hauptmitwettbewerber sind in Asien, beispielsweise China und Indien. Es soll bloß niemand glauben, dass aus einem wirtschaftlichen Wettbewerb und einem Erfolg für den einen oder anderen nicht auch gesellschaftliche und politische Konsequenzen folgen.

Die Antwort Europas muss sein: Wir werden diesen Wettbewerb aufnehmen. Wir werden in diesem Wettbewerb unsere Stärken einbringen. Dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird ein noch so starkes Deutschland aber allein nicht schaffen. Deswegen heißt Europa als Antwort auf die Zukunft: ein starkes Europa, das im Wettbewerb mit China, den Vereinigten Staaten von Amerika und mit Indien seine Position spielen kann. Voraussetzung dafür ist, dass wir in Europa unsere Hausaufgaben machen. Das heißt, wir müssen wirtschaftlich erfolgreich sein.

Deutschland hat gezeigt, wie es funktionieren kann. Die Finanz- und Wirtschaftskrise war in ganz Europa überall gleich. Wir sind aber besser aus der Krise herausgekommen. Angela Merkel hat gesagt, damals auch etwas belächelt: Wir müssen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise stärker herauskommen, als wir hineingegangen sind. – Schauen wir die Situation jetzt an: Es ist Wort gehalten worden. Darauf dürfen wir auch ein wenig stolz sein. Wir haben gezeigt, dass es zu schaffen ist, stärker aus der Krise herauszugehen, als wir hineingegangen sind.

(Beifall)

Das ist eine großartige Gemeinschaftsleistung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, meine sehr verehrten Damen und Herren, die durch Lohnverzicht und Mehrarbeit ihren Beitrag geleistet haben. Es ist vor allem ein großartiger Beitrag von unseren mittelständischen Familienbetrieben, die sich nicht von ihren Arbeitnehmern getrennt haben, sondern gesagt haben: Wir sitzen in einem Boot. Wir bleiben beieinander, und wenn es wieder losgeht, fahren wir gleich wieder mit ganzer Kraft voraus.

Notwendig ist natürlich auch die richtige Politik. Das alles gehört zusammen. So waren wir erfolgreich. In Europa schaut man auf uns. Die Franzosen sprechen von einem Modell Deutschland, das erfolgreich war. Das ist auch richtig so. Wir müssen in Europa nicht den Schwächeren nacheifern, sondern den Erfolgreichen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Nicht die Schwächeren können das Tempo bestimmen, sondern die Stärkeren, und sie müssen die Schwächeren mitnehmen. Das ist die Antwort Europas auf die Zukunft.

(Beifall)

Mit ein bisschen Stolz, aber ohne Überheblichkeit können wir auch feststellen, dass es gut ist, dass wir in dieser schwierigen Zeit Regierungsverantwortung tragen und sagen, wo es langgehen soll. Schauen wir uns kurz an, welche Rezepte diejenigen anzubieten haben, die jetzt in der Opposition sind. Die Grünen sagen: „Zentrale Bereiche unserer deutschen Wirtschaft müssen radikal schrumpfen“, und nennen beispielsweise die energieintensive Industrie.

Liebe Freundinnen und Freunde, in der energieintensiven Industrie in Deutschland sind fast eine Million Menschen beschäftigt. Im Bereich der energieintensiven Industrie liegt ein Werk-

stoff, der Zukunft bedeutet, nämlich Carbon als Ersatz für viele Bereiche, in denen jetzt noch Metall eingesetzt wird. Weil es leichter ist, ist der Energieverbrauch dabei geringer. Es wird in der Verkehrswirtschaft und in vielen anderen Bereichen genutzt. Die Verarbeitung von Carbon ist aber energieintensiv.

Wenn sich die Grünen mit ihrer Position des radikalen Schrumpfens durchsetzen würden, dann findet diese Zukunftsindustrie in Deutschland nicht mehr statt. Eine Million Menschen wären arbeitslos: Das ist die falsche Antwort auf die Herausforderungen der Zeit, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Frau Künast geht weiter. Sie formuliert, radikal schrumpfen müsse auch der Automobilbau in Deutschland. Eine Million Menschen sind in diesem Bereich beschäftigt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir so stark und schnell aus der Krise herausgekommen sind, hat auch etwas mit unserer Automobilwirtschaft zu tun und nicht etwa mit dem Verkauf von Fahrrädern in Fahrradläden. Auch das muss klar und deutlich gesagt werden.

(Beifall)

Die Grünen haben auch einen dritten Bereich im Blick: die Landwirtschaft. Die Landwirtschaft soll radikal schrumpfen. In der deutschen Landwirtschaft und in den angeschlossenen Bereichen sind weit mehr als eine Million Menschen beschäftigt. Deswegen ist auch das die falsche Antwort. Die deutsche Landwirtschaft hat mächtige Anstrengungen unternommen, um ökologisch besser zu produzieren. Auf dem Weg müssen wir sie unterstützen, statt sie radikal schrumpfen zu lassen. Lebensmittel aus unserer Heimat sind doch besser als Lebensmittel, die aus der ganzen Welt nach Deutschland eingeflogen werden. Deswegen auch hier die völlig falsche Antwort der Grünen!

Bei der SPD stellt man im Augenblick fest ein Hin und Her zwischen Akzeptieren der Fehler der Vergangenheit und vollmundigem Erklären, wie die Welt aussehen sollte. Die SPD lässt sich inzwischen treiben von der Linkspartei mit Umverteilungsparolen und verschiedenen anderen gesellschaftlich und wirtschaftlich nicht erfolgreichen Modellen. Aber vor allem eines fällt mir auf: Die Enkelgeneration lässt sich vom Großvater erklären: Das könnte der zukünftige Mensch sein; ich sage nur: Helmut Schmidt und Peer Steinbrück – wunderbare Geschichte. Dass diese Generation von Peer Steinbrück beispielsweise sagt: „Wir haben bei der Entfesselung der Finanzmärkte Fehler gemacht, aber ansonsten alles richtig gemacht“, zeigt, dass sie überhaupt nicht erkennt, wo das Problem liegt.

Peer Steinbrück hat in den drei Jahren, wo er Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen war, jährlich mehr Schulden gemacht als die Regierung Rüttgers in dem einzigen schwierigen Jahr der Finanz- und Wirtschaftskrise. Da kann ich nur sagen: Lieber Peer Steinbrück, die Kasse muss stimmen, nicht die Klappe! Das ist unsere Aussage zu dem Thema.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir alle können froh sein, vor allem die Mitbürgerinnen und Mitbürger in Deutschland, dass wir diese Regierung in schwieriger Zeit stellen mit einer Kanzlerin und mit einem klaren Kompass. Wir sind eine große Volkspartei. Wir laufen keinem Zeitgeist hinterher, sondern die Partei muss in der Zeit, in der sie politisch aktiv ist, Antworten auf die Herausforderungen der Zeit finden.

Liebe Freundinnen und Freunde, wir sind und bleiben die Partei der inneren und äußeren Sicherheit, und wir stellen immer die Instrumente zur Verfügung, die gerade notwendig sind. Die Polizei und die polizeiliche Arbeit sehen heute nicht mehr so aus wie damals, wo ich 15 Jahre war und wir mit dem Schupo um die Ecke zu tun hatten. Die Bundeswehr gibt andere Antworten auf die Herausforderungen als früher. Das Entscheidende als Markenkern ist nicht das Instrument, sondern das Entscheidende ist, dass wir die Partei der inneren und äußeren Sicherheit sind und bleiben und immer das richtige Instrument anbieten, das notwendig ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Damit komme ich zu einem Thema, das leider aktuell ist und das uns alle belastet, nämlich zu den Morden, die von dem braunen Terror, der jetzt bekannt geworden ist, in den letzten Jahren begangen worden sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass so etwas in unserem Land möglich ist, das macht uns nicht nur betroffen, das macht uns nicht nur traurig, sondern das fordert uns natürlich auch heraus, nach den Ursachen zu forschen und zu fragen: Wie kann so etwas möglich sein bei dem ganzen Apparat von Polizei und Verfassungsschutz, den wir in unserem Land haben?

„Partei der inneren Sicherheit“ kann das nicht einfach so wegstecken, sondern wir wollen wissen: Was ist passiert? Dann werden wir auch die entsprechenden Antworten geben.

Manche vorschnelle Antwort, die jetzt gefunden wird, wird vielleicht gar nicht zum Ziel führen. Nur, damit es da keine Missverständnisse gibt, sage ich auch ganz klar für unsere Fraktion: Wir wollen – so ist es auch in einem Antrag formuliert, den Angela Merkel heute auf dem Parteitag eingebracht hat – ganz genau prüfen, ob ein Verbot der NPD notwendig und sinnvoll ist. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, es muss dann auch die Voraussetzung geschaffen werden, dass ein solches Verbot mit großer Wahrscheinlichkeit erfolgreich sein kann,

(Teilweise Beifall)

dass wir vor dem Bundesverfassungsgericht nicht wieder Probleme haben. Deshalb ist jetzt mit kühlem Kopf und mit heißem Herzen alles zu tun, um die Situation aufzuklären und dann die Konsequenzen zu ziehen. Ich sage Ihnen: Wenn wir einigermaßen Erfolgsaussichten haben,

wenn wir einigermaßen sagen können: „Es könnte gelingen“, dann bin ich auch dafür, dass wir diesen braunen Sumpf austrocknen und als erstes Beispiel die NPD in unserem Land verbieten.

(Beifall)

Dann bin ich auch dafür, wenn dies erfolgreich geschehen kann!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dazu kann Voraussetzung sein, dass wir die Instrumente prüfen, mit denen wir bisher gearbeitet haben. Bisher ist uns immer gesagt worden: Wir brauchen V-Leute beim Verfassungsschutz, um die Dinge aufzuklären und kontrollieren zu können. Ich stelle die kritische Frage: Warum hat es dann so lange gedauert, bis wir etwas erfahren haben? Die V-Leute waren damals das Problem, ein NPD-Verbot durchzubekommen. Wenn bei V-Leuten so wenig Erfolg erzielt wird und das Risiko besteht, dass wir mit einem Verbot wieder nicht durchkommen, muss auch dieses Instrument ernsthaft auf den Prüfstand gestellt werden.

(Beifall)

Ein Instrument, das uns nichts bringt, brauchen wir auch nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall)

Jetzt wird von der Opposition gefordert: Wir müssen gleich dieses oder jenes machen. – Mit Hektik, mit Schnellschüssen werden wir nichts erreichen. Aber wir sagen dazu, dass wir dieses alles aufklären und die notwendigen Konsequenzen ziehen werden. Wir werden nicht zulassen, dass das positive Bild von Deutschland in der Welt durch ein paar solche Verbrecher Kratzer bekommt. Das werden wir auf keinen Fall zulassen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in der Regierung gezeigt, dass die Ergebnisse stimmen, wenngleich man sagen kann: Der Auftritt in der zweiten Halbzeit könnte nicht nur, sondern muss insgesamt besser werden.

(Beifall)

Das Bild, das wir bislang präsentiert haben, entspricht nicht dem Bild, was wir von einer bürgerlichen Koalition der Mitte haben. Dies sage ich nicht nur, wenn ich auf andere schaue, sondern ich schaue immer zuerst auf uns und auf mich. Wir alle werden einen Beitrag leisten müssen, damit die guten Ergebnisse nicht durch eine schlechte Performance in Misskredit gebracht werden. Ich finde, dass wir dazu auch allen Grund haben, liebe Freundinnen und Freunde. Wenn ich manchmal so in die Partei, in die Medien hinein höre, kann ich nur sagen: Angela Merkel hat einen schweren Stand. Sie trägt für manches Verantwortung, aber eben nicht für alles. Wir alle

tragen Verantwortung dafür, dass wir das entsprechende Bild in der Öffentlichkeit abgeben, jeder an seinem Platz.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn jeder seinen Beitrag leistet, dann kann dies auch gelingen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, trotz der angespannten Lage in Europa und der Welt haben wir natürlich auch noch einige Dinge, die wir in Deutschland voranbringen müssen. Wir als Partei machen Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes. Das ist übrigens unser Kompass, das Ewige, das immer bleibt. Unser Bild vom Menschen, unser christliches Menschenbild, sagt uns, dass wir diejenigen unterstützen müssen, die Leistung erbringen, die einen Beitrag dazu leisten, dass in diesem Land im sozialen Bereich alles möglich ist. Aber „christliches Menschenbild“ heißt auch, diejenigen mitzunehmen, die es schwerer haben, die unverschuldet in Not gekommen sind. Das ist das Gebot der Nächstenliebe. Deswegen bekennen wir uns zu den Sozialleistungen.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, es passt natürlich nicht zusammen, dass wir jedes Jahr oder spätestens alle zwei Jahre die Hartz-IV-Leistungen an die Inflation anpassen, aber die geringen Lohnerhöhungen, die die Menschen in unserem Land haben, in die kalte Progression hineinlaufen lassen. Das passt überhaupt nicht zusammen!

(Beifall)

Deswegen haben wir nie von einer großen Steuerreform gesprochen, sondern wir haben gesagt: Wir wollen Gerechtigkeit. Vorhin habe ich darauf hingewiesen: Dass wir so schnell aus der Finanz- und Wirtschaftskrise herausgekommen sind, verdanken wir einer großen Gemeinschaftsleistung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und vor allem unserer mittelständischen Wirtschaft. Daher ist doch klar, dass der Aufschwung, der Erfolg, die kleinen Lohnerhöhungen, die es jetzt gibt, bei denen ankommen müssen, die einen Beitrag dazu geleistet haben, dass es in Deutschland vorangegangen ist. Deswegen ist es ausschließlich eine Frage der Steuergerechtigkeit, dass das, was wir den Menschen jetzt zurückgeben wollen, auch bei ihnen ankommt.

(Vereinzelt Beifall)

Da kann ich nur fragen: Was ist denn das für eine Opposition? Wir wollen Politik für die kleinen Leute machen, und dann kommen die Sozis und sagen: Das werden wir im Bundesrat verhindern, das werden wir nicht durchlassen. Da kann ich nur sagen: Viel Spaß bei der Veranstaltung. Gegen die Menschen in unserem Land Politik zu machen, hat sich noch nie ausgezahlt.

(Beifall)

Deswegen werden wir diese Diskussion aushalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir in der Bundestagsfraktion können unsere Aufgabe nur erfüllen, wenn wir uns in unseren Wahlkreisen, in unserer Heimat fest eingebunden wissen. Ich weiß aus meiner Arbeit in meinem Wahlkreis, dass wir es unseren Freunden an der Basis nicht immer leicht machen. Umso dankbarer bin ich dafür, dass wir auch in kritischen Diskussionen mit Solidarität begleitet und unterstützt werden. Wir sind eine große Familie, in der sich einer auf den anderen abstützen und verlassen können muss. Deswegen sage ich den Freunden in meinem Wahlkreis, aber auch Ihnen allen einen herzlichen Dank. Ohne Sie, die engagierten ehrenamtlichen Mitglieder in unserer Partei, könnten wir überhaupt nichts bewegen. Herzlichen Dank für Ihren Einsatz und Ihre Arbeit!

(Beifall)

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, lassen Sie mich noch einen letzten Punkt ansprechen, der in der politischen Diskussion etwas untergeht und uns alle in unserer Heimat massiv beschäftigt, im Ballungsraum vielleicht ein bisschen weniger, in den ländlichen Räumen ein bisschen mehr. Das ist die demografische Veränderung. Mit unseren Beschlüssen zur Bildungspolitik wird darauf eine Antwort gegeben. Mit unseren Entscheidungen vom vergangenen Wochenende, mehr für die Infrastruktur zu tun, 1 Milliarde Euro zusätzlich für Straßenbau, Kanäle, Schleusen und vieles andere, zum Beispiel schnelles Internet, zur Verfügung zu stellen, haben wir eine weitere Antwort gegeben. Wenn ich mir das alles anschau, weiß ich, dass es ohnehin nur eine Partei gibt, die die Ganzheit Deutschlands ernst nimmt und sagt: Die Antwort auf die demografische Entwicklung heißt mehr Bildung, mehr Innovationen und mehr Investitionen in die Infrastruktur.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden in einer älter werdenden Gesellschaft den Wettbewerb nur aushalten, wenn wir uns jung halten. In einer älter werdenden Gesellschaft ist dies möglich, wenn wir uns die Freude am Neuen und die Freude an der Innovation erhalten, wenn wir nicht wie manche in Baden-Württemberg sagen: Die Infrastruktur, die wir im 19. und 20. Jahrhundert gebaut haben, reicht mir. Wenn das jemand mit 70 Jahren sagt, dann muss ich entgegenhalten: Es kommt nicht darauf an, ob es einem 70-Jährigen reicht, was er jetzt hat, sondern darauf, ob es für unsere Kinder und Enkel reicht. Dafür müssen wir eintreten.

(Beifall)

Es gibt für alles in der Politik ein Symbol. Das Symbol für den Rückschritt – mir reicht das, was ich habe, weil ich schon älter bin oder im öffentlichen Dienst durch die verschiedenen Stationen gegangen bin und mich gut eingerichtet habe – heißt: Stuttgart 21.

(Vereinzelt Beifall)

Wer in der Vergangenheit leben will, braucht diesen Bahnhof nicht zu verändern, aber wer Europa als Antwort auf die Fragen der Zukunft will, der braucht diesen modernen Bahnhof in Stuttgart.

(Beifall)

Wir, liebe Freundinnen und Freunde, sind die Partei, die weiß, woher sie kommt, die weiß, worauf sie fest gegründet ist, die Partei, die weiß, dass sie in der Zeit, in der sie in Verantwortung steht, die richtigen Antworten suchen muss. Wir sind die Partei, die von festen Grundpositionen aus dieses Land in eine gute Zukunft führt. Wer verwurzelt und gut geerdet ist, kann in eine neue Zeit weit ausgreifen, ohne umzufallen. Genau das macht die Christlich Demokratische Union. Wir müssen jetzt hart dafür arbeiten, den Menschen klarzumachen: Wir wollen Europa, und wir werden Europa in eine gute Zukunft führen. Deutschland wird weiter Motor in diesem Europa sein. So werden wir den Wettbewerb in der Welt gewinnen, Zukunftschancen für die junge Generation schaffen und damit zeigen: Wir sind in dieser Zeit die Richtigen in der Regierung, und die anderen sind die Richtigen in der Opposition. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall)

Stanislaw Tillich, Tagungspräsidium: Lieber Volker, du bist der richtige Mann an der Seite der Bundeskanzlerin; das hast du heute eindeutig unterstrichen.

(Teilweise Beifall)

Herzlichen Dank für diese fulminante Rede. Wir wissen, dass wir einen treuen Partner der Bundesregierung und der Bundeskanzlerin im Fraktionsvorsitzenden und demnach in der Bundestagsfraktion haben.

Liebe Freunde, ich darf heute die Gelegenheit nutzen, vier Delegierten unter uns zu ihrem Ehrentag zu gratulieren. Sie haben heute Geburtstag. Ich glaube, auch das ist einen Applaus wert. Wir gratulieren Patricia Peill aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen.

(Beifall)

Wir gratulieren Frank Gotthardt aus dem Landesverband Hessen. Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Wir gratulieren Nils-Oliver Freimuth aus dem Landesverband Rheinland-Pfalz.

(Beifall)

Wir gratulieren – er ist von ihnen der Jüngste; ich nenne kein Alter – Alexander Gary aus dem Landesverband Baden-Württemberg. Meinen herzlichen Glückwunsch, Gottes Segen und alles Gute den Geburtstagskindern.

(Beifall)

Wir fahren in der Tagesordnung mit den Beratungen zu weiteren Anträgen fort. Damit übergebe ich – auf Neudeutsch heißt es so schön: „Never change a winning team“ – das Wort und damit die Tagesleitung an Ursula Heinen-Esser.

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Wir fahren fort mit den

SONSTIGEN ANTRÄGEN.

Ich schlage vor, dass wir in der bewährten Form von vorhin weitermachen, nämlich die Anträge einzeln aufzurufen und dann nur die Anträge, zu denen es Wortmeldungen gibt, einzeln zu beraten.

Ich rufe also die Anträge C 60 „GEMA-Gebühren“ – diesen Antrag finden Sie in der Antragsbroschüre auf Seite 446 –, C 64 „Künftige Beitragsstruktur der CDU Deutschlands“, C 70 „Rechtssicherheit bei Filesharing-Abmahnungen“, C 82 zum Umwandlungsgesetz, C 84 zum Kreislaufwirtschaftsgesetz, C 88 zum Thema Orientierung am „C“. Beim Antrag C 89 zum Thema „Kostenerstattung für stationäre Hospize“ liegt eine Wortmeldung von Siegfried Kauder vor. Deswegen schlage ich vor, dass wir über die Anträge C 60 bis C 88 zusammen abstimmen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission für diese Anträge folgt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann sind die Empfehlungen der Antragskommission zu diesen Anträgen so beschlossen.

Ich rufe jetzt den Antrag C 89 des Kreisverbandes Schwarzwald-Baar zum Thema „Kostenerstattung für stationäre Hospize“ auf und gebe das Wort an Siegfried Kauder.

Siegfried Kauder: Liebe Delegierte! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich knüpfe an das an, was gestern die Bundeskanzlerin zu Recht gesagt hat. Ob gesund, ob krank oder sterbend: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Ein würdevolles Sterben ermöglichen Hospize. Aber schauen Sie einmal in das Gesetz; ich habe das getan und bin erschrocken. Hospize bekommen für den stationären Aufenthalt von Sterbenden 90 Prozent der Kosten erstattet. Es steht expressis verbis im Gesetz, dass die fehlenden 10 Prozent von den Hospizen verbucht eingenommen werden sollen. Das heißt also, Hospize sollen sich mit dem Hut an den Straßenrand setzen und Geld für ein humanes Sterben einwerben. Ich halte das für entwürdigend.

Ich bin der Meinung, Hospize müssen 100 Prozent der ihnen entstehenden Kosten durch die Träger, durch die Kranken- und Pflegekassen, erstattet bekommen. Darüber können wir selbst entscheiden. Dazu brauchen wir keine Verweisung des Antrags an die Bundestagsfraktion. Von diesem Gremium muss eine Botschaft ausgehen, dass wir ein menschenwürdiges Sterben unterstützen und dass die Kostenfinanzierung sichergestellt ist. Der Bundestag ist der

Gesetzgeber, und wir müssen die Initiative starten. Deswegen bitte ich, über diesen Antrag hier zu bescheiden und ihn nicht in die Bundestagsfraktion zu verweisen. – Ich danke Ihnen.

(Vereinzelt Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission spricht Ralf Brauksiepe.

Dr. Ralf Brauksiepe, Antragskommission: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Selbstverständlich würdigt auch die Antragskommission ausdrücklich die Arbeit der Hospize. Es ist so, dass bei der letzten Verbesserung der finanziellen Situation der Hospize die 90-Prozent-Finanzierung durch die Kranken- und Pflegekassen allgemein als ausreichend angesehen wurde. Man muss auch sehen, dass es für Kinderhospize eine 95-Prozent-Finanzierung gibt. Ein Eigenanteil wurde seinerzeit als gerechtfertigt angesehen.

Vor dem Hintergrund der Situation vieler Hospize hält auch die Antragskommission eine erneute Überprüfung der Kostenaufteilung sehr wohl für angezeigt. Nun zeichnen wir uns üblicherweise nicht dadurch aus, dass wir schnell beschließen, dass der Steuerzahler bzw. in diesem Fall der Beitragszahler zusätzliche Lasten übernehmen soll. Deshalb haben wir als Antragskommission nicht von vornherein gesagt, dass 100 Prozent durch die Kassen übernommen werden und damit durch die Beitragszahler und gegebenenfalls durch die Steuerzahler. Wir wollen es prüfen, indem wir diesen Antrag an die Bundestagsfraktion der CDU/CSU überweisen.

Uns ist sehr wohl bewusst, dass hier ein Problem liegt, welches gelöst werden muss. Auch wir erkennen die Arbeit in der Weise an, wie es Siegfried Kauder gesagt hat. Deswegen ist unser Vorschlag, um hier zu einer gerechten Lösung zu kommen, diesen Antrag an die Bundestagsfraktion zu überweisen.

(Vereinzelt Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Ralf Brauksiepe. – Ich komme dann zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den Antrag zu überweisen, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Das ist ganz knapp. Wir müssen uns hier ein klares Bild verschaffen. Deswegen bitte ich diejenigen, die für die Empfehlung, also für die Überweisung des Antrages, sind, aufzustehen. – Wer gegen die Empfehlung, den Antrag zu überweisen, ist, der soll jetzt aufstehen. – Das Letztere ist die Mehrheit.

(Vereinzelt Beifall)

Wer enthält sich in dieser Frage? – Das sind einige wenige. Damit ist die Empfehlung der Antragskommission nicht angenommen worden. Das heißt, der Antrag ist angenommen. Ich lasse aber noch einmal mittels Handzeichen abstimmen, um auszuschließen, dass wir formal etwas falsch machen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Es gibt eine klare, eindeutige Mehrheit. Damit ist der Antrag des Kreisverbandes Schwarzwald-Baar zur Kostenerstattung für stationäre Hospize angenommen worden.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn Sie einverstanden sind, verfare ich wie vorhin. Ich rufe Anträge auf, bis es zu einem Antrag eine Wortmeldung gibt.

Es geht weiter mit Antrag C 91 vom Kreisverband Steinfurt, C 95, C 97, C 98, C 100, C 101, C 104, C 108, C 109 und C 111. Beim Antrag C 112 liegt mir eine Wortmeldung von Frank Oesterhelweg aus Braunschweig vor. – Ich sehe eine Wortmeldung von Ingbert Liebing zum Antrag C 111. Gibt es noch weitere Wortmeldungen zu Anträgen, die ich gerade aufgeführt habe? – Dann Ingbert Liebing zum Antrag C 111.

Ingbert Liebing: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Parteifreunde! Bei aller Wertschätzung für die Arbeit der Antragskommission, muss ich sagen: Auch bei diesem Antrag werbe ich dafür, dem Votum der Antragskommission nicht zu folgen, sondern den Antrag in der Sache heute auf dem Parteitag zu beschließen.

Worum geht es in der Sache? Eine Reihe von Freunden aus der Kommunalpolitischen Vereinigung haben einen Antrag eingereicht, mit dem wir uns mit dem Paket „Bildung und Teilhabe“ und mit dem Beschluss beschäftigen, den wir in der Bundestagsfraktion im Rahmen der Koalition gefasst haben, nämlich dass der Bund die Aufgabe der Grundsicherung im Alter künftig übernimmt. Dies ist eine gewaltige Entlastung zugunsten der Kommunen in einer Größenordnung von etwa vier Milliarden Euro, die wir durchgesetzt haben. Ich bedaure, dass dies zu den meist gehüteten Geheimnissen in Deutschland gehört. Ich finde, wir sollten viel mehr darüber reden, was wir für die Kommunen leisten, liebe Parteifreunde.

(Vereinzelt Beifall)

Aber wenn wir dies tun, muss sichergestellt sein, dass das Geld, über das auf Bundesebene beschlossen wird und das den Kommunen helfen soll – das Gesetz, das auf den Weg gebracht worden ist, trägt den Titel „Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen“ –, über die Länder an die Kommunen weitergereicht wird und bei den Kommunen ungeschmälert ankommt.

Es kann nicht sein, dass irgendeine rot-grün-gefärbte Landesregierung – ich gehe davon aus, dass es unsere Landesregierungen nicht sind –, dann versuchen, in die Kasse zu langen, um einen Teil dessen, was den Kommunen zugutekommen soll, für die klammen Landeskassen abzuzweigen. Das ist nicht der Sinn dieses Gesetzes. Das ist nicht Sinn des Paketes, das geschnürt wurde. Das ist wieder einmal ein Raubzug durch die kommunalen Kassen; denn dieses Geld muss den Kommunen ungeschmälert zugutekommen. Das ist die Intension unseres Antrages.

(Teilweise Beifall)

Es gibt daher aus meiner Sicht überhaupt keine Veranlassung, das Thema noch einmal in die Landtagsfraktionen zu überweisen. Wir sollten heute als Bundesparteitag das klare Signal aus-

senden. Deshalb bitte ich um Ihre Unterstützung, heute in der der Sache zu entscheiden. – Vielen Dank.

(Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Ingbert Liebing. – Ich frage die Antragskommission, ob sie dazu sprechen möchte. – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Nein.

Dann stimmen wir über die Beschlussempfehlung der Antragskommission zu Antrag C 111 ab. Wer der Beschlussempfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen? – Wer dieser Beschlussempfehlung nicht folgen möchte, den bitte ich um das Zeichen? – Die Mehrheit ist eindeutig. Damit ist der Antrag angenommen.

(Beifall)

Ich rufe nun die Anträge C 91 bis C 109 auf. Können wir darüber im Block abstimmen, oder gibt es noch Wortmeldungen? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir stimmen nun über die Anträge C 91 bis C 109 ab. Ich bitte diejenigen um das Kartenzeichen, die der Empfehlung der Antragskommission folgen wollen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit sind die Anträge gemäß der Beschlussempfehlung der Antragskommission angenommen.

Wir kommen zum Antrag C 112 der Delegierten Frank Oesterhelweg, Franz-Josef Holzenkamp, Heidemarie Mundlos und anderer. Es geht um das Thema Asse-Fonds. Ich gebe das Wort an Frank Oesterhelweg.

Frank Oesterhelweg: Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Unionsfreunde! Was sich im norddeutschen Höhenzug Asse, in dem ehemaligen Salzbergwerk abspielt, ist einer der größten, wenn nicht sogar der größte Umweltskandal, den ich in unserem Land, in Deutschland, kenne.

(Vereinzelt Beifall)

Vor 40 Jahren wurden dort 125 000 Fässer schwach- und mittelradioaktiven Materials eingelagert, teilweise mit einer erheblichen toxischen Belastung. Dieses angebliche Versuchs- oder Forschungsendlager ist in Wirklichkeit eine Atommüll- und Giftmülldeponie. Hier wurde radioaktives toxisches Material regelrecht verklappt.

In Verantwortung dafür steht der Bund. Deswegen ist dieses Thema nicht allein eine Sache der Region Asse, des Landkreises Wolfenbüttel, des Braunschweiger Landes, des Landes Niedersachsen, nein, es ist ein gesamtdeutsches Thema, das wir gemeinsam anpacken müssen.

(Beifall)

Dieser Salzstock ist durchlöchert wie ein Schweizer Käse. Er wurde kommerziell ausgebeutet, ist einsturzgefährdet und von erheblichem Wassereinbruch bedroht. Sie können sich vorstellen,

was das bedeutet. Eine Rückholung ist, wenn überhaupt, nur in einigen Jahrzehnten möglich und abzuschließen.

Politisch sind hier alle in einem Boot. Die Union trug und trägt Verantwortung. Die FDP, aber auch Sozialdemokraten und Grüne sind hier im Boot. Während sich aber Rote und Grüne aus der Verantwortung stehlen wollen – das schaffen die auch immer ganz gut, wir kennen viele Beispiele –, stehen wir als Union vor Ort und, wie ich hoffe, auch hier zu unserer Verantwortung. Rote und Grüne versuchen, mit diesem brisanten Thema die Menschen in der Region aufzuheizen. Sie reden die Region insgesamt schlecht.

Wer in der Asse- oder Braunschweiger Region wohnt, der wird zunehmend verunsichert. Die Menschen haben Angst. Die Immobilienpreise sinken. Die Menschen und auch Firmen wandern ab und orientieren sich neu. Es sind also erste konkrete erhebliche Schäden für die Region zu verzeichnen. Dieser Prozess, der schon mehrere Jahrzehnte dauert, wird die Probleme verschärfen. Wir haben bei diesem Parteitag schon mehrfach gezeigt, dass wir bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Deswegen bitte ich Sie, uns dabei zu unterstützen, einen Asse-II-Fonds einzurichten, um etwas für die Entschädigung von Privaten und Firmen zu tun.

(Vereinzelt Beifall)

Manche haben schon erhebliche Schäden erlitten. Wir brauchen den Fonds, um die Infrastruktur zu verbessern und um das Image der Region zu verbessern, so wie wir es auch mit dem Salzgitter-Fonds getan haben. Übernehmen Sie – darum bitte ich Sie auch im Namen der Braunschweiger Kollegen sehr herzlich – Verantwortung für diese Region. Lassen Sie uns bitte nicht allein. Lassen Sie uns dieses Thema nicht allein an die Bundestagsfraktion überweisen, das wäre viel zu kurz gesprungen.

Die Menschen in unserer Region erwarten – eigentlich erleben sie es – ein deutliches Votum der Union. Sie erwarten von uns, dass wir auch hier in Leipzig Verantwortung übernehmen. Wir haben viele Gespräche mit Vertretern des Bundesumweltministeriums und mit Vertretern des Bundesfinanzministeriums geführt. Nach diesen Gesprächen wird jetzt konkretes politisches Handeln erwartet.

Ich weiß, dass sich die Antragskommission sehr engagiert mit diesem Thema beschäftigt hat. Nun habe ich aber heute Morgen mitbekommen, dass dieser Parteitag durchaus bereit ist, auch einmal das Votum einer Antragskommission abzuändern. Darum bitte ich Sie. Ich mache einen Kompromissvorschlag. Er sollte wie folgt lauten: Der Antrag wird an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Maßgabe überwiesen, bis zur parlamentarischen Sommerpause 2012 eine für die Asse-Region tragfähige Fondslösung zu erarbeiten. – Darum bitte ich Sie. Zeigen Sie Flagge. Helfen Sie uns. Übernehmen Sie Verantwortung. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Frank Oesterhelweg. – Michael Kretschmer für die Antragskommission.

Michael Kretschmer, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Das Thema Asse ist in der Tat ein schwieriges. Jeder, der einmal da gewesen ist – wir haben mehrfach die Gelegenheit genutzt und sind dort eingefahren, um es uns genau anzuschauen –, wird festgestellt haben, dass es sich um eine Angelegenheit handelt, die geklärt werden muss und die einer wirklich vernünftigen Aufarbeitung bedarf. Deswegen ist es gut, dass wir uns in unserer Regierungszeit des Themas angenommen haben. Keine Regierung vor uns hat das Thema wirklich aktiv aufgegriffen. Alle vor uns haben es totgeschwiegen, beiseitegeschoben. Jetzt muss es geklärt werden.

Aber, meine Damen und Herren, es ist ein technisch sehr schwieriges und anspruchsvolles Thema, das man nicht zwischen Tür und Angel klären kann. Man kann aber sagen, dass die Menschen in der Region nicht alleingelassen werden, dass sie Hilfe bekommen sollen. Sie können sich darauf verlassen, dass wir uns in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion darum kümmern werden. Deswegen ist mein Wunsch, dass Sie der Empfehlung der Antragskommission folgen, dass Sie uns die Gelegenheit geben, im Deutschen Bundestag eine vernünftige Lösung zu finden, sodass man einen Fonds auflegen kann, dessen Budget ausreichend ist. Wir müssen genau klären, welche Projekte gefördert werden sollen, wofür das Geld ausgegeben werden soll und wer anspruchsberechtigt sein soll. Das wird seine Zeit dauern.

Deswegen die herzliche Bitte, dem Votum der Antragskommission zu folgen. Wir wollen an dieser Stelle etwas tun; aber wir müssen das auch ordentlich vorbereiten. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Michael Kretschmer. – Frank Oesterhelweg hat sich noch einmal zu Wort gemeldet.

Frank Oesterhelweg: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Nur in wenigen Stichworten: Es geht hier nicht um technische Lösungen. Daran arbeiten wir. Wir prüfen, ob der Müll zurückgeholt werden kann. Das würde Jahrzehnte dauern. Aber Fakt ist doch: Egal, was dort technisch passieren wird, egal, was wir entscheiden, die Schäden für die Region sind bereits jetzt greifbar und messbar.

(Teilweise Beifall)

Es ist ein gutes Signal, wenn uns gesagt wird, dass man sich damit beschäftigen wird. Ich möchte aber nicht nur dieses Signal, sondern auch – das ist der Kompromissvorschlag –, dass es einen solchen Fonds geben wird, weil Schäden bereits in erheblicher Größenordnung aufgetreten sind. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Frank Oesterhelweg. – Ich komme jetzt zur Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung der Antragskommission, das heißt Überweisung, folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer gegen die Beschlussempfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich ebenfalls um das Kartenzeichen. – Ich darf darum bitten, aufzustehen. Wer für die Beschlussempfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich, aufzustehen. – Ich bitte jetzt diejenigen, die gegen die Beschlussempfehlung der Antragskommission sind, aufzustehen. –

(Teilweise Beifall)

Das Letztere ist die Mehrheit. Ich darf noch kurz um die Enthaltungen bitten. – Herr Oesterhelweg hat sich mit dem den Vorschlag, den Antrag zu überweisen, einverstanden erklärt mit der Maßgabe, vor der Sommerpause ein Verfahren zu finden, wie der Region zum Ausgleich verholfen werden kann. Wer für den Vorschlag von Frank Oesterhelweg ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer gegen diesen Vorschlag ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag angenommen: Überweisung mit der Maßgabe, vor der Sommerpause etwas vorzulegen zum Ausgleich für die Region. Herzlichen Dank dafür.

(Vereinzelt Beifall)

Ich möchte jetzt noch drei Initiativanträge aufrufen. Es handelt sich zunächst um die Initiativanträge C 114 der Delegierten Schütte, Wacke, Knopf und weiterer 27 Delegierter zum Neubau von Kraftwerken und C 115 der Delegierten Gerling, Kartmann, Zimmer und weiterer 27 Delegierter zum Förderprogramm „Altersgerecht Umbauen“. Gibt es zu diesen beiden Anträgen Wortmeldungen? – Da ist eine Wortmeldung. Bitte sagen Sie, zu welchem Antrag Sie sprechen.

Dr. Albrecht Schütte: Ich möchte zu dem Initiativantrag C 114 Stellung nehmen. – Sehr geehrte Frau Tagungspräsidentin! Meine Damen und Herren Delegierte! Mein Name ist Dr. Albrecht Schütte aus Baden-Württemberg, aus dem Rhein-Neckar-Kreis. Ich bin dort Vorsitzender des Arbeitskreises „Energie und Umwelt“. Mit der Beschleunigung des Atomausstieges durch die Verkürzung der Ausstiegszeit von 2035 auf 2022 haben wir uns ein sehr ambitioniertes Programm auferlegt: über 20 Prozent Stromproduktion ersetzen und die Klimaschutzziele erreichen. In der letzten Zeit gibt es in puncto Klimaschutz keine Entwarnung; ganz im Gegenteil. Aus diesem Grund sollten wir als CDU hier ein klares Signal senden. Deshalb beantrage ich, den Antrag nicht zu überweisen, sondern hier darüber abzustimmen. Wir werden die Energiewende nur schaffen, wenn wir massiv investieren. Neben Erzeugung aus erneuerbaren Quellen gehören dazu neue Leitungen, der Ausbau neuer Speichertechnologien und Investitionen in die Steuerung des Netzes. Dafür werden die Mittel des Klimafonds nicht einmal ausreichen. Wir sind auch nicht blauäugig. Wir wissen, dass der Ersatz bestehender fossiler Kraftwerke durch moderne Anlagen notwendig ist. Aber das nicht über den Preis zu regeln, sondern dafür Mittel

aus dem Klimafonds zu verwenden, verlangsamt den Wechsel hin zu weniger CO₂, und das ist ein völlig falsches politisches Signal. Daher bitte ich Sie: Senden wir heute das richtige Signal! – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Für die Antragskommission spricht Maria Flachsbarth.

Dr. Maria Flachsbarth, Antragskommission: Herzlichen Dank. – Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Wir verstehen das Anliegen der Antragsteller; das ist überhaupt keine Frage. Wir wollen genau wie Sie einen möglichst zügigen Umstieg von dem konventionellen Energiesystem auf die regenerativen Energien. Wir tun alles dafür, diesen Umstieg zu forcieren. Aber wir müssen auch wissen, dass dieser Umstieg nur funktionieren kann, wenn wir die Akzeptanz der Menschen in diesem Lande behalten. Dazu gehört, dass wir weder die Versorgungssicherheit noch die Preiswürdigkeit der Stromversorgung für den privaten Verbraucher und auch für die Industrie infrage stellen. Deshalb mag es notwendig sein, dass wir an der einen oder anderen Stelle noch den Zubau von modernen, effizienten konventionellen Kraftwerken benötigen. Aus diesem Grunde ist der Umstieg in einem Gesamtpaket zu sehen: Ausbau von erneuerbaren Energien, Netzen und Speichern sowie Ausbau von konventionellen Kraftwerken. Deshalb bitten wir Sie sehr herzlich, dem Votum der Antragskommission zu folgen. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Danke schön, Maria Flachsbarth. – Sie möchten noch einmal kurz sprechen?

Dr. Albrecht Schütte: Nur um das kurz klarzustellen: Es geht nicht darum, dass keine neuen konventionellen Kraftwerke mehr gebaut werden. Das brauchen wir allein deshalb, um die alten ersetzen zu können. Es geht darum, ob wir dafür Mittel aus dem Klimafonds verwenden. Das wäre – gerade mit Blick auf die Akzeptanz für einen Energiewechsel – ein Signal, das bei uns an der Basis niemand versteht. Deshalb bitte ich Sie, dem Antrag, keine Mittel aus dem Klimafonds für Gas- oder Kohlekraftwerke zu verwenden, zuzustimmen. Es ist vollkommen klar, dass dies kein energiepolitisches Gesamtkonzept ist und dass darüber die entsprechenden Gremien zu beraten haben. – Vielen Dank.

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Dazu noch einmal Maria Flachsbarth.

Dr. Maria Flachsbarth, Antragskommission: So ein kleines Rededuell erfrischt, lieber Herr Kollege. – Beim besten Willen: Wenn wir einen Umbau des Energiesystems wollen und wenn wir von der Zentralisierung, von der Konzentration auf die vier großen Kraftwerksbetreiber weg wollen,

dann ist es sehr wichtig, dass wir auch kleinen neuen Betreibern den Einstieg in den Markt ermöglichen. Dazu bedarf es an der einen oder anderen Stelle einer Hilfe. Genau für diesen Bereich sind Mittel aus dem Energie- und Klimafonds vorgesehen, notwendig, erforderlich und vernünftig. Deshalb plädiere ich noch einmal für das Votum der Antragskommission. – Danke schön.

(Teilweise Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Maria Flachsbarth. – Ich lasse jetzt über den Initiativantrag C 114 abstimmen. Wer der Beschlussempfehlung der Antragskommission – Überweisung – folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer dagegen ist, den bitte ich ebenfalls um das Kartenzeichen. – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und keinen Enthaltungen ist die Beschlussempfehlung der Antragskommission angenommen.

Ich rufe den Initiativantrag C 115 der Delegierten Gerling, Kartmann und Zimmer, das Förderprogramm „Altersgerecht Umbauen“ fortzusetzen, auf. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Nein. Wer für die Beschlussempfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer dagegen ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung so angenommen.

Ich rufe jetzt den letzten Initiativantrag C 116 der Delegierten Angela Merkel, Hermann Gröhe, Lorenz Caffier und weiterer 27 Delegierter zum Thema Rechtsextremismus auf. – Ich gebe Lorenz Caffier das Wort zur Einführung in den Antrag.

Lorenz Caffier: Frau Tagungsleiterin! Liebe Delegierte! Volker Kauder ist schon kurz auf den Initiativantrag eingegangen. In der Tat mussten wir in den vergangenen Tagen in Deutschland schmerzhaft lernen, dass sich Rechtsextremisten offensichtlich nicht mehr mit dem Grölen rassistischer, hohler Parolen und menschenverachtenden Auftritten begnügen. Die Gewalttätigkeit des Extremismus hat eine neue Qualität erreicht. Ganz offensichtlich geht der braune Sumpf seit einiger Zeit den Weg, den demokratischen Rechtsstaat und seine Bürgerinnen und Bürger auch mit Mord und Terror zu bekämpfen.

Wir wissen: Unsere Demokratie ist wehrhaft. Wir wissen: Wir können uns auf unseren Rechtsstaat verlassen. Die jetzt ans Licht gekommenen Ereignisse machen allerdings jeden Extremismus, insbesondere den Rechtsextremismus, zu einer ernsthaften, brutalen Gefahr für das demokratische Gemeinwesen. Deshalb ist es zwingend notwendig – der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat schon darauf hingewiesen –, nicht nur aus diesen Vorfällen die richtigen Schlüsse in aller Sachlichkeit zu ziehen, sondern auch eventuell vorhandene Unzulänglichkeiten bei den Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern umgehend abzustellen. Nur gemeinsam im Verbund können die Sicherheitsbehörden die Bürgerinnen und Bürger vor gewalttätigen und brutalen Umtrieben rechtsextremistischer Kameradschaften und Parteien schützen. Ich sage das auch als zuständiger Fachminister im Innenressort im Hinblick auf mögliche Unzulänglichkeiten innerhalb des Verfassungsschutzes.

Dem aggressiv-kämpferischen Auftreten insbesondere der rechtsextremistischen NPD müssen sich der Rechtsstaat und unsere Gesellschaft mit aller Macht entgegenstellen. Wir werden unserer demokratischen Verantwortung als Volkspartei nur dann gerecht, wenn wir uns solchen extremistischen Bestrebungen mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenstellen. Die CDU gilt als Partei der inneren Sicherheit. Unsere Demokratie gilt als wehrhaft. Deshalb bitte ich Sie: Geben Sie mit einem klaren Votum der Empfehlung der Antragskommission statt, und unterstützen Sie diesen Antrag im Sinne schneller, zügiger und guter Aufklärung. – Vielen Dank.

(Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Caffier, für die Einführung in den Antrag. – Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. In Ihren Unterlagen finden Sie eine Beschlussempfehlung der Antragskommission, mit der sich die Antragsteller einverstanden erklärt haben. Wer für die Beschlussempfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist ein starkes Zeichen dieses Parteitages gegen den Rechtsextremismus. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall)

Damit sind wir am Ende der Beratungen über die sonstigen Anträge. Auch herzlichen Dank dafür.

Ich übergebe jetzt das Tagungspräsidium an Jost de Jager.

Jost de Jager, Tagungspräsidium: Vielen Dank. –

Wir kommen zu TAGESORDNUNGSPUNKT 12:

BERICHT DES BUNDESSCHATZMEISTERS DER CDU DEUTSCHLANDS,
VORLAGE DES RECHENSCHAFTSBERICHTES 2009
GEM. § 3 Abs. 2 PARTEIENGESETZ

Ich gebe das Wort unserem Bundesschatzmeister, Herrn Linssen.

Dr. Helmut Linssen, Bundesschatzmeister: Herr Tagungspräsident! Frau Bundesvorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ihnen heute vorliegende Rechenschaftsbericht für das Jahr 2009 ist fristgerecht und mit einem uneingeschränkten Testat der Wirtschaftsprüfer versehen beim Bundestagspräsidenten eingereicht und von der Verwaltung des Bundestages überprüft und veröffentlicht worden.

Wie Sie den Zahlen entnehmen können, haben die zahlreichen Wahlkämpfe im Jahre 2009, also eine Europa- und Bundestagswahl sowie sechs Landtagswahlkämpfe, in den Vermögensbilanzen aller Parteigliederungen erwartungsgemäß deutliche Spuren hinterlassen. Infolgedessen weist

der Rechenschaftsbericht der Gesamtpartei ein negatives Ergebnis in Höhe von 37,5 Millionen Euro aus. Davon entfielen rund 18 Millionen Euro auf die Bundespartei. Das Reinvermögen der Gesamtpartei verringerte sich damit zum 31. Dezember 2009 auf rund 94 Millionen Euro.

Bei der Bundespartei war für die Wahlkämpfe ausreichend Vorsorge getroffen worden, sodass wir die beiden Wahlkämpfe zur Europawahl und zur Bundestagswahl wie geplant aus eigener Kraft und ohne die Inanspruchnahme von Krediten bestreiten konnten. Genau dies war ein wesentliches Ziel unserer Anstrengungen der vergangenen Jahre.

Wir können also festhalten: 2009 war für die CDU Deutschlands finanziell eine außerordentliche Belastung. Sie können dem Rechenschaftsbericht auch entnehmen, dass die Verbindlichkeiten der Gesamtpartei inklusive der Bankschulden trotz dieser Belastungen nicht angewachsen sind. Dies belegt, dass solide gewirtschaftet wurde und die Herausforderungen dieses Superwahljahres gut bewältigt wurden.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie heute über die weitere Entwicklung der Finanzlage in den Jahren 2010 und 2011 informieren; denn diese Zahlen können Ihnen heute naturgemäß noch nicht in Form eines Rechenschaftsberichtes vorgelegt werden. Wie Sie wissen, schreibt uns das Statut vor, über die gesamte Wahlperiode ein ausgeglichenes Finanzergebnis zu erzielen. Das bedeutet, dass wir in Nichtwahljahren eine ausreichende Rücklage bilden müssen, um in zukünftigen Wahlkämpfen nicht auf Kredite angewiesen zu sein.

Für das Geschäftsjahr 2010 kann ich Ihnen berichten, dass die Bundespartei den dafür erforderlichen Überschuss erwirtschaftet hat. Mit einem Ergebnis von 9,3 Millionen Euro haben wir das in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehene Ziel erreicht und konnten sogar ein wenig stärker als geplant damit beginnen, die Rücklage für kommende Wahlkämpfe aufzubauen. Auch für das Geschäftsjahr 2011 sind wir zuversichtlich, bei disziplinierter Haushaltsführung die geplanten Finanzziele zu erreichen.

Meine Damen und Herren, das ist zunächst die gute Nachricht. Wir führen den soliden Finanzkurs der letzten Jahre fort. Ich muss allerdings hinzufügen, dass eine über die Wahlperiode betrachtet ausgeglichene Haushaltssituation nur unter der Bedingung einer äußerst sparsamen Haushaltsführung seitens der Bundesgeschäftsstelle zu erreichen war und zu erreichen ist. Der Etat 2012 und die mittelfristige Finanzplanung, die vor kurzem vom Haushaltsausschuss in Abstimmung mit der Bundesvorsitzenden und dem Generalsekretär aufgestellt wurden, zeigen daher den gemeinsamen Willen zur Sparsamkeit. So liegen die geplanten Ausgaben im Etat der Bundesgeschäftsstelle für das Jahr 2012 noch unter dem Ausgabeniveau des Jahres 2007. Ich möchte an dieser Stelle dem Bundesgeschäftsführer und den Mitarbeitern des Konrad-Adenauer-Hauses danken, dass sie diesen nicht immer leichten Kurs in den vergangenen Jahren unterstützt und die erforderlichen, teils schmerzlichen Einsparungen auch durch ihren ganz persönlichen Einsatz mitgetragen haben.

(Beifall)

Leider zeichnet sich auch für die Etats in den kommenden Jahren keine Entspannung ab. Der Grund dafür liegt zum einen auf der Einnahmeseite. Als zunehmende Belastung wirkt sich ein mittlerweile stetiger Rückgang bei den Mitgliedsbeiträgen aus. Aber auch bei den Spendeneinnahmen haben wir im Vergleich zu früheren Jahren einen sehr deutlichen Rückgang hinnehmen müssen; ich komme darauf später zu sprechen. Gleichzeitig hatten wir auf der Ausgabenseite aufgrund von Preis- und Tarifiergerungen, aber auch einer besonderen Akzentsetzung im IT-Bereich Anstiege bei den Sach- sowie den Personalkosten zu verkräften.

Besonders hinweisen möchte ich an dieser Stelle auf die Kosten der Bundesparteitage, die einen großen Ausgabeposten im Etat der Bundespartei ausmachen.

Sie stellen ein wachsendes Problem dar. Wir haben diese Frage kürzlich bei der Aufstellung des Etats und der mittelfristigen Finanzplanung im Haushaltsausschuss intensiv diskutiert. Die Mitglieder des Haushaltsausschusses sind der Auffassung, dass die Bundespartei die Standorte für Bundesparteitage in Zukunft nicht mehr nur nach politischen Opportunitäten wählen kann. In den kommenden Jahren werden auch finanzielle Kriterien zu berücksichtigen sein. Dies gilt jedenfalls dann, wenn die Parteitage wie bisher fast ausschließlich aus den Mitteln der Bundespartei finanziert werden müssen.

Meine Damen und Herren, zu den positiven Nachrichten zählt, dass der Deutsche Bundestag in diesem Jahr beschlossen hat, die im Rahmen der Novelle des Parteiengesetzes im Jahr 2002 eingeführte Preisanpassung bei den staatlichen Mitteln nachzuholen – endlich. Das muss man sagen; denn dies ist trotz der gesetzlichen Regelung immerhin acht Jahre lang unterblieben. Die durch diese Entscheidung möglichen Mehreinnahmen könnten die Bundespartei und die Landesverbände ab dem kommenden Jahr entlasten. Ob es dazu kommt, wird wegen des komplizierten Verteilungsmechanismus allerdings erst im kommenden Jahr endgültig feststehen. Sollten sich in der näheren Zukunft aufgrund von Mehreinnahmen bei den staatlichen Mitteln bisher nicht geplante Überschüsse bei der Bundespartei ergeben, haben wir im Haushaltsausschuss vereinbart, diese den Rücklagen zuzuführen. Dies ist vor dem Hintergrund bestehender struktureller Risiken zwingend geboten, um die finanzpolitischen Ziele nachhaltig abzusichern.

Spielräume für zusätzliche Ausgaben sehen wir also nicht; denn wenn der rückläufige Trend bei den Spenden und den Mitgliedsbeiträgen anhält, verringert sich der Anteil der CDU an den staatlichen Mitteln. Im Finanzverteilungssystem der CDU träfe dies in besonderem Maße die Bundespartei, die bei einem Anhalten einer solchen Entwicklung auf ein strukturelles Defizit zuliefe. Mittel- bis langfristig hätten wir uns dann damit zu beschäftigen, wie wir unsere Kampagnenfähigkeit auch für den Fall sichern können, dass wir geringere Einnahmen aus der staatlichen Parteienfinanzierung erhielten. Es ist absehbar, dass es unter diesen Umständen

schwierig würde, das Leistungsprofil der Bundesgeschäftsstelle, das Sie aus den vergangenen Jahren kennen, in gewohntem Umfang aufrechtzuerhalten.

Es steht daher außer Frage, dass wir unsere Anstrengungen bei der Mitgliederwerbung, der durchschnittlichen Höhe der Mitgliedsbeiträge und im Bereich der Spendenwerbung auf allen Ebenen der Partei verstärken müssen, wenn wir dieser Entwicklung wirkungsvoll entgegensteuern wollen. Ich nehme dies zum Anlass, auf die, wie ich finde, gelungene neue Mitgliederwerbekampagne der Bundespartei hinzuweisen. Ich appelliere an uns alle, uns gemeinsam tatkräftig daran zu beteiligen.

Meine Damen und Herren, als Bundesschatzmeister unserer Partei fühle ich mich den Prinzipien des ehrbaren Kaufmanns verpflichtet, vor allem hinsichtlich einer soliden und sparsamen Haushaltsführung. Dabei gilt mein besonderes Augenmerk natürlich unseren Spendeneinnahmen. Zunächst möchte ich mich in unser aller Namen bei allen Spendern der CDU ganz herzlich für ihre Unterstützung bedanken.

(Beifall)

Große und kleinere Spenden, jede Unterstützung hilft uns. Wir freuen uns daher immer wieder besonders darüber, dass wir auch viele kleinere Spenden von Bürgern aus allen Regionen unseres Landes erhalten. Ohne diese Unterstützung kann die Volkspartei CDU nicht erfolgreich sein. Ich bitte alle Unterstützer herzlich darum, uns weiter die Treue zu halten.

(Vereinzelt Beifall)

Leider hat die CDU aber trotz einer großen Unterstützerzahl mit rückläufigen Spendeneinnahmen auf allen Ebenen der Partei zu kämpfen. Ich will nicht verhehlen, dass auch meine Bilanz nach dem ersten Jahr als Bundesschatzmeister eher ernüchternd ausfällt, weil der Bundespartei gerade im vergangenen Jahr erneut einige traditionelle Spender verlorengegangen sind. Dies hat aus meiner Sicht mehrere Ursachen: Zum einen erlebe ich in meinen Gesprächen immer wieder erhebliche Kritik am Zustand unserer Partei, aber auch am Erscheinungsbild der Regierung und einzelner ihrer Repräsentanten. Vermisst wird eine klare Linie, die Berechenbarkeit und Verlässlichkeit im politischen Handeln.

(Vereinzelt Beifall)

Diese, meine Damen und Herren, sind bei dem Prozesshaften in vielen Politikfeldern, insbesondere bei der Staatsschuldenproblematik und der Euro-Rettung, sicherlich schwerer als früher herzustellen; aber wir haben es selbst in der Hand, verlorengegangenes Vertrauen zurückzugewinnen.

(Vereinzelt Beifall)

Ein weiterer Punkt ist der Trend, gerade bei großen Unternehmen, sich mit formalen und juristischen Begründungen grundsätzlich aus der Unterstützung für politische Parteien zurückzuziehen. Das ist für mich nicht nachvollziehbar, und ich appelliere von dieser Stelle deshalb an die

Verantwortlichen in den deutschen Unternehmen: Engagieren Sie sich politisch, und nehmen Sie Ihre gesellschaftspolitische Verantwortung wahr.

(Beifall)

Auch Parteispenden sind ein wertvoller Beitrag zu einer lebendigen Demokratie und zu politischer Stabilität in unserem Land. Dafür müssen wir in Gesprächen mit den Vertretern der Unternehmen immer wieder intensiv werben.

Ich möchte hier noch einen anderen Punkt ganz deutlich ansprechen: Die Spendenbereitschaft vieler Privatpersonen wie auch von Unternehmern und Unternehmen leidet unter der Tatsache, dass man wegen ungerechtfertigter öffentlicher Kritik eine Beschädigung des Ansehens des Unternehmens oder auch der Familie befürchtet. Ich könnte Ihnen eine ganze Reihe von solchen Beispielen nennen. Meine Damen und Herren, das staatsbürgerliche Engagement in unserem Land für eine Partei gehört zu den vom Grundgesetz geschützten Freiheitsrechten. Dazu zählt ausdrücklich auch das finanzielle Engagement. Es ist daher nicht in Ordnung, wenn einige ausgewählte Medien – ich betone: einige, nicht alle – aus berechtigter Kritik im Einzelfall pauschale Klischees entwickeln, die dem Engagement für Parteien den Geruch des Unanständigen oder gar Illegalen verleihen oder verleihen sollen.

(Beifall)

Unser Land braucht das Engagement von Bürgern und Unternehmen für die Partei. Unsere Verfassung und das Parteiengesetz geben den Parteien ausdrücklich den Auftrag, sich überwiegend aus eigenen Mitteln zu finanzieren, um ihre Unabhängigkeit vom Staat sicherzustellen. Meine Damen und Herren von den Medien, würdigen Sie auch diesen Aspekt. Meine Bitte an Sie ist, mit dem Thema Parteienfinanzierung wirklich angemessen und sachlich umzugehen. Das würde es allen Parteien ermöglichen, wieder mehr Unterstützer für ihre Arbeit zu gewinnen, ob in Unternehmen oder in breiten Kreisen der Bevölkerung. Sie würden damit einer lebendigen Demokratie in unserem Land einen Dienst erweisen.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassend sagen: Die Finanzlage unserer Partei ist geordnet. Die Planungen der Bundespartei weisen für die kommenden Jahre stabile Ergebnisse aus. Die Grundlagen für eine weitere solide Entwicklung sind also gelegt. Ich bedanke mich in diesem Zusammenhang insbesondere bei meinen Amtsvorgängern, Herrn Cartellieri, Herrn Peiner und Herrn von Kladden, die hierzu einen wesentlichen Beitrag geleistet haben.

(Vereinzelt Beifall)

Allerdings sehen wir für die kommenden Jahre Risiken und Unwägbarkeiten, denen wir mit sehr diszipliniertem Haushalten begegnen müssen. Als vorsichtige Kaufleute haben wir daher in der

mittelfristigen Finanzplanung für die kommenden Jahre eine gewisse Vorsorge getroffen. Der Haushaltsausschuss der Bundespartei beobachtet gemeinsam mit dem Bundesgeschäftsführer und dem Finanzbeauftragten die weitere Entwicklung genau, um gegebenenfalls Maßnahmen ergreifen zu können, wenn die von uns geplanten Finanzziele für die kommenden Jahre gefährdet werden. Gleiches gilt für den Revisionsbeauftragten und die Rechnungsprüfer – deren Bericht hören wir gleich im Anschluss, die sich ebenfalls regelmäßig über die aktuelle Lage informieren. Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit im Namen des Parteitages bei Herrn Helfmann, Frau Störr-Ritter, Herrn Tillmann und Herrn Rzepka für die Wahrnehmung dieser wichtigen Ehrenämter ausdrücklich bedanken.

(Vereinzelt Beifall)

Alle bei der Bundespartei Verantwortlichen sind sich einig: Wir führen den Finanzkurs einer soliden und sparsamen Haushaltswirtschaft auch in den kommenden Jahren konsequent fort. Bei den Landes- und Kreisverbänden bedanke ich mich für eine gute und jederzeit konstruktive Zusammenarbeit und bitte sie weiterhin um Unterstützung.

Zum Schluss: Meine Damen und Herren, ich habe meine Aufgabe als Bundesschatzmeister vor einem Jahr gerne übernommen. Die Arbeit macht mir Freude, vor allem weil ich ein gut und seriös arbeitendes Team an meiner Seite weiß. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Jost de Jager, Tagungspräsidium: Vielen Dank an den Bundesschatzmeister für seinen Bericht und die Vorlage des Rechenschaftsberichts 2009.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Ich darf Sie um Ihr Kartenzeichen bitten, wenn Sie dem Bericht des Bundesschatzmeisters und dem Rechenschaftsbericht zustimmen wollen. – Ich danke Ihnen.

Wir kommen jetzt zu TAGESORDNUNGSPUNKT 13:

BERICHT DER RECHNUNGSPRÜFER

Wir werden jetzt den Bericht der Rechnungsprüfer in der wahrscheinlich gebotenen Kürze hören und anschließend mit der Beratung des Bildungsantrags beginnen. Ich bitte jetzt Herrn Peter Rzepka um den Bericht.

Peter Rzepka: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde und Parteifreundinnen! Wie auch in den Vorjahren haben sich die Rechnungsprüfer, Frau Dorothea Störr-Ritter, Herr Ferdinand Tillmann und ich, von den Verantwortlichen des Konrad-Adenauer-Hauses sorgfältig die gesamte Finanzwirtschaft unserer CDU erläutern lassen und sich von ihrer Ordnungsmäßigkeit überzeugt. In regelmäßigen

Abständen haben wir uns auch vor Ort über die Aufstellung und den Vollzug des Haushaltes, die Liquidität, die Aufstellung der mittelfristigen Finanzplanung und die Erstellung des Rechenschaftsberichtes informieren lassen.

Vor Ihnen liegt der testierte und veröffentlichte Rechenschaftsbericht 2009. Dieses Superwahlkampfjahr war geprägt von hohen wahlkampfbedingten Ausgaben. Zur Erinnerung sei an dieser Stelle angemerkt, dass es 2009 eine Bundestagswahl, eine Europawahl und sechs Landtagswahlen gab. Das durch die Wahlkampfausgaben bedingte Defizit der CDU Deutschlands beträgt 37,5 Millionen Euro, davon entfallen rund 18,2 Millionen Euro auf die Bundespartei. Das Eterergebnis 2009 der Bundesgeschäftsstelle liegt rund 1,3 Millionen Euro über dem in der mittelfristigen Finanzplanung erwarteten Finanzergebnis. Wie Frau Störr-Ritter bereits auf dem letzten Parteitag ausgeführt hat, wird diese Einsparung wegen der Stimmenverluste bei der Europawahl auch benötigt. Der Rechenschaftsbericht 2009 weist für die Bundespartei ein positives Reinvermögen von rund 16,2 Millionen Euro aus, sodass wir, wie geplant, mit einem positiven Reinvermögen in den Wahlkampfzyklus 2010 bis 2014 gehen.

Der Rechenschaftsbericht 2010 ist im Entwurf erstellt und hat wie der Etatentwurf 2012 und die mittelfristige Finanzplanung für 2012 bis 2015 die Zustimmung des Haushaltsausschusses und der Rechnungsprüfer erhalten. Der Rechenschaftsbericht 2010 wird nach der Verabschiedung im Bundesvorstand fristgerecht an die Bundestagsverwaltung weitergeleitet werden.

Das Eterergebnis der Bundesgeschäftsstelle liegt im Jahr 2010 aufgrund einer Sondereinnahme von rund 223.000 Euro und infolge von Einsparungen rund 400.000 Euro über dem geplanten Ergebnis. Die nachträgliche Etererhöhung 2011 wegen der Regionalkonferenzen konnte durch diese positive Entwicklung in 2010 kompensiert werden.

Probleme hat im Jahr 2010 wie im Jahr 2009 nicht die Ausgabensteuerung gemacht, sondern die schlechte Entwicklung der Spendeneinnahmen; sie lagen 742.000 Euro unter dem Planwert. Zu dieser Entwicklung hat der Schatzmeister, Herr Dr. Linssen, bereits Ausführungen gemacht. Für die Finanzplanung ist ein realistischer Ansatz sowohl der Ausgaben als auch der Einnahmepositionen wichtig.

Die Rechnungsprüfer haben sich bestätigen lassen, dass in der Finanzplanung die für uns zurzeit negativen Umstände wie das schwierige Umfeld für Spendeneinnahmen und die weiter rückläufigen Mitgliederzahlen berücksichtigt wurden. – Zu den Mitgliederzahlen noch einige Worte: 2009 waren es noch 521.097 Mitglieder, 2010 nur noch 505.314 und nach dem Stand vom 30. September 2011 noch 495.192. – Berücksichtigt wurde auch der erfreuliche Sachverhalt, dass der Gesetzgeber die absolute Obergrenze der staatlichen Teilfinanzierung nach Unterbrechung von fast zehn Jahren an die Preisentwicklung angepasst hat, und zwar mit Festbeträgen für die Jahre 2012 und 2013 und ab 2014 ff. mit der Entwicklung des jährlich zu ermittelnden Preisindizes.

Weiterhin musste die Bundesgeschäftsstelle sicherstellen, dass die Ausgaben nicht über das zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendige Maß hinausgehen. Damit meinen wir Rechnungsprüfer insbesondere die Kosten für Veranstaltungen wie zum Beispiel den Bundesparteitag. Trotz zahlreicher Sponsoring-Einnahmen, die mit diesem Ereignis verbunden sind, kostet ein Parteitag rund zwei Millionen Euro, wobei der Ort des Parteitages einen erheblichen Einfluss auf die Kosten hat. Einen jährlich teuren Parteitag und noch dazu kostspielige Regionalkonferenzen kann sich die Bundespartei auf Dauer nicht leisten. Bei den Veranstaltungen besteht in jedem Fall weiterhin Spardruck, sodass sie streng zweckgebunden durchgeführt werden müssen und eine zeitnahe Kostenkontrolle notwendig ist.

Wie Herr Bundesschatzmeister bereits ausgeführt hat, hat die Bundesgeschäftsstelle auch im Jahr 2011 auf der Einnahmeseite im Spendenbereich Probleme, die aber in den Etats für 2011 und 2012 sowie in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt wurden. Nach den uns vorgelegten Unterlagen sieht es deshalb trotz der Schwierigkeiten so aus, dass auch der für die Jahre 2010 und 2011 insgesamt im Etat vorgesehene Einnahmeüberschuss erzielt wird und die Rücklagen für die nächste Bundestags- und Europawahl planmäßig aufgebaut werden können.

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, die Rechnungsprüfer empfehlen Ihnen, den vor Ihnen liegenden Rechenschaftsbericht 2009 zu beschließen und dem Vorstand für das Jahr 2009 eine unbeschränkte Entlastung zu erteilen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Jost de Jager, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Wir danken den Rechnungsprüfern für ihre wertvolle Arbeit und für den Bericht. Was die zum Schluss angesprochene Beschlussempfehlung angeht: Wir haben schon einen entsprechenden Beschluss gefasst.

Wir können also nahtlos übergehen zu TAGESORDNUNGSPUNKT 16:

ANTRAG DES BUNDESVORSTANDES
„BILDUNGSPUBLIK DEUTSCHLAND“

Ich übergebe zur Einführung das Wort an die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Frau Schavan.

Prof. Dr. Annette Schavan: Herr Tagungspräsident! Frau Vorsitzende! Liebe Freunde! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Europas Reichtum liegt im Wissen und Können seiner Menschen. Das ist der Schlüssel zu Wachstum, Beschäftigung und sozialem Zusammenhalt. Gerade jetzt, wo Europa vor Aufgaben steht, die über seine Zukunftsfähigkeit entscheiden, lohnt es sich, an diese selbstbewusste Feststellung zu erinnern, die die europäischen Staats- und Regierungschefs zum 50. Jahrestag der Römischen Verträge in Berlin formuliert haben. Gerade jetzt, in Zeiten der Krise, ist es notwendig, dass wir darüber beraten, wie wir mit diesem Reichtum umgehen – in Europa und in Deutschland.

Das ist unser Thema, liebe Freunde: die Zukunftschancen der jungen Generation zu sichern, auf neuen Wegen und mit bewährten Prinzipien, weil wir davon überzeugt sind, dass wir es besser können als SPD und Grüne.

(Beifall)

Die gegenwärtige Krise zeigt deutlich – wir haben gestern in vielen Facetten darüber gesprochen –: Die Welt ist im Wandel. Scheinbare Selbstverständlichkeiten geraten ins Wanken. Sicherheiten erscheinen plötzlich fragwürdig.

In solchen Zeiten ist es besonders wichtig, die junge Generation darauf vorzubereiten, einen solchen Wandel selbst aktiv gestalten zu können, sie zu befähigen und zu ermutigen, ihr eigenes Leben in die Hand zu nehmen, statt sich als Objekt anonymer Mächte zu begreifen. Ja, liebe Freunde, Befähigung und Ermutigung: Das sind die Ziele guter Bildung. Auch ein Drittes gehört dazu: Orientierung, also die Maßstäbe, die wir brauchen, um unser Wissen und Können richtig einzusetzen.

Deshalb sage ich: Christdemokratische Bildungspolitik hat ein Wertefundament. Wir trauen den Menschen etwas zu.

(Beifall)

Wir prüfen unsere Instrumente. Wir justieren sie neu. Wir analysieren Herausforderungen, vor denen wir stehen. Wir besinnen uns auf unsere Stärken und neue Aufgaben. Wir werben dafür, dass Bildung in unserem Land als eine Gemeinschaftsaufgabe begriffen wird.

Bildung betrifft nicht nur den Staat. Das, was wir sind, sind wir nicht durch Institutionen. Bildung betrifft jeden und jede. Bildung ist eine Gemeinschaftsaufgabe für das ganze Land.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir haben in Deutschland eine Bildungs- und Wissenschaftstradition, auf die wir stolz sein können und an die wir auch in Zukunft anknüpfen werden. Wir haben eine hervorragende duale Berufsausbildung, die eine niedrige Jugendarbeitslosigkeit zur Folge hat und um die wir überall auf der Welt beneidet werden.

Ich sage ganz deutlich – das wird auch in dem Antrag klar –: Für uns, die Christlich Demokratische Union, beginnt der Mensch nicht mit dem Abitur.

(Beifall)

Wir haben ein differenziertes Schulsystem, das junge Menschen nach ihren Talenten und ihrem individuellen Leistungsvermögen fördert und fordert. Wir haben Gymnasien, die eine profunde Grundlage für ein Studium schaffen. Unsere Hochschulen, liebe Freunde, stehen auf der

Beliebtheitskala ausländischer Studierender ganz weit oben. Die Lust aufs Studieren war noch nie so groß wie derzeit. Wer sich in Deutschland umschaute, wo in internationalen Vergleichsstudien, im Ranking nach internationalen Maßstäben besondere Leistungen in Wissenschaft und Forschung und in der Bildung erbracht werden, der landet in Sachsen und in Thüringen. Er sieht die neuen Wege in Schleswig-Holstein, den Schulkonsens in Nordrhein-Westfalen und die Einführung der Oberschule in Niedersachsen.

Liebe Freunde, das hat sich überall herumgesprochen: Wo die CDU und die CSU Verantwortung für die Bildungs- und Wissenschaftspolitik tragen, ist sie besser. Das ist die große Herausforderung für uns auch in den nächsten Jahren.

(Beifall)

Die wichtigste Herausforderung in diesen zehn Jahren wird die Bevölkerungsentwicklung sein. Sie wird uns übrigens in allen Politikbereichen, aber eben auch im Bildungssystem beschäftigen. Mehr denn je werden gut ausgebildete Fachkräfte und hervorragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wichtig sein. Wir brauchen Menschen mit Persönlichkeit. Der Schlüssel dazu ist gute Bildung.

Der demografische Wandel lässt sich mit drei einfachen Sätzen beschreiben: Wir werden weniger. Wir werden älter. Wir werden bunter. Der Anteil von Kindern in den großstädtischen Ballungsräumen in den Schulen in den nächsten Jahren wird auf 70, 80 und 90 Prozent steigen. Deshalb ist es heute wichtiger denn je, dass jedes Kind die bestmögliche Bildung erhält, dass kein Talent verlorengeht, dass wir Kinder nicht aufgeben und dass wir nicht erklären, dass da eigentlich nichts zu machen ist. Zu Christdemokraten gehört ein Menschenbild, wonach in jedem Kind etwas steckt. Unsere Aufgabe ist, dafür Sorge zu tragen, dass jedes Kind seine Talente entfalten kann.

(Beifall)

Deshalb, liebe Freunde, ist für uns die Bildungsgerechtigkeit eine besondere Aufgabe. Wir wollen und werden uns nicht damit abfinden, dass in unserem Land die Herkunft eines Kindes über seine Zukunft entscheidet, weder die ethnisch-kulturelle Herkunft noch die soziale. In der Bildungsrepublik ist Zukunft wichtiger als Herkunft. In der Bildungsrepublik kommt es nicht darauf an, wo jemand herkommt, sondern wohin er will, was er kann und was für eine Persönlichkeit er ist. Leistung muss entscheiden, nicht Herkunft. Das ist die große Aufgabe der Bildungsrepublik Deutschland.

(Beifall)

Wir haben Erfahrung damit, dass Bildung die Kraft hat, Menschen zu integrieren und ihnen Wege zu Aufstieg und Anerkennung zu eröffnen. Wer sich die Geschichte der Bundesrepublik

Deutschland vor Augen führt und an die Goer-Jahre denkt, der weiß, dass uns eine enorme Bildungsentwicklung gelungen ist. Ja, Bildung hat die Kraft zu integrieren, und wir sind dafür zuständig, dass Hindernisse, die auf dem Weg existieren, ausgeräumt werden. Das sind wir unserem Menschenbild und auch der Zukunft unseres Landes schuldig.

(Beifall)

Liebe Freunde, lassen Sie mich auf einen Punkt besonders eingehen, der in den vergangenen Wochen heftig diskutiert worden ist, nämlich die Frage: Wie sieht ein differenziertes Schulsystem in Deutschland in zehn Jahren aus, wenn wir 1,3 Millionen weniger Schülerinnen und Schüler haben werden und der Schülerrückgang in der Fläche wesentlich höher gewesen sein wird?

Wir alle kennen den Satz: Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit. Zur Wirklichkeit gehört, dass die Schülerzahlen dramatisch zurückgehen. Viele Schulstandorte im ländlichen Raum werden wir nur dann erhalten können, wenn wir kluge Wege finden, Haupt- und Realschule zusammenzubringen. Liebe Freunde, das ist nicht nur eine bildungspolitische Aufgabe; es ist auch eine strukturpolitische Aufgabe. Die Christlich Demokratische Union hat immer besondere Verantwortung für die Entwicklung der ländlichen Räume gezeigt. Deshalb sage ich im Blick auf die nächsten zehn Jahre: Wir dürfen auch nicht zulassen, dass sich die Schere zwischen Stadt und Land im Blick auf Bildungsinfrastruktur öffnet. Der ländliche Raum braucht die gleiche Chance wie die Stadt.

(Beifall)

Zur Wirklichkeit gehört, dass immer mehr Berufsbilder einen mittleren Abschluss verlangen und noch zwei Prozent der Eltern in Deutschland für ihr Kind einen Platz in einer Hauptschule wollen. Das sind die Zahlen und Fakten der Wirklichkeit, die jeder von uns vor Ort spürt. Deshalb wollen wir das aufgreifen, was Kurt Biedenkopf in Sachsen und Bernhard Vogel in Thüringen schon vor 20 Jahren getan haben, übrigens damals auf Empfehlung des baden-württembergischen Kultusministers Mayer-Vorfelder, der gesagt hat: Hauptschul- und Realschulbildungsgang sind wichtig, aber wenn die Schülerzahlen zurückgehen und die ländlichen Räume nicht vernachlässigt werden sollen, dann müsst ihr eine neue, kluge Organisation finden.

Liebe Freunde, da wir in Leipzig sind – für einen Bildungsantrag hätte es kaum einen besseren Standort gegeben als Leipzig –, können wir doch sagen: Sachsen und Thüringen sind in den letzten 20 Jahren glänzend damit gefahren. Sie gehören nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern international zur Spitzengruppe, wenn es um den Vergleich des Bildungssystems geht. Deshalb wollen wir diese Erfahrungen, die Christdemokraten in Ostdeutschland gemacht haben, auch in anderen Regionen Deutschlands auf vielfältige Weise, aber mit dem klaren Ziel des Zweiwegemodells nutzen.

Das ist unser Vorschlag für die nächsten zehn Jahre.

(Teilweise Beifall)

Liebe Freunde, wir wollen damit eben genau nicht die Einheitsschule. Das sage ich, weil wir darüber in den letzten fünf Monaten zigfach diskutiert haben. Wir wollen keine Einheitsschule. Wir gehen von der Vielfalt pädagogischer Wege aus. Wir sind davon überzeugt: Menschen sind so vielfältig, dass sie auch vielfältige Wege brauchen, um sich gut bilden zu können. Wir wollen, dass wir auch in zehn Jahren sagen können: Zwei starke Seiten unseres Bildungssystems existieren nicht nur, sondern konnten sich auch gut entwickeln. – Das eine ist die berufliche Bildung. Liebe Freunde, darum werden wir von allen beneidet. Sie entwickelt sich in ungewöhnlich dynamischer Weise weiter. Das andere ist das Gymnasium. Mit der Christlich Demokratischen Union wird es weder einen Angriff auf die berufliche Bildung noch einen Angriff auf das Gymnasium geben. Auch das steht in unserem Antrag.

(Teilweise Beifall)

Zu den Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen, gehört auch die Klage vieler Eltern über die Vielzahl und die mangelnde Vergleichbarkeit der Bildungsabschlüsse. In der Tat: Es kann nicht sein, dass bei immer weniger Schülerinnen und Schülern immer mehr Schultypen erfunden werden. Kein Mensch blickt mehr durch. In jedem Bundesland wird eine neue Schulart erfunden. Deshalb sagen wir: Mehr Vergleichbarkeit, mehr Mobilität! Es darf nicht sein, dass wir in jeder Festrede von Mobilität sprechen, aber im Bildungssystem unseren Familien – es sind 80.000 Schülerinnen und Schüler im Jahr betroffen – die Mobilität erschweren.

(Teilweise Beifall)

In unserem Bildungspolitischen Grundsatzprogramm aus dem Jahr 1993, also wenige Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung verabschiedet, steht – ich zitiere –:

Es ist ein Verstoß gegen das Gebot der Gerechtigkeit, wenn ein und derselbe Abschluss in einem Land oder an einem Ort hart erarbeitet werden muss, während er anderenorts mit wesentlich geringerem Aufwand erworben werden kann.

Das ist ein Zitat von 1993. – Ich mute uns nur dieses eine Zitat zu. Aber ich sage es mit großer Leidenschaft: Dieses Papier zettelt nicht Revolutionen an; es steht in der guten Tradition christlich-demokratischer Bildungspolitik von 1993 über das Jahr 2000 bis heute. Aber Christdemokraten zeichnet eben aus, dass sie nicht einfach immer das Gleiche sagen, sondern Bildungspolitik immer weiterentwickeln. Neue Instrumente, neue Wege, bewährte Prinzipien – das durchzieht diesen Antrag.

(Teilweise Beifall)

Liebe Freunde, das beste Beispiel für diese Forderung nach mehr Vergleichbarkeit, für diese Erwartung, ist die berufliche Bildung. Niemand von uns käme auf die Idee, dass der Schreiner in

Hamburg anders ausgebildet wird als in Wiesbaden oder Dresden. Die Ausbildungsordnung gilt überall. Es ist eine Ausbildungsordnung im föderalen System, und sie verhindert überhaupt nicht, dass 16 Länder um die Qualität ihrer beruflichen Bildung im Wettbewerb sind. Natürlich sind sie das. Sie sind es im Blick auf die Lehrerausstattung. Sie sind es im Blick auf berufliche Vollzeitangebote. Wettbewerb in der föderalen Ordnung ist gut, aber wir müssen wissen, worum der Wettbewerb eigentlich stattfindet, und deshalb brauchen wir die Vergleichbarkeit der Bildungsabschlüsse, der Bildungsstandards, die Mobilität ermöglicht und übrigens auch den Einsatz der Lehrerinnen und Lehrer überall, egal wo sie ausgebildet worden sind, auch in einem anderen Land.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, der Föderalismus ist an keiner Stelle in diesem Papier infrage gestellt. Ich glaube, dass eine föderale Ordnung eine freiheitliche Ordnung ist. Aber der Föderalismus muss weiterentwickelt werden. Wir haben gute Beispiele dafür im Wissenschaftsbereich: die Exzellenzinitiative, der Hochschulpakt, die Initiative für Forschung und Innovation. Der Wissenschaftsstandort Deutschland wäre nicht da, wo er heute ist, wenn wir diese Kooperationskultur nicht entwickelt hätten. Deshalb sage ich im Blick auch auf das Bildungssystem: Kindeswohl schlägt Kooperationsverbot. Auch das muss für uns in den nächsten Jahren gelten.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn die Bildung ein zentrales Thema und – davon bin ich überzeugt – eine Kernkompetenz der Christdemokratie ist, dann muss sie uns auf allen Ebenen beschäftigen: in der Kommunalpolitik mit ihrer Bürgernähe und ihren großartigen Anstrengungen in den letzten Jahren, um kommunale Bildungslandschaften zu entwickeln; in den Ländern mit ihrer Kulturhoheit; im Bund mit seiner Gesetzgebungskraft in der beruflichen Bildung und der Weiterbildung.

Liebe Freunde, wir arbeiten längst am Bildungsraum Europa, am Hochschulraum Europa, weil wir davon überzeugt sind: Zu den Schwächen Europas gehört, dass 5,1 Millionen junge Erwachsene unter 25 ohne Arbeit sind. Das schwächt Europa, und deshalb gilt für Europa insgesamt das, was ich für Deutschland sage: Zu den vornehmsten Aufgaben politischer Kultur gehört, die Zukunftschancen der jungen Generation zu sichern.

(Teilweise Beifall)

Unser Bildungsbegriff ist nicht technokratisch, bezieht sich auch nicht nur auf Kompetenzen, sondern auf die ganze Persönlichkeit. Er ist orientiert am christlichen Menschenbild, dessen Maßstab nicht das technisch Machbare ist, sondern der ganze Mensch mit seinen Stärken und Schwächen, seiner Kreativität und seiner Persönlichkeit. Deshalb sind uns die kulturelle und religiöse Bildung wichtig. Sie sind für uns unverzichtbarer Bestandteil unseres Bildungsverständnisses. Deshalb sagen wir auch: Der Religionsunterricht gehört in die Schule. Er muss in der Schule bleiben, und zwar nicht als irgendein Angebot, sondern im ordentlichen Fächerkanon.

(Beifall)

Weil wir das so sehen, weil wir sagen: „Die religiöse Entwicklung eines Menschen, die religiöse Bildung eines Menschen gehört für uns zutiefst zur Allgemeinbildung“, deshalb sind es auch CDU-regierte Länder, die wichtige Impulse für den islamischen Religionsunterricht an der öffentlichen Schule gesetzt haben; denn wir wollen nicht, dass Kinder aus muslimischen Familien in Hinterhofschulen ausgebildet werden, sondern wir wollen, dass sie ihren Religionsunterricht in einer öffentlichen Schule in deutscher Sprache erhalten. Auch das gehört zu unseren Zielen.

(Beifall)

Liebe Freunde, „Mehr Verbindlichkeit in der frühkindlichen Bildung“ – ein starkes Kapitel, wie ich finde, ein Kapitel, bei dem wir in den letzten Jahren gut vorgearbeitet haben, indem wir immer wieder gesagt haben: Auf den Anfang kommt es an. Wir spielen nicht Familie gegen Kindergarten aus. Wir sagen: Bildung beginnt in der Familie. Wir nehmen den Bildungsauftrag des Kindergartens ernst. Wir wollen, dass ein Jahr vor der Schule alle Kinder im Kindergarten diesen Bildungsauftrag spüren und gut gefördert werden können.

(Vereinzelt Beifall)

Schließlich: Wir werden die Internationalisierung unseres Wissenschaftssystems voranbringen. Wir wollen, dass die Bildungsrepublik Deutschland attraktiv für Talente aus aller Welt wird. Liebe Freunde, Bildung ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Sie ist die entscheidende Zukunftsfrage für den Wohlstand und den Zusammenhalt unseres Landes. Wir weichen dieser Zukunftsfrage nicht aus. Wir stellen uns unserer Verantwortung für die junge Generation und für die Zukunft unseres Landes. Wir verzetteln uns nicht in Struktur- und Organisationsdebatten. Wir haben ein klares Ziel, für das sich zu streiten lohnt:

Gute Bildung für alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Leistungsfähigkeit und Gerechtigkeit – allein daran wollen wir uns messen lassen.

Deshalb bitte ich Sie herzlich, nachdem wir fünf Monate lang eine wie ich finde gute, intensive und leidenschaftliche Diskussion geführt haben, nachdem deutlich geworden ist, dass die Christdemokraten in Fragen von Bildung und Wissenschaft die Kompetenz in Deutschland haben, jetzt auf diesem Parteitag dieses Zukunftspapier zu verabschieden. Wir sollten dies tun im Vertrauen auf neue Wege, mit Blick auf bewährte Prinzipien, mit viel Erfahrung und dem festen Entschluss, dass wir Veränderungen nicht irgendwie laufen lassen. Vielmehr müssen wir, die Christdemokraten, diejenigen sein, die die Veränderungen der nächsten Jahre gestalten. Dazu lade ich uns alle herzlich ein und danke allen, die sich in den vergangenen fünf Monaten an der lebhaften und leidenschaftlichen Debatte beteiligt haben. – Vielen Dank.

(Beifall)

Jost de Jager, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Frau Schavan, für die kraftvolle Einführung in den Antrag „Bildungsrepublik Deutschland“. Vielen Dank auch für die Diskussionen, die es schon im Vorwege auf den Regionalkonferenzen gegeben hat. Diese haben dazu geführt, dass wir eine sehr breite Antragslage vor uns haben. Wir haben – das soll jetzt nicht abschreckend wirken – 1.600 Anträge vorliegen, die wir gleich in einem sehr strukturierten Verfahren aufrufen werden.

Bevor wir zu den Anträgen kommen, werden wir eine allgemeine Aussprache durchführen. Zum Schluss dieser Aussprache wird der Co-Vorsitzende der Kommission, der dieses Papier erarbeitet hat, Roland Wöller, noch einmal sprechen. Danach treten wir in die Einzelberatungen ein, die wir zifferweise aufrufen werden. Das heißt, zunächst einmal gibt es jetzt eine allgemeine Aussprache. Sie wird von David McAllister als erstem Redner begonnen. Es können sich schon Herr Dr. Wagner aus Hessen und Herr Kretschmer aus Sachsen bereithalten. Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

David McAllister: Herr Tagungspräsident, lieber Jost de Jager! Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich finde es sehr positiv, dass sich dieser Bundesparteitag so intensiv mit dem Thema Bildungspolitik beschäftigt. Annette Schavan hat es gerade gut beschrieben. Wir haben in den letzten fünf Monaten in den Orts-, Kreis- und Landesverbänden und in den Vereinigungen sehr intensiv über dieses Thema diskutiert. Wir haben Bildungskonferenzen durchgeführt. 1.600 Änderungsanträge sind ein Beleg dafür, dass wir als Christlich Demokratische Union eine debattierfreudige und lebendige Volkspartei sind. Das sollten wir der Öffentlichkeit deutlich sagen.

(Teilweise Beifall)

Ich als Ministerpräsident und Landesvorsitzender der CDU Niedersachsen verstehe diesen Leitantrag als programmatisches Band für die verschiedenen Landesverbände, natürlich unter Berücksichtigung unserer föderalen Kompetenz. Ich möchte drei Anmerkungen zu aktuellen bildungspolitischen Themen machen.

Erstens: die Schulstruktur. Die Bundeskanzlerin hat gestern darauf hingewiesen – Annette Schavan hat dies gerade ebenfalls getan –, dass wir vor enormen Herausforderungen stehen, weil die Zahl der Schüler überall in Deutschland in den nächsten Jahren zurückgehen wird. Wir werden bis 2020, also in weniger als zehn Jahren, weniger als 1,3 Millionen Schüler in Deutschland haben. Auch bei uns in Niedersachsen wird es landesweit 20 Prozent, in einzelnen Landkreisen bis zu 40 Prozent weniger Schüler geben.

Natürlich gibt es hier großen Handlungsbedarf, den die Landespolitik aufgreifen muss. Sie hat ihn auch größtenteils aufgegriffen. Wir stehen vor der Herausforderung: Wie können wir unter Berücksichtigung besonderer qualitativer Standards ein wohnortnahes flächendeckendes

Schulangebot weiterhin aufrechterhalten? So, wie die ostdeutschen Länder mit der Sekundarschule ihren Weg gegangen sind, so, wie andere Länder mit der Mittelschule ihren Weg gehen, so gehen wir in Niedersachsen seit kurzem mit der Oberschule einen neuen Weg. Es ist ein Angebot an die kommunalen Schulträger, Haupt- und Realschulen organisatorisch zusammenzufassen. Dort, wo es der Schulträger möchte und wo es die Schülerzahlen ermöglichen, kann sogar ein gymnasiales Angebot bis zur 10. Klasse an die Oberschule angedockt werden.

Mein Eindruck ist, dass dies gut aufgenommen wird. Wir haben dieses Gesetz im Niedersächsischen Landtag vor Ostern 2010 beschlossen, und zum Schuljahr 2010/2011, das jetzt angeht, haben wir in Niedersachsen bereits 132 Oberschulen. Ich höre überall im Land, dass dies ein passgenaues Angebot für den ländlichen Raum ist. Deshalb sollten wir diesen Weg gemeinsam weitergehen. Ich weiß, dass wir uns größtenteils unter den Ministerpräsidenten und den Landespolitikern einig sind, dass das der richtige Weg ist.

Ich möchte eines deutlich machen: Wir stehen für ein begabungsgerechtes, differenziertes Schulsystem. Die Frage, ob es zweigliedrig, dreigliedrig oder viergliedrig ist, ist für mich sekundär. Ich sage eines deutlich: Ich kann mittlerweile, nach 40 Jahren Schulstrukturdebatte, diese ewigen Diskussionen über die richtige Form der Schulstruktur nicht mehr ertragen. Wir sollten uns vielmehr um die Qualität und den Inhalt der Schulen kümmern.

(Teilweise Beifall)

Ich möchte das aufgreifen, was Annette Schavan gerade vorgetragen hat, und es wie folgt ergänzen: Wir haben mit unserem Weg, Haupt- und Realschulen dort, wo es vor Ort gewollt ist, organisatorisch zusammenzufassen, einen großen Schritt in Richtung Schulkonsens mit der politischen Konkurrenz gemacht. Liebe Freunde, Konsens kann nicht bedeuten, dass wir unsere Positionen komplett räumen und auf die Position der Linken einschwenken. Ich fordere von der vereinigten bildungspolitischen Linken in Deutschland, von den Sozialdemokraten, von den Grünen und von den Linken: Wenn wir mit der Zusammenfassung von Haupt- und Realschule einen Schritt in Richtung eines Zweisäulenmodells gehen, dann erwarten wir auch einen Schritt der Linken zum Konsens. Das heißt auf gut Deutsch: Finger weg von der Eigenständigkeit des Gymnasiums, sonst gibt es Ärger mit der Christlich Demokratischen Union.

(Beifall)

Ich empfehle uns, dieses Thema offensiv anzugehen.

Zweite Anmerkung: Bildungsföderalismus. Die Kultushoheit ist Ausdruck der Eigenstaatlichkeit der Länder. Ich warne vor dem Glauben an einen Bildungszentralismus von Berlin aus.

(Teilweise Beifall)

Ich sage aber auch selbstkritisch als Ministerpräsident: Wir sollten überprüfen, ob man es mit der föderalen Bildungsvielfalt in diesem Land in den letzten Jahren und Jahrzehnten übertrieben

hat. Bei aller Vielfalt und bei allem Wettbewerb darf unterschiedliche Schulpolitik in den Ländern kein Mobilitätshindernis für junge Eltern mit schulpflichtigen Kindern werden.

(Teilweise Beifall)

Das heißt auf gut Deutsch – in den Sonntagsreden sind wir uns ja auch einig –: Wir brauchen jetzt konkrete Schritte zu kompatiblen Schulformen, zu Vereinbarungen über gemeinsame Ziele, zu Vereinbarungen über eine gemeinsame Ergebniskontrolle und zu einer besseren Vergleichbarkeit der Abschlüsse. Länderübergreifende gemeinsame Schulabschlussprüfungen wären ein geeigneter Weg. Ich finde, die Kultusminister sollten sich auf diesen Weg machen.

(Starker Beifall)

Abschließend eine dritte Anmerkung. Ich finde, dass sich die schulpolitische Debatte in Deutschland in Teilen zu sehr um das allgemeinbildende Schulsystem dreht. Annette Schavan hat eben zu Recht darauf hingewiesen. Die berufliche Bildung, vor allem die duale Ausbildung, ist eine Stärke unseres deutschen Bildungssystems, eine Stärke, um die uns so viele Länder auf der Welt beneiden. Die berufliche Bildung ist auch ein Grund dafür, warum die Jugendarbeitslosigkeit bei uns in Deutschland sehr viel niedriger ist als in anderen Staaten der Europäischen Union.

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, die alleinige Konzentration auf die allgemeine Hochschulreife, auf das Abitur, wie es die vereinigte schulpolitische Linke tut, ist falsch. Ich sage: Viele Wege führen nach Rom, aber viele Wege führen eben auch zum beruflichen und akademischen Erfolg. Für uns Christdemokraten sind die Bildungsabschlüsse – ob allgemeiner, ob beruflicher oder akademischer Art – zunächst gleichrangig. Wir brauchen in unserer komplexen, hochdifferenzierten Gesellschaft alle Fachkräfte aus dem akademischen wie aus dem berufspraktischen Bereich.

Ich sage eines zum Schluss ganz deutlich: Die von links ewig propagierte pseudoelitäre Akademisierung unseres Bildungssystems ist falsch. Wir gehen einen anderen Weg. Liebe Freunde, suchen wir die offene Auseinandersetzung bei diesem Thema!

(Anhaltender und lebhafter Beifall)

Jost de Jager, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber David McAllister. Die Niedersachsen stehen – so kann man es im wahrsten Sinne des Wortes sagen –, was diese Frage angeht.

(Heiterkeit)

Der nächste Redner ist Dr. Christean Wagner aus Hessen.

(Vereinzelt Beifall)

Dr. Christean Wagner: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dem flammenden Plädoyer des niedersächsischen Ministerpräsidenten zum Gymnasium und zum hohen Wert des Berufs- und Schulwesens ist nichts hinzuzufügen. Das sehen wir in Hessen seit Jahrzehnten ganz genauso. Darin sind wir uns einig.

(Vereinzelt Beifall)

Lassen Sie mich aber auf einen anderen Aspekt zu sprechen kommen. Im Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands aus dem Jahre 2007 heißt es wortwörtlich:

Das vielfältige gegliederte Schulwesen hat sich bewährt und erfolgreich weiterentwickelt.

Es ist das Anliegen des CDU-Landesverbandes Hessen, dass dieser Programmsatz in das heute zu beschließende Schulpapier ausdrücklich aufgenommen wird.

(Vereinzelt Beifall)

Warum plädieren wir hierfür? Die SPD kämpft seit Jahrzehnten gegen unsere Vorstellungen vom gegliederten Schulwesen. Wir sagen, dass der Vielfalt der Begabungen unserer Kinder ein vielfältig gegliedertes Schulwesen entsprechen muss. SPD, Grüne und Linke wollen, wie sie sagen, ein differenziertes Schulwesen und meinen damit die Einheitsschule.

Meine Damen und Herren, das Schulpapier des Bundesvorstandes verabschiedet sich vom Begriff des gegliederten Schulwesens und verwendet durchgängig die Formulierung „differenziertes Schulwesen“. Das führt zu Irritationen innerhalb und außerhalb unserer Partei. Diese Irritationen wollen wir vermeiden.

(Teilweise Beifall)

Die Bundesvorsitzende hat gestern vom Kompass gesprochen, der uns von der Union durch die Zeiten leiten müsse. Meine Damen und Herren, liebe Freunde, zum bildungspolitischen Kompass hat es seit eh und je gehört, dass wir uns klar und deutlich von der Einheitsschule der linken Parteien abgrenzen. Hierfür stand immer das gegliederte Schulwesen. Deshalb – ich wiederhole es – haben wir uns nach eingehender Debatte und Beratung damals in der Grundsatzkommission der CDU Deutschlands zu dem Programmsatz, den ich eingangs vorgelesen habe, ausdrücklich bekannt. Ich frage heute im November 2011: Was hat sich eigentlich im Hinblick auf diesen Programmsatz seit 2007 verändert?

(Teilweise Beifall)

Gab es seit 2007 einen neuen politischen Handlungsbedarf? Ich sehe ihn nicht. Wir dürfen nicht Grundsätze, die uns immer getragen haben, über Bord werfen.

(Teilweise Beifall)

Das ist eine Frage der Grundsatztreue unserer Partei und unseres Kompasses. Meine Damen und Herren, ich will klar und deutlich hinzufügen: Es hat nichts damit zu tun, ob man altmodisch oder modern ist, sondern es hat etwas mit unserer Erkennbarkeit zu tun. Liebe Freunde, wir be-rufen uns ja auf das, was immer Gültigkeit hat und was zum Kern unserer schulpolitischen Über-zeugungen und zu unserem schulpolitischen Kompass gehört.

Liebe Freunde, es wird uns vorgeworfen, dass wir in den letzten Jahren zu viele Positionen geräumt hätten. Ich sage: Wir müssen genau unterscheiden zwischen dem, was uns auf der ei-nen Seite zusammenhält und was unser Kompass ist, und dem, wo wir auf der anderen Seite ge-sellschaftspolitische Entwicklungen aufnehmen müssen.

Die Christlich Demokratische Union hat sich in den letzten 60 Jahren immer wieder erneuert. Es gibt hierfür unzählige Beweise. Der neueste Beweis ist eben die Tatsache, dass wir uns ein mo-dernes Grundsatzprogramm nach gründlicher Diskussion in der Gesellschaft und in unserer Partei gegeben haben. Deswegen ist es banal, festzustellen: Wir müssen uns modernisieren. Das ist ein Dauerauftrag, liebe Freunde. Dieser Auftrag hat immer gegolten, er gilt heute und wird auch für die Zukunft gelten.

Die Einsicht, dass der Vielfalt der Begabungen unserer Kinder ein mehrgliedriges Schulwesen entsprechen muss, unterliegt nach meinen Überzeugungen keinen Moden. Sie hat auch heute noch Gültigkeit. Deshalb werbe ich gerade im Hinblick auf die Mehrgliedrigkeit des schulischen Angebots in Deutschland für begriffliche Klarheit und Eindeutigkeit.

(Teilweise Beifall)

Liebe Freunde, lassen Sie mich noch ein Wort zur Hauptschule sagen. Es wird nirgendwo in keinem der 15 Landesverbände der CDU bestritten, dass die Hauptschule Akzeptanzprobleme hätte. Das wissen wir seit längerer Zeit. Es wird auch nicht bestritten, dass bei den Übergängen von Klasse vier nach Klasse fünf es nur ein verschwindend geringer Prozentsatz der Schüler ist, der dann auf eine Hauptschule geht. Aber, liebe Freunde, wir müssen schon korrekt im Umgang mit der Statistik sein. Richtig ist, dass 20 Prozent eines Jahrgangs einen Hauptschulabschluss absolvieren. Das ist die Wahrheit, die wir bei der gesamten bildungspolitischen Debatte im Auge behalten müssen.

Folgendes will ich klar und deutlich sagen: Ich weiß es nicht nur von meinem eigenen Land, also von Hessen, sondern von allen anderen CDU-Landesverbänden. Die Länder haben in den letzten Jahren längst ihre eigenen Antworten gegeben. Sie haben eine moderne Haupt-schulpädagogik entwickelt. Es bedarf also keiner Aufforderung, diese zu entwickeln, weil sie be-reits praktiziert wird.

Wie sieht die Hauptschulpädagogik aus? Es gibt stärkere Praxis- und Berufsorientierung des Unterrichts. In Hessen nennen wir das Schubklassen, Schule und Beruf. Hier gibt es in den

Klassen 7, 8 und 9 eine enge Zusammenarbeit zwischen der Hauptschule auf der einen Seite und beruflichen Ausbildungsstätten auf der anderen Seite. Wir stellen fest, dass diese Hauptschüler ganz neu motiviert sind, weil sie feststellen, dass sie mit ihrer eigenen Hände Arbeit etwas Ordentliches leisten können. Das führt auch zu einer deutlichen Verbesserung der Vermittelbarkeit der Hauptschüler in Lehrstellen.

Deshalb frage ich: Besteht heute für uns als Bundespartei die Notwendigkeit, hier weiteren Handlungsbedarf einzufordern, wenn wir als CDU-Landesverbände und als Verantwortung tragende Abgeordnete schon längst tätig sind?

(Vereinzelt Beifall)

Ich will noch ein Wort zu David McAllister sagen, der eine eindrucksvolle und begeisterte Rede gehalten hat. Ich will berichten, dass wir im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung im ländlichen Raum natürlich auch organisatorische Überlegungen anstellen müssen. Es stellt sich die Frage, ob wir in den Klassen 5 und 6 Haupt- und Realschüler gemeinsam beschulen. Aber lasst uns dabei nicht die Realschüler vergessen, die ihren erfolgreichen Bildungsgang seit Jahrzehnten in Deutschland haben. Sie erlangen einen mittleren Bildungsabschluss mit einer Durchlässigkeit in die gymnasiale Oberstufe.

Zum Schluss: Ich bitte namens des Landesverbandes der CDU Hessen darum, dass wir, wie bereits gesagt, das gegliederte Schulsystem so, wie es in unserem Grundsatzprogramm steht, auch in das heute zu beschließende Papier aufzunehmen. Dabei möchte ich am Rande an die Adresse der Antragskommission bemerken, dass es dort einen Druckfehler gibt. In unserem Antrag steht natürlich „gegliedertes“ Schulwesen und nicht „differenziertes“. Wir brauchen begriffliche Klarheit bei gemeinsamen inhaltlichen Überzeugungen. Wir müssen weiterhin klarmachen, dass wir uns von der sozialistischen Einheitsschule unterscheiden wollen, und zwar auch im Begrifflichen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Jost de Jager, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Wagner. – Als Nächster spricht Michael Kretschmer, danach Herr Hauk.

Michael Kretschmer: Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich sagen, dass es kaum ein Thema gab, über das wir so breit und intensiv gesprochen haben, wie über die Bildung. Das ist an sich schon ein Wert und hat uns alle weitergebracht. Deswegen ist es gut so, dass wir trotz aller Konflikte und unterschiedlichen Meinungen uns in den letzten Monaten Gedanken darüber gemacht haben, wohin wir wollen und was unsere Werte in der Bildung sind.

Ich will gleich auf den Kollegen Wagner eingehen. Für mich war immer klar, dass jeder Mensch entsprechend seinen Leistungen und Fähigkeiten einen Schulabschluss erwerben kann. Für

mich stand nie die Schulform als das Zentrale im Mittelpunkt, sondern die Frage, dass jemand, der das Zeug für einen Hauptschulabschluss hat, diesen auch macht, und ein anderer, der die Realschule oder das Gymnasium besuchen kann, auch dorthin kommt. Dass diese Wahlmöglichkeiten bestehen und wir hier nichts verwischen, ist mir wichtig. Wenn wir über duale Bildung reden, müssen wir diesen Wert für Deutschland hochhalten und sagen, dass er uns weitergebracht hat. Wir müssen aber auch erkennen, dass diejenigen, die nur einen Hauptschulabschluss haben – diese Menschen wird es auch in Zukunft geben –, derzeit große Schwierigkeiten haben, im dualen System unterzukommen. Das ist eine Aufgabe, der wir uns stellen müssen. Hierzu bekommen wir in keiner Weise Antworten von der linken Seite. Wir müssen stattdessen helfen, Berufsbilder zu entwickeln, die auch für Leute geeignet sind, die ihre Fähigkeiten vor allem im praktischen Bereich haben. Das sind wir den jungen Leuten schuldig.

Aber das wirklich Wichtige und Beeindruckende in unserer Regierungszeit ist doch, dass in Zeiten der Haushaltskonsolidierung – wir streiten im Deutschen Bundestag über Beträge in Höhe von 100.000 oder 200.000 Euro, die wir einsparen wollen – im Bereich der Bildung, der Forschung und der Wissenschaft ein Aufwuchs von 75 Prozent auf jetzt 12 Milliarden Euro im Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung von Annette Schavan gelungen ist. Das ist doch eine große Sache.

(Beifall)

Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn Sie heute nach Hause fahren, dann können Sie alle mit Stolz sagen, dass Sie Teil eines Clubs sind, der es erreicht hat, mehr in Bildung zu investieren. Wir reden nicht nur darüber, sondern wir nehmen wirklich Geld in die Hand. 12 Milliarden Euro – das gab es noch nie in der Geschichte, das haben wir gemeinsam erreicht. Das sollten wir gemeinsam vertreten, darauf dürfen wir alle gemeinsam stolz sein.

(Beifall)

Nun sind die 12 Milliarden Euro und die vielen Maßnahmen, die wir eingeführt haben – der Hochschulpakt, der Pakt für Forschung und Innovation, unsere Exzellenzinitiative und auch das Bildungs- und Teilhabepaket –, konkrete Ansagen, mit denen wir die Bildungsrepublik Wirklichkeit werden lassen.

Man kann den Leuten Bildung aber nicht hinterhertragen und erwarten, dass dadurch etwas besser wird, vielmehr braucht man die Anstrengung eines jeden Einzelnen. Ohne diese Anstrengung geht es nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Es gab in diesem Land Zeiten, in denen darüber gestritten wurde, ob Bildung und Erziehung zwei Dinge sind, die zusammengehören, ob es zwei Seiten einer Medaille sind. Es ist doch noch gar

nicht so lange her, dass uns die versammelte Linke gesagt hat, dass ein Pädagoge, ein Lehrer nicht mit Autorität Kinder erziehen soll. Stattdessen sollte er der beste Freund der Schüler sein. Meine Damen und Herren, das hat die CDU nie mitgemacht. Wir sind immer konsequent geblieben und haben gesagt: Bildung heißt auch Erziehung, heißt Einforderung von Leistungen, Kopfnoten und zentrale Prüfungen. Der Einzelne muss nach seinen Fähigkeiten gefordert werden.

(Vereinzelt Beifall)

Nun erleben wir, dass das, was wir über Jahre gesagt haben, was vielleicht auch ein konservativer Wert ist, zurückkommt und nun auch in anderen politischen Lagern allgemein anerkannt wird. Das zeigt, dass es richtig ist, an gewissen Punkten konsequent zu sein und nicht dem Zeitgeist zu folgen. Es ist viel über Sachsen, Thüringen und die anderen neuen Bundesländer gesagt worden. Anfang der 90er-Jahre war das alles andere als lustig. Die damaligen Kultusminister aus Sachsen sind mächtig dafür gescholten worden, dass sie ein zwölfjähriges Abitur und Kopfnoten eingeführt haben. Sie sind gescholten worden, weil sie Erziehung in den Schulen und eine zentrale Prüfung und Bewertung wollten. Mittlerweile ist das überall Konsens. Das ist ein schöner Erfolg, es zeigt aber auch, dass es richtig ist, Bildungspolitik ganz klar als Kompetenz der Länder zu verorten; denn wäre damals der Bund verantwortlich gewesen, hätten wir heute kein Abitur nach zwölf Jahren, weder in Sachsen noch in anderen Bundesländern.

(Beifall)

Es heißt aber auch – das ist schon von Landespolitikern wie David McAllister gesagt worden –, dass man als Land in der Verantwortung steht. Nun sitzen wir hier als Landespolitiker, Kommunalvertreter, als große Familie der CDU Deutschlands zusammen. Deswegen sage ich: In diesem Bereich muss mehr passieren. Es ist nicht akzeptabel, dass es kein Schulbuch gibt, das in zwei Bundesländern gleich ist, dass es kein Arbeitsheft gibt, das in zwei Bundesländern gleich ist. Es ist nicht hinzunehmen, dass wir bei der Vergleichbarkeit der Abschlüsse und bei zentralen Prüfungen immer noch nicht weitergekommen sind. Das muss geleistet werden.

(Vereinzelt Beifall)

Hier sind vor allen Dingen die Länder in der Pflicht. Ich möchte nicht, dass wir vonseiten des Bundes etwas vorschreiben, ich möchte den Weg über die Bundesländer gehen; denn ich glaube, dass das der richtige Weg ist.

Ich möchte einige wichtige Punkte nennen, die für unseren Ansatz der Bildungspolitik wichtig sind. Erstens. Wir müssen den Kindergarten als Bildungseinrichtung begreifen. Das tun wir mit unserem Papier, aber das hat dann auch Konsequenzen für die tägliche Arbeit und die Politik. Wir brauchen dann Bildungspläne, zumindest für die Zeit ab dem ersten Kindergartenjahr. Wir müssen in die Qualifizierung der Erzieherinnen investieren und die Kooperation zwischen Grundschule und Kindergarten verbessern. Das halte ich für einen ganz zentralen Punkt, weil es

gerade für diejenigen, die aus bildungsferneren Schichten kommen, ganz wesentlich ist, um auch in Zukunft an der Bildung partizipieren zu können.

Meine Damen und Herren, wenn man über die duale Ausbildung spricht, die heute auch Thema war, dann ist eines wichtig, nämlich dass wir dabei bleiben. Die Kollegen in Österreich haben uns das erst vor wenigen Wochen noch einmal deutlich gesagt. In allen OECD-Studien werden Deutschland und Österreich dafür beschimpft, dass wir eine so geringe Akademikerquote haben. Aber wir alle wissen natürlich, dass das daher kommt, dass wir das duale Bildungssystem haben; das heißt, bei uns sind viele Berufe, die in anderen Ländern akademische Berufe sind, im dualen Bereich.

(Vereinzelt Beifall)

Man kann das natürlich ändern. Aber ich wüsste nicht, warum man das ändern sollte. Denn Österreich und Deutschland sind die Länder mit der geringsten Jugendarbeitslosigkeit, mit einem hohen Wirtschaftswachstum und mit einer hohen Qualifikation. Wir sollten dabei bleiben und den Anwürfen qualifiziert begegnen, damit wir nicht ein bewährtes System zugunsten irgendeiner Statistik der OECD opfern.

(Vereinzelt Beifall)

Im Bereich der Wissenschaft stehen große Herausforderungen an. Wir sprechen hier auch über das Kooperationsverbot. Schon der Begriff – Kooperation verbieten – ist eine große Zumutung für die Leute. Ich halte ihn in der Sache auch nicht für gerechtfertigt. Denn dank Annette Schavan und dem extremen Aufwuchs bei den Bildungsmitteln im Bundeshaushalt kann man sagen: Es gab noch nie so viel Kooperation im Bereich der Bildung und der Wissenschaft wie heute, meine Damen und Herren. Auch vor der Grundgesetzänderung gab es so viel Kooperation nicht.

Die Menschen erwarten, dass in den zentralen Politikfeldern der Bildung und der Wissenschaft Kooperation möglich ist und dass man gemeinsam an einem Strang zieht. Deswegen ist es wichtig, dass wir zu mehr Vergleichbarkeit, zu mehr Übereinstimmung zwischen den Bundesländern im Bereich der Bildung kommen.

Im Bereich der Wissenschaft müssen wir die Frage beantworten, wie es nach der unglaublichen Exzellenzinitiative weitergeht. Die ganze Welt schaut gebannt und beeindruckt auf Deutschland, das in diesen schwierigen Zeiten in Bildung und Wissenschaft investiert. Amerikanische Wissenschaftler überlegen – das gab es in der Geschichte noch nie –, aus Amerika nach Deutschland zu kommen, weil die Bedingungen hier besser sind, weil die Chancen größer und die Arbeitsbedingungen exzellenter sind als in ihrem eigenen Land. Aber die Exzellenzinitiative endet im Jahr 2017. Die Frage ist: Was kommt danach? Ich wünsche mir, dass die Antwort lautet, dass wir die Exzellenzinitiative in der Wissenschaft auch in Zukunft fortschreiben können. Wenn wir dazu das Grundgesetz ändern müssen, dann sollten wir das auch tun. Denn in diesem Bereich

ist es wirklich notwendig, die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Da haben wir viel geschafft, und das müssen wir auch in den nächsten Jahren beibehalten. Es kann sein, dass wir dazu das Grundgesetz ändern müssen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Jost de Jager, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Kretschmer. – Als nächster Redner ist Herr Peter Hauk aus Baden-Württemberg dran.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hauk: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal muss man festhalten, dass wir über Bildungspolitik sehr ausführlich diskutieren, dass wir heute auf diesem Parteitag einen Schlusspunkt setzen, ist eine gute Sache. Ich hätte mir bei mancher Diskussion in der Vergangenheit gewünscht, dass sie so ausführlich geführt wird wie in der Bildungspolitik.

In Wahrheit geht es doch um zwei zentrale Fragen. Während wir mit unserem Grundsatzzprogramm eine Energiewende – nirgendwo in dem Programm steht, dass wir Kernkraftwerke brauchen und unseren Strom daraus erzeugen müssen – und auch die Abschaffung der Wehrpflicht – nirgends steht, dass es die Wehrpflicht geben muss – locker vereinbaren können, geht es bei der Bildungspolitik tatsächlich um Grundsatzzfragen. Es geht darum, ob ein linkes, ein sozialistisches Einheitsmodell letztendlich Furore macht oder ob wir uns an unserem christlichen Menschenbild orientieren und dabei Differenzierung, Vielfalt im Angebot und Vielfalt der Menschen akzeptieren. Das ist ein ganz entscheidender Punkt.

(Beifall)

Ich glaube, wir sollten uns genau darauf zurückbesinnen. Wir sind kein Volk, das nur aus 500.000 Menschen besteht wie Malta. In einem Volk von 80 Millionen Menschen braucht es differenzierte Wege. Es braucht differenzierte Angebote und auch Schrittmacher. Deshalb ist ganz klar, dass wir an dem Differenzierungsmodell festhalten müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Bildung ist kein Selbstzweck. Wenn man die Bildungspolitik verfolgt, könnte man meinen, es wird über die Bildung als solches diskutiert. Bildung hat immer die Aufgabe, Menschen an ein eigenverantwortliches Leben heranzuführen, damit sie sich selbst versorgen können, damit sie auf eigenen Beinen stehen können, damit sie ihr Leben selbstbestimmt leben können. Danach muss man sich ausrichten. Jede versuchte Eingrenzung – Dreiwegemodell, Zweiwegemodell; irgendwann steht man dann beim Einwegemodell – wird dem Individuum nicht gerecht.

(Beifall)

Deshalb werbe ich sehr dafür, dass wir uns in den wahren Grundsatzfragen – und das ist eine solche – treu bleiben, dass wir Vielfalt zulassen, dass wir Differenziertheit – die Hessen nennen es Gegliedertheit – zulassen, dass wir Differenzierung zulassen. In Baden-Württemberg sind es noch 25 Prozent der Schüler, die einen Hauptschulabschluss machen; Tendenz sinkend, keine Frage. Aber 25 Prozent machen ihn und sind damit qualifiziert. Dass die Jugendarbeitslosigkeit in Baden-Württemberg mittlerweile bei 2 Prozent liegt, zeigt, dass wir mit diesem Modell ein Stück weit auch Erfolg haben.

(Beifall)

Wir halten nicht daran fest, um auch das klar zu sagen. Wir entwickeln uns weiter: in Hessen mit der Mittelschule, in Nordrhein-Westfalen mit dem Schulkonsens, in Baden-Württemberg mit der neugegründeten Werkrealschule; auch dort gibt es Realschule mit dem Abschluss der mittleren Reife und Hauptschule unter einem Dach. Aber wichtig ist, dass für Kinder und Jugendliche differenzierte Angebote vorhanden sind; denn die 25 Prozent Hauptschüler sind ja nicht weg. Auch sie müssen zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden, der sie befähigt, anschließend eine erfolgreiche Berufsausbildung zu absolvieren.

Ich werbe sehr dafür, dass diese Differenziertheit bestehen bleibt, sowohl in der Qualität als auch im Angebot. Das hat mit Strukturen überhaupt nichts zu tun. Unter welchen Dächern die Angebote stattfinden, ist doch sekundär. Natürlich gibt es – im Osten früher, im Westen und im Südwesten später – Probleme durch den demografischen Wandel, Probleme beim Angebot und den Strukturen; das ist überhaupt keine Frage. Das müssen wir berücksichtigen, damit der Schulbesuch auch in Zukunft flächendeckend möglich bleibt. Das ist überhaupt kein Thema. Aber die Entwicklungen sind sehr unterschiedlich. Ich glaube, nur eine auch von den Ländern verantwortete Bildungspolitik kann auf unterschiedliche Entwicklungen in Deutschland die richtigen Antworten geben.

(Vereinzelt Beifall)

Damit kommt ein Zweites hinzu: das Thema Kooperationsverbot; Annette Schavan hat es vorhin angesprochen. Ich sage ganz offen: Wir werden das Thema Kooperationsverbot mit Zähnen und Klauen verteidigen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben die Durchsetzung in der Föderalismuskommission I als großen Erfolg gefeiert, weil damit auch die Zentralisierung thematisiert wird. Meine Damen und Herren, Sozialisten zentralisieren, Christdemokraten sind für Vielfalt, für Wettbewerb. Das ist der Unterschied.

(Beifall)

Wir haben heute einen Kompromissantrag der Antragskommission vorliegen, den wir in weiten Teilen mittragen können, weil wir uns dort wiederfinden können. Deshalb sollten wir nach die-

sen Diskussionen keine Schritte zurück machen, sondern den Antrag so verabschieden. Damit können wir auch eine Grundlage dafür schaffen, dass in den Ländern Bildungspolitik weiterentwickelt wird.

Ich sage das aus einem tiefen Selbstbewusstsein heraus. Natürlich haben wir Mobilitätsprobleme in Deutschland. Das gilt aber nicht für Eltern, die von Bayern, Sachsen und bisher noch – ich sage „noch“ angesichts unserer neuen Regierung – von Baden-Württemberg in den Osten oder in den Westen gehen wollen. Mobilitätsprobleme gibt es, wenn jemand von Bremen nach Bayern kommt.

(Vereinzelt Beifall)

Da stellt sich die Frage: Wollen wir um der Zentralisierung willen Abstriche bei der Qualität machen? Das kann nicht das Ziel sein.

(Beifall)

Deshalb werbe ich sehr für Differenziertheit und Vielfalt. Ich werbe zudem dafür, dass wir allen Zentralisierungsbemühungen – das gilt auch für den sogenannten Bildungsrat – eine klare Abfuhr erteilen. – Vielen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Hauk. – Als Nächster spricht zu uns der Landesvorsitzende der CDU Schleswig-Holstein und künftige Ministerpräsident Jost de Jager.

(Beifall)

Jost de Jager: Vielen Dank, Herr Tagungspräsident, lieber David. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte Ihnen ein wenig die Angst vor der Zweigliedrigkeit im Schulwesen nehmen. Wir in Schleswig-Holstein haben de facto seit 2007 eine Zweigliedrigkeit. Wir haben auf der einen Seite das Gymnasium und auf der anderen Seite die Gemeinschafts- und Regional- schule, die quasi als Sekundarstufe fungiert. Wir haben gute Erfahrungen damit gemacht. Wir haben vor allem die Erfahrung gemacht, dass es eine sehr breite Akzeptanz bei den Schulträgern für diese neue Schulstruktur gibt. Das war eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass sie auch von den Eltern sowie den Schülerinnen und Schülern angenommen worden ist.

Wir haben selbstverständlich auch in der CDU Schleswig-Holstein – wir haben dieses System damals während einer Großen Koalition eingeführt – eine strittige Debatte über diese Frage geführt. Wir haben aber feststellen müssen, dass diese Debatte in den Reihen der Mitglieder der CDU strittiger geführt wird als von den Menschen draußen; das ist der wesentliche Punkt. Wir müssen sehen, dass wir die Antworten finden, die die Menschen am Ende akzeptieren. Es hat sich herausgestellt, dass der jahrelange, zum Teil ideologisch geprägte Streit über die Schulstrukturen

Zeit, Kraft und auch politische Energie vergeudet und davon abgelenkt hat, worum wir uns wirklich kümmern müssen, nämlich um Qualität und gute Standards in der Bildung.

(Vereinzelt Beifall)

Wir werden in Schleswig-Holstein auf diesem Weg voranschreiten. Wir werden für eine neue Lehrerausbildung sorgen – vorgesehen ist jeweils ein eigenständiges Lehramt für die Gemeinschafts- und Regionalschule sowie die Grundschule –, weil es wichtig ist, dass wir die Schulstruktur auch in der Lehrerausbildung berücksichtigen und am Ende das umsetzen, was wir den Menschen in Schleswig-Holstein versprochen haben, nämlich einen Schulfrieden, der dazu führt, dass wir nicht mehr über die Schulstrukturen reden, sondern über die Bildungsinhalte.

Ein weiterer Punkt ist der Bildungsföderalismus. Wir in Schleswig-Holstein sind der Auffassung, dass wir hier zu einer mutigeren Bestandsaufnahme kommen müssen als im Bildungspapier. Wenn wir ehrlich sind, müssen wir zugeben, dass kein Mensch mehr versteht, was in Deutschland los ist, wenn es um die Schule geht.

(Vereinzelt Beifall)

Jedes Bundesland hat seine eigene Schulart. Die verschiedenen Schulformen heißen nicht nur anders, sondern sind auch anders. Dies stellt in der Tat ein Mobilitätshemmnis für viele Menschen dar, die in Deutschland umziehen. Deshalb ist es aus unserer Sicht richtig, dass wir als Föderalisten selber die Antwort geben. Niemand möchte, dass eine zentralisierte Bildungspolitik von der Bundesregierung betrieben wird. Wenn wir aber feststellen, dass der Föderalismus im Bildungsbereich Folgen hat, die für die Menschen nicht akzeptabel sind, dann müssen wir als Föderalisten selber die Kraft haben, den Föderalismus so auszugestalten, dass er von den Menschen mitgetragen wird. Deshalb sind wir der Auffassung, dass sich die Bundesländer selber auf den Weg machen müssen und zu gemeinsamen Bildungsstandards, gemeinsamen Abschlüssen und abgestimmten Lehrplänen kommen müssen. Nur so können wir das Lebensgefühl der Menschen in dieser Frage abbilden und ihm tatsächlich gerecht werden.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sind der Auffassung, dass es dem Bund erleichtert werden muss, sich an den Ausgaben für Forschung und Lehre in den Hochschulen und den Ländern zu beteiligen. Die gegenwärtige Ausgangslage ist durch einen Föderalismus gekennzeichnet, der, was die Forschungsfinanzierung und die Hochschulen angeht, Umgehungstatbestände schafft. Das ist aus unserer Sicht nicht sinnvoll. Ich sage ganz klar als Vertreter eines Konsolidierungslandes, das es besonders schwer hat, seinen Haushalt wieder in den Griff zu bekommen: Wir dürfen nicht Gefahr laufen, dass die Qualität von Forschung und Lehre an einzelnen Standorten von der Finanzkraft der Bundesländer abhängt. Wir müssen einen Weg finden, die Kräfte zu bündeln sowie Bund und Länder besser als bisher in die Lage zu versetzen, Forschung und Lehre gemeinsam zu finanzieren.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, wir sollten uns gemeinsam auf den Weg machen. Wir sollten in verstärktem Maße über den Föderalismus nachdenken. Wir sollten ihn nicht abschaffen, wohl aber verbessern; denn wir dürfen nicht Gefahr laufen, dass am Ende die Stichworte von denjenigen kommen, die mit Föderalismus nicht viel am Hut haben. Ich weiß nicht genau, was passiert, wenn eine der kleineren Parteien ihr Heil darin sucht, gegen den Föderalismus vorzugehen. Liebe Freunde, wir müssen als Föderalisten selber Antworten geben.

Wir akzeptieren in Demut, dass die Antragskommission die Ablehnung unseres Initiativantrags empfiehlt. Wir haben gestern gelernt, dass Herr Laumann auch nicht im ersten Anlauf seinen Mindestlohn durchbekommen hat. Wir kommen wieder. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Jost de Jager. – Als Nächster spricht zu uns Mike Mohring vom Landesverband Thüringen.

(Beifall)

Mike Mohring: Sehr verehrter Herr Tagungspräsident! Liebe Freunde! Einen Satz vorweg: Ich finde es richtig, dass sich der Bundesparteitag der Union damit befasst, wie es um unsere Bildungspolitik steht. Ich glaube, die Debatte in der letzten Woche hat uns gutgetan. Wenn ich mir die Platzierungen bei den nationalen und internationalen Bildungstests, insbesondere beim PISA-Test, vor Augen führe, dann stelle ich fest: Auf Platz eins liegt Sachsen, auf Platz zwei Thüringen, auf Platz drei Baden-Württemberg und auf Platz vier Bayern. Sachsen und Thüringer haben ein zweigliedriges Schulsystem. Die anderen beiden Bundesländer auf den Plätzen drei und vier haben ein dreigliedriges Schulsystem. Alle anderen Bundesländer, in denen die Union nicht die Hauptverantwortung für das Kultusministerium hat, folgen danach. Damit steht fest: Wir Christdemokraten sollten stolz darauf sein, dass die Bundesländer, in denen wir gute Bildungspolitik in personeller Verantwortung und solide über viele Jahre betrieben haben, vor den anderen Bundesländern platziert sind. Das ist die entscheidende Botschaft der Debatte über den Bildungsantrag: Wir machen gute Bildungspolitik.

(Beifall)

Das liegt vor allen Dingen daran, dass wir das alles in Kontinuität gemacht haben und nicht nach jedem Regierungswechsel erneut in die Bildungsbiografie der Schüler eingegriffen haben. Politik hat nicht andauernd in die Schulen einzugreifen, sondern hat eine gute Bildungsbiografie zu ermöglichen. Politik muss sich zurücknehmen und darf nicht nach jeder Wahl neue Debatten über Schulstrukturen führen. Das muss unser Ziel sein.

(Beifall)

Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich der Meinung bin, dass wir künftig in den Bundesländern – so schwierig das sein mag; als Thüringer weiß ich, wovon ich rede – um jedes Kultusministerium kämpfen müssen. Es nutzt uns Christdemokraten nichts, die Bildungspolitik zu koordinieren, wenn wir keine Mehrheit in der Kultusministerkonferenz haben. Wenn dort nur drei Mann sitzen, können die zwar Skat spielen, aber keine Bildungspolitik für die Union machen. Das sollte bedacht werden. Wenn wir uns das vornehmen, macht es auch Sinn, zu erklären, wofür wir stehen. Wir stehen für die eigenständige Grundschule. Wir stehen für das eigenständige Gymnasium. Wir stehen in der Mitte für eine Sekundarschule, die den Anknüpfungspunkt für das duale Ausbildungssystem darstellt. Wenn das der Maßstab ist, dann wissen wir, dass die anderen mit ihrer Einheitsschulpolitik vor allem eine Schule wollen, die nicht mehr differenziert, eine Schule, die nicht mehr die Leistungsbereitschaft fördert, eine Schule, die den Einzelnen nicht mehr im Blick hat.

Ich kann sagen – das weiß jeder –, was dort passiert, wo Gemeinschaftsschulen aufgrund linker Bildungspolitik Vorrang bekommen haben: Die Gemeinschaftsschule ist eine Schule, in der es keine Kopfnoten gibt. Das ist eine Schule, in der es keine Schulnoten mehr gibt. Aber eine Schule, in der es keine Schulnoten mehr gibt, kann eines nicht garantieren: die Durchlässigkeit für die Besseren, die später den Bildungsweg bis zum Gymnasium einschlagen wollen. Wer bis zur 8. Klasse keine Schulnoten bekommen hat, der weiß gar nicht, was auf dem Gymnasium auf ihn zukommt.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen ist es wichtig, zu berücksichtigen, dass Durchlässigkeit Leistungsorientierung und Benotung braucht. Wir bieten das mit unserer Bildungspolitik an. Die anderen tun das nicht.

(Beifall)

Deshalb ist es für uns als Länderpolitiker ganz wichtig, dass wir wissen – ich bin der Antragskommission dankbar dafür, dass sie diesbezüglich eine Erweiterung vorgenommen hat –: Bildungspolitik bleibt Ländersache. Wir müssen gemeinsam der Erwartung von Schülern, Eltern, aber auch der Öffentlichkeit gerecht werden – darauf müssen wir uns einrichten; das ist unsere Aufgabe, die wir erfüllen müssen – und über gemeinsame Standards und Zielvorstellungen vergleichbare Bildungsabschlüsse schaffen. Die Leute legen nicht zu allererst Wert darauf, dass sie überall denselben Abschluss bekommen können. Sie legen aber Wert darauf – das gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Politik Mobilität fordert –, dass die einzelnen Schulabschlüsse in jedem Bundesland vergleichbar sind. Das müssen wir leisten. Das heißt nicht Zentralabitur, aber das heißt für uns Deutschland-Abitur. Das leistet jetzt dieser Antrag. Deshalb wollen wir Thüringer diesem Antrag ausdrücklich zustimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will noch etwas sagen, was uns Länderpolitikern sehr wichtig ist: Wenn wir gemeinsam den Schritt hin zu einem verbindlichen Vorschuljahr gehen – es gibt ja auch in diesem Saal viele, die

sagen: „Das ist für uns ganz entscheidend“, während andere das schwierig finden –, dann müssen wir eines wissen: Wenn wir die Kommunen und die Landkreise, also die Träger von Schulen, verpflichten, ein verbindliches Vorschuljahr einzuführen, dann müssen wir auch klären, wer die Verbindlichkeit bezahlt.

(Vereinzelt Beifall)

Das Verfassungsrecht ist da ziemlich eindeutig: Wer eine Aufgabe überträgt, wer eine Aufgabe im eigenen Wirkungskreis delegiert, der muss auch die Finanzierungsfrage klären. Als Vertreter der neuen Bundesländer sage ich: Wir können uns das relativ einfach machen. 98 Prozent der Kinder über drei Jahren gehen bei uns in die Kita. Wir brauchen die Verbindlichkeit nicht. Wenn wir diesen Zustand aber zur Pflicht machen, sind wir auch verpflichtet, das zu finanzieren. Angesichts unserer Haushaltslage kann ich nur davor warnen, dieses Finanzargument vom Tisch zu wischen. Bei Einführung der Verbindlichkeit der Vorschule müssen wir auch klären, wer die verbindliche Finanzierung dafür übernimmt. Das wird in der Zukunft eine spannende Debatte werden. Nichtsdestotrotz ist ganz klar – auch das will ich sagen –: Dieser Bildungsantrag und die Debatte dazu haben gezeigt: Wir Christdemokraten machen gute Bildungspolitik. Wir müssen uns nicht vor den anderen verstecken. Wir können selbstbewusst sagen: Dort, wo Vielfalt garantiert wird, dort, wo durch die Länder Leistungsstärke garantiert wird, ist es allemal besser als dort, wo es die Einheitsschule ohne Leistungsorientierung und ohne Noten gibt. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Mohring. – Als Nächstes hat das Wort der Bundestagspräsident, Herr Lammert.

Prof. Dr. Norbert Lammert: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! David McAllister hat vorhin in seinem temperamentvollen Eröffnungsbeitrag zu unserer allgemeinen Aussprache zu Recht darauf hingewiesen, dass die Bildungspolitik in Deutschland selten unter einem Mangel an Aufmerksamkeit für Strukturfragen leidet, gelegentlich eher umgekehrt unter der Neigung, Strukturdebatten für noch wichtiger zu halten als die Inhalte des Bildungssystems. Deswegen möchte ich gerne für ein paar Minuten Ihre Aufmerksamkeit auf einen Aspekt richten, der allgemein völlig unstrittig ist und deswegen besonders häufig in die Gefahr gerät, in der operativen Bildungspolitik eher vernachlässigt zu werden: Das ist die kulturelle Bildung. Ohne Kultur, meine Damen und Herren, entsteht keine Bildung, so wie umgekehrt ohne Bildung keine Kultur wächst. Bildung ist nach unserem Verständnis – das haben wir auch bei früheren Parteitagen nie anders gesehen – weit mehr als die Vermittlung von Wissen, von Fertigkeiten, von Qualifikationen, die den Menschen befähigen, wechselnden Anforderungen und Ansprüchen seiner Umwelt gerecht zu werden. Für uns ist Bildung der Weg des Menschen zu sich selbst, zu seiner Herkunft, zu seiner Freiheit, aber auch zu seinen Bindungen.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb müssen die Kenntnis von geschichtlichen Zusammenhängen und die Fähigkeit zur Erinnerung genauso wesentliche Bestandteile unseres Verständnisses von Bildung, Bildungssystem und Bildungspolitik sein wie viele andere Fragen, die bei diesem Parteitag und in den Wochen der Vorbereitung dieses Papiers zu Recht diskutiert worden sind.

(Vereinzelt Beifall)

Kulturelle Bildung muss in der Familie beginnen und darf mit der Schule nicht aufhören. Gerade weil sie eine wichtige Voraussetzung für übergreifende Kompetenzen wie Kreativität, Flexibilität, Kommunikationsfähigkeit und Urteilsvermögen ist, muss sie in gleicher Weise Gegenstand lebenslangen Lernens sein wie die Aktualisierung von Fähigkeiten, von Fertigkeiten und von Wissen.

Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! In der UN-Kinderrechtskonvention wird aus gutem Grund ausdrücklich reklamiert, dass auch und gerade Kinder und Jugendliche das Recht auf Beteiligung am kulturellen und künstlerischen Leben haben. Das ist deswegen umso wichtiger und richtiger, als wir alle bei nüchterner Betrachtung wissen – jedenfalls sollten wir das berücksichtigen –: Ohne Kenntnis entsteht kein Verständnis, und ohne Motivation ist auch kein Engagement zu erzielen. Wenn bei Kindern und Jugendlichen das Interesse an Kunst und Kultur nicht nachwächst, dann vermindert sich unvermeidlich in Zukunft sowohl das Angebot wie auch die Nachfrage nach künstlerischen Berufen wie nach großen und kleinen Kultureinrichtungen, deren Bestand keineswegs nur durch eine schwierige Situation der öffentlichen Haushalte gefährdet ist. Deswegen müssen wir uns um diesen Aspekt kümmern. Wir müssen das früh tun. Wir müssen das als Bestandteil unseres Bildungssystems begreifen. Insofern darf die Diskussion nicht auf die Schule begrenzt geführt werden.

Ganz abgesehen davon wissen wir seit Jahren aufgrund von immer wieder gleichen Ergebnissen entsprechender Langzeitstudien, dass kulturelle Bildung wesentlich zum Erfolg in anderen Lernbereichen beiträgt und zur Vermittlung eines verbindlichen Wertegerüsts völlig unverzichtbar ist. Deswegen möchte ich mich ganz herzlich bedanken, zum einen bei den Mitstreiterinnen und Mitstreitern im Gesprächskreis Kultur der CDU Deutschlands, die sich um diesen Aspekt besonders bemühen. Diese Bemerkung ist deswegen vielleicht nicht völlig unangebracht, weil dem Gesprächskreis Kultur nicht nur Parteifreundinnen und Parteifreunde angehören, wie das in den anderen Bundesfachausschüssen der Partei der Fall ist, sondern auch Künstler und Vertreter von wichtigen Kulturverbänden und Kultureinrichtungen, die uns mit ihrem Sachverstand und mit ihrem Engagement zur Verfügung stehen. Sie haben sich deswegen um eine Ergänzung des Papiers zum Thema Bildung mit Erfolg bemüht.

Da die Antragskommission für ihre Empfehlungen heute nicht immer nur jubelnde Zustimmung bekommen hat, nutze ich die Gelegenheit gerne, mich bei der Antragskommission herzlich

dafür zu bedanken – auch bei Annette Schavan –, dass es in der Einarbeitung der vielen Hunderte von Anträgen aus der Partei gelungen ist, gerade diesen Aspekt in unserem Papier mit einer deutlichen Handschrift zu verankern. Meine herzliche Bitte ist, dass wir das nicht nur heute erwartungsgemäß mit ganz breiter Mehrheit beschließen, sondern dies anschließend auch zur praktischen Orientierung in unserer Bildungspolitik machen. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Bundestagspräsident. – Als Nächstes steht auf der Rednerliste Herr Hans-Jürgen Irmer. Danach kommt Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer.

Hans-Jürgen Irmer: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Präsidium! Liebe Parteifreunde! Ich möchte einige Sätze zum Thema Bildungsföderalismus an Sie richten. Ich sage sehr offen, dass wir Hessen sehr dafür sind, den Bildungsföderalismus zu erhalten. Das Papier, das wir vorgelegt haben, ist nicht so ganz ungeschickt. Ich sage: Wir haben dort im Grunde genommen etwas zu viel Bund. Das wird sehr nett und sehr verbrämt dargestellt. Ich hätte mich gefreut, wenn beispielsweise die Präambel ein ganz klares Bekenntnis zur Zuständigkeit der Länder enthalten hätte. Dadurch wäre manch eine Kritik vielleicht schon relativiert worden.

(Beifall)

Im Antrag waren ursprünglich die Magnetschulen enthalten. Das ist jetzt etwas korrigiert worden ist; das ist aus meiner Sicht auch in Ordnung. Wir sprechen über nationale Gütesiegel. All das sind Maßnahmen, mit denen man vonseiten des Bundes versucht, auf das Einfluss zu nehmen, was in den Ländern läuft.

Ein Letztes zu diesem Punkt – ich habe vier Punkte – ist der Bildungsrat. Meine Damen und Herren, der liebe Gott und der Wähler mögen verhüten, dass in späteren Jahren Rot-Grün wieder an die Regierung kommt. Ausschließen kann man das leider nicht; das ist die Realität. Überlegen Sie sich bitte, wir hätten in Deutschland einen Bildungsrat, zusammengesetzt aus vielen Kultusministern und dann auch eine rot-grüne Bundesregierung! Das Ergebnis ist doch vorhersehbar: Wir hätten einen Einheitsfetischisten wie Herrn Schleicher an der Spitze des Bildungsrates, der uns jeden Monat erklärt, warum die Einheitsschule bzw. längeres gemeinsames Lernen besser ist. Man versetze sich dann in die Situation der armen Kultusminister, so wir denn welche haben: Was sollen die denn letzten Endes machen? Das heißt: Hier kann von Bundesseite zu viel negativer Einfluss ausgeübt werden.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist der erste Punkt.

Zweiter Punkt: Das Papier atmet mir persönlich zumindest auch etwas zu viel Staat. Ich will das an drei kleinen Beispielen deutlich machen. Erstes Beispiel:

Für alle Schüler ist der Ausbau verpflichtender ganztags-schulischer Angebote von entscheidender Bedeutung für den Bildungserfolg.

– So heißt es im ursprünglichen Antragstext. Meine Damen und Herren, ich sehe das nicht so.

(Vereinzelt Beifall)

Um es ganz klar zu sagen: Niemand hat etwas dagegen, dass Ganztags-schulen angeboten werden da, wo sie notwendig sind, wo der Bedarf besteht, wo das die Betroffenen vor Ort wollen. Das ist völlig unstrittig. Ich möchte aber keine verpflichtende Ganztags-schule für ganz Deutschland. Die Formulierung, dass nur die verpflichtende Ganztags-schule die Grundlage für einen entscheidenden Erfolg der Schüler ist, bedeutet im Umkehrschluss, dass die anderen Schüler gar keinen schulischen Erfolg haben können. Da wird eine falsche Priorität gesetzt.

(Teilweise Beifall)

Zweites Beispiel: Im Antragstext hieß es ursprünglich:

Frühkindliche Bildung und Erziehung in der Kita sind der Schlüssel für mehr Chancengerechtigkeit.

– Hätten wir gesagt, „frühkindliche Bildung und Erziehung in der Familie und in der Kita“, dann würde ich dies unterschreiben. Hier wird letzten Endes auf die Erziehung in der Kita das Primat gelegt. Da fehlt mir die Familie.

(Vereinzelt Beifall)

Das Gleiche gilt – das ist schon angesprochen worden – bezüglich des verpflichtenden Vorschuljahres. Wir müssen aus meiner Sicht noch stärker die Eigenverantwortung der Heranwachsenden, die Eigenverantwortung der Eltern betonen, aber auch die Chancen für Eltern, frei und selbstbestimmt zu entscheiden, welcher Weg für sie aus ihrer Sicht der richtige für ihre Kinder ist. Dies wird in dem Papier in der Form nicht so deutlich, wie ich es mir wünschen würde.

Dritter Punkt: Oberschule. Meine Damen und Herren, die medial Überschrift heute Morgen – auch im Fernsehen – war: Heute beschließt die CDU, nachdem sie gestern den Mindestlohn beschlossen hat, die Abschaffung der Hauptschule. Das ist die Botschaft. Wir können jetzt noch so viel daran arbeiten, mit vielen Verfeinerungen; aber diese Kernbotschaft wird leider nicht mehr ganz zurückzuführen sein. Wir haben das Problem, dass wir mit Begriffen operieren, die inhaltlich nicht unterfüttert sind, und das ist das Gefährliche. Wir sagen: Oberschule. Man kann dieser Auffassung sein. Die Frage ist aber, wie sie in der Praxis ausgestaltet wird. Machen wir in der

Klasse 5 gemeinschaftlichen Unterricht oder in Klasse 6, in Klasse 7 oder in Klasse 8? Niemand sagt das. Der Generalsekretär schreibt mir, die Kolleginnen und Kollegen vor Ort mögen bitte schön selbst entscheiden, wie sie längeres gemeinsames Lernen organisieren. Ich kenne zumindest die Kollegen in Hessen; ich weiß nicht, wie die mehrheitliche Zusammensetzung anderswo aussieht. Die werden mit Wonne diese Chance nutzen, um daraus längeres gemeinsames Lernen in undifferenzierter Form bis zur Klasse 7, 8 oder 9 durchzuführen.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist es, was wir im Sinne eines differenzierten und gegliederten Schulwesens eigentlich nicht wollen.

Ein letzter Punkt zu längerem gemeinsamen Lernen. Liebe Freunde, in einem Absatz zum Thema Inklusion heißt es wörtlich:

Gemeinsamer Unterricht wirkt sich positiv auf Kinder ohne Förderbedarf aus.

– Das ist erstens durch nichts belegt; das kann so sein. Außerdem ist diese Formulierung doch Wasser auf die Mühlen all derer, die in letzter Konsequenz für Einheitsschulen sind.

(Beifall)

Deshalb kommt es natürlich zu der Interpretation: Die CDU schafft die Hauptschule ab und steht für gemeinsames längeres Lernen. – Wir müssen uns doch nicht wundern, wenn wir Beifall von der falschen Seite bekommen. Wer hat uns denn dafür gelobt? Das waren doch Rote und Grüne. Wenn sie uns oder mich loben, stelle ich mir immer die Frage, ob ich vielleicht etwas falsch gemacht habe.

(Beifall)

Vierter Punkt: Integration. Liebe Freunde, in diesem Papier steht an einer Stelle: Wir wollen künftig mehrsprachige Elternsprechstunden. – Dieser Auffassung bin ich dezidiert nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir Elternsprechstunden anbieten, meine Damen und Herren, dann werden diese in Deutschland angeboten, in deutschen Schulen. Da gilt logischerweise, dass die deutsche Sprache das vorherrschende Kommunikationsmittel sein muss, und nichts anderes. Das heißt: Wir dürfen nicht zu weit entgegenkommen, sondern müssen – umgekehrt – an die, die hierherkommen und die hier bei und mit uns leben, die Anforderung stellen, dass sie sich an unseren Gesetzen, Sitten und Gebräuchen orientieren und damit in letzter Konsequenz auch die deutsche Sprache lernen.

(Vereinzelt Beifall)

Noch ein Punkt zum Thema Integration. Es geht um den islamischen Religionsunterricht. Ich weiß, dass die Mehrheit hier das anders sieht; aber ich bin dann für einen islamischen Religionsunterricht – bekenntnisorientierten, wohlgemerkt –, wenn alle muslimischen Verbände sich öffentlich für die Trennung von Kirche und Staat aussprechen, für die Absage an die Scharia, für die Gleichberechtigung von Mann und Frau, für die körperliche Unversehrtheit und für die Freiheit der Religionswahl. Dann bin ich sehr dafür.

(Teilweise Beifall)

Wir sollten aber nicht umgekehrt einen Schuh daraus machen. Wir sollten erst an ihrem Verständnis messen, ob sie das wirklich wollen.

Abschließend, meine Damen und Herren: Es ist vorhin gesagt worden, dass die Ergebnisse, die CDU-Bildungsminister erzielen, besser seien als die anderer Länder. Das ist in der Tat richtig. Überall dort, wo die CDU über lange Jahre den Kultusminister stellt – leider stellen wir zu wenige; daran sind wir auch ein bisschen selber Schuld –, sind die Ergebnisse besser als in sozialdemokratisch regierten Ländern. Die Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen in der SPD hat bereits vor PISA öffentlich erklärt, es sei ohne Test vorherzusagen, dass die Ergebnisse in den CDU-geführten Bundesländern besser seien als die der Bundesländer mit sozialdemokratischer Bildungspolitik. Da haben sie recht.

(Vereinzelt Beifall)

Warum ist das so? Das ist so, weil wir uns immer für Leistung, Gerechtigkeit und Verantwortung ausgesprochen haben.

(Vereinzelt Beifall)

Bei aller Kritik, die ich auch hier geäußert habe, möchte ich schließlich noch eines sagen: Ich glaube, dass wir insgesamt klarmachen müssen, dass Deutschlands Schulen viel besser sind, als man gelegentlich darüber liest. Wir sind Exportweltmeister. Wir haben die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit. Wir haben die beste Infrastruktur. Wir haben das beste Ausbildungssystem im dualen Bereich, und wir haben weltweit mit die höchste Ausbildungsquote. Meine Damen und Herren, liebe Freunde, das hat auch ein klein wenig mit der Bildungspolitik und dem Schulsystem in Deutschland zu tun. Deshalb können wir unterm Strich bei aller Kritik mit dem, was wir haben, sehr zufrieden sein, was nicht ausschließt, dass wir das eine oder andere natürlich noch verbessern müssen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Irmer. – Als Nächstes hat das Wort Frau Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer.

Annegret Kramp-Karrenbauer: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Liebe Freundinnen und Freunde! Wir diskutieren nicht nur auf diesem Parteitag, sondern seit vielen Wochen und Monaten leidenschaftlich über Bildungspolitik. Das ist richtig und gut so; denn es gibt kaum ein Thema, das die Wurzeln der CDU so sehr berührt wie die Bildungspolitik. Der Grund dafür liegt nicht nur in ökonomischen Gesichtspunkten, sondern vor allen Dingen in unserem Menschenbild. Wir sagen: Mit Blick auf die Würde des Menschen ist es wichtig, dass jeder Mensch, dass jedes Kind die Möglichkeit hat, seine Potenziale so gut wie möglich zu nutzen.

Wir dürfen es nie zulassen, dass Kinder auf ihre Lebensumstände reduziert werden. Das ist das Ringen in unserer gesamten Bildungspolitik. Ich glaube, dass das Papier, das wir heute zur Beschlussfassung vorlegen, diesem Anspruch gerecht wird.

Aber wir müssen auch am heutigen Tage aufpassen, liebe Freundinnen und Freunde, dass wir nicht die falschen Fragestellungen und in den falschen Schlachtordnungen diskutieren. Ich will das an einigen Punkten deutlich machen.

In dem Papier geht es nicht um die Frage Kinderkrippe oder Familie. In diesem Papier heißt es ausdrücklich – bevor wir auf die Bildungsleistung der Kindertagesstätten eingehen –: Der erste Ort für Bildung und Erziehung ist und bleibt die Familie. – Das ist unser Grundansatz, und er wird in diesem Papier nicht relativiert.

(Beifall)

Der zweite Punkt ist, dass wir heute in einer Situation sind, in der es nicht um die Alternative Zweigliedrigkeit oder Dreigliedrigkeit geht. In Zeiten des demografischen Wandels diskutieren wir die Alternative linke Einheitsschule oder ein klar gegliedertes differenziertes Zweisäulenmodell.

Wir bekennen uns zu dem Zweisäulenmodell, weil zu unserem Markenkern der Erhalt eines eigenständigen gut akzentuierten Gymnasiums gehört. Das unterscheidet uns von SPD und Linken. Diesen Unterschied sollten wir uns auch auf dem heutigen Parteitag nicht selbst ausreden, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Der dritte Punkt ist: Wenn wir uns in dem Zweisäulenmodell bewegen, dann müssen wir auch anerkennen, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler massiv zurückgeht. Wenn wir auch in Zukunft sicherstellen wollen, dass diese Schülerinnen und Schüler einigermaßen wohnortnah ein qualitativ gutes Schulangebot haben, dann können wir nicht mehr über die Frage streiten, an welcher Tür welches Türschild hängt. Dann müssen wir aus Praktikabilitätsgründen sagen können: In einem Gebäude werden unterschiedliche Bildungsgänge zusammengefasst. Das erleben wir doch tagtäglich in unseren Ländern. Überall dort, wo wir in der Bildungspolitik der Länder

diesen Weg gehen – auch dort, wo die SPD diesen Weg geht –, sind es doch unsere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, unsere Bürgermeister und unsere Oberbürgermeister, die als erstes den Antrag auf eine solche Schule stellen, weil sie den Schulstandort für die Eltern erhalten wollen. Auch das gehört zur Realität; das müssen wir anerkennen.

Deswegen sage ich, liebe Freundinnen und Freunde: keine falschen Frontstellungen! Denn es geht nicht darum, ob wir die Hauptschule abschaffen, sondern darum, dass wir auch in einem System, in dem in einer Säule unterschiedliche Bildungsgänge differenziert unter einem Dach untergebracht sind, für diejenigen, die eine besondere Pädagogik brauchen – die Hauptschulpädagogik ist eine besondere Pädagogik –, diese Pädagogik aufrechterhalten.

Ich kann in unserem Beschluss an keiner Stelle irgendetwas entdecken, das besagt: Wir schaffen die Hauptschulpädagogik ab. Ganz im Gegenteil, wir sagen: Wir wollen differenzierte Angebote, und zwar für jeden Schüler so, wie er es braucht. Das sollten wir mit Selbstbewusstsein sagen, weil uns dies von Linken und von der SPD unterscheidet, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Gestatten Sie mir an dieser Stelle auch als Ministerpräsidentin und ehemalige Präsidentin der Kultusministerkonferenz eine Bemerkung zum Thema Bildungsföderalismus: Ja, es stimmt – und ich bekenne mich dazu –, dass einer der Markkerne – das Wort wird gerne in den Mund genommen – der Bundesländer die Kulturhoheit und damit auch die Bildungspolitik ist. Ich sage aber auch deutlich: Damit verbindet sich nicht nur das Recht zur Bildungspolitik, sondern damit sind auch Pflichten verbunden.

Jeder von uns hat es schon selbst erlebt: Die Eltern in diesem Land haben die Nase voll davon, dass sie größte Probleme haben, wenn sie von einem Bundesland in das andere umziehen. Deswegen gibt es nicht nur das Recht auf die eigene Bildungspolitik, sondern auch die Pflicht zu einer vernünftigen Zusammenarbeit der Bundesländer untereinander und zwischen den Bundesländern und dem Bund.

(Beifall)

Das erwarten die Menschen von uns. Das müssen wir als CDU als Antwort geben. Dafür streiten wir auf diesem Parteitag. Das unterscheidet uns qualitativ von SPD und Linken, und das können wir selbstbewusst nach außen vertreten.

(Beifall)

Jost de Jager, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Kramp-Karrenbauer. – Ich möchte mit Ihnen jetzt gerne die weitere Rednerliste besprechen. Auf der Rednerliste stehen Frau Bettina Dickes, Herr Sternberg, Herr Birkhahn, Herr Althusmann und zum Schluss Herr Wöller. Wenn es keine weiteren Wortmeldungen zur allgemeinen Aussprache gibt und Sie damit einverstanden wären, dass ich die Rednerliste damit schließe, würde ich so verfahren und die Rednerliste schließen.

(Beifall)

– Das war kein überschwänglicher Applaus, aber ausreichend. – Damit hat als Nächstes Frau Dickes das Wort.

Bettina Dickes: Liebe Parteifreunde! Ich möchte zunächst unserem Bundestagspräsidenten Lammert für seine klaren Worte zu seinem Bekenntnis für die Kultur danken. Aber die Struktur spielt natürlich auch eine Rolle. Insoweit hat das Bildungspapier der CDU, das wir heute verabschieden werden, eine klare Aussage, die wir als CDU Rheinland-Pfalz unterstützen.

Wir unterstützen das Bekenntnis zu einem gegliederten Schulwesen, das sich an den Bedürfnissen des einzelnen Kindes orientiert, statt den Einheitsmenschen in der Einheitschule voranzustellen.

(Beifall)

Dieses Bekenntnis zu einem gegliederten Schulsystem zeigt sich für uns auch ganz klar in einem Punkt, den wir heute noch nicht angesprochen haben: unser Bekenntnis zum Erhalt der Förderschulen und dazu, dass wir für jedes Kind mit Beeinträchtigungen den richtigen Lernort suchen möchten. Das kann sowohl die Integration in das allgemeine Schulwesen als auch der Besuch einer Förderschule sein. Auch dazu müssen wir als Union klar stehen.

(Beifall)

Wir setzen auch ein klares Zeichen, wenn wir uns überall dort, wo Hauptschulen nicht mehr existieren, für eine klare Zweigliedrigkeit einsetzen, um den Eltern eine klare Orientierung zu geben. Aber, liebe Parteifreunde, neben aller Struktur, die wir diskutieren, ist mir auch eines sehr wichtig. Von Leipzig darf nicht nur das Signal ausgehen: Die CDU schafft die Hauptschule ab.

Das andere Signal, das wir meines Erachtens mit unserem Papier setzen, macht mir ein wenig Bauchweh. Das Signal lautet: Der Staat erzieht grundsätzlich besser als die Familie. Das lese ich durchaus aus dem Papier, wenn es zum Beispiel heißt, dass es eine unserer größten Aufgaben ist, den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und schulischem Erfolg zu überwinden.

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, in den meisten Fällen ist es für unsere Kinder sehr gut, richtig und wichtig, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Elternhaus und ihrer Bildung gibt. Denn die meisten Eltern übernehmen diese Aufgabe sehr gut, und wir sollten sie dabei unterstützen!

(Beifall)

Das heißt aber auch, dass wir den Kindern helfen müssen, wo das Elternhaus nicht so gut funktioniert. Es kann aber nicht Unionspolitik sein, als Kernaussage festzustellen, dass wir nur die Defizite beheben müssen.

Daher plädieren wir als CDU Rheinland-Pfalz dafür, keine verpflichtenden Ganztagsschulen einzuführen. Denn Eltern sollen die Wahlfreiheit haben, zu entscheiden, welche Form des Lernens, welche Schulstruktur, aber auch welche Betreuungsform für ihr Kind die allerbeste ist. Deswegen setzen wir auf Wahlfreiheit und den bedarfsgerechten Ausbau freiwilliger Ganztagsschulen statt einer Verpflichtung.

Dazu gehört auch ein weiterer Punkt, nämlich die Frage des verpflichtenden letzten Kindergartenjahres. Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, Sie alle wissen um die Finanzen. Wir alle wollen beste Bildung für unsere Kinder. Die Frage ist aber, ob wir mit einer Verpflichtung und einem enormen Geldaufwand die beste Bildung für unsere Kinder erreichen oder ob wir nicht andere Möglichkeiten ausschöpfen sollten, Kinder bestmöglich zu fördern, wo Familien dies nicht optimal leisten können. Ich glaube nicht, dass allein das verpflichtende letzte Kindergartenjahr diese optimale Förderung verspricht.

Deswegen bitte ich Sie alle um Unterstützung, dem Antrag nicht zuzustimmen, was das verpflichtende letzte Kindergartenjahr betrifft, und auch die Anträge der CDU Rheinland-Pfalz zu unterstützen, in denen es um das Familienbild geht. Wir möchten das Signal aussenden, dass wir den Familien vertrauen und glauben, dass sie hervorragende Arbeit leisten und die Bildung ihrer Kinder bestmöglich in der Hand haben. – Vielen Dank.

(Beifall)

Jost de Jager, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Dickes. – Als Nächster hat das Wort der frisch gewählte Vorsitzende des RCDS, Frederik Ferreau.

Frederik Ferreau: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich finde es klasse, dass ein CDU-Bundesparteitag sich generell mit Bildung beschäftigt: von der frühkindlichen Bildung über die schulische Bildung und die berufsschulische Bildung bis hin zur Hochschulbildung. Das ist ein deutliches Signal für die Bildungsrepublik Deutschland. Das ist eine gute Sache.

(Vereinzelt Beifall)

Da von meinen Vorrednern schon sehr viel zu Schulstrukturen und zu frühkindlicher Bildung gesagt wurde, möchte ich – das liegt aufgrund meines Amtes vielleicht auch nahe – den Aspekt der Hochschule noch näher beleuchten.

Der Ministerpräsident von Niedersachsen, David McAllister, hat vollkommen zu Recht gesagt: Wir brauchen keine Überakademisierung, so wie es von linker Seite gern gefordert wird. Das ist vollkommen richtig. Deswegen ist berufliche Bildung auch mit Hochschulbildung gleichzusetzen.

Dazu gehört natürlich: Jeder Einzelne, der ein Studium aufnehmen will, soll dazu auch die Möglichkeit haben. Ich begrüße ausdrücklich, dass in diesem Papier steht:

Wir möchten jedem, der dazu von seinen Fähigkeiten her in der Lage ist,
ein Studium ermöglichen.

– Unabhängig davon, wo jemand herkommt, also unabhängig von seiner Herkunft, und auch unabhängig davon, ob die Hochschulreife über das Abitur oder über die berufliche Bildung oder die Fachhochschule erlangt wurde: Jeder, der studieren kann, der soll in diesem Land auch studieren können.

Dabei ist mir sehr wichtig – ich finde es auch gut, dass das in dem Papier so deutlich steht –, dass die Beratung vor der Aufnahme eines Studiums ausgebaut werden soll. Gutes Studium beginnt bereits vor dem Studium, beginnt in der Schule. Bereits dort müssen die Grundlagen für ein erfolgreiches Studium gelegt werden: durch eine gute Beratung bei der Aufnahme, bei der Frage des Ob einer Studienaufnahme und auch bei der Beratung dazu, welches Fach studiert wird. Zu einer guten Studieneingangsberatung gehört insbesondere die Frage der Studienfinanzierung. Lassen Sie mich dazu drei kurze Anmerkungen machen:

Erste Bemerkung. Die Grundlast der Studienfinanzierung trägt weiterhin das BAföG. Hier zeigt insbesondere die Tatsache, dass die Mehrzahl der BAföG-Berechtigten immer noch kein BAföG beantragt, dass Beratung vor der Aufnahme eines Studiums hier ganz dringend erforderlich ist.

Die zweite Bemerkung betrifft das Deutschlandstipendium. Natürlich hätten wir vom RCDS uns schon im ersten Jahr des Deutschlandstipendiums ein größeres finanzielles Volumen und dadurch natürlich auch mehr geförderte Studenten gewünscht, aber im Grundsatz ist das eine absolut richtige Sache. Lassen wir uns deshalb nicht von linker Seite einreden, dass das eine Elitenförderung ist, dass das Deutschlandstipendium schon jetzt gescheitert ist! Lassen Sie es uns weiter ausbauen! Lassen Sie uns vor allen Dingen die Hochschulen stellen, die sich dem Mitmachen beim Deutschlandstipendium bis jetzt verweigern! Lassen Sie uns auch fragen, warum sie das tun, ob nicht vielleicht sogar parteipolitische Erwägungen dahinterstehen, um das Deutschlandstipendium zu diskreditieren. Alle 6.000 bislang geförderten Studenten sind über diese Förderung heilfroh. Es ist ein ganz klares Signal von christdemokratischer Hochschulpolitik, dass Leistung in diesem Land belohnt wird.

(Teilweise Beifall)

Noch ein kurzes Wort zu Studienbeiträgen; auch das findet sich in dem Papier wieder. Auch das ist in unserer Partei sicherlich nicht ganz unumstritten. Nicht alle unionsgeführten Länder haben Studienbeiträge eingeführt. Ich finde es absolut richtig, dass in dem Papier steht: Studienbeiträge können ein Beitrag zu mehr Wettbewerb sein. Deswegen sollen auch die Hochschulen vor Ort entscheiden, ob sie Studienbeiträge einführen wollen oder nicht.

Das Hauptargument von linker Seite, Studienbeiträge würden vom Studium abhalten, ist gerade sehr eindrucksvoll widerlegt worden durch eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für

Sozialforschung, in der kein signifikanter negativer Effekt von Studienbeiträgen auf die Studierneigung festgestellt wurde. Das zeigt ganz klar: Hier sind von linker Seite sehr viel Ideologie, aber sehr wenig Tatsachen im Spiel. Lassen Sie uns das auch offensiv nach außen ins Land tragen!

(Vereinzelt Beifall)

Gestatten Sie mir zum Schluss noch eine ganz kurze Anmerkung zu einem Thema, das nicht originär Bildungspolitik ist, aber natürlich auch mit der Frage des Studiums zusammenhängt, und das ist die Situation beim studentischen Wohnraum in den Unistädten. Das ist ein Thema, das momentan hochkommt und das uns, glaube ich, in den nächsten Wochen und Monaten sehr beschäftigen wird.

Die Unistädte sind voll, voller Erstsemester. Es gab noch nie so viele Studienanfänger wie aktuell. Das hat natürlich Auswirkungen auf den studentischen Wohnraum. Er ist momentan gerade in den großen Unistädten sehr knapp. Lassen Sie uns deshalb – da möchte ich insbesondere die kommunalen Vertreter und auch die Ländervertreter unter Ihnen auffordern – gemeinsam, gern natürlich auch mit dem RCDS, überlegen, wie wir kluge Antworten geben können! Man muss auch bedenken, dass der aktuelle Peak bei den Studienzahlen auf Dauer nicht bleiben wird. In zehn, zwanzig Jahren werden Wohnkapazitäten, die wir jetzt aufbauen, vielleicht gar nicht mehr gebraucht. Da bedarf es cleverer und langfristiger Lösungen. Dazu möchten wir gern mit Ihnen zusammenarbeiten, um dieses wichtige Problem, das uns Studenten unter den Nägeln brennt, mit Ihnen gemeinsam zu lösen. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Ursula Heinen-Esser, Tagungspräsidium: Ganz herzlichen Dank. – Ich darf nun Thomas Sternberg ans Mikrofon bitten. Bereit hält sich bitte Astrid Birkhahn.

Thomas Sternberg: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich glaube, wir haben hier ein sehr gutes Papier zu beraten, ein Papier, das uns die Bundesministerin Annette Schavan vorgestellt hat. Wir in Nordrhein-Westfalen sind Föderalisten. Dafür sind wir bekannt. Wir wissen selbstverständlich, dass Kultur und Bildung Kernbestand der Länderselbstständigkeit sind. Aber es ist wichtig, glaube ich, dass wir hier bundespolitisch ein Signal setzen und zeigen, wo wir als Bundespartei bildungspolitisch stehen, so wie das in Grundsatprogrammen auch selbstverständlich ist.

Nur, wenn man das Bild des Bildungsföderalismus in Deutschland zeichnet, sollte man auch nicht überzeichnen. Wir haben durchaus übergreifende Entwicklungen. Wenn ich das richtig sehe, geht die Diskussion im Moment in allen Ländern in Richtung Zweigliedrigkeit, auch und gerade in den CDU-Ländern. Wir haben das Problem der Vergleichbarkeit weniger bei der Frage der Schulformen im Zusammenhang mit einem Umzug. Das Kernproblem sind die unterschiedlichen Standards, die gefordert werden, insbesondere in einem Schulsystem. Diese Standards – auch das steht im Antrag – sollen angeglichen werden.

Zum Kooperationsverbot. Man kann der Meinung sein: Wenn der Bund meint, er habe viel Geld, kann er im Bereich der Bundessozialgesetzgebung die Kommunen stärker entlasten, und dafür soll es beim Kooperationsverbot bleiben.

Die Grundlage für alles das, was wir hier besprechen, ist die demografische Entwicklung. Die demografische Entwicklung ist so, dass wir künftig jedes Kind brauchen werden, und zwar nicht nur aus unserer christlich-demokratischen Werteüberzeugung heraus, sondern wir brauchen jedes Kind aus Vernunftüberlegungen. Es darf niemand auf der Strecke bleiben. Schon jetzt kündigt sich ein Auszubildendenmangel an, und er wird immer stärker werden. Wenn wir jedes Kind und jede Bewerbung brauchen, dann brauchen wir auch die Gleichrangigkeit von Ausbildungsbefähigung und Studierbefähigung.

(Vereinzelt Beifall)

Genau diesen Unterschied haben wir in Nordrhein-Westfalen zum Thema gemacht. Wir haben uns in Nordrhein-Westfalen auf den Weg gemacht, über Schulformen zu reden. Ich bin davon überzeugt: Wer in unserem Land ein vielfältiges Schulsystem haben und behalten will, der muss sich auf den Weg machen, muss anpassen und verändern. Wir haben das in Nordrhein-Westfalen so gemacht, dass wir nach einer landespolitischen Positionierung im März im Sommer einen Konsens geschlossen haben, der als Gesetz vor drei Wochen verabschiedet wurde und auch eine Verfassungsänderung beinhaltet.

Bei dem Gesetz geht es nicht darum, dass wir eine Schulform abschaffen, sondern darum, in der neuen Sekundarschule einen Weg eröffnen, der eines deutlich macht: Die Hauptschülerinnen und Hauptschüler, um die wir uns in den fünf Jahren, in denen wir in Nordrhein-Westfalen regieren durften, besonders gekümmert haben, bleiben im Fokus. Für sie wird garantiert, dass weiter das passiert, was für sie an guter Förderungsarbeit gemacht worden ist. Das, was an Gutem für Hauptschüler passiert, muss gesichert sein, egal wie das Dach heißt, unter dem es stattfindet. Das war für uns die Ausgangslage.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen vor allen Dingen eine Verfassungsänderung gemacht, die ein vielfältiges Schulwesen verankert. Die Einheitsschule in Nordrhein-Westfalen ist unmöglich gemacht worden.

Meine Damen und Herren, die Grundlage für alles das, was wir jetzt weiter machen, ist die Frage der Qualität, und zwar der Qualität in jeder Hinsicht: der Qualität in den einzelnen Schulformen, der Qualität in der Vergleichbarkeit, der Qualität auch bei der Inklusion. Das große schulpolitische Thema, das auf uns zukommt, muss die Grundlage haben, dass die Qualität der sonderpädagogischen Förderung, die in Förderschulen zurzeit geleistet wird, auch bei der Inklusion nicht unterschritten wird.

Ich denke, wir haben ein gutes Papier vorliegen, das vor allen Dingen auch – Dank an die Antragskommission! – gut nachgebessert worden ist.

Zur kulturellen Bildung hat Norbert Lammert vorhin schon Wichtiges gesagt. Ganz wichtig ist für mich, dass auch der Bereich der Erwachsenenbildung jetzt drin ist. Es war schon etwas merkwürdig, dass die CDU ein Papier im Entwurf vorlegte, bei dem die Weiterbildung ausschließlich auf die berufliche Weiterbildung konzentriert wurde.

Selbstverständlich stehen wir für lebenslanges Lernen in jeder Hinsicht. Meine Damen und Herren, weil sich die CDU-Schulpolitik am Wohl jedes einzelnen Kindes orientiert, bleibt sie allen anderen ideologischen Ansätzen überlegen. – Schönen Dank.

(Teilweise Beifall)

Julia Klöckner, Tagungspräsidium: Besten Dank für Ihren Beitrag. – Ich darf jetzt Astrid Birkhahn an das Mikrofon bitten.

Astrid Birkhahn: Herr Tagungspräsident! Meine Herren! Meine Damen! Es ist gut und richtig, dass sich der Parteitag durch die Einbringung dieses Antrages einmal grundsätzlich mit Fragen der Bildung beschäftigt. Bildungspolitik ist ein Wettbewerbsfeld in den Ländern. Aber wir haben gemeinsame Wurzeln, eine gemeinsame Basis. Ich möchte zwei Dinge vorausstellen, um dann zur Sentenz meines Redebeitrags zu kommen.

Der erste Gedanke: Der Kompass, mit dem wir durch die Bildungslandschaft navigieren, ist das christliche Menschenbild. Jeder Mensch hat unterschiedliche Interessen, Begabungen, Fähigkeiten, und sie sind so vielfältig, dass wir auf niemanden verzichten können. Trotz dieser Vielfalt, trotz dieser Unterschiedlichkeit haben wir ein gleiches Maß an Würde. Diese These ist uns bekannt, und wir sollten sie immer wieder hervorheben. Aus diesem Verständnis heraus kann es von uns nicht gutgeheißen werden, dass man nur kognitive Fähigkeiten, die in akademische Bildung führen, bevorzugt. Deswegen ist eine Linie unserer Argumentation: Wir brauchen keine Überakademisierung. Der Mensch beginnt nicht mit dem Abitur, der Mensch wird nicht erst durch einen Hochschulabschluss wertig.

(Vereinzelt Beifall)

Der zweite Gedanke: Durch den demografischen Wandel sind wir sensibilisiert für die Frage, wie unsere arbeitsteilige Gesellschaft weiterhin erfolgreich arbeiten kann. Der Niedersächsische Ministerpräsident hat es in seiner Rede sehr deutlich hervorgehoben. Auch aus diesem Ansatz heraus ist es wichtig, dass wir berufliche Ausbildung als eine Chance für ein gelingendes Leben herausstellen.

Jetzt komme ich zum Schwerpunkt meines Redebeitrages. Mir geht es darum, dass wir die Bedeutung der beruflichen und der akademischen Bildung grundsätzlich deutlich herausstellen und dabei nicht nachlassen. Wir dürfen nicht auf dem Niveau von Sonntagsreden bleiben und sagen, das sei uns gleich wert, während wir im Hinterkopf möglicherweise doch die stärkere Betonung der akademischen Bildung haben.

Ich sage das deswegen mit diesem Nachdruck, weil es in unserem gut durchgearbeiteten Antrag steht; aufgrund der Fülle von Anträgen, die die Antragskommission durchsehen musste, ist manches in den Hintergrund gerückt. Im Detail ist der Grundsatz, dass uns berufliche und akademische Bildung gleich wichtig sind, noch nicht genügend verfolgt worden. Wenn wir zum Beispiel lesen, dass beim lebenslangen Lernen Kenntnisse und Kompetenzen im Vordergrund stehen, haben wir wieder zuerst den Blick auf die kognitiven Fähigkeiten, und wir lassen die praktischen Fähigkeiten und Fertigkeiten außen vor. Unser Kreisverband hat gebeten, Kenntnisse, Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kompetenzen in einem Bogen zu nennen. Wir werden in Demut mit der Entscheidung der Antragskommission zu leben wissen, aber ich möchte deutlich machen, was durch diese Streichung verloren geht.

Wenn berufliche und akademische Bildung gleichwertig sind, dann müssen wir uns im politischen Feld darum bemühen, dass die berufliche Bildung deutlicher betont wird. Diese kann nicht nur im schulischen Feld geleistet werden. Es geht darum, dass wir den gesamtgesellschaftlichen Ansatz sehen. Deswegen können nicht nur Schule und Bundesagentur den Übergang in das Berufsleben gestalten. Vielmehr brauchen wir die Akteure in den Betrieben ganz dringend. Diese müssen sagen: Wir müssen uns verstärkt um unseren Nachwuchs bemühen, wir müssen uns der Ausbildungsaufgabe verstärkt stellen, und wir sind bereit dazu.

Von daher: Seien Sie in Ihrem politischen Alltag bereit, zu sagen, dass berufliche und akademische Bildung uns gleich wichtig sind. Lassen Sie uns im Detail genau hinschauen und an dieser Aufgabe weiterarbeiten. – Ich danke Ihnen.

(Teilweise Beifall)

Jost de Jager, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Das Wort hat jetzt der Präsident der Kultusministerkonferenz, Bernd Althusmann.

(Teilweise Beifall)

Dr. Bernd Althusmann: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat, gemeinsam mit dem Kollegen Wöllner, der nach mir spricht, bin ich eines dieser letzten Exemplare. Im Lande Niedersachsen tragen wir seit 2003 Verantwortung. Ich als Kultusminister kann zumindest für mein Bundesland sagen, dass ich diese Verantwortung gerne wahrnehme. Ich möchte eines hinzufügen: Das Amt des Kultusministers ist zwar hier und da nicht immer ganz unumstritten, aber es bereitet ausgesprochen viel Freude; denn dort liegt wirklich Gestaltungskraft.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben es in Niedersachsen geschafft, die Abbrecherquote um 40 Prozent zu senken. Wir haben die Abiturientenquote erhöht. Wir haben die Zahl der Ganztagschulen verachtacht. Dort, wo die Union über Jahre die Verantwortung trägt, kann sie tatsächlich gestalten.

(Teilweise Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe in diesem Jahr die große Ehre, den Vorsitz der KMK übertragen bekommen zu haben. Ich kann fast zum Ende dieses einen Jahres sagen, dass ich ein sehr differenziertes Bild auf die Kultusministerkonferenz werfen konnte. Sie ist nicht die griechische Landschildkröte, als die sie immer bezeichnet wird, aber es gibt sehr wohl einige bildungspolitische Punkte, über die wir uns in Deutschland mit allen Ministern werden unterhalten müssen. Es gibt seit Bestehen der Kultusministerkonferenz keinen einzigen Bereich, zu dem wir nicht schon Beschlüsse gefällt hätten. Wir haben schon 1962 eine Strategie für leistungsschwache Jugendliche auf den Weg gebracht. Ich glaube, unser Grundproblem in der Kultusministerkonferenz sind in erster Linie nicht die Erkenntnisse der Probleme, sondern die Umsetzung der Lösungen und vor allen Dingen auch die Prüfung der Umsetzung in den Ländern. Daran gilt es zu arbeiten.

Ich möchte etwas zum Thema Kooperationsverbot sagen. Von mir als KMK-Präsident werden Sie auf dem CDU-Parteitag keine ganz neutrale Aussage dazu erwarten können. Ich will – auch im Gegensatz zu manchen Vorrednern – deutlich sagen: Der Begriff Kooperationsverbot ist in sich widersprüchlich.

(Vereinzelt Beifall)

Wir können den Eltern in Deutschland – 80 Prozent der Eltern hegen große Zweifel im Zusammenhang mit der Frage des Bildungsföderalismus – nicht mehr deutlich machen, warum wir uns eine Kooperation untereinander gegenseitig verbieten wollen, während die Realität eine andere ist. Wir kooperieren mit dem Bund auf einer Vielzahl von Feldern, im Bereich der Kindertagesstätten und in anderen. Wir müssen den richtigen Weg, die richtige Ausgestaltung der Kooperation finden. Es geht um die Frage eines Staatsvertrages zwischen den Ländern, in dem wir dezidiert festlegen, wo wir mit dem Bund kooperieren wollen und wo wir dies auch können.

(Vereinzelt Beifall)

Schwierig sind Anträgen zum Parteitag, die die Forderung enthalten, Ganztagschulen verpflichtend einzuführen. Am Ende wurde eine Kompromissformulierung gefunden. Wir sollten nicht grundsätzlich fordern, dass Ganztagschulen bundesweit verpflichtend eingeführt werden. Das sage ich deutlich. Ich habe in der letzten Woche den Ganztagschulkongress in Berlin eröffnet. 2 Millionen Schülerinnen und Schüler und damit mehr als doppelt so viele wie noch 2004 gehen heute in eine Ganztagschule. Dennoch wären die Länder bei der Finanzierung von Ganztagschulen erheblich überfordert. Wer mit uns Ländern über die Verpflichtung zu Ganztagschulen sprechen will, kann das gerne tun. Wir setzen uns gerne mit dem Bund zusammen. Über die Frage der Finanzierung werden wir uns wohl unterhalten müssen. Denn ohne die Fragen der Finanzierung zu lösen, können wir ein verpflichtendes Ganztagschulangebot in den Ländern nur beschränkt einführen, auch wenn das Ziel bildungspolitisch richtig ist.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, welche Herausforderungen sind in den nächsten Jahren bildungspolitisch zu bewältigen?

Ich glaube, man muss schon die Frage stellen, ob die 102 Milliarden Euro, die wir für die Bildung in Deutschland ausgeben, an der richtigen Stelle eingesetzt werden. Ich wage das zu bezweifeln, auch nach der Diskussion über die Richtigkeit der Investitionen im tertiären Bereich in den letzten Jahren. Dazu zählen Wissenschaftspakete und Hochschulpakt. Diese sind zwar richtig, aber es stellt sich die Frage, ob es uns in ausreichendem Maße gelingt, bildungspolitische Probleme in den frühen Jahren der Kindheit in den Griff zu bekommen. Bei der frühkindlichen Bildung müssen wir aus meiner Sicht in den nächsten Jahren mehr und zielgerichteter investieren, um nicht immer wieder im Nachgang die Probleme in der Schule beheben zu müssen. Wir müssen also früher mit der Sprachförderung und mit dem Unterricht anfangen, wir müssen besser werden bei der Verzahnung von Kita und Grundschule. Das sind die richtigen Weichenstellungen, um bildungspolitische Erfolge langfristig in Deutschland zu erzielen.

(Beifall)

Zum demografischen Wandel: Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass zwischen den Bundesländern Gliederungs- und Strukturdebatten wieder ausbrechen. Ich kann aufgrund meiner Erfahrung im Bildungsbereich letztendlich für mich feststellen: Gute Schule gelingt völlig unabhängig von der Struktur. Ich will deutlich sagen, dass in den süddeutschen Bundesländern die Erfolge in den letzten Jahren deshalb so hoch waren, weil sie über Jahrzehnte im Prinzip eine stabile und kontinuierliche Bildungslandschaft hatten. Dort gab es keine Experimente, und das war gut so. Es ist schade, dass in Baden-Württemberg jetzt eine andere Mehrheit gegeben ist. Aber wir werden uns alle anstrengen, die Zahl der CDU-Kultusminister wieder zu erhöhen.

(Vereinzelt Beifall)

Die Frage ist doch letztendlich – und zwar unabhängig von der Struktur –, ob wir die richtigen Rahmenbedingungen und die richtigen Bedingungen für das Gelingen von guter Schule organisieren, ob es uns gelingt, die Eltern entsprechend mit einzubinden, ob wir es schaffen, in unserer Gesellschaft auch wirklich wieder darauf Wert zu legen, dass Eltern ihren Bildungsauftrag erfüllen, indem sie zu Hause Bildungsanreize geben. Die Eltern sind die entscheidenden Faktoren für gute Bildung in Deutschland. Wir sollten nicht dem Glauben anheimfallen, dass die Schule letztendlich alle Probleme der Bildungsrepublik Deutschland lösen kann. Das wird nicht funktionieren.

(Vereinzelt Beifall)

Darüber hinaus finde ich es ganz wunderbar, dass wir über ein länderübergreifendes Abitur diskutieren. Sieben bis acht Bundesländer wollen dies auf den Weg bringen. Aber eines ist auch

klar – das hängt mit dem Thema Oberschule zusammen –: In 16 Bundesländern gibt es mindestens 14 verschiedene Bezeichnungen für ein und dieselbe Schulform, nämlich für eine Schule mit mehreren Bildungsgängen und Bildungsabschlüssen: die Werkrealschule in Baden-Württemberg, die Realschule plus in Rheinland-Pfalz, die Stadtteilschule, die Regionalschule, die Mittelschule, die Oberschule, die Mittelstufenschule und die Mittelschule in Bayern als Nachfolgemodell der Hauptschule.

Meine Damen und Herren, so sehr wir für den Bildungsföderalismus werben – ich glaube, es ist die richtige Antwort zur richtigen Zeit –, so sehr bin ich davon überzeugt, dass wir in dieser Frage dringend eine Angleichung unter den Ländern brauchen. Es geht über die Bezeichnung Oberschule bis hin zu den Inhalten: Wann beginnt das Fach Geschichte, wann beginnt das Fach Französisch und wann beginnen die naturwissenschaftlichen Fächer? Erst wenn wir im Sekundar-I-Bereich eine Annäherung zwischen den Bundesländern haben und das Ganze auch noch Oberschule nennen, wird auch der Bildungsföderalismus von den Eltern und den Schülerinnen und Schülern in Deutschland akzeptiert werden.

(Beifall)

Zu guter Letzt will ich noch Folgendes sagen: Es bleibt in Wahrheit nicht mehr viel Zeit. Wir haben ein Zeitfenster von vielleicht fünf, manche sagen von zehn Jahren. Um eine bildungspolitische Herausforderung aufzugreifen, nenne ich die Zahl von 30 Prozent Kindern mit Migrationshintergrund in unserer Gesellschaft. Allein in der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover beträgt die Zahl der unter Sechsjährigen inzwischen 52 Prozent. Daher werden wir uns in der Frage der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, in der Frage der Inklusion, also der gemeinsamen Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderung, in der Frage der Ausbildungsfähigkeit von Kindern und in der Frage der frühkindlichen Bildung in den nächsten Jahren noch erheblich anstrengen müssen. Das Beschließen eines Antrages hier auf dem Bundesparteitag in Leipzig ist das eine. Das realistische Umsetzen vor Ort mit finanzieller Unterlegung ist das andere.

Unsere Maxime sollte sein, dass alle Kinder unabhängig von der Begabung – es gehen 40 Prozent in Deutschland auf das Gymnasium, das niemand antasten will; aber es gehen 60 Prozent auf Schulen anderer Formen – eine echte Chance auf Bildung erhalten. Eines kann ich aus den Erfahrungen im Zusammenhang mit der Einführung der Oberschule in Niedersachsen sagen: Was ich dort an Widerstand entweder vom Philologenverband oder von der GEW erlebt habe, macht mir klar: Die CDU Deutschlands und die CDU in Niedersachsen dürfen nie den Fehler begehen, Bildungspolitik für die Partikularinteressen einzelner Verbandsfunktionäre zu machen. Unser Augenmerk gilt den Kindern. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Jost de Jager, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Althusmann. – Als letzter Redner in der allgemeinen Aussprache hat jetzt der Co-Vorsitzende der Kommission, Roland Wölller, das Wort.

Prof. Dr. Roland Wölller: Herr Tagungspräsident, lieber Jost! Liebe Freundinnen und Freunde! Wir haben gestern über die Zukunft Europas gesprochen. Die Zukunft Europas wird nicht nur durch Wirtschaft und an den Finanzmärkten bestimmt. Sie hat auch viel mit den Chancen der jungen Generation und mit der Bildung zu tun. Jean Monnet, der Europa mit aufgebaut hat, hat gesagt: Wenn ich noch einmal die Chance hätte, Europa zu bauen und die Integration Europas voranzubringen, dann würde ich das mit der Kultur tun.

Wir haben gehört: Kultur hat viel mit Bildung, und Bildung hat viel mit Kultur zu tun. Deswegen wird die Zukunft unseres Landes nicht nur in den Forschungslabors, nicht nur in den Fabrikhallen und an den Werkbänken bestimmt, sondern sie wird auch im Klassenzimmer entschieden. Seit dem PISA-Schock im Jahre 2000 hat sich auch in der Bildungsrepublik viel getan. Alle Länder haben deutliche Fortschritte gemacht. Aber wir müssen festhalten, dass dort, wo die Union teilweise eine jahrzehntelange Verantwortung für Bildungspolitik gehabt hat, wesentlich bessere Ergebnisse in der Bildung erzielt worden sind – jedes einzelne Kind in diesen Ländern hat wesentlich bessere Chancen – als dort, wo Rot-Grün die Verantwortung getragen hat. Das dürfen wir den anderen nicht durchgehen lassen.

(Vereinzelt Beifall)

Was sind die Herausforderungen der nächsten zehn Jahre, die wir mit dem Leitantrag abstecken wollen? Neben der Internationalisierung bei den Abschlüssen im Schulbereich und an den Universitäten ist es die Frage der Migration und vor allem die Herausforderung im Zusammenhang mit der Demografie. Wenn wir über Demografie reden, dann reden wir nicht über ein Ereignis, welches wie das Wetter in der Zukunft über uns hereinbrechen wird. Wir reden vielmehr über die Gegenwart und teilweise, was die neuen Bundesländer betrifft, über eine 20-jährige Vergangenheit. Die Schülerzahlen sind gerade in Sachsen um die Hälfte zurückgegangen. Wir haben sozusagen nur noch eine halbierte Generation mit allen Auswirkungen auf Fachkräftenachwuchs und Schulstruktur. Diese Anpassungsleistung ist im Wesentlichen erbracht worden.

Liebe Freundinnen und Freunde, wenn sich der Kontext ändert, dann brauchen wir für diese Herausforderung einen klaren Kompass. Diesen klaren Kompass haben wir in der Bildungspolitik. Er bedeutet Qualität und Leistungsorientierung. Er bedeutet aber auch Chancengerechtigkeit. Unsere Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft ist, jeden Einzelnen mitzunehmen. Die Anzahl derjenigen, die in Deutschland keinen Schulabschluss haben, ist immer noch zu hoch. Diesen Missstand wollen wir abbauen; denn Bildungschancen sind Lebenschancen. Nur mit einem Schulabschluss bekommt man eine Lehrstelle und kann erfolgreich und freiheitlich am Leben teilnehmen. Das ist gleichermaßen die Aufgabe. Nicht nur die Qualität

zählt, sondern auch die Chancengerechtigkeit mit Blick auf diejenigen, die aus Elternhäusern kommen, in denen die Betreuung nicht so gut ist wie in anderen Elternhäusern. Dieses Signal wollen wir heute von Leipzig aus senden.

(Vereinzelt Beifall)

Es wurde schon gesagt: Bei den Debatten, die draußen im Land von Gewerkschaften und Interessengruppen geführt werden, gewinnt man manchmal den Eindruck, dass es gar nicht wirklich um das geht, um das es gehen sollte. Schule ist eine Veranstaltung, die in allererster Linie für die Schüler und nicht für andere Interessengruppen da ist. Deswegen stehen bei uns die Schülerinnen und Schüler und deren Zukunft im Mittelpunkt unseres Programms. Um diese haben wir uns zu bemühen. Jedem die beste Bildung – das muss unser Kompass sein, dafür treten wir als CDU auch ein.

(Beifall)

Was ist überhaupt eine gute Schule? Gute Schule ist guter Unterricht. Die Hauptpersonen bei einem guten Unterricht sind die Lehrerinnen und Lehrer. Genauso wenig wie ohne Schüler keine Schule stattfinden kann, kann man ohne gute Lehrerinnen und Lehrer keinen Staat machen. Gut qualifizierte, hervorragend pädagogisch ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer nicht nur in den Klassenzimmern, sondern auch bei der Lehrerausbildung sind der wesentliche Erfolgsfaktor für eine gute Schule. Deswegen müssen wir hier deutlich den Schwerpunkt setzen, um weiter in der Bildungsrepublik voranzukommen.

Stellvertretend für die Entwicklung des Lehrerberufs, für das Ansehen dieses Berufs steht die große alte, nun nicht mehr Volkspartei, die SPD. August Bebel hat die Lehrerinnen und Lehrer aufgerufen, in die SPD einzutreten. Manchmal hat man den Eindruck, von diesem Schlag hat sie sich bis zum heutigen Tage noch nicht erholt.

(Vereinzelt Beifall)

Aber im Ernst: Der Lehrerberuf ist zusammen mit dem Beruf der Erzieherinnen und Erzieher einer der wichtigsten Berufe für die Zukunft unseres Landes. Wenn wir wollen, dass unsere Kinder bestens ausgebildet werden, dann müssen wir diesen Beruf respektieren, dann müssen wir ihn wertschätzen. Dazu braucht er auch die politische Rückendeckung, damit Schule auch in Zukunft erfolgreich sein kann.

(Beifall)

Deswegen, liebe Freunde, haben wir eine Lehrerezellenzinitiative vorgeschlagen. Wir brauchen die Exzellenz nicht nur in der Forschung, wir brauchen die Exzellenz nicht nur in der Hochschullandschaft, sondern wir brauchen sie auch in der Lehrerausbildung. Sie muss nicht nur fachwissenschaftlich, sondern auch pädagogisch anspruchsvoll sein. Die Lehramtsstudenten sind nicht

das fünfte Rad am Wagen, und sie sind auch keine Akademiker zweiter Klasse. Hier wollen wir den Schwerpunkt setzen. Deshalb heißt es: Rückendeckung vonseiten der CDU für unsere Lehrerinnen und Lehrer, klarer Schwerpunkt auf die Lehrerausbildung in unserem Land. Das wird die Bildungsrepublik Deutschland entscheidend voranbringen.

(Beifall)

Jetzt zur Schulstruktur. Ich stimme David McAllister ausdrücklich zu, der gesagt hat: Seit 20, 30 Jahren diskutieren wir über Strukturen; das sind Diskussionen von gestern und vorgestern. Denn wir wissen, der Einfluss von Strukturen und Ideologien auf die Schule ist wesentlich geringer, wenn nicht sogar schädlich, als der Einfluss von Eltern. Darüber ist kaum geredet worden. Ohne Eltern geht es nicht, ohne die familiäre Verantwortung zuvörderst kann gute Schule nicht funktionieren. Unsere Schulen sind kein Reparaturbetrieb der Gesellschaft. Wir brauchen die Eltern als selbstverständlichen und kritischen Bestandteil von Schule. Auch das steht im Leitantrag. Deswegen, liebe Eltern: Mitarbeiten an der Schule ist der beste Beitrag für eine gute Zukunft der eigenen Kinder.

(Beifall)

Jetzt schaue ich in den Süden der Republik, zu den PISA-Siegern, Bayern, Baden-Württemberg und Thüringen. Ich glaube, wir haben uns an einer falschen Stelle verrannt. Es geht nicht um die Abschaffung der Hauptschule. Wir brauchen den Hauptschulabschluss, den Hauptschulgang und die Hauptschulpädagogik. Auch in Sachsen und Thüringen gibt es seit 1990 den Hauptschulabschluss, und diesen wird es auch weiterhin geben, weil wir junge Leute für eine Facharbeiterausbildung qualifizieren wollen. Das ist gerade mit Blick auf die demografische Entwicklung wichtig. Es bleibt also beim Hauptschulabschluss, er stand auch nie infrage. Alles andere, was in der Öffentlichkeit diskutiert worden ist, ist dummes Zeug.

(Beifall)

Aber wir müssen uns angesichts der demografischen Entwicklung und eines Schülerrückgangs von 30 Prozent – in ländlichen Regionen sogar teilweise mehr – anders organisieren. Die Antwort lautet: Wir brauchen neben dem Gymnasium noch eine weiterführende Schulart; ob man sie Mittel- oder Oberschule nennt, ist nicht so wichtig wie der Inhalt. Wir wollen unter diesem gemeinsamen Dach den Hauptschul- und den Realschulabschluss organisieren. Es geht um Durchlässigkeit, und es geht um Anschlussfähigkeit. Es geht jedoch nicht um Ideologien und Strukturen. Das ist die Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft. Wir brauchen eine demografiefeste und wohnortnahe Schulform, die ebenso qualitativ hochwertig ist wie die Realschule und die Hauptschule.

Ein letztes Wort zum differenzierten Schulsystem. Diese neue Schulform ist das Gegenteil von Einheitsschule. Unser christliches Menschenbild geht davon aus, dass jeder Mensch Talente hat.

Jeder Mensch hat Stärken, Fähigkeiten und Fertigkeiten. Deswegen ist die richtige Antwort ein differenziertes Schulsystem, um jedem nach seinen Möglichkeiten individuelle Förderung zu eröffnen. Wir wollen die richtige Schule für jeden, aber nicht die Einheitsschule für alle. Deswegen lehnen wir ideologische Einheitsschulen kategorisch ab. Auch dieses Signal geht von Sachsen aus.

(Beifall)

Lassen Sie mich, nachdem ich auf frühkindliche Bildung und Erziehung eingegangen bin, noch etwas zum Bildungsföderalismus sagen. Das ist das tägliche Brot in der Kultusministerkonferenz und auch der Eltern, die das Bundesland wechseln. Es gibt in Deutschland 96 verschiedene Schulformen, das ist eindeutig zu viel. Ich habe den Eindruck, nach jeder Landtagswahl werden es mehr. Niemand, auch nicht die Kultusminister, hat den Durchblick. Jedes Mal dann, wenn ich in ein anderes Bundesland fahre, muss ich mich zunächst informieren, wie der neueste Sachstand ist.

Ich sage trotzdem ja zum Bildungsföderalismus. Der Föderalismus ist kein Selbstzweck, er dient einem Zweck, nämlich dem besten Wettbewerb. Wo stünden wir, wenn wir eine zentrale Bildungspolitik aus Berlin hätten? Sachsen und Thüringen wären längst nicht so weit an der Spitze, auch Bayern und Baden-Württemberg nicht. Deshalb brauchen wir keinen bildungspolitischen Zentralismus, sondern Föderalismus. Wir müssen uns aber anstrengen, zu Gemeinsamkeiten und zur Vergleichbarkeit zu kommen. Deswegen haben die unionsgeführten Länder die Initiative „Ländergemeinsames Abitur“ – darin wollen wir nicht nur Standards, sondern gemeinsame Abschlussprüfungen – aufgelegt. Das sind wir dieser Republik schuldig. Wir brauchen Vergleichbarkeit, Mobilität, Transparenz und Qualität. Daran müssen sich auch die Bundesländer halten.

(Beifall)

Wir wollen Qualität. Wir wollen die Bildungsrepublik Deutschland voranbringen. Deswegen sind wir gegen ideologische Feldversuche. Unsere Schulkinder sind keine Versuchskaninchen. Ideologen von links und rechts haben sich lange genug daran abgearbeitet. Wir wollen Qualität und Differenzierung. Wir wollen das Beste für unsere Kinder. Wir wollen jeden mitnehmen. Deswegen lassen Sie uns gemeinsam an der Bildungsrepublik Deutschland bauen. Die CDU ist die einzige Kraft, die hierauf die richtigen Antworten hat. Lassen Sie uns kraftvoll dieses Signal von Leipzig aussenden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Jost de Jager, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Roland Wöllner. – Damit schließen wir die allgemeine Aussprache. Ich darf mich für die rege Teilnahme bedanken.

Wir kommen jetzt zur Beratung des Antrags. Dazu möchte ich gerne vortragen, wie wir verfahren wollen. Wir werden die Ziffern und Zifferngruppen aufrufen. Wenn es keine Wortmeldung zu den Ziffern oder Zifferngruppen gibt, dann würden wir pauschal über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wenn es eine Wortmeldung gibt, dann wird diese selbstverständlich aufgerufen. Dann werden die Anträge, zu denen es Wortmeldungen gibt, noch einmal gesondert aufgerufen, und es wird darüber abgestimmt. Der Rest der Ziffern oder Zifferngruppen wird dann pauschal gemäß dem Votum der Antragskommission abgestimmt. Gibt es Einverständnis dazu, dass wir so verfahren? – Es gibt zumindest keinen Widerspruch.

Dann werde ich die einzelnen Anträge und auch die Empfehlungen der Antragskommission nicht gesondert vortragen. Das ist bei 1.600 Anträgen auch gar nicht möglich. Insofern machen wir das in pauschalierter Form. Die Initiativanträge werden nach den Ziffern noch einmal gesondert aufgerufen und dann auch gemäß dem Votum der Antragskommission abgestimmt.

Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Auch das ist nicht der Fall. Ich bitte darum, dass, wenn es Wortmeldungen zu einzelnen Anträgen gibt, diese möglichst frühzeitig an den Wortmeldetischen bekanntgegeben werden, damit wir uns hier im Tagungspräsidium darauf einstellen können.

Ich komme damit zur Ziffer 1. Sie umfasst die Anträge A 1 bis A 22 auf den Seiten 3 bis 8. Dazu gibt es Wortmeldungen. Ich darf zunächst die Wortmeldung von Thomas Rachel, dem Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises, aufrufen.

Thomas Rachel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf auf ein Anliegen des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU aufmerksam machen. Beim Wort „Bildung“ geht es natürlich auch um den christlichen Bildungsbegriff. Hier geht es nicht um das Bildungsprogramm von irgendeiner Partei in Deutschland, sondern es geht um das Bildungsprogramm der Christlich Demokratischen Union. Das christliche Menschenbild hat auch eine entscheidende Bedeutung für die Bildung und für die Frage, welche Rolle Bildung in dieser Gesellschaft eigentlich spielen soll. Deswegen beantragen wir, in Antrag A 3 folgenden Satz einzufügen – ich darf zitieren –:

Ziel der Bildung ist es auch und gerade, die Verantwortung vor Gott und den Menschen zur Gestaltung dieser Welt zu vermitteln.

(Teilweise Beifall)

Das ist das Anliegen, das wir deutlich machen wollen. Warum wollen wir dieses Bildungspapier überhaupt haben? Welche Rolle hat der einzelne Mensch? Welche Rolle spielt die Bildung für den Einzelnen? Er soll verantwortlich vor Gott und zur Gestaltung dieser Welt agieren. Es kann doch nicht sein, dass wir die Bezugnahme auf die Präambel des Grundgesetzes ablehnen. Im Gegenteil, es muss so sein, dass sich die CDU ausdrücklich zur Präambel und zum Gottesbezug

des Grundgesetzes auch in der Bildung bekennt. Dies sollten wir mit dem Antrag A 3 machen. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Jost de Jager, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Thomas Rachel. – Der Vorsitzende der Antragskommission signalisiert Zustimmung. Das heißt, die Antragskommission würde den Änderungsantrag übernehmen. Ich darf fragen, ob die beiden weiteren Wortmeldungen von Herrn Feist und Herrn Rathjen dazu aufrechterhalten werden. – Von Herrn Rathjen ja. Herr Feist hat signalisiert, dass er nicht mehr reden möchte. Herr Rathjen hat dann das Wort.

Albert Rathjen: Ich will nur ganz kurz etwas dazu sagen. Vorbereitet hatte ich mich eigentlich auf das Votum der Antragskommission, aber darauf muss ich jetzt nicht mehr eingehen. Ich möchte mich bedanken, dass dieser Satz so schnell aufgenommen und Teil der Präambel werden konnte. Damit signalisieren wir sehr deutlich, dass wir das C zu Recht im Namen tragen, dass das C bei uns auch in der Bildung in Zukunft eine Rolle spielt, gerade mit Blick auf unsere Stammwähler und Sympathisanten. In den ländlichen Gebieten, die sehr stark christlich orientiert sind, und sicherlich auch in städtischen Gebieten ist das von großer Bedeutung. Ich bedanke mich dafür, dass das so schnell und unkompliziert gegangen ist. – Danke.

(Teilweise Beifall)

Jost de Jager, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Damit ist der Änderungsantrag erledigt, weil übernommen. – Jetzt gibt es zu Ziffer 1 noch eine Wortmeldung von Herrn Peter Beuth.

Peter Beuth: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der allgemeinen Debatte hat unser Fraktionsvorsitzender, Christean Wagner, bereits darauf hingewiesen: Es gibt einen Antrag A 7, den wir gerne in das Papier mit aufnehmen wollen. Wir haben gestern von unserer Parteivorsitzenden – zu Recht, wie ich finde – und heute von den Kultusministern, nicht zuletzt eben von Professor Wöller, gehört, dass wir einen klaren Kompass brauchen. Das ist richtig. Wir haben auch einen solchen Kompass: Seit 2007 haben wir unser Grundsatzprogramm. Was könnte es also Besseres geben, als die Passage zur Bildungspolitik im Grundsatzprogramm mit in unser bildungspolitisches Papier aufzunehmen? Das haben wir im Antrag A 7 beantragt. Leider ist bei der Übertragung in die Antragsunterlagen ein kleiner Fehler unterlaufen. Deswegen muss ich Ihnen das hier vortragen. Im Antrag A 7 stand ein Satz, der nicht mehr aufrechterhalten wurde. In diesem Satz ging es darum, dass die Zuständigkeit für die Gesetzgebung der Bildungspolitik bei den Ländern liegen soll. Ich bitte ausdrücklich, diesen Satz zu streichen. Er steht nicht mehr zur Abstimmung. Aber darunter steht das Zitat aus dem Grundsatzprogramm:

Das vielfältige gegliederte Schulwesen hat sich bewährt und erfolgreich weiterentwickelt. Das Konzept der Einheitsschule lehnen wir ab.

Das ist der Kompass, den wir in unserem Grundsatzprogramm beschrieben haben. Es ist also kein neuer Ansatz für eine Strukturdebatte, sondern es ist das, was wir in unserem Grundsatzprogramm als grundsätzlich für die Bildungspolitik in unserem Land festgeschrieben haben. Deswegen bitte ich Sie ganz herzlich, an dieser einen Stelle noch einmal deutlich zu machen, dass, wie Professor Wöller gerade selbst erklärt hat, alle Bildungsgänge – Hauptschule, Realschule, Gymnasium – in unseren bildungspolitischen Vorstellungen wichtig sind. Das ist nichts anderes als das gegliederte Schulwesen.

Wir sind damit einverstanden, dass wir in unserem Papier ansonsten von einem differenzierten Schulwesen sprechen. Aber dieser eine Satz, dieses Zitat aus dem Grundsatzprogramm, würde es uns ermöglichen, nach außen deutlich zu machen, dass das, was wir unter Differenzierung verstehen, etwas anderes ist, als zumindest in unserem Land, in Hessen, Sozialdemokraten, Grüne und Linke mit Binnendifferenzierung in integrierten Gesamtschulen verbinden. Deswegen bitte ich Sie sehr herzlich, dass wir an dieser einen Stelle unser Grundsatzprogramm zitieren und das gegliederte Schulwesen wenigstens einmal an prominenter Stelle erwähnen. Ich bedanke mich, wenn Sie dem zustimmen wollen. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Jost de Jager, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission spricht Frau Bundesministerin Schavan.

Prof. Dr. Annette Schavan, Antragskommission: Liebe Freunde! Ich finde, wir haben in dem Papier eine Sprache gefunden, hinter die sich 15 Landesverbände stellen können. Das ist die eigentliche Kunst gewesen. Denn wir sind keine zentralistische Partei, sondern wissen: Von Schleswig-Holstein bis Baden-Württemberg sind unterschiedliche Entwicklungen auf den Weg gebracht worden, die aber ein gemeinsames Ziel haben. Dieses Ziel – das war der Vorschlag des Landesverbandes Baden-Württemberg in der Antragskommission – ist das differenzierte Bildungssystem. Deshalb sollte unsere erste Aussage nicht sein: Alles, was war, hat sich bewährt. Unsere Aussage ist vielmehr: Auf der Grundlage bewährter Prinzipien wagen wir Neues und haben wir Neues auf den Weg gebracht. – Deshalb werbe ich dafür, dass wir bei der Formulierung „differenziertes Bildungssystem“ bleiben.

(Teilweise Beifall)

Jost de Jager, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Gibt es weitere Wortmeldungen zu dem Antrag A 7? – Das ist nicht der Fall. Dann treten wir in die Abstimmung ein. Wer bei dem Antrag A 7 für das Votum der Antragskommission stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Das Erste war die Mehrheit. Damit bleibt es bei dem Votum der Antragskommission.

Weil es keine weiteren Wortmeldungen zur Ziffer 1 gibt, möchte ich jetzt über die Ziffer 1 in der Fassung der Antragskommission insgesamt abstimmen lassen. Wer dem zustimmen möchte,

den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mit einer sehr großen Mehrheit angenommen.

Damit kommen wir zu den Ziffern 2 bis 10. Es bleibt dabei, dass es keine Wortmeldung dazu gibt? – Dem ist so. Dann können wir jetzt en bloc über die Ziffern 2 bis 10 abstimmen. Wer den Ziffern 2 bis 10 in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Damit kommen wir zu der Ziffer 11. Dazu gibt es eine Wortmeldung von Herrn Hubert Hüppe.

Hubert Hüppe: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! In den allgemeinen Debatten ist häufig über das Thema Inklusion gesprochen worden. Ich möchte als Beauftragter für die Belange behinderter Menschen noch einmal auf dieses Thema eingehen, weil ich glaube, dass es ein sehr wichtiges Thema ist, vor allem für die betroffenen Eltern und Kinder.

Ich glaube, dass das, was in unserem Grundsatzprogramm steht, gelten soll: Es gilt, den selbstverständlichen Umgang zwischen Behinderten und Nichtbehinderten mit ihren Stärken und Schwächen von Klein auf zu lernen. Dies gelingt am besten durch gemeinsame Erziehung und Bildung in frühkindlichen Einrichtungen und Schulen. Das heißt aber auch, dass wir mehr dafür tun müssen, dass Kinder mit Behinderung eine Chance haben, in die Regelschule zu kommen. Das größte Problem von Menschen mit Behinderung ist, dass Menschen ohne Behinderung nie gelernt haben, mit Menschen mit Behinderung umzugehen. Dieses Problem führt dazu, dass man, wenn man einmal einen Sonderweg gegangen ist, von diesem Sonderweg kaum mehr herunterkommt.

Es liegen mehrere Anträge vor, in denen darauf hingewiesen wird, dass wir finanziell hervorragend ausgestattete Förderschulen in großen Gebäuden haben. Das ist richtig. Aber die entscheidende Frage lautet: Sind sie wirklich so effektiv wie dargelegt? Woran bemisst sich das? Ich will eine Zahl nennen, die ich erschreckend fand. Ich habe gerade den Landschaftsverband Westfalen-Lippe besucht. Dort wurde mir mitgeteilt, dass es in den letzten 14 Jahren bei den Sonderschülern einen Zuwachs von über 50 Prozent gab, und das bei abnehmenden Schülerzahlen insgesamt. Das ist keine gute Entwicklung; das muss man an dieser Stelle festhalten.

Es sind keine linken Eltern von Kindern mit Behinderung, die möchten, dass ihre Kinder auf die Regelschule kommen. Es sind auch keine Systemveränderer oder Ideologen, die das wollen. Es ist auch nicht so, dass es sich überwiegend um Eltern handelt, die sich nicht damit abfinden können, dass ihr Kind behindert ist. Vielmehr handelt es sich um Eltern, die wollen, dass ihre Kinder mit den Kindern, mit denen sie im frühkindlichen Alter gespielt haben und die sie aus der Nachbarschaft kennen, zur Schule gehen und dass die unterschiedlichen Talente gefördert werden.

Klar ist: Inklusion funktioniert. Ich gebe zu: Zuerst war ich skeptisch. Aber ich habe Schulen in Schleswig-Holstein, in Niedersachsen und in Stuttgart besucht und habe sie mir längere Zeit angeschaut. Auf der Torwiesenschule in Stuttgart werden schwerstbehinderte Kinder, die nur über die Augen kommunizieren können, mit nichtbehinderten Kindern zusammen unterrichtet. Ich habe sowohl mit Eltern behinderter Kinder als auch mit Eltern nichtbehinderter Kinder gesprochen. Beide Gruppen haben gesagt: Es ist gut für unsere Kinder. Es hat weder den Kindern ohne Behinderung noch den Kindern mit Behinderung geschadet. – Ich habe mit den Pädagogen gesprochen, sowohl mit den Regelpädagogen als auch mit den Sonderpädagogen. Beide haben gesagt: Ja, wir hatten zuerst Angst. Wir wussten nicht, was passiert. Aber als wir es gemacht haben, haben wir die Erfolge gesehen.

Eines ist auch sicher: Kein Regelpädagoge kann so bleiben, wie er ist. Auch kein Sonderpädagoge kann so bleiben, wie er ist. Genauso sicher ist, dass ein behindertes Kind keinen Schaden nimmt, wenn es von einem Regelpädagogen unterrichtet wird, und dass kein nichtbehindertes Kind Schaden nimmt, wenn es von einem Sonderpädagogen unterrichtet wird.

Zu dem Antrag. Ich finde es schade, dass man vorab den Erhalt aller Sonderschulen garantiert, obwohl man nicht weiß, ob man sie alle tatsächlich braucht. Das mag sein. Aber warum gibt man eine Garantie, bevor man mit breitem, vernünftigem Inklusionsunterricht begonnen hat? Das ist doch die entscheidende Frage.

In dem Antrag heißt es weiter: Wir wollen so viel Inklusion wie möglich und so viel sonderpädagogische Förderung wie nötig. – Meine Damen und Herren, man tut so, als wäre das ein Gegensatz. Alle betroffenen Eltern wollen eine sonderpädagogische Förderung. Aber sie wollen nicht, dass die Kinder getrennt werden. Vielmehr wollen sie, dass ihre Kinder zusammen mit nichtbehinderten Kindern unterrichtet werden und dass die Hilfe und die Förderung dem Kind folgen und dass das Kind nicht der Förderung folgen muss.

Zudem heißt es weiter im Antrag: Jedes Kind mit Behinderung hat Anspruch auf eine individuelle Feststellung seiner besonderen Stärken und Schwächen, damit eine bestmögliche Förderung erreicht wird. – Meine Damen und Herren, warum soll das nur bei behinderten Kindern so sein? Ist es nicht Aufgabe von Pädagogen, Schule und Gesellschaft, bei allen Kindern Stärken und Schwächen festzustellen? Wir haben doch festgestellt, dass viele Kinder im Laufe ihrer Schulkarriere Sonderförderung brauchen, weil etwas in der Familie nicht klappt oder weil sie plötzlich gemobbt werden.

Wir sollten uns vor diesem Hintergrund viel mehr zutrauen. Lassen Sie uns wenigstens die beiden Worte „mit Behinderung“ streichen und sagen: Jedes Kind braucht individuelle Förderung. – Dann geht es weniger um die Institutionen und mehr um die Zukunft unserer Kinder. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Jost de Jager, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Hüppe. – Die Antragskommission signalisiert, dass die Änderung übernommen wird. Insofern brauchen wir nicht darüber abzustimmen.

Wir kommen zu den Ziffern 11 bis 20. Gibt es noch Wortmeldungen dazu? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über die Ziffern 11 bis 20 in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung ab. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Dann kommen wir zu Ziffer 21. Dazu gibt es eine Wortmeldung von Herrn Uwe Schummer.

Uwe Schummer: Liebe Unionsfreunde! Es geht um ein Instrument, das lebenslanges Lernen ermöglichen soll: das Bildungssparen. Von Geburt an soll ein Bildungskonto angelegt werden. Auf dieses Konto können nach einer moderaten Sparförderung auch private und kommunale Gelder eingezahlt werden. Mithilfe dieses Kontos sollen lebenslang Bildungsmaßnahmen organisiert werden.

Ein weiteres Thema, das der Antrag der CDA enthält, ist die Möglichkeit, Zeitkonten in den Unternehmen langfristig in Bildungskonten umzuwandeln, damit die Sozial- und Betriebspartner besser Bildungsmaßnahmen organisieren können. Es geht auch darum, private Gelder für Bildung zu akquirieren. Dieses Instrumentarium soll helfen, die Inanspruchnahme des Bildungspakets durch hilfebedürftige Familien mit Kindern zu verbessern.

Wir sollten entsprechende Instrumentarien für die betroffenen Familien und die Sozialpartner entwickeln. Es ist nur bedingt schädlich, wenn wir das, was wir als christlich-liberale Koalition in Berlin in der Koalitionsvereinbarung unterschrieben haben, hier in Leipzig beschließen.

Jost de Jager, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Für die Antragskommission spricht Herr Kretschmer.

Michael Kretschmer, Antragskommission: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Uwe Schummer, es ist richtig, dass wir das Bildungssparen befürworten und als Forderung in den Koalitionsvertrag aufgenommen haben. Es ist uns ein wirkliches Anliegen. Aber man muss der Ehrlichkeit halber sagen: Wir haben in den letzten Jahren bei einem unglaublichen Aufwuchs von 75 Prozent in unserem Haushalt die Prioritäten anders gesetzt. Andere Dinge waren wichtiger, zum Beispiel die Bildungsketten, die Bildungsbündnisse oder die Grundschulen. Heute fehlt uns für dieses Instrument ganz konkret die finanzielle Untersetzung. Wir könnten es jetzt nicht umsetzen. Wir halten aber an dem Ziel fest. Deswegen lautet mein Rat, die ursprüngliche Formulierung beizubehalten, da diese uns die Möglichkeit eröffnet, dieses Instrument in Zukunft einzuführen. So wecken wir keine falschen Erwartungen. Wenn wir das morgen einführen wollten, müssten wir andere Dinge, die wir gemeinsam verabredet haben, stoppen und umsteuern. Das kann nicht Ziel der Übung sein. Wir brauchen Verlässlichkeit und eine solide

Politik. Wir halten an diesem Instrument fest, verlieren es nicht aus dem Blick und wollen es auch umsetzen. Aber es wird nicht von heute auf morgen möglich sein.

(Vereinzelt Beifall)

Jost de Jager, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Kretschmer. – Wir reden übrigens über den Antrag A 437. Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, möchte ich darüber abstimmen lassen.

Wer bei dem Antrag A 437 für das Votum der Antragskommission stimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen angenommen.

Dann würde ich jetzt gerne über die Ziffer 21 in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung abstimmen lassen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen angenommen.

Damit kommen wir zu den Ziffern 22 bis 27. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Ich bitte diejenigen, die für die Ziffern 22 bis 27 gemäß dem Votum der Antragskommission abstimmen möchte, um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Ziffer 28. Dazu gibt es eine Wortmeldung von Herrn Tenhumberg.

Bernhard Tenhumberg: Meine Damen und Herren, ich bitte darum, dem Antrag der Antragskommission auf ein verpflichtendes letztes beitragsfreies Kindergartenjahr nicht zu folgen. „Verpflichtend“ ist nach meiner Auffassung falsch und auch nicht sachgerecht, weil nachweislich fast 100 Prozent der Kinder im letzten Kindergartenjahr bereits im Kindergarten sind. Wir sollten keine weitere Bevormundung vornehmen.

Zweitens. „Letztes Jahr“ ist falsch, weil das Augenmerk vorrangig auf einen früheren Zugang der Kinder gerichtet werden muss. Gerade die Kinder aus bildungsfernen Schichten müssen früher in den Kindergarten.

Drittens. „Beitragsfreiheit“ ist zurzeit ebenfalls falsch, weil Qualitätsverbesserung vor Beitragsfreiheit stehen muss.

(Vereinzelt Beifall)

Qualität vor Beitragsfreiheit, das sehen auch die Eltern so. Außerdem ist das angesichts der knappen Ressourcen der Kommunen und der Länder nicht finanzierbar. In Nordrhein-Westfalen kostet uns allein das letzte Jahr 150 Millionen Euro. Also: Qualität eindeutig vor Beitragsfreiheit.

Mehr Bildungsanteile im letzten Kindergartenjahr, das ist richtig. In dem letzten Kindergartenjahr muss eine kindgerechte Pädagogik und Bildung im Vordergrund stehen, die die emotionale Situation des Kindes berücksichtigt. Die Verschulung des Kindergartens löst nicht die Probleme. Wir brauchen eine nachhaltige, verbesserte Kooperation zwischen Kindergarten und Schule auf

gleicher Augenhöhe. Deshalb bitte ich darum, dem Antrag der Antragskommission nicht zuzustimmen, und dafür dem Antrag A 604 zuzustimmen, der die Position des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen widert. – Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Jost de Jager, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Für die Antragskommission spricht Frau Schavan.

Prof. Dr. Annette Schavan: Liebe Freunde, wir haben lange diskutiert: Wie beschreiben wir die Zeit unmittelbar vor der Schule? Es gab eine Fassung, in der zunächst stand: prüfen. Einige Landesverbände haben uns aber darauf hingewiesen, dass wir auf Bundesparteitagen bereits Beschlüsse mit dieser Forderung zum Schwerpunkt frühkindliche Bildung getroffen haben, auch in Stuttgart vor vielen Jahren. Deshalb meine herzliche Bitte: Hinter dem, was wir als Bundespartei bereits mehrfach beschlossen haben, sollten wir nicht zurückgehen.

(Vereinzelt Beifall)

Zweiter Punkt: Sie haben die Bildungsanteile angesprochen. Das wird sehr unterschiedlich organisiert werden. Im ländlichen Raum wird an der einen oder anderen Stelle ein Schulstandort aber überhaupt nur gehalten werden können, wenn man ein solches zusätzliches Jahr hat. Deshalb meine herzliche Bitte: Lasst uns nicht hinter das zurückfallen, was wir als CDU Deutschlands bereits beschlossen haben.

(Vereinzelt Beifall)

Jost de Jager, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Schavan. – Ich rufe den Antrag A 604 einzeln auf. Ich bitte diejenigen, die für das Votum der Antragskommission stimmen möchten, um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Erste war die Mehrheit; bei einer größeren Zahl von Gegenstimmen gleichwohl angenommen.

Wir könnten damit jetzt über die Ziffern 28, 29, 30 pauschal in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung abstimmen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Wer über die Ziffern 28, 29, 30 in der empfohlenen Fassung abstimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist in etwa das gleiche Bild wie bei dem Ursprungsantrag.

Dann kommen wir zur Ziffer 31. Es gibt eine Wortmeldung von Frau Monica Wüllner.

Monica Wüllner: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Wer von Ihnen ist Mitglied in einem Sportverein oder war es als Kind? Wer von Ihnen hat Kinder oder Enkelkinder, die Mitglied in einem Sportverein sind? Sie alle wissen, wie wichtig Bewegung für alle, aber besonders für Kinder ist. Es ist neurologisch erwiesen, dass frühkindliche Bewegung wichtig für die Entwicklung des Gehirns ist. Es ist wissenschaftlich erwiesen: Frühkindliche

Bewegung fördert die Entwicklung des Gehirns. Dass Bewegung im Rahmen der Gesundheitserziehung und –bildung angesichts zunehmender Fälle von Adipositas, von Diabetes Typ II und angesichts der Mängel hinsichtlich der motorischen Fähigkeit von Kindern enorm wichtig ist, darüber sind wir uns, glaube ich, alle einig. Gerade deshalb müssen wir bereits die Kleinsten der Kleinen dazu erziehen, zu erkennen, dass Bewegung wichtig für ein gesundes Leben ist.

Aber was haben Sport und Bewegung mit Bildung zu tun? Warum sollte neben Natur und Technik sowie Musik und Kreativität ein Extrapunkt Bewegungserziehung in das Bildungspapier der CDU – das betrifft übrigens den Antrag A 647, falls das noch nicht angekommen ist; aber Sie haben sich das sicher schon gedacht – einfließen? Ganz einfach: Sport ist ein maßgeblicher Bildungsfaktor.

(Vereinzelt Beifall)

Abgesehen davon, dass die sportliche Kinder- und Jugendbildung als ganz wichtiger Teil der Kinder- und Jugendarbeit im Kinder- und Jugendhilfegesetz explizit aufgeführt wird, ist der organisierte Sport der mit Abstand größte Träger der außerschulischen Jugendbildung. Allein die Deutsche Sportjugend vertritt mehr als 9,5 Millionen Kinder und junge Menschen. Werte wie Zuverlässigkeit, Fairness, Teamfähigkeit, Sozialfähigkeit, Disziplin und der Umgang mit Sieg und Niederlage wird in den Sportvereinen vermittelt. Das sind Werte, die maßgeblich zur Persönlichkeitsbildung beitragen.

Sport und Bewegung leisten so viel im Rahmen der Erziehung und Bildung von Kindern, dass es wichtig ist, möglichst früh mit der Bewegungserziehung zu beginnen; denn Bewegungserziehung ist auch Gesundheitserziehung. Für die meisten Einrichtungen ist die Bewegungserziehung schon jetzt Bestandteil des Kindergartenalltags. Dennoch ist es wichtig, dass wirklich allen Beteiligten klar wird, wie wichtig dieser Aspekt für ein gesundes Aufwachsen unserer Kinder ist.

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, jeden, dem durch die eigene Kindheit oder durch die Kindheit seiner Kinder oder Enkelkinder die Bedeutung von Bewegungserziehung bewusst ist, bitten wir darum, sich nicht dem Votum der Antragskommission anzuschließen, sondern mit einem Votum für den Antrag A 647 dazu beizutragen, dass einer der wichtigsten Bildungs- und Erziehungsfaktoren einen eigenen Abschnitt in der Bildungsrepublik Deutschland erhält, ganz in diesem Sinne: Auf den Anfang kommt es an.

(Vereinzelt Beifall)

Jost de Jager, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Wüllner. – Die Antragskommission signalisiert, dass sie an das Rednerpult möchte.

Prof. Dr. Roland Wöllner, Antragskommission: Die Antragskommission hat sich kurz beraten. Ich möchte darauf hinweisen, dass das Ziel der Bewegung in Ziffer 29 enthalten ist, neben der mu-

sisch-ästhetischen Bildung und anderen Grundsätzen. Da Bewegung so wichtig ist – das hat gerade die Hirnforschung gezeigt –, haben wir uns entschieden – das ist gut für den Kopf –, dass wir empfehlen, diesen Antrag anzunehmen. – Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Jost de Jager, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Das setzt uns verfahrenstechnisch in die Lage, über die Ziffern 31 bis 39 am Stück abzustimmen. Wer dem in der empfohlenen Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig.

Damit kommen wir zur Ziffer 40. Dazu liegt eine Wortmeldung von Herrn Georg Wacker vor.

(Vereinzelt Beifall)

Georg Wacker: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! An dieser Stelle sprechen wir über einen Punkt, der in den letzten Wochen zu den meisten Diskussionen in Deutschland geführt hat. Worum geht es in diesem Bildungsantrag im Besonderen? Natürlich brauchen wir wichtige Leitziele der CDU in der Bildungspolitik. Wir müssen aber die vielfältige bildungspolitische Landschaft in ganz Deutschland abbilden. Natürlich haben wir in Sachsen, in Thüringen und in anderen Bundesländern bereits Mittelschulen oder vergleichbare Schulformen, wo Hauptschule und Realschule schulorganisatorisch zusammengeführt wurden, die bei internationalen Vergleichsstudien exzellente Werte erzielt haben. Wir haben allerdings auch Bundesländer, die diese sogenannten zweigliedrigen Systeme bisher noch nicht eingeführt haben, aber dennoch ebenfalls exzellente Spitzenwerte bei internationalen Vergleichsstudien erzielt haben. Hier erwähne ich Bayern und im Besonderen Baden-Württemberg.

(Vereinzelt Beifall)

Immerhin haben wir in Baden-Württemberg die Hauptschule bereits in der letzten Legislaturperiode zur Werkrealschule weiterentwickelt mit der klaren Perspektive für die jungen Menschen, auch in dieser Schulart einen mittleren Schulabschluss zu erreichen. Nach wie vor sind es fast 25 Prozent der Kinder eines Jahrgangs, die diese Schulart besuchen. Deswegen wäre es ein falsches Signal, wenn dieser Bundestag diese erfolgreiche bildungspolitische Geschichte im Bundesland Baden-Württemberg ignorieren würde. Vielmehr müssen wir auch dies in diesem Papier abbilden, meine Damen und Herren.

(Teilweise Beifall)

Deswegen, liebe Annette Schavan, lieber Roland Wöllner, haben wir um einen vernünftigen Kompromiss gerungen, der alle erfolgreichen Entwicklungen innerhalb Deutschlands abbildet. Wir stehen zu den Hauptschulen und zu den Realschulen, die von den Eltern nach wie vor ge-

wünscht sind, neben den schulorganisatorischen Verbänden, die gleichermaßen in diesem Papier präferiert werden. Wir wollen die CDU insgesamt innerhalb Deutschlands mitnehmen, auch das bisher erfolgreiche Bundesland Baden-Württemberg. Deswegen werbe ich für diesen sehr vernünftigen Kompromiss, der in der Antragskommission erzielt worden ist. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Jost de Jager, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das werte ich so, dass Sie dem Votum der Antragskommission zustimmen wollen.

Damit gibt es keinen Antrag, der dagegen spricht. Das heißt, wir können die Ziffern 40, 41 und 42 im Stück aufrufen. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es gab wenige Gegenstimmen und Enthaltungen.

Damit komme ich zu Ziffer 43. Dazu gibt eine Wortmeldung von Herrn Ernst Brenning.

Ernst Brenning: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Ich finde, das Programm „Bildungsrepublik Deutschland“ atmet Freiheit und atmet Fortschritt. Das sind ja wohl auch die Begriffe unserer Partei. Entsprechend stehe ich als ein Vertreter freier Schulen vor Ihnen und äußere mich insbesondere zu den evangelischen, aber damit auch kirchlichen Schulen.

Ich freue mich, dass in dieser Passage der Begriff der Verlässlichkeit enthalten ist; denn freie Schulen brauchen Verlässlichkeit und Planbarkeit, wie im Übrigen alle Schulen. Es kann nicht angehen, dass gerade die rot-rote Landesregierung in Brandenburg Kürzungen um 20 Prozent vornehmen will. Damit kann man nicht Schule machen und nicht Schulen betreiben. Das ist unverantwortlich.

Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass freie Schulen nicht nur inhaltlich gut arbeiten und die Schullandschaft bereichern, sondern dass sie auch finanziell für den Staat sehr vorteilhaft sind. Durch die Sonderbeiträge, die die Schulträger, aber auch die Eltern erbringen, sind sie für den Staat sehr viel günstiger. Insofern meine ich, dass sie wirklich zu einem nachhaltigen Sparen beitragen.

Warum sind freie Schulen besonders attraktiv und gut? Sie sind es, weil dort engagierte Eltern mit engagierten Lehrern zusammenwirken. Das liegt daran, dass es entsprechende Programme und Konzepte gibt, zu denen alle gemeinsam stehen. Denn es kommt nicht so sehr auf die Schulform an. Das ist genau die Ideologie, die nicht notwendig ist.

Ich möchte am Rande erwähnen, dass die evangelische Schulstiftung Berlin-Brandenburg deswegen eine Gemeinschaftsschule betreibt, weil sie vom rot-roten Senat, der inzwischen der Zeitgeschichte angehört, einen hohen Betrag – 800.000 Euro – bekommen hat. Ich finde, für Geld kann man dann ja auch eine gute Gemeinschaftsschule machen.

Es kommt eben nicht so sehr darauf an, was wir tatsächlich an Schulformen haben, auch wenn wir grundsätzlich im staatlichen Bereich für das mehrgliedrige Schulsystem eintreten sollen. Dann aber müssen wir auch dazu übergehen, die Gymnasien entsprechend zu fördern und auszustatten; denn gerade in Ländern, die nicht von uns regiert werden, erfolgt genau diese Förderung nicht hinreichend. Es kommt dauerhaft auf die Profilierung an unseren Schulen an. Dann erreicht man auch ein entsprechendes Engagement.

Wir haben vorhin mehrfach gehört, dass Kultur ein wichtiger Bestandteil der Ausbildung in den Schulen ist. Kultur schreibt man ja mit K; in unserem Namen steht aber bekanntlich das C für „christlich“. Ich habe dies hier viel zu selten gehört. Ich meine aber, dass die christliche Wertebildung ein ganz entscheidender Punkt ist, um unsere Schulen insgesamt voranzubringen. Allerdings muss die Berechtigung der freien Schulen natürlich immer wieder bestätigt werden.

Wenn wir unsere Schulen gut ausrichten, wenn wir sie weiterhin laufend evaluieren, ihnen Freiheit für eigene Entwicklung geben, dann sind wir auf dem richtigen Weg, wie auch unsere Partei mit diesem Programm auf dem richtigen Weg ist – und übrigens auch die Berliner CDU, die die Koalitionsverhandlungen heute Abend erfolgreich abschließen wird. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Jost de Jager, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Brenning. Ich verstehe das als allgemeines Votum für freie Schulen, nicht als ein Änderungsantrag.

Insofern können wir die Ziffern 43 bis 46 im Stück aufrufen, was wir nun tun. Wer dem in der Fassung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist damit einstimmig.

Wir kommen zu Ziffer 47. Dazu gibt es eine Wortmeldung von Herrn Philipp Lerch.

Philipp Lerch: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die geänderte Fassung, die wir vorgeschlagen haben, erklärt sich selbst. Ich lese sie dennoch kurz vor, weil wir glauben, dass sie genau hier hinpasst:

Dazu gehört auch die Vermittlung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die auf dem christlichen Menschenbild von Würde, Freiheit und Verantwortung fußt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben in den vergangenen Jahren intensiv über Patriotismus gesprochen, über die Grundlagen, auf denen wir Integration betreiben, auf denen wir Bildung vermitteln wollen. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung gehört explizit dazu und auch genannt. Es werden verbindliche Bildungsinhalte genannt: Mathematik, Kultur, Informatik, Medienkompetenz, Sport, Geschichte, Sprachkompetenz. Deshalb sollten wir diese Formulierung ergänzen. Ich bitte herzlich um Ihre Zustimmung.

(Vereinzelt Beifall)

Jost de Jager, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Für die Antragskommission spricht Roland Wöller.

Roland Wöller, Antragskommission: Im Ziel wissen wir uns einig: das christliche Menschenbild und Erziehung und Bildung zu Demokratie. Ich verweise aber darauf, dass das nicht nur in der Präambel steht, sondern auch im Text, in der Empfehlung der Antragskommission enthalten ist. Insofern wäre es eine Doppelung. Ich bitte Sie, der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen. – Danke.

Jost de Jager, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Es handelt sich hier um den Antrag A 1014, über den wir jetzt einzeln abstimmen. Wer sich dem Votum der Antragskommission anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Es gab einige Gegenstimmen und keine Enthaltungen.

Es gibt noch eine Wortmeldung von Herrn Brenning, angemeldet zu Antrag A 1023. Wird dieser Wunsch aufrechterhalten, oder hat er sich erledigt? – Das hat sich erledigt. Damit könnten wir über die Ziffern 47, 48 und 49 im Stück abstimmen. – Pardon, Frau Michalak zu Ziffer 47.

Ursula Michalak: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Unsere Anträge A 1033 und A 1034 beziehen sich auf die Ziffer 47. Verbindliche Bildungsinhalte sollen auch hier einfließen und nicht unter Ziffer 50 „Politische Bildung“. Unser Antrag ist eine logische Fortsetzung des Antrages A 647, dem wir vorhin zugestimmt haben.

Ärzte schlagen Alarm, dass sich Kinder viel zu wenig bewegen. Viele Dreijährige können nicht mehr auf einem Bein stehen, geschweige denn rückwärts laufen. Mehr als 6 Prozent aller Kinder sind bereits fettsüchtig bzw. übergewichtig. 50 Prozent aller Kinder, die eingeschult werden, haben gesundheitliche Probleme. Hier sind wir zum Handeln aufgefordert.

Wissenschaftliche Studien belegen, dass Kinder, die täglich Sport treiben, zwölf Prozent mehr lernen. Wollen wir auf diese zwölf Prozent Rendite verzichten, oder wollen wir sie allen Kindern zugutekommen lassen? Die Antwort ist klar. Privatschulen und bundesweite Modellschulen beweisen, dass eine Umsetzung machbar ist und deutliche Erfolge zeigt.

Kinder, die täglich Sport treiben, lernen leichter, besser und mehr. Sportunterricht ergänzt durch Gesundheitserziehung und Ernährungslehre dient der Chancengleichheit und ist eine Investition in die Zukunft, Prävention, Kostenersparnis im Gesundheitswesen und gleichzeitig Erziehung zum fairen sozialen Umgang mit den anderen. Das heißt also: fit für PISA.

Wir haben diesen Antrag bereits im letzten Bundesparteitag gestellt. Die Antworten können Sie im Vollzug der Beschlüsse lesen. Ich will sie nicht einzeln zitieren. Lesen Sie es nach! Sehr viele CDU-Fraktionen haben Modellversuche anlaufen lassen, die fortgeführt werden sollen. In ande-

ren Bundesländern wird es bereits umgesetzt. Wenn das also schon in sehr vielen Bundesländern gemacht wird, dann können wir das auch in den Antrag einfließen lassen. Deshalb bitte ich um Unterstützung für unseren Antrag.

(Beifall)

Jost de Jager, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Für die Antragskommission spricht Roland Wöller.

Roland Wöller, Antragskommission: Lassen Sie mich zunächst eine Vorbemerkung machen. Im normalen Leben sind zwar viele Dinge wichtig, die sich in der Schule spiegeln sollen. Deswegen gibt es auch die Forderung nach mehr Schulfächern. Auch eine zusätzliche Sportstunde ist gut und richtig. Wir unterrichten aber keine Fächer, sondern Kinder.

Im Leitantrag heißt es unter Ziffer 29 ausdrücklich, dass Sport keine Nebensache ist, sondern er muss fester Bestandteil des Unterrichts sein. Dazu gehören auch Ernährungserziehung und Bewegung. Insofern ist das fest verankert und mit den Empfehlungen der Antragskommission auch fester Bestandteil unseres Leitantrages. Ich bitte deswegen, den Antrag abzulehnen und den Empfehlungen der Antragskommission zu folgen. – Danke.

Jost de Jager, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Das rufe ich hiermit auf. Wer den Empfehlungen der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei doch einigen Gegenstimmen gleichwohl angenommen.

Wir könnten damit jetzt über die Ziffern 47 bis 59 im Stück abstimmen. – Das machen wir. Wer dem Votum der Antragskommission für diese Ziffern folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mit einer übergroßen Mehrheit.

Damit kommen wir zu der Ziffer 60. Dazu gibt es noch eine Wortmeldung von Herrn Wacker.

Georg Wacker: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Wir haben in Baden-Württemberg mit einem Bildungsrat sehr gute Erfahrungen gemacht. Dort wurden wichtige Empfehlungen für die Landesregierung formuliert, die mittlerweile auch von der CDU-geführten Landesregierung der Vergangenheit erfolgreich umgesetzt wurden. Es war allerdings eine CDU-geführte Landesregierung, die diese Empfehlungen umgesetzt hatte.

Wir sind uns alle darin einig, dass hoffentlich möglichst lange die CDU in der Bundesregierung Verantwortung tragen wird. Insofern würde ich mir überhaupt keine Sorgen machen, wenn wir heute als CDU-Bundesverband einen Bildungsrat installieren würden, der von der Bundesbildungsministerin federführend betreut wird und Empfehlungen sowohl für den Bund als auch für die Länder abgibt.

Was würde aber passieren, wenn wir möglicherweise irgendwann nicht mehr die Bundesregierung – zumindest für eine gewisse Zeit – führen würden? Wollen wir dann einen Bildungsrat installieren, der möglicherweise einen Professor Schleicher von der OECD als Vorsitzenden hat,

der von einer linken Regierung installiert wird und dann tagtäglich durch die Republik fahren wird, um das Hohe Lied der Einheitsschule und Gemeinschaftsschule für alle Bundesländern zu singen? Insofern sehe ich hier ein Problem.

Ich meine, die Qualität des Papiers insgesamt würde nicht darunter leiden, wenn wir vor diesem Hintergrund auf den Bildungsrat verzichten würden.

(Beifall)

Ich plädiere deshalb für den CDU-Landesverband Baden-Württemberg ausdrücklich für Ablehnung.

Jost de Jager, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Für die Antragskommission spricht Frau Schavan.

Prof. Dr. Annette Schavan, Antragskommission: Liebe Freunde! Wir wollen ausdrücklich nicht, dass eine Bundesregierung, eine Bundesbildungsministerin oder eine Partei einen Bildungsrat einberufen. Da ich den baden-württembergischen Bildungsrat einberufen habe, kann ich ganz gut erklären, dass wir hier etwas ganz anderes meinen. Das war ein Expertengremium, das der Landesregierung Empfehlungen gegeben hat. So etwas kann es nur auf der Ebene der Länder geben.

Wir haben aber in den letzten Monaten über ein Gremium analog zum Wissenschaftsrat diskutiert, dass gerade auch sowohl von einzelnen Vertretern der Länder als auch von großen Stiftungen wie der Robert-Bosch-Stiftung sehr stark diskutiert wird. Das hat den Vorteil, dass er, ganz egal, wer im Bund oder im Land regiert, keine Vorschriften machen kann.

Der Wissenschaftsrat ist beim Bundespräsidenten angesiedelt. Dort ist das Büro. Er besteht aus zwei Kammern. Das eine ist die Kammer der Experten. Das andere ist die Kammer der 16 Länder und dem Bund, vertreten durch die Finanz- und die Wissenschaftsseite. Das ist der große Vorteil der Entideologisierung auch in Fragen der Bildung, wie es in der Wissenschaft gelungen ist.

Der Wissenschaftsrat hat eine hohe Reputation. Wir wollen, dass es eine solche Möglichkeit auch im Bereich der Bildung gibt: mit Empfehlungen, beim Bundespräsidenten angesiedelt, ohne jede Möglichkeit, etwas rechtskräftig zu tun. Es geht vor allen Dingen um die Chance, Bund, Länder, Finanz- und Bildungsseite gemeinsam in einem Gremium zu haben. Es geht also nicht um Stellungnahmen, von denen die Finanzseite sagt, sie seien irrelevant.

Deshalb sollten wir als Christlich Demokratische Union dieser Innovation zustimmen, wie es übrigens auch wir waren, die vor einigen Jahren den Wissenschaftsrat eingerichtet haben. – Vielen Dank.

(Beifall)

Jost de Jager, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Schavan. – Es handelt sich um den Antrag A 1298, den ich jetzt im Einzelnen aufrufen werde. Wer für die Empfehlung der Antrags-

kommission stimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das erste war die Mehrheit.

(Zuruf: Das stimmt doch gar nicht!)

– Doch, war es. Alles klar. Wir werden es dann ja noch einmal sehen.

Dann werden wir jetzt pauschal über die Ziffern 60 bis 97 abstimmen. Wer diesen Ziffern in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Da war die Mehrheit noch größer als bei der Einzelabstimmung eben. Insofern haben wir jetzt über alle Ziffern des Antrages in der Fassung der Antragskommission abgestimmt.

Jetzt müssen wir noch kurz über einige C-Anträge beraten. Das sind die Anträge C 27, C 68, C 78 und C 107. Sie alle behandeln bildungspolitische Fragen, die allerdings schon im Bildungspapier angesprochen und beschieden worden sind. Insofern empfiehlt die Antragskommission, die Anträge durch die Beschlussfassung zu Antrag A „Bildungsrepublik Deutschland“ als erledigt anzusehen. Wird das von den Antragstellern ebenfalls so gesehen? – Ja.

Damit kommen wir zu der Schlussabstimmung. Wer dem Antrag „Bildungsrepublik Deutschland“ in der eben in den einzelnen Positionen abgestimmten Fassung der Antragskommission insgesamt zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist eine großartige und beeindruckende Mehrheit für diesen wegweisen den Antrag. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Wir bedanken uns bei der Kommission für die Erarbeitung dieses Papiers. Wir bedanken uns bei den Landesverbänden für die sehr konstruktive Beratung dieses Papiers. Wir bedanken uns als Tagungspräsidium für die ausgesprochen große Tagungsdisziplin bei der Beratung dieses Papiers. In diesem Sinne darf ich an den Tagungspräsidenten zurückgeben. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Stanislaw Tillich, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Herr Kollege Jost de Jager, Sie haben diese Beratung so gut geführt, dass Sie über alle Zweifel erhaben sind, dass Sie nicht nur einen Bundesparteitag erfolgreich führen können – da haben Sie heute Ihr Meisterstück abgeliefert –, sondern dass wir Sie nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein auch als Ministerpräsidenten begrüßen können.

(Beifall)

Liebe Freunde, zu Beginn des Bundesparteitags haben wir als Tagungspräsidium Ihnen versprochen, das, was in unseren Kräften steht, zu tun, um eine zügige Beratung sicherzustellen. Ich glaube, das ist uns gemeinsam im Tagungspräsidium gelungen.

Es war ein sehr inhaltsreicher, ein, was die Behandlung der vielen Anträge anbetrifft, umfangreicher Bundesparteitag. Durch die Grundsatzrede der Bundeskanzlerin und Bundesvorsitzenden, aber auch durch die anderen Reden ist eine für die Zukunft wichtige Weichenstellung innerhalb der CDU Deutschlands erfolgt.

Meine Damen und Herren, bevor wir zum letzten Tagesordnungspunkt des Bundesparteitags, dem Schlusswort der Bundesvorsitzenden, kommen, wird, wie das bei uns jetzt üblich ist, ein Video mit den Impressionen des Bundesparteitags gezeigt. Ich bitte Sie alle noch einmal um Aufmerksamkeit dafür.

(Video-Einspielung – Beifall)

Liebe Freunde, wir kommen zum TAGESORDNUNGSPUNKT 19:

SCHLUSSWORT

Jetzt also die Bundeskanzlerin mit dem Schlusswort zum 24. Bundesparteitag der CDU Deutschlands.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Lieber Stanislaw Tillich! Liebe Freunde! Liebe Delegierte! Liebe Gäste! Hinter uns liegt ein diskussionsreicher und, ich glaube, auch entscheidungsreicher Parteitag in einer sehr bewegten, zum Teil auch ernsten Zeit. Weil es eine bewegte Zeit und eine Zeit ist, die Ernsthaftigkeit erfordert, haben wir genau auf diese Art und Weise heute und gestern, zwei Tage lang, diskutiert – mit großer Tiefe, wie ich finde, und mit einem ganz großen Maß an Gemeinschaftlichkeit. Dafür möchte ich mich ganz besonders bedanken.

(Beifall)

Denn es war ja so: Egal ob wir über Europa gesprochen haben, ob wir über die Lohnuntergrenze oder heute über die Bildungspolitik geredet haben: Immer geht es um Zukunftsfragen, um die Antworten, die wir in einer sich verändernden Welt suchen. Wir wissen aus unserer Geschichte: Immer dann, wenn es darum geht, dass sich in der Gesellschaft vieles tut, ist die Union gefragt, sind wir gefragt, dass wir als Volkspartei die richtigen Antworten geben. Die Union hat in der Vergangenheit gezeigt, dass sie den richtigen Weg findet. Wir haben mit diesem Parteitag gezeigt, so finde ich, dass wir willens sind, auch in Zukunft Verantwortung für Deutschland in einem vereinten Europa zu übernehmen.

(Beifall)

Das, liebe Delegierte, ist die Botschaft auch dieses Parteitages. Da wir hier nur 1.000 Mitglieder von vielen Mitgliedern unserer Partei sind, bitte ich Sie, dass Sie diese Botschaft auch nach Hause tragen. Sie haben hier auf dem Gelände den Stand der Christlich Demokratischen Union,

unserer Volkspartei, gehabt. Wie arbeiten wir im 21. Jahrhundert? Wie überzeugen wir Menschen, die sich für uns interessieren? Tragen Sie die Botschaft mit Optimismus nach draußen, mit der Überzeugung, dass hier um richtige Antworten gerungen wurde, dass wir nichts für tabu erklärt haben, sondern dass wir uns neuen Herausforderungen gestellt haben. Ich glaube, gerade das Thema Lohnuntergrenze ist ein solches Thema gewesen, bei dem wir aus der festen Überzeugung „Tarifpartnerschaft gehört zur Sozialen Marktwirtschaft“ und gleichzeitig aus der Überzeugung, dass sie in der Arbeitswelt etwas verändert hat, eine gute Lösung für die Zukunft gefunden haben. In diesem Geist sollten wir das auch nach draußen tragen.

(Beifall)

Dass das gelang, hat vielleicht, lieber Stanislaw Tillich, auch mit Sachsen und mit Leipzig zu tun. Leipzig ist eine wunderschöne Stadt. Hier kann man einen solchen Parteitag abhalten.

(Vereinzelt Beifall)

Nicht nur die Beratungen waren lang. Ich höre, auch der Sachsen-Abend gestern war lang. Die Kneipen in Leipzig waren bis in die nächtlichen Stunden voll. Also, es hat auf diesem Parteitag auch viel Gemeinschaft gegeben. Dafür ebenfalls ein herzliches Dankeschön!

Natürlich möchten wir uns bei der Stadt Leipzig als Gastgeber bedanken, beim Oberbürgermeister, auch dafür, dass uns das Rathaus für den Presseabend zur Verfügung gestellt wurde, sowie bei der Messegesellschaft. Ein ganz herzlicher Dank auch den Sponsoren, die uns unterstützt haben und gleichzeitig Einblick in ihre Arbeit gegeben haben.

(Beifall)

Ein herzliches Dankeschön geht an die Polizei, die Sicherheitskräfte, die Feuerwehr, die Sanitäter und die Ärzte, die dafür gesorgt haben, dass wir die Veranstaltung gut abhalten konnten.

(Beifall)

Ein Dank geht auch an die Tausend Medienvertreter – auf jeden Delegierten kommt einer –, die, ich hoffe, gut über unseren Parteitag berichten, auf jeden Fall bitte sachgerecht.

(Beifall)

Ich möchte ein ganz herzliches Dankeschön sagen an das Adenauer-Haus, an den Generalsekretär, den Bundesgeschäftsführer Klaus Schüler, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. 2.000 Anträge mussten bearbeitet werden. Deshalb sage ich auch einen herzlichen Dank an die Antragskommission und ein Dankeschön an das Tagungspräsidium, das sich bei all dem, das zu entscheiden war, tapfer geschlagen hat.

(Beifall)

Wir haben über Zukunftsfragen gesprochen. Wir werden auch in Zukunft die Menschen bei Wahlen wieder überzeugen. Deshalb wünsche ich ganz besonders unseren Freunden aus Schleswig-Holstein alles Gute und Jost de Jager als Spitzenkandidat einen starken Wahlkampf. Ich darf Ihnen sagen: Wir alle – auch ich ganz persönlich – werden Sie dabei unterstützen. Wir brauchen ein gut regiertes Schleswig-Holstein.

(Beifall)

Nächstes Jahr treffen wir uns zum Parteitag in Hannover. Dorthin fahren wir immer gerne, lieber David McAllister. Nächstes Jahr tun wir dies auch, damit Anfang 2013 die Landtagswahlen in Niedersachsen erfolgreich ausgehen. Wir freuen uns auf Hannover. Wir bedanken uns schon im Voraus dafür, dass ihr den Parteitag gut vorbereiten werdet. Wir haben natürlich immer ein Auge auf den Landesverband Niedersachsen. Danke, dass ihr für uns da seid!

(Beifall)

Liebe Freunde, zwei Tage neigen sich dem Ende zu. Herzlichen Dank an die, die noch so lange heute bei uns geblieben sind und die Beratungen zu Ende geführt haben. Ihnen allen wünsche ich alles, alles Gute. Ich sage herzlichen Dank und wünsche Ihnen einen guten Heimweg und gute Gespräche mit unseren Mitgliedern, die das Rückgrat unserer Partei sind.

Zum Abschluss singen wir, wie es bei uns üblich ist, unsere Nationalhymne, das Lied der Deutschen.

(Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne – Beifall)

(Schluss: 14.43 Uhr)

ANHANG

Beschlussprotokoll des 24. Parteitags der CDU Deutschlands am 14./15. November 2011 in Leipzig

Tagesordnung:

1. Eröffnung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlussfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der Antragskommission
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Grußworte
- 8 a) Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands
- 8 b) Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden
- 9 a) Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, zugleich Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Starkes Europa – Gute Zukunft für Deutschland“
- 9 b) Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs
10. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
11. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament
12. Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands; Vorlage des Rechenschaftsberichtes 2009 gem. § 23 Abs. 2 Parteiengesetz
13. Bericht der Rechnungsprüfer
14. Bericht der Mandatsprüfungskommission
- 15 a) Antrag des Bundesvorstandes „Starkes Europa – Gute Zukunft für Deutschland“

- 15 b) Beratung und Beschlussfassung
- 16 a) Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Bildungsrepublik Deutschland“
- 16 b) Beratung und Beschlussfassung
- 17 a) Anträge zum Statut, zur Finanz- und Beitragsordnung und zur Geschäftsordnung der CDU Deutschlands
- 17 b) Beratung und Beschlussfassung
- 18. Beratung und Beschlussfassung über sonstige Anträge
- 19. Schlusswort

Zu TOP 1: **Eröffnung und Begrüßung** durch die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB

Zu TOP 2: Folgendes **Tagungspräsidium** wurde nach Eröffnung des 24. Parteitags der CDU Deutschlands am 14. November 2011 in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen gewählt:

Tagungspräsident:	Stanislaw Tillich MdB
Beisitzer:	Ursula Heinen-Esser MdB
	Peter Hintze MdB
	Jost de Jager
	Julia Klöckner MdB
	Christine Lieberknecht MdB
	David McAllister MdB

Zu TOP 3: Die eingangs wiedergegebene **Tagesordnung** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

Zu TOP 4: Die vom Bundesvorstand gemäß § 10 Abs. 3 GO-CDU für den 24. Parteitag der CDU Deutschlands bestellte **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender:	Hermann Gröhe MdB
Stellvertretender Vorsitzender:	Dr. Klaus Schüler
Weitere Mitglieder:	
Baden-Württemberg:	Thomas Strobl MdB
	Georg Wacker MdB
	Prof. Dr. Annette Schavan MdB

Berlin:	Prof. Monika Grütters MdB
Brandenburg:	Dieter Dombrowski MdL
Bremen:	Thomas Röwekamp MdBB
Hamburg:	Robert Heinemann MdHB
Hessen:	Peter Beuth MdL
	Eva Kühne-Hörmann MdL
Mecklenburg-Vorpommern:	Vincent Kokert MdL
Niedersachsen:	Dr. Maria Flachsbarth MdB
	Ewa Klant MdB
	Dr. Gero von Daniels
Nordrhein-Westfalen:	Oliver Wittke MdL
	Karl Janssen
	Peter Hintze MdB
Rheinland-Pfalz:	Dr. Josef Rosenbauer MdL
Saar:	Roland Theis MdL
	Peter Altmaier MdB
Sachsen:	Michael Kretschmer MdB
	Prof. Dr. Roland Wöllner MdL
Sachsen-Anhalt:	Prof. Dr. Brigitta Wolff
Schleswig-Holstein:	Dr. Arne Wulff
Thüringen:	Dr. Mario Voigt MdL
JU:	Astrid Wallmann MdL
FU:	Ingrid Fischbach MdB
MIT:	Jürgen Presser
OMV:	Klaus Schuck
CDA:	Dr. Ralf Brauksiepe MdB

KPV:	Peter Götz MdB
SU:	Leonhard Kuckart
EAK:	Thomas Rachel MdB
Wirtschaftsrat:	Dr. Rainer Gerding
RCDS:	Frederik Ferreau
EVP:	Dr. Werner Langen MdEP Elmar Brok MdEP

Zu TOP 5:

Die vom Bundesvorstand für den 24. Parteitag der CDU Deutschlands vorgeschlagene **Mandatsprüfungskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender:	Ulf Leisner Stellvertretender Bundesgeschäftsführer, Bereichsleiter Eventmanagement & Logistik der CDU-Bundesgeschäftsstelle
Weitere Mitglieder:	Christian Große Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Brandenburg Stephan Lechner Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Sachsen Christian Meyer Geschäftsführer der CDU in Niedersachsen

Zu TOP 6:

Die **Stimmzählkommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt gewählt:

Vorsitzender:	Wolfgang Blum CDU-Bundesgeschäftsstelle
----------------------	--

Stellv. Vorsitzender:	Bernhard Albrecht Geschäftsführer des CDU-Kreisverbandes Bonn	
Weitere Mitglieder:	Christoph Beckmann	KGF Herzogtum Lauenburg
	Hubert Brill	KGF Olpe/Südsauerland
	Claudia Dettmar-Müller	KGF Celle
	Henrik Eitel	LGF Saar
	Klaus Funnemann	KGF Höxter
	Wilma Gatzka	KGF Wetterau
	Heike Göttlicher	KGF Ludwigsburg
	Henrik Grotjahn	KGF Braunschweig
	Astrid Hermann	Bez.-GF Südbaden
	Anne Höhne-Weigl	KGF Main-Kinzig
	Christoph Holsträter	KGF Bottrop
	Ulrich Jahn	KGF Waldshut
	Jan Christian Janssen	KGF Herford
	Brigitte Joepen	KGF Euskirchen
	Marianne Kalfhaus	KGF Recklinghausen
	Detlef Kasper	KGF Salzland
	Michael Kinkal	KGF Harz
	Heinz Kirchfeld	KGF Heidekreis
	Hubert Kleinemeier	KGF Gütersloh
	Walter Klemme	KGF Hameln-Pyrmont
	Klaus Kuß	KGF Main-Tauber
	Peter Liebers	KGF Pirna
	Andy Lübke	KGF Börde

Roswitha Machel	KGF Uelzen
Johannes Machill	KGF Steinfurt
Carsten Mannheims	KGF Kreis Aachen
Doris Memmler	KGF Magdeburg
Arne Mielken	GF CDU KV Brüssel- Belgien
Harro Mies	KGF Aachen-Stadt
Horst Naumann	KGF Leipzig
Harald Orthey	KGF Westerwald
Ursula Pfrommer	KGF Calw
Jochen Pöppel	KGF Mark
Bernd Ramakers	KGF Düren-Jülich
Karola Rodestock	KGF Böblingen
Roger Schenk	KGF Stuttgart
Susanne Schwaderer	Bez.-GF Württ.- Hohenzollern
Hagen Schwarz	KGF Rheinland-Pfalz- Kreis, Ludwigshafen, Frankenthal
Norbert Solberg	KGF Essen
Martin Spittler	KGF Ennepe-Ruhr
Martin Stein	KGF Schwäbisch Hall
Astrid Timmermann-Fechter	KGF Mülheim-Ruhr
Hans-Jürgen Treuer	Bez.-GF Nordbaden
Elke von Ziegner	KGF Harburg Land
Uwe Voss	KGF Segeberg
Hans-Joachim Walter	KGF Mittelsachsen

Christian Wernet	KGF Frankfurt am Main
Paul Westeppe	KGF Wuppertal
Franz Wiemann	KGF Warendorf- Beckum
Bernd Wießel	KGF Altmarkkreis

Zu TOP 7: Grußworte

Zu TOP 8a/8b): Der 24. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB**, nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 9a/9b): Der 24. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Hermann Gröhe MdB**, und die Einführung in den Antrag „Starkes Europa – Gute Zukunft für Deutschland“ nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 10: Der 24. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Volker Kauder MdB**, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 11: Der 24. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Dr. Werner Langen MdEP**, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 12: Der 24. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Bundeschatzmeisters der CDU Deutschlands, Dr. Helmut Linssen**, und den gem. § 23 Abs. 2 Parteiengesetz schriftlich vorgelegten **Rechenschaftsbericht 2009** zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 13: Der 24. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht der Rechnungsprüfer** zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 14: Die **Mandatsprüfungskommission** des 24. Parteitags der CDU Deutschlands erstattete folgenden Bericht:

„Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft.

Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1.001 voll stimmberechtigten Delegierten.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission sind für den 24. Parteitag 1001 Delegierte stimmberechtigt. Von den 1001 Delegierten waren um 14:30 Uhr 972 Delegierte anwesend.

Der 24. Parteitag ist beschlussfähig.

gez. Ulf Leisner
- Vorsitzender -

gez. Christian Große

gez. Stephan Lechner

gez. Christian Meyer“

Zu TOP 15 a/15 b): Der 24. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Aussprache und Beratung** über den Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands **„Starkes Europa – Gute Zukunft für Deutschland“** in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

D	1	Annahme
D	2	Ablehnung
D	3	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	4	Annahme i.d.F. der Antragskommission

D	5	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	6	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	7	Ablehnung
D	8	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	9	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	10	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	11	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	12	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	13	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	14	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	15	Ablehnung
D	16	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	17	Ablehnung
D	18	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	19	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	20	Ablehnung
D	21	Ablehnung
D	22	Ablehnung
D	23	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	24	Ablehnung
D	25	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	26	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	27	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	28	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	29	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	30	Ablehnung

D	31	Ablehnung
D	32	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	33	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	34	Ablehnung
D	35	Ablehnung
D	36	Ablehnung
D	37	Ablehnung
D	38	Ablehnung
D	39	Annahme
D	40	Ablehnung
D	41	Ablehnung
D	42	Ablehnung
D	43	Ablehnung
D	44	Ablehnung
D	45	Ablehnung
D	46	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	47	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	48	Ablehnung
D	49	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	50	Ablehnung
D	51	Ablehnung
D	52	Ablehnung
D	53	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	54	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	55	Ablehnung
D	56	Annahme i.d.F. der Antragskommission

D	57	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	58	Ablehnung
D	59	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	60	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	61	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	62	Ablehnung
D	63	Ablehnung
D	64	Ablehnung
D	65	Ablehnung
D	66	Ablehnung
D	67	Erledigung
D	68	Annahme
D	69	Ablehnung
D	70	Ablehnung
D	71	Ablehnung
D	72	Ablehnung
D	73	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	74	Ablehnung
D	75	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	76	Überweisung an den Bundesvorstand
D	77	Ablehnung
D	78	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	79	Erledigung
D	80	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	81	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	82	Erledigung

D	83	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	84	Ablehnung
D	85	Erledigung
D	86	Ablehnung
D	87	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	88	Ablehnung
D	89	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	90	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	91	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	92	Ablehnung
D	93	Ablehnung
D	94	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	95	Ablehnung
D	96	Ablehnung
D	97	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	98	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	99	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	100	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	101	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	102	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	103	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	104	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	105	Ablehnung
D	106	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	107	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	108	Annahme i.d.F. der Antragskommission

D	109	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	110	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	111	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	112	Ablehnung
D	113	Ablehnung
D	114	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	115/Abs. 1 3, 4 u. 5	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
D	115/Abs. 2	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	115/Abs. 6	Ablehnung
D	115/Abs. 7	Ablehnung
D	115/Abs. 8	Überweisung an den Bundesvorstand
D	116	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	117	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	118	Ablehnung
D	119	Ablehnung
D	120	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	121	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	122	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	123	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	124	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	125	Ablehnung
D	126	Ablehnung
D	127	Ablehnung
D	128	Ablehnung
D	129	Ablehnung

D	130	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	131	Ablehnung
D	132	Ablehnung
D	133	Ablehnung
D	134	Ablehnung
D	135	Überweisung an den Bundesvorstand
D	136	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	137	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	138	Ablehnung
D	139	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	140	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	141	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament
D	142	Ablehnung
D	143	Ablehnung
D	144	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	145	Ablehnung
D	146	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	147	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	148	Ablehnung
D	149	Ablehnung
D	150	Ablehnung
D	151	Ablehnung
D	152	Ablehnung
D	153	Annahme i.d.F. der Antragskommission

D	154	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	155	Ablehnung
D	156	Annahme
D	157	Ablehnung
D	158	Ablehnung
D	159	Ablehnung
D	160	Ablehnung
D	161	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	162	Ablehnung
D	163	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	164	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	165	Ablehnung
D	166	Ablehnung
D	167	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	168	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	169	Ablehnung
D	170	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	171	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	172	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	173	Ablehnung
D	174/Abs. 1	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	174/Abs. 2	Erledigung
D	175	Ablehnung
D	176	Ablehnung
D	177	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	178	Annahme i.d.F. der Antragskommission

D	179	Ablehnung
D	180	Ablehnung
D	181	Ablehnung
D	182	Ablehnung
D	183	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	184	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	185	Ablehnung
D	186	Ablehnung
D	187	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	188	Ablehnung
D	189	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	190	Ablehnung
D	191	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	192	Ablehnung
D	193	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	194	Ablehnung
D	195	Ablehnung
D	196	Ablehnung
D	197	Ablehnung
D	198	Ablehnung
D	199	Ablehnung
D	200	Ablehnung
D	201	Ablehnung
D	202	Ablehnung
D	203	Annahme
D	204	Annahme i.d.F. der Antragskommission

D	205	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	206	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	207	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	208	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	209	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	210	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	211	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	212	Ablehnung
D	213	Ablehnung
D	214	Annahme
D	215	Ablehnung
D	216	Ablehnung
D	217	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	218	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	219	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	220	Ablehnung
D	221	Ablehnung
D	222	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	223	Ablehnung
D	224	Ablehnung
D	225	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D	226	Ablehnung
D	227	Ablehnung

(Der Wortlaut der Anträge D 1 bis D 227 findet sich in der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission Band II„. Der Wortlaut der Anträge D 123 und D 177 findet sich in der „Sammlung der Initiativanträge und weiterer Sachanträge sowie Empfehlungen der Antragskommission Band III“ wieder.)

Zu TOP 16 a/16 b): Der 24. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Aussprache und Beratung** über den Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands „**Bildungsrepublik Deutschland**“ in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

A	1	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2	Ablehnung
A	3	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	4	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	5	Ablehnung
A	6	Ablehnung
A	7	Ablehnung
A	8	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	9	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	10	Ablehnung
A	11	Ablehnung
A	12	Ablehnung
A	13	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	14	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	15	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	16	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	17	Ablehnung
A	18	Ablehnung
A	19	Ablehnung
A	20	Ablehnung
A	21	Ablehnung
A	22	Ablehnung
A	23	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	24	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	25	Ablehnung
A	26	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	27	Ablehnung
A	28	Ablehnung
A	29	Ablehnung
A	30	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	31	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	32	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	33	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	34	Ablehnung
A	35	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	36	Ablehnung
A	37	Ablehnung
A	38	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	39	Erledigung
A	40	Ablehnung
A	41	Ablehnung
A	42	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	43	Ablehnung
A	44	Ablehnung
A	45	Ablehnung
A	46	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	47	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	48	Ablehnung
A	49	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	50	Ablehnung
A	51	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	52	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	53	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	54	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	55	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	56	Ablehnung
A	57	Ablehnung
A	58	Ablehnung
A	59	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	60	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	61	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	62	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	63	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	64	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	65	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	66	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	67	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	68	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	69	Ablehnung
A	70	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	71	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	72	Ablehnung
A	73	Ablehnung
A	74	Ablehnung
A	75	Ablehnung

A	76	Ablehnung
A	77	Ablehnung
A	78	Ablehnung
A	79	Ablehnung
A	80	Ablehnung
A	81	Ablehnung
A	82	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	83	Ablehnung
A	84	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	85	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	86	Erledigung
A	87	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	88	Ablehnung
A	89	Ablehnung
A	90	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	91	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	92	Ablehnung
A	93	Ablehnung
A	94	Ablehnung
A	95	Ablehnung
A	96	Ablehnung
A	97	Ablehnung
A	98	Ablehnung
A	99	Ablehnung
A	100	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	101	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	102	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	103	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	104	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	105	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	106	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	107	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	108	Ablehnung
A	109	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	110	Ablehnung
A	111	Ablehnung
A	112	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	113	Erledigung
A	114	Ablehnung
A	115	Ablehnung
A	116	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	117	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	118	Ablehnung
A	119	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	120	Ablehnung
A	121	Ablehnung
A	122	Erledigung
A	123	Ablehnung
A	124	Ablehnung
A	125	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	126	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	127	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	128	Ablehnung
A	129	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	130	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	131	Ablehnung
A	132	Ablehnung
A	133	Ablehnung
A	134	Ablehnung
A	135	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	136	Ablehnung
A	137	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	138	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	139	Ablehnung
A	140	Ablehnung
A	141	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	142	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	143	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	144	Ablehnung
A	145	Ablehnung
A	146	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	147	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	148	Ablehnung
A	149	Ablehnung
A	150	Ablehnung
A	151	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	152	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	153	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	154	Ablehnung
A	155	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	156	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	157	Ablehnung
A	158	Ablehnung
A	159	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	160	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	161	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	162	Ablehnung
A	163	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	164	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	165	Ablehnung
A	166	Ablehnung
A	167	Ablehnung
A	168	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	169	Ablehnung
A	170	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	171	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	172	Ablehnung
A	173	Ablehnung
A	174	Ablehnung
A	175	Ablehnung
A	176	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	177	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	178	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	179	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	180	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	181	Ablehnung
A	182	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	183	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	184	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	185	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	186	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	187	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	188	Ablehnung
A	189	Ablehnung
A	190	Ablehnung
A	191	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	192	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	193	Ablehnung
A	194	Ablehnung
A	195	Ablehnung
A	196	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	197	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	198	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	199	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	200	Ablehnung
A	201	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	202	Ablehnung
A	203	Ablehnung
A	204	Ablehnung
A	205	Ablehnung

A	206	Ablehnung
A	207	Ablehnung
A	208	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	209	Ablehnung
A	210	Ablehnung
A	211	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	212	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	213	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	214	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	215	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	216	Ablehnung
A	217	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	218	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	219	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	220	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	221	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	222	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	223	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	224	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	225	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	226	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	227	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	228	Ablehnung
A	229	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	230	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	231	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	232	Ablehnung
A	233	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	234	Ablehnung
A	235	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	236	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	237	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	238	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	239	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	240	Ablehnung
A	241	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	242	Ablehnung
A	243	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	244	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	245	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	246	Ablehnung
A	247	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	248	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	249	Ablehnung
A	250	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	251	Ablehnung
A	252	Ablehnung
A	253	Ablehnung
A	254	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	255	Ablehnung
A	256	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	257	Annahme

A	258	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	259	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	260	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	261	Ablehnung
A	262	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	263	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	264	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	265	Ablehnung
A	266	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	267	Ablehnung
A	268	Ablehnung
A	269	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	270	Ablehnung
A	271	Ablehnung
A	272	Ablehnung
A	273	Ablehnung
A	274	Ablehnung
A	275	Ablehnung
A	276	Ablehnung
A	277	Ablehnung
A	278	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	279	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	280	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	281	Ablehnung
A	282	Ablehnung
A	283	Ablehnung

A	284	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	285	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	286	Ablehnung
A	287	Ablehnung
A	288	Ablehnung
A	289	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	290	Ablehnung
A	291	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	292	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	293	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	294	Ablehnung
A	295	Ablehnung
A	296	Ablehnung
A	297	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	298	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	299	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	300	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	301	Ablehnung
A	302	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	303	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	304	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	305	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	306	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	307	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	308	Ablehnung
A	309	Ablehnung

A	310	Ablehnung
A	311	Ablehnung
A	312	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	313	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	314	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	315	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	316	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	317	Ablehnung
A	318	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	319	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	320	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	321	Ablehnung
A	322	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	323	Ablehnung
A	324	Ablehnung
A	325	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	326	Ablehnung
A	327	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	328	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	329	Ablehnung
A	330	Ablehnung
A	331	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	332	Ablehnung
A	333	Ablehnung
A	334	Ablehnung
A	335	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	336	Ablehnung
A	337	Ablehnung
A	338	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	339	Erledigung
A	340	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	341	Ablehnung
A	342	Ablehnung
A	343	Ablehnung
A	344	Ablehnung
A	345	Ablehnung
A	346	Ablehnung
A	347	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	348	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	349	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	350	Ablehnung
A	351	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	352	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	353	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	354	Ablehnung
A	355	Ablehnung
A	356	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	357	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	358	Ablehnung
A	359	Ablehnung
A	360	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	361	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	362	Ablehnung
A	363	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	364	Ablehnung
A	365	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	366	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	367	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	368	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	369	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	370	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	371	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	372	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	373	Ablehnung
A	374	Ablehnung
A	375	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	376	Ablehnung
A	377	Ablehnung
A	378	Ablehnung
A	379	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	380	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	381	Ablehnung
A	382	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	383	Ablehnung
A	384	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	385	Ablehnung
A	386	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	387	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	388	Ablehnung
A	389	Ablehnung
A	390	Ablehnung
A	391	Ablehnung
A	392	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	393	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	394	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	395	Ablehnung
A	396	Ablehnung
A	397	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	398	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	399	Ablehnung
A	400	Ablehnung
A	401	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	402	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	403	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	404	Ablehnung
A	405	Ablehnung
A	406	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	407	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	408	Ablehnung
A	409	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	410	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	411	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	412	Ablehnung
A	413	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	414	Ablehnung
A	415	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	416	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	417	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	418	Ablehnung
A	419	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	420	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	421	Ablehnung
A	422	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	423	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	424	Ablehnung
A	425	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	426	Ablehnung
A	427	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	428	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	429	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	430	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	431	Ablehnung
A	432	Ablehnung
A	433	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	434	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	435	Ablehnung
A	436	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	437	Ablehnung
A	438	Ablehnung
A	439	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	440	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	441	Ablehnung
A	442	Erledigung
A	443	Ablehnung
A	444	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	445	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	446	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	447	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	448	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	449	Ablehnung
A	450	Erledigung
A	451	Ablehnung
A	452	Ablehnung
A	453	Ablehnung
A	454	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	455	Ablehnung
A	456	Ablehnung
A	457	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	458	Ablehnung
A	459	Ablehnung
A	460	Ablehnung
A	461	Ablehnung
A	462	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A	463	Ablehnung
A	464	Ablehnung

A	465	Ablehnung
A	466	Ablehnung
A	467	Ablehnung
A	468	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	469	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	470	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	471	Ablehnung
A	472	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	473	Ablehnung
A	474	Ablehnung
A	475	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	476	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	477	Ablehnung
A	478	Ablehnung
A	479	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	480	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	481	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	482	Ablehnung
A	483	Ablehnung
A	484	Ablehnung
A	485	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	486	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	487	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	488	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	489	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	490	Ablehnung

A	491	Ablehnung
A	492	Ablehnung
A	493	Ablehnung
A	494	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	495	Erledigung
A	496	Ablehnung
A	497	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	498	Ablehnung
A	499	Ablehnung
A	500	Ablehnung
A	501	Ablehnung
A	502	Ablehnung
A	503	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	504	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	505	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	506	Ablehnung
A	507	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	508	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	509	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	510	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	511	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	512	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	513	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	514	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	515	Ablehnung
A	516	Ablehnung

A	517	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	518	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	519	Ablehnung
A	520	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	521	Ablehnung
A	522	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	523	Ablehnung
A	524	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	525	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	526	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	527	Erledigung
A	528	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	529	Ablehnung
A	530	Ablehnung
A	531	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	532	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	533	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	534	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	535	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	536	Ablehnung
A	537	Ablehnung
A	538	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	539	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	540	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	541	Ablehnung
A	542	Ablehnung

A	543	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	544	Ablehnung
A	545	Ablehnung
A	546	Ablehnung
A	547	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	548	Ablehnung
A	549	Ablehnung
A	550	Ablehnung
A	551	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	552	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	553	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	554	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	555	Ablehnung
A	556	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	557	Ablehnung
A	558	Ablehnung
A	559	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	560	Ablehnung
A	561	Ablehnung
A	562	Ablehnung
A	563	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	564	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	565	Ablehnung
A	566	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	567	Ablehnung
A	568	Ablehnung

A	569	Ablehnung
A	570	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	571	Ablehnung
A	572	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	573	Ablehnung
A	574	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	575	Ablehnung
A	576	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	577	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	578	Ablehnung
A	579	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	580	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	581	Ablehnung
A	582	Ablehnung
A	583	Ablehnung
A	584	Erledigung
A	585	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A	586	Ablehnung
A	587	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	588	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	589	Ablehnung
A	590	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	591	Ablehnung
A	592	Ablehnung
A	593	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	594	Ablehnung
A	595	Ablehnung
A	596	Ablehnung
A	597	Ablehnung
A	598	Ablehnung
A	599	Ablehnung
A	600	Ablehnung
A	601	Ablehnung
A	602	Ablehnung
A	603	Ablehnung
A	604	Ablehnung
A	605	Ablehnung
A	606	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	607	Ablehnung
A	608	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	609	Ablehnung
A	610	Ablehnung
A	611	Ablehnung
A	612	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	613	Ablehnung
A	614	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	615	Ablehnung
A	616	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	617	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	618	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	619	Ablehnung

A	620	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	621	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	622	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	623	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	624	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	625	Ablehnung
A	626	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	627	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	628	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	629	Ablehnung
A	630	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	631	Ablehnung
A	632	Ablehnung
A	633	Ablehnung
A	634	Ablehnung
A	635	Ablehnung
A	636	Ablehnung
A	637	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	638	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	639	Ablehnung
A	640	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	641	Ablehnung
A	642	Ablehnung
A	643	Ablehnung
A	644	Ablehnung
A	645	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	646	Erledigung
A	647	Erledigung
A	648	Ablehnung
A	649	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	650	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	651	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	652	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	653	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	654	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	655	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	656	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	657	Ablehnung
A	658	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	659	Ablehnung
A	660	Ablehnung
A	661	Ablehnung
A	662	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	663	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	664	Ablehnung
A	665	Ablehnung
A	666	Ablehnung
A	667	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	668	Ablehnung
A	669	Ablehnung
A	670	Ablehnung
A	671	Ablehnung

A	672	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	673	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	674	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	675	Ablehnung
A	676	Ablehnung
A	677	Ablehnung
A	678	Ablehnung
A	679	Ablehnung
A	680	Ablehnung
A	681	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	682	Ablehnung
A	683	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	684	Ablehnung
A	685	Ablehnung
A	686	Ablehnung
A	687	Ablehnung
A	688	Ablehnung
A	689	Ablehnung
A	690	Ablehnung
A	691	Ablehnung
A	692	Ablehnung
A	693	Ablehnung
A	694	Ablehnung
A	695	Ablehnung
A	696	Ablehnung
A	697	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	698	Ablehnung
A	699	Ablehnung
A	700	Ablehnung
A	701	Ablehnung
A	702	Ablehnung
A	703	Ablehnung
A	704	Ablehnung
A	705	Ablehnung
A	706	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	707	Ablehnung
A	708	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	709	Ablehnung
A	710	Ablehnung
A	711	Ablehnung
A	712	Ablehnung
A	713	Ablehnung
A	714	Ablehnung
A	715	Ablehnung
A	716	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	717	Ablehnung
A	718	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	719	Ablehnung
A	720	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	721	Ablehnung
A	722	Ablehnung
A	723	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	724	Ablehnung
A	725	Ablehnung
A	726	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	727	Ablehnung
A	728	Ablehnung
A	729	Ablehnung
A	730	Ablehnung
A	731	Ablehnung
A	732	Ablehnung
A	733	Ablehnung
A	734	Ablehnung
A	735	Ablehnung
A	736	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	737	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	738	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	739	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	740	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	741	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	742	Ablehnung
A	743	Ablehnung
A	744	Ablehnung
A	745	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	746	Ablehnung
A	747	Ablehnung
A	748	Ablehnung
A	749	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	750	Ablehnung
A	751	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	752	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	753	Ablehnung
A	754	Ablehnung
A	755	Ablehnung
A	756	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	757	Erledigung
A	758	Ablehnung
A	759	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	760	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	761	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	762	Erledigung
A	763	Erledigung
A	764	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	765	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	766	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	767	Ablehnung
A	768	Ablehnung
A	769	Ablehnung
A	770	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	771	Ablehnung
A	772	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	773	Ablehnung
A	774	Ablehnung
A	775	Ablehnung

A	776	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	777	Ablehnung
A	778	Ablehnung
A	779	Ablehnung
A	780	Ablehnung
A	781	Ablehnung
A	782	Ablehnung
A	783	Ablehnung
A	784	Ablehnung
A	785	Ablehnung
A	786	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	787	Ablehnung
A	788	Ablehnung
A	789	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	790	Ablehnung
A	791	Ablehnung
A	792	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	793	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	794	Ablehnung
A	795	Ablehnung
A	796	Ablehnung
A	797	Ablehnung
A	798	Ablehnung
A	799	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	800	Ablehnung
A	801	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	802	Ablehnung
A	803	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	804	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	805	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	806	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	807	Ablehnung
A	808	Ablehnung
A	809	Ablehnung
A	810	Ablehnung
A	811	Ablehnung
A	812	Ablehnung
A	813	Ablehnung
A	814	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	815	Ablehnung
A	816	Ablehnung
A	817	Ablehnung
A	818	Ablehnung
A	819	Ablehnung
A	820	Ablehnung
A	821	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	822	Ablehnung
A	823	Ablehnung
A	824	Ablehnung
A	825	Ablehnung
A	826	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	827	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	828	Ablehnung
A	829	Ablehnung
A	830	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	831	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	832	Ablehnung
A	833	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	834	Ablehnung
A	835	Ablehnung
A	836	Ablehnung
A	837	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	838	Ablehnung
A	839	Ablehnung
A	840	Ablehnung
A	841	Ablehnung
A	842	Ablehnung
A	843	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	844	Ablehnung
A	845	Ablehnung
A	846	Ablehnung
A	847	Ablehnung
A	848	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	849	Ablehnung
A	850	Ablehnung
A	851	Ablehnung
A	852	Ablehnung
A	853	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	854	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	855	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	856	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	857	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	858	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	859	Ablehnung
A	860	Ablehnung
A	861	Ablehnung
A	862	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	863	Ablehnung
A	864	Ablehnung
A	865	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	866	Ablehnung
A	867	Ablehnung
A	868	Ablehnung
A	869	Ablehnung
A	870	Ablehnung
A	871	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	872	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	873	Ablehnung
A	874	Ablehnung
A	875	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	876	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	877	Ablehnung
A	878	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	879	Ablehnung

A	880	Ablehnung
A	881	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	882	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	883	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	884	Ablehnung
A	885	Ablehnung
A	886	Ablehnung
A	887	Ablehnung
A	888	Ablehnung
A	889	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	890	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	891	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	892	Ablehnung
A	893	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	894	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	895	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	896	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	897	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	898	Ablehnung
A	899	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	900	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	901	Ablehnung
A	902	Ablehnung
A	903	Ablehnung
A	904	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	905	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	906	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	907	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	908	Ablehnung
A	909	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	910	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	911	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	912	Ablehnung
A	913	Ablehnung
A	914	Ablehnung
A	915	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	916	Ablehnung
A	917	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	918	Ablehnung
A	919	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	920	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	921	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	922	Ablehnung
A	923	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	924	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	925	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	926	Ablehnung
A	927	Ablehnung
A	928	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	929	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A	930	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	931	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	932	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	933	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	934	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	935	Ablehnung
A	936	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	937	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	938	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	939	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	940	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	941	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	942	Ablehnung
A	943	Ablehnung
A	944	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	945	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	946	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	947	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	948	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	949	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	950	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	951	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	952	Ablehnung
A	953	Ablehnung
A	954	Ablehnung
A	955	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	956	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	957	Ablehnung
A	958	Ablehnung
A	959	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	960	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	961	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	962	Ablehnung
A	963	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	964	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	965	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	966	Ablehnung
A	967	Ablehnung
A	968	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	969	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	970	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	971	Ablehnung
A	972	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	973	Ablehnung
A	974	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	975	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	976	Ablehnung
A	977	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	978	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	979	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	980	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	981	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	982	Ablehnung

A	983	Ablehnung
A	984	Ablehnung
A	985	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	986	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	987	Ablehnung
A	988	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	989	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	990	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	991	Ablehnung
A	992	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	993	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	994	Ablehnung
A	995	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	996	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	997	Ablehnung
A	998	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	999	Ablehnung
A	1000	Ablehnung
A	1001	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1002	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1003	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1004	Ablehnung
A	1005	Ablehnung
A	1006	Ablehnung
A	1007	Ablehnung
A	1008	Ablehnung

A	1009	Ablehnung
A	1010	Ablehnung
A	1011	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1012	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1013	Ablehnung
A	1014	Ablehnung
A	1015	Ablehnung
A	1016	Ablehnung
A	1017	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1018	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1019	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1020	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1021	Ablehnung
A	1022	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1023	Ablehnung
A	1024	Ablehnung
A	1025	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1026	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1027	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1028	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1029	Ablehnung
A	1030	Ablehnung
A	1031	Ablehnung
A	1032	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1033	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1034	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	1035	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1036	Ablehnung
A	1037	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1038	Ablehnung
A	1039	Ablehnung
A	1040	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1041	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1042	Ablehnung
A	1043	Ablehnung
A	1044	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1045	Ablehnung
A	1046	Ablehnung
A	1047	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1048	Ablehnung
A	1049	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1050	Ablehnung
A	1051	Ablehnung
A	1052	Ablehnung
A	1053	Ablehnung
A	1054	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1055	Ablehnung
A	1056	Ablehnung
A	1057	Ablehnung
A	1058	Ablehnung
A	1059	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1060	Ablehnung

A	1061	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1062	Ablehnung
A	1063	Ablehnung
A	1064	Ablehnung
A	1065	Ablehnung
A	1066	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1067	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1068	Ablehnung
A	1069	Ablehnung
A	1070	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1071	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1072	Erledigung
A	1073	Ablehnung
A	1074	Ablehnung
A	1075	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1076	Ablehnung
A	1077	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1078	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1079	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1080	Ablehnung
A	1081	Ablehnung
A	1082	Erledigung
A	1083	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1084	Ablehnung
A	1085	Ablehnung
A	1086	Ablehnung

A	1087	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1088	Ablehnung
A	1089	Ablehnung
A	1090	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1091	Ablehnung
A	1092	Ablehnung
A	1093	Ablehnung
A	1094	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1095	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1096	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1097	Ablehnung
A	1098	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1099	Ablehnung
A	1100	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1101	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1102	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1103	Ablehnung
A	1104	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1105	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1106	Ablehnung
A	1107	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1108	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1109	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1110	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1111	Ablehnung
A	1112	Ablehnung

A	1113	Ablehnung
A	1114	Ablehnung
A	1115	Ablehnung
A	1116	Ablehnung
A	1117	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1118	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1119	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1120	Ablehnung
A	1121	Ablehnung
A	1122	Ablehnung
A	1123	Ablehnung
A	1124	Ablehnung
A	1125	Ablehnung
A	1126	Ablehnung
A	1127	Ablehnung
A	1128	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1129	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1130	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1131	Ablehnung
A	1132	Ablehnung
A	1133	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1134	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1135	Ablehnung
A	1136	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1137	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1138	Ablehnung

A	1139	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1140	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1141	Ablehnung
A	1142	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1143	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1144	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1145	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1146	Ablehnung
A	1147	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1148	Ablehnung
A	1149	Ablehnung
A	1150	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1151	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1152	Erledigung
A	1153	Ablehnung
A	1154	Ablehnung
A	1155	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1156	Ablehnung
A	1157	Ablehnung
A	1158	Ablehnung
A	1159	Ablehnung
A	1160	Ablehnung
A	1161	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1162	Ablehnung
A	1163	Ablehnung
A	1164	Ablehnung

A	1165	Ablehnung
A	1166	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1167	Ablehnung
A	1168	Ablehnung
A	1169	Erledigung
A	1170	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1171	Ablehnung
A	1172	Ablehnung
A	1173	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1174	Ablehnung
A	1175	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1176	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1177	Ablehnung
A	1178	Ablehnung
A	1179	Ablehnung
A	1180	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1181	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1182	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1183	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1184	Ablehnung
A	1185	Ablehnung
A	1186	Ablehnung
A	1187	Ablehnung
A	1188	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1189	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1190	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	1191	Ablehnung
A	1192	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1193	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1194	Ablehnung
A	1195	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1196	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1197	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1198	Ablehnung
A	1199	Ablehnung
A	1200	Ablehnung
A	1201	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1202	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1203	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1204	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1205	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1206	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1207	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1208	Ablehnung
A	1209	Ablehnung
A	1210	Ablehnung
A	1211	Ablehnung
A	1212	Ablehnung
A	1213	Ablehnung
A	1214	Ablehnung
A	1215	Ablehnung
A	1216	Ablehnung

A	1217	Ablehnung
A	1218	Ablehnung
A	1219	Ablehnung
A	1220	Ablehnung
A	1221	Ablehnung
A	1222	Ablehnung
A	1223	Ablehnung
A	1224	Ablehnung
A	1225	Ablehnung
A	1226	Ablehnung
A	1227	Ablehnung
A	1228	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1229	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1230	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1231	Ablehnung
A	1232	Ablehnung
A	1233	Ablehnung
A	1234	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1235	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1236	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1237	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1238	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1239	Ablehnung
A	1240	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1241	Ablehnung
A	1242	Ablehnung

A	1243	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1244	Ablehnung
A	1245	Ablehnung
A	1246	Ablehnung
A	1247	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1248	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1249	Ablehnung
A	1250	Ablehnung
A	1251	Ablehnung
A	1252	Ablehnung
A	1253	Ablehnung
A	1254	Ablehnung
A	1255	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1256	Ablehnung
A	1257	Ablehnung
A	1258	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1259	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1260	Ablehnung
A	1261	Ablehnung
A	1262	Ablehnung
A	1263	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1264	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1265	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1266	Ablehnung
A	1267	Ablehnung
A	1268	Ablehnung

A	1269	Ablehnung
A	1270	Ablehnung
A	1271	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1272	Ablehnung
A	1273	Ablehnung
A	1274	Ablehnung
A	1275	Ablehnung
A	1276	Ablehnung
A	1277	Ablehnung
A	1278	Ablehnung
A	1279	Ablehnung
A	1280	Ablehnung
A	1281	Ablehnung
A	1282	Ablehnung
A	1283	Ablehnung
A	1284	Ablehnung
A	1285	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1286	Ablehnung
A	1287	Ablehnung
A	1288	Ablehnung
A	1289	Ablehnung
A	1290	Ablehnung
A	1291	Ablehnung
A	1292	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1293	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1294	Ablehnung

A	1295	Ablehnung
A	1296	Ablehnung
A	1297	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1298	Ablehnung
A	1299	Ablehnung
A	1300	Ablehnung
A	1301	Ablehnung
A	1302	Ablehnung
A	1303	Ablehnung
A	1304	Ablehnung
A	1305	Ablehnung
A	1306	Ablehnung
A	1307	Ablehnung
A	1308	Ablehnung
A	1309	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1310	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1311	Ablehnung
A	1312	Ablehnung
A	1313	Ablehnung
A	1314	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1315	Ablehnung
A	1316	Ablehnung
A	1317	Ablehnung
A	1318	Ablehnung
A	1319	Ablehnung
A	1320	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	1321	Ablehnung
A	1322	Ablehnung
A	1323	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1324	Ablehnung
A	1325	Ablehnung
A	1326	Ablehnung
A	1327	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1328	Ablehnung
A	1329	Ablehnung
A	1330	Ablehnung
A	1331	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1332	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1333	Ablehnung
A	1334	Ablehnung
A	1335	Ablehnung
A	1336	Ablehnung
A	1337	Ablehnung
A	1338	Ablehnung
A	1339	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1340	Ablehnung
A	1341	Ablehnung
A	1342	Ablehnung
A	1343	Ablehnung
A	1344	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1345	Ablehnung
A	1346	Ablehnung

A	1347	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1348	Ablehnung
A	1349	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1350	Ablehnung
A	1351	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1352	Ablehnung
A	1353	Ablehnung
A	1354	Ablehnung
A	1355	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1356	Ablehnung
A	1357	Ablehnung
A	1358	Ablehnung
A	1359	Ablehnung
A	1360	Ablehnung
A	1361	Ablehnung
A	1362	Ablehnung
A	1363	Ablehnung
A	1364	Ablehnung
A	1365	Ablehnung
A	1366	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1367	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1368	Ablehnung
A	1369	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1370	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1371	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1372	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	1373	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1374	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1375	Ablehnung
A	1376	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1377	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1378	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1379	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1380	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1381	Ablehnung
A	1382	Ablehnung
A	1383	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1384	Ablehnung
A	1385	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1386	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1387	Ablehnung
A	1388	Ablehnung
A	1389	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1390	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1391	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1392	Ablehnung
A	1393	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1394	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1395	Ablehnung
A	1396	Ablehnung
A	1397	Ablehnung
A	1398	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	1399	Ablehnung
A	1400	Ablehnung
A	1401	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1402	Ablehnung
A	1403	Ablehnung
A	1404	Ablehnung
A	1405	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1406	Ablehnung
A	1407	Ablehnung
A	1408	Ablehnung
A	1409	Ablehnung
A	1410	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1411	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1412	Ablehnung
A	1413	Ablehnung
A	1414	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1415	Ablehnung
A	1416	Ablehnung
A	1417	Ablehnung
A	1418	Ablehnung
A	1419	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1420	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1421	Ablehnung
A	1422	Ablehnung
A	1423	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1424	Ablehnung

A	1425	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1426	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1427	Ablehnung
A	1428	Ablehnung
A	1429	Ablehnung
A	1430	Ablehnung
A	1431	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1432	Ablehnung
A	1433	Ablehnung
A	1434	Ablehnung
A	1435	Ablehnung
A	1436	Ablehnung
A	1437	Ablehnung
A	1438	Ablehnung
A	1439	Ablehnung
A	1440	Ablehnung
A	1441	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1442	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1443	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1444	Ablehnung
A	1445	Ablehnung
A	1446	Ablehnung
A	1447	Ablehnung
A	1448	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1449	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1450	Ablehnung

A	1451	Ablehnung
A	1452	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1453	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1454	Ablehnung
A	1455	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1456	Ablehnung
A	1457	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1458	Ablehnung
A	1459	Ablehnung
A	1460	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1461	Ablehnung
A	1462	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1463	Ablehnung
A	1464	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1465	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1466	Ablehnung
A	1467	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1468	Ablehnung
A	1469	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1470	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1471	Ablehnung
A	1472	Ablehnung
A	1473	Ablehnung
A	1474	Ablehnung
A	1475	Ablehnung
A	1476	Ablehnung

A	1477	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1478	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1479	Ablehnung
A	1480	Ablehnung
A	1481	Ablehnung
A	1482	Ablehnung
A	1483	Ablehnung
A	1484	Ablehnung
A	1485	Ablehnung
A	1486	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1487	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1488	Ablehnung
A	1489	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1490	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1491	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1492	Ablehnung
A	1493	Ablehnung
A	1494	Ablehnung
A	1495	Ablehnung
A	1496	Ablehnung
A	1497	Ablehnung
A	1498	Ablehnung
A	1499	Ablehnung
A	1500	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1501	Ablehnung
A	1502	Ablehnung

A	1503	Ablehnung
A	1504	Ablehnung
A	1505	Ablehnung
A	1506	Ablehnung
A	1507	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1508	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1509	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1510	Ablehnung
A	1511	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1512	Ablehnung
A	1513	Ablehnung
A	1514	Ablehnung
A	1515	Ablehnung
A	1516	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1517	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1518	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1519	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1520	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1521	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1522	Ablehnung
A	1523	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1524	Ablehnung
A	1525	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1526	Ablehnung
A	1527	Ablehnung
A	1528	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	1529	Ablehnung
A	1530	Ablehnung
A	1531	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1532	Ablehnung
A	1533	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1534	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1535	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1536	Ablehnung
A	1537	Ablehnung
A	1538	Ablehnung
A	1539	Ablehnung
A	1540	Ablehnung
A	1541	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1542	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1543	Erledigung
A	1544	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1545	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1546	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1547	Ablehnung
A	1548	Ablehnung
A	1549	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1550	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1551	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1552	Ablehnung
A	1553	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1554	Ablehnung

A	1555	Ablehnung
A	1556	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1557	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1558	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1559	Ablehnung
A	1560	Ablehnung
A	1561	Erledigung
A	1562	Ablehnung
A	1563	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1564	Ablehnung
A	1565	Ablehnung
A	1566	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1567	Ablehnung
A	1568	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1569	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1570	Ablehnung
A	1571	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1572	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1573	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1574	Ablehnung
A	1575	Ablehnung
A	1576	Ablehnung
A	1577	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1578	Ablehnung
A	1579	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1580	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	1581	Erledigung
A	1582	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1583	Erledigung
A	1584	Ablehnung
A	1585	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1586	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1587	Ablehnung
A	1588	Ablehnung
A	1589	Ablehnung
A	1590	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1591	Ablehnung
A	1592	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1593	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1594	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1595	Ablehnung
A	1596	Ablehnung
A	1597	Ablehnung
A	1598	Ablehnung
A	1599	Ablehnung
A	1600	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1601	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1602	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1603	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1604	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1605	Ablehnung
A	1606	Ablehnung

A	1607	Ablehnung
A	1608	Ablehnung
A	1609	Erledigung
A	1610	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1611	Erledigung
A	1612	Ablehnung
A	1613	Ablehnung
A	1614	Ablehnung
A	1615	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1616	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1617	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1618	Ablehnung
A	1619	Ablehnung
A	1620	Ablehnung
A	1621	Ablehnung
A	1622	Ablehnung
A	1623	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1624	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1625	Ablehnung
A	1626	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1627	Ablehnung
A	1628	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1629	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1630	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1631	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1632	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	1633	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1634	Ablehnung
A	1635	Ablehnung
A	1636	Ablehnung
A	1637	Ablehnung
A	1638	Ablehnung
A	1639	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1640	Ablehnung
A	1641	Ablehnung
A	1642	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1643	Ablehnung
A	1644	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1645	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1646	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1647	Erledigung
A	1648	Ablehnung
A	1649	Ablehnung
A	1650	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1651	Erledigung
A	1652	Ablehnung
A	1653	Ablehnung
A	1654	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1655	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1656	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1657	Ablehnung
A	1658	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	1659	Ablehnung
A	1660	Ablehnung
A	1661	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1662	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1663	Ablehnung
A	1664	Erledigung
A	1665	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1666	Ablehnung
A	1667	Ablehnung
A	1668	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1669	Ablehnung
A	1670	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1671	Erledigung
A	1672	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1673	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1674	Ablehnung
A	1675	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1676	Erledigung
A	1677	Ablehnung
A	1678	Ablehnung
A	1679	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1680	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1681	Ablehnung
A	1682	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1683	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1684	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	1685	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1686	Ablehnung
A	1687	Ablehnung
A	1688	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1689	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1690	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1691	Ablehnung
A	1692	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1693	Ablehnung
A	1694	Ablehnung
A	1695	Ablehnung
A	1696	Ablehnung
A	1697	Ablehnung
A	1698	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1699	Ablehnung
A	1700	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1701	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1702	Ablehnung
A	1703	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	1704	Ablehnung
A	1705	Ablehnung
A	1706	Ablehnung
A	1707	Ablehnung
A	1708	Ablehnung
A	1709	Ablehnung
A	1710	Annahme i.d.F. der Antragskommission

(Der Wortlaut der Anträge A 1 bis A 1709 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt. Der Wortlaut der Anträge A 1645, A 1654 und A 1710 ist in der Broschüre „Sammlung der Initiativanträge und weiterer Sachanträge sowie Empfehlungen der Antragskommission Band III“ abgedruckt.)

Zu TOP 17 a/17 b): Der 24. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Beratung** in offener Abstimmung zu den **Anträgen zum Statut, zur Finanz- und Beitragsordnung und zur Geschäftsordnung der CDU Deutschlands** folgende Beschlüsse:

B	1	Annahme
B	2	Annahme
B	3	Ablehnung
B	4	Ablehnung
B	5	Überweisung an den Generalsekretär
B	6	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	7	Ablehnung
B	8	Erledigung
B	9	Überweisung an den Generalsekretär

Die satzungsmäßig erforderlichen Mehrheiten wurden jeweils erreicht.

(Der Wortlaut der Anträge B 1 bis B 9 ist in der Broschüre der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

Zu TOP 18: Der 24. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Aussprache und Beratung** in offener Abstimmung über die **sonstigen Anträge** folgende Beschlüsse:

C	1	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	2	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales, Gesundheitspolitik

C	3	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	4	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	5	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	6	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	7	Erledigung
C	8	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	9	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	10	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales, Gesundheitspolitik
C	11/Abs. 1, 2, 4, 5 u. 7	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	11/Abs. 3	Überweisung an Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales, Gesundheitspolitik
C	12	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	13	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	14	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	15	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	16	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament
C	17	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	18	Überweisung an Bundesfachausschuss Innenpolitik und Integration
C	19	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion

C	20	Überweisung an Bundesfachausschuss Innenpolitik und Integration
C	21	Ablehnung
C	22	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	23	Überweisung an Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales, Gesundheitspolitik
C	24	Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen
C	25	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	26	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	27	Erledigung
C	28	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	29	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	30	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	31	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	32	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	33	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	34	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	35	Überweisung an den Generalsekretär
C	36	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	37	Annahme i.d.F. der Antragskommission

C	38	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales, Gesundheitspolitik
C	39	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	40	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	41	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	42	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	43	Ablehnung
C	44	Annahme
C	45	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	46	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	47	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	48	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	49	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	50	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	51	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	52	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	53	Erledigung
C	54	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	55	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	56	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	57	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	58	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	59	Annahme i.d.F. der Antragskommission

C	60	Überweisung an CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin
C	61	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales, Gesundheitspolitik
C	62	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	63	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	64	Ablehnung
C	65	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	66	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	67	Erledigung
C	68	Erledigung
C	69	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	70	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Arbeitskreis Netzpolitik der CDU
C	71	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	72	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	73	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	74	Erledigung
C	75	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	76	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	77	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales, Gesundheitspolitik
C	78	Erledigung

C	79	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales, Gesundheitspolitik
C	80	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	81	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	82	Überweisung an Bundesarbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen (BACDJ)
C	83	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	84	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	85	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	86	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	87	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	88	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	89	Annahme
C	90	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	91	Überweisung an Bundesfachausschuss Klima-, Umwelt- und Energiepolitik
C	92	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	93	Ablehnung
C	94	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	95	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Gesprächskreis Kultur der CDU
C	96	Ablehnung
C	97	Ablehnung
C	98	Ablehnung
C	99	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion

C	100	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion und CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhaus von Berlin
C	101	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	102	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	103	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	104	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	105	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	106	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament
C	107	Erledigung
C	108	Erledigung
C	109	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	110	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	111	Annahme
C	112	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	113	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	114	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	115	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	116	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	117	Ablehnung

(Der Wortlaut der Anträge C 1 bis C 101 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt. Der Wortlaut der Anträge C 3, C 102 bis C 117 ist in der „Sammlung der Initiativanträge und weiterer Sachanträge sowie Empfehlungen der Antragskommission Band III“ abgedruckt.)

Zu TOP 19: **Schlusswort** der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB

GRÜßWORT DES VORSITZENDEN DER CHRISTLICH-SOZIALEN UNION IN BAYERN,
MINISTERPRÄSIDENT HORST SEEHOFFER MDL

Montag, 14. November 2011
Sachsen-Abend, Glashalle, Leipziger Messe

(Beginn: ca. 20.00 Uhr)

Stanislaw Tillich: Liebe Gäste des heutigen Sachsen-Abends hier in der Glaskuppelhalle der Leipziger Messe! Begrüßen Sie gemeinsam mit mir die Bundeskanzlerin und Bundesvorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, und den Bundesvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union, Horst Seehofer.

(Beifall)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde! Liebe Gäste! Auch ich möchte den Vorsitzenden unserer Schwesterpartei, Horst Seehofer, ganz herzlich heute bei uns in Leipzig begrüßen. Wir haben hart gearbeitet. Wir haben – glaube ich – gute Beschlüsse gefasst, und wir freuen uns jetzt in schwesterlicher Verbundenheit auf das Grußwort von Horst Seehofer. Herzlich willkommen hier in Leipzig beim CDU-Parteitag im Freistaat Sachsen, schon herzlich begrüßt von Stanislaw Tillich! Du hast das Wort, lieber Horst.

(Beifall)

Ministerpräsident Horst Seehofer, Vorsitzender der CSU: Liebe hochverehrte Frau Bundeskanzlerin, liebe Angela! Lieber Stanislaw, Herr Ministerpräsident! Liebe Parteifreundinnen und -freunde! Meine Damen und Herren! Nach dem letzten CDU-Parteitag in Karlsruhe durfte ich einen Tag später lesen: Seehofer tut Buße. – So wurde mein Auftritt bei der CDU bewertet. Genau deshalb, liebe Freunde, bin ich auch heute wieder da.

(Beifall)

Ich weiß, dass ihr hart gearbeitet habt, dass ihr viele Reden erlebt habt. Deshalb möchte ich diesen vielen Reden keine weitere längere hinzufügen, sondern in drei Teilen Buße tun.

Erstens ist es mir ein Anliegen, Angela Merkel, unserer Bundeskanzlerin, Danke zu sagen. Es geht um die Rolle Deutschlands in der Welt und in Europa. Dazu ist in den letzten Monaten viel über Deutschland gesagt worden. Von Orientierungslosigkeit, Ziellosigkeit und Beliebigkeit

war die Rede. Ich möchte jetzt nur den Gipfel in Cannes herausgreifen und dir, liebe Angela, sagen: Du hast dort in vorzüglicher Weise die deutschen Interessen vertreten und gleichzeitig die europäische Idee in die Zukunft geführt. Das war eine großartige Leistung.

(Beifall)

Ich möchte auch einmal den Blick auf die Sozis richten. Liebe Freunde, da gibt es drei, die alleamt noch keine Wahl gewonnen haben: Gabriel hat in Niedersachsen verloren, Steinbrück in Nordrhein-Westfalen und Steinmeier 2009 die Bundestagswahl. Weil wir Konservative leider nicht jeden Tag das, was wir gut und richtig machen, in der Öffentlichkeit entsprechend darstellen, liegt mir sehr daran, in diesem Zusammenhang zu sagen: Wir haben mit unserer Bundeskanzlerin eine starke Führungspersönlichkeit in Europa. Wir haben die mächtigste Frau der Welt, und die Sozis streiten darüber, wer von ihnen die nächste Bundestagswahl gegen sie verlieren darf, liebe Freunde.

(Beifall)

Das Zweite, was mir wichtig ist, ist die Frage, wo wir mit unserem Vaterland Deutschland stehen. Dieses Vaterland wird seit sechs Jahren von Angela Merkel geführt. Wir sind in ökonomischer Hinsicht unbestritten die Nummer eins in Europa. Wir haben jetzt weniger als drei Millionen Arbeitslose. Das hat Gerhard Schröder einmal versprochen; übergeben hat er aber fünf Millionen Arbeitslose. Deutschland ist die Insel des Wohlstandes und der sozialen Sicherheit, und auch das hat mit CDU/CSU in Regierungsverantwortung zu tun, liebe Freunde. Reden wir darüber!

(Beifall)

Wenn ich mir die Schlagzeilen anschau, die im November 2010 veröffentlicht wurden, dann war damals auch vom Außergalaktischen die Rede; das war der damalige Verteidigungsminister. Liebe Freunde, ich hielt damals und halte auch heute die Abschaffung der Wehrpflicht für richtig. Ich möchte in diesem Zusammenhang dem heutigen Verteidigungsminister, Thomas de Maizière, danken. Wir Bayern sind mit Schleswig-Holstein am stärksten von den Folgen der Bundeswehrreform betroffen. Aber, lieber Thomas de Maizière, du hast diese Reform in erstklassiger Art und Weise umgesetzt. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Das Dritte, was ich unterstreichen möchte, ist unser Führungsanspruch, unser Gestaltungswille. Ihr habt dies durch sehr mutige zukunftsweisende Beschlüsse am heutigen Tag gezeigt. Wir haben dies vor acht Tagen bei den Koalitionsbeschlüssen in Berlin gezeigt: von der Steuer, über die Familienpolitik, die Verkehrsinvestitionen, die Fachkräfte bis hin zur Pflegeversicherung. Und, liebe Freunde, wer hätte einmal gedacht, dass unter unserer Führung in Berlin die realistische

Chance besteht, dass wir innerhalb der nächsten drei Jahre den Bundeshaushalt ausgeglichen gestalten können. Ich hätte mir bei der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes vor 21 Jahren niemals vorstellen können, dass Deutschland ein Vierteljahrhundert später die Chance hat, einen Haushalt ohne neue Schulden aufzustellen. Danke, Angela! Ich danke auch Wolfgang Schäuble für diese hervorragende Arbeit.

(Beifall)

Zuletzt, liebe Freunde, möchte ich melden, wie es um den Freistaat Bayern steht. Der Freistaat Bayern ist politisch stabil und wirtschaftlich äußerst erfolgreich. Wir sind innerhalb Deutschlands, der Nummer eins in Europa, mit vorne dabei. Mein Kabinett wird in drei Tagen in Klausur gehen. Wir werden dort einen ausgeglichenen Haushalt und trotzdem zusätzliche Impulse für Bildung und Innovation beschließen. Wir werden zweitens beschließen, dass wir die bayerischen Rücklagen auffüllen, und wir werden drittens beschließen, und zwar als Erste in Europa, damit zu beginnen, unsere Nachkriegsschulden zurückzahlen.

Ausgeglichener Haushalt, Rücklagen und Rückzahlung der Schulden, liebe Freunde – das wollte ich euch zu Bayern mitteilen. Die schwarze Bastion im Süden, Bayern, steht. Wir werden alles tun, damit wir 2013 Erfolg haben. Wir haben ja nach der Sommerpause 2013 die Bundestags- und die Landtagswahl. Allein die Tatsache, dass wir zwei Wahlen in zeitlicher Nähe haben, die Bundestags- und die Landtagswahl, wird garantieren, liebe Freunde, dass die ohnehin sehr friedfertigen Bayern, liebe Angela, die nächsten zwei Jahre besonders friedfertig und freundlich gestalten werden.

Liebe Freunde, feiert heute diesen Delegiertenabend. Ich denke, die Union ist gut unterwegs. Ihr habt hervorragende Beschlüsse gefasst. Wir werden als politische Kraft der Mitte, CDU und CSU ganz eng zusammen, Angela und die Bayern, auf den Erfolg in 2013 hinarbeiten. Glück auf! Gottes Segen für die Union!

(Beifall)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Lieber Horst, auch ich verspreche für die Christlich Demokratische Union, dass wir auf das Jahr 2013 gemeinsam hinarbeiten werden, CDU und CSU als die Kraft in Deutschland, die auf der einen Seite die Wirtschaft nach vorne bringt und auf der anderen Seite an das Wohl der Menschen denkt, wir als die beiden großen Volksparteien, schwesterlich vereint. Herzlichen Dank, dass du heute Abend zu uns gekommen bist! Herzlichen Dank, dass wir gemeinsam arbeiten! Alles Gute und uns einen schönen Abend! – Danke schön.

(Beifall)

Stanislaw Tillich: Liebe Freunde, die Bundeskanzlerin hat mich gerade gefragt, was sie hier vor sich hat. Wir sind ja in Leipzig zu Gast, und in Leipzig gibt es eine Tradition des Bäckerhandwerks. Nach einer Überlieferung aus der Geschichte spricht man bei dem, was die Bundeskanzlerin, der Vorsitzende der CSU und die beiden Generalsekretäre vor sich haben, von der Leipziger Lerche, mit dem Unterschied, dass diese Leipziger Lerche im Maßstab von ungefähr 1 : 100 vergrößert worden ist. Sie ist in diesem Sinne, glaube ich, ein Unikat, welches die Bundeskanzlerin jetzt gemeinsam mit Horst Seehofer und den beiden Generalsekretären und mir anschneiden wird.

In diesem Sinne ist der heutige Parteiabend eröffnet und gleichzeitig auch das Buffet. Lassen Sie es sich schmecken! Ich wünsche Ihnen einen wunderschönen Abend bei sächsischer Gastfreundschaft.

(Beifall)

REDNERVERZEICHNIS	Seite
Abler, Eugen	38 ff.
Althusmann, Bernd	239 ff.
Beuth, Peter	126 f., 170 f., 248 f.
Bilger, Steffen	132
Birkhahn, Astrid	238 f.
Böhmer, Maria	154 ff.
Bouffier, Volker	47 ff., 145 f.
Brauksiepe, Ralf	188
Brenning, Ernst	257 f.
Brok, Elmar	103 ff.
Caffier, Lorenz	195 f.
de Jager, Jost	45 ff., 174 ff., 196 ff., 221 ff.
de Maizière, Thomas	51 ff.
Dickes, Bettina	233 f.
Ferreau, Frederik	40 f., 234 ff.
Fischbach, Ingrid	157
Flachsbarth, Maria	173, 194
Gierden-Jülich, Marion	161 f.
Gröhe, Hermann	66 ff., 118, 121, 129, 131 f., 135
Hardt, Jürgen	121 f.
Haseloff, Reiner	141 ff.
Hauk, Peter	219 ff.
Heinen-Esser, Ursula	130 ff., 168 ff.
Hintze, Peter	74 ff., 116 ff.
Hüppe, Hubert	250 ff.

Irmer, Hans-Jürgen	227 ff.
Jostmeier, Werner	128
Jung, Andreas	173
Jung, Burkhard	17 ff.
Kanitz, Steffen	62
Kauder, Siegfried	157 f., 187 f.
Kauder, Volker	174 ff.
Kitz, Markus	151
Klößner, Julia	36 ff., 57 f., 146 ff.
Koch, Friedhelm	169 f.
Kramp-Karrenbauer, Annegret	41 f., 231 f.
Kretschmer, Michael	192, 215 ff., 252 f.
Lammert, Norbert	225 ff.
Langen, Werner	82 ff., 119, 124
Laumann, Karl-Josef	136 ff.
Lechner, Stephan	73 f.
Lehmann-Brauns, Uwe	37 f.
Lenssen, Heinz-Gerd	79 f.
Lerch, Philipp	61 f., 258
Lieberknecht, Christine	11, 16 f., 19
Liebing, Ingbert	189 f.
Liese, Peter	91 ff., 171 f.
Linssen, Helmut	196 ff.
Mann, Thomas	87 ff.
Martens, Wilfried	74 ff.
McAllister, David	73 ff., 77, 87 ff., 210 ff.

Merkel, Angela	5 ff., 16, 20 ff., 263 ff.
Metzger, Oswald	58 ff.
Michalak, Ursula	259 f.
Milbradt, Georg	110 ff., 119
Mohring, Mike	223 ff.
Müller, Karl-Ernst	149 ff.
Noack, Harald	63
Oesterhelweg, Frank	190 f., 192
Pack, Doris	80 ff.
Panse, Michael	162 f.
Pawelski, Rita	166 f.
Pieper, Markus	93 f.
Pöttering, Hans-Gert	77 f.
Presser, Jürgen	125
Rabel, Stefan	43
Rachel, Thomas	247 f.
Rathjen, Albert	248
Rautschek, Holger	118
Reinhart, Wolfgang	44 f.
Reuel, Herbert	90 f.
Rzepka, Peter	201 ff.
Schäuble, Wolfgang	99 ff.
Schavan, Annette	203 ff., 249, 254, 261
Schlarmann, Josef	54 ff.
Schrade, Anna	165
Schröder, Kristina	158 ff.

Schüle, Klaus	172 f.
Schütte, Albrecht	193 f.
Schummer, Uwe	525
Sehrbrock, Ingrid	63 ff.
Steinbach, Erika	109 f.
Sternberg, Thomas	236 ff.
Stübgen, Michael	120 f.
Tenhumberg, Bernhard	253 f.
Thiele, Ulf	123 ff.
Tillich, Stanislaw	9 ff., 11 ff., 16, 19, 36, 167 ff., 186 f., 262 ff.
von der Leyen, Ursula	143 f.
Voss, Axel	89 f.
Wacker, Georg	256 f., 260 f.
Wagner, Christean	213 ff.
Walsmann, Marion	94 ff.
Wegner, Kai	165 f.
Wiesmann, Bettina	152 ff.
Willsch, Klaus-Peter	96 ff.
Winkelmeier-Becker, Elisabeth	164 f.
Wölller, Roland	243 ff., 255 f., 259, 260
Wüllner, Monica	148 f., 254 f.
Wulff, Otto	107 ff.
Zeller, Tom	131

Herausgeber

CDU-Bundesgeschäftsstelle | Marketing und Interne Kommunikation | Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin
Telefon 030 22070-0 | Telefax 030 22070-111 | info@cdu.de | www.cdu.de